Aus den Briefen

des

Grafen Prokesch von Osten

k. u. k. österr. Botschafters und Feldzeugmeisters

(1849–1855).

Audiatur et altera pars.

Wien.

Verlag von Carl Gerold's Sohn

Buchhandlung der kaiserl. Akademie der Wissenschaften.

1896.

Buchdruckerei von Carl Gerold's Sohn in Wien.

Vorwort.

Die Briefe meines Vaters, welche ich hier der Öffentlichkeit übergebe, liefern einen Beitrag zur Geschichte der Österreichischen Politik. Sie umfassen die Zeit von Februar 1849 bis November 1855, innerhalb welcher er zuerst Gesandter in Berlin, dann Bundespräsidialgesandter in Frankfurt war. Die meisten sind an den Ministerpräsidenten Fürsten Felix Schwarzenberg und an dessen Nachfolger, den Minister des Kaiserlichen Hauses und des Äußeren, Grafen Buol-Schauenstein, gerichtet. Eine kleinere Zahl an einzelne höchstgestellte und andre Persönlichkeiten sowie eine Auslese aus den Briefen an meine Mutter vervollständigen die Sammlung.

Zum Teil standen mir für diese Veröffentlichung nur Abschriften und Auszüge zur Verfügung, wie mein Vater sie für sich zurückzubehalten pflegte. Aus einigen Briefen habe ich, um Rücksichten zu genügen, einzelne Stellen ausgeschieden. Was in den Auszügen weggeblieben, dürfte nur Nebensächliches betroffen haben, was ich selbst weggelassen, betraf rein Persönliches — die Bedeutung des Inhalts ist dadurch nicht beeinträchtigt worden. Diese liegt in dem vertraulichen Charakter der Briefe und tritt insbesondere in den an Schwarzenberg und Buol gerichteten hervor, welche, zur Erläuterung der offiziellen Berichte geschrieben, Verhältnisse und Personen in weit zwangloserer Weise als jene schildern, unscheinbare, doch wichtige Einzelheiten und kleine Ursachen

hervorheben, überhaupt die Dinge unumwunden beim Namen nennen. Nicht minder bemerkenswert in dieser Hinsicht sind die Briefe an meine Mutter, da mein Vater, gewohnt die Tagesfragen mit ihr offen zu besprechen, ihr darüber in gleicher Weise schrieb. Sie ergänzen die andern und sind überdies in den Stellen, wo sie die Familie oder seine Lebensanschauungen und geistigen Interessen berühren, für die Charakteristik seiner Persönlichkeit von Bedeutung.

Die vorliegenden Briefe bringen zum erstenmal den Standpunkt zur Geltung, den Österreich in den politischen Fragen jenes Zeitabschnitts einnahm, und beleuchten zugleich die pflichttreue Thätigkeit meines Vaters, für welche die huldvollen Beweise der Gunst seines Kaisers wie die gehässigen Angriffe seiner Gegner ein so ehrenvolles Zeugnis ablegen. Diese Sammlung bietet daher der Geschichtsforschung Gelegenheit, die bisherigen — meist einseitigen — Urteile, unter Berücksichtigung des österreichischen Standpunktes, zu berichtigen, und so zu einer geklärten Anschauung über einen Widerstreit der Interessen zu gelangen, der — durch die politische Ausgestaltung Deutschlands bedingt — nunmehr der Geschichte angehört und darum eine unbefangene Darstellung heischt.

Anton Graf Prokesch v. Osten.

Verzeichnis der Briefe.

1852.

1853.

1854.

1855.

Anhang.

Prokesch, seit 1834 österreichischer Gesandter in Athen, wurde anfangs Februar 1849 von diesem Posten abberufen. Fürst Felix Schwarzenberg, der erst wenige Monate früher an die Spitze des Wiener Kabinetts getreten, berief ihn, ohne sich über dessen weitere Bestimmung auszusprechen, und begleitete die offizielle Mittheilung mit einem Privatbrief, den ich hier folgen lasse, weil er die zwischen ihm und Prokesch bestehenden Beziehungen kennzeichnet.

Wien, 2. Februar 1849.

Mein teuerer Freund!

Wir leben in einer Zeit, wo diejenigen, die große Zwecke erreichen wollen, alle Kräfte sammeln und aufbieten müssen, um den Widerstand zu bekämpfen und hoffentlich zu besiegen. Eine große Verantwortlichkeit — die ich wahrlich nicht gesucht habe — lastet auf mir; Mangel an Individuen und zufällige Umstände haben sie mir aufgebürdet, und nun das einmal geschehen, handelt es sich darum, die schweren Pflichten zu erfüllen, so gut ich kann. An Mut und gutem Willen fehlt es mir nicht, ich brauche aber gleichgesinnte tüchtige Männer, die mir beistehen, und daß ich unter so bewandten Umständen meine Augen auf Sie, als einen alten bewährten Freund, richten würde, das haben Sie wohl schon längst und mit Recht erwartet.

Verlassen Sie Athen, sobald Sie können, um in Wien oder Olmütz mit mir zusammenzutreffen, wo wir das Weitere baldmöglichst besprechen wollen. Ich bitte Sie, Ihre Anstalten so treffen zu wollen, daß eine bleibende Übersiedlung an einen anderen Posten sogleich stattfinden könne. Nun leben Sie recht wohl! Wenn sich Ihre Frau meiner noch erinnert, so melden Sie ihr meine Hochachtung.

Hoffentlich auf baldiges Wiedersehen,

Ihr treu ergebener
F. Schwarzenberg.

Prokesch reiste am 18. Februar von Athen nach Triest ab.

An seine Frau in Athen.

Triest, 23. Februar 1849.

Hôtel National (vor den Errungenschaften Hôtel Metternich).

Da bin ich nach sehr guter Fahrt, wie in dieser Jahreszeit kaum zu erwarten war. Nur im Norden von Corfu überfiel uns starker Südwest, der im Golf plötzlich in Nord umsprang. Aber von Ragusa bis Triest wahres Sommerwetter. Wir ankerten hier schon um 3 Uhr, mußten aber bis 5 auf pratica warten. Um 6 aß ich bei Gyulai.

Der Eindruck ist nicht der beste. Aber ich bin wohl verwöhnt. Ich glaube nicht, daß man für die Marine etwas zu thun die Kraft und den Verstand hat. Ich erwarte auch den Fall von Venedig nicht so bald. Das behalte für Dich.

Nun bin ich überaus müde, eile zu schlafen. Der Tag war heiß wie ein Oktobertag in Athen. Wie viel habe ich an Dich und an die Kinder gedacht — den Stunden nachgerechnet!

Ein außerordentliches Dampfschiff geht morgen ab; diese flüchtigsten Zeilen kommen Dir also früher zu als ich erwartete.

Die einen wollen mich als Marine-Minister, die andren nach Spanien, die dritten nach Brüssel u. s. w. Ich habe gar keine Vorempfindung des Eindrucks, den ich in Wien empfangen werde. Hier sind Symptome von Mattigkeit, die mich bekümmern; dort mag es anders sein und sich erklären lassen, was hier mir noch nicht verständlich ist. Lebe ruhig in Deiner zweiten Heimat; pflege die Kinder, erhalte ihren Geist geweckt. Aus Wien werde ich Dir schreiben, was die Zukunft erwarten läßt.

Gott segne Euch alle! Diese Zeilen sind flüchtig, stetig aber ist mein Herz! — — —

An seine Frau.

Wien, 26. Februar 1849.

Heute früh 7 Uhr bin ich hier angekommen; der erste Eindruck ist kein heiterer. Ich sah bis nun Fürsten Felix, Welden, Werner, Zanini. Um Neapel handelt es sich nicht. Ich kann Dir vorderhand nicht mehr sagen.

Ungarn bietet größere Schwierigkeiten als ich wußte. Die Feinde halten sich, eben weil sie nicht schlagen. Alles Gesindel Europas zieht ihnen zu Hilfe. Die Russen sind leider richtig in Siebenbürgen.

Ich esse bei Welden und fahre jetzt hin.

28.

Wien macht den Eindruck eines Wirbelwinds. Gebrause und Überstürzung nach allen Seiten. Ich habe mich noch nicht zurecht gefunden, in keiner Beziehung. Den Belagerungszustand habe ich noch nicht entdecken können; man sieht kaum einen Soldaten, und alles geht im gewohnten Geleise; Schimpf- und Oppositionsblätter in Menge.

Stadion und Bruck[1]) sah ich. Zeit, irgend etwas durchzusprechen, hat hier keiner. Ich denke heute abend mit Felix nach Olmütz zu fahren; da werden wir reden können.

Die Revolution ist überwunden, aber die Zerstörung, die sie in der Regierungsmaschine hervorgebracht, übersteigt weit meine Besorgniß. Da ist im glücklichsten Fall Arbeit für Jahre. Das Äußere, so bedrängend es ist, ist nichts gegen das Innere. Da liegt der Hund begraben.

An seine Frau.

Wien, 1. März 1849.

Noch immer hier. Ich lese den ganzen Tag über die deutsche Frage! — Ich soll nach Berlin — schauderhaft! — Ich gehe nur hin, wenn dem Fürsten dadurch wirklich ein Dienst erwiesen wird. — Sprich niemandem über meine wahrscheinliche Bestimmung.

Mir ist nicht wohl, mir ist nicht weh; alles ist mir abstoßend hier, nur die Arbeit nicht. Doch fühle ich, wie viel im griechischen Klima mir an alter Energie erschlafft ist.

Bruck habe ich gesprochen, Stadion nur gesehen. Der Vater Dumbas[2]) war freundlichst bei mir.

---

[1]) Graf Stadion, Minister des Inneren; Baron Bruck, Finanzminister.

[2]) Des nahen Freundes der Familie Prokesch und jetzigen Herrenhaus-Mitgliedes Nikolaus Dumba.

Ich denke an die Rosen, die nun bald vor Deinem Fenster blühen werden, an den blauen Himmel, an die milde Luft, an Dich, an die Kinder.

Frankfurter Deputierte sind hier. Wir sind in einer fausse position, aus der wir heraus müssen. Ebenso aus der gegen den Reichstag. Eine position nette thut uns not. Wollen sehen. Die Sachen stehen ernster als man glaubt. Von dem bösen Geist in Wien weiß übrigens niemand etwas.

Griechenland lobe und rühme ich. Die Abreise Lyons [1]) wird die meine erstickt haben. Sein Nachfolger hat eine Tochter Lucien Bonapartes zur Frau.

Eine Schilderhebung Karl Alberts ist unwahrscheinlich. Er zittert und fürchtet, davongejagt zu werden. Ich würde mich nicht wundern, wenn er zu Radetzky flüchtete. [2])

Schreib mir viel über Dich und die Kinder; Du weißt ja, daß ich unter einer knorpeligen Schale ein warmes Herz habe.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Olmütz, 3. März 1849.

Da bin ich, mein geliebtes Weib, und im ganzen zufrieden. Wir fuhren in der Nacht vom 1. zum 2. her. Vom Reden war keine Rede, denn es waren Graf Medem, Ossulivan [3]) u. s. w. mit, und der Fürst erklärte gleich, daß er schlafen wolle. Wir wachten denn samt und sonders vor Olmütz auf. Es regnete, nieselte — überhaupt der Himmel sieht aus wie eine Schlafmütze mit Frankfurter Weisheit gestopft. Alles kampiert gleichsam in dieser Stadt, aber die Zahl geräumiger Gebäude ist verhältnismäßig groß. Der Hof ist gut bewohnt.

Ich wartete dem Kaiser auf und wurde zur Tafel geladen. Den Abend verbrachte ich beim Thee der Erzherzogin Sophie. Ein hübscher Prinz ist Erzherzog Wilhelm, auch des Kaisers

---

[1]) Englischer Gesandter in Athen.

[2]) Ist bekanntlich nach der Schlacht von Novara geschehen.

[3]) Ersterer russischer, letzterer belgischer Gesandter in Wien.

jüngerer Bruder, und beide sprechen gut. — Bei Tisch macht die Erzherzogin Sophie die Honneurs; der Kaiser sitzt zwischen Vater und Mutter, neben dieser Fürst Felix; die jüngeren Erzherzoge sitzen nach. Die ganze Haltung ist militärisch, aber ohne Zwang. Das Fünftel- und Tinterlwesen der Höfe ist weggeblasen, und die Würde und Kraft ist in den Ernst der ganzen Haltung gelegt. Ich bin überzeugt, daß dieser Hof auf jedermann einen Zauber ausübt — alles jung — alles ernst — die Bedeutung der Zeit in jedem Angesicht. Keine kalten Formphrasen — lebendiges, vertrauendes Wort — und alle Dinge ohne Furcht beim Namen genannt. — Alles erkundigte sich freundlich nach Dir.

Die Erinnerung an die Haltung der Kaiserin in den Tagen des gewaltigen Entschlusses umgiebt sie mit der Glorie einer Heiligen. Sie trat fest für die Abdankung auf. „Der Kaiser hat Schmach erlitten, er kann nicht mehr Kaiser bleiben" — dieses Thema focht sie aus und hatte dabei die vornehmste Haltung, eine wahrhaft kaiserliche Würde, eine strahlende Schönheit. Du begreifst das gewiß, denn Du kennst diese seltene Frau. — Die viel verkannte Erzherzogin Sophie mit ihrem gehobenen Herzen und sicheren Verstand führte den Thronwechsel durch. Die Monarchie ist ihr großen Dank schuldig. Sie weicht von ihrer heutigen Stellung neben ihrem Sohn nicht, und sie hat vollkommen recht darin. Unter den ordentlichen Leuten ist nur eine Stimme über sie. Alles achtet ihren Verstand, ihren Charakter und Mut.

So schwer auch unsere Lage, ich hoffe das Beste. Der Glauben an das neue Österreich muß außen erst festgestellt werden. In Petersburg ist er es schon — in Paris ist man auf dem Weg dazu — in London wird man es begreifen müssen. Unser schwierigster Punkt ist ohne Zweifel Berlin. Doktrinäre und revolutionäre Intrigue und Palmerston'sche Schwindelei haben dort guten Boden.

Der Banus hat wirklich großartige Momente gehabt. Sein größter war vielleicht derjenige, als er mit Ehren und Lob überhäuft Innsbruck verließ, und zwei Tage darauf in den Zeitungen seine Erklärung zum Hochverräter las, die einstweilen dem Kaiser[1]) abgerungen worden war.

---

[1]) Ferdinand.

4. März.

Heute vor vierzehn Tagen saß ich noch bei Dir. Ich bin überzeugt, daß Du Deine Lage verständig nimmst, die Erziehung der Kinder ruhig überwachst. Es thut mir wohl, Dich in Athen zu wissen, einem gesicherten Punkt, auf dem sich das Weitere abwarten läßt. Sorge für die Heiterkeit der Kinder. Der Geist darf nie gedrückt werden, sonst verliert er die Flugkraft.

Blühen die Rosen schon unter Deinen Fenstern? Der blaue Himmel und die milde Luft mangeln mir sehr. Nach Neapel wäre ich gern gegangen. Martini geht dahin. Mehr als zwanzig Jahre im Süden machen den Norden empfindlich. Ich rechne aber auf meine Gesundheit und auf den wohlthätigen Einfluß, den stets die geistige Spannung auf meinen Körper übte.

Sage W., daß ich sehr wünsche, daß er die Piräus-Kirche nicht fallen lasse.

Abends.

Heute ist ein großes, heilsames Werk vollbracht worden. Der Kaiser hat soeben die Auflösung des Reichstags[1]) und die Verfassung unterzeichnet. Du weißt, wie ich über diesen Gegenstand dachte und denke, begreifst also, ob mich die Sache freut. Heil den wackeren Ministern, die den Mut zu diesem notwendigen Schritt fanden! So verblendet waren die Kerls in Kremsier, daß sie noch ohne Unterlaß in revolutionärer Richtung forttrottelten, in albernen Interpellationen sich gefielen, den Schritt nach Möglichkeit rechtfertigten! — Ich befürchte von dem Eindruck nichts. Die öffentliche Meinung erwartet seit lange, was heute geschah. Diese Nacht geht die Sache zum Druck nach Wien und Mittwoch wird sie laut werden. Ich zweifle nicht, daß König und Königin[2]) darüber hocherfreut sein werden.

5. März.

Es ist kein Zweifel, daß es auf Erden keinen unangenehmeren Posten für mich geben kann als Berlin. Das Klima elend, die Menschen anmaßend, der König nicht der Reiter, sondern das Pferd, Salonoberflächlichkeit allüberall u. s. w. — Mein eigentliches Feld

---

1) In Kremsier.

2) Von Griechenland.

wäre Constantinopel. Wenn man dort einmal die Peroterie, den Schlendrian und die Kriecherei austreiben will, wen hat man hinzuschicken? Auch überträgt man sich nicht nicht leicht von einem mehr als zwanzig Jahre betriebenen Feld auf ein anderes. Aber wenn ich dem Fürsten wirklich in Berlin dienen kann, so unterziehe ich mich dieser Aufgabe. Ich fürchte mich davor im Grunde nicht, weil ich einen Soldatenrock trage und ein kräftiges Kabinett hinter mir habe. Es handelt sich nicht mehr um Schleichen und Beugen; es handelt sich um Aufrechtstehen und ohne Anmaßung, aber offen zu reden. Die Epoche der Halbheit und des Scheindienstes ist vorüber; sie war es, die uns an den Abgrund geführt hat.

Ich habe gestern und heute unablässig gearbeitet in Dingen, die mir fast fremd sind, aber die dem großen Augenblick entsprechen. Mit dem Fürsten habe ich ausgemacht, daß meine Sendung nach Berlin nur eine außerordentliche, keine geregelte Anstellung sei, sondern daß ich vorderhand Minister von Athen bleibe. Dadurch schütze ich mich vor vielen Unannehmlichkeiten. — — — — —

An seine Frau.

Wien, 7. März 1849.

Ich ging diese Nacht mit Bruck hierher. Heute wird die Verfassung hier verkündet. Die Überraschung wird groß sein. — Stadion ist nach Kremsier, den Reichstag zu schließen. Schwarzenberg und die übrigen kommen noch heute abend, sobald sie nämlich wissen, wie die Sache in Kremsier abgelaufen. — Mit der Proklamation bin ich nicht ganz zufrieden. Die Verfassung ist so gut als die Eile erlaubte. Wir werden nach allen Richtungen eine diesem Schritt analoge Haltung einnehmen.

Heute konferierte ich mit den Frankfurter Deputierten — morgen vielleicht schon gehe ich nach Berlin. Mir schaudert eigentlich vor dieser Sendung. — König Otto wird aus § 46, 49 und 50 einsehen, daß unsere Reichsverfassung die anderorts gemachten Erfahrungen sich zu nutzen gemacht hat.

Das ist ein recht konfuser Brief, aber ich bin in solchem Drang. Ich habe nicht gegessen, nicht geschlafen, bin müde zum umfallen.

9. März.

Morgen (heute schon sollte ich) gehe ich entschieden nach Berlin in außerordentlicher Sendung. Des Fürsten Wunsch ist, daß ich definitiv dort bleibe. Was sagst Du dazu? — „Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer!" — — — — —

Oben ist es hell, aber der Zopf ist noch in allen Bureaux. Ein neues Geschlecht muß heranwachsen. Hinter meinen Wünschen für Österreich bleibt vieles — vieles; aber vielleicht sind meine Wünsche nicht richtig.

Ach, es muß geschieden sein! Welch ungenügender Brief! — Mein Zimmer ist voll Leuten — ich komme kaum an dieses Blatt. Nächstens mehr schon aus Berlin. — — — — — —

Prokesch traf am 12. März 1849 in Berlin ein. Seine Sendung war zunächst eine außerordentliche, ihr Zweck: mit Preußen eine Verständigung über die Lösung der deutschen Verfassungsfrage anzubahnen, und dadurch eine Grundlage für die Neugestaltung des durch die Revolution zerrütteten Bundes zu gewinnen. — Österreich, dessen Programm Fürst Schwarzenberg in der Note vom 13. Dezember 1848 dargelegt hatte, hielt im Princip am alten Bunde fest, wollte ihn aber durch Reformen verjüngen, insbesondere seine Exekutive stärken, und mit der Gesamtmonarchie in den Staatenbund eintreten. Preußen dagegen sprach sich in der Denkschrift vom 19. Dezember für einen Bundesstaat und dessen Union mit Gesamtösterreich aus, also für einen engeren und einen weiteren Bund; die Regierung des Bundesstaats sollte ein aus den Königen gebildetes Kollegium führen, dem ein von den übrigen Fürsten beschicktes Staatenhaus und ein Parlament zur Seite stehen würden. — Fürst Schwarzenberg verwarf sofort das Parlament, sowie den engeren Bund, und bestand auf dem Eintritt Gesamtösterreichs, ging aber auf den Gedanken des Königskollegiums insofern ein, als er ihn modifizierte, und ein Direktorium zu dreien (den Bevollmächtigten der Regenten von Österreich, Preußen und eines anderen deutschen Königs) unter Österreichs Vorsitz vorschlug. Zugleich beantragte er, zur Vereinfachung der Geschäftsführung, die Einteilung der deutschen Staaten in sechs Gruppen — ähnlich den „Reichswehr-Herzogtümern", die Friedrich Wilhelm IV. selbst schon früher vorgeschlagen hatte. — Dieses Programm wurde auf

lange hinaus zur Richtschnur für die österreichische Politik. — Preußen machte seinen Einspruch dagegen in einer neuen Denkschrift — vom 4. Januar 1849 — geltend, die Graf Brühl nach Olmütz überbrachte, ohne jedoch einen besseren Erfolg zu erzielen. Inzwischen kam in Frankfurt — wo die Centralgewalt, mit dem Erzherzog-Reichsverweser an der Spitze, ein Scheinleben führte, und die aus der Revolution hervorgegangene Nationalversammlung thatsächlich regierte — der Entwurf zu einer Reichsverfassung in der Hauptsache zu stande, und es blieb darin nur die Frage des Reichsoberhaupts — ob Erbkaiser oder Wahlkaiser — noch offen. Fürst Schwarzenberg verwarf schon am 17. Januar diesen Entwurf, sowie überhaupt jedes Zusammenwirken mit der Nationalversammlung. Das Berliner Kabinett dagegen fand darin einen geeigneten Ausgangspunkt für die Erreichung seiner Ziele, und erließ am 23. Januar eine Cirkularnote, in der es die Notwendigkeit der Verständigung mit der Nationalversammlung voranstellte, und die Bildung des engeren wie des weiteren Bundes befürwortete. — Österreich und Preußen standen sich somit zur Zeit, als Prokesch in Berlin eintraf, um eine Einigung über die Verfassungsfrage zu erzielen, in eben dieser Frage schroff gegenüber. Der Ministerpräsident Graf Brandenburg und der Minister des Auswärtigen, Graf Arnim, empfingen ihn denn auch mit Zurückhaltung; um so zuvorkommender nahm ihn der König Friedrich Wilhelm IV. auf, der ihn schon zwei Tage nach seiner Ankunft und dann wieder zwei Tage später durch Zuziehung zur Tafel auszeichnete. — Da Prokesch den provisorischen Charakter seiner Stellung als ein Hindernis für den geschäftlichen Verkehr empfand, bat er, „obwohl mit wahrem Heimweh nach dem Süden“, alsbald um seine definitive Ernennung. Er erhielt sie umgehend und überreichte am 29. März dem König seine Kreditive.

An seine Frau.

Berlin, 12. März 1849.

Mein geliebtes Weib — heute vor drei Wochen noch mit Dir und den Kindern in Syra, und heute hier!

Ich verließ Wien gestern abends um 8 Uhr und traf heute um 5 Uhr früh hier ein, wo ich im Hôtel du Nord unter den Linden abstieg. Ich sah noch niemand, sandte eben erst an Graf

Trauttmansdorff,[1]) um ihm zu sagen, daß ich angekommen, und sage Dir, die Du wohl noch ruhst, meinen Morgengruß.

Nebel, ein Rieseln zwischen Regen und Schnee, die Bäume ohne Lebenszeichen — Häuser, Menschen kalten Anblicks. Der erste Eindruck ist wenig erfreulich.

Zuversichtlich bin ich durchaus nicht, denn die Dinge sind hier ungemein verfahren, und der gesunde Menschenverstand hat selten recht gegenüber der Leidenschaft.

13.

Ich kann mit meiner Aufnahme zufrieden sein; sie ist gründlich schlecht und wird wohl meine definitive Ernennung zur Folge haben.

Es schneit den ganzen Tag und ist abscheulich kalt. — Dein liebes Bild hab' ich vor mir. Das tröstet mich. Ich gehe jetzt ins Ballett und später zum Grafen Brandenburg.

Später.

Geschah nicht, denn Graf Brandenburg, der den Ausdruck eines Ehrenmanns hat, und Graf Arnim (der Minister des Auswärtigen) besuchten mich. — Heute kam die telegraphische Nachricht, daß gestern der Antrag der Übertragung der Kaiserwürde an Preußen in Frankfurt gestellt wurde. — Werden sehen. — Den Spätabend brachte ich bei Gräfin Trauttmansdorff zu.

14.

Es fängt mir an, klar zu werden, daß meine Stellung hier eine falsche ist, so lange sie nicht eine definitive ist. Diese also wird sich herausstellen, und somit: Lebewohl, Athen! — Für Erziehung der Kinder wird es hier sehr leicht sein; das ist ein Lichtblick.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Abends.

Ich komme eben von Charlottenburg zurück. König und Königin waren sehr freundlich. General Wrangel und Humboldt bemühten sich artig um mich. Auch Vater Werther besuchte ich heute und erzählte von Max.[2])

Ich lasse diese Zeilen ablaufen, da sich eine Gelegenheit bietet.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

[1]) Österreichischer Gesandter in Berlin, den Prokesch ablöste.

[2]) Baron Werther, damals preußischer Gesandter in Athen.

An seine Frau.

Berlin, 16. März 1849.

Werther kam, dann General Wrangel, eine echte Soldatengestalt, derb und gerade, die mir homogen ist; er sprach einfach und klar mit gesundem Menschenverstand, der das Rechte ohne Mühe trifft. Läßt man sich hier nicht durch Eitelkeit und Palmerston-Bunsen berücken — kauft man nicht um den Preis seiner staatlichen Gesundheit und Würde das Dejanira-Kleid aus der Hand der Revolution, so wird Preußen sein, was es sein soll, ein großer, mächtiger Staat, Deutschlands Hort auf eigenen Beinen.

Ich habe noch keine entschiedene Ansicht. Brandenburg, Arnim, der König sind Ehrenmänner — aber können sie, was sie wollen? Ihre Lage ist schwieriger als die unsere.

Du wirst Dich wohl an den Gedanken gewöhnen müssen, nach Berlin zu kommen. Was mich hier anlächelt, ist die Möglichkeit der Erziehung der Kinder. Berlin bietet mehr erziehenden Habitus als Wien und ebensoviele direkte Mittel.

Später.

Ich sah soeben den Prinzen von Preußen. Ein stattlicher, verständiger Mann. — Der Vorschlag Welkers, den König zum deutschen Kaiser auszurufen, ist mit 253 Stimmen gegen 215 verworfen. Ich esse heute in Charlottenburg. Hoffe, im König und in den Prinzen ist Halt gegen die Revolution.

17. März.

Gestern hatte ich eine mehrstündige Unterredung mit dem König.[1]) Heute wartete ich den Prinzen Adalbert und Karl auf, und hatte abends lange Unterredung mit Graf Brandenburg. Der

---

[1]) Diese Unterredung, welche nach der Tafel im Kabinett des Königs stattfand und die deutschen Angelegenheiten zum Gegenstand hatte, dauerte drei Stunden. Friedrich Wilhelm IV. hielt darin den Standpunkt fest, daß der erste Platz in Deutschland nur Österreich und die deutsche Kaiserkrone nur dem Kaiser von Österreich zukomme, dessen Reichsfeldherr er sein wolle, und entwickelte eingehend seine Ideen über die Notwendigkeit des innigen Anschlusses Preußens an Österreich, sowie über den zu diesem Ziel führenden Weg. Von der ihm vom Frankfurter Parlament angebotenen Kaiserkrone sagte er, indem er sie mit einem drastischen Beiwort bezeichnete: „es sei selbstverständlich, daß er die S...... Krone nicht annehme.

König spricht sehr gut — sein Wort ist warm — die Ideen hängen wohl zusammen — mich gewönne er leicht und bald.

18.

Ich aß heute bei General Wrangel; er brachte Radetzkys Gesundheit aus, die ich beantwortete. Den Abend war ich bei Trauttmansdorff.

19.

Heute den Prinzen Albrecht und Wilhelm aufgewartet und viele Besuche gemacht. Unsere Vorschläge in Frankfurt [1]) schlugen dem Faß den Boden aus, und so werden wir aus den Phrasen in die Thatsachen kommen. — Die beiden bösen Jahrestage gingen, einen kleinen Auflauf gestern abgerechnet, ruhig vorüber.

21.

Die Verwirrung in allen Lagen ist die größte, und ich sehe wahrlich den Ausgang nicht. — Heute, wie ich eben aus der Kammer komme, finde ich meine definitive Ernennung! — Sende nichts ab, denn es ist doch möglich, daß ich wiederkehre.

22.

Heute früh kam Hübner [2]) und brachte mir die Kreditive. Das ist entsetzlich! — Meine Zeit ist hier so zerrissen, daß ich zu so wenigen Zeilen nur an Dich komme. Glaube mir, ich sehne mich sehr nach Dir und nach meinen Kindern! Ach, umarm' sie mir innigst, innigst. Genieße das Frühjahr, so lange es geht. Warte meine nächsten Schreiben ab, aber packe ein — ohne abzusenden.

Der ganz fertigen Sache in Frankfurt ist die kaiserl. Regierung in den Zügel gefallen. War es noch Zeit? — Das wird sich zeigen. — Soeben trifft die Nachricht ein, daß das Ministerium Gagern, das uns aus Deutschland hinausmanövrieren wollte, gefallen ist. — Ganz unfähige Leute sind wir nicht; das soll man nach und nach merken.

---

[1]) Note an das Reichsministerium vom 9. März und Instruktion an den österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Hrn. v. Schmerling, welche die Verleihung der österr. Verfassung mitteilten, mit Bezug auf dieselbe die Aufnahme der Gesamtmonarchie in den Bund, sowie eine entsprechende Änderung der Verfassung Deutschlands forderten, und für dessen Neugestaltung ein Direktorium von 7 Mitgliedern, ein aus Delegierten der Regierungen und Kammern der Einzelstaaten gebildetes Staatenhaus und die Einteilung in 6 Kreise vorschlugen.

[2]) Freiherr (nachmals Graf) von Hübner, österreichischer Diplomat.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 23. März 1849.

Ich habe gestern die Ehre gehabt, Euer Durchlaucht den Fall des Ministeriums Gagern anzuzeigen. Durch Österreichs entschiedenen Schritt erklärte man die Welt in Gefahr — und es war nichts in Gefahr als das Ministerium Gagern. So geht es mit den meisten Schreckfeuern, die seit einem Jahr, freilich mit anderem Erfolg, angezündet wurden.

Um mich über den Augenblick zu orientieren, ging ich heute zu Grafen Westmorland.[1]) Ich hatte eine zweistündige Unterredung mit ihm, die mir für die Zukunft ein gutes Verhältnis verspricht. Seine Äußerungen waren insofern merkwürdig, als sie mich in meinem bisherigen Urteil nur bestätigen konnten. Er sagte mir, der Fall Gagerns sei ein Donnerschlag, denn die Kaiseridee (mit oder ohne Kaiserkrone) dominiere oben und unten, rechts und links auf eine Weise, daß sie gleichsam für jeden einzelnen eine Ehrenfrage geworden. Alle Vorstellungen, jedes vernünftige Wort seien eigentlich vergeblich dagegen. Lady Westmorland kam, dies zu bestätigen, indem sie eine eben mit Graf Redern[2]) gehabte Conversation erzählte, der, obwohl de l'extrême droite et de la cour, in Verzweiflung über die Gefahr war, die Preußens Hoffnungen drohte. Klubs besprächen heute allüberall, was zu thun, und in beiden Kammern wolle sich die Rechte zur Linken schlagen und das Ministerium über die sogenannte Höflichkeitsnote, womit Preußen dem österreichischen Oberhauptsvorschlage beigestimmt, und die man als eine Hauptursache des Falles Gagerns betrachtet, interpellieren. Das Ministerium sei in der größten Verlegenheit, sagte Graf Westmorland, und riet mir dringend, nicht vorzutreten, nicht dessen Verlegenheit zu mehren; es nützte ja doch nichts, denn den Mut im Ministerium, uns nun offen die Hand zu reichen, den würde ich nicht finden. Es erinnere an den König von Neapel in Laibach, der auf das Begehren, sich an die Spitze der Truppen zu stellen, geantwortet habe: „anch' io son Napolitano; ho paura". Mit dem deutschen Schwindel schlage man hier das Ministerium tot

---

[1]) Englischer Gesandter.

[2]) Preußischer Kammerherr.

und mache aus dem König, was man wolle. Eine telegraphische Nachricht von heute früh sagte, der Reichsverweser habe Herrn v. Mohl berufen. Man halte aber den Wiedereintritt Gagerns hier für möglich; man beschwichtige damit; man wolle abwarten. Das waren in der Hauptsache die Äußerungen des Grafen.

Herr v. Meyendorff[1]) sprach mir in derselben Weise, doch nahm er entschiedener an, daß der Moment kommen müsse, „wo Preußen nichts übrig bleibe, als Österreich die Hand zu reichen".

An seine Frau.

Berlin, 23. März 1849.

Der Fall Gagerns hat hier einen gewaltigen Eindruck gemacht. Dem trefflichen Ministerium hier die Verlegenheiten nicht zu mehren, ist mein Wunsch und meine Aufgabe. — Ich war bei Graf Westmorland, einem sehr vernünftigen Mann, durchaus nicht von der Art Lyons'.[2]) — Ich glaube, alle Welt billigt meine Mäßigung und begreift mein gutes Wollen. — — — —

24.

Gestern war ich abends bei Werther, wo ich die Mutter der jungen Frau von Werther, Gräfin Oriola, fand — eine schöne Frau mit den edelsten Zügen. Ich erzählte von Athen und ihrem Enkel.

Den Morgen hatte ich in der Kammer zugebracht, wo die deutsche Frage in Verhandlung ist. Viel Lärmen um nichts.

Was mich heute betrübte, war ein Schreiben Stürmers.[3]) Er hat wirklich um Entlassung gebeten, und zwar als er meinen Ruf nach Wien vernahm. Ich glaube, er wollte zuvorkommen. Berlin ist allerdings in diesem Augenblick der schwierigste Punkt — aber soll ich denn den weit besseren, lange erwarteten Posten

---

1) Russischer Gesandter.

2) Vergl. die Anmerkung S. 4.

3) Österreichischer Internuntius in Constantinopel.

verlieren? Soll eine Vergangenheit von 25 Jahren vergeblich gewesen sein?

Alles geht hier eigentlich über Erwartung gut. Das gefährlichste Manöver ist gescheitert.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 24. März 1849.

Die deutsche Frage ist heute in beiden Kammern mit großer Leidenschaftlichkeit (die nach der Frankfurter Niederlage zu erwarten war) zur Sprache gebracht worden, in der oberen durch eine Interpellation wegen der vom Grafen Arnim nach Frankfurt gerichteten Note vom 10. d., in der unteren durch Diskussion des auf diese Frage bezüglichen Artikels der Adresse. Die Linke verwarf auch hier mit Folgerichtigkeit das preußische Erbkaisertum, den engeren Bund und den Ausschluß von Österreich. Die Rechte verteidigte das Erbkaisertum nur noch als Wunsch, hielt aber am engeren Bund (an der Macht) fest, sowie an der Volksvertretung in Frankfurt, was ich gleichfalls folgerichtig finde, denn in dieser Volksvertretung (welche eine zweite rein preußische in Berlin nicht aufheben soll) würde der Weg zur thatsächlichen Mediatisierung der Bundesglieder zum Einheitsstaat liegen.

Das Ministerium, durch Grafen Brandenburg in der 2. Kammer, durch Grafen Arnim in beiden, entschuldigte die Note vom 10. erstens als der Kenntnis der österreichischen Verfassungsoctroirung vorausgehend, und zweitens als einen Schritt, wodurch Preußen Akt nehmen wollte von der Thatsache, daß auch Österreich der preußischen Einladung, sich mit Frankfurt zu vereinbaren, sich dort auszusprechen über Punkte des Frankfurter Verfassungsentwurfs, Folge geleistet habe (eine Auffassung, gegen die ich in freundschaftlichen Worten Einsprache erheben werde). Die heftigen Angriffe gegen die „preußisch-österreichische Kabinettspolitik" beantwortete Graf Arnim, der auch persönlich der Neigung zu Österreich von der Rechten beschuldigt wurde, mit der wiederholten Zusage des

Festhaltens an der Note vom 23. Jänner.[1]) Er konnte nicht anders, das begreife ich, so entschiedenen Majoritäten gegenüber.

Der Unsinn muß sich erschöpfen, damit Raum für die vernünftige Auffassung werde. — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 25. März 1849.

Meine Sprache und Haltung hier ist die Periphrase des Satzes: daß wir bei Deutschland bleiben wollen. Sagte ich das Gegenteil, so hätte die deutsch-preußische Partei gewonnenes Spiel.

Das „Heraus" liegt in der gegen Frankfurt genommenen Haltung, wenn anders (was mir durchaus nicht unmöglich scheint) die mit Entrüstung aufgenommenen österreichischen Erklärungen vom 9. nicht die Majorität an sich reißen. Dann aber ist die Revolution überwunden und das „Heraus" wohl weder zulässig noch nötig.

Daß ich die auf ihrem abgetrennten Weg seit 23. Jänner sehr weit gegangene preußische Regierung nicht in acht Tagen zu uns herüber ziehen würde, haben Euer Durchlaucht ohnedies gewußt. Im zu schroffen Auftreten lag eine Gefahr, die ich sogleich fühlte, da ich meinem Kommen die Farbe eines bestimmteren Auftretens weder nehmen konnte noch wollte. Das Ministerium weiß mir Dank, glaube ich, für die Rücksicht, die ich seiner Lage beweise, und errate ich seinen Wunsch richtig, so geht er dahin, daß sich Frankfurt totrennen möge, damit dann der Zusammentritt Österreichs und Preußens als einziges Mittel sich von selbst ergebe.

So weit ist aber der Hof nicht. Wie ungeduldig nach Erweiterung der Herrschaft er ist, geht aus dem Antrag des Herrn v. Radowitz, des Vertrauensmanns des Königs, am 22. hervor,

[1]) Vergl. S. 9: „Der Form nach eine Verwahrung gegen die entscheidende Macht der Frankfurter Versammlung, in der Sache aber die Zustimmung zu Gagerns Programm vom engeren und weiteren Bunde" (Sybel, „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.", Bd. I, S. 285 u. f.).

der das Wahlgesetz mit in den Kauf nehmen wollte. Daß trotzdem die Sache fiel, hat hier freilich einen schwer zu beschreibenden Eindruck gemacht und zunächst eine große Entrüstung gegen Österreich hervorgerufen. Man glaubte gestern, das Ministerium würde die Angriffe in beiden Kammern nicht überleben. Es hat sie überlebt, und man hat einstweilen eine Nacht darüber geschlafen. Heute ist Sonntag; abermals 24 Stunden Zeit ist gewonnen, um sich auszukühlen. Man wird sich in die Niederlage finden, und zuletzt, nach langem Hinundhersuchen, wird auch der Tag kommen, wo es dem Ministerium möglich wird, mit Österreich zu gehen.

Der Bericht des Herrn v. Schmerling vom 22. beweist mir, wie aus dem Irrtum das Richtige als Erkenntnis herauswächst, die nämlich, daß nur in der Verständigung zwischen Preußen und Österreich die Lösung liegt.

Läge Euer Durchlaucht daran, Herr der Stellung in Frankfurt zu werden, so wäre der Augenblick allerdings günstig. Dann aber müßten wir dort mit etwas Entscheidendem in dem Sinn des Herrn v. Schmerling auftreten. Der Weg durch Preußen, so schwierig er sein mag, scheint mir der bessere. Die Voraussetzung des Eintritts Österreichs mit der Gesamtmonarchie ist, nach meiner Ansicht, eine Parteiauffassung, und nur der zweite Teil der Schmerling'schen Anschlußfrage einer Diskussion fähig.

Daß ich Grafen Arnim die in Frankfurt auftauchende Erkenntnis aus Herrn v. Schmerlings Berichte nachwies, versteht sich von selbst. Er hörte es gern und äußerte: „Leider ist diese Erkenntnis hier noch gar nicht; aber wenn wir nichts übereilen, gelangen wir ans Ziel".

An seine Frau.

25. März 1849.

Ich sende heute das Schreiben Stürmers an den Fürsten mit dem Ausspruch meines Kummers, mir diesen Posten entgehen zu sehen. Berlin ist interessanter, aber Constantinopel würde in vielen Beziehungen vorzuziehen sein. Für Erziehungsmittel ist Berlin freilich besser; das sage ich mir als Trost.

Möge sich's nur bald in Italien entscheiden! Wie wünsche ich dem trefflichen Radetzky den Triumph, in Turin einzurücken! In Ungarn stockt es seit lange. Ich bin dennoch ohne Sorge, aber der brillante Eindruck des Anfangs ist verloren.

27.

Mein teueres Leben, meine Wünsche sind mit Dir! Wie magst Du Deinen Geburtstag zugebracht haben? Machten Dir die Kinder in ihrem und auch des fernen Vaters Namen ein Freude? — Da sitz' ich — und weiß kaum, was ich wünschen soll. — Die Pflicht allein ist der Leitstern. — Meine Ernennung findest Du in der „Wiener Zeitung".

Gestern speiste ich bei Prinz Karl; hatte heute und gestern viele Geschäfte, speiste heute bei Trauttmansdorff und ging dann in die „Zauberflöte", die gut gegeben wurde. Alte Klänge aus der Kindheit — aus Vaters Hause! — Mich rührte die Einfachheit und die Erinnerung.

Der Frankfurter Intrigue, gerade als sie ihre Frucht einbringen wollte und sich am sichersten meinte, wurde ein gewaltiger Strich durch die Rechnung gemacht. Wäre sie durchgedrungen, so würde sie hier gescheitert sein. Aber sie ist nicht zu Ende. Mächtig kämpfen die Berliner Kammern für sie.

28.

Soeben hat mir General Wrangel einen Besuch gemacht, zu Ehren Radetzkys. Die preußische Armee ist entzückt über die unsere, aufrichtig entzückt, denn der Soldat hält wie der Freimaurer zusammen, besonders heutzutage.

Mit Freude sehe ich aus Deinem Brief vom 18., daß Dich Berlin weniger erschreckt als ich befürchtet hatte. — Ich bin schon recht in die Gesellschaft verwickelt; alle begegnen mir artig, obwohl ich eine schwere Stellung habe und politisch keine angenehme, keine bequeme Person bin.

Danke der Königin für ihre Erinnerung. Sie wird sich bei der österreichischen Reichsverfassung an die Worte erinnert haben, die ich ihr einmal sagte: man müsse heraus aus dem allgemeinen Wahlrecht. — Auch aus der deutschen Patsche muß man heraus, heraus aus der Revolution. Unsere größten Schwierigkeiten liegen nicht in

den Völkern, sondern in den Fürsten. Der König von Bayern benimmt sich vortrefflich, aber B. ist die Schwäche selbst. — Die eine Krise in der deutschen Sache ist überwunden — die andere naht.

Nachts.

Nein, sie naht nicht — sie ist da. Heute nachmittag ist der König von Preußen von 290 Gliedern der Frankfurter Versammlung zum Kaiser erwählt worden. Die übrigen 248 stimmten nicht. Die preußische Partei gewann die Linke für sich, indem sie derselben das revolutionäre Wahlgesetz und andre revolutionäre Bedingungen zugestand. So bietet man dem König eine Krone aus Dreck und Blut. Er wird sie nicht nehmen, aber entschieden ablehnen wird er, trotz aller Phrasen, sie nicht. Das ist meine Meinung. Ich las noch heute einen herrlichen Brief, den er am 18. an den alten Arndt schrieb, in voller Erkenntnis seiner Ehre und Pflicht — aber — aber seine Handlungen und seine Worte sind zweierlei. — In einer großen Soiree bei Minister Manteuffel erfuhr ich die Nachricht und sandte sie noch an den Telegraph in Oderberg.

29.

Heute übergab ich meine Kreditive und hatte eine lange Unterredung mit dem König.[1]) Wollen sehen, wie wir diese neue Phase überwinden. — Herrliche Siege in Italien! — — Diesen Brief sende ich nach Wien mit einem Kurier, den ich expediere.
— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 30. März 1849.

Heute übernehme ich die Kanzlei. Der König war gestern überaus gütig in seinen Formen gegen mich, aber im Grunde bin ich eine unangenehme Person, weil ich der Ausdruck einer männ-

[1]) Notizen, welche Prokesch unmittelbar nach dieser Unterredung niedergeschrieben, enthalten folgende Einzelheiten: „Der König versicherte, er würde die Krone nicht nehmen; sein Gefühl wäre, der Deputation gar nichts zu antworten, doch seien die Minister nicht dieser Ansicht; er fürchte sich mit allen zu überwerfen, so weit stände seine Ansicht von der ihrigen ab. Ge-

licheren Politik bin, als man seit lange von unserer Seite gewohnt war. Nach und nach wird man freilich finden, wie ehrlich ich es mit dem guten Verhältnis zwischen beiden Reichen meine; aber niemand glaubt schwerer, als wer in falscher Stellung ist — und das ist Preußen uns gegenüber. Der gegenwärtige Augenblick ist ein entscheidender. Hält Preußen den Bund mit der Revolution aufrecht, so müssen wir uns durch einen Gegenbund sichern. Ich hoffe aber noch, daß Klugheit und Rechtlichkeit über Eitelkeit und Eroberungsgier siegen. Wie ein großer Teil der Leute hier denkt, beurteile aus der Anlage. Aber nicht diese Leute sind es, welche die Regierung am Schlepptau haben.

Süßes Herz, Du mußt Dich also entschließen, zu scheiden von Athen. — Soll es für immer sein? — Wer weiß, ob ich nicht einst zurückkehre, dort meine Tage beschließe?

Mit Constantinopel habe ich entschieden Unglück. Hätte Stürmer sich um einige Wochen früher entschlossen, der Posten würde mir zugefallen sein. Aber gerade jetzt, wo mich der Drang der ganz verfahrenen Sache nach Norden wirft! — Ich halte dennoch in meinen Briefen nach Wien die Aussicht auf Constantinopel fest, und glaube, daß zuletzt doch noch eine Übersiedlung dahin herauskommen wird, wenn auch erst nach ein paar Jahren.

— — — — — — — — — — — — — —

wissen Notwendigkeiten würde er sich allerdings nicht entziehen, doch sei er über die Verwerfung der an die Krone gehängten Bedingungen mit den Ministern einig. Die Krone selbst aus solcher Hand zu nehmen, würde eine Abscheulichkeit sein und dem Kaiser von Österreich einen gerechten Grund zum Krieg geben, wenn nicht heute oder morgen, so doch bei nächster Gelegenheit". Prokesch antwortete: „Majestät irren. Ein Entschluß, der Preußen in den Dienst der Revolution stellte, würde den Kaiser tief schmerzen; doch nicht den Gedanken an Krieg würde er in ihm wecken, sondern den Entschluß, dem König von Preußen, sobald ihn die Revolution an den Rand des Untergangs geführt haben würde, hilfreich die Hand zur Rettung darzubieten". Der König war über diese Äußerung tief bewegt. — Im Lauf der Unterredung wiederholte er mehrmals: „Wenn mir kein anderer Weg bleibt, meine Ehre zu retten, so abdiziere ich".

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. März 1849.

Die Deputation[1]) wird am 2. erwartet. Gestern und heute saßen die Minister in Charlottenburg beisammen, um über die Antwort zu beraten. Niemand erwartet die Annahme, niemand die Ablehnung in hinlänglich entscheidenden Worten.

Es würde ein starker Fürst, ein nicht minder starkes Ministerium dazu gehören, um dem Schwall, der Preußen der Demokratie entgegenführt, zu widerstehen. Hätte ich die Antecedentien gekannt, wie ich sie jetzt kenne, ich würde mich kaum einer Mission unterzogen haben, die schnurstracks der Richtung entgegenläuft, die hier seit Jahr und Tag entschieden befolgt wird. Nur eine ganz kleine Partei, die außerhalb der Geschäfte und selbst außerhalb des Hofes steht, wagt den Teufel zu entlarven, der da sagt: „Dies alles geb' ich dir, wenn du niederfällst und mich anbetest". Die Kammern, die Geschäftsleute, die Höflinge sonnen sich im Hoffnungsstrahl der Herrschaft. Nicht Worte, nur wirkliche Gefahren können von dem schlechten Weg abbringen; die Revolution ist aber keine wirkliche Gefahr in den Augen derjenigen, die sie zu besiegen meinen, wenn sie nur erst mit ihrer Hilfe die Herrschaft gewonnen haben.

Die Machtentwicklung Preußens, insofern sie nicht Sachsen und Hannover berührt und nicht nach Süddeutschland hineingreift, ist eine natürliche. Sie wird zur unnatürlichen durch den revolutionären Weg, der ein unnötiger ist. So lange Preußen auf diesem verbleibt, erschiene mir jede Konzession ein Fehler.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 31. März 1849.

Ich habe nicht den geringsten Zweifel über die Antwort, die der König geben wird. Wer den Gang Preußens seit 18. März v. J. betrachtet, wird nicht eine Linie Widerspruch oder Abweichung finden. Preußen wird annehmen durch die Art, in der es

[1]) Der Frankfurter Nationalversammlung.

ablehnt. Es hat schon geantwortet, indem es vorgestern an H. v. Kamphausen[1]) die Weisung erließ, mit den 23 dienstbaren Regierungen über die Form und den Umfang der preußischen Schirmherrschaft zu verhandeln.

Hier bereitet man den Zwang vor, der das böse Spiel decken soll. Stadtverordnete und Magistrat bedrängen den König mit Adressen. Das Blatt des H. v. Vincke,[2]) des eigentlichen Regenten in Berlin, „Die deutsche Reform“, läßt die Sprache erraten, welche die Regierung führen wird.

Was man als Hilfe voraussetzte, die Gesinnung der Grafen Brandenburg und Arnim, ist keine. Beide sagen: „Ich denke wie Sie“ — aber beide handeln, wie H. v. Vincke handeln würde, wäre er an ihrer Stelle Minister. Alle Worte sind vortrefflich, alle Handlungen weichen davon ab, angeblich aus Notwendigkeit, aber diese Notwendigkeit selbst ist nur eine beliebte Voraussetzung. Das habe ich auch letzthin dem König gesagt.

Die Möglichkeit, daß die Garanten der Verträge sich einmischen, wird, wie der hannöverische Gesandte mich versicherte, hier bedacht. Graf Arnim habe ihm darüber etwas cavalièrement gesprochen, sagte er. Mir sprach Graf Arnim von dieser Eventualität nicht. Aber Graf Redern und andre Herren de l'extrême droite (im Herzen sehr kaiserlich preußisch) zeigten sich mir beunruhigt darüber.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 1. April 1849.

Die Adreßentwürfe der Kammern, welche morgen zur Verhandlung kommen, raten alle zur Annahme, die einen mit, die andern ohne Bedingungen.

Deputierte aus Frankfurt, die ich eben sprach, versichern, daß nur durch schriftliche Verpflichtung Herr von Gagern die Linke, die eigentlich entschied, für den König von Preußen stimmen machte. Ein Schreiben Gagerns an den Deputierten Simon soll auf

---

1) Bevollmächtigter Preußens bei der Deutschen Centralgewalt.

2) Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

unbedingte Annahme dringen und in Aussicht stellen, daß der König ja hintennach, wenn er nur einmal die Centralgewalt in Händen, nach Belieben durch die nächste Reichsversammlung ändern lassen könne, was ihm bedenklich schiene.

Herr von Arnim, den ich heute sah, sprach sich über die Antwort nicht aus. Wie ich von anderer Seite höre, soll der König auf einer entschiedenen Ablehnung bestehen, dagegen soll die Meinung des Ministeriums dahin gehen, er müsse wenigstens die Reichsregierung annehmen. Von mehreren Seiten wird ausgesprochen, was mir der König letzthin selbst sagte, er wolle abdanken.

Stellt der König Bedingungen (und muß er das nicht?), so fällt die Linke wieder ab. Die Sache ist durchaus nicht aus. Es wäre aus diesem Gesichtspunkt ein Fehler, wenn die österreichischen Deputierten Frankfurt verließen.

Was ich nicht begreife, ist, warum Preußen, wenn es nichts als den engeren Bund will (wozu ja Verhandlungen mit den Fürsten ausreichten), sich den revolutionären Schweif von Frankfurt anschnallt, der seine ganze Stellung in Europa kompromittieren kann?

An seine Frau.

Berlin, 2. April 1849.

Soireen, Diners, Kammern und Besuche — so geht meine Zeit hin. Heute verhandelten beide Kammern Adressen, um dem König die gewünschte douce violence zu machen — alles unglaublich oberflächlich und in Eitelkeit ersäuft. Ich aß bei Westmorland, der österreichisch in Italien und preußisch in Preußen ist. — Vor Abend zog die Deputation aus Frankfurt ein. — Ich schrieb dem Fürsten, was morgen wahrscheinlich die Antwort des Königs sein wird, und brachte den späten Abend beim hannöverischen Gesandten, Grafen Knyphausen, zu, der eine liebenswürdige Familie hat.

Nicht Frankfurt dirigierte, sondern Frankfurt wurde dirigiert, und nach dem Fall des Welker'schen Antrags wurden die niederträchtigsten Mittel angewandt, um bei der Linken, bei Fröbel und Compagnie, die zur Majorität nötigen Stimmen zu erbetteln.

Eine schamlose Doppelzüngigkeit in allen Verhandlungen durchgreifend und fast ohne Ausnahme zu finden. — Ich bin sehr begierig auf die weitere Entwicklung, denn daß die Sache nicht aus ist, versteht sich von selbst.

4.

Gestern großer Aufzug der Kaiserdeputation. Der König kam eigens in die Stadt, um sie feierlichst zu empfangen. Die Antwort des Königs ganz so, wie ich sie erwartete: bedingte Annahme. Nun aber will die Linke, der sie sich nun einmal verkauft haben, nichts von Bedingungen wissen. Also weitere Verhandlungen.

Bis nach Mitternacht ging ich mit dem Herzog Georg von Mecklenburg unter den blattlosen Linden spazieren, nachdem ich früher geschrieben und expediert hatte.

Ich kann Dir heute nicht mehr schreiben, da ich überhäuft bin.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Ostersonntag, 8. April 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Den ganzen Morgen verbrachte ich in Gesprächen mit dem Nachfolger Schmerlings, Grafen Rechberg,[1]) und dem sächsischen Staatsminister v. Beust, den halben Nachmittag mit Graf Brandenburg. Bei Tische (im Gasthaus) fand ich einen Bekannten aus dem Jahre 1821, den Buchhändler Wiegand aus Leipzig. Später besuchte ich den Finanzminister von Rabe, und jetzt gehe ich noch zur Gräfin Brandenburg und zu Meyendorff. So leb' ich.

Gestern erhielt ich ein freundliches Schreiben des Königs Otto, das ich demnächst beantworten will. Ich hab' ihn lieb — er ist eine treue Seele.

Ich hoffe, wir zwängen der so überaus verfahrenen deutschen Sache dennoch eine günstige Wendung auf. Vor vier Monaten noch wäre es leicht gewesen. Heute ist es eine Höllenarbeit. — Der Erbkaiser ist vorderhand wieder ins Wasser gefallen. Aber

[1]) Bevollmächtigter bei der Deutschen Centralgewalt.

eine andere Gefahr droht, und diese abzuwenden ist fast ein Wunder. Ich hoffe viel von meinen Schritten. Schwarzenberg ist ebenso thätig als gescheit. Er thut treffliche Schachzüge und ist voll Mut.

12.

Gestern hatte ich einen sehr beschäftigten, wenig angenehmen Tag; doch erhielt ich Deine lieben Zeilen vom 1.

Abends war ich bei Gräfin Brandenburg, ein etwas steifer Zirkel, und dann, wie meist, bei Meyendorff, der mir als ein vielseitig gebildeter Mann angenehm ist. Ich bin die bête noire aller Erbkaiserlichen und befinde mich gut in dieser Rolle. Wir stehen schlimmer mit Preußen als ich dem König[1]) eingestehe, und kaum sind wir aus einem Sturm heraus, kommt der andere. Der Welker'sche Antrag scheiterte, die Kaiserwahl scheiterte abermals, nun bereitet sich der dritte Sturm, und ob wir ganz mit heiler Haut herauskommen, wage ich kaum zu hoffen, obwohl er in der Hauptsache auch scheitern wird. Das kann erst bis 18. entschieden sein.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 13. April 1849.

Ich fange den Tag mit Dir an, geliebtes Herz! Gestern schrieb ich Dir auf dem gewöhnlichen Weg durch die Staatskanzlei. Diese Zeilen laufen durch die Post.

Der deutsche Stand ist betrübend. Die Revolution beutet die preußische Eitelkeit aus. Statt durch honnêteté groß zu werden, will man es durch Schliche. Träte der König offen vor Deutschland hin als ein Schirmherr der Schwachen, wer nähme ihm den Platz? Aber im Dienst der Revolution für ein Stück Land — das nötigt alle Welt, sich vorzusehen. Die Minister sagen: wir sind ehrlich — und ich glaube es; dann aber sagen ihre Handlungen: wir sind schwach.

Nun war ich mit Roß[2]) beim alten Humboldt, der sich wunderbar frisch erhält — geistig und körperlich. Dann gehe ich in die

[1]) Von Griechenland in einem Briefe.

[2]) Archäolog, Prokeschs langjähriger Freund aus Athen, zuletzt Professor in Halle.

Kammer, dann zur Prinzessin von Preußen. — Von der Aufgeblasenheit Berlins, von der man mir so viel erzählte, habe ich noch keine Spur gefunden, mit sehr geringen Ausnahmen.

14.

Teueres Herz, Regen und nichts als Regen! — Ich war heute mit Roß und Frau in der Kammer — dann aßen wieder beide bei mir. Ich zankte mich mit dem alten Unverbesserlichen ganz tüchtig. Er meint es gut, ist aber deutscher Professor durch und durch, und glaubt, daß alle Fürsten von ihren Thronen steigen und die Welt durch die Professoren, ihn an der Spitze, regieren lassen sollen. — Wen sah ich in der Kammer? Die Gräfin Ida Hahn-Hahn, die sich Deiner freundlichst erinnerte. Heute sitze ich in einem wahren Kreuzfeuer. Die Publikation der Note[1]) an mich in der Wiener Zeitung vom 12. fällt ihnen hier wie glühende Kohlen aufs Haupt. Unsere Nachteile in Ungarn fallen auch hier schwer in die Wagschale. Es ist nun klar, daß wir sehr ungeschickt gewesen sein müssen. Die unzeitige Milde hat viel verdorben, namentlich die Anerkennung der ungarischen Banknoten, die dem Feinde alle Mittel ließ! — Ich begreife gar nicht, was mit allen den schönen Regimentern geschehen und warum die Ungarn sich in der Theißebene bewegen können und wir nicht. Bis an die Thore von Pest sind sie heran! Es ist schauderhaft. Hier säuselt man Mitleid und freut sich darüber. Ein entscheidender Sieg thut uns unerläßlich not, sonst ist keine Haltung zu halten.

Für meine Stellung ist eine schwere Krise eingetreten. Unsere Note wurmt die preußische Eitelkeit ungemein.

Ich habe das Vorgefühl, daß ich nicht lange hier bleibe. Unser Stand in Ungarn verdirbt alles. Was kann ich, da man

---

[1]) Vom 8. April. Sie war die Antwort auf die preußische Cirkularnote vom 3. April, welche die Bereitwilligkeit des Königs aussprach, beim Rücktritt des Erzherzogs Reichsverwesers die Centralgewalt zu übernehmen, und an die Spitze eines freiwillig zu bildenden Deutschen Bundesstaats zu treten, ferner die Regierungen aufforderte, sich thunlichst bald über ihren Beitritt, ihre Stellung zur Nationalversammlung, sowie über die Beziehungen des Bundesstaats zu den etwa nicht beitretenden Regierungen zu erklären (Sybel I, 309 u. f.). In seiner Antwort betonte Schwarzenberg das Bestehen des Bundes, erklärte, daß Österreich das weitere Fortbestehen der Nationalver-

nicht an unsere Kraft glaubt, und da wir im Grunde ganz vereinzelt stehen!

— — — — — — — — — — — — — —

20.

Die Kälte macht mir fast die Finger starr. Ein scheußliches Klima; zwar ist heute Sonne, aber so halb wie eine preußische Kabinettserklärung.

Je früher Du kömmst, desto lieber ist's mir; aber die Hauptsache ist, durchaus nichts zu übereilen. Kömmst Du erst im Herbst, um definitiv hier zu bleiben, so lasse die Kinder in Baden, bis hier das Haus eingerichtet ist. In meinen Kindern hat Gott mich gesegnet; ich trage sie im Herzen als eine liebe Gabe des Himmels, als einen Trost für manchen Kummer, als eine stärkende Hoffnung.

Und nun, mein süßer Frieden, schließe ich dieses Postskriptum und umarme Dich innigst. Du bist meine Freude und mein Halt im Leben. Ich denke nie an den Tag, der uns vereinte, ohne ihn zu segnen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 16. April 1849.

Der Wirrwarr ist so völlig, daß man Mühe hat, darin einen Faden zu finden.

Glaube ich der Sprache der offiziellen Thatsachen und Erklärungen — (und vielleicht ist sie die wahre) — so muß ich allerdings annehmen, daß der engere Bund das eigentliche Ziel ist.

Es drängt sich aber unwillkürlich noch eine andere Ansicht auf. Hielte ein junger Mann bei einem Familienvater um dessen Tochter an, und dieser antwortete: „Da muß ich vorerst meine Frau fragen", so würde der junge Mann glauben, der Vater habe für sich eingewilligt. So kommt mir der König gegenüber der

sammlung nicht anerkenne, wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Bildung eines engeren Bundes und die Absicht des Königs, sich an die Spitze von Deutschland zu stellen, indem der Kaiser sich — im Fall des Rücktritts des Erzherzogs — nicht der von einem anderen Fürsten gehandhabten Centralgewalt unterwerfen würde, und legte schließlich Verwahrung ein gegen alle Beschlüsse, die etwa aus dem preußischen Vorschlag hervorgehen könnten.

Frankfurter Deputation vor. Er hat nicht nein gesagt, weder in Bezug auf die Krone, noch auf die davon untrennbare Verfassung. Was geschieht heute? Die Nationalversammlung sagt: „Ich beharre auf der Verfassung" — und Preußen bricht nicht mit ihr, sondern wartet noch, bis sie sich bestimmter ausspricht! Einstweilen erklären sich 23 ganz von Preußen abhängige Regierungen für die Verfassung, und es ist kaum zu zweifeln, daß auch die preußischen Kammern in demselben Sinn sich aussprechen. Sagt nun Preußen: „Was kann ich? — ich muß dem Beispiel der Regierungen, dem Wunsch der Kammern nachgeben — ich nehme die Verfassung, vorbehaltlich künftiger Revision an" — so hängt an dieser Verfassung die davon untrennbare Kaiserkrone.[1])

An Se. kais. Hoheit Erzherzog Johann, Reichsverweser.

Berlin, 16. April 1849.

Aus diesem schmutzigen Schneegefild nach so langer Zeit die ersten Zeilen! Ich hatte keine Gelegenheit, und der Kurier, der diese Zeilen mitnimmt, kam vor einer halben Stunde und geht in einer Viertelstunde.

Wenn man an Inkonsequenz, Schwanken, Widersprüche der preußischen Politik in Wien glauben konnte, so konnte man auch die Hoffnung nähren, das Berliner Kabinett zu überreden, — man konnte mich in der Meinung schicken, ich würde durch Graf Arnim das Verständnis und Zusammengehen mit Österreich herbeiführen.

Die Politik des Berliner Kabinetts ist eine völlig konsequente. Sie fand in der Note vom 23. Jänner einen bescheidenen Ausspruch, bescheiden im preußischen Sinne, indem sie das Mindeste aussprach, ohne deshalb das Mehrere von der Hand zu weisen. Diese Politik ist festgehalten worden; König, Minister, Kammern,

[1]) In einem Privatbriefe vom 3. April schrieb Schwarzenberg an Prokesch unter anderm: „Der König mag die Frankfurter Krone annehmen und dann zusehen, wie er sie trage — um den Preis, den er dafür zahlt, hätten wir sie unseren Feinden nicht gewünscht".

Volk wollen sie. Was man darin Opposition nennen kann, ist nur der Unmut über das Nichtgenug oder den zu langsamen Schritt. Die Phrasen, der Jammer über unangenehme Nötigung, die Versicherung von Überraschung, die tausend Protestationen von Pietät für Österreich, die Sendungen des Grafen Brühl und andre, das sind lauter Deckmäntel der einen und selben Politik, die dahin geht, Herr in Deutschland zu werden, die Kontinuität zwischen Altpreußen und den Rheinprovinzen zu bewirken, Österreich hinauszudrängen. Hätte man den Mut seiner Wünsche, man würde die Kaiserkrone selbst aus der Hand der Roten genommen haben — aber man geht vorsichtig und mit halben Schritten, daher will man den engeren Bund, die sogenannte Schirmherrschaft, den sogenannten politischen Zollverein — aus lauter Liebe zu Deutschland. Man bedient sich der Revolution, um den Willen und die Macht der Fürsten zu brechen, und sie schutzflehend in die Arme sich fallen zu machen. Man will hintennach Stellung nehmen gegen die Revolution — man spielt au plus fin mit ihr. Man ist nach allen Richtungen Luchesini und Haugwitz.

Baden geht als Werkmeister dienend voran. Man will Süddeutschland, d. h. Bayern und Württemberg, nicht im engeren Bunde — aber zu zersetzen durch revolutionäres Gift, hofft man es einstweilen. Hannover und Sachsen will man; beide Regierungen wehren sich heldenmütig; man betrachtet beide als bereits durch Klubs und Kammern überwunden. Die Anfragen Hannovers fanden schnöde Antwort.

Uns trotzt man, denn man sieht uns in Ungarn gelähmt. Dort ist nach preußischer Ansicht das Barometer unserer Kraft. Man ist überdies Lord Palmerstons sicher, glaubt Rußland in Unentschiedenheit zu halten und bemüht sich sehr um Frankreich. Die Publikation unserer Note vom 8. in der „Wiener Zeitung" hat tief verletzt; daß sie nur eine Antwort auf die insolente Cirkularnote war[1]), die den Kaiser von Österreich gleich Bremen und Hamburg nach Frankfurt citiert, um innerhalb 14 Tagen zu beantworten, was er lange schon beantwortet hat, das wird hier nicht bedacht.

---

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 26.

Mir gegenüber die alte Sprache von Liebe und Sehnsucht — von erduldetem Zwang und Hinweisung auf die Kammern, von Unerläßlichkeit und Unschuld des engeren Bundes. Euer kais. Hoheit Bleiben in Frankfurt durchkreuzt alle Hoffnungen hier. Man hängt großen Zorn gegen die Nationalversammlung aus. Ich glaube in dieser Beziehung an gar nichts, denn nicht Herr v. Gagern leitete Berlin, sondern Berlin leitete Herrn v. Gagern.

Ich vertrete Österreich so würdig und nachdrücklich ich kann. Man findet mich schroff, weil ich mir die alten bequemen Lügen nicht in den Mund streichen lasse. Nur der Sieg in Ungarn kann uns hier geltend machen. Bis dahin die Sachen hinzuhalten, wäre wünschenswert. Aber Preußen eilt, die kleinen Fürsten kriechen, und ein Stück engeren Bundes scheint mir schon in den nächsten Tagen kaum vermeidlich.

An seine Frau.

Berlin, 22. April 1849.

Ich aß heute bei Westmorland und sprach mich dort sehr gut mit Graf Arnim aus, ein Gespräch, das ich zu ihm fahrend fortsetzte. Er ist persönlich ein Ehrenmann, das weiß ich — aber der Erbe einer unlauteren Politik, die Preußen und Deutschland zu Grunde richten würde. Er warf mir Mißtrauen vor. Das that mir wohl, denn ich konnte ihm antworten, wie gewöhnliche Leute nicht antworten. Ich verteidigte mich nicht gegen den Vorwurf, sondern ich gab ihn ganz voll zu und begründete ihn.

24.

Im Geschäfte ist wieder eine bessere Phase eingetreten. Nach der Krone wird nun auch die Verfassung verworfen, und der Bruch mit Frankfurt ist fast unvermeidlich. Das ist der Übertritt auf die Linie des Rechts, auf der ein Zusammengehen möglich wird. Der Bruch zwischen Österreich und Preußen, die große Hoffnung der Demokraten, wird zu Schanden werden.

Der alte Humboldt war heute bei mir und sagte mir Freundliches vom König. Mir ist, als wäre das Eis gebrochen.

25.

Flucht des Königs von Württemberg nach Ulm! Die Revolution greift schauderhaft um sich und Frankfurt ist ihr Ausgangspunkt. Hier steht es entschieden besser und die Krise ist nahe.

Hier ein Ausschnitt aus einem Oppositionsblatt. Weil ich einer albernen, verderblichen Verfassung entgegentrat, über Deutschland nicht das Heil des lügenhaftesten, barbarischsten Despotismus bringen will, werde ich so zugerichtet. Die Leute bilden sich ein, ich regierte hier die Regierung!

27.

Gestern war ich so beschäftigt, daß ich nicht einmal diesen Brief schließen konnte. — Ungarn — Ungarn! Hier ist der Eindruck aller redlichen Leute zu Boden schlagend, alle Rotmützen zur größten Frechheit begeisternd. Auf allen Feldern, Paris, London, hier, war ein günstiger Umschwung im Zuge — da schlägt der Blitz darein! Ein Staat gilt nur, insoferne man an seine Kraft glaubt. Alles andere ist Phrase. Je glänzender ich Österreich hinstellte, desto mehr sehe ich heute einem Fanfaron gleich. In Italien sind wir nach dem Siege von Novara nicht einmal bis Turin gegangen und lassen uns den Brotkorb hängen, als wären wir die Geschlagenen; und in Ungarn — — —!

Mit Meyendorff, der kein dürres Holz, sondern ein Mensch ist, stehe ich sehr gut. Leider ist er krank — überhaupt der elendeste Körper bei einem sehr lebhaften Geiste und viel Gemüt. Wir sprechen uns leicht. Der Brief vom Fürsten [1]) rührte ihn so, daß er die Augen voll Thränen bekam — des unerschütterten Glaubens wegen.

Wir sind in schwerer Krise. Das Ministerium will zerfallen. Es darf nicht geschehen, denn es geschähe zum Vorteil der Revolution. Die Kammer muß aufgelöst werden. — Alles, das Schwerste auch, rückt in das richtige Geleise — da fallen die kleinen Fürsten ab, und nun auch noch der König von Württemberg! — Das ist eine große Verlegenheit für Preußen. Überhaupt stellen sich die Dinge so, daß in Deutschland das Äußerste zu befürchten ist. Die

---

1) Metternich. Veröffentlicht in Prokesch' Briefwechsel mit Gentz und Metternich. Wien 1881, Gerold, Bd. II, S. 321 u. f.

Frankfurter Verfassung ist eine Unmöglichkeit, so lange überhaupt noch Regierungen bestehen. Das allgemeine Wahlrecht ist der Regierung als Kette umgeworfen, die zahllosen Klubs bilden mit Hilfe derselben die Kammern, und durch die Kammern werden die Regierungen unterjocht. So herrscht die revolutionäre Minorität.

Der Erzherzog[1]) wollte uns davongehen. Er muß aber vorderhand noch bleiben. Lange wird es nicht mehr dauern mit ihm.

Ich sehe, daß Du Athen im Grunde nicht ungern verlassest. Das ist mir lieb. Die Qualen der Übersiedlung gehen vorüber; eine geregelte, ruhige Existenz wird eintreten, und unsere Kinder, gerade in den Jahren, wo sie es brauchen, kommen in eine der Erziehung förderliche Lage. Erreiche ich auch nur das, so habe ich für die Meinen nicht umsonst gelebt. — Wenn nur die Höllenqual der Deutschen Frage, wo die Thorheit der Deutschen der Revolution und Anarchie so blind dient, in der Hauptsache vorüber ist. Das wird sie aber bis dahin sein, denn die Wendung tritt ein, sowie die Regierungen und namentlich Preußen offen gegen die Revolution sich erklären. — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. April 1849.

Graf Arnim und Graf Brandenburg sind des besten, lautersten Willens, aber der eine scheint noch immer entschlossen, zu gehen; eine Unterredung gestern mit dem König fruchtete nicht; er ist ermüdet und der aufgeblasenen Anmaßung des einen und anderen seiner Kollegen satt. Ich sprach ihm heute mit Wärme, ob mit Wirkung, bezweifle ich.

Herr v. Radowitz ist hier. Nach ihm ist das Wahrscheinliche, was man von Frankfurt zu erwarten hat, die Ernennung eines Wohlfahrtsausschusses. Dieser wird die Nationalversammlung auflösen, den Reichstag einrufen und von allen Regierungen die Einführung der Verfassung verlangen. — — — — — Diese Ansicht des Herrn v. Radowitz habe ich von Graf Brandenburg.

[1]) Reichsverweser.

Wie man aus diesem Gewirr herauskomme, darüber scheint man hier nicht im klaren. Graf Brandenburg meint, daß es ohne Gewaltscenen nicht ablaufen werde. Der Weg durch die Fürsten ist vorderhand noch verrammelt. Bahnt sich dieser Weg auch an, so steht der Verständigung mit Österreich der durch ganz Deutschland und durch alle Regierungen (mit Ausnahme Hannovers) gehende Glaube entgegen, daß die österreichische Verfassung den Anschluß Österreichs unmöglich mache.

Das nächste Hindernis irgend eines Entschlusses sind aber die hiesigen Kammern. Es muß zur Auflösung der zweiten Kammer nächstens kommen. Heute wurden Reden von ganz rotglühender Art gehalten. — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. April 1849.

Wenn ein etwas trockenes Auftreten in der ersten Zeit hie und da mißfallen konnte, so mag die kurze Dauer desselben es rechtfertigen. Diesem und der Note vom 8. verdanken wir hauptsächlich den merkwürdigen Umschwung, der hier erzielt ist. Statt des Wunsches, alle Kabinette fügsam für Frankfurt zu finden, waltet heute der entgegengesetzte vor; statt des Versuchs, mit dem noch Herr v. Kamphausen ging, Frankfurt zur Vereinbarung geneigt zu finden, erwartet und wünscht man das Gegenteil. Man will den Weg durch die Regierungen möglich machen, aber noch ist man nicht gänzlich frei, denn man glaubt noch die Frankfurter Verfassung als Grundlage brauchen zu müssen. Daß sie nicht tauge, wird sich herausstellen. Wenn wir es aussprechen (ich sage es alle Tage), überzeugt es noch nicht. Spräche es Bayern aus, würde dies mehr wirken.

Die große Schwierigkeit liegt jetzt darin, daß man nicht klar weiß, was man an die Stelle der Frankfurter Verfassung setzen soll. Die Stärke derselben ist die Einheitsidee. Diese durch die Einigung zu verwirklichen, dürfte das Streben der Verhandlungen

mit den Regierungen sein. Die Frage liegt im Wie? Es muß also nach und nach zu Verhandlungen kommen, die auch durch E. D. Weisung angebahnt sind. Diese Weisung teilte ich sowohl Graf Brandenburg als Graf Arnim mit. Man nahm sie sehr gut. Ich besprach auch den Punkt billiger Machterweiterung. Beide Minister und auch General Wrangel, der fest mit ihnen zusammensteht und im völligen Vertrauen ist, sagten, daß sie Machterweiterung nicht anders verstehen, als im Schutzverhältnis mit Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit. — Man muß die Sache noch reifen lassen. Im ganzen scheint sie mir gut zu stehen.

An den Grafen Rechberg,

österr. Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in Frankfurt.

Berlin, 30. April 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Man täuscht sich hier über die bereits erklärte Revolution nicht und ist entschlossen, ihr entgegenzutreten. Betrachten Sie die Haltung der preußischen Regierung seit einigen Wochen und erwägen dabei die auf das Lähmendste eingreifenden Verhältnisse in Ungarn, so können Sie Graf Brandenburg nicht genug des Lobes spenden. Die berauschende Idee der Kaiserwürde ist beseitigt, die Anbetung der Frankfurter Verfassung ist es auch, die Kammer ist gebrochen (nicht der Linken, sondern der in dieser Frage gefährlicheren Rechten wegen), die Vereinbarung mit der Nationalversammlung ist wenigstens im Verscheiden. Selbst der Entschluß, im Notfalle Gewalt zu brauchen, scheint mir nahe der Reife. — —

Tritt die Revolution in Frankfurt noch entschiedener auf, so scheint mir unmöglich, daß Se. kais. Hoheit der Erzherzog ihr noch länger den Arm leihe. Ich glaube, er soll in diesem Falle nach Mainz. Centralgewalt, Organ des Bundes, bleibt er auch dort, aber der Nationalversammlung kann er dann unbeschadet ihr Mandat zurückgeben, dies um so mehr, als sie nach ihrer eigenen

Erklärung ihr berechtigtes Werk beendet hat. — — Als Centralgewalt muß er ausharren, bis dieselbe zwischen uns und Preußen verabredet ist. — — — —

An seine Frau.

Berlin, 28. April 1849.

Eigentlich sollt' ich 29. schreiben, denn es ist nahe an 1 Uhr. Heute war milde Sonne — in der Stadt einige Bewegung, bei der ein paar Menschen das Leben verloren. Abends hatte ich einen Kurier aus Frankfurt, dann brillante Soiree bei Graf Knyphausen, wo Gräfin Rossi sang. Sie blieb unter meiner Erwartung, vielleicht weil sie italienisches Geleier sang; ihre Stimme ist mächtig, aber in der Höhe etwas schneidend, doch hat sie ein weiches, liebliches mezza voce. Am schönsten sang sie eine Arie aus Robert. — Die Lind ist ein Engel Gottes — die Sonntag eine hochbegabte Sterbliche.

Die Kammerauflösung ist der Bruch mit Frankfurt. Das ganze frühere System ist umgewendet. Das meiste Verdienst daran hat Frankfurt selbst durch seine Anmaßung und Schlechtigkeit. Nun bleibt den deutschen Professoren nichts übrig, als die Fahne des Aufruhrs zu erheben. Der Hochmut der einen dient den andern zum Werkzeug.

1. Mai.

Gestern gab uns Graf Arnim ein großes Diner — und heute seine — Demission. Diese ist ein großer Fehler im gegenwärtigen Zeitpunkt, der schwere Folgen haben wird. — Für mich ist der Fall Arnims ein Blitzschlag aus blauem Himmel. Alle Mühe seit Wochen umsonst! — Schreibe mir nicht darüber, denn man liest jede Zeile an mich. — Unglaubliches ist in dieser Zeit erreicht worden, Schlag auf Schlag — und alles vielleicht vergeblich. Man muß wieder von vorn anfangen.

Wie die Hunde fallen sie alle über uns her, weil wir in Ungarn den in Italien erworbenen Ruf von Kraft verloren haben.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 3. Mai 1849.

Ich gestehe, daß ich sehr entmutigt bin. Nach einer Reihe der mühsamst errungenen Erfolge wird plötzlich und ohne jeden genügenden Grund der Mann aus dem Geschäfte genommen,[1]) welcher der einzige war, mit dem man reden konnte! Das erinnert an die Wegsendung der Truppen am 19. März, nachdem sie am 18. gesiegt hatten.

Baron Meyendorff und Graf Westmorland sind nicht weniger entmutigt, und sie kennen das Terrain doch hinlänglich.

Was mich aber am schwersten drückt, ist die Haltung der meisten Regierungen, die im Augenblick unserer Not auf dem Kriegsschauplatze das große gemeinsame Interesse elenden Nebenfragen unterordnen und über uns herfallen, als wären sie alle Handlanger der Revolution.

Nirgends ein Halt! Wenn Graf Pozzo sagte: man fände eher die Quadratur des Zirkels als das Centrum der Geschäftsleitung in Berlin, so hatte er recht. Aber sie sind zu weit in ihren Erklärungen an Frankfurt, um zurück zu können — und, daß sie nicht anhalten, dafür wird wahrscheinlich Herr v. Gagern sorgen.

Ich weiß nicht, inwiefern E. D. mit mir zufrieden sind. Ich habe das Bewußtsein, zu thun, was ich kann. Persönlich stehe ich mit aller Welt genügend gut, obwohl ich offenbar nicht bequem bin.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 5. Mai 1849.

Die Stimmung des Erzherzogs ist drohend. Mir schrieb er einen langen Brief voll Klagen, und daß er durchaus gehen wolle. Graf Rechberg meint, Preußen solle ihn halten; aber für Preußen

---

[1]) Graf Arnim demissionierte am 2. Mai; Graf Brandenburg übernahm provisorisch dessen Portefeuille bis zur Ankunft des Freiherrn von Schleinitz, der zum Minister des Äußeren ernannt wurde.

ist er schon zu lange dort — man wünscht, daß er gehe, um den König an seine Stelle zu setzen. Alles Drängen gegen die Centralgewalt, alles Klagen, daß nur sie an dem Einmarsch in Jütland schuld sei, heißt mit andern Worten: „Wäre ich dort, so ginge es anders".

Ich will diesen Abend zu Graf Brandenburg. Kann ich für den Erzherzog Schutz ansprechen? Es ist kaum zu wagen. Aber aus der Besetzung Frankfurts ergäbe sich der Schutz von selbst. Fällt mit der Nationalversammlung auch die Centralgewalt zusammen, so ergiebt sich die Herrschaft der Revolution oder die von Preußen. Das „sich an die Spitze stellen" ist hier der leitende Gedanke, der bei der Truppensendung nach Dresden nicht weniger vorwaltet, als in den Noten an die Fürsten oder nach Frankfurt. Was sich natürlich ergiebt, ist wohl kaum zu vermeiden.

Ich schalte hier den oben erwähnten Brief des Erzherzog-Reichsverwesers ein, weil er dessen Stellung und die Lage in Frankfurt am besten kennzeichnet.

Erzherzog Johann an Prokesch.

Frankfurt, 30. April 1849.

Schmerling, welcher morgen von hier abreist, bringt diesen Brief; mit ihm verliere ich den letzten und einzigen Treuen, welchen ich hier hatte. Ich bin am Ende meines Lateins, von heute auf morgen zum Abtreten und zum Aufbruch bereit. Es liegt nicht allein in den Verhältnissen die Schuld, sondern hauptsächlich darin, daß man mich von allen Seiten sitzen ließ. Elf volle Monate hatten die Regierungen Zeit zu überlegen, was geschehen müßte; was haben dieselben gethan? Nach den Septembertagen war es an der Zeit, ein Direktorium zu bilden und dieses einzusetzen — das ist wohl keine schwere Sache, wenn der Wille dazu aufrichtig ist; die Folge davon wäre gewesen, daß man jetzt in Ordnung wäre und daß die Wühler keinen Eindruck bei der Mehrzahl machen könnten, weil diese um jeden Preis —! — Ruhe und Frieden

haben will. — Was hat man aber gethan? Worüber hat man unterhandelt? Dies wird nicht verborgen bleiben, und die Geschichte jedem das verdiente Urteil sprechen. — Wo stehen wir jetzt? — Das, was man beabsichtigte, scheiterte, und die ganze Schuld wird auf den Regierungen bleiben. Was ist da Zeit verloren worden — und das Endresultat? — Ich sitze hier und habe, wie Ihnen bekannt ist, resigniert; darin habe ich nur insoweit eine Modifikation eintreten lassen, daß ich die Ausführung auf eine kurze Zeit vertagte, allein vom Bleiben kann keine Rede sein. — Volle elf Monate habe ich gehalten, jetzt ist es nicht mehr möglich; zu schroff stehen sich die Parteien gegenüber. So viel als es mit Ehren geschehen konnte, habe ich zu vermitteln und Zeit zu gewinnen gesucht — und zuletzt, damit nicht Wühler von seiten der Nationalversammlung gesendet werden, nach langem Widerstreben in Absendung der Vier eingewilligt, als bloße Verkünder des Verfassungsbeschlusses, um eine definitive Antwort zu erhalten. Bassermann[1]) ist nach Berlin; ich warnte denselben ernstlich, sich vor jeder Parteinahme zu hüten und schnell zurückzukehren. Es war meine letzte — ! — Unterschrift — dies beherzige man, denn es werden gewiß Forderungen gestellt werden, welche ich mit nein beantworten muß, und welcher Antwort mein vollkommener Austritt folgt; dies kann alle Tage geschehen; in die Länge ziehen, zögern ist nicht mehr möglich. Ich habe längst gewarnt, ich habe bereits vor Monaten den längsten Termin meines Bleibens bis anfangs Mai erklärt, ich habe gebeten, man möge deswegen Fürsorge treffen — keine Antwort, oder immer eine des Inhalts, nur noch eine kurze Zeit, nur noch ein paar Tage. — Eine schwere Krankheit hat mir beinahe das Leben gekostet; während derselben selbst hatte ich keine Ruhe — vom 4. Februar bis zum halben April erhielt ich von Olmütz kein Lebenszeichen, das erste brachte mir Rechberg, seitdem nichts mehr! Mein Körper ist geschwächt, infolgedessen mein Geist; ich habe die größte Mühe mich zu halten, und jede Gemütsbewegung bedroht mich mit einem Rückfall; statt meine Genesung zu befördern, mache ich Rückschritte. Diese Überzeugung und jene, daß ich nichts thun darf, was meine Ehre gefährdet, endlich das ganz eigene beschränkte Verhältnis meiner Stellung, ganz allein stehend, mir selbst überlassen, berufen, um ein einiges Deutschland zu befördern und nicht

[1]) Unterstaatssekretär des Inneren im Reichsministerium.

ein zerrissenes —! — ist es, die mich zwingen, einen bestimmten Termin von 14 Tagen zu stellen, wo ich noch bleiben kann. Ich denke, die Sache wird sich durch die Beschlüsse der Paulskirche noch viel früher ergeben; während dieser Zeit sollen die Mächte irgend eine Vorsorge treffen. Wenn ich in meiner Krankheit gestorben wäre, so hätten sie diese schnell treffen müssen, also giebt es keine Entschuldigung, um noch zu zögern. Ich habe das Meinige redlich gethan, jetzt bin ich es nicht mehr im stande; mein Zugrundegehen nützt der Sache nichts, meine Erhaltung vielleicht meinem lieben Vaterlande. — — — — — —

Vielleicht ist die Sache, bis Sie diesen Brief erhalten, schon im reinen, und ich hier meiner Stelle ledig. Dies hängt von den Ereignissen der nächsten Tage ab. — Welche Zeit! — Von wie wenigen begriffen! — Ich habe während meines Hierseins alles gesammelt, um eine Geschichte daraus niederzuschreiben; es soll das Wahre für die Nachwelt nicht verloren gehen. — Als wir uns das letzte Mal sahen, dachte ich nicht, daß es mich so treffen würde. Wie ich Frankfurt verlasse, kehre ich in meine Berge zurück, um mich wieder in stand zu setzen; dies wird einer längeren Zeit bedürfen; — ich kehre auf dem kürzesten Weg und werde sehen, zu vergessen und mich vergessen zu machen. Wäre die Post verläßlicher und gingen mehr Kuriere, so würde ich diese benützen, an Sie zu schreiben.

Die Beschlüsse der Nationalversammlung am heutigen Tag zeigen hinlänglich, wohin man gehen will; und werden mehrere folgen — denken Sie sich meine Lage; bis zu dieser Stunde kein Wort, weder von Berlin noch aus Olmütz. — Man betrachtet zu leicht die deutschen Verhältnisse, welche doch eine ernste Erwägung verdienten; man verliert Zeit, und diese ist doch kostbar. — Leben Sie recht wohl.

Ihr Freund

Johann.

Da Schmerling vor 8 oder 10 Tagen schwerlich Berlin betreten dürfte, so sende ich diesen Brief durch den nach Olmütz abgehenden Kurier. Schmerling und Kudriafsky können Ihnen alles, was die hiesigen Verhältnisse betrifft, erzählen.

Am 3. Mai.

Der Abgang des Kuriers hat sich verzögert; ich kann das Schreiben, das ich durch Bally erhielt, beantworten. Der gute, redliche Mann sieht alles rosenfarb. — Die preußische Note habe ich verstanden.

Mein Weg kann mich nicht nach Mainz in eine Festung führen, wohl aber zu Hause. Vergesse man nicht, daß ich durch die Nationalversammlung berufen wurde, daß die Regierungen hintennach ein gutes Gesicht machend ihre Einwilligung gaben; ich habe durch die Gewalt nicht regiert, um dieses zu thun, muß man eine haben, sondern durch die Meinung — dies Verhältnis ist mir eigentümlich und sollte beachtet werden — jeder andere kann was immer für Mittel anwenden, denn er hat nicht die Prämissen, die ich habe. Will man mit Gewalt dreingehen, wohlan, aber nicht mich dazu verwenden, das geht nicht. Wenn die Nationalversammlung auf falschen Wegen geht, dann verwirkliche ich meinen kundgegebenen Entschluß; ich bin ja abgetreten und nur provisorisch geblieben, so lange ich es mit meinem Gewissen und Ehre vereinbarlich halte, folglich habe ich bereits mein Mandat zurückgegeben, und werde, sobald der Fall eintritt, ein Gleiches gegen die Regierungen thun. Wie kann ich regieren für den einen Teil gegen den anderen, ich, der ich für beide Reichsverweser war, das begreife ich nicht — und kann nicht sein. Ich habe dies Schwarzenberg geschrieben; darum sollen die Regierungen eilen, das festzusetzen, was sie wollen, und den Ersatz für mich bestimmen. Ich muß darauf dringen, auch leidet meine Gesundheit keinen Aufschub. Allein, so lange ich da bin, verschließe ich mich in keine Festung; ich habe mir nichts vorzuwerfen, folglich nichts zu fürchten. — Alter Freund, machen Sie, daß meine Erlösung bald werde, es ist eine Gewissenssache — und wenn Sie es nicht bewirken in Berlin, daß es zu einem Entschlusse komme, so ließe man mich Jahre lang hier sitzen, ohne Mittel, sich wenig kümmernd, ob ich nicht abgenützt werde; darauf kann ich es nicht ankommen lassen; verliere ich hier die Meinung, dann geht sie auch in Österreich verloren, und ich werde dann moralisch dienstunfähig, so wie ich es dermalen beinahe physisch bin.

Johann.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 7. Mai 1849.

Ich bin nicht unzufrieden mit dem Stande der Dinge hier. Die Regierung ist durch die Dresdner Ereignisse in den richtigen Weg hineingezwängt und kann wohl nicht mehr heraus.

Ich habe heute lange Unterredungen mit Herrn Minister v. Stüve[1]) und General Radowitz gehabt, beide zu den Konferenzen[2]) beauftragt. Noch ist der Abstand ungeheuer, aber die Hauptsache scheint mir der Weg. Beide sind überaus entschieden für das Auftreten gegen die Revolution, beide aber halten an der Frankfurter Verfassung als Substrat der Verhandlungen fest und meinen, man müsse sich darauf beschränken, daraus das Unbrauchbare auszuscheiden.

Herr v. Schmerling ist heute aus Hamburg hier angelangt. Ich fand ihn merkwürdig geändert. Keine Spur der Frankfurter Ansichten, die er sonst zu verteidigen gewohnt war. Er ist ein verständiger Mann und dabei ein mutiger. Ich wollt', ich hätte ihn hier bei den Verhandlungen.

Die Ideen des Herrn v. Radowitz, die Graf Brandenburg bevorwortet, gehen auf eine Union hinaus zwischen dem in sich unter einem Direktorium vereinigten Deutschland und der österreichischen Gesamtmonarchie. Die oberste Bundes- oder Unionsgewalt sollte aus 4 Gliedern bestehen, 2 von Österreich, 1 von Preußen und 1 von den übrigen deutschen Staaten. Keine Einmischung in die administrativen Verhältnisse Österreichs. Aufrechthaltung der Souveränitäten in Deutschland. Schutz- und Trutzbündnis beider Körper zur äußeren und inneren Sicherheit. Sobald ich über das Detail klar bin, werde ich die Ehre haben, es zu entwickeln. Ich habe mich jeden Ausspruchs eines Urteils enthalten, und bin nur darauf bestanden, daß man zusammenkomme und spreche.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Mai 1849.

Eben hatte ich die Berichte vom heutigen Tage abgesendet, da erhielt ich zwei Zeilen von Graf Brandenburg, die mich einluden, ihn zu besuchen. Er teilte mir die Absicht des Königs mit,

---

1) Hannöverischer Minister des Inneren.

2) Über die Reichsverfassung nach dem Entwurf des Gls. v. Radowitz.

General v. Canitz morgen nach Wien zu schicken, um die Idee der Union zu bevorworten, über welche ich E. D. vorgestern zu schreiben die Ehre hatte. Diese allein scheint Preußen allen widerstreitenden Ansichten zu entsprechen und eine gründliche Beschwichtigung Deutschlands möglich zu machen. Graf Brandenburg versprach mir, bis morgen mittag Einsicht in die Instruktionen des Herrn v. Canitz nehmen zu lassen. Auch werde ich im Laufe des Vormittags Herrn v. Radowitz sehen und somit in der Lage sein, morgen abends umständlicher zu schreiben. Man wünscht, daß Herr v. Canitz mir Instruktionen nach getroffenem Übereinkommen in Wien zurückbringe. Man sendet ihn, weil man den Augenblick so überaus drängend hält, daß eine schriftlich zu erwirkende Verständigung zu spät käme.

Der Graf hat nichts Neues aus Dresden. Sechs preußische Bataillone müssen heute abend dort vereinigt sein. Er las mir eine wenig verständliche telegraphische Nachricht aus Frankfurt vor des Inhalts, daß die Centralgewalt morgen vielleicht nicht mehr bestehen werde, da die Nationalversammlung in den Reichsverweser bringe, das Einschreiten Preußens in Dresden zu verwerfen, dieser sich aber weigere, und Volksbewegungen sich bereiten, denen die bewaffnete Macht nicht werde widerstehen können. Ministerium, Reichsverweser, alles werde fallen und das Chaos beginnen.

Ich habe vorgestern nach Frankfurt geschrieben, daß ich für den Erzherzog keine Rettung mehr sehe, als sich von dem Gange der Nationalversammlung loszusagen und auf das Feld der Regierungen zu stellen.

Es ist kaum zu zweifeln, daß die Revolution auf mehreren Punkten Deutschlands Schilderhebungen beabsichtigt.

An seine Frau.

Berlin, 5. Mai 1849.

Bedenke ich, daß dies wahrscheinlich die letzten Zeilen sind, die ich an Dich nach Athen richte, so ergreift mich unwillkürlich Wehmut. Den Jahren nach der bessere Teil unseres Lebens ist

uns dort vorübergegangen — manches Gute und manches Böse — aber im ganzen dürfen wir mit der Rechnung zufrieden sein. Wir bleiben uns ja, wir in Liebe vereint, und unsere Kinder — blühend und gut.

Einstweilen ist die Welt in Trümmer gegangen, und der Schiffbruch hätte uns früher oder später auch dort erreicht. Für Dich körperlich, für mich in Beziehung auf Thätigkeit, für unsere Kinder in jeder Beziehung ist der Aufenthalt hier besser als dort. Das muß man im Auge halten.

Ich bin sehr betrübt und mir sinken die Hände! Die Revolution ist in ganz Europa so mächtig, und wir allein stehen ihr entgegen — mit einem bereits durch sie angefressenen Körper. England, Frankreich, Preußen, ganz Deutschland, halb Italien stehen mit der Revolution mehr oder weniger im Bunde und arbeiten für sich ihr in die Hände. Auf Rußland rechne ich noch, sonst auf niemand mehr, denn die gegenüber der Revolution feigsten Regierungen sind mutig, wo es sich um Raub und Niederreißen andrer Rechte handelt.

Ich denke, Du erhältst diese Zeilen in Kalamachi. Grüße mir noch einmal die Berge von Athen, das glorreiche Vaterland der Kunst — den Boden, wo die Gebeine meiner Kinder ruhen! Grüße Salamis und Aegina und die glänzende See! Grüße den Korinthischen Golf und Helikon und Parnaß und das Arkadische Gebirge, das ich zuletzt betrat — und dann wende Deines Herzens Verlangen nach mir, der Dir die Arme entgegenstreckt.

7.

Ein Schreiben des Erzherzogs lag mir folternd auf der Seele. Der Mann ist gebrochen und steht an den gefährlichsten Entschlüssen. Eine so durchaus falsche Stellung ist nur aufzugeben, nicht zu retten.

In Dresden voller Aufstand, der König verjagt — die schöne Stadt in den Händen des Pöbels.

Ich brachte fast den ganzen Tag mit Schmerling zu, der auf der Durchreise von Hamburg. Er ist verständig und entschlossen, und war mir angenehm.

Mit Preußen kommen wir zur Einigung trotz Hölle und Teufel. Es werden hier nun Konferenzen in der Deutschen Sache

beginnen, an denen ich teilnehmen werde. Der Aufstand in Dresden wird durch preußische Truppen zusammengeschlagen, und das Liebäugeln Preußens mit der Revolution hört auf. Das ist ein großes Resultat. Wie es mit der Kaiserkrone u. s. w. ergangen, hast Du gesehen. In Württemberg steht es schlecht. Der König hat sich schwach benommen. Er wird gerettet werden.

9.

Ich aß gestern beim hannöverischen Gesandten Grafen Knyphausen, las dann in der Archäologischen Gesellschaft etwas Numismatisches vor und führte später Schmerling zu Graf Brandenburg. Bist Du bis zum Empfang dieser Zeilen abgelöst von Athen, so wirst Du und werde ich leichter atmen. Ich kann gar nicht sagen, wie es mich drückt, daß Du, obwohl leidend, zu den Plagen der Übersiedlung verurteilt bist. Früher oder später mußte es kommen. — Wegen der Piräuskirche schrieb ich letzthin. Sie ist das Grab meiner Kinder — ich lasse sie nicht fallen; gibt die Gesandtschaft nichts, so weise ich ihr monatlich einen Betrag an.

Wir haben hier erschreckende Nachrichten aus Wien. Ich hoffe, sie sind übertrieben.

10.

Dresden ist durch die preußischen und sächsischen Truppen von dem Gesindel von Polen, Franzosen, Ungarn u. s. w. befreit, welches die Frankfurter Linke das Deutsche Volk nennt. Man müßte an Gott verzweifeln, wenn diese Lügen- und Blutpartei obsiegte!

Diese Blätter lasse ich durch General v. Canitz nach Wien gehen. Er hat eine außerordentliche Sendung dahin, die ein Resultat der Einigungsbestrebungen zwischen beiden Kabinetten ist. Heute thut uns das unendlich not. Nie war Österreich in schwererer Krise, aber mit Gottes Hilfe kommen wir heraus.

Und so nehme ich denn Abschied von diesem Blatt. Zu keiner Zeit habe ich Dir so wenig geschrieben als von hier aus; nie aber war ich auch in solchem Maße beschäftigt, wie seit zwei Monaten hier. — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. Mai 1849.

Die Sendung des Generals v. Canitz, nach Intention und Form, ist ein Resultat der Erkenntnis der Notwendigkeit der Einigung mit Österreich, also ein entschiedener Schritt auf richtigem Weg. Die Thatsache der Einigung kann ihre günstige Wirkung nicht verfehlen und scheint mir das Vorüber in den Hintergrund zu rücken. In einer revolutionären Zeit wie die unsere ist nichts als fest zu betrachten, aber von wichtigem Einflusse auf die öffentliche Meinung bleibt, im Zusammenhang mit der Haltung Preußens nach allen Richtungen, die in die Augen fallende Thatsache der Sendung, die von der Revolution verstanden werden wird.

Graf Brandenburg wollte mir die Instruktionen einsehen lassen. Es ist bereits so spät, daß es heute nicht mehr dazu kommen wird. Ich kann nur wiederholen, daß sie das Unionsprojekt umfassen, welches Österreich eine Stellung zudenkt, die im Princip den Ansichten E. D. nicht entgegen ist. Die Schwierigkeiten können völkerrechtliche sein, können auch im anderen Faktor, Deutschland, liegen, auf dessen Organisierung unser Einfluß gewahrt bleiben muß. Herr v. Canitz geht in der Meinung und Hoffnung, sich über das Princip zu einigen und mir dann Weisungen für die Ausführung zu bringen.[1])

An den Grafen Rechberg.

Berlin, 11. Mai 1849.

— — — — Die Stellung Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs scheint mir eine so unhaltbare, daß sie durch Konzessionen, wie die

---

[1]) Die Vorschläge, welche Gl. v. Canitz nach Wien überbrachte, gingen wieder nur auf die Bildung des Deutschen Bundesstaats unter Preußens Vorstandschaft hinaus und auf die Union dieses Bundesstaats mit Österreich; die gemeinsamen Angelegenheiten dieser Union sollten durch je zwei von den beiden Regierungen ernannte Vertreter geleitet, die Deutsche Centralgewalt aber dem König von Preußen übertragen werden.

Sendung des Herrn v. Biegeleben,[1]) nicht zu retten ist. In den Augen des Volks bestärkt die Anwesenheit des Erzherzogs die revolutionäre Berechtigung, in den Augen der Regierungen, hier wenigstens, lähmt sie die Kräfte der Ordnung.

Daß sich Herr v. Gagern den Erzherzog erhalten wolle, ist begreiflich; er verdankt ihm zwei Drittel seiner Kräfte. Man kann nicht sagen, daß das Bleiben des Erzherzogs den Ausbruch der Revolution hindere, denn die Revolution ist da. Es hindert nur das Einschreiten der Regierungen.

Träte heute der Erzherzog mit der Äußerung zurück: „Für die Aufrechterhaltung der Ordnung habe ich keine Mittel, und zur Unordnung will ich kein Werkzeug abgeben", — was könnte geschehen? Die Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt durch Fröbel u. Comp. — Vor dieser aber würde sich keine Regierung genieren.

Die eben erhaltenen telegraphischen Nachrichten (mittags) von gestern lassen mich befürchten, daß diese Zeilen heute zu spät kommen. Die Aufrührer werden nicht halben Wegs stehen bleiben, so etwas überlassen sie ihren Gegnern. Ist, nachdem man ein österreichisches Bataillon entfernen ließ, Widerstand möglich, desto besser. Ist er es nicht, so hoffe ich, daß die Garnison den Erzherzog in die Mitte genommen und nach Mainz gebracht hat. Frankfurt in seinem Safte ersticken zu lassen, halte ich für kein Unglück. Das Unerläßliche scheint mir, daß der Erzherzog mit der revolutionären Gewalt breche, sonst lähmt er die Maßregeln gegen sie. — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 12. Mai 1849.

Der französische und der russische Gesandte haben Verwahrung gegen den Einmarsch in Jütland eingelegt. Preußen schiebt die

[1]) Unterstaatssekretär im Reichsministerium; vom Reichsverweser mit einem auf die Übertragung der Centralgewalt bezüglichen Vorschlag nach Berlin gesendet, nach welchem Österreich und Preußen vom 1. Mai 1850 an interimistisch die Befugnisse des Reichsverwesers übernehmen und gemeinsam durch eine viergliederige Kommission ausüben sollten.

Schuld auf den Reichsverweser, dessen Fall es mit Sehnsucht entgegensieht.

Eines ist im Unionsprojekte Preußens unverkennbar: der Wunsch, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, und der Augenblick ist gut gewählt dazu. Die Verwirklichung dieses Wunsches kann in der Haltung der Könige das Gegengewicht erhalten. Von zweien ist nichts zu erwarten, und was die andern vermögen, weiß ich nicht. Ich wage keine Meinung über das Ganze, aber mir scheint der Eindruck der Einigung zwischen beiden Großmächten ein großer Gewinn.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 13. Mai 1849.

Eine telegraphische Depesche aus Frankfurt benachrichtigt das Ministerium, daß die Garnison von Rastadt sich empörte. Der von der Reichsgewalt nach der Rheinpfalz delegierte Kommissär stellte sich an die Spitze des Aufruhrs, verweigerte der ihm von derselben Centralgewalt nachgeschickten Einberufung zu gehorchen, beorderte den Kommandanten von Landau, das dahin eilende preußische Bataillon nicht aufzunehmen, und forderte die Truppen zum Abfall auf.

Graf Brandenburg meint, nun sei die Lage vereinfacht und der Krieg da. Die preußischen Deputierten werden heute aus Frankfurt abgerufen. Bayern und Hannover thun dasselbe. Sachsen wahrscheinlich auch. Minister von Beust kommt heute abend.

Das Ministerium berät eben eine Sendung an den Erzherzog, um ihn zu bitten, nach geschehener Abberufung die Nationalversammlung für aufgelöst zu erklären. Man glaubt nämlich, daß dieser Schritt nur ihm zukomme. Man erwartet weiter von ihm, daß er abtrete und die Centralgewalt provisorisch in die Hände des Königs von Preußen lege, damit dieser die Truppen aus Schleswig herausziehen und gegen die Revolution mit den Waffen auftreten könne.

Ich schreibe an Graf Rechberg, daß eine feierliche Lossagung von der Nationalversammlung, die nicht mehr dieselbe ist, die ihn [1]) berufen, und ein Aufruf an das Deutsche Volk, um es zu enttäuschen über das Streben des Konvents, mir für seine Ehre geboten scheine.

An Se. kais. Hoheit Erzherzog Johann.

Berlin, 14. Mai 1849.

Euer kais. Hoheit lege ich meinen innigsten Dank zu Füßen für die gnädige Zuschrift vom 3. Wir betrachten hier die Revolution für so entschieden aufgetreten, daß alle weitere Rücksicht für ihre Fahnen uns wie ein Verbrechen am Deutschen Volke erscheint. Eine solche Fahne war das Erbkaisertum, eine solche ist die Frankfurter Verfassung, die weder in Braunschweig noch in Baden, wo sie angenommen, den Aufruhr verhindern konnte, und in Dresden wie anderwärts der Republik vorzuarbeiten bestimmt war. Wir glauben auch, daß es alle Gesetzlichkeit mit Füßen treten hieße, wenn man ein Rumpfparlament, welches eine Rotte fremder Mordbrenner in Dresden für das Sächsische Volk erklärte, länger für den gesetzlichen Wortführer des Deutschen Volks betrachtete. Die königlich preußische Regierung ist entschlossen, der Revolution mit gewaffneter Hand entgegenzutreten, und zwar bevor dieselbe die Truppen der kleineren Staaten vergiftet und eine Konventsarmee gebildet haben kann. Dazu braucht die königliche Regierung Euer kais. Hoheit Hilfe auf zwei Wegen, nämlich in Hinsicht des Rumpfparlaments und in Hinsicht der einheitlichen Leitung des Kampfes gegen die Revolution.

Sie sendet heute den Oberstlieutenant v. Fischer an Eure kais. Hoheit, um durch diesen höchst Ihnen bekannten und geschätzten Offizier zu beantragen, daß Eure kais. Hoheit nach Abruf der preußischen Deputierten, dem derjenige der bayrischen, hannöverischen und sächsischen folgen wird, das Rumpfparlament auflösen und ihm dadurch den verderblichen Einfluß in Deutschland zum großen Teil nehmen.

---

[1]) Den Erzherzog-Reichsverweser.

Um aber Eure kais. Hoheit persönlich aus der unangenehmen Lage zu ziehen, in welche das Umschlagen einer gesetzlichen Versammlung in eine ungesetzliche, nur mehr zur Förderung der Revolution und des Bürgerkriegs dienende, versetzen mußte, — um dem Übelstande vorzubeugen, daß Reichskommissäre den auf Unterdrückung der Revolution abzielenden Maßregeln entgegentreten und der verirrten öffentlichen Meinung einen Anhaltspunkt zum Widerstande geben — um endlich die militärische Leitung in der Hand, wo die Macht liegt, zu vereinigen, soll Oberstlieutenant v. Fischer Euer kais. Hoheit Meinung einziehen, wie die provisorische Centralgewalt an Preußen übertragen werden könne.

Insofern ich mir eine Meinung erlauben darf, würde eine offene Erklärung an das Deutsche Volk über die Gründe der Auflösung des Rumpfparlaments, über die Tendenzen desselben und über diejenigen der Regierungen im Gegensatze dazu das Deutsche Volk enttäuschen, ihm viel Unglück ersparen, dem Kampfe für die Ordnung als unerläßliche Unterlage der besseren Zukunft die größte Hilfe sein, und die Hingebung Euer kais. Hoheit an eben diese heilige Sache würdig beschließen.

An seine Frau.

Berlin, 11. Mai 1849.

Gestern ist das durch die Revolution überflügelte, sehr schuldige Ministerium Gagern endlich gefallen, und die Linke unter Fröbels — (!) — Leitung setzte dem Erzherzog das Messer an den Hals. Er hielt aber stand. Ich habe ihm vor zehn Tagen geraten, nach Mainz zu gehen; er war aber darüber ganz verletzt. — Doch was plag' ich Dich mit derlei Dingen. An Dich, an meine Kinder soll ich denken — und denke den ganzen Tag an die drängenden Ereignisse und Geschäfte.

15.

Preußen ist nun ganz auf unserer Linie — der Dritte im Kampfe gegen den einen Feind. — Der Großherzog von Baden

ist weggejagt worden — ein Dutzend andre verdienten es nicht weniger. — Dafür ist der König hier mit einer starken Proklamation in Harnisch gegangen, die nicht ganz den Ton traf, den ich für den rechten halte.

Wir — wir warten auf die Russen, die nicht vor Ende Mai in hinlänglicher Zahl da sein können. — Schon blecken uns die Franzosen die Zähne. — Haben wir Unglück, so fällt alles über uns her, und Könige und Jakobiner würfeln um die Kleider des Herrn.

Ach, es ist fast ein Wahnsinn, zu dienen; das weiß ich wohl. Ich habe blutwenig Vertrauen in meine und irgend eine Regierung, was Rücksicht, was menschliche Empfindung betrifft. Ich denke oft ernstlich nach, wie ich es anfange, mich ganz aus dem Staatsdienst zu ziehen. Mich hält die — vielleicht irrige — Meinung, meinen Kindern nützlich zu sein. Freilich hält mich auch mein Herz.

16.

Der ganze Tag ging in Konferenzen und Besprechungen hin. Zu Tische war ich bei Nothomb, dem belgischen Gesandten, einem gescheiten Manne. — Struve ist also richtig als Triumphator in Karlsruhe eingezogen. Ich gestehe, es freut mich. Die nicht den Mut hatten, den Kerl tot zu schießen, sollten gestraft werden — darin erkenne ich Gottes Gerechtigkeit. Zwar nützt das Beispiel nichts, denn die Feigheit der Regierungen ist unheilbar.

Also erst am 3. reisest Du ab? — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 16. Mai 1849.

(Berichtet im Eingang über die revolutionäre Bewegung in Südwestdeutschland.)

Nun fühlt man die glühenden Platten unter den Füßen und sucht durch Eile das Versäumte nachzuholen. Herr v. Radowitz sagte mir, die Regierung habe von allen Seiten die Meldung, daß dem Agitationsmittel der Verfassung nur eine andere, die Einheit

rettende Verfassung entgegenwirken könne. Darum habe der König gestern sprechen müssen;[1]) darum müsse auch er auf Eröffnung der Konferenzen dringen, um in wenigen Tagen etwas zu Tage zu fördern.[2]) Er wollte meine eventuelle Zustimmung, die ich, wie natürlich, nicht geben konnte, da durch das preußische Projekt unsere eigenen Vorschläge suspendiert sind, und mir Eurer Durchlaucht Ansicht über dieses Projekt nicht bekannt ist. Ich bemerkte übrigens dem General, daß ich den übergroßen Drang nicht begriffe, da die Republik von unseren Beschlüssen unabhängig ihren Weg gehe, und die Ansprache des Königs den darauf hörenden Teil des Volks doch auf einige Tage beschwichtigen könne. Es scheint mir aber dem Kabinett sehr darum zu thun, nun mit dem Panier der Ordnung seine Stellung in Deutschland und gegen die Revolution zu nehmen. Dazu gehört der Besitz der Centralgewalt und eine beruhigende Verfassung.

An den Grafen Rechberg.

Berlin, 17. Mai 1849.

Sie werden sich über die Bahn nicht wundern, in der Preußen geht. Hätte es sie früher betreten, so stände es heute nicht erst da, wo es steht. Sowie es das Banner der Ordnung nahm, so war es, bei der Beschaffenheit Deutschlands, an dessen Spitze. Darüber konnte ich mich nicht täuschen, und mich höchstens fragen, welches von beiden Übeln das kleinere? — Daß ihm der Erzherzog unbequem, hat es kein Hehl. Es nennt ihn ein Hindernis, um gegen die Revolution so nachdrücklich, wie es wünscht, auf-

1) Proklamation, in der der Bruch mit der Nationalversammlung ausgesprochen wurde. Vergl. „Preuß. Staats-Anzeiger" vom 16. Mai 1849.

2) Diese Konferenzen über die Reichsverfassung wurden am 17. Mai eröffnet; Österreich und Bayern verhielten sich ablehnend; Sachsen und Hannover dagegen gingen auf die preußischen Vorschläge ein, und so wurde am 26. Mai ein Einverständnis zwischen den drei Königreichen erzielt und zugleich ein Bündnis auf ein Jahr geschlossen; Sachsen und Hannover traten

zutreten. Es will die Centralgewalt für sich. Ich kann es nicht hindern. Daher mein Schreiben, . . . das nur mehr die Form zu retten beabsichtigte. Diese wird allerdings noch strenger beobachtet, wenn sich Se. kais. Hoheit darauf beschränkt, sein Mandat in die Hände der Fürsten zurückzulegen. Der Ausgang wird aber derselbe sein, denn die Fürsten, unter dem Messer der Revolution, werden zu Preußen um Rettung rufen, Bayern miteingeschlossen. Der Zeitgewinn kommt der Revolution zu gute. Ob man die Lage hier schwärzer ansieht, als sie wirklich ist, weiß ich nicht. Man glaubt die Republik binnen kurzem vom Bodensee bis an die Saar erklärt.

An den Grafen Rechberg.

Berlin, 18. Mai 1849.

Heute weiß ich, daß der preußische Vorschlag in Wien nicht angenommen worden ist.[1]) Ich gestehe, ich erwartete es — obwohl ich nicht zweifeln konnte, daß man zu Wien die Vorteile der Einigung gewiß sehr ins Auge fassen würde. Die Verhandlung, auch wenn sie zu nichts geführt hätte, würde vielleicht den nützlichen Schein der Einigung aufrecht erhalten haben. Aber auch nur vielleicht, und der würdigere Weg ist der gerade.

Ich bin im Besitze Ihrer Zeilen vom 15., die ich Grafen Brandenburg vorlas. Ich stellte ihm bei dieser Gelegenheit vor, daß die Centralgewalt eigentlich gar nicht an Preußen übertragbar sei, weil 29 Staaten, nach Annahme der Verfassung, ihr Mandat nicht dem Staate geben könnten, der die Verfassung nicht angenommen habe, der Erzherzog aber über das Mandat dieser

---

demselben jedoch nur in der Erwartung bei, daß die Reichsverfassung binnen dieser Frist von allen deutschen Staaten angenommen werden würde, widrigenfalls neue Verhandlungen stattfinden müßten.

[1]) Fürst Schwarzenberg lehnte den durch Gl. v. Canitz überbrachten Vorschlag ab, indem er auf seinem Programm vom 7. März beharrte und die Bildung einer provisorischen, aus drei Gliedern (Österreich, Preußen und einem mittelstaatlichen König) bestehenden Centralgewalt vorschlug, welche die Leitung bis zur Einsetzung des Direktoriums übernehmen sollte.

29 Staaten nicht eigenmächtig verfügen könne. Ich begriffe also nur eine faktische Lösung, nämlich, daß der Erzherzog sagt: „Da keine Nationalversammlung mehr besteht, und ich nicht die Mittel habe, die Revolution zu Boden zu schlagen, so gehe ich". Darauf kann Preußen sagen: „Ich habe die Mittel dazu, und wer sich um mich scharen will, soll es thun". Daraus folgt eine Diktatur, aber die schwierige Frage der Centralgewalt fällt weg oder vertagt sich bis nach dem Siege. Es ist vorderhand eben gar nicht die Rede von ihr. — Inwiefern diese Ansicht Beifall fand, wage ich nicht zu beurteilen. Gestern hätte sie noch gar keine Chancen gehabt, heute hat sie deren.

Die Konferenzen hier machen notwendig de l'eau claire.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 17. Mai 1849.

Müde — müde komme ich nach Hause, da warten wieder Papiere in Menge — und alles leeres Stroh.

Ich glaube nicht, daß die Königin[1]) nach Oldenburg soll. Der Bürgerkrieg wird in Deutschland losbrechen. Die Demokraten thun es nicht anders. Es ist schauderhaft, wie unsere Unfälle in Ungarn alles, was Demokrat heißt, ermutigt haben. — — —

18.

Heute habe ich mich von den Konferenzen losgesagt, weil ich eine fausse position für mich erkannte, und überdies nichts herauskommen kann. Der Einigungsboden ist uns wieder durchgefallen, und es konnte auch nicht anders sein. — Einstweilen haben wir von der Hoffnung gelebt, und auch das hat sein Gutes. — Beifolgendes Blatt lies Frau von Plüskow[2]) vor.

---

[1]) von Griechenland.

[2]) Obersthofmeisterin der Königin von Griechenland.

Ich bin ohne Unterlaß von diesem Briefe weggerissen — kann keinen zusammenhängenden Gedanken fassen.

— — — — — — — — — — — — — —

Wie es bei der bodenlosen Schläfrigkeit der deutschen Regierungen nicht anders kommen konnte, so ist es gekommen. Ein paar deutsche Fürsten sind schon von ihren Thronen gejagt und andre werden folgen. Der Neid hinderte jede aufrichtige Verständigung, während die Revolutionsmänner von einem Ende Europas zum anderen auf das Innigste sich verstanden. Da fragte keiner, ob er den pas vor dem anderen habe, oder welchen Schopf seine Frau trage — alles arbeitete sich in die Hände — alles trug die eine Fahne der Republik, und so kam es, daß ohne Beamten, Armee, Geld, Geistlichkeit, ohne Dynastie, Angewöhnung, Aussicht auf Gewinn u. s. w. diese Partei Europa in seinen Grundfesten erschütterte, von Paris bis Palermo, Flensburg und Debreczin die Völker aufwühlte, 180.000 Mann gegen Österreich in's Feld stellte, 29 Regierungen in Deutschland sich ganz und die übrigen halb gehorchen machte, und nur mehr mit den Waffen in der Hand, die sie nicht einmal zu fürchten scheint, überwunden werden kann!

Als ich kam, fand ich noch Preußen schmachvoll geblendet durch die Gagern'sche Intrigue, und gebrochenen Herzens fing es an, sich aus ihr los zu winden. Es buhlte mit der Revolution und freute sich zu sehen, wie wir fast daran verbluteten. Wir nannten die Sachen scharf beim Namen. Das zwang Frankfurt, die Larve abzuwerfen, weckte aber die Regierungen nicht. — Die Nationalversammlung wurde zum Konvent, da gingen endlich Preußen die Augen auf. Es verstand nun, daß Erbkaisertum und Verfassung nur die der Republik vorausgetragenen Fahnen waren, aber noch lief es am Faden einer zum Schutze des Unrechts ihm aufgelogenen Loyalität, bis endlich die Barrikadenmänner es in Dresden herausforderten, und Frankfurt ihm den Handschuh in's Gesicht warf. Jeder Schritt bis dahin war ein unwilliger, halber — und es gab keinen Menschen in Berlin, dessen man lieber los sein wollte, als mich.

Heute steht die Sache anders, weil keine Wahl mehr ist. Württemberg stürzte zusammen, weil der König nicht den tausendsten

Teil des Mutes seiner Gegner hatte und in der ganzen Frage nur mit sich beschäftigt war. Baden stürzte nach, weil der Großherzog nur eine einzige Empfindung kannte, die Eifersucht auf Württemberg. Die zwanzig und mehr kleineren Regierungen fielen den Frankfurtern in den Rachen, weil sie an Preußen keinen Halt fanden. Hannover hielt, weil der König ein Mann ist, und Sachsen, weil es einen entschlossenen Minister hatte. Bayern sprach viel von Truppen, hat aber keine, sandte seine besten zum Ergötzen der Frankfurter nach Schleswig und ließ seine Pfälzer in der Pfalz. Preußen allein rüstet nachdrücklich ebensowohl gegen die Revolution als um, während der Lähmung Österreichs, sich Deutschland zu erobern.

Es ließ den Erzherzog ohne Mittel, um die Centralgewalt an sich zu bringen. Es wird, sowie es sie hat, Schleswig fallen lassen und mit einer Armee in Deutschland auftreten. Was weiter geschieht, müssen wir abwarten.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 20. Mai 1849.

Ich habe gestern in der Form, die mir die mildeste und zugleich anständigste schien, dem Grafen Brandenburg die Idee der Trias[1]) als eine uns schuldige Rücksicht für ein unbestreitbares Recht, und als eine Preußen unentbehrliche, gerne von uns gegen den gemeinschaftlichen Feind geleistete Hilfe dargestellt, und an die Zugabe der Trias die Versicherung geknüpft, daß ich E. D. bitten würde, auf 24 Stunden hierher zu kommen, wo sich dann über die andern wichtigen Punkte ein Einverständnis besprechen ließe.

Der Graf sprach sich sogleich gegen die Trias als eine lähmende Form aus, stellte die Verfassungsfrage als die wichtigere voran und schien ein Hierherkommen E. D. gerade nicht zu verwerfen, aber auch nicht anzufassen. Ich bemerkte, daß ich mich ohne sichere Aussicht auf Verständigung zu dieser Bitte nicht ent-

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 52.

schließen würde, und daß ich das Eingehen in den Vorschlag der Trias als Beweis einer Gesinnung nehmen würde, die mich zur Hoffnung auf Verständigung berechtigte. Der Graf bat mich, ihm bis heute Zeit zu lassen.

Er war soeben bei mir. Seine Äußerung war: „Es würde Sr. M. dem König und ihm persönlich sehr schmeichelhaft sein, E. D. hier zu sehen, aber 24 Stunden seien ein zu kurzer Zeitraum, um sich zu verständigen, und in die Idee der Trias könnte Preußen nicht eingehen, da es sich um militärische Operationen handle, die Macht dazu, also auch die Leitung, in einer und derselben Hand sein müsse, die Ansicht von dem helfenden Einflusse eines österreichischen und eines bayrischen Beisitzers oder Teilnehmers an der Centralgewalt dadurch sich aufhöbe, und daß Preußen in Süddeutschland nicht anders als auf Verlangen der Regierungen, welche die Stimmung ihrer Völker berücksichtigen müßten, einschreiten würde. Die Einigkeit unter den Mächten sei genügend vertreten durch den Kampf gegen die Revolution. — — — — — Man müsse jetzt an den Kampf gegen die Revolution mit allen geeigneten Mitteln gehen. Daß die Leitung in Deutschland unbeengt Preußen bleibe, sei eben eines dieser Mittel. Er sei überzeugt, daß das Verständnis mit Österreich sich ehestens werde herbeiführen lassen. Im Gedanken sei man einig" u. s. w.

Ich drückte ihm mein Bedauern über die Nichtbeachtung des Rechtes Österreichs, in der Centralgewalt vertreten zu sein, aus, machte ihn auf die Gefahr aufmerksam, den noch bestehenden Bund zu lösen, aus dem Kampfe gegen die Revolution einen Kampf für Preußens Hegemonie zu machen, einen Mißbrauch der Macht an den Tag zu legen, der nur zu Gunsten der Revolution ausschlagen könne und den keine Phrase zudecken könne.

Er war sichtlich bewegt, aber er hielt an seinem Ausspruche fest. Wir trennten uns freundlich.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 23. Mai 1849.

Graf Brandenburg hat mir mehrmals sein Bedauern ausgedrückt, daß die Deutsche Sache so liege, wie sie liegt. Ich glaube ihm auch. Aber er ist weit überflügelt durch eine herrschsüchtige Partei. Die Haltung des Generals Radowitz mahnt an vergangene Epochen des Dünkels, und war selbst den Ministern von Hannover und Sachsen zu viel.

Ich denke hin und her, was E. D. beschließen werden. Entweder Sie geben das preußische Provisorium als solches für die Centralgewalt zu — bis zur Besiegung der Revolution; oder Sie bestimmen Bayern, mit uns zu gehen, suchen mit dessen Hilfe und mit Württemberg und Darmstadt die Ruhe in Baden und in der Pfalz herzustellen, und stellen dann den Süden, im Bunde mit uns, dem Norden, im Bunde mit Preußen, zur Seite; oder Sie wahren die Rechte Österreichs im alten Bunde und lassen die Ereignisse sich entwickeln; oder endlich, wenn Bayern uns verließe, Sie sagen sich von Deutschland ganz los und sperren sich streng gegen dasselbe ab.

Ich erlaube mir das Zuwarten als das Richtige zu betrachten. Das Resultat der Konferenzen ist im Grunde doch sehr zweifelhaft, da selbst Herr v. Stüve ohne Rücksprache mit seinem König nicht unterzeichnen zu können erklärt hat, Bayern auch erst anfrägt, man mit der Auffindung eines Modus, Österreich den Platz offen zu halten, umgeht, das Werk selbst, wenn publiziert, niemand befriedigen wird, und man gegenüber der entschlossenen Haltung des Erzherzogs die Realisierung der Vorstandschaft offenbar aufschiebt.

Dazu kann eine Unterredung beitragen, die ich heute mit Herrn v. Humboldt hatte, der nie zu mir kommt, außer wenn der König besorgt ist. Ich habe ihm den Skandal und die Gefahr der preußischen Haltung in den freundlichsten Worten entwickelt.

Mit Graf Brandenburg sprach ich mich heute sehr leicht. Er sagte, er denke Tag und Nacht, wie man denn doch zur Einigung mit Österreich kommen könne. General Radowitz bemühte sich mehr als gewöhnlich um mich, suchte mir zu beweisen, wie

der Grundgedanke der Union kein anderer sei, als Österreich an der Spitze Deutschlands zu halten. Nicht die Worte, aber der Ton lassen mich glauben, daß man im Taumel etwas erschüttert ist, wenn ich gleich nicht dafür stehe, daß man davon zurückkömmt.

Es fehlt mir nicht an Geduld, aber ich brauche viel davon.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. Mai 1849.

Ich liefere in dem anliegenden Artikel des halboffiziellen Journals[1]) E. D. einen Maßstab der Insolenz, die hier in der deutschen Partei herrscht. Die russische Note, von der hier die Rede ist, ist rein erlogen; aber es handelt sich, das Accouchement der Reichsverfassung zu fördern, und wo möglich Deutschland in die Arme Preußens zu führen; da schlägt man also auf die infamste Weise Rußland ins Gesicht und beutet seine milde Mahnung in der Dänischen Frage als ein Compelle für die deutsch-preußische Einheit aus.

Herr v. Meyendorff schrieb einen würdigen Brief an Graf Brandenburg und bestand auf offiziellem Widerruf. Einstweilen aber läuft der lügenhafte Artikel durch alle Adern von Deutschland.

Mit solchen Leuten hat man hier zu thun!

An seine Frau.

Berlin, 24. Mai 1849.

Also diese Zeilen erreichen Dich nicht mehr in Griechenland! — — — — — Die Sachen stehen seltsam hier — ich würde mich nicht wundern, wenn ich in ein paar Monaten nicht mehr

---

[1]) „Deutsche Reform" Nr. 308, Abendausgabe, Sonnabend, 26. Mai. „Es ist bekannt, daß Preußen durch den dänischen Krieg am meisten gelitten hat; jetzt droht derselbe, Preußen auch noch in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. Rußland hat eine Note an das preußische Kabinett gerichtet, welche

hier wäre. Immer kehrt die alte Sucht wieder und seit wenigen Tagen stärker als je. Armes Deutschland! Dort der offene Aufruhr und kein Entgegentreten — denn nicht der Kampf gegen die Revolution steht hier in erster Linie, sondern das verderbliche Streben, Österreich aus Deutschland hinauszuwerfen und darin die hohe Hand zu nehmen. Das muß zum Bürgerkrieg, vielleicht zum Europäischen Krieg führen, der Revolution eine ungeheuere Kraft verleihen, und Preußen selbst am Ende der Krise zu Fall bringen. Wenn auch die Regierungen das Recht nicht mehr achten, was läßt sich von der Zukunft erwarten!

Bestimme also nichts, bis ich Dir nicht nach Triest geschrieben habe. Der richtige Zeitpunkt der Wahl eines Hauses u. s. w. wäre im August. Bis dahin müssen die Verhältnisse so oder so einen entschiedenen Charakter haben.

Daß Stadion wahrscheinlich austritt, ist jammervoll.

25.

Die öffentlichen Angelegenheiten sind ganz verfahren, mehr als je. Die ehrsüchtige Partei, die keine Ehre kennt und kein Recht achtet, droht Preußen auf eine für sich und andre höchst gefährliche Bahn zu reißen. Wer dagegen spricht, heißt heute ein Gegner und wird erst, bis es zu spät ist, als Freund erkannt werden. So geht es seit lange.

Lasse alle Kisten vorderhand in Triest. Wer weiß, ob ich sie nicht wieder einschiffen muß. — — — — —

Berlin, 27. Mai 1849.

Jetzt ging ich mit Schelling wohl anderthalb Stunden im Thiergarten spazieren. Du mußt Dich einstweilen eingeschifft haben, teueres Weib, und bist wohl schon aus dem Hafen — am sonnigen Gestade von Attika hinuntersegelnd. — Abgelöst von der griechischen Erde! — Mir ist, als hätten die Gebeine meiner Kinder sich nach Dir gewendet, fragend: Mutter, Du gehst?

---

in sehr bestimmten Forderungen einen casus belli feststellt u. s. w." „Die Drohung von Osten ist da, es gilt einen Kampf um die Deutsche Sache — — — —. Die deutschen Streitkräfte müssen sich scharen unter Ein Banner, die deutsche Einigung muß jetzt zu stande kommen in kürzester Zeit u. s. w."

Dir ist jetzt schwer zu Mute, das weiß ich. Aber die Kinder werden Dich erheitern, denn diese, im beglückenden Leichtsinn, gefallen sich gewiß auf dem Schiffe und freuen sich der See.

29.

Hundertmal habe ich gestern an Dich gedacht — habe jede Schiffsbewegung nachgerechnet. Es war Pfingstmontag — ein einsamer Tag — heiß und still bei allem Straßengetriebe. Ich war in der Kirche, machte dann mehrere Besuche, ging abends einen Sprung ins Theater, dann zu Savigny. Jetzt, mittags, bist Du in der Nähe des Kaps Matapan. Dein Auge blickt schon vor Dich hin, nicht mehr ausschließend zurück.

Ich bin so zerrissen, nur satzweise kann ich Dir schreiben. — Die deutschen Sachen verfahren sich immer mehr. Was Preußen in glänzendem und großartigem Gang schneller und völliger erreichen könnte, das strebt es auf gefährlichem und unwürdigem Weg an. Staatsprincipe sind abgedankt, und ärmliche Frankfurter Ideen, Brosamen vom Tische der Revolution, herrschen vor. Um Preußens selbst willen bedauere ich das. Der Dünkel Weniger kann dieses große Land und seine schöne Armee zu Grunde richten.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. Mai 1849.

Die Gagern'schen Ansichten waren hier nie mächtiger als eben jetzt, wo sie durch Herrn v. Radowitz zu ministeriellen gemacht wurden. Herr v. Meyendorff bezeichnet die Publikation unserer Verfassung als die Epoche, in der Herrn v. Radowitz' frühere Theorien vollkommen umschlugen. Der russische sowohl, als der englische Gesandte haben sich gegen mich in den schärfsten Ausdrücken gegen die preußische Politik in der Deutschen Frage ausgesprochen, und namentlich der letztere ein tiefes Bedauern über die „déconsidération“ an den Tag gelegt, welche dem preußischen Kabinett durch den Mißbrauch der Macht in solchem Augen-

blick und durch die Buhlerei mit der Revolution zu teil werden mußte. Er erklärt den Gang als ganz im Widerspruch mit der Gesinnung des Königs und des Grafen Brandenburg, als das Werk allmächtiger Subalterner. Ich glaube das selbst so.

Ich verhalte mich völlig ruhig. E. D. werden sich nicht wundern, wenn selbst diese beiden Gesandten, die soweit günstiger gestellt sind als ich, nicht einmal in der Dänischen Angelegenheit durchzudringen hoffen, oder wenigstens kaum hoffen. Die öffentliche Meinung, die militärische Ehre werden ihnen entgegengehalten, um die von Dänemark angenommene, ja selbst von Gagern zugestandene Palmerston'sche Basis unannehmbar zu finden. Übrigens ist Herr v. Schleinitz[1]) angekommen, und wir wollen das Beste noch immer hoffen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. Mai 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Was bei der Verfassung[2]) herauskommen wird? Nicht viel, denke ich. Die öffentliche Meinung wird sie zerreißen an vielen Orten. Auf Gagern rechnet man und auf viele der 29.

Zeit für den Kampf gegen die Revolution wird viele verloren gehen. In Süddeutschland ist sie Preußen offenbar bequem. Wie gerecht wäre es bestraft, schlüge Süddeutschland mit eigenen Kräften diesen Aufruhr zu Boden.

Preußen waffnet allerdings mit Nachdruck, so daß, mit Ausnahme der Landwehrkavallerie, die ganze Heeresmacht aufgeboten wird. Diese Waffnung betrachte ich nicht sowohl gegen die Revolution als für die Hegemonie.

Gegen mich ist man persönlich sehr freundlich, aber zurückhaltend. Man hat noch immer ein schlechtes Gewissen wegen E. D. Nichtkommen. Daher das Schreiben des Grafen Brandenburg an

---

1) Minister des Auswärtigen.

2) Die Reichsverfassung, welche samt dem Wahlgesetz am 26. Mai zwischen Preußen, Hannover und Sachsen vereinbart worden war.

W., das ein bischen in den Ausdrücken des Wunsches über die Wahrheit hinausgeht und die Ablehnung der Trias seltsam wendet. — Von der Einheit ist man heute schon bei der Zweiheit. Ich habe darauf nichts erwidert als, das verstände sich von selbst, daß Österreich an der obersten Bundesleitung teilzunehmen habe.

Ich rede, als hätte ich eine Armee hinter mir — aber wie wenig sie sich um Worte kümmern, erfahren selbst Meyendorff und Westmorland.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Juni 1849.

Graf Brandenburg sagte mir, wegen Bildung der provisorischen Centralgewalt bereits nach Wien geantwortet zu haben, und versprach Abschrift dieser Antwort. Er sprach sich nicht weiter darüber aus. Ich drängte ihn nicht.

Aus Frankfurt erhalte ich soeben ein Schreiben: Herr v. Savigny sei in Koblenz gewesen, um dem Großherzog von Baden unter der Versicherung, daß Bayern schon beigetreten, die Einwilligung zum Beitritt in den Sonderbund zu entreißen. Die Gespräche des Herrn v. Savigny mit Grafen Rechberg gingen dahin, diesem zu beweisen, daß mit dem Aufhören der Nationalversammlung auch die Centralgewalt aufgehört habe. Der Graf blieb bei der Äußerung, daß die Centralgewalt die Fortsetzung des Bundestages sei, und daß die Bundesglieder ihre Verpflichtungen einzuhalten haben, bis durch die Regierungen eine neue Behörde eingesetzt ist.

Die Bildung der provisorischen Centralgewalt scheint mir vorderhand das drängendste, wenn nämlich die des Reichsverwesers nicht gehalten werden kann, ohne die Spaltung zwischen Wien und Berlin täglich zu belegen. Ist die Einigkeit im obersten Punkt erreicht, so wird auch die öffentliche Meinung einen förderlichen Umschwung erleiden, der die Kapitulation mit der Revolution über Bord werfen läßt.

Ich spreche mich ohne Rückhalt gegen den Verfassungsentwurf aus, und die Zahl derer, die desgleichen thun, wächst mit jedem Tage.

An seine Frau.

Berlin, 11. Juni 1849.

— — — — — — Hier ist Kühle eingetreten; auch ein paar Cholerafälle kamen vor. Ich glaube nicht daran. Gestern, Sonntag, fühlte ich mich einsam in der Menge; ich ging nämlich abends im Thiergarten auf und nieder. Die Bevölkerung ist artig. Die Männer sind hübsch, die Frauen weniger. Es herrscht viel Tratsch in der Stadt. Ich habe davon mehrere komische Erfahrungen gemacht. Namentlich hat mir der Umstand, daß ich einen Lohndiener, gerade weil er zur Polizei gehörte, längere Zeit auch nach meinem Auszug aus dem Gasthause behielt, mehrere anonyme Briefe Klatsches voll zugezogen.

Ich bin wieder manchmal eine Viertelstunde mit meinen Medaillen[1]) allein. Wirklich, diesen unschuldigen Dingern muß ich sehr dankbar sein für die ungetrübten, niemand verletzenden, beschwichtigenden Augenblicke. Es ist eine große Konfusion im Inneren der Kästen. Da habe ich denn zu ordnen.

13.

Für die süßen Worte über Dein Kommen küsse ich Dich. Richte es ganz nach Deinem Gefühle ein und nach den Verhältnissen. Das Wichtigste ist Deine Gesundheit. Du bist mir und den Kindern gleich unentbehrlich und mußt Dich daher pflegen.

Dein Gefühl, daß wir nicht lange in Berlin bleiben, teile ich auch. — Preußen rennt unaufhaltsam in die Demokratie hinein. Welch schöne Rolle hätte dieser Staat spielen und dabei sein Ziel erreichen können! Wer nicht lobt und billigt, wird als Feind betrachtet. So geht es auch mir. Und doch bin ich mir einer wirklichen Liebe für die Zukunft dieses Reiches bewußt, und mein Weg ist preußischer als derjenige der Schwindler, die es auf dem Wege des Unrechts, der Gewalt und der Buhlerei mit der Revolution zu der Macht führen wollen, die es unangestritten und sicher auf dem noblen Wege des Rechts erringen könnte. Was es auf dem anderen erreicht, wird Moder sein. Aber mit Ver-

[1]) Prokeschs berühmte Sammlung antiker Münzen wurde 1875 vom königl. Münzkabinett in Berlin angekauft.

blendung und Leidenschaft ist nicht zu streiten, und der Dünkel der Überklugheit ist zu groß.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 13. Juni 1849.

Man hat Bayern noch keine Antwort auf das Begehren, den Reichstag zu beschicken, gegeben. Herr v. Radowitz ist entschieden dagegen, weil er die Opposition im Reichstage fürchtet. Graf Brandenburg und Graf Bülow sind durch das Argument etwas erschüttert, daß, da man nicht einen Tag des engeren Bundes, sondern einen Deutschen Reichstag berufen will, Bayern sich nicht davon ausschließen kann noch will.

Auch Preußen scheint eine Teilung in drei vorzuschweben, nämlich in Österreich, Bayern und in das übrige Deutschland unter Preußen. Man denkt insofern an den alten Bund, als man sich eine oberste Bundesbehörde aus drei Gliedern in diesem Sinne denkt. Württemberg und Baden will man aber im engeren Bunde, um Sachsen und Hannover zu halten, die, wie mir versichert wird, austreten wollen, wenn nach Jahresfrist nicht ein deutscher, sondern nur ein norddeutscher Bund zu stande gekommen wäre.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 15. Juni 1849.

Wenn Eure Durchlaucht von dem Glauben ausgegangen sind, daß ein einzelner Mann Preußen aufzuhalten im stande sei, so bin ich leider der Mann dazu nicht. Bei der gänzlichen Fügsamkeit aller hiesigen Diplomaten wird meine Stellung täglich eine unangenehmere, und liegt meine Wirkungslosigkeit zu Tage. Ich habe geglaubt, durch den König, durch einige Männer bei Hofe,

durch Grafen Brandenburg, durch General Wrangel, durch Herrn v. Meyendorff wirken zu können. Es war eine Täuschung. Alle diese vermögen nichts. Nur die Männer vermögen, die, wie General Radowitz, der Ausdruck der zahlreichen Partei sind, welche Preußen als nicht abgeschlossen, als zur Herrschaft in Deutschland berufen betrachtet. Diese Partei hat die Unzugänglichkeit des Fanatismus, und die Revolution ist ihr nicht bloß nicht verhaßt, sondern als Mittel zum Zweck erwünscht.

Ich habe mich gewehrt gegen die ersten Eindrücke, aus Achtung für fremde Meinung. Aber es ist unmöglich, die Augen zu schließen. Ich sah in der Antwort des Königs vom 2. April ein Ja, nicht ein Nein — und wie dieses Ja verstanden war, hat seitdem jeder Tag gezeigt. Es kann in Berlin wohl keinen der Regierung unangenehmeren Mann geben als mich, weil ich weder würdig noch vorteilhaft finde, die . . . . . Politik als eine vortreffliche hinzunehmen, und wenn ich auch nicht hindern kann, doch nicht beistimme und nicht einmal desgleichen thue, als verstände ich sie nicht.

Meine Haltung ist eine Protestation, aber kein Wirken. Dazu habe ich weder Kraft, noch Mittel, noch Ansehen genug. Wie man unsere Lage beurteilt, berechnet und benützt, höre und sehe ich. Ich halte nur mühsam und mit steter Abnegation die Beziehungen aufrecht, welche die Klugheit in Voraussicht einer besseren Zukunft gebietet.

Graf Brandenburg ist ein Ehrenmann, ohne Zweifel; aber in der Deutschen Frage und in dem, was damit zusammenhängt, ist er ganz unzurechnungsfähig. Darüber sind alle einig, die von ihm etwas verlangen, was die Leiter der preußischen Politik, die sich jeder Rücksicht enthoben erachten, nicht wollen.

An seine Frau.

Berlin, 16. Juni 1849.

Dieses Blatt kann Dich nicht mehr in Triest erreichen; ich sende es also nach Cilli.

Gestern und vorgestern war ich so beschäftigt, daß ich Dir nicht schreiben konnte. Der Teufel war wieder in Paris los, aber die Truppen hielten. In der Pfalz laufen die Helden auseinander.

Daß Du mich am 13. überraschen wolltest, ist ein lieber Gedanke. Du wärst in einen bösen Tag gefallen, denn ich hatte außer den Geschäften auch noch Ärger. Die Zeitungen bewarfen mich mit Schmutz. Das ist ein elendes Manöver, und nicht darüber wundere ich mich; aber daß das konservativste Blatt, die „Kreuzzeitung", solchen Schmutz aufnimmt, beweist mir, wie leicht die Demokraten in die konservativen Reihen Spaltung bringen und dupes finden. Darin liegt eben die Schwäche unserer Stellung.

Denke, die Rossi verläßt Berlin in wenigen Tagen. Das ist mir für Dich leid. Ich habe sie ordentlich lieb gewonnen wegen ihrer Einfachheit und natürlichen Seelengüte. Es war ein Verstehen zwischen uns, so wenig wir uns auch sahen.

Ich danke dem lieben Herrn Schwab[1]) für seine Nachrichten. Sein Vaterland liegt mir sehr am Herzen. Ich habe traurige Nachrichten von dort. Wäre Wahrheit in den Menschen, alles würde leicht zu schlichten sein! Aber die schönen Worte decken schlechte Neigungen, und es wird ein niederträchtiges Spiel mit edlen Gefühlen und gerechten Wünschen getrieben.

Und nun, mein süßer Frieden, für heute lebe wohl. Die ganze Zukunft ist schwankend — das teilen wir mit vielen. Fest aber steht die Liebe im Herzen, die Achtung für treue Seelen — fest unser Vertrauen auf uns und auf Gott!

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 20. Juni 1849.

Es scheint ein Halt in der Deutschen Frage eingetreten. Alle Äußerungen sind milder. Ist es, weil man erst Herrn von der Pfordten hören will? Ich bin sehr begierig zu hören, ob die Mitteilungen nach Wien gleichen Ton halten. Ich spreche mich so fest

---

[1]) Sohn des Dichters Gustav Schwab, Erzieher von Prokeschs Kindern.

und so mild aus, als ich nur immer kann, und stelle den Glauben auf baldige Vereinigung immer voran.

Seltsam, heute kam ein Graf P . . . . zu mir und gestand mir, er habe vom Minister von Manteuffel den Auftrag, sich mit mir in Verbindung zu setzen, um meine eigentlichen Gedanken über das Verhältnis Österreichs zu Preußen herauszubringen. Zugleich trug er mir an, mich von dem in Kenntnis zu halten, was im preußischen Ministerium vorginge. Ich wies diese grobe Falle zurück und erwähnte Baron Manteuffel, bei dem ich speiste, gerade so viel und so leichthin diese Sache, als ich's für nötig hielt. Aber die Anekdote kennzeichnet das Terrain.

Graf Knyphausen teilt mir soeben den als Manuskript gedruckten, sehr merkwürdigen Gegenvorschlag Hannovers gegen den preußisch-sächsisch-hannöverischen Verfassungsentwurf mit. Ich muß voraussetzen, daß Eure Durchlaucht ihn kennen. Diese Vorlage allein schon zeigt die ganze Nichtigkeit der durch Herrn v. Radowitz aufgedrungenen Arbeit.

Das Schwerste ist vielleicht überstanden, und auch die neueste Überstürzung wird im Sande verlaufen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. Juni 1849.

Herr v. Zeschau und Baron Wangenheim[1]) sprachen sich mir sehr freundlich aus. Beide wirken auf geziemende Anerkennung der gesetzlich dastehenden Centralgewalt hin und wünschen, daß der provisorische Ersatz Sr. k. Hoheit des Reichsverwesers eingeleitet werden möge. Als Gerücht höre ich, Preußen wolle die Übertragung derselben an den König mit einem Erzherzog zur Seite und Berlin als Ort.

Hannover will nicht, daß der Zeitpunkt des Reichstags im Verwaltungsrat ausgesprochen werde, bevor nicht die Einigung

[1]) Ersterer sächsischer, letzterer hannöverischer Bevollmächtigter im Verwaltungsrat des Sonderbundes.

zwischen Österreich und Preußen in der Hauptsache erreicht ist. Der hannöverische Gegenvorschlag wurde, wie mir Baron Wangenheim schreibt, an Graf Platen[1]) nach Wien gesandt. Ich finde diese hannöverische Denkschrift sehr merkwürdig und denke, daß Herr von der Pfordten sie gelesen haben wird.

So groß die Vorteile für Oesterreich einerseits sein mögen, sich ganz von Deutschland abzutrennen, so überwiegen, wie ich glaube, dennoch die Nachteile. Der Bund mit seinen Rechten und Pflichten wird festgehalten werden müssen. Diese Überzeugung gewinnt auch hier täglich gegenüber von Reichsverfassung und Reich.

An seine Frau.

Berlin, 21. Juni 1849.

Fürst Pückler[2]) ist seit gestern hier — ganz der alte und Dein warmer Verehrer. Ich liebe ihn, wie Du weißt, schon deshalb. Seine gutmütige, sarkastische Weise läßt an Berlin kein gutes Haar. Er kommt von Wien und lobt Wien. Wir sprachen heute eine Stunde über das Leben nach dem Tode. Du siehst daraus, daß der Mann erfrischend auf mich wirkt — denn das ewige Wiederkäuen erbärmlicher Streitfragen des Tags macht trocken wie Sand.

Ich denke mir die Steiermark sehr grün, und recht viel Segen der Ruhe über Dir. Hier ein Blatt eines Briefes von König Otto, damit Du siehst, wie lieb er sich über unser Irenchen ausspricht. Herz ist so selten und thut wohl. — Die Welt ist Phrase geworden.

Pückler wollte mich gestern, heute, morgen nach Potsdam schleppen, um mir seine Anlagen in Babelsberg zu zeigen. Ich kann nicht. Ich muß so viele Menschen sehen und hören, muß alle Tage nach Wien schreiben, Zeitungen lesen, unzählige Briefe

---

[1]) Hannöverischer Gesandter in Wien.

[2]) Der bekannte Schriftsteller und Reisende.

beantworten — habe den Geist nicht frei, das Gemüt voll Last. Kaum schreibe ich Dir, und schreiben an Dich ist Erholung.

Die Kinder umarme ich — mir ist, als hätte ich sie jahrelang nicht gesehen! Sorge nur, daß sie heiter seien, aber ernster Beschäftigung sich nicht entwöhnen.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 27. Juni 1849.

Ich habe sehr beschäftigte Tage gehabt, an denen ich selbst Dir keine Zeile schreiben konnte. — Am Sonntag war ich mit Pückler in Babelsberg, sah diesen reizenden Aufenthalt im größten Detail und kam spät wieder nach der Stadt. Pückler reiste gestern ab, mit zärtlichen Grüßen an Dich, die er so treuherzig war, mir zur Bestellung zu übertragen. — Heute eröffneten wir die Konferenzen über die Deutsche Frage wieder; preußischerseits: Graf Bülow und General v. Radowitz, bayrischerseits: Minister von der Pfordten und Graf Lerchenfeld,[1] österreichischerseits ich. — Leider stehen wir weit auseinander. — Darauf war Diner bei Graf Brandenburg. Zur Verdauung lief ich mit dem spanischen Gesandten, einem liebenswürdigen Manne, in den Thiergarten. Entre chien et loup besuchte mich Brassier.[2])

Eine ganze Zeitungsfurie war in den letzten 14 Tagen gegen mich losgelassen. Ich weiß nicht, ob es bis zu Deinen Ohren drang. Ich denke, sie hat ausgetobt, nachdem ich der Sache hier ans Leben ging.

Denke, die Rossi ist fort, und ein trauriges Geheimnis enthüllte sich. Sie sind ruiniert, und sie geht — nach 25 Jahren Ehe — wieder aufs Theater — ein großer und, da ihr Muttergefühl entschieden, edler Entschluß, aber ein gewagter. Die schöne

---

[1]) Bayrischer Gesandter in Berlin.

[2]) Preußischer Diplomat.

Sonntag ist eine beleibte Frau geworden — die herrliche Stimme hat doch gelitten. Ich nahm kurzen, aber warmen Abschied von ihr. Ich erriet, ohne zu wissen was — und sie dankte mir für das ihr bewiesene menschliche Gefühl.

Auch heute keine Zeile von Dir! das kommt vom Reisen. — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. Juni 1849.

— — — — — — Die Dinge zur Klarheit zu bringen, ist der einzige Weg der Verständigung. — Aus diesem Gesichtspunkte förderten die gestrige und heutige Konferenz sehr. Es scheint mir unmöglich, daß die Ansicht der preußischen Bevollmächtigten das letzte Wort ihrer Regierung sei. Das hieße Gewalt als Recht proklamieren, und würde die Absichten Preußens eher hindern als fördern. „Wir haben die Frage der provisorischen Centralgewalt (die gebildet werden soll) von der Forderung um freie Hand in der Bildung des engeren Bundes auf Basis des Verfassungsentwurfes nie getrennt“, sagen sie, „und es genügt uns nicht, daß Österreich erkläre, uns an der Bildung des Bundes nicht hindern zu wollen, sondern es muß auch die Basis als eine berechtigte zugestehen.“ Vergeblich sage ich, man könne dies von einer Basis nicht verlangen, die Österreich ausschließt — ja, die nicht einmal eine zu verwirklichende ist, da ja Bayern sie für sich als unannehmbar erklärt, daß also der Fall faktisch vorliegt, daß sie nur auf einen Teil, nicht mehr auf das ganze Deutschland (außer Österreich) anwendbar ist, also schon deshalb modifiziert werden muß. — Den Bund von 1815 im Worte respektieren und doch sich weigern, zur Bestellung eines Centralorgans mitzuwirken, wenn nicht vorerst das Definitivum des engeren Bundes, das durch Detailverhandlungen und Reichstag gehen muß, also wohl ein Jahr braucht und vielleicht nie zu stande kommt, von uns anerkannt ist — alles das sind Widersprüche, die nicht bestehen können.

Es scheint mir nicht möglich, daß Preußen seine Politik der Gewalt, so weit über den billigen Kreis greifend, festhalte. An Geduld wird es mir wenigstens nicht fehlen — was aber Herr von der Pfordten kann, weiß ich nicht, denn ihn drängen seine Pflichten zu Hause, und das Nachgeben hat seine Grenze.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 29. Juni 1849.

Herr v. Radowitz und Graf Bülow leiten die preußisch-deutsche Politik bis jetzt noch unumschränkt. Der König thut oder vermag nichts dagegen. Niemand vermag etwas, nicht einmal die Partei der „Kreuzzeitung". Es ist eine Frage der Gewalt, und die Konferenzen führen vorderhand nur dahin, die Gewalt nackt herauszustellen.

Dennoch glaube ich, daß wenn es drum und dran kömmt, die That dem Worte nicht folgen wird. Man stellt wohl nur so extreme Forderungen, um möglichst viel zu erlangen. Norddeutschland in Preußen aufgegangen, ein Preußen vom Niemen bis an die Maas, von der Nordsee bis an den Main, das dürfte im Grunde das angestrebte Ziel sein, und die Übergriffe im Süden, wie z. B. in Baden, Darmstadt bereiten den Stoff künftiger Konzessionen. Preußens Berechtigung, Preußens Ehre haben im Gespräche bereits die früheren Vorwände von Preußens Pflicht und Einheit Deutschlands ersetzt. Rechte andrer, Bundespflichten existieren nicht, oder wenigstens nur im Leichnam der Phrase.

Je klarer der Ausspruch, desto mehr weicht die persönliche Gereiztheit. Man erträgt mich wieder, thut sogar in der Form manches, um gut zu machen. Glaubte man, zur Beschwichtigung der Furchtsamen, den Grund der Spannung zwischen Berlin und Wien mir in die Schuhe schieben zu müssen, so ist dies seit Herrn von der Pfordtens Ankunft nicht mehr nötig und nicht mehr möglich. Heute sind es die Kabinette von Wien und München, die Preußen um die aus seiner Macht hervorgehende Berechtigung beneiden und mit diplomatischen Mitteln um seine Zukunft bringen wollen.

Welcher immer der Ausgang der Sendung Herrn von der Pfordtens sei, sie gewährt mir den Trost, in diesem tüchtigen und mutigen Manne einen Zeugen zu haben, daß auch eine stärkere Kraft als die meinige, nämlich die vereinte von uns beiden, zunächst am preußischen Dünkel scheiterte.[1]) Auch glaube ich an kein anderes Ende, werde aber gewiß mit Vergnügen die Hand bieten, wenn eine Wendung eintreten sollte.

Auch ihm antwortete heute General Radowitz, wie vor ein paar Wochen mir Graf Brandenburg, auf die Vorstellung der Gefahr europäischer Verwicklung: „Wir haben unsere Armee und sind auf alles gefaßt und zu allem gerüstet."

An den Reichstag glaube ich vorderhand nicht, und kömmt er zusammen, so mag ein Resultat schwer zu erreichen sein.

Hohenzollern verhandelt mit Preußen, und Preußen geht damit um, diese Ländchen zu besetzen. General Radowitz sprach heute von der Notwendigkeit für Preußen, dies „Opfer" zu bringen, wegen des bösen, unruhigen Geistes in diesen beiden Gebieten. Herr von der Pfordten sprach ihm die Wahrheit dieses Grundes ab.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. Juli 1849.

Ich war mit der Haltung und Sprache des Herrn von der Pfordten völlig zufrieden. Er sprach mit ebensoviel Mäßigung in der Form, als Nachdruck und Kraft im Gedanken. Man hat sich sehr bemüht, ihn herumzubekommen. Herr v. Radowitz ließ ihm die Aussicht auf ein Reichsministerium durchblicken. Man weiß nun hier sehr genau, wie man mit Bayern daran ist, so lang von der Pfordten Minister bleibt; aber ich glaube, man nährt Hoffnungen,

[1]) Bemerkenswert ist das nicht minder scharfe Urteil, welches General v. Gerlach, der Vertraute des Königs, im Jahre 1855 über die Radowitz'sche Politik fällt. Auf einen Brief Bismarcks, der mit den gewohnten Ausfällen gegen Österreich und dessen Vertreter gewürzt ist, schreibt der General: „Was nun Ihr letztes Schreiben betrifft, so bin ich weit davon ent-

daß er sich gegenüber seinen Kollegen in München nicht lange halten könne. Herr von der Pfordten selbst scheint nicht völlig beruhigt hierüber.

Die unglaubliche Zuversicht hier ruht einerseits auf unserer vorausgesetzten, lang anhaltenden Lähmung, anderseits auf England und dessen Einfluß in Paris.

General Radowitz hat Herrn von der Pfordten erklärt, daß Preußen Darmstadt und Baden nicht mehr loslassen werde. In ihm ist dies sicherlich ernsthaft gemeint, denn er setzte bei, daß alles Sträuben Bayerns und Württembergs zuletzt vergeblich sein werde.

Alle deutschen Regierungen sind in Verzweiflung. Man kann sich nicht mehr stärker aussprechen, als dies der König von Hannover in Briefen an die Gräfin Knyphausen thut. — Alle sagen: „Wir sind für Österreich, aber das nützt uns nichts".

Überall blickt hier die Drohung durch, selbst mit Waffengewalt die Herrschaft in Deutschland durchzuführen.

Ich würde mich nicht wundern, wenn sich alles wieder in Rauch auflöste — so unnatürlich und gewaltsam scheint mir die Verbindung. Vorderhand ist alles Entwurf — der Reichstag soll feststellen, und dieser Reichstag selbst ist vorderhand noch in der Luft und kann alle hiesigen Berechnungen täuschen.

An seine Frau.

Berlin, 1. Juli 1849.

Deine Zeilen vom 25., noch aus Triest, habe ich. Sie sagen mir, daß Du am 15. August kommen willst — ich träume schon von diesem Tage!

Ich bin körperlich wohl — aber im Gemüt gedrückt. Hätten wir im Juni 1813 eine der heutigen preußischen ähnliche Politik

---

fernt, dem zu widersprechen, was Sie über die Schwarzenberg'sche Politik beibringen. Wir sollen aber nicht vergessen, daß die Radowitz'sche ebenso anmaßend, ja, weil ideologisch, noch viel anmaßender und unendlich unvernünftiger gewesen ist". (Briefwechsel 2c., S. 82.)

verfolgt, wo wäre Preußen heute? Mit welcher Entrüstung wiesen wir die Zumutungen zurück, den Augenblick zu ergreifen! — Uns aus Deutschland hinauswerfen und den Rest unter einen Hut bringen, das ist hier jetzt das Um und Auf. Der dazu eingeschlagene Weg kann, nach meiner Ansicht, nicht zum Ziel führen, aber die Pest der Revolution verewigt er, und große Gefahren beschwört er über Deutschland herauf.

Die Haltung Rußlands ist in hohem Grad offen. Byzanz ist nicht in Petersburg. Auf diesem Wege begreife ich die Befestigung und Erweiterung der Macht.

Ich bin nicht mehr Herr des Augenblicks und muß schließen.

— — — — — — — — — — — — — —

2. Juli.

Ich lebe schon ganz in dem Gedanken, Dich hier zu haben, mein teueres Herz. Du mußt mich recht stärken und heben. Meine Stellung ist eine höchst mühsame. Der Haß gegen Österreich ist hier auf allen Gesichtern, und man verübelt mir, daß ich unsere Interessen wahre. Wäre ich ein Schuft, ich würde gepriesen sein. — — —

6.

Seit unsere Verhandlungen abgebrochen sind, ist für mich Ruhe. Ich habe auch in Wien darum gebeten. Das Betteln um Rücksicht auf Recht muß in der Würde eines Staates seine Grenzen finden. Wenn Preußen jede Form verweigert, die uns das Zusammenstehen mit Deutschland möglich macht, so ist das eine reine Machtfrage, gerade so wie die Napoleonischen Dekrete, die zu seiner Konvenienz ein Königreich Westfalen gründeten, die Hansestädte zu Frankreich schlugen u. s. w. Solche Fragen gehören vor das Europäische Forum, und derjenige behält recht, der den längsten Atem hat. Meine Stellung ist durch diesen Stand eine schiefe. Ich kam mit dem innigsten Wunsche zur Einigung — zu allen nur halbwegs möglichen Konzessionen bereit und entschlossen, darin mehr zu thun, als sich je mancher andere hätte unterstehen dürfen — aber ich fand kein Ohr, und immer nur thatsächlich die eine Antwort: Wir müssen an die Spitze Deutschlands und können niemand neben uns dulden.

Da es in Berlin wenig Leute giebt, die begreifen, daß ein Österreicher kein Preuße ist und, wenn er ein ehrlicher Mann sein

will, seines Landes Interessen festhalten muß, so ist das gesellschaftliche Verhältnis für mich kein angenehmes. Glücklicherweise bedarf ich dessen wenig, wie Du weißt. Die Wissenschaft ist eine Insel, zu der die Miseren des Lebens nicht hinanreichen.

Ich habe übrigens einen angenehmen und sehr unterrichteten Nachbar, den belgischen Gesandten Nothomb — ein Mann, ganz verschieden in seiner Denkweise von der meinigen, der aber politische Ansichten von dem, was allein Wert im Menschen hat, zu trennen versteht — ein Mann der neuesten parlamentarischen Schule, ihr aus Überzeugung angehörig — ein Ehrenmann, trefflicher Gatte und Vater. — Ein anderer mir angenehmer Mann ist der spanische Gesandte Valdegamas, mit mir über die höchsten Fragen gleich denkend, eine edle Natur und ein gebildeter Geist. Ein Brief von ihm an Montalembert, im „Univers" abgedruckt, gehört zu dem Schönsten, was seit Gentz, Maistre und Bonald geschrieben worden ist. — Meyendorff ist nach Gastein; auch dieser ist durchaus kein gewöhnlicher Mann, von billiger, vermittelnder Anschauung, scharfem und gerechtem Urteil, trefflichen Herzens und unterrichtet. Über Frauen weiß ich Dir nichts zu sagen; ich kenne keine nahe genug. Sie sind alle artig und freundlich. — Die Gesellschaftsformen sind etwas steifer als bei uns, und das Gespräch ist weniger mannigfaltig und belebt. Die Savigny nehme ich aus; das ist die echte Rheinländerin. Um die Rossi ist mir leid. Gräfin Brandenburg ist heiter und angenehm; ihre Töchter scheinen mir alle treffliche Mädchen.

Heute früh gewann ich einen Augenblick Zeit, um ins Ägyptische Museum zu gehen, das wirklich großartig ausgeführt ist und sehr verständig.

Ich bin wohl, das ist alles, was ich Dir heute noch sagen kann. Gott schütze Dich und die Herzenskinder. Euere Bilder habe ich unmittelbar vor meinen Augen und tief und warm im Herzen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 12. Juli 1849.

Graf Brandenburg scheint allerdings, wie E. D. vermuten, zur Zeit, als er mir den Wunsch einer Bewegung der kaiserlichen

Truppen zur Schließung der badischen Schweizergrenze aussprach, von der Korrespondenz zwischen dem Reichsministerium und Sr. kön. Hoheit dem Prinzen von Preußen nicht in Kenntnis gewesen zu sein. Er nahm vorgestern meine Bemerkung, daß er in der Weigerung des Prinzen den Grund zu suchen habe, warum die von ihm gewünschte Bewegung nicht ausgeführt worden sei, schweigend hin, widersprach nicht und kam auf dies Begehren nicht weiter zurück.

Die Hoffnung, daß der von Preußen eingeschlagene Radowitz'sche Gang ein entsprechendes Resultat haben könne, schwindet mehr und mehr. Der Irrtum wird sich erschöpfen und die bessere Überzeugung Raum gewinnen, daß demokratische Elemente schlechte Bausteine für Herrschaft sind. Ich denke, man wird zuletzt dahin kommen, die alte Bundesakte als die richtige Basis des Weiterbaues anzuerkennen. Das schließt eine große Vereinfachung und eine bedeutsamere Stellung Preußens nicht aus. An dem entschiedenen Zusammenstehen Österreichs und Bayerns, sowie an der Aufrechthaltung des zum Princip gewordenen Reichsverwesers wird das Unberechtigte scheitern. Die Zeit ist unser, denn der Reichstag, wenn es ja dazu kömmt, kann nicht vereinigt sein vor Spätherbst.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. Juli 1849.

Die Berührungen sind milder geworden, aber die Wesenheit ist unverändert dieselbe. Die Rechtsfrage wird beiseite gelassen, und unter dem Vorwand einer in den unitarischen Wünschen Deutschlands begründeten, unabweislichen Notwendigkeit, die Umgestaltung Deutschlands aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat unter Preußens erblicher Vorstandschaft mit größter Thätigkeit betrieben. Daß die 28, welche der Frankfurter Nationalversammlung zu widerstehen nicht die Kraft hatten, noch weniger diejenige haben würden, Preußen zu widerstehen, war vorauszusehen. Das Sonderbündnis wird ohne Zweifel ehestens alle Staaten mit Ausnahme Bayerns

und Württembergs umfassen. Diese aber hofft man durch das Volk zum Beitritt zu zwingen. Man hofft auf den Fall des Ministeriums von der Pfordten und spricht die Hoffnung nicht gegen mich, aber gegen die vertrauteren Gesandten unumwunden aus. Von den demnächst zu eröffnenden Kammern erwartet das Ministerium die lebendigste Unterstützung für seine hegemonistischen Pläne, und ich habe keinen Grund zu glauben, daß es sie nicht finden wird.

Was ist diesem Zug entgegenzuhalten? Wir sind im Nachteil auf zwei entscheidenden Feldern, auf dem der Macht und auf dem der öffentlichen Meinung. Unsere Lähmung ist für die Leute, die auf eine wohlgerüstete Armee, auf ausreichende Finanzen und auf ihr Verhältnis zu England weisen, nicht abzustreiten. Man müßte ihnen den Abschluß in Italien als Beweis hinlegen können, daß Frankreich nicht die Absicht hat, uns dort in Atem zu erhalten. Man müßte eine ernste Sprache Rußlands zur Stütze haben. Während die ministeriellen Organe die russische Intervention zu unserem Nachteil ausbeuten und an Bedrohung Deutschlands durch Rußland glauben machen wollen, glaubt das Ministerium nicht im geringsten daran, sondern ist völlig überzeugt, daß Rußland in der Deutschen Frage völlig freie Hand lasse. Man müßte die Möglichkeit einer genügenden Kraftentwicklung in nicht ferner Zukunft handgreiflich darlegen können, ein Übereinkommen mit Bayern, einen Rückhalt an Rußland u. s. w. Dann würden meine nie drohenden, aber stets festen Worte Eindruck zu machen im stande sein.

Die öffentliche Meinung wird von Preußen mit unglaublicher Thätigkeit bearbeitet. Zahllose Broschüren und Blätter, mit völliger Freigebung ihrer sonstigen Farbe, überschwemmen Deutschland. Davon sind gerade die Oppositionsblätter, die durch tägliche Angriffe auf das Ministerium den Schein der Unabhängigkeit für sich haben, die wirksamsten. — — — — — So lange wir in Österreich die Presse nicht unter die Regierungswerkzeuge aufnehmen, wird uns die öffentliche Meinung, selbst wenn wir tausendmal recht haben, stets große Hindernisse entgegenstellen und niemals Hilfe sein. Ich verstehe aber darunter weit weniger Regierungsjournale, als die den Litteraten überhaupt zu gebende Richtung und die Kunst, die Oppositionsjournale zu gewissen Zwecken dienstbar zu machen.

Es ist die Klage aller antipreußisch Gesinnten, namentlich der Bevollmächtigten der zur Unterwerfung unter Preußen genötigten Regierungen, daß, während Preußen durch die Vorlage vom 28. Mai[1]) eine Fahne aussteckte, Österreich nichts Ähnliches gethan hat, so daß man sich an irgend etwas anderes Positives hätte schließen können. Geschieht dies selbst jetzt noch, meint man, so hat es Chancen für sich, denn die Regierungen möchten sich der preußischen Hegemonie erwehren, und die antipreußische Gesinnung nimmt aus materiellen und andern Ursachen, worunter auch der dänische Waffenstillstand zählt, zu. — — — — —

Preußen die Wege zur Rückkehr offen zu halten, scheint mir das Richtige. Ich schone seine Eitelkeit, so sehr ich nur kann, aber ich verhehle in vertraulichen Äußerungen nicht, daß ich das Sonderbündnis für de l'eau claire halte und, wenn ich mich darin täuschte, den Fall seiner Anerkennung als keinen möglichen annehme, daß ich endlich von der öffentlichen Meinung ehestens die Verwerfung des Verfassungsentwurfs als eines für Preußen ebenso schädlichen als unrühmlichen Werks erwarte.

An seine Frau.

Berlin, 22. Juli 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Ich habe nicht die Absicht, hier zu bleiben, wenn sich nicht manches anders stellt. So lange die ehrlichen Leute hier nur hinter den Frankfurter Schwindlern herlaufen, und es in der Politik keinen anderen bleibenden Grundsatz giebt als tel est mon plaisir, ist eigentlich ein Gesandter überflüssig. Mich drückt die traurige Rolle, die eine so große Monarchie wie Preußen spielt. Sich hinein gängeln zu lassen, auf Kommando der Revolution, in Unternehmungen, die keinen ehrenvollen Ausgang haben können! Der Friede mit Dänemark ist wieder ein Beleg dazu. Erst für die Einigung der Herzog-

[1]) Cirkularnote, in der Preußen den deutschen Regierungen den Entwurf der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, sowie das Statut des Dreikönigsbündnisses mit der Einladung zum Beitritt vorgelegt hatte.

tümer einstehen, die Länder in einen verheerenden Krieg stürzen, und dann auf ihre Trennung abschließen und dadurch sich selbst ein démenti geben und den ganzen Krieg für das, was er allerdings war, aber was man früher großmäulig verleugnete, für eine Absurdität erklären! — So wird es auch in der Deutschen Frage gehen, weil man die Rechnung ohne den Wirt macht.

25.

Deine Zeilen vom 19. erfrischten mich heute. — Pflege Dich recht in Ruhe und bekümmere Dich nicht um die Zeit. Es ist ganz dasselbe, ob du 14 Tage früher oder später hierher kommst — für meine Wünsche freilich nicht, aber für meine Einsicht.

Ob wir uns hier überhaupt einrichten, steht sehr in Zweifel. Regiert die Anmaßung hier fort, so bitte ich im Herbst um meine Abberufung. Ich kann den Leuten keine edleren Gesinnungen einblasen, noch kann ich machen, daß sie uns fürchten. Sie haben Lord Palmerston hinter sich. Wir haben in der Deutschen Frage niemanden. Alle Gesandten kriechen. Ich geniere mich zwar wenig und halte tête, als hätte ich eine Armee hinter mir.

Schreib mir über diesen Punkt nicht, denn alles wird gelesen. Ich lasse mich mehr aus, weil diese Zeilen durch Dr. B. erst in Wien auf die Post gegeben werden.

Ich bin wohl, wohne gut und schön, zwei Schritte von Werther, dessen Familie auf dem Land ist; er für seine Person ist hier, da er zu außerordentlicher Sendung nach Kopenhagen ernannt ist. Der schändliche Friede mit Dänemark empört alle Leute. — Brassier ist fort nach Stockholm; er hoffte auf Wien und machte mir etwas den Hof, freilich mit den gehörigen Vorsichten, denn ich bin der herrschenden Partei ein Greuel.

Aus Athen weiß ich nichts. Ich denke oft dahin — an meine Zimmer — Garten — Piräuskirche — Berge und Meer — an manche durchlebte Stunde!

Gott mit Dir, mein Frieden! — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. August 1849.

Es ist sicher keine angenehme Stellung, zusehen zu müssen, wie die Leute hier in ihrem Dünkel vorwärts gehen, als könnten sie alles, was ihnen beliebt. Sie bauen am Sonderbund rücksichtslos fort, sind der Kammern gewiß und gehen nun wirklich mit dem Gedanken um, nächstens den Reichstag zusammenzurufen. Da wird allerdings die Spaltung zwischen Bayern und vielleicht Württemberg einerseits und Preußen mit seinem Anhange anderseits da sein; aber wenn Baden beim Sonderbund bleibt, so findet doch nicht einmal eine Trennung in Nord- und Süddeutschland statt. Es ist freilich auch der Fall anzunehmen, daß der Reichstag selbst in sich zerfalle, aber die Gagern'sche Partei ist nicht ohne Einfluß, und die Bemühungen preußischerseits werden groß sein.

Es steht uns allerdings ein Recht des Protestes zu, aber die bloße Negation ist eine nachteilige Stellung. Ein positiver Vorschlag an alle deutschen Regierungen würde mehr Halt geben.

Wenn im Warten ein Vorteil liegt, besonders wenn es so lange möglich wäre, bis die Revolution bei uns besiegt ist, so liegt doch auch ein Nachteil darin, weil Preußen eilt. Ich verspreche mir von Herrn von Schleinitz, trotz seiner freundlichen Formen, gar wenig. Er hat nicht die Stellung, um den hegemonistischen Gelüsten entgegenzutreten, die oben ihre Wurzeln haben und immer weiter um sich greifen. Er wird sich ziehen lassen, folgen. Graf Brandenburg hätte es gekonnt, wenn er es zu wollen gewagt hätte.

Die Kammern werden die Leidenschaften gegen Österreich anblasen. Nicht eine Stimme darin wird dagegen sein, sowie ich auch in der Gesellschaft kaum eine finde, die nicht die preußische Herrschaft in Deutschland als ein Recht oder wenigstens als eine unabänderliche Thatsache in Anspruch nimmt. Die Diplomaten haben sich alle damit abgefunden. So steht die Sache heute. Ich halte aus und wahre den Schein, als nähme ich sie gar nicht so ernst.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 3. August 1849.

Ein weiterer Beleg für die Auffassung des Dreikönigsbündnisses von seiten derer, die ihm beitreten, ist folgende Äußerung des Herzogs von Coburg während seines Hierseins vor wenigen Tagen an Grafen Westmorland: »Nous sommes entre l'enclume et le marteau; l'enclume c'est la démocratie, le marteau c'est la Prusse. Ce que la démocratie nous laisse de droits, la Prusse nous l'enlève. L'une confisque notre souveraineté à l'intérieur, l'autre encore celle de notre position à l'extérieur«. Der Herzog sprach hierauf seinen ernstlichen Wunsch aus, die Mediatisierung, solange er noch irgend etwas dafür erhalten könne, selbst einzuleiten. Er könne dies nicht allein thun, sagte er; die Herzoge von Altenburg und Meiningen, so auch die Fürsten von Reuß seien desselben Willens wie er, aber Weimar widerstrebe. Überdies seien jene der Ansicht, sich an Sachsen zu geben, während er für vorteilhafter halte, sich mit Preußen abzufinden, da von dieser Seite doch Geld zu erwarten sei.

Die leidenschaftliche Sprache der hiesigen Blätter gegen Bayern überbietet fast noch diejenige gegen Österreich. Die Pöbelherrschaft ist in dieser Beziehung in voller Blüte, und die Regierung hat seit lange darauf verzichtet, durch anständige Artikel in ihren Blättern diesem Unwesen entgegenzutreten. Die alte Zeit, der alte Anstand sind tot.

An seine Frau.

Berlin, 5. August 1849.

Deine Zeilen vom 1. erhalte ich soeben. Du sollst Deine Badekur nicht unterbrechen, außer Du hättest kein Vertrauen in das Bad. Nach vollendeter Kur besuchst Du Deinen Vater und kommst dann zu mir. Nimmst Du die Kinder mit, so sind sie ans Vaterherz geführt durch ihren Schutzengel!

Wenn die Verhältnisse hier sich binnen kurzem nicht günstiger stellen, so denke ich an kein Etablissement. Der Aufenthalt in

Triest würde dann durch das Klima angezeigt sein. Constantinopel scheint mir allerdings in Aussicht zu stehen, aber ich liege in den Ketten der Deutschen Frage, und das ist unberechenbar! — Die Argumente des Rechts und der gesunden Politik haben kein Gewicht auf der Wagschale der Leidenschaften. In den Massen hier ist der leitende Gedanke, die Lähmung Österreichs zu benützen, um sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, und die Massen sind es, welche regieren. Die Kammern, die Organe der Massen, werden dies, wie ich besorge, in wenigen Tagen darthun. Dann wird die Frage notwendig eine ernste werden. Die Blätter erhitzen die öffentliche Meinung. Die Regierung thut nichts dagegen. Meine beschwichtigenden Bemühungen werden alle verkannt, ich möchte sagen verhöhnt. Darüber verliere ich weder meine Ruhe, noch ändere ich meinen Gang, und rechne zuletzt doch auf den Durchbruch des Verstandes durch alles Getriebe der Leidenschaften.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. August 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Herr von Schleinitz gab mir in der heutigen Unterredung Herrn von Radowitz preis, als ich ihm sagte: obwohl ich leider in Herrn von Radowitz' Worten Preußens Wort annehmen müsse, so sähe ich doch nicht Preußens Gedanken darin, sondern eine doktrinäre Tendenz, alles auf die Spitze zu treiben. Ich glaube wirklich, es lohnt sich der Mühe, den Versuch eines abermaligen Schrittes in so erleichternder Form als möglich zu machen, sei es als Anknüpfung an die abgebrochenen Besprechungen, sei es aus Anlaß der auftauchenden Schwierigkeiten.

Noch wage ich kein Urteil über Herrn von Schleinitz, wahr ist aber, daß er im versöhnlichen Rufe steht und deshalb auch bereits von den Extremen angefeindet wird. Ich habe das Gefühl, ihm so gut ich kann helfen zu müssen.

An seine Frau.

Berlin, 10. August 1849.

Ich habe Deine Zeilen vom 3. — Es wird mich ungemein trösten, Euch alle wieder um mich zu haben! Die Einsamkeit drückt mich. Ich brüte ohne Zerstreuung und Auffrischung über den wenig erfreulichen Verhältnissen, deren Lösung mir nicht klar ist, weil ich auf das Gewicht unseres wiederhergestellten Ansehens so gar nicht rechnen kann. — Die unselige Lage in Ungarn — in Italien die Sachen nur halb und unsere Kräfte nicht freigebend, sondern fesselnd. — In dem Augenblick solcher Not wäre Preußen als treuer Verbündeter von entscheidendem Gewicht — aber Preußen kennt nur die Lockungen der Gegenwart, nicht die Verpflichtungen der Vergangenheit. Es lastet auf uns in anderer Weise aber nicht minder schwer als andre Gegner.

Festgehalten durch eine Menge Arbeiten, kann ich Dich heute nur noch umarmen.

12. August.

Ich fange heute den Tag mit Dir an, obwohl es leider schon spät ist. Das unselige Zeitungslesen, das ich jeden Morgen während des Frühstücks und nach demselben betreibe, nimmt mir im Durchschnitt die frischeste Zeit, die Morgenstunde mit ihrem Gold im Munde.

Ich freue mich über den Erfolg des Bades; die Hauptsache ist, daß die Kur so vollständig als möglich und nötig durchgeführt werde. — — — —

Abends.

Ich aß beim württembergischen Gesandten und fuhr dann mit der ganzen Tischgesellschaft nach einem Orte an der Spree, Treptow — glaube ich — in trauriger Öde daliegend, aber voll Menschen, eine Gartenkneipe am Ufer, mit übeltönender Musik. Doch war ich ziemlich aufgeweckt, obwohl ich gerade heute viel Verdruß hatte. Ich war gestern mit dem Minister des Äußeren über Maßregeln zur Beschwichtigung der Presse, deren Leidenschaftlichkeit die Kabinette ins Schlepptau nimmt, übereingekommen, und gestern abend finde ich im ministeriellen Journal einen infamen

Angriff auf Österreich! — Ich weiß, es ist nur Schlendrian oder Intrigue gegen den Minister selbst — aber, was muß ein Kabinett von solchen Widersprüchen denken! Auch dem versöhnlichsten Gemüte reißt zuletzt die Geduld.

Du wirst eine schöne Reise machen, und der Gedanke, über Dresden zurückzukehren, ist gar nicht so übel. — — — —

An seine Frau.

Berlin, 17. August 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Mit mir ist es so so. Moralische Angriffe setzen mich auch körperlich herab, aber kann ich nur irgendwo ein Stückchen Befriedigung erhaschen, so richte ich mich sogleich wieder auf.

In Ungarn geht es nun besser. Viel wichtige Zeit ist von den Russen versessen worden! Unser gefährlichster Gegner aber ist die Zeit. Mit der Stellung in Italien bin ich nicht zufrieden, da sie unsere Kräfte auch fernerhin festhält.

Hier steht alles im alten. Die Regierung hat sich festgerannt und gehorcht einer Partei. Alles wäre leicht bei korrekter Stellung, alles wird schwierig durch die unkorrekte. Die Journale treiben ihr Unwesen, regieren die öffentliche Meinung und diese wieder die Regierung.

Den zweiten Band Lamartine habe ich Dir geschickt. Das ganze Werk, das eine Selbstverteidigung sein soll, ist eine Selbstanklage und stempelt den Verstand dieses in manchen Beziehungen ausgezeichneten Mannes zu einem sehr mittelmäßigen. Er wandelt in Träumen.

Von Roß[1]) höre ich seit langer Zeit nichts. Er wird ganz unglücklich sein über den Ausgang der Sachen in Schleswig-Holstein, den ich ihm voraussagte. Damals aber war er indigniert über mich.

— — — — — — — — — — — — — —

---

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 25.

An seine Frau.

Berlin, 18. August 1849, abends spät.

Das ist eine Nachricht![1]) — Gott sei Dank, ihm vor allen — und ihm zunächst, dem jungen, entschlußmutigen Kaiser! — und der tapferen Armee! — Also Görgey hat sich ergeben und hinter sich rettet er das ganze Land und Volk aus dem verderblichen, vergeblichen Kriege. Das ist ein großartiger, edler Entschluß, der die Schmach des demokratischen Taumels von Ungarn abstreift und seine Ehre rettet. Ich bekam die Nachricht durch Fürsten Croy, den Schwiegervater des russischen Obersten Grafen Benkendorf, der als Kurier aus Warschau eintraf. Dann eilten der russische Geschäftsträger und der englische Gesandte zu mir. Dann erhielt ich ein paar Zeilen vom preußischen Minister des Auswärtigen. Ich schrieb noch schnell an den Fürsten und ein Dutzend Billette.

Mit Dir und allen, die es ehrlich meinen, freue ich mich! Wie wird sich Radetzky freuen! — Nun erwarte ich nächstens den Fall von Venedig.

Gute Nacht! Heute, nach langem, habe ich Freude im Herzen — sie that mir not!

19.

Heute Sonntag. Vor der Kirche schrieb ich die guten Nachrichten an Frau von Savigny und Gräfin Redern (Odescalchi), die beide auf dem Lande wohnen und zu den wenigen gehören, die sich wirklich darüber freuen werden. Ich esse bei Lerchenfeld und fahre dann mit ihm ein bischen ins Freie, da heute Sonne scheint.

Sehnsüchtig erwarte ich nun Deine Reisebestimmungen. Wie wird es mir wohl thun, meine Hand wieder in die Deine zu legen!
— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 24. August 1849.

Wenn der Himmel mir wohl will, so erreichen Dich heute meine letzten Zeilen in Graz.

---

[1]) der Kapitulation von Vilagos, am 13. August.

Gestern war ich in Mehuls „Joseph und seine Brüder“. Die Einfachheit der Musik und die ägyptische Landschaft rührten mich fast. Dann traf ich in einer Soiree den nach Hamburg durchreisenden Fürsten Clary mit seiner Schwester Salm und deren Gemahl, den vormaligen Gouverneur von Triest. Heute saß ich ein paar Stunden in der Kammer.

Bevor nicht Komorn gefallen, betrachte ich die Sache nicht als aus. Aber auch so ist die Wendung eine günstige, für die man die Hände zum Himmel erheben muß. Die Wiener Zeitungen sind von einer trostlosen Mattigkeit. Es ist gerade, als handelte es sich um die Preise von Kipfeln und Semmeln. Bei einem so großen Ereignis kein einziger Aufsatz von Seele!

Aus Baden also werde ich Deine weiteren Projekte erfahren. Gott segne Dein Kommen! — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. August 1849.

Offizielle Erklärungen, wie die von den beiden königlichen Kommissären und gestern wieder durch den Minister des Inneren und durch das gesamte Ministerium gelieferten, schneiden mir jede Hoffnung eines Verständnisses ab. Zwar verraten die Reden des Grafen Bülow und General Radowitz nicht Zuversicht, und der letztere versicherte mich gestern: „Das Verständnis mit Österreich, dessen Stand auf dem Rechtsboden unangreifbar sei, müsse vorausgehen, sonst werde Preußen eben seinen Versuch fallen lassen“ — aber die Absicht ist offenbar, das fait accompli erst hinzustellen, und zwar möglichst zu beeilen. Mr. de Lurde[1]) glaubt, es komme nicht zum Reichstag, denn Hannover und Sachsen würden sich nicht dazu hergeben. Herr v. Budberg[2]) glaubt, der Reichstag werde das Signal sein für eine abermalige demokratische Schilderhebung,

---

[1]) Französischer Gesandter.

[2]) Russischer Geschäftsträger.

und sieht in Preußen nichts mehr als die verkörperte Revolution. Ich fühle, daß nirgends ein Halt ist, in gar keinem Princip und in keiner Person. Die einzige leitende Kraft ist das Streben nach Herrschaft.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 5. September 1849.

Seit einigen Tagen ist ein Herr Fialin de Persigny[1]) hier, membre de l'Assemblée législative et Aide-de-camp du Président de la République. Er hat Besuche beim diplomatischen Corps gemacht und wird Sr. Majestät dem Könige aufwarten. Seine Formen sind angenehm; seine Sprache ist ohne jactance. Er scheint mir einen Auftrag zu haben, der aus seinen Äußerungen ziemlich klar hervorgeht, nämlich den, die hiesige Regierung zu sondieren über die Aufnahme, die hier der Übergang der Republik zum Kaisertum finden würde.

Ich habe ihn gestern lange angehört. Ich gab ihm nämlich den Besuch zurück und fand ihn allein. Er entwickelte mir zunächst die Lage Frankreichs als der Revolution gründlich müde und nach dauernder Ordnung und einer kräftigen Regierung sich sehnend. Es gebe nur zwei Principe der Ordnung, das der Legitimisten und das der Anhänger der Napoleonischen Dynastie. Die Bourbons würden unfähig sein, das monarchische Princip herzustellen; sie hätten die Massen und den Mittelstand gegen sich; ihre monarchische Bedeutung sei untergegangen durch ihre Hingabe an das konstitutionelle Princip, an das niemand mehr glaube; Vorurteile und Erinnerungen seien gegen sie; sie würden der Nation ein Vorwurf, eine Schmach sein; diese Restauration würde unfehlbar der Übergang zu einer neuen Revolution sein, denn auch der fähigste, kräftigste Bourbon würde doch nur wieder mit Konzessionen an die Revolution, mit Formen, unter denen keine Regierung möglich ist, auftreten können, würde der Natter nicht den Kopf zertreten können,

[1]) Der nachmalige Herzog und Minister des Kaiserreichs.

würde die Leidenschaften aufs neue entflammen und allen bösen Kräften Spielraum geben. — Die Monarchie in voller Kraft herstellen könne nur Louis Napoleon. Er habe nicht damit begonnen, weil er, zwar von den Massen mit Jubel getragen, die Mittel- und höheren Stände gegen sich gehabt, diese erst überzeugen mußte, daß er kein étourdi, kein Schwachkopf, weil er diese erst zu sich heranführen, sie mit Vertrauen durchdringen mußte. Das sei ihm nun bereits über alle Erwartung gelungen. Trotz seiner Haltung in den italienischen Fragen — eine Haltung, die einen Maßstab seiner Stärke gebe — seien Armee und Volk, die Mittelstände und ein genügender Teil der höheren ihm entschieden zugethan. Seine Reisen seien Triumphzüge gewesen, überall sei er mit vive Napoléon! vive l'Empereur! empfangen worden und General Changarnier sage ihm täglich: „Wollen Sie — so rufe ich Sie aus!" Alle Männer von Bedeutung hätten sich ihm angeschlossen; er nenne nur Molé und Thiers, und auch in den Legitimisten sei die Überzeugung verbreitet, daß nur die Dynastie Napoleon Frankreich retten könne. Berryer und Fallour nährten diese Überzeugung.

Der Augenblick sei nicht fern, wo der Schritt gethan werden werde. Der Präsident könne vor die Nation hintreten und sagen: „Ich habe der Republik geschworen, weil es meine Pflicht war, die Probe durchzumachen. Jetzt lege ich Euch die Constitution de l'Empire vor. Wollt Ihr sie?" Und nicht bloß sechs Millionen Stimmen, sondern mehrere Millionen mehr werden Ja antworten. Dann soll das konstitutionelle Scheingebäude über den Haufen fallen, ein Senat von hundert Gliedern soll alle Sommitäten in sich fassen, der Adel mit großem Besitz soll hergestellt werden, die Administration der Kaiserzeit wieder die starke Hand der Regierung bilden. Ist die Revolution und der falsche Liberalismus in Frankreich überwunden, so wird er es auch im ganzen übrigen Europa werden.

„Der Präsident kann nicht die alte Kriegsglorie aufwecken wollen. Niemand in Frankreich will den Krieg, und der Krieg würde den Kaiser verderben. Der Prinz ist kein Kriegsmann; als einen Mann, der die inneren Schäden heile und die Monarchie herstelle, liebt ihn das Volk. Derselbe Changarnier, der heute ihm huldigt, wäre an der Spitze von zweihunderttausend Mann und

nach errungenen Siegen gefährlich. Der Krieg brächte irgend einen glücklichen Soldaten an die Spitze. Der Kaiser wird seine Stärke im Frieden und im offenen Anschluß an das erhaltende Princip, an eine erhaltende Politik suchen."

„Das jetzige Ministerium ist ein elendes. Molé und Thiers werden bald an den Präsidenten treten. Der letztere ist gründlich geheilt und hat nicht ohne Nutzen für sich die Geschichte Napoleons geschrieben."

Noch sagte er mir im Gespräche: Lamoricière genüge dem Präsidenten nur halb. Er hätte gern einen Mann von festeren Grundsätzen nach Warschau geschickt, einen solchen auch nach Wien. Dahin sei Remusat bestimmt gewesen, er habe es aber nicht angenommen. Er frug mich, ob ich ihm jemand bezeichnen könnte, der in Wien angenehm wäre, was ich mit Nein beantwortete.

Wie kommt der Mann zu solchen Konfidenzen an mich? Ich kann mir darüber nur das antworten, was er mir selbst sagte. Er berührte mit großer Achtung mein Verhältnis zum Herzog von Reichstadt und sprach die Ueberzeugung aus — als diejenige des Präsidenten: Euer Durchlaucht wollten nichts Halbes, Sie fühlten den Beruf und die Kraft, der gründliche Hersteller der gesellschaftlichen Ordnung zu werden, Sie würden nicht in den Fehler von 1814 und 1815 verfallen, welcher der Revolution neues Leben gab und die monarchische Ordnung einer nun auch in ihrer jüngeren Branche abgenützten Dynastie opfern, während nur in der Napoleonischen Dynastie alle Bedingungen lägen, die Monarchie unter dem Beifall von ganz Frankreich herzustellen und dauern zu machen.

Ich werde mich bemühen zu erforschen, welchen Anklang seine etwaigen Aufträge hier finden, und ob Preußen sie nicht im Interesse seiner deutschen Politik zu benützen bestrebt ist.

Herr de Lurde scheint mir mit der Sprache des Herrn v. Persigny vertraut, ohne sie jedoch im geringsten auf sich zu nehmen. Er rühmte mir ihn heute ob seiner Ergebenheit an den Präsidenten, setzte aber auf meine Frage, ob er nicht ein bischen zu weit in seinen Äußerungen ginge? — bei: „er hat die Wünsche und den Glauben seiner Partei". Er erinnerte mich daran, daß

ich vor ein paar Tagen, da ich ihn besuchte, ihn mit drei Männern gefunden hatte, wovon der eine eben dieser vertraute Adjutant des Präsidenten, der andere der Adjutant des Herzogs von Bordeaux, der dritte ein vormaliger Adjutant Louis Philipps gewesen sei. „Das ist das Bild von Frankreich", sagte er; »tous se rencontrent sur le sol neutre de la république et chacun d'eux, si vous parliez avec lui, vous démontrerait avec une égale conviction la nécessité de l'avénement de son prétendant au trône. La France est une maison brulée; les habitants d'autrefois en contemplent les ruines, et chacun a son plan pour la réconstruction.«

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 15. September 1849.

Der König soll wirklich aus seinen Unterredungen in Töplitz und Pilnitz [1]) die Meinung mitgebracht haben, daß ein ernstlicher Widerstand gegen den preußischen Bundesstaat nicht zu besorgen sei. Gl. v. Radowitz hob mir vorgestern mit Nachdruck seine Berufung nach Sanssouci, gleich nach der Rückkehr des Königs, hervor und sprach überhaupt mit Artigkeit, aber im Ton eines Ministerpräsidenten.

Herr v. Schleinitz ist milde und versöhnlich in den Formen und scheint mir der Gothaer Vormundschaft herzlich müde. Aber er hob mir die vertrauliche russische Note [2]) als derart hervor, daß sie gar nicht in den preußischen Archiven bewahrt werden könne, denn eine Abhängigkeit, eine Unterordnung der preußischen Politik unter die österreichische sei fernerhin nicht zulässig. Preußen stehe auf seinen eigenen Beinen und müsse so stehen bleiben.

Die Überflügelung durch die deutsch-konstitutionelle Partei ist im hohen Grade betrübend und fast unbegreiflich, da sie unter den tüchtigsten Leuten so entschiedene Gegner hat. Aber sie ist und kann nur nach und nach wieder weichen.

---

[1]) mit Sr. Majestät dem Kaiser Franz Josef.

[2]) Vergl. den folgenden Brief.

Herr v. Schleinitz abondierte heute im Lobe über den Grafen Bernstorff[1]) als einem Manne, der Einigung mit Österreich völlig ergeben.

Der Ton rücksichtlich des Erzherzog-Reichsverwesers ist hier durchaus milder und anständiger.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 20. September 1849.

Die schwere Niederkunft hat endlich stattgefunden. Daß ich den Entwurf[2]) nicht so, wie er war, annehmen machen konnte, werden mir Euer Durchlaucht nicht zum Vorwurf anrechnen. Hier herrschte einerseits die Besorgnis, anderseits der Wunsch, daß gar nichts zu stande käme. Dies zu vermeiden, schien mir geboten.

Ich benütze die sichere Gelegenheit, um mich im allgemeinen über den hiesigen Stand auszusprechen. Daß im König selbst und im Ministerium die Eroberungsidee, die Idee, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, nicht einen Augenblick aufgegeben ist, davon bin ich fest überzeugt. Das ist eben der Vereinigungspunkt und innere Zusammenhang zwischen der ministeriellen Hofpartei und den Konstitutionellen, zwischen dem König und Herrn v. Radowitz, der in seiner Person selbst wieder die Gesinnungen beider Parteien verschmilzt. Die nichtministerielle Hofpartei, die von der Pietät des Königs faselt, die Gerlach u. s. w., wird als eine altersschwache Dienerschar betrachtet, nicht auf der Höhe der Zeit und unschädlich.

Selbst der milde Herr v. Schleinitz sagte mir letzthin: „Preußen ist nur durch den Gegensatz zu Österreich groß geworden. Der russische Rat, seine Politik dans l'union mit Österreich zu suchen, ist daher ein irriger und unannehmbarer. Preußen kann in seiner

---

[1]) Preußischer Gesandter in Wien.

[2]) Schwarzenbergs Vorschlag, nach welchem Österreich und Preußen die Centralgewalt interimistisch vom Reichsverweser übernehmen sollten. Er bildete die Grundlage für das Übereinkommen über das „Interim", welches am 30. September in Wien unterzeichnet wurde.

eigenen, von Österreich völlig unabhängigen Politik sich mit Österreich begegnen und dann mit ihm gehen, aber nicht mit Österreich, sondern gegen Österreich hat Friedrich Preußen groß gemacht."

Die Antwort auf diese jactances, welche aber im König wie im Lieutenant den Kern der Gedanken ausmachen, ist wie natürlich leicht. Auch gewinne ich es nicht ganz über mich, sie schuldig zu bleiben, bedauere aber gewöhnlich diese Befriedigung hintennach, denn ein vernünftiger Mensch darf sich zunächst über seine Lage nicht täuschen, und die mir gebotene ist ja eine vermittelnde, beschwichtigende. Dank habe ich keinen dafür. Alle die falschen Ziffern, die mir hier täglich als volle Werte zugerechnet werden, die Pietät des Königs, die Ehrenhaftigkeit seiner Räte, der Zwiespalt ihrer Herzen und ihrer Köpfe, der Wunsch, aus dem unverschuldeten (!) Patsch herauszukommen, das Unwillkürliche, Planlose ihrer ganzen Handlungsweise u. s. w., überhaupt alle derlei Behauptungen führen zu dem Schlusse: Nachgeben und wieder nachgeben und immer nachgeben! Ein Opfer nach dem anderen bringen und als Dank dafür: neue Forderungen!

Die Leute, welche den König an die Spitze Deutschlands bringen wollen, klagen Österreich und mich täglich bei ihm an. Daß die Anmaßung Preußens die Quelle aller Verwirrung in Deutschland ist, das sagt ihm niemand. Österreich und Bayern geben sie die Schuld davon und mir sagen sie nach, daß ich die reinen Absichten Preußens in Wien entstelle.

Bayern ist in diesem Augenblick gehaßter als Österreich. Die nahe Abberufung des Grafen Lerchenfeld erbittert den König tief. — Herr v. Meyendorff hat den König gesehen und ihm mit Nachdruck gesprochen. Die Mitteilung einer Depesche des Grafen Nesselrode, worin eben von der preußischen Politik en union avec l'Autriche als der richtigen gesprochen wird, veranlaßte einige spitze Zeilen des Freiherrn v. Schleinitz an ihn. Kein preußischer Staatsmann könne die Phrase hinnehmen, schrieb er, denn Preußens Politik beruhe auf seiner Macht. Herr v. Meyendorff sagte ihm dagegen: Rußland mische sich nicht in die Deutsche Frage; käme es aber zu einem Bruche Preußens mit Österreich, so würde Rußland neben Österreich stehen.

Ich denke, man ist bei aller Anmaßung, bei allem Pochen auf Armee und Finanzen weit von der Idee eines Bruches. Die Verhandlung über die Centralgewalt liefert den Beweis dafür. Aber an der Hoffnung des Bundesstaats hält man vorderhand noch fest und glaubt ihn, trotz der Centralgewalt, durchzuführen. Herr v. Zeschau und Herr v. Wangenheim glauben nicht mehr daran, sind auch entschlossen, sich der Berufung des Reichstags entgegenzustellen. Es fand darüber Verabredung zwischen Sachsen und Hannover statt. Fühlen die größeren Regierungen durch eine Erklärung Österreichs Boden unter den Füßen, so fallen sie von Preußen ab.

Ist die Centralgewalt bestellt, so wird der Umschwung der öffentlichen Meinung nicht lange auf sich warten lassen. Die Radowitz'sche Clique ahnt die Gefahr, hofft aber, sie zu umgehen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. September 1849.

Die gestrige Expedition hätte ich gerne ausführlicher begleitet, aber ich thue vielleicht am besten, meine Ansicht in die wenigen Worte zu fassen: der preußische Gegenentwurf[1]) scheint mir annehmbar, der Streit über untergeordnete Differenzpunkte nicht der Mühe wert, die Thatsache auch die Hauptsache und von großen, sicheren und heilsamen Folgen.

Ich fand heute Herrn v. Schleinitz und besprach die paar Abweichungen mehr der Form halber, denn Gewicht scheinen sie mir keines zu verdienen. Ich las ihm auch den Bericht von gestern vor. Diese Offenheit schien ihm Vergnügen zu machen. Wir sprachen uns ganz gut über die Schwierigkeiten seiner kollegialischen Lage, die manches Enge und Kleinliche zur Folge habe, — auch über die Vorwürfe, welche das Ministerium von der Frankfurt-Gothaer Partei wegen Bildung der Centralgewalt zu erleiden haben werde, Vorwürfe — wie Herr von Schleinitz richtig sagte — „weit auf-

[1]) über das Interim der Centralgewalt.

gewogen durch die Aussicht auf den heilsamen Umschwung der öffentlichen Meinung". Ich konnte ihm meine Besorgnis ausdrücken, daß das Ministerium sich zu weit durch Camphausen und Compagnie fortreißen lasse, und den aufrichtigen Wunsch Österreichs, daß Preußen eine in sich fest gebundene, nicht durch revolutionäre Elemente gelockerte, starke Macht bleibe.

Herr v. Zeschau, der heute nach Dresden ging, sprach mir den Wunsch aus, daß Österreich durch Annahme des preußischen Gegenentwurfs allen den Intriguen ein schnelles Ende mache, welche hier um das Ministerium sich bewegen und es zu hindern beabsichtigen. „Man muß dem Ministerium den Rückzug möglich machen aus dem Radowitz-Camphausen'schen Programm, und die Centralgewalt ist die Brücke dazu." Ich glaube das auch und halte die Annahme für das Würdige und Richtige.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. Oktober 1849.

Aus einer längeren Unterredung mit Graf Brandenburg, die sich über die ganze Lage verbreitete, nahm ich den Eindruck, daß die Ratifikation [1]) morgen (nach gehaltenem Ministerrate) stattfinden, und nur in einer Depesche an Grafen Bernstorff eine Verwahrung rücksichtlich der Auslegung, die dem Alinea wegen der Bevollmächtigten gegeben werden könnte, ausgesprochen werden wird. Denselben Eindruck machte mir eine kurze Unterredung mit Herrn v. Schleinitz.

Ob man den Reichstag berufen wird oder nicht, kann für uns gleichgiltig sein, aber für Preußen ist diese Frage es nicht. Ich bemühe mich, dem Ministerium zu beweisen, wie gefährlich und unnötig dieser Weg ist, und wie der Weg des wahren Vorteils für Preußen durch die Verständigung mit Österreich auch über das Definitivum geht. Aber die Gothaer Partei hängt am Nächsten

---

[1]) des Übereinkommens über das Interim in der Centralgewalt.

und Kleinen. Sie glaubt, die Vorbehalte Sachsens und Hannovers abschütteln zu müssen, und sieht nicht, daß sie dadurch nichts gewinnt. Das Natürliche und Kluge wäre, abzuwarten, bis Österreich sich über das Definitivum ausspricht, und sich die Chancen offen zu halten, dieser Meinung sich anzuschließen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 13. Oktober 1849.

Gab man zur Centralgewalt die Hand, die rechte nämlich, so mußte man die linke zum Reichstage geben und, da diese Willfährigkeit die Partei noch nicht zu befriedigen schien, Herrn v. Radowitz zum Bevollmächtigten bei der ersteren ernennen. Daß dies geschehen wird, bezweifelt niemand mehr. „Der König will es", sagte mir Herr v. Schleinitz, der gegen diesen Willen wirklich nicht an kann, auch wenn er wollte. Graf Brandenburg ist ganz für Gl. v. Radowitz. Der König hielt Grafen Lerchenfeld eine lange Rede über des Generals treffliche Gesinnung für Österreich und drückte den Wunsch aus, daß ich dies erkennen möchte. Wenn Herrn v. Radowitz ein fester, geschäftstüchtiger Mann gegenübersteht, so besorge ich eben nicht viel von ihm. Es wäre vielleicht nützlich, wenn er über Wien ginge.

Der Reichstag beunruhigt Herrn v. Zeschau und Herrn v. Wangenheim sehr. Sie fürchten das Übergewicht, welches in der öffentlichen Meinung alles Positive gewinnt, und sehen den Ableiter der Gefahr nur in einem positiven Ausspruche unsererseits.

Die Hauptkrise in der Deutschen Frage scheint mir vorüber. Daß in Preußen der Mut nicht gleichen Schritt mit dem Willen geht, ist ohne Zweifel Euer Durchlaucht Verdienst. Man darf jetzt die Dinge vielleicht nur den Abhang hinunterrollen lassen, so kommen sie an, wo sie sollen. Ob aber die Ausforderung, die in der Berufung des Reichstags liegt (wenn sie, wie kaum zu zweifeln, stattfindet) nicht ein Gegenwort fordert, darüber wird Euer Durchlaucht Gefühl entscheiden.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 22. Oktober 1849.

Ich finde, daß die Sachen gut stehen. Ohne alle Notwendigkeit, aller Klugheit entgegen, hat die Gothaer Partei Sachsen und Hannover aus dem Verwaltungsrate geworfen, die nun Preußen des Bruches des Bündnisses vom 26. Mai beschuldigen. Bald nur mehr auf demokratische Mittel angewiesen, muß das Ministerium sich endlich den Schlingen dieser Partei entwinden können.

Ich kann an seiner Einsicht nicht verzweifeln, und das ist mir genug. Aber an der Komplizität seiner geheimen Wünsche zweifle ich nicht. Welche auch die Unterschiede in den Ansichten der hier leitenden und regierenden Personen seien, ein Gedanke, ein Wunsch liegt doch in allen: Österreich von seinem Platze in Deutschland zu verdrängen, und sich dafür hinzusetzen. Provisorien mögen dies Streben unterbrechen. Es ist deshalb doch da und lebendig. Es wird immer wieder vortreten. Bräche heute Frankreich zusammen, und stürzte Deutschland abermals nach, so würde Preußen wieder mit der Revolution buhlen und aus ihrer Hand endlich die Herrschaft zu nehmen suchen, die es diesmal nicht zu nehmen den Mut hatte, aber doch als Anrecht geltend machte. Kommt ein solcher Fall, so lange Palmerston am Ruder, so sehen wir vielleicht England, Frankreich und Preußen gegen Österreich und Rußland zu Felde. Diese Eventualität im Auge zu halten, nicht durch die persönliche Gesinnung des Königs sich irre machen zu lassen, erscheint mir unerläßlich. Die Anmaßung, die ich in diesem Sommer zu tragen und zu lähmen hatte, wird mir nie aus dem Gedächtnis entschwinden.

Ein Mittel dagegen liegt ohne Zweifel in der baldigen, festen Gestaltung Deutschlands. Mein Schema ist folgendes:

Teilung in 2 ist gleichbedeutend mit Bürgerkrieg bei der ersten Gelegenheit.

Das Mittel gegen diese Gefahr ist:

1. Teilung in 3,
2. Teilung in 5 oder 7,
3. der alte Staatenbund.

Der Weg hierzu geht durch das Interim.

Mit dem Reichstag kann eigentlich nur eine Wühlerei im großen beabsichtigt sein. Gagern und Konsorten arbeiten auch bereits nach Möglichkeit vor. Für Hannover scheint nichts zu fürchten, in Sachsen dagegen steht es schlechter.

Die öffentliche Meinung wird in perfidem Sinne bearbeitet, als habe Österreich durch die Übereinkunft vom 30.[1]) den preußischen Bundesstaat unterschrieben. Man geht auch mit dem Gedanken um, Herrn v. Radowitz zugleich für Frankfurt und Erfurt zu ernennen — eine unmögliche Aufgabe, die nicht schaden kann.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 24. Oktober 1849.

Das Unwohlsein des Herrn v. Schleinitz hindert mich, über die Wahl der Bevollmächtigten zum Interim etwas Offizielles zu erfahren. Herr v. Radowitz soll sich weigern, höre ich, und den Auftrag für Erfurt[2]) vorziehen. Die Sache ist nicht unmöglich. Erfurt ist sein Schoßkind, und der Glaube steht fest in der Partei, daß man die öffentliche Meinung genügend aufregen werde, um den Bundesstaat zu erzwingen.

Gegen Hannover ist die Erbitterung groß. General v. Wrangel sprach Grafen Knyphausen, scherzend zwar, von der Möglichkeit, daß Preußen Hannover besetze. Gegen Bayern herrscht der unverhüllteste Haß.

Dem Interim gar kein Gewicht zu geben, dem Reichstage dagegen das größte, gehört zum Ton. Das Interim möglichst bald zu verwirklichen, halte ich für sehr wichtig.

Ich kann mich der Erkenntnis nicht erwehren, in welchem Nachteile wir auf dem Felde der Presse stehen. Da die Freiheit derselben grundsätzlich ausgesprochen, so muß sie benützt werden, wie die Feinde der Ordnung dies zu thun verstehen. Welche furchtbare Kraft sie ist, haben alle Staaten erfahren. Die Ideen des Umsturzes gehen voraus, die Thaten des Umsturzes folgen.

---

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 91.

[2]) zum Sitz des von Preußen einzuberufenden Reichstags bestimmt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 29. Oktober 1849.

Heute besuchte mich General v. Radowitz. Er bemühte sich vor allem, die Besorgnis wegen der möglichen demokratischen Wirksamkeit des Reichstags zu bekämpfen und sagte bei dieser Gelegenheit, daß er selbst das Wort auf demselben führen werde, und für die kurze Dauer und Haltung desselben sich verbürge. Er war versteinerter denn je in seinen Ansichten und legte einen besonderen Nachdruck darauf, hervorzuheben, daß sie von denen der Gothaer Partei wesentlich abweichen. „Mit einer Institution ist es mir unmöglich", sagte er, „die Aufgabe der Rekonstruktion Deutschlands zu lösen. Was Österreich annehmen kann, genügt den Bedürfnissen Deutschlands nicht, und was Deutschland genügt, kann Österreich, ohne seinen Interessen zuwiderzuhandeln, nicht annehmen. Es müssen also zwei Institutionen sein, die Hand in Hand gehen. Österreich muß sich die Leitung des großen Deutschen Bundes vorbehalten, Preußen dagegen die Leitung im engeren Bunde haben. Österreich soll und muß verlangen, daß das verjüngte Deutschland ihm gegenüber alle Pflichten des Deutschen Bundes erfülle, so daß Österreichs Stellung dadurch keine schlechtere, sondern eine bessere werde; es muß sich also vorbehalten, das Resultat dieser Verjüngung zu prüfen, und die Bedingung zu stellen, daß es entspreche — aber es muß den Versuch nicht hindern wollen. Die nackte Wiederherstellung des Bundes von 1815 in seinen untergegangenen Formen ist eine Unmöglichkeit. Das konstitutionelle Princip, ob gut oder schlecht, ist für uns alle, für Österreich sowie für Preußen und für Deutschland, ein unabweisliches geworden. Dies setzt für Deutschland eine Regierung und eine Vertretung voraus. Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen müssen sich dieser Notwendigkeit fügen; auch gehen alle ihre Vorschläge dahin, und sind alle für Österreich unannehmbar, weil Österreich sich nicht in sein Land hineinregieren lassen kann. Eine Verständigung mit diesen Staaten über etwas von allen zugleich Annehmbares ist für Österreich und für sie gleich unmöglich.

Nimmt aber Österreich das Princip an, daß zwei Institutionen Hand in Hand gehen müssen, so haben alle Vorschläge, die darauf basiert sind, unsere entschiedenste Beihilfe; ich möchte sagen: wir unterschreiben sie blind."

Er entwickelte mit großer Wärme diesen Satz als den einzigen, der Zukunft habe, und beklagte, daß man sich demselben bis jetzt so hartnäckig verschlossen, und alle die Mißverständnisse, die davon die Folge. Er versprach sich vom Interim die nähere Verständigung über das Princip und in Folge davon über das Definitivum. — — — —

Ich wiederhole Euer Durchlaucht diese Äußerungen, weil sie von dem leitenden Manne kommen. Die Form war durchaus freundlich, jede Einwendung, jede Gegenbemerkung vergeblich, wie bei einem durch und durch überzeugten Manne, der sein System fertig hat. Übrigens große, ja in Worten überschwengliche Achtung für Österreich; eine Schilderung von Preußens inneren Zuständen, die ich sehr beunruhigend nennen möchte, und die Meinung, daß auf dem konstitutionellen Wege allein die Revolution mit Erfolg bekämpft werden könne.

Gegen den Vergleich des Reichstags mit der Frankfurter Versammlung wehrte er sich sehr. Die Idee, daß er eine Propaganda sei, nahm er gar nicht an und ebensowenig, daß er Hindernis der Verständigung auf dem Wege des Interims werden könne.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. November 1849.

Die durch einen Artikel der „Wiener Zeitung" in Aussicht gestellte Zolleinigung macht hier einen ungeheueren Eindruck, der noch vermehrt wurde durch die Äußerungen der aus Wien durchreisenden Mitglieder der Eisenbahnkonferenz. Es belobten sich dieselben auf das Äußerste der vortrefflichen Aufnahme in Wien, des erleuchteten Geistes, der großartigen Auffassung, des Ernstes in den

Geschäften; sie sagten den Kleindeutschen ins Gesicht, daß es mit ihren Plänen zu Ende sei. Hansemann und andre in der industriellen Welt einflußreiche Leute wiederholen ihre Worte und stimmen bei. Das Ministerium frug mich mit Vorsicht, was an der Sache sei, schien sie aber zu behandeln, als ob sie keinen Glauben verdiene.

Herrn v. Gagerns Rundreise hat wenig gefruchtet. Hierher ihn kommen zu lassen, wagte man doch nicht. Das Ministerium befürchtet oder wünscht, daß es zu gar keinen Wahlen für Erfurt komme.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 13. November 1849.

Schwer geht man hier an das Interim, nur unter Seufzern, möchte ich sagen, aber man geht. Ich dränge, was ich kann, und merke gar nicht, wie unangenehm ich damit bin. Daß man Anstand nimmt, vorzugehen, so lange nicht sämtliche Regierungen beigestimmt, entnahm ich gestern aus Äußerungen des Herrn v. Schleinitz. Er berief sich dabei auf die ausdrückliche Erwähnung dieser Bedingung im Programm des Erzherzogs, das hier mit einer Art von Schauder als der leibhaftige Bundestag betrachtet wird. Er ließ sich dennoch beschwichtigen, aber seine Stimme im Ministerrat ist eben nicht stark. Es wird zuletzt gehen.

In Kassel liegt die Schwierigkeit, wie mich Herr v. Schleinitz versicherte, bloß in der Person des Kurfürsten. Dieser Fürst glaubt, an seinem Pouvoir zu vergeben! Graf Brandenburg und Herr v. Schleinitz wollen das Interim aufrichtig, weil sie es notwendig brauchen wegen Schleswig, vielleicht auch wegen Hohenzollern und der Schweiz.

Gegen den Erfurter Reichstag, als einen nicht zu entschuldigenden Rückschritt vom Jahre 1850 ins Jahr 1848, spreche ich mich ohne Unterlaß aus, und finde ich bei den genannten Ministern im Grunde auch keinen Widerspruch. Ich weise sie auf das Interim, als den natürlichen Übergang zum Definitivum, und beide

haben eigentlich nichts mehr gegen diesen Gedanken, ja Herr v. Schleinitz ging so weit, mir zu sagen: das sei seine geheime Hoffnung. Daß die Verständigung der beiden Großmächte allem vorausgehen müsse, und nur auf diesem Wege Heil sei, giebt er mir auch zu, und sprach sogar als Wunsch aus, daß sich Österreich und Preußen zunächst auf vertraulichem Wege über das Definitivum einigen sollten. Diesen Satz habe ich lange gepredigt. Ich erwiderte aber jetzt: daß der Erfurter Reichstag diesen Weg verschließe. Darüber belächelte er diesen Reichstag, als wollte er sagen: wie können Sie diese Farce für etwas Ernsthaftes nehmen? „Wenn wir nur wüßten, was Österreich eigentlich will", fuhr er fort, „und was aus einer Verständigung mit ihm für uns zu erwarten ist! Sie sehen unsere Lage."

Dieser cri de détresse giebt mir gute Hoffnung. Ich sagte ihm, unter den heutigen Verhältnissen, bei dem doppelten Wege, den Preußen gehe, bei der politique à l'aventure, die es mache, sei meinerseits kaum ein Wort derart in Wien zu wagen, aber ich würde dennoch Euer Durchlaucht seine Äußerung schreiben. Daß der Zwang, den man uns anthun wolle durch Berufung des Reichstags, zu nichts führe, dessen sei ich gewiß — ebenso gewiß aber auch der ehrlichen Absicht in Wien, der Lage Preußens Rechnung zu tragen, wenn es den Weg des Vertrauens und gesunder Politik nach innen und außen gehe.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. November 1849.

Ich bin wahrhaft betrübt, ja fast entmutigt, daß ich Ihren Wünschen so wenig genüge. Ich thue, was ich kann, aber gegen diese unglaubliche Starrheit und das fortwährende Entgegenhalten der freundschaftlichsten Versicherungen kann ich nicht an. Einigung mit Österreich, Kampf gegen die Revolution werden mir wie heilige Glaubensartikel zugestanden, und der Gang, den man geht, eben daraus hergeleitet. Alles dreht sich heute um die Frage: haben

Bundesstaaten ein Recht, sich unter sich über eine nähere Einigung zu vereinbaren, oder müssen sie dazu die Erlaubnis der andern haben? Preußen sagt, sie haben das Recht, und die andern haben nur das Recht, darüber zu wachen, daß sie praestanda prestieren. Es geht aber weiter und sagt: Österreich, als der erste deutsche Staat, hat die Pflicht, mit einem Vorschlage zur Reorganisation des großen Bundes aus den Elementen, wie sie heute bestehen, aufzutreten.

Mir erscheint nun allerdings eine Retablierung des Vormärzlichen in unserem Interesse nicht zu liegen; auch fände ich kein Unglück, wenn statt 38 Elementen weniger wären. Aber die Bundespflichten, wie sie aus der Verfassung vom Jahre 1815 hervorgehen, sind das festzuhaltende Minimum, dem sich keines der Elemente entziehen darf.

Das sagt auch General v. Radowitz, sowie überhaupt seine ganze Argumentation für den Bund im Bunde beiläufig dieselbe ist, deren ich mich gegen ihn im Mai und Juni bediente, wo er nicht den Bund im Bunde, sondern den Bundesstaat statt des Bundes wollte.

Nehmen Euer Durchlaucht, wie ich glaube, den Bund im Bunde als zulässig an, so wäre sicher das Richtige, Preußen beim Wort zu nehmen rücksichtlich der Garantien an den Bund und rücksichtlich der Einfügung dieser Gruppe in das Ganze nach von uns vorgezeichneter Art und Weise — das, was Herr v. Radowitz die Pflicht Österreichs als erste Macht Deutschlands nennt, und womit ihm in der heutigen Bedrängnis auch ernst ist.

Erlassen Euer Durchlaucht aber einen Protest, der über die Verwahrung gegen mögliche Verletzung des Bundes hinausgeht, also in der Fassung, wie der mir im Entwurf zugeschickte, so wird die Fassung noch einige Änderung erleiden müssen. Man kann z. B. wirklich nicht sagen, daß die ganze Bundesverfassung bestehe. Man darf nur Bundes- und Schlußakte hernehmen, so haben manche Artikel ihre Geltung verloren und andre bestehen. — — — — — Ferner bleibt die Form, das Parlament zu bedenken. „Haben wir nicht alle Kammern?" sagte Herr v. Radowitz. „Freilich", antwortete ich, „aber Kammern, die über Gegenstände des eigenen Landes verhandeln, nicht so solche, die sich anmaßen wollen, den

andern Bundesgliedern Gesetze zu machen. Ihr Parlament ist eine Propaganda." Er war schmerzlich berührt durch diese Äußerung, sowie auch gestern Graf Brandenburg. „Wir geben jede, jede Garantie, die Sie wollen", sagte er, „bedenken Sie das Wahlgesetz und unsere dabei verpfändete Ehre."

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 22. November 1849.

Die Note an Graf Bernstorff, von Herrn v. Radowitz abgefaßt, macht mir den Eindruck einer in der Wesenheit furchtsamen, so entschieden sie auch im Worte ist. Sie ist nur entschieden, weil sie uns den Bundesstaat für etwas anderes geben will, als er seither gedacht war und auch künftig wieder gedacht werden will. Ein Bündnis mit kleinen Staaten im Norden halte ich für unverfänglich und nicht zu hindern; aber der Charakter, den sie diesem Bündnis aufschwätzen und den sie ihm auch gar zu gerne gäben — darin liegt die Gefahr.

Unserem Protest[1]) gegenüber stellen sie sich völlig unschuldig innerhalb des Art. XI. Ihnen den Vorteil dieser Stellung nicht zu lassen, scheint mir wichtig, und der Protest daher einer schärferen Durcharbeitung zu bedürfen. — — — Das Vortreten mit dem Proteste dürften Euer Durchlaucht, wie ich denke, nicht früher für nötig halten, bis die Einberufung geschehen, also an der Verwirklichung nicht mehr zu zweifeln ist, und ein paar Monate Interim, ohne darin etwas zu ändern, verflossen sind.

Ich bin in meiner Sprache in diesen Tagen so weit als möglich gegangen, aber ich stehe der Überzeugung gegenüber, daß man nicht mehr zurück kann. So denken die Minister; der König aber und Herr v. Radowitz denken, daß sie recht haben.

---

[1]) gegen die Bildung des Sonderbundes im großen Bunde und gegen die Wahlen für den Erfurter Reichstag, welche der Verwaltungsrat auf den 15. Januar 1850 anberaumt hatte.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. November 1849.

Hier giebt es keinen König und kein Ministerium; es giebt nur Radowitz, Camphausen und Beckerath.[1])

Daß diese vorangehen ohne jede Rücksicht und auf jede Gefahr hin, ist wohl nicht zu bezweifeln, denn es sind Doktrinäre, und ihre Doktrine schmeichelt allen Leidenschaften in Berlin und Potsdam. Es ist für die Herrschaft in Deutschland eine völlige recrudescence in den letzten Tagen eingetreten, die irgend einen anderen Grund haben muß, als diejenigen, die ich sehe. Hätte man von Petersburg aus beruhigende Worte erhalten? Einige Anzeichen davon glaube ich zu bemerken. Es fiel mir auf, daß General v. Rochow[2]), der mir so viel und vertraut gegen die Radowitz'schen Ideen sprach, so volle Gerechtigkeit Euer Durchlaucht widerfahren ließ und sich mir anheischig machte — (ohne meine Aufforderung) — mit dem König ernsthaft zu reden — nach Petersburg abreiste, ohne mich zu sehen; und doch war er noch durch drei Tage nach seiner Unterredung mit dem König hier. Daß er beim König gegen Radowitz nicht ankonnte, wundert mich nicht. Aber das hat er selbst vorausgesehen, das also konnte ihn nicht abhalten. Ich vermute, daß er bestimmte Weisung erhalten hat, in Petersburg den heutigen Gang zu vertreten und eine Zusage dafür zu erwirken. Das Petersburger Kabinett über die Wahrheit in der Sache aufzuklären, scheint mir wichtig.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. Dezember 1849

Ich werde erst im Laufe des Nachmittags Herrn v. Schleinitz sehen, also den offiziellen Bericht über die Übergabe des Protestes durch die Post laufen lassen.

---

[1]) Mitglied des Erfurter Parlaments, früher Reichsminister.

[2]) Preußischer Gesandter in Petersburg.

Die Zuversicht ist hier die größte — von einem Ablassen vom Bundesstaate und Reichstage keine Rede. Beide Kammern halten fast mit Einstimmigkeit das Ministerium, und dieses glaubt diese Popularität nur seinem Verhalten in der Deutschen Frage zu verdanken.

Wird auch der Protest den Gang nicht ändern, so kann er vielleicht der einen oder anderen Regierung, die dazu den Mut findet, Anlaß zum Rückzug aus dem Bündnisse geben.

Wenn ich überzeugt war, daß Preußen das Interim wolle, so rechnete ich dabei auf einen Rest unabhängiger Denkweise in Grafen Brandenburg, Baron Manteuffel und Herrn v. Schleinitz; auch auf den Drang der Dänischen Frage. Ich fange an zu glauben, daß die Ansicht des Generals v. Radowitz, die zuerst nur dahin ging, man müsse das Interim lähmen, heute dahin geht, man müsse es hindern, und daß diese Ansicht in den Köpfen der genannten Minister Platz gewinnt.

Ich schließe dies nicht bloß aus den Advokatenkniffen, die in der Sache vorangestellt werden, auch nicht aus dem Zögern gerade derjenigen kleinen Regierungen, die am unmittelbarsten unter dem Einflusse der deutsch-preußischen Partei stehen, sondern hauptsächlich aus dem Vertrauen, das man hier in die direkte Verhandlung zwischen der Statthalterschaft und Dänemark aushängt. Ist es Herrn v. Schleinitz gelungen, das Interim als für Schlichtung der Dänischen Frage nicht dringend notwendig hinzustellen, so hat er das Interesse am Interim untergraben und für die inconvénients desselben die Ohren geöffnet. Glaubt man es entbehren zu können, so liegt der Wunsch, es zu entbehren, nicht fern.

Indem Preußen an dem Rechtspunkt der sämtlichen Beitrittserklärungen festhält, aber auch erklärt, daß es aus Rücksicht für uns ihn verlassen wolle, stellt es uns vor das Dilemma, entweder uns durch irgend eine kleine Regierung hindern zu lassen, oder uns hintennach einer Agitation für den von uns verletzten Rechtspunkt auszusetzen.

Der letzte Gedanke der leitenden Männer ist am klarsten in den Artikeln ausgesprochen, mit denen sie von Zeit zu Zeit in der „Deutschen Reform" die öffentliche Meinung bearbeiten. Den

Kabinetten gegenüber können sie Masken vornehmen, der ihr dienstbaren Partei gegenüber geht dies schwieriger an. Da müssen sie wenigstens eine beiden Teilen verständliche Chiffre brauchen. Uns können sie weismachen, daß sie den Bund im Bunde wollen; der Partei aber müssen sie wenigstens sagen, daß sie ganz Deutschland unter den Hut zu bringen beabsichtigen; dafür gesteht dann die Partei dem erobern wollenden Preußentum das Deutschtum als Mantel zu.

Ich kann, so lange die Elemente liegen wie heute, an keine Änderung im preußischen Gange glauben. Der König ist entschieden für diesen Gang. Das Ministerium glaubt seine Existenz an denselben gebunden. Alle Konservativen, selbst die „Kreuzzeitung", gehen mit, weil sie das Ministerium à tout prix halten wollen. Die Hegemonisten, die Konstitutionellen wollen keinen anderen. Es giebt kein für eine Gegenmeinung empfängliches Ohr.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 23. Dezember 1849.

Jeder Nachricht aus Sachsen wird hier mit Besorgnis entgegengesehen, denn die mögliche Besetzung dieses Landes durch österreichische Truppen drückt wie ein Alp auf die hiesige Regierung. Das Recht des Königs von Sachsen, österreichische Hilfe zu begehren, und dasjenige Österreichs, sie zu gewähren, kann man nicht anfechten. Man thut es auch nicht, aber man stellt sich auf das Feld politischer Konsiderationen.

Es wäre vielleicht eine nützliche Demütigung, diese Konsiderationen gar nicht zu beachten. Es frägt sich aber, ob es nicht noch nützlicher, die Zugabe gleichzeitiger Besetzung Sachsens von der Teilung in die Besetzung Badens abhängig zu machen. Diese Bedingung, von unseren Bundeskommissären vorgelegt, würde preußischerseits aller Wahrscheinlichkeit nach keinen nachhaltigen Widerspruch finden. Stehen österreichische Truppen im südlichen Teile von Baden (und in Ulm), so scheinen mir preußische in einem Teil von Sachsen eher nützlich als schädlich.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. Dezember 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Ich hatte heute eine lange Unterredung mit General v. Rauch.[1]) Alle seine Äußerungen sind vortrefflich, aber ich sehe keine Wirkung davon. Die Versöhnung zwischen dem Ministerium und dem König, die er bewirkte, ist zum Vorteil der deutsch-konstitutionellen Partei. Gerüchte von Rußlands Willfährigkeit für Preußens Machterweiterung tauchten seit seiner Ankunft auf. Sie mögen erfunden sein, aber sie werden geglaubt. Herr v. Meyendorff ist für den engeren Bund, obwohl gegen den Weg, auf welchem er angestrebt wird.

Das Ministerium sinkt immer tiefer in der Meinung der Konservativen. Diese machten an den König eine Eingabe in den stärksten Ausdrücken. Die deutsch-konstitutionelle Partei als Sieger wird in eben dem Verhältnisse frecher, und spielte am liebsten nach allen Richtungen va banque!

Herr v. Persigny wird jeden Tag erwartet. Der belgische Gesandte versicherte mich, General v. Radowitz habe einige Zeit vor seiner Abreise geäußert: Herr v. Persigny habe während seines Hierseins im Sommer nicht ohne Erfolg einen Anwurf zu einer Verbindung zwischen England, Frankreich und Preußen gemacht. — Unmöglich halte ich die Sache nicht. König Leopold klagte dem vor kurzem in Brüssel gewesenen hiesigen englischen Legationssekretär Howard über Preußens Politik und sagte bei dieser Gelegenheit: es hofiere den Präsidenten, was diesen verlocken könne. Durch seine Verbindung mit Frankreich halte England den Präsidenten vor Unbesonnenheiten zurück. Der König sprach auch scherzend von Träumen des Prinzen Albert: den Coburgs in Deutschland ein großes Besitztum zusammenzumediatisieren. Herr von Bunsen[2]) sei nicht unschuldig an diesen Träumen.

Die Artikel des Herrn von Bunsen im „Globe" werden Euer Durchlaucht aufgefallen sein.

---

[1]) Chef der militärischen Sektion des Kabinetts des Königs.

[2]) Preußischer Gesandter in London.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. Dezember 1849.

— — — — — — — — — — — — — —

Ich machte Freiherrn von Schleinitz in drängenden Worten auf die Delikatesse in unserem Vorgang[1]), auf unsere Würdigung politischer Rücksichten, auf unser Recht, Gleiches von Preußen zu verlangen, aufmerksam. „Sie können nicht von dem Standpunkte ausgehen", sagte ich ihm, „ein deutsches Bundesland und eine deutsche Bundesfestung bleibend besetzt halten zu wollen. Benützen Sie also die Gelegenheit, aus dieser falschen Lage herauszukommen. Sie konnten sagen: wir besetzen Baden und Rastadt auf Begehren des Großherzogs, weil für uns keine Centralbehörde da ist. Heute, wo die Centralbehörde besteht, überlassen Sie ihr die Regelung dieses ungeregelten Verhältnisses und zeigen Sie nebenbei dadurch Ihre Rücksicht für ein politisches Interesse Österreichs, das nicht minder wirklich ist, als das Ihrige bezüglich Sachsens."

Freiherr von Schleinitz war von der Gerechtigkeit dieses Vorschlags überzeugt, meinte aber, da Preußen die Verpflichtung der Bildung der badischen Truppen übernommen, so hätte die Teilung in die Besetzung Badens Schwierigkeiten. Es würde ja genügen, daß die Centralbehörde Preußen im Namen des Bundes ermächtige. Ich sagte ihm hierauf ein positives Nein, weil außer der Bundesfrage noch die eines unbestreitbaren österreichischen politischen Interesses zu berücksichtigen sei.

Er nahm die Sache ad referendum. Ich bemerkte ihm auch, daß für Rastadt, bei der anerkannten Lage der Dinge in Baden, nicht der reine Friedensstand, sondern das durch Bundesbeschlüsse festgesetzte medium zwischen Friedens- und Kriegsstand anzunehmen sei, nämlich 3000 Mann, davon ein Drittel Österreicher.

Ich sprach auch mit Gltnt. v. Rauch sehr ernstlich über diese Angelegenheit, und er erklärte mir seine völlige Beistimmung. In Sachsen wie in Baden ist politisches Interesse in Frage; hier österreichisches, dort preußisches; beides soll gewahrt werden.

[1]) in der Frage der teilweisen Besetzung Badens durch österreichische Truppen.

Ich weiß nicht, ob Euer Durchlaucht mein Gefühl teilen. Die Badische Frage betrachte ich als eine entscheidende. An diesem Stein muß die preußische Anmaßung brechen, und sie wird es, sowie wir festhalten. Verzichten sie auf die alleinige Besetzung Badens, so glaubt kein Mensch mehr an ihre Nachhaltigkeit — also müssen sie dahin gebracht werden, darauf zu verzichten. Wenn Euer Durchlaucht es bestimmt an Grafen Bernstorff erklären und mich und Herrn v. Kübeck[1]) ebenso bestimmt danach anweisen, so werden sie nachgeben. Es liegt ihnen heute nicht daran, sich mit uns zu überwerfen. Sie möchten uns streicheln und sehr fügsam halten, bis sie mit ihrem Bundesstaat fertig sind.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 29. Dezember 1849.

Heute war große Cour in den Zimmern Ihrer Majestät der Königin im Schlosse für Ihre kön. Hoheit Prinzessin Charlotte, die vor ein paar Tagen dem Erbprinzen von Meiningen verlobt wurde. Die Prinzessin war eine sehr angenehme und schöne Erscheinung; sie trat mit vieler Sicherheit und Artigkeit auf. Die Majestäten waren nicht zugegen.

General v. Gerlach sprach mir bei dieser Gelegenheit viel über die Notwendigkeit der Einigung zwischen den beiden Höfen, aber immer mit der seltsamen Zumutung, daß dieser Zweck Österreich über alle Irrschritte Preußens wegsehen machen solle. Es ist wahr, daß er dieselben nicht verteidigte, und vielmehr sich sehr geringschätzend darüber aussprach, namentlich über den Reichstag, den er kaum der Aufmerksamkeit wert zu halten schien.

Baron Pechlin[2]) sprach mir heute sehr beunruhigt durch Äußerungen des Grafen Westmorland, die ihm auf Instruktionen an die preußischen Bundeskommissäre zu deuten schienen, den Waffenstillstand und die Präliminarien nicht anzuerkennen. Ich

---

[1]) Österreichischer Bevollmächtigter bei der Bundes-Centralkommission.

[2]) Dänischer Bevollmächtigter für die Friedensverhandlungen.

vermute einen Mißverstand darin, denn Freiherr v. Schleinitz hatte mir nur von der Rücksicht gesprochen, nicht durch voreilige Anerkennung die direkten Verhandlungen zu durchkreuzen. Übrigens bemerke ich ein Schwanken in dem Entschlusse, die Friedensverhandlungen hier zu führen, denn Freiherr von Pechlin präcisierte seine frühere Äußerung an mich dahin, daß er damit nicht gesagt haben wollte, es könnte der Fall nicht eintreten, daß man vorzöge, die Verhandlung nach Frankfurt zu übertragen. Würden dort Waffenstillstand und Präliminarien ohne Verzug anerkannt, so träte dieser Fall wahrscheinlich ein. — — — —

1850.

Den Monat Januar verbrachte Prokesch, einem Rufe des Fürsten Schwarzenberg folgend, zum größten Teil in Wien.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 5. Februar 1850.

Die Infamie des edlen Lord in Griechenland übertrifft wirklich alles menschlicherweise Vorauszusetzende! Der Zweck derselben ist, den König unmöglich zu machen, das Land in Anarchie zu stürzen und die zu sehr aufgeblühte griechische Schiffahrt bleibend zu verderben. Wer so wie ich die Vorwände wägen kann, dem empört sich die Seele. Ein elender portugiesischer Jude, der nicht 800 Drachmen besaß, wird vom Pöbel insultiert, der ihm die Fenster einwirft, ehe die Polizei bei der Hand sein kann, und dafür begehrt England von der schuldlosen Regierung 800.000 Drachmen Entschädigung an ihn und 500 Pfund Sterling Ehrengeld![1]) Für alle die bezahlten Räuber und Aufrührer, die dem Lyons dienten, und derer die Gendarmerie sich bemächtigte, für diese heillosen Auswürflinge begehrt sie Entschädigung, und überfällt dabei den König wie eine Piratenschar!

Wenn Rußland diese Infamie duldet, so ist sein Ansehen auf weit hin gebrochen. Ich bedauere den ehrenwerten König, zweifle aber an seinem Mute nicht. Daß er zu Grunde geht, wenn ihm niemand hilft, ist natürlich. — Selbst hier ist man indigniert über die Geschichte. Aber ich rechne auf keine Silbe gegenüber Lord Palmerston.

---

[1]) Der Jude hatte den Schutz des englischen Gesandten Lyons angerufen.

Der Orient wird bald eine sehr schwere Frage werden und ich denke, daß man sich darüber nicht früh genug mit Rußland wird ins Einvernehmen setzen können.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Februar 1850.

Aus einer Quelle, die ich für ziemlich sicher halte, höre ich, daß Herr v. Persigny wirklich mündliche Anwürfe gemacht habe, die sich auf folgendes beschränken:

1. Der Präsident muß, selbst im Interesse Europas, Kaiser werden;
2. damit er den Staatsstreich wagen könne, muß er der Nation etwas bringen;
3. dieses Etwas muß das linke Rheinufer sein;
4. versteht sich Preußen hierzu, so wird Frankreich nichts gegen die Inkorporierung Sachsens und Hannovers haben.

Preußen soll ausweichend geantwortet haben. Der König ist übrigens durch Herrn v. Meyendorff gewarnt gegen derlei Anträge; auch Graf Brandenburg und Herr v. Schleinitz sind es selbst gegen ein leichtsinniges Wort hinsichtlich des bayrischen Rheinlandes, das, wenn verbreitet, ihr Deutschtum in böses Licht stellen könnte.[1])

General v. Radowitz suchte mich nicht auf, und ich ihn auch nicht. Ich höre, er ist milde und erklärt, in Erfurt weder dem Princip der Volkssouveränität noch der propagandistischen Idee huldigen zu wollen.

---

[1]) Vergl. Sybel I, 392 u. f.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Februar 1850.

Wenn ich recht sehe, so ist die griechische Geschichte der zweite Köder, welchen Lord Palmerston hinwirft, um die russischen Kräfte vom Westen ab und nach Süden zu ziehen. Ich traue ihm die Bereitwilligkeit zu, die Europäische Türkei preiszugeben, wenn er Aussicht hat, dadurch den Bund zwischen Österreich und Rußland zu sprengen. Er glaubt, die Donaufrage müsse bei Eroberung der Europäischen Türkei durch die Russen dazu führen. Sind Österreich und Rußland im Zwist oder im Süden beschäftigt, so mag es ihm gelingen, Preußen und Frankreich gegen Österreich zu führen. Die Besitznahme von Aegypten würde ein untergeordnetes, aber auch ein Objekt sein.

Ich folgere für uns und für Rußland daraus die Notwendigkeit, sich auf das Innigste über alle Eventualitäten zu verstehen, und zwar auf das Schleunigste durch gerade und offene Abordierung aller Fragen. Treiben die möglichen Intriguen Stratford Cannings[1]) die Pforte nicht zum Angriff auf Griechenland, so ist kein Grund zum Kriege Rußlands gegen die Pforte. Fände aber das Gegenteil statt, und wäre der Krieg hiervon die Folge, so müßten wir mit der Südarmee daran teilnehmen, und Rußland würde uns gewiß Garantien für die Donau nicht versagen. Die engere Vereinigung mit Rußland, nicht der Zwist, ist — nach meiner Ansicht — die richtige Antwort auf Lord Palmerstons Ausforderung.

An Se. Majestät den König Otto von Griechenland.

Berlin, 9. Februar 1850.

Mit welchem Gefühle ich die scheußlichen Nachrichten aus Athen vernommen habe, wissen Euer Majestät. Es ist selbst hier, wo man in großer Abhängigkeit von Lord Palmerston liegt und seiner zu allen ambitiösen Plänen bedarf, nur Eine Stimme hier-

---

1) Englischer Botschafter in Constantinopel.

über. Was ich konnte, habe ich nach allen Richtungen gethan, damit dieses Piratenverfahren gehörig gewürdigt werde. Ich sehe aber zunächst darin nur die gütige Vorsehung, die Euer Majestät die Gelegenheit giebt, einen großen Charakter der Selbständigkeit und des Mutes zu entwickeln. Ich bin dafür und für das edle Selbstgefühl des Griechischen Volks überall eingestanden. Geben Euer Majestät durchaus nicht nach, weisen Sie alle die infamen Forderungen, auf infame Weise vorgebracht, zurück; was will der edle Lord thun? Er kann griechisches Privateigentum rauben. Dafür würde ich ein Entschädigungsgesetz sogleich in der Kammer einbringen, das während der allgemeinen Indignation sicher votiert würde und den Beweis lieferte von der Entschlossenheit und Gesinnung der Nation. Je großartiger die Haltung, desto sicherer die Hilfe von außen.

Der erste Eindruck in London war dem edlen Lord sehr ungünstig. Eine Stunde nach Eintreffen der Nachrichten ging ein Kurier an Admiral Parker ab. An Baron Brunow[1]) sprach Lord Palmerston entschuldigend: Es handle sich nur um Privatreklamationen; ferne sei ihm die Idee, Euer Majestät und dem Lande irgend nahe treten zu wollen. — Der Heuchler wußte wahrscheinlich schon das Mißglücken des Plans.

Von Wien aus wird gewiß sehr entschieden nach Petersburg geschrieben. Was ich von Paris hoffen darf, weiß ich nicht, denn der Präsident liegt in den Händen Lord Normanby's[2]) und in noch schöneren desselben Ursprungs.

Der Himmel wollte offenbar auf die entschiedenste Weise die langjährigen Lügen der englischen Agenten widerlegen!

Rufen Euer Majestät eine Küstenverteidigung auf, so ist dies hinlänglich gerechtfertigt, und sie kann sich im Notfalle nach Norden wenden; denn ich fürchte einen Zusammenhang mit Intriguen Stratford-Cannings. Sollte die Pforte losschlagen wollen, dann würde ich sagen: va banque! — aber vorerst mich mit Rußland ganz sicherstellen. Der Angriff der Pforte auf Griechenland

---

1) Russischer Gesandter in London.

2) Englischer Gesandter in Paris.

müßte, nach meiner Ansicht, den Einmarsch der Russen in die Bulgarei und Thrazien zur Folge haben.

Ich lege mich der gnädigsten Königin ehrfurchtsvoll zu Füßen.
— — — — — — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. Februar 1850.

Das Ministerium des Äußeren ist durch die Krankheit des Herrn v. Schleinitz ganz gelähmt. Es ist überhaupt eine vollständige Stille eingetreten. Alles strebt nach Erfurt [1]), und im Herzen glaubt niemand recht daran.

Die „Deutsche Reform" von gestern brachte einen groben Artikel aus Elberfeld gegen den österreichischen Vorschlag der Zolleinigung, und die von heute bekämpft diesen Vorschlag gleichfalls. Ich sehe darin ein Symptom der wahren Gesinnung der herrschenden Partei. Auch wird man, wie ich einige Anzeichen habe, Lord Palmerston gegen diesen Vorschlag zu Hilfe rufen.

Persigny sprach mir gestern lang für die Kaiseridee. Es koste dem Präsidenten ein Wort, und das Volk schlüge Molé, Thiers und die alte Aristokratie zusammen. Man wolle dies blutige Spiel nicht und hoffe, daß im Verhältnis, als der neue Appell an das Volk näher rücke, die heutige Opposition fügsamer werde. Er klagte übrigens über die Vorurteile in den Regierungen, die sich der Wahrheit entgegenstemmten, daß nur im Kaisertum Rettung gegen den Socialismus sei.

Die ersten Erklärungen der englischen Minister im Parlament sind reine Lügen. Ich bin begierig, ob sie genügen. Nach

---

[1]) wohin das Parlament auf den 20. März einberufen wurde, um über die Verfassung des Bundesstaats, d. h. der „Union", zu beraten; die Bezeichnung „Reichsverfassung" mußte infolge der ablehnenden Haltung der vier Königreiche aufgegeben werden, welche sich auf Grund eines von Bayern vorgelegten, im österreichischen Sinne gehaltenen Verfassungsentwurfs zu einem Gegenbund vereinigten.

Briefen aus Athen geht zunächst die Absicht Lord Palmerstons dahin, das Königreich in eine Republik umzuwandeln. Von preußischer Seite ist in dieser Sache nichts zu erwarten.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 12. Februar 1850.

Euer Durchlaucht bin ich sehr verpflichtet für die gütigen Mitteilungen rücksichtlich der Schweiz[1]). Es ist wohl unbestreitbar, daß jeder andere Gang als der von Euer Durchlaucht angegebene die gefährlichsten Folgen haben könnte. In einem Augenblick, wo in Deutschland und im Orient schwere Komplikationen drohen, verdient die Schweizer Frage gewiß nicht, die Kräfte zu teilen. Welche auch die Dispositionen des Präsidenten Louis Napoleon seien, eine gewaffnete Einmischung der beiden deutschen Großmächte, z. B. die Besetzung eines Teiles des Schweizer Gebiets, könnte leicht die öffentliche Meinung in Frankreich bis zu einem Grade aufregen, der dem Präsidenten das ruhige Zusehen unmöglich machte. Auf weniger nachdrückliche Maßregeln aber würde die Schweiz wahrscheinlich mit Trotz antworten. Hierzu kommt, daß die Haltung Lord Palmerstons wohl nicht zweifelhaft bliebe. Preußen aber, bei seiner Abhängigkeit vom englischen Kabinett, würde uns voranstellen und sich wahrscheinlich zurückziehen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. Februar 1850.

Der Antrag des Kriegsministers ist in der Kommission der Kammern bereits angenommen und wird in den Kammern selbst

---

[1]) bezüglich des preußischen Antrags, die Schweiz zur Ausweisung der politischen Flüchtlinge zu nötigen.

keinen Anstand finden. Im Grunde ist er kindisch, denn mit zehn Millionen wird man nicht weit springen.

Die Lähmung Österreichs gilt als Glaubensartikel und wird von den preußischen Blättern täglich gelehrt. Die Fürsten aber werden durch angebliche Mediatisierungspläne Österreichs eingeschüchtert. Der Herzog von Braunschweig sagte zu Herrn v. Schulenburg, er habe sichere données über solche Pläne erhalten, es gäbe daher keinen Schutz als bei Preußen. — Es wäre vielleicht gut, wenn die „Reichszeitung" diese Lüge corps-à-corps faßte, und den Unterschied zwischen einer Macht, die an dem Rechtsboden festhalten will, und der anderen, die sich als erblichen Reichsvorstand hinsetzt, entwickelte.

Über die Schweiz spricht man mir von preußischer Seite nicht. Man dürfte die Hoffnung aufgegeben haben, uns dort zu engagieren und mit Frankreich zu überwerfen.

Persigny sprach mit merkwürdigem Hasse gegen Lord Palmerston und erklärte die scheinbare Annäherung bloß durch die Angst des Präsidenten, durch den edlen Lord mit Hilfe der Parteien über den Haufen geworfen zu werden.

Erfurt soll der Bundeskommission den Hals brechen und den Verwaltungsrat zur hohen Geltung bringen. Das ist die Hoffnung hier. Im Publikum ist der Glaube an Erfurt schwach. Selbst der Herzog von Braunschweig sagte mir gestern: Es könne dort nichts herauskommen, die Sache müsse in sich zerfallen. In seinem Munde ist dies wohl wahre Meinung. Sonst betrachte ich diese Sprache, die mir auch General v. Gerlach hält, als eine einschläfernde.

Der Krieg gegen die Zoll- und Handelseinigung[1]) wird hier leidenschaftlich fortgeführt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 20. Februar 1850.

Graf Bernstorff hat am 5. d. eine sehr drängende Vorstellung an seine Regierung gerichtet, worin er sie beschwor, die Verstän-

[1]) zwischen Österreich und den übrigen deutschen Staaten, die Schwarzenberg anstrebte.

digung mit Österreich nicht von sich zu weisen. Noch sei der Augenblick günstig; noch würde Österreich lieber mit Preußen als mit den vier Königreichen sich verstehen. Diese Vorstellung gab der vernünftigen Partei bei Hofe Hoffnung. General v. Rauch trug sich dem Könige an, nach Wien zu gehen. Das Ministerium entschied aber die Sendung dieses Berichts an General v. Radowitz zur Begutachtung. Sie kam aus Frankfurt wieder mit der Äußerung: Die Sache verdiene allerdings in Erwägung gezogen zu werden; in keinem Falle aber könne Preußen einen ersten Schritt machen. Damit scheint sie niedergeschlagen zu sein. Herr v. Meyendorff, der durch General v. Rauch davon Kenntnis erhielt, schrieb dessenungeachtet an den König und bevorwortete in den wärmsten Ausdrücken die Sendung dieses wohlgesinnten Mannes, trug sich auch an, durch Grafen Medem[1]) im Sinne der Verständigung zu wirken. Ich erwarte nichts von diesem Schritte.

Aus Böhmen sind ein paar preußische Emissäre zurückgekehrt und haben Bericht über die Truppen gebracht, den man hier ungern vernahm und der einigen Eindruck machte. —

Herr v. Radowitz rechnet mit Zuversicht darauf, in Erfurt ein fait accompli hinzustellen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 23. Februar 1850.

Baronin Meyendorff hat mir eine Äußerung gemacht, die mit meiner Ansicht übereinstimmt. Sie sagte: „Kaiser Nikolaus mag in seinen Aussprüchen gegen Preußen so weit gehen, als er will — thun wird er nichts, so lange die Kaiserin lebt. Das weiß man hier, und das macht sie so zuversichtlich. Daß die Dänische Sache um kein Haar weiter geht, woran liegt es, als an der Haltung des Kaisers? Er spricht sich auch in der Deutschen Sache gegen Rochow auf das Stärkste aus — aber dabei bleibt es. Droht er manchmal gar — so kommt ein Herzklopfen, und

[1]) Russischer Gesandter in Wien.

alles ist wieder vorbei. Truppen aufstellen an der Grenze, das mag er, aber eine Kanone über die Grenze schicken, das wird er nicht. Preußen ein Haar zu krümmen, dazu bringt er es nicht. Und, wie gesagt, das weiß man hier genau. Darum, mein Mann mag reden, was er will, es ist alles vergeblich".

Hannover weigert sich, der Union beizutreten, vorderhand wenigstens, hat sich aber vom Bündnis vom 26. Mai gänzlich losgesagt. Da es nicht allein stehen bleiben kann, wird es sich an das Vierkönigsbündnis anschließen müssen, auch wenn dies vorderhand nur ein Dreikönigsbündnis mit Österreich ist. Dies steht auf der Basis des Rechts, und diese Basis wird Hannover nicht verlassen können und wollen.

Wichtig scheint mir, daß die drei Königreiche vortreten, damit dem Erfurter Bunde etwas Positives entgegenstehe.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 24. Februar 1850. Abends.

Spät abends, ganz unerwartet, langte Graf Bennigsen[1]) an. Er suchte mich auf, fand mich aber nicht. Ich ging kurz darauf zu ihm und hatte das Vergnügen zu hören, daß er morgen früh nach Wien abreise.

Der König von Hannover, Mißverständnis besorgend, entschied gestern abends die Reise des Grafen. Ich sehe darin nur einen neuen Beweis des redlichen Willens des Königs und das beste und schnellste Mittel zur Verständigung.

Was mir der Graf sagte ist folgendes: „Die ganze Stärke der Mittelstaaten beruht auf dem Festhalten des Bundesrechts. Dieses mit den von Österreich aufgestellten Forderungen, deren Unerläßlichkeit wir vollauf anerkennen, zu vermitteln, den besten Weg nämlich dazu zu finden, ist der Zweck meiner Reise. Wir glauben

[1]) Hannöverischer Staatsminister.

dazu die Zeit noch gegeben, da über die Frage der Oktroirung oder Vereinbarung selbst zwischen Bayern und Österreich noch verhandelt wird und wir überdies Erfurt nicht fürchten. Es scheint uns nicht unmittelbar notwendig, daß Hannover zugleich mit den drei andern Königreichen auftrete. Da mit Preußen denn doch verhandelt werden muß, so scheint uns sogar vorteilhaft, daß Hannover eine mehr unabhängige Stellung einnehme, die dieser Verhandlung nützlich werden kann. Aber es mußte deshalb aus dem Bündnis vom 26. Mai völlig heraus, und dazu hat es die Gelegenheit der Einberufung des Erfurter Parlaments, die, sowie sie geschehen, ein förmlicher Vertragsbruch von seiten Preußens ist, ergriffen. Morgen wird die Note, durch die wir uns förmlich vom Bündnis lossagen, durch Grafen Knyphausen an Freiherrn v. Schleinitz übergeben".

Die Sprache des Grafen war durchaus sehr vertrauend. Ich bemerkte ihm, daß es zwei Punkte gäbe, von welchen man in Wien nicht weichen könne, den Eintritt mit der Gesamtmonarchie und das Bleiben bei Deutschland überhaupt. Das Bundesrecht könne nicht durch den Zutritt mit mehreren Provinzen als verletzt betrachtet werden, denn der Bund müsse als erwerbfähig betrachtet werden, und seine territoriale Ausdehnung sei schon im April 1848 durch den Zuschlag preußischer Provinzen[1]) vermehrt worden. Er sagte, das sei unbestreitbar; nicht in der Sache liege die Schwierigkeit, die Frage sei nur, ob es an den Königreichen stehe, für Österreich den Eintritt der Gesamtmonarchie (der festgehalten werden müsse) zu beantragen. Bejahten die drei übrigen diese Frage, so sei es ihm auch recht, und es handle sich nur noch um die Mittel, Preußen in den Antrag eingehen zu machen. Dazu eben könne Hannover in der Stellung, die es annehme, dienen.

Er schilderte die Stimmung in Oldenburg als sehr günstig. Den Ministerwechsel in Kassel hatte er eben erst erfahren und meinte, Hassenpflug würde an Preußen festhalten. Daß der König von Preußen in Kenntnis von diesem Ministerwechsel war, habe ich Euer Durchlaucht schon gemeldet. Der Kurfürst hatte dem König geschrieben, er wolle sein revolutionäres Ministerium los

[1]) Ost- und Westpreußen und Posen.

sein, was den König ungemein erheiterte. Er gab Herrn v. Hassenpflug ohne Schwierigkeit die Entlassung [1]).

Ich glaube Grafen Bennigsen in ganz guter Stimmung, und in dem König, seinem Herrn, den Entschluß, fest mit Österreich zu gehen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. Februar 1850.

Nichts ist unmöglich hier, also auch nicht die Aufrichtigkeit des Umschwungs en face der Einigung der Königreiche mit Österreich und der Verzweiflung an Erfurt. Es kann aber auch ein Versuch sein, die Einigung Österreichs mit den Königreichen zu hindern. Ohne entschiedene Garantien, scheint mir, ist einer so unsicheren Politik gegenüber der Sache nicht zu trauen. Preußen, wenn es ehrlich ist, muß das fühlen und dazu bereit sein. Es muß, wenn es keine positiven Vorschläge macht, von uns deren annehmen.

Es will, wie mir scheint, seinen kleinen Bund sich erhalten, unter den Schutz des großen Bundes stellen, und in diesem die Direktorialregierung aus 7 durch die Umwandlung des Interims in ein Definitivum ausscheiden. Das wäre eine Teilung in zwei, und Preußen in jeder Beziehung der gewinnende Teil. Es hätte seinen Bund und die Gleichstellung mit Österreich in Deutschland, von welcher Basis aus es bei anderer Gelegenheit, wenn wieder Radowitze seine Politik leiten, weiter griffe. Es würden auch die Königreiche wenig damit zufrieden sein, denke ich, und Österreich verlästern.

Die natürliche Garantie ist das Verlassen des Sonderwegs. Das kann stattfinden ohne Kränkung Preußens durch die offene Erklärung in Erfurt, daß man nichts anderes ordnen und verwirklichen wolle, als den engeren Anschluß einiger kleinerer Staaten

---

[1]) aus dem preußischen Staatsdienst; er war zuletzt Präsident in Greifswalde.

an Preußen, und die Stellung dieses Verbandes zum unauflöslichen Deutschen Bunde.

Auch die Annahme dieser Garantie ist schon eine Konzession, denn sie legalisiert das unrechtmäßig Erworbene. Aber es frägt sich, ob man es verhindern kann und will.

Daß die Besorgnis des Bruches ihren Teil hat am Umschwunge, zweifle ich nicht. Herr v. Schleinitz sprach mir über diese Eventualität als eine bejammernswerte. — Ist, wie Herr v. Meyendorff behauptet, in Herrn v. Radowitz eine Änderung vorgegangen (er nahm mir fast übel, daß ich mich ungläubig zeigte), so besteht sie darin, daß er daran zu verzweifeln begann, die Leute unter einem Hut zu behalten. Spricht er sich heute für die Verständigung mit Österreich aus, so geschieht es, weil er keinen anderen Weg mehr sieht, um Preußen die Verbündeten ganz oder teilweise zu erhalten, und er ihm, statt der versprochenen Herrschaft in Deutschland, wenigstens eine erweiterte Machtstellung zu erwerben hofft.

Das soll uns nicht abhalten, denke ich, die dargebotene Hand zu ergreifen; aber es legt uns Vorsicht auf, wohl zu sehen, was wir fassen. Der Umschwung kömmt nicht aus einer Änderung im Wünschen, sondern im Können.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. März 1850.

Es wird mir schwer, an den Umschwung zu glauben, so lange ich Herrn v. Radowitz an der Leitung der preußischen Politik sehe. Man sagt mir, er sei ganz umgewandelt. Ich sehe vorderhand nur einen abermals veränderten Weg, aber nicht ein verändertes Ziel.

Von Seite des Ministeriums geschieht alles Mögliche, um Erfurt einen guten Klang zu geben — Feste, Tischreden, Lieder, Versammlungen — aber in der öffentlichen Meinung bleibt der Klang hohl. Kommt die Vertagung zu stande, so nehme ich sie

für ein gutes Zeichen. Der König soll dafür, Graf Brandenburg dagegen sein.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. März 1850.

Es ist allerdings schwer, sich anderorts einen Begriff von der hiesigen Konfusion zu machen. Bestanden Velleitäten zu einem besseren Gange, oder war die Expedition vom 26. nichts als ein Versuch, das andere Bündnis zu durchkreuzen — genug, heute sitzt Radowitz wieder obenauf. Die ganze Macht dieses Mannes ruht in der Versicherung, die er zu geben weiß, daß Konsequenz zum Ziele führe, und daß dem auf die Mai-Verfassung einmal hingestellten Bundesstaate weder Österreich noch irgend jemand ernstlich entgegentreten werde. Die unwilligen Kleinen, wie die Hansestädte, die beiden Hessen und Oldenburg, beugen sich vor dieser Zuversicht. Ich glaube, daß eine entschiedene Erklärung der Königreiche und Österreichs gegen das propagandistische Princip, das in Erfurt konsakriert werden soll, die Kleinen, selbst wenn sie schon in Erfurt sitzen, abfallen machen würde.

Man glaubt nicht an die Möglichkeit des Ernstes bei uns und sündigt darauf. — Ich halte mich ruhig, aber entschieden und trocken.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 12. März 1850.

Nicht bald hat mich etwas in größeres Erstaunen gesetzt und widerlicher berührt, als die gerühmte Note vom 25.[1]) Wie auf eine so nichtssagende und agressive Pièce Herr v. Rauch und Herr v. Meyendorff Hoffnungen setzen, darin einen Umschwung

---

[1]) Expediert am 26.

erblicken konnten, ist wirklich unbegreiflich. — — — — Daß die preußische Regierung von neuem einen letzten Schritt zur Verständigung thun wolle, ist ein merkwürdiger Ausdruck, nachdem außer dem hinfälligen Unionsprojekt nie ein Schritt von preußischer Seite geschehen war. Dieser letzte Schritt besteht nun darin, Versicherungen zu geben, welche durch die Thatsachen und selbst durch die in derselben Note aufgestellten Begehren widerlegt sind. Was gilt die Phrase, daß Preußen Österreich nicht aus Deutschland hinausdrängen wolle, neben der Thatsache der Reichsverfassung vom 26. Mai und neben den für Erfurt beschlossenen Vorlagen? Preußen stellt als eine Konzession hin, daß es die Gnade hat, die oberste Exekutivgewalt in Deutschland mit Österreich in voller Gleichberechtigung zu teilen, gerade so, als ob es sie seit Jahrhunderten besessen. — — — — — — Die Erklärungen in Bezug auf Erfurt (worauf Rauch und Meyendorff fußten) sind seitdem durch den Beschluß im Verwaltungsrate Lügen gestraft. Herrn v. Schleinitz mag es damit ernst gewesen sein, aber dem Grafen Brandenburg sicher nicht. Das Bündnis mit den vier Königreichen hindern wollte man, sowie man mit der sogenannten Zustimmung zur Handelseinigung auch nichts anderes im Sinne hatte, als den Vorschlag scheitern zu machen.

Bemerken Euer Durchlaucht die perfide Äußerung, daß Preußen jeden Vorschlag Österreichs, „der die Souveränität der Bundesglieder wahrt" u. s. w., annehmen wird. Das hängt mit den allen deutschen Fürsten insinuierten Mediatisierungsplänen Österreichs zusammen, eine Vorspiegelung, mit der Preußen gute Geschäfte gemacht hat.

Nein, so lange die heutigen Leute am Ruder sind, ist nichts zu erwarten. Euer Durchlaucht sehen darin vollkommen klar. Die konservativen Namen decken ein Umsturzsystem des ganzen Rechtszustandes in Deutschland. — Dem heutigen Ministerium mit Radowitz hinter den Coulissen gegenüber kann nur die Machtentfaltung ein Gewicht sein. So lange sie Hoffnung haben, zu täuschen, gehen sie vor, und sie haben diese Hoffnung, so lange sie glauben, man fürchte sie.

Die Schaffung einer Centralbehörde, welche die Kontinuität fortsetzt, wird ein Gegenstand erster Wichtigkeit für uns. Der

direkte Appell an alle scheint mir vorausgehen zu müssen. Folgen Verneinungen, so ist dann Österreich als Präses des Bundes gerechtfertigt, wenn es mit den vier Königreichen das Centralorgan schafft und die Nichtbeistimmenden für Abtrünnige erklärt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. März 1850.

Es hat sich mir vor einigen Tagen ein Nassauischer Hofrat v. Forsboom-Brentano[1]) vorgestellt, als kürzlich von Wien kommend, der mir in der Weise sprach, daß ich sah, daß er im vollen Vertrauen des Grafen Bernstorff und des gutgesinnten Teils der hiesigen Hofpartei stehe. Er hat mir auch ein Schreiben des Generallieutenants v. Gerlach vorgewiesen, worin dieser ihm, im Namen des Königs, die Ermächtigung zur Absendung eines an Minister v. Schmerling gerichteten Schreibens giebt. Ich konnte seinen Worten auch die genaue Einsicht in die preußischen Eröffnungen vom 25. entnehmen.

Dieser Mann motivierte seinen Besuch, indem er sich für das Organ einer Partei gab, die der Radowitz'schen Politik entschieden entgegenzutreten entschlossen sei, die also die Verständigung mit Österreich als oberstes Ziel im Auge halte. Er gestand, daß dieses Ziel durch das dermalige Ministerium nicht angestrebt werden könne, daß die Note vom 25. abermals hiervon den Beweis liefere, und daß Graf Bernstorff über diese Note entsetzt gewesen sei und sie durchaus nicht habe übergeben wollen, bis endlich der telegraphische Befehl ihn hierzu genötigt habe. Er nannte mir General v. Rauch und v. Gerlach als seiner Meinung, daß der König dahin gebracht werden müßte, Grafen Bernstorff zu ermächtigen, en dehors des instructions du ministère mit Euer Durchlaucht die Verständigung zu verhandeln. Um aber den König dahin zu bringen, müsse man ihm eine Basis vorlegen können. Er frug mich, ob ich ihm erlaubte, mir den Entwurf einer solchen zuzusenden.

[1]) Vergl. Sybel I, 364.

Ich antwortete ihm, daß es mir nur angenehm sein könne, seine persönliche Ansicht über den Weg zu einem Ziele kennen zu lernen, das wir aufrichtig anstreben, und das allerdings auf dem Wege der Note vom 25., zusammengehalten mit den für Erfurt beschlossenen Vorlagen, nicht erreicht werden könne. Ich würde ihm darüber sagen, was ich denke. Das Weitere läge außerhalb meines Wirkungskreises.

Den nächsten Morgen sandte er mir den beiliegenden Entwurf[1]) und kam tags darauf wieder. Wir besprachen die einzelnen Artikel, von denen ich 1 und 2 als solche erklärte, die Grundlage einer Verständigung werden könnten.

An demselben Tage fragte ich General v. Gerlach, dem ich das Memoire über die Organisation der Umsturzpartei zur Durchsicht für Se. Majestät den König schickte, am Schlusse meines Zettels ganz einfach, ob er Herrn v. Forsboom kenne, und was das für ein Mann sei.

Er antwortete mir in der Weise, die mich in der Ansicht bestärkte, daß der ganze Schritt wirklich mit einer Art von Hoffnung und in voller Kenntnis dieser Hofpartei und somit des Königs gemacht werde. Bald nach seinem Briefe kam General v. Gerlach selbst zu mir, beteuerte mir mehrmals die der Verständigung mit Österreich auf das Entschiedenste zugeneigte Gesinnung des Königs, eiferte gegen Radowitz — — — —.

Herr v. Forsboom sandte mir den nach meiner Unterredung mit ihm umgeänderten Entwurf. Er gestand mir, daß General v. Gerlach diesen geänderten Entwurf bereits gesehen — — — und versprach mir für den nächsten Tag bestimmte Zusage des Königs. — Ist es dem König ernst, so wird ihm nicht schwer fallen, die Minister mit sich zu ziehen; ist es ihm nicht ernst, und soll uns dieser Seitenschritt nur über den Gang in Erfurt die Augen schließen machen, so muß sich das in ein paar Tagen zeigen.

Herr v. Schleinitz war offenbar in Kenntnis, sprach mir aber nicht darüber. — Daß ein solcher Schritt nur vom König und nicht vom Ministerium ausgehen könne, ist übrigens richtig und erklärt den Gang. Bei dieser Erkenntnis durfte ich die Sache

[1]) In Prokeschs nachgelassenen Papieren nicht vorhanden.

nicht von mir weisen. Ich bestand übrigens darauf, daß, wenn Se. Majestät den Entwurf billigen, derselbe an Graf Bernstorff gesendet, und ihm die Verhandlung mit Euer Durchlaucht übertragen werde.

Ich bin sehr begierig, was aus der Sache wird, die jedenfalls ein Symptom des erschütterten Vertrauens in Erfurt und eine Folge der Festigkeit Euer Durchlaucht ist.

Die Krise jetzt, wo sie vor der Thür, erschreckt *sie*, nicht *uns*. Das ist bezeichnend genug.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. März 1850.

Ich denke, daß Euer Durchlaucht ziemlich erstaunt waren über meine Mitteilungen. Ich zweifle nicht an der Aufrichtigkeit der Bemühungen Gerlachs, Forsbooms u. s. w., selbst nicht an den geheimen Wünschen des Herrn v. Schleinitz — aber mir liegt das Mißtrauen unbesiegbar im Herzen. Der heutige Gang ist nicht der des Herrn v. Radowitz; dieser ist nur der Wortführer einer alten Schule, die im Fürstenbund unter Friedrich II. und im Dreifürstenbund von 1806 beinahe mit denselben Worten wie im Dreikönigsbündnisse auftrat — in Herzberg, in Stein, selbst in Hardenberg ihre Vertreter hatte, und heute die ganze Berliner Jugend, die Beamtenwelt, die „Intelligenz" zu ihren Nachtretern hat. Österreich verdrängen und an die Spitze von Deutschland kommen, das ist seit mehr als 100 Jahren preußische Politik, welche nur die Zeiten der Not und der nachhaltige Eindruck der großen Ereignisse von 1813—15 unterbrachen. Alle Worte dagegen sind vergeblich — alle Konzessionen auch. Ich weiß auch, daß der Bund kein Ende, sondern nur ein weiterer Anlauf sein wird.

Wäre die Lage der Österreichischen Monarchie nach innen und außen so, daß sie der Sache gründlich ein Ende machen könnte, so würde ich sagen, der Augenblick ist, was Verhältnis der mate-

riellen Kräfte betrifft, der günstigste. Aber die Vorfrage kann ich nicht entscheiden. Nach Jahren werden unsere Mittel wahrscheinlich schwächer sein.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 23. März 1850.

Herr Forsboom war heute bei mir, um mir zu sagen, General v. Rauch und Herr v. Schleinitz werden ihn mit Schreiben an Grafen Bernstorff versehen des Inhalts, den etwas modifizierten Entwurf zur Grundlage von Besprechungen mit Euer Durchlaucht zu nehmen und womöglich das gewünschte Verständnis herbeizuführen. Forsboom soll also diesen Entwurf nach Wien bringen. Die gleichzeitige Instruktion an Graf Bernstorff würde auf der Basis des Dualismus sein, man würde aber daran nicht festhalten, wenn es Österreich nicht wünschen sollte.

Herr v. Schleinitz sagte zu Forsboom, da er die Sache heute mit ihm besprach, er müsse sich und Grafen Bernstorff auch über diese Krise hinaus möglich erhalten und daher auf einigen Änderungen bestehen. General Rauch sagte ebendemselben: um Radowitz loszuwerden, müsse man sich auf Österreich stützen können.

Ich bin ungemein begierig auf den weiteren Verlauf dieser Sache, die mit allem, was ich hier sehe und höre, in Widerspruch steht. Ich melde Euer Durchlaucht diesen ganzen Verkehr einstweilen im Vertrauen. Ist Wahrheit darin? Ich weiß es nicht. Da sie aber doch unter die möglichen Fälle gehört, so würde ich für einen Fehler gehalten haben, all dieses Entgegenkommen schroff von mir zu stoßen. Entspringt das Ganze nur der Parteiabsicht, den König aus den Klauen des Herrn v. Radowitz zu ziehen, so wäre es gleichsfalls ein Fehler, nicht mitzuhelfen. Wir sind in der guten Stellung, abwarten zu können, ob aus der Sache Ernst wird. Entsprechen die Thatsachen nicht, so haben wir uns durch den gelieferten Beweis steter Bereitwilligkeit zu annehmbarer Verständigung (die ich neben entschiedener Sprache festhalte) nichts vergeben.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. März 1850.

Wenn mich nicht alles täuscht, so fangen die Besorgnisse an, Raum zu gewinnen. Die Sprache des Herrn v. Schleinitz verriet deren unverkennbar. Auch blieb ich trocken und gemessen und war höflicher als je. Sie führen die Sache bis ans äußerste, aber nicht mit dem Entschlusse, das Äußerste daran zu setzen. Sie werden an Euer Durchlaucht Festigkeit scheitern und das propagandistische Princip, selbst wenn sie es durch Annahme en bloc konsakrieren sollten (was geschehen wird), zurücknehmen. Dann bleibt die Verhandlung auf der Münchner Basis[1]) oder auf der Bundesakte und ihrer Revision. Aber den Krieg müssen sie fürchten, sonst weichen sie nicht. — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 31. März 1850.

Schon gestern benachrichtigte mich Herr Forsboom, Herr v. Schleinitz habe ihm geäußert: „Preußen wäre froh, aus den Erfurter Vorlagen herauszukommen; es könne das nicht laut werden lassen, aber wenn Österreich einige seiner (Preußens) heutigen Verbündeten zum Austritt vermöchte, so wäre Preußen gedient damit". Ich bemerkte hierauf, es gäbe ein einfaches Mittel, die Aufrichtigkeit dieses Wunsches darzuthun, nämlich die Annahme der Reichsverfassung en bloc fallen zu lassen und sich auf die Konstituierung eines innerhalb des Art. XI der Bundesakte fallenden Bündnisses zu beschränken.

Heute nun erschien Herr Forsboom und erklärte mir, von Herrn v. Schleinitz ermächtigt zu sein, mir zu vertrauen, in einem gestern noch zu Bellevue unter Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Herrn v. Radowitz gehaltenen Kabinettrates sei beides entschieden worden, nämlich das Fallenlassen der Annahme en bloc

---

[1]) Vergl. Anmerkung S. 117.

und die Beschränkung auf die Konstituierung nach der oben bezeichneten Grenze.

Ich wollte nicht unterlassen, Herrn v. Schleinitz selbst zu hören, suchte ihn also diesen Nachmittag auf.

Er bestätigte mir im ganzen und einzelnen die Äußerungen des Herrn Forsboom. Er sagte: Da die Annahme en bloc, obwohl im Grunde von geringer Bedeutung, doch Anlaß zu vielen Verdrießlichkeiten hätte werden können, so habe man beschlossen, sie fallen zu lassen. Man werde die Revision vornehmen und so leiten, daß nichts mehr übrig bliebe als die Konstituierung des Bestehenden.
— — — — — — — — — — — — — —

Herr Forsboom wird Euer Durchlaucht mündlich wiederholen, was ich hier schreibe. Der thatsächliche Vorgang hier und in Erfurt aber wird über den Ernst dieser Äußerungen entscheiden.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. April 1850.

Ich glaube noch nicht an ein frank und freies Fallenlassen des propagandistischen Princips, weil die Gothaer Partei sich damit geradezu totschlüge, und die preußisch-hegemonistische ihren schönsten Träumen den Abschied gäbe. Ich glaube an ein Verschleiern dieses Princips, an ein Einschmuggeln desselben. Eine revidierte Reichsverfassung wäre immer noch eine Reichsverfassung, und eine Unionsverfassung, welche die ausdrückliche Anerkennung des Princips des ungehinderten freien Beitritts verlangte, wäre nur eine Verpuppung des Wurms, um als Schmetterling herauszufliegen. Die Propaganda würde auch in diesem Princip leben.

Graf Brandenburg sprach mir von der Vortrefflichkeit der Erfurter Versammlung und von der Erwartung, daß die Revision ein konservativeres Werk, als selbst die preußische Verfassung sei, zu stande bringen werde. — — — — — Das dortige Werk soll also, wie ich glaube, ein konservatives, antidynastisches — bezüglich auf die verbündeten Fürsten — werden. Herr v. Schleinitz

sagte mir heute, es gäbe für die kleinen Fürsten kein Mittel, sich der Demokratie zu erwehren, als eben Erfurt. Das ist allerdings wahr, so lange nicht eine wirkliche Bundesgewalt besteht.

In Bezug auf Wien ist das leitende Princip: der Dualismus, als Ausdruck der Gleichberechtigung. Man will deshalb zunächst die Verlängerung des Interims auf drei Monate, unter dem brauchbaren Vorwand, kein Interregnum eintreten zu lassen. Man will auch über die Münchner Vorschläge nur mit Österreich unterhandeln.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 6. April 1850.

Ich vermute, daß in dem heute in Bellevue abgehaltenen Ministerrate nur die im Erfurter Verfassungsentwurfe für das Innere wünschenswerten Änderungen besprochen worden sind. — Ich spreche mich nach allen Seiten starr gegen jede verschleierte Propaganda aus, obwohl stets in der Weise, als sei ich hierin gewiß, die Meinung der königl. Regierung zu treffen. Die Münchner Vorschläge verteidige ich als die unerläßliche gemeinschaftliche Basis, die legitimen Ursprungs ist und allen erlaubt, sich darauf zu stellen und sich die Hand zu geben. In Entwicklungsprozessen, wie der heutige, kann nichts stehen bleiben, aber unter den Füßen muß man etwas haben, um darauf zu stehen u. s. w.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. April 1850.

Der Kriegsminister General v. Stockhausen hat mir heute mit vieler Einsicht und Mäßigung gesprochen. Dieser Mann zählt unter die Guten, und seiner Sprache ist hauptsächlich der Umschwung in den Wünschen des Kabinetts zu danken. Er hat nämlich unumwunden im Conseil erklärt, daß Preußen nicht in der

Lage ist, einen Krieg für die Radowitz'schen Theorien zu bestehen, daß man daher alles unterlassen müsse, was dazu führen kann.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. April 1850.

Insoferne ich die Lage überblicken kann, muß ich gestehen, daß sie zur Krise reif ist. Radowitz wird am Sonntag noch alle Kräfte anstrengen, um den König festzuhalten; aber die Partei gegen ihn ist gewaltig gewachsen, und sie tritt mit großer Zuversicht auf. Auch General v. Gerlach gehört dieser Partei an, nannte mir das Ministerium Brandenburg ein Ministerium Pillersdorf und drückte mir die Hoffnung aus, daß Erfurt und Bundesstaat wie eine Blase platzen würden. Er nahm dann die seltsame Wendung: „Stellen Sie sich doch über die Revolution! Österreich ist uns Dank schuldig, daß wir ihm alle die Helden von Frankfurt und Gotha abnützen, daß man sie wie faule Früchte zur Seite wird werfen können; sie werden mit allen ihren Theorien begraben".

Indem er gegen das Plenum sprach, gestand er mir: In seinem Herzen wünsche er es. Man müsse Preußen schonen, war übrigens sein drittes Wort.

Er behauptete, die Annahme in Erfurt[1]) bedeute nichts. Von Berlin aus werde alles verworfen werden. — Ich gestehe, daß ich daran noch sehr zweifle. Daß die Minister noch nicht wissen, was sie zuletzt thun werden, scheint mir wahrscheinlich. Den Anstoß wird wirklich der König zu geben haben. Die natürliche Neigung ist zur Vermittlung zwischen ja und nein.

Man ist in großer Angst, daß Euer Durchlaucht vorgehen, ohne länger zu warten, und daß die Berufung des Plenums die wankenden Staaten für den Abfall entscheide und den Bundesstaat sprenge.

---

[1]) Die Enbloc-Annahme der Verfassung war am 15. April erfolgt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. April 1850.

Fällt die Antwort der königl. Regierung ausweichend aus [1]), (wie ich kaum anders erwarten kann), so erleichtert und rechtfertigt sie Euer Durchlaucht Entschluß, von dem Präsidialrecht Gebrauch zu machen, und das Plenum der Regierungen einzuberufen. Dieser Schritt scheint mir erst vollständig, wenn die Absicht dabei ausgesprochen wird, die Revision der Bundesverfassung vorzunehmen, und dabei sowohl die Bedürfnisse und gerechten Wünsche des Deutschen Volks, als die Stellung der Regierungen zum Bunde und unter sich gehörig zu berücksichtigen. Mit dieser Einberufung könnte gleichzeitig die Erklärung verbunden werden, daß Österreich jedes Bestreben, auf einem anderen als diesem gesetzlichen Wege die künftige Verfassung Deutschlands allgemein oder besonders zu ordnen, für einen Bundesbruch erkläre, und die ihm in diesem Fall obliegenden Bundespflichten erfüllen werde, da besonders jeder Vorwand wegfällt, den gesetzlich angebotenen Weg zur künftigen Gestaltung Deutschlands zu verlassen.

Wir stehen in dieser Art auf der Grundlage der Europäischen Verträge. Preußen hat aber nur die Wahl zwischen Krieg oder Einlenkung in die gesetzliche Bahn. Das ist die Grenze des Möglichen, die auch kein Radowitz überschreiten kann.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. April 1850.

Erfurt ist gestern geschlossen worden und sämtliche Minister sind heute hier. Um Mittag war Ministerrat, um 5 Uhr Conseil bei Sr. Majestät dem König. General v. Radowitz wurde zu beiden beigezogen.

---

[1]) Als Entgegnung auf den Erfurter Beschluß lud Fürst Schwarzenberg die deutschen Regierungen ein, zum 10. Mai Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden, um dort die provisorische Centralgewalt zu bilden und eine Revision der Bundesverfassung vorzunehmen.

Es war heute ein Tag großer Aufregung in den ministeriellen Kreisen. Herr v. Radowitz kämpft mit allen Kräften für sein System und hat Grafen Brandenburg und den König noch für sich. Der Ministerrat blieb ohne Beschlußfassung — man konnte sich nicht einigen. Ich zweifle, daß das Conseil anders ausging. Baron Manteuffel sprach sich für die Ansicht aus, man müsse Frankfurt beschicken. Baron Stockhausen und andre Minister stimmten mit ihm. Die Majorität war für die Beschickung, und es entspann sich die Frage: ob gleich — ob später? — darüber zerfiel wieder alles, und vertagte sich die Entscheidung auf morgen.

Ein Ministerwechsel wäre möglich, wenigstens ein teilweiser, und dieser brächte den Fall des Herrn v. Radowitz und den Übertritt in ein vernünftiges System mit sich.

P. S. Das Militär hat die deutsche Kokarde abgelegt, aber es geschah ohne alles Aufsehen, ohne öffentlichen Befehl.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 1. Mai 1850.

Der gestrige Tag ist der eines ziemlich entschiedenen Kampfes zwischen Herrn v. Radowitz und Baron Manteuffel gewesen.

Heute früh 11 Uhr war Conseil in Bellevue. In den Nachmittagsstunden hörte ich, man habe beschlossen: 1. die preußischen Bundeskommissäre anzuweisen, in Frankfurt auszuharren, so lange die österreichischen blieben; 2. die Unionsfürsten allsogleich nach Berlin zu berufen, damit noch vor dem 8. Mai wegen der Frage der Beschickung nach Frankfurt ein gemeinsamer Beschluß gefaßt werden könne; 3. Österreich einstweilen ausweichend zu antworten.

Abends sandte Herr v. Manteuffel (mit dem ich gestern spät abends eine gute Unterredung gehabt hatte) zu mir, um mir zu sagen: Radowitz habe im Conseil eine entschieden abschlägige Ant-

wort an Österreich beantragt. Dieser sei er entgegengetreten mit dem vermittelnden Vorschlag der Berufung der Fürsten. Das Conseil habe beschlossen: 1. Frankfurt zu beschicken; 2. den Unionsfürsten zu raten, das Gleiche zu thun. Das Unionsverhältnis soll dabei ganz aus dem Spiel bleiben.

Ich ließ ihm antworten: Frankfurt zu beschicken, sei das geratenste; führe die Fürstenvereinigung zu dem versprochenen Ziel, so sei es gut, aber ich könne ihm nicht verhehlen, daß, wenn dahinter die Erwartung der Anerkennung des praktischen Bestandes der Union ruhe, sie eine Täuschung wäre. Wir würden weder früher noch später die auf propagandistischer Basis ruhende Union anerkennen. Ich begriffe aber die Verlegenheiten, also auch die Rücksicht.

Der Haltung des Baron Manteuffel liegt der Wunsch zu Grunde, die Leitung des Ministeriums in seine Hand zu bekommen. Ich sowohl als Herr v. Meyendorff haben ihm merken lassen, daß dieser Wunsch auch unserer sei, unter zwei Bedingungen: völlige Gutstellung mit beiden Kaiserhöfen und gänzliche Entfernung des Herrn v. Radowitz.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. Mai 1850.

Der wichtige Schritt der Berufung einer Plenarversammlung für den 10. nach Frankfurt, zu dem man sich in Wien nach Erschöpfung aller Verständigungsmittel am 26. entschlossen, wird entweder eine Hürde und Herde wieder zusammenbringen, oder die schwarzen Schafe von den weißen trennen. Es war ein Schritt auf das prakische Feld, aus dem Morast heraus auf festen Boden.

Die Wirkung zeigt sich auch, denn hier ist die Phalanx der Gothaer und Hegemonisten auseinander gefallen; Erfurt ist als ein embarras nach Hause geschickt, und im Ministerium selbst hat ein Riß stattgefunden, der nicht mehr heilbar ist.

Auf der einen Seite stehen mit Radowitz: Graf Brandenburg, v. der Heydt, Simon, auf der anderen: Baron Manteuffel, Laden-

berg, Stockhausen, Raabe; zwischen beiden: Herr v. Schleinitz. — Die ersten, die heute noch den König für sich haben, verteidigen fast leidenschaftlich die Politik des 26. Mai und wollen, daß man das Plenum gar nicht oder nur als Union beschicke. Die andern verlangen die Beschickung von seiten Preußens sowohl als von seiten jedes einzelnen der Unionsfürsten.

Mehrere Kabinettsberatungen brachten keine Entscheidung. Endlich vereinigte man sich gestern über die allsogleiche Berufung der Unionsfürsten nach Berlin. Davon hoffen Herr v. Radowitz und die Seinigen die Vollendung der Union und das Auftreten derselben zu Frankfurt als Gesamtheit. — Davon hoffen die andern die Beschickung im einzelnen, die Lösung der Union, eine Bindung auf neuer Basis, die Verständigung mit Österreich.

Um rechts und links alle Unsicherheit zu heben, habe ich erklärt:

1. Daß Österreich unter keiner Bedingung und in keiner Form die auf die heutige Basis gestellte Union anerkenne, weder heute noch später, weil es sie aus zwei gleich verwerflichen Faktoren hervorgegangen betrachtet: aus dem revolutionären und aus dem hegemonistischen, der die Sprengung des Bundes durch die propagandistische, alle deutschen Staaten bedrohende Unionsverfassung beabsichtigt. Diese Verfassung, die man mir zur Einsicht gab mit den äußersten, von Radowitz zugegebenen Umänderungen und mit dem Begehren, daran zu ändern, was mir zweckmäßig scheine, habe ich mit der Äußerung zurückgeschickt: es sei nichts einzelnes daran zu ändern, sondern das Ganze zu verwerfen. —

2. Daß die Berufung nach Frankfurt den Zweck habe, zu erfahren, wer beim Deutschen Bunde stehen wolle und wer nicht, und wer also die Folgen des Abfalls vom Bunde auf sich laden wolle. —

3. Daß der Augenblick gekommen sei für Preußen, die allein richtige Politik, die des Anschlusses an die beiden Kaiserhöfe wieder zu ergreifen. —

4. Daß im Fall des Anschlusses wir zur Revision der Bundesverfassung bereit seien und mit Preußen verhandeln würden:

a) über die Ausscheidung dessen, was durch die Revolution in die Bundesverfassung gebracht wurde;

b) über die neue Gestaltung auf der alten Basis.

Ich erwarte nun ruhig, was weiter geschieht. An der Grenze ihres Programms: „bis an die Grenze des Möglichen" sind sie schon. Sie stehen an der moralischen Unmöglichkeit. Hinter derselben und bis zur materiellen kann von keiner Politik, sondern nur mehr von Absurdität die Rede sein.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 8. Mai 1850.

Durch alle Thore ziehen heute die Fürsten ein. — — — — Es herrscht nach allen Richtungen die größte Verschiedenheit der Ansichten. Nur über einen Punkt sind alle einig: daß die Einberufung der Plenarversammlung das richtige Mittel war, um die Krise herbeizuführen. Noch habe ich die Legalität dieses Schritts von keinem Munde bestreiten hören.

Ich glaube, daß man sich der Ansicht fügen wird, Frankfurt zu beschicken und den Abschluß der Union bis nach geschehener Revision der Bundesakte zu vertagen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 15. Mai 1850.

Seit zwei Tagen ist die herausfordernde Stimmung bedeutend gestiegen. Der Herzog von Coburg namentlich zeichnet sich aus durch eine kriegerische Sprache und sieht sich schon an der Spitze eines Kommandos. Selbst die Hofpartei mit General v. Gerlach als Vordermann hat ihre einschläfernden Beteuerungen eingestellt.

An Rußland bin ich irre, ich gestehe es. Jedermann glaubt, daß Preußen Zusicherungen für die Union und für die Verhinderung eines österreichischen Angriffs habe. — Euer Durchlaucht

Wirksamkeit durch Warschau[1]) kann die heutige Krise vertagen; aber ich fürchte die vielbewiesene Gläubigkeit des Kaisers Nikolaus, der keine Ahnung von der hier ins Blut übergegangenen Unaufrichtigkeit hat. Nur Handlungen könnten Garantien sein. Alle Worte gelten nicht einen Heller.

Man handelt im Glauben, daß es uns nicht ernst ist — oder daß wir von außen gelähmt sind. — — — So oft Österreich in der Not, wird ihm Preußen den Genickfang zu geben bestrebt sein.

Man baut hier entschiedene Hoffnungen auf Warschau, die nur eine sehr entschiedene Sprache des Kaisers Nikolaus niederschlagen könnte. Eine solche erwartet man nicht und glaubt durch die gewöhnlichen Scheingründe, durch Versicherungen und Beteuerungen, durch die Hinweisung auf die Unterlassung von Rüstungen, durch Gefahr von französischer Seite u. s. w. die Zulassung der Union durchzuführen. Uns gegenüber will man alles vermeiden, was, ohne diesen Hauptzweck aufzugeben, Anlaß zum Bruch geben könnte.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 20. Mai 1850.

Ich lebe hier unter dem Druck des Vorurteils, daß Herr v. Meyendorff, der morgen abends abreist, in Warschau die preußischen Bestrebungen, wenn auch nicht billigen, doch möglichst entschuldigen und dadurch aufrecht halten und fördern wird. — Seit Juni vorigen Jahrs war nicht so viel Zuversicht in Berlin als heute. Rußland wird als entschieden günstig gestimmt betrachtet. Es ist ein schwerer Augenblick, um so schwerer, als ohne diese unerwartete Wendung der Fürstenkongreß mit dem Auseinanderfallen der Union geendet hätte![2]) — Man liebt hier zu sagen,

---

[1]) wohin Kaiser Nikolaus zu längerem Aufenthalt kam.

[2]) Der Fürstenkongreß schloß am 16. Mai, nachdem er „wenigstens ein provisorisches Dasein der Union bis 15. Juli gefristet“. Am selben Tage konstituierte sich das Plenum des Bundestags in Frankfurt.

die Union fordere nicht unmittelbare Anerkennung, und das sei ein großer Vorteil. Wahr ist es nicht, aber scheinen mag es so. Wenn es uns nützlich ist, so mögen wir dergleichen thun, als glaubten wir es — aber glauben dürfen wir's nicht.

Auf Warschau scheint man hier mit so festem Glauben zu rechnen, daß ich Zusagen voraussetzen muß.[1])

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 1. Juni 1850.

Es ist eine merkwürdige Steigerung der Zuversicht hier eingetreten, die, angeblich, auf Nachrichten aus Warschau beruht. Ihr Ursprung fällt in die letzten Tage des Fürstenkongresses. Ob so gemeint oder nicht, genug, die Äußerungen wirkten.

Bis nichts Entscheidendes aus Warschau kommt, ist hier Stillstand. Aber man spricht viel von Rüstungen und hat allerdings die Idee, daß Österreich im Inneren in einem Zustande sei, der es unfähig macht, nach außen aufzutreten. Mit der Rüstung steigt der Mut; aber es muß noch andre Gründe geben für die militärische Zuversicht, die sich heute ausspricht. Ich suche sie in unseren Finanzen.

Alle Worte sind vergeblich, so lange das propagandistische Princip festgehalten werden will. Ich erlaube mir nicht zu zweifeln, daß Kaiser Nikolaus diesen Kern des 26. Mai herausfand. Rußland garantierte 1815 einen Bund, der eine Gewähr für den Frieden Europas sein sollte. Es kann keinen wachsenden Einheitsstaat wollen. — — — — — — — — — — —

[1]) Der Prinz von Preußen wurde Ende Mai dahin gesendet, um Kaiser Nikolaus für die preußischen Pläne zu gewinnen. Gleichzeitig mit ihm traf Fürst Schwarzenberg in Warschau ein.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 5. Juni 1850.

Man spricht sich hier in den Zirkeln der Hofleute, Militärs und Beamten, überhaupt in der Gesellschaft so aus, als wäre man im vollen Siege, und jedes der Sophismen, womit man seit Jahr und Tag dem Recht ins Gesicht schlug, wäre in eine anerkannte Wahrheit umwandelt. — Man verbreitet, daß Rußland dem preußischen Streben nicht entgegenstehe; es habe selbst für den Fall eines Kriegs die strengste Neutralität zugesagt; es neige sich also entschieden zur preußischen Politik. Diese Meinung wird die allgemeine in Deutschland werden.

Ich finde, daß Preußen viel Glück hat. Wären wir vor zwei Monaten in der Lage gewesen, ihm ein Ultimatum stellen zu können, es würde nicht in der Verfassung gewesen sein, nein zu sagen, und hätte es dennoch nein gesagt, so wäre die Gelegenheit gegeben gewesen, ein- für allemal eine Macht zu brechen, die uns jedesmal, wenn wir in der Not sind, den Genickfang zu geben bestrebt ist.

Führt Preußen seine propagandistische Union durch, so wird es auch die Herrschaft in Deutschland unaufhaltbar an sich bringen. Einer solchen Aussicht gegenüber scheint mir wirklich für Österreich die Frage sehr erlaubt, ob nicht gänzliches Lossagen von Deutschland weit einem Bunde vorzuziehen ist, der uns nur Geld und Verwicklungen kosten würde und den wir nicht schützen können. Würde klar hingestellt, daß es Preußen ist, das den Bund sprengt, so hätten wir auch keine weiteren Pflichten für den Bund, und völkerrechtliche Bande mit Bayern und andern deutschen Staaten, die ihre Unabhängigkeit erhalten wollten, wären sicherer, wohlfeiler und bequemer als bundesmäßige.

Ich bin sehr gehaßt. Man thut mir die Ehre an, zu sagen, ich sei mit Euer Durchlaucht ein Gedanke und ein Wort, und beide erklärt man für starr und schroff, weil sie zur preußischen Anmaßung nicht ja sagen. — Ich blicke mit großer Sehnsucht nach Constantinopel.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 8. Juni 1850.

Herr v. Meyendorff erzählte mir über eine gestern mit Sr. Majestät dem König gehabte Unterredung folgendes: „Ich hatte erwartet, daß der König mich über die Gesinnung des Kaisers, über Fürsten Schwarzenberg u. s. w. fragen würde. Nichts von dem; er entwickelte mir in anderthalbstündiger Rede einen neuen Plan zur Rekonstruktion des Deutschen Reichs mit dem Kaiser von Österreich als Römischem Kaiser an der Spitze, und war des Gedankens voll, General v. Radowitz mit diesem Plan nach Wien zu schicken. Das Verhältnis der Volkszahl sollte den Teil an der gesetzgebenden Macht bestimmen; er wollte für sich erster Vasall und König der Deutschen sein u. s. w. Es war kein praktisches Wort bei der ganzen Unterredung herauszubringen. Dabei erhitzte sich der König so, daß er darüber die Nacht nicht schlief. Radowitz pries er als den Mann, der ihm die gänzlich verlorene Regierungsgewalt wenigstens zum Teil wieder verschaffte. Hätte er dessen Rat folgen wollen, so würde er ihm durch Erfurt noch einen größeren Teil derselben wiedergegeben haben. An diesem Wahne führt ihn der Mann — — —".

Den Brief des Kaisers von Österreich[1]) rühmte der König als so schön geschrieben, daß er, der sich einbilde, die Sprache sehr in der Gewalt zu haben, nicht glaube, so schön haben schreiben können.

Ich fragte Herrn v. Meyendorff, wie er sich die Euer Durchlaucht hier irrig vorgeworfene Feindseligkeit gegen Preußen erkläre, während so viele Beweise des Gegenteils auf dem Tische liegen? Er sagte: durch die Berichte des Grafen Bernstorff, der ein ehrlicher, aber entsetzlich gereizter Mann sei; ferner durch das Interesse der Partei, die aus Mangel an guten Gründen auf die Eitelkeit spekuliere, eine ernste Sprache für eine verletzende, und freundschaftliche, wohlgemeinte Warnungen für Drohungen erkläre.

---

1) an den König.

Dennoch kam er wieder auf die Idee, daß der König Grafen Bernstorff berufen solle, weil die Schwäche des Herrn v. Schleinitz ihn unfähig mache, irgend eine versöhnliche Idee zu vertreten.

Der Minister Baron Manteuffel hat ihm geäußert: er wolle nach Wien, mache aber zur Bedingung, daß Radowitz früher aus den Geschäften entfernt werde.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 15. Juni 1850.

Der Flügeladjutant des Königs, Major Baron Manteuffel, suchte mich heute früh auf, um mir zu sagen, daß er mit einem Antwortschreiben des Königs an Se. Majestät den Kaiser diesen Abend nach Wien abzureisen hoffe. — — — Er versprach mir, mich noch vor der Abreise zu sehen. Da ich bald darauf erfuhr, daß auch Freiherr v. Schleinitz nach Potsdam gerufen wurde, so dürfte die Abreise für heute abend entschieden sein.

Major v. Manteuffel gehört den Ansichten der Fraktion Manteuffel-Stockhausen im Ministerium an. Er ist im Kabinett des Königs für die militärische Sektion dem General v. Gerlach beigegeben, der heute die Stelle des Generals v. Rauch einnimmt. Man will diese Herren sämtlich als Gegner des Generals v. Radowitz wissen, was sein mag, mir aber nicht verständlich ist, denn sie dienen thatsächlich doch alle seinem Willen, und namentlich erscheinen mir die Versicherungen des Ministers Freiherrn v. Manteuffel mehr als zweideutig. Indessen mag der Wunsch wahr sein, die Leitung des außerhalb des Ministeriums stehenden Mannes abzuschütteln. Es frägt sich nur, welche Wendung sie der preußischen Politik zu geben beabsichtigen.

Da steht nun allerdings die Verständigung mit Österreich obenan. Auch der Brief des Königs soll eine Äußerung in diesem Sinne enthalten. Aber sie halten die Union fest, als eine Notwendigkeit für Deutschland und Preußen, ohne sich über ihre Natur auszusprechen. — — — — —

Ich suchte Herrn v. Meyendorff auf. Er kam mir schon mit der Frage entgegen: ob Major v. Manteuffel bei mir gewesen? — Alle seine Äußerungen waren im Sinne der Union. — — — Über ihre Natur, ob sie nämlich mit Art. XI zu vereinbaren sei oder nicht, könne ein Austrägalgericht entscheiden. Die faktische Konstituierung der Union erklärte er für kein Hindernis, da sie nur eine provisorische, und lobte an der Rede des Herrn v. Sydow, daß darin weder von der Einheit Deutschlands, noch von der Wiedergeburt u. s. w. Erwähnung geschehen, und daß zum erstenmal die Union ihren antirevolutionären Charakter entfalte. — —

Jede Eigenmächtigkeit Preußens wird zwar beklagt, aber entschuldigt; jeder angekündigte weitere, klar vorauszusehende Schritt zunächst bestritten und wenn er da ist, entschuldigt. Vom eigentlichen Recht ist keine Rede. Von Österreich wird nur verlangt, daß es nachgebe in allem und jedem, was Preußen festzuhalten beliebt.

Ich sprach von der Unfruchtbarkeit des Nachgebens, so lange nicht der Umfang der Konzessionen und Gegenkonzessionen formuliert sei. „Wenn man nichts dabei gewinnt, als daß Preußen eine Konzession einstreicht und darauf eine neue begehrt, so fällt jeder Grund weg, eine zu machen", sagte ich und sprach den Wunsch aus, daß man einmal die Gesamtheit der preußischen Forderungen in bestimmten Worten kenne. — — — —

Als geschlossenes und zweckmäßig beschränktes Ganzes wird die Union immer noch eine Gefahr für Deutschland sein, aber, wenn sie unvermeidlich ist, so sollte sie uns wenigstens den Eintritt mit der Gesamtmonarchie und die *aufrichtige* Annahme der Zoll- und Handelsvorschläge eintragen. Mit der Anerkennung einer solchen Union würde auch das Alternat in Frankfurt nicht abzuweisen sein, dafür müßten aber die Halbsouveränitäten als dort stimmführend wegfallen, was alle die kleinen Länder auch nicht besser verdienen, und die neue Gestaltung müßte gesetzlich aus Frankfurt hervorgehen.

Preußen hat an die dänischen Bevollmächtigten einen neuen unannehmbaren Vorschlag gemacht.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 1. Juli 1850.

Ich erfahre eben, daß die heutige Konferenz in Sanssouci kein Resultat gehabt hat. Graf Bernstorff und Baron Manteuffel sollen sich mit Herrn v. Radowitz viel herumgezankt haben, ohne daß der König eingegriffen hätte.

Die Hinfälligkeit der Union ist allen klar, aber Herr v. Radowitz verteidigt ihr Princip und hängt sich mit Gewandtheit an den Rechtsschein, so an den Art. XII der Bundesakte. Die von Euer Durchlaucht dem Grafen Thun[1]) bereits gegebene Idee, den engeren Rat der Bundesversammlung einzuberufen, würde, wenn ausgeführt, die hiesigen Sophistereien über den Haufen werfen. Ohnedies fällt, nachdem das Plenum die Vorfrage über die Notwendigkeit organischer Einrichtungen, sowie über Entwurf und Anlage entschieden, die weitere Verhandlung dem engeren Rate zu, und dieser ist ganz eigentlich zur Ausarbeitung der Verfassungsfrage (Revision) berufen, die Preußen so gern der Bundesbehörde zu entziehen bestrebt ist, um einstweilen die Verfassung der Union vorwärts zu bringen.

Ausdauer wird zum Ziele führen. Der Zug der Herzen und der Interessen geht nach Frankfurt, nicht nach Berlin.

Die Dänische Sache scheint wirklich heute zum Abschluß gebracht. Preußen hielt bis gestern die Additionalartikel seines Friedensvorschlags fest, ließ sie aber endlich fallen. Es stimmte allen dänischen Forderungen bis auf die eine, welche die Successionsfrage betrifft, bei. Die Motive dieser Nachgiebigkeit kann man in dem Wunsch sehen, sich mit Rußland gut zu stellen und freie Hand für seine Deutsche Politik zu gewinnen. Diese letztere als Popularitätspolitik muß aber durch den Abschluß mit Dänemark einen Schlag bekommen. Ob man diesen Nachteil durch Starrheit in der Unionspolitik ausgleichen wolle, wird sich zeigen.

---

[1]) Österreichischer Bundes-Präsidialgesandter.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. Juli 1850.

Graf Bernstorff wird morgen abreisen[1]). Über seine Sendung weiß ich nichts anderes zu sagen, als was die „Reform" dieses Abends sagt. Es stimmt zu den Äußerungen, die mir heute Freiherr v. Schleinitz machte, nämlich: daß die königliche Regierung nicht selbst zerstören könne, was sie seit zwei Jahren aufzubauen bemüht war. Zerfalle es, so sei es wenigstens nicht ihre Schuld.

Graf Bernstorff hat sich alle mögliche Mühe gegeben. Er stieß gegen die Hartnäckigkeit eines Ministeriums, das sich in den Glauben verrannt hat, es müsse mit der Unionspolitik stehen und fallen. Es hält es für ehrenvoller, sich von den Kleinen ziehen zu lassen, als ihnen durch offenes Aufgeben der für unbrauchbar erkannten Verfassung auf dem Wege der Einigung auf dem Rechtsboden des Bundes voranzugehen.

Daß die bis an die Grenze des Möglichen gehenden Konzessionen Euer Durchlaucht keine bessere Frucht tragen, ist gewiß auch im wahren preußischen Interesse sehr zu beklagen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. Juli 1850.

Völlige Stille hier. Das Ministerium liegt unter dem Druck der Dänischen Sache. Die ministeriellen Verteidigungsartikel enthalten merkwürdige Ausfälle und ein ziemlich offenes Geständnis.

Je nachgiebiger man nach dieser Seite, desto starrer nach der unseren hin. Der Staatsanzeiger von heute publiziert nunmehr das Protokoll der Sitzung des Fürstenkollegiums vom 5., das die Haltung des Generals v. Radowitz inmitten desselben besser bezeichnet, als meine Schilderung vermöchte.

---

[1]) nach Wien.

Der 15. Juli giebt den Unionsstaaten, die den Boden des Rechts wieder gewinnen wollen, die Gelegenheit dazu.[1]) Hier hofft man auf Wirren allerorts. Der 15. wird zeigen, was übrig bleibt. Ich halte bei der heutigen Lage jede Konzession für verloren.

Nach Beantwortung der Vorfragen kann das Plenum in den engeren Rat sich verwandeln. Die Union hat den Vorteil schnellerer legislativer Hilfe, aber der Bund kann durch ein Proklam wenigstens die öffentliche Meinung gegen die von den Unionsblättern ausgehenden Anschwärzungen in Schutz nehmen.

Ich schreibe in Eile.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 25. Juli 1850.

Meine gestrigen Berichte werden Euer Durchlaucht schwarz erschienen sein. Ich mußte die hiesige Zuversicht so starr hinstellen, als sie ist. Übrigens halte ich die Radowitz'sche Berechnung keineswegs für ungefährlich, da zwei starke Hebel, an die ich noch im April glaubte, wegfallen, nämlich das Gewicht einer ernstlichen Drohung und eine entschiedenere Sprache Rußlands. Jetzt kann nur mehr das Gewicht von Frankfurt die Union erdrücken. Je mehr sie hier Frankfurt herunterreißen, desto mehr muß es unsererseits gehoben werden. Der Dänische Friede bietet zur Festhaltung des Plenums eine erwünschte Gelegenheit. Entscheidender aber halte ich noch die unverzügliche Beschickung der Bundesbehörde durch die Gesandten der europäischen Mächte, wie sie vor 1848 stattfand. Dazu, hoffe ich, werden sich diese Mächte doch entschließen, und nicht durch das Gegenteil den bundeszerstörenden Bestrebungen Preußens Vorschub leisten! Dazu werden sie doch den Mut finden!

Diese Sehnsucht, sich des Bundes zu entledigen, dieses Trachten, table rase für willkürliche Schöpfungen zu gewinnen, während die

---

[1]) Da die Unionsverfassung als vorläufig unausführbar erkannt worden war, hatte Preußen ein bis 15. Juli laufendes Provisorium vorgeschlagen, während dessen ein Fürstenkollegium die Geschäfte der Union führen sollte. Dieses Provisorium wurde weiter bis 15. Oktober verlängert.

größere Hälfte von Deutschland sich auf die Traktate und auf die Grundgesetze des Bundes stützt, sollte denn doch die Augen allerorts öffnen!

Man thut hier groß damit, daß Österreich in Sache des Londoner Protokolls[1]) mit Preußen gehe. Ich hebe scharf hervor, daß Österreich für die Rechte Deutschlands einstehe, die Integrität der dänischen Besitzungen aber eine Europäische Angelegenheit sei.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. Juli 1850.

Über die Schlacht bei Idstedt[2]) weiß die Regierung nicht mehr, als die heutigen Abendblätter enthalten. Herr v. Schleinitz sowohl als die Geschäftsträger von Rußland und Dänemark setzen voraus, daß die Dänen ohne Aufenthalt in Holstein einrücken werden. — — — Ein kräftiges Wort des Plenums zur Wahrung der Verpflichtung Dänemarks, erst an den Bund sich zu wenden, würde in Deutschland gern gehört werden.

Berlin ist ziemlich bestürzt über den unerwarteten dänischen Sieg.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

30.

Die Tendenz ist unverkennbar hier, und zwar nicht bloß von preußischer Seite, die Dänen zum Marsch über die Eider zu bewegen. Dies nähme dem Plenum eine wichtige Gelegenheit, sich geltend zu machen, oder erschwerte sie wenigstens. Ich halte in allen Äußerungen an die dänischen, englischen und russischen Geschäftsträger die entgegenstehende Ansicht fest.

---

[1]) über die Dänische Erbfolgefrage.

[2]) am 25. Juli, in welcher die Schleswig-Holsteiner von den Dänen geschlagen worden waren.

An seine Frau in Ischl.

Berlin, 29. Juli 1850.

— — — — — — — — — — — — — —

Gestern fuhren wir samt und sonders mit Professor Koch[1]) nach Schulzendorf, was noch hinter Tegel liegt, und wo vieles Volk im grünen Walde sich essend und spielend unterhielt. Aber ich sehne mich nach einem weiteren Ausflug! Deine Bergluft, Deine Spaziergänge genieße ich mit. Ich habe einen so festen Glauben an Ischl — Du wirst Dich dort selbst über Deine Erwartung hinaus erholen.

Sage der verehrten Fürstin Louise, daß ich — ohne Schmeichelei — mit Alexander sehr zufrieden bin. Er ist besonnen, scheut keine Arbeit, zeigt mir Anhänglichkeit, ist gelehrig, faßt leicht und gewöhnt sich, den Kern der Dinge ins Auge zu fassen. Er wird sehr brauchbar werden.

Der edle Feldmarschall Windischgrätz schreitet wie ein antiker Heros durch seine Zeit. Daß er Dich aufsuchte, ist zart und ist mir lieber als irgend ein Großkreuz. Er ist in der Stellung, ein ganzer Mensch sein zu können; nicht jeder kann das, auch wenn er es möchte.

Fast jeden Tag habe ich Durchreisende, was mir viel Zeit nimmt und wenig Erheiterung giebt.

Hier alles im alten. Leitende Kraft ist nicht die Einsicht, sondern die unbrauchbarste aller Kräfte: der Hochmut. Ich bedauere den König und das Land, die beide eine so glorreiche Bahn gehen könnten, und durch die Ratschläge einer unpraktischen und wenig würdigen Doktrin darum gebracht werden. — Die Niederlage der Schleswig-Holsteiner wirst Du erfahren haben. Vernünftige Leute würden begriffen haben, daß der Friede vom 2. den Schleswig-Holsteinern das günstigste Terrain zu Verhandlungen gab; aber die Verblendung behielt die Oberhand, und nun haben sie die Schläge und hinterdrein die schlechtere Stellung. Mich dauern Land und Leute.

---

[1]) dem Botaniker und Kaukasusreisenden.

Graf Knyphausen muß in Ischl sein. Meyendorff ist in Gastein.

Vor ein paar Tagen gab die „Deutsche Reform" meine Ernennung für Constantinopel als eine Gewißheit. Ich weiß, daß es nicht wahr ist, ändere daher nichts an der Disposition wegen Bildern, Büchern und Schriften. Alle Marmore aber mögen im Piräus liegen bleiben. Was ist das für ein Jammer, nicht einmal ein Haus zu besitzen, wo man seine Erinnerungen aufstellt!

Genießt das Grün und die Bergluft! Wir haben hier Hitze, Sand und Gewitter. — — — — —

Ich vergaß Dir letzthin zu sagen, daß mich Herr v. Wurzbach aus Laibach aufsuchte und mir ein von meiner Hand im Jahr 1812 geschriebenes Bändchen Gedichte gab. Er hat es in Graz von einem Knaben auf der Straße um ein paar Kreuzer gekauft — immer noch zu viel.

An seine Frau.

Berlin, 2. August 1850.

Ich bin sehr belastet mit Fremden, wodurch meine ohnedies karge Zeit vollends aufgezehrt wird. Seit gestern früh ist Haynau hier, den ich durch die Museen schleppte und dann zu Tisch hielt. Heute speist er in Potsdam, wodurch ich Athem habe. Er ist ein merkwürdiger Mensch, und ich begreife die Unmöglichkeit, es mit ihm auszuhalten. Aber in der Seele scheint er mir gut und treu ergeben trotz allem, was vorgefallen. — Wir wohnten auch zusammen gestern dem ersten Auftreten der Rachel in den „Horaces" von Corneille bei. Sie genügte mir nicht, und alles, was sie vom Théâtre-français mitgebracht, ist unter der Mittelmäßigkeit. Außer dem Theater (ich speiste vorgestern mit ihr bei Persigny) gefiel sie mir besser, namentlich gewann mich die einfache Eleganz ihrer Toilette.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 9. August 1850.

— — — — — — — — — — — — — —

Hier stehen die Verhältnisse so, daß ich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen für möglich halte. Der Dünkel des leitenden Mannes, der Preußen an die Revolution schmiedet, scheint hier kein Gegengewicht mehr zu finden, und so kann ihm der Ruhm werden, Deutschland zu zerfleischen. Unsere Nachgiebigkeit, die ein wahrhaft fähiger Mann zu benützen verstanden hätte, gilt ihm für Schwäche, und seine Verblendung geht bis zu dem Grade, zu glauben, wir fürchten uns.

Haynau ist seit ein paar Tagen abgereist nach Kassel. Er wird in drei Wochen in Wien sein. Ich war zufrieden mit seiner Gesinnung; gegen Bach schimpft er fürchterlich. Übrigens steht er hoch über den Misèren, welche die Eitelkeitskrämer der konstitutionellen Schule allein verstehen. Er erinnert sehr an Blücher.

Wir sind alle wohl. Soll ich die Knaben reisen lassen? Ich denke, sie lernen dabei mehr als am Studiertisch. Sie schwelgen im Gedanken an die Rheinreise.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. August 1850.

Wenn man die Sprache des Freiherrn v. Schleinitz vernimmt, die nur der Widerhall derjenigen des Generals v. Radowitz sein kann, so müßte man den Krieg vor der Thür glauben.

Wir stehen auf einer vortrefflichen Grundlage einem Feinde gegenüber, der diese Grundlage leugnet. So lange er den Glauben festhalten kann, daß wir an die Aufrechthaltung der unseren nicht alles zu setzen bereit sind, braucht er sich um die Schwäche der seinigen nicht zu bekümmern. Er läßt uns vom Bundesrecht und Bundesinteresse reden, so viel wir wollen. Sein Ziel ist weder das

eine, noch das andere, sondern die eigene Machterweiterung auf Kosten des Bundes. Er weist auf seine Armee, während wir desarmieren.

Das begründet einen Nachteil der Stellung für uns, dem ich nicht abhelfen kann. Niemand glaubt mir, wenn ich von unserem Entschluß, den Rechtsboden festzuhalten, mit Entschiedenheit spreche. Es fehlen auch sämtliche Gewichte, welche die Großmächte für die Verträge in die Wagschale legen könnten. Seit dem Fürstenkongreß höre ich kaum eine russische Äußerung mehr, die nicht für Preußen eine Ermunterung wäre. Nachgeben, zwischen Recht und Unrecht eine Mittelstraße suchen, das ist der Rat, den ich seit Monaten von der englischen und von der russischen Mission vernehme.

Giebt es unter diesen Umständen einen denkbaren Grund für Preußen, von seiner Radowitz'schen Politik zu lassen? — Es glaubt nicht das geringste dabei zu wagen. Es läßt uns in Frankfurt gewähren, wie wir wollen. Plenum, engerer Rat existieren für Preußen nicht. Man lebt hier in der Überzeugung, daß wir heute weit weniger schlagfertig sind, als im vergangenen Frühjahr, während man es preußischerseits täglich mehr ist.

Alle Rechtsdeduktionen sind hier vergeblich. Man giebt nicht einen Pfennig für das Recht, und daß der Bund zu Grunde gehe, ist ja eben die Hoffnung für die Union.

Ich kann die Verhältnisse im ganzen von meinem Standpunkt nicht überblicken. Sind sie so, daß wir den Gang in Frankfurt festhalten können, so muß ein Schritt geschehen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß wir auf einen Schlag mit einem Schlag zu antworten entschlossen und bereit sind. Sind die Verhältnisse nicht so, so giebt vielleicht eine Verhandlung über das Centralorgan einen Weg zum Einlenken. Auf gesteigerte Anforderungen müssen wir uns dann gefaßt machen, aber, da sie hier au fond den Krieg nicht wollen, sondern damit nur Popularität machen, so werden sie sich zuletzt einer Verständigung nicht versagen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 17. August 1850.

Indem der engere Rat sich einesteils seiner zuständigen Befugnisse entäußert und durch einen Ausschuß mit Preußen und der Union sich in Berührung setzen soll, ist allerdings eine Brücke gebaut, über die Preußen in das Bundeslager zurückkehren könnte. Daß die Meinung dafür im Staatsministerium Vertreter finden wird, zweifle ich nicht. Der Zwist in den letzten Wochen rollte ja eben über das Aufgeben der Union und über die Verständigung auf dem Bundesfelde. Herr v. Manteuffel vertrat die Ansicht, daß der König sich durch ein Manifest von dem vergeblichen Versuch lossagen und seinen Platz in Frankfurt nehmen solle. Aber es gelang Herrn v. Radowitz, die Frage bis zum 15. Oktober [1]) zu vertagen. Wird es bei diesem neuen Anlaß anders gehen? — Ich glaube nein. —

Um das strenge Recht aufrecht zu halten, müßte man in der Lage sein, seine Armee dahinter zu stellen, und müßte auch wenigstens Rußland entschieden dafür auftreten. Beide Vorbedingungen scheinen zu fehlen, folglich ist allerdings der Weg der Konzession der richtige.

Wir müssen aber in diesem Fall darauf gefaßt sein, auch die Bundesrevision nur auf Radowitz'schem Wege vornehmen zu können, und es frägt sich, ob auf diesem Wege die Union nicht ihrer gefährlichen Natur entkleidet werden kann? Ich glaube das allerdings. Es genügt, sie aus der Gesamtverfassung hervorgehen zu lassen, sie die Erfurter Verfassung aufgeben zu machen, was keine Unmöglichkeit ist, weil das preußische Interesse dem der Gothaer entgegengestellt werden kann. Es würde sich zuletzt eine Machterweiterung Preußens und eine Paritätsstellung mit Österreich herausstellen.

Ich weiß, daß auch dies nur vorübergehend ein Zaum sein würde und eine Aneiferung, bei erster Gelegenheit nach neuer Machterweiterung und ungeteilter Herrschaft in Deutschland zu streben. — Das richtige Mittel wäre, Preußen ein- für allemal zu brechen, in Sachsen wieder einen tüchtigen Körper herzustellen und

---

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 148.

Preußen überhaupt auf ein Maß zu reduzieren, das ihm die Kraft zur Unterjochung Deutschlands benimmt. — Dazu gehört aber eine andere Stellung der europäischen Verhältnisse als die heutige, und eine militärische Entschiedenheit nicht bloß bei uns, sondern auch bei allen unseren deutschen Bundesgenossen, die nicht im Charakter der Zeit liegt. Also wird es sich immer nur um das wohlfeilste Palliativ handeln.

An seine Frau.

Berlin, 18. August 1850.

— — — — — — — — — — — — — —

Die Knaben schreiben aus Köln; heute kommen sie nach Frankfurt.

Wir hatten eine so gewaltige Hitze, daß ich mehr davon litt als in Athen. — Sonst hier alles im alten — vielleicht ein klein wenig besser. Weiß man die Nachgiebigkeit des Fürsten Schwarzenberg zu schätzen und zu benützen, so ist wieder eine Gelegenheit gegeben, sich auf eine ehrenvolle Bahn zu bringen. Wiegt der Dünkel über, so wird man Deutschland vielleicht zu Grunde richten, aber sich nichts nützen. — Ist nur einmal das Gros der Krise hinter mir, so schreibe ich offen nach Wien und lege meine Bitte um Entlassung daneben.

Heute ist Sonntag. Wir wollen nach Tegel fahren, wohin auch Malzens[1]) kommen. Es ist jetzt niemand hier und ein erheiterndes Gespräch kaum möglich. Gestern abends war ich bei Brandenburg. Die Usedom, von Kissingen zurückgekehrt, blieb nur kurz; dann war ich allein. Die Gräfin sehr angenehm und freundlich wie immer.

— — — — — — — — — — — — — —

König Otto wird durch Ischl kommen. Kannst Du, so sieh ihn. Lasse Dich ohne weiters melden. Es wird Dir und ihm erfreulich

---

[1]) Baron Malzen, bayrischer Gesandter.

sein. Frau v. Plüskow[1]) schreibt mir viel über die Regentschaft der Königin, die sicher darüber sehr erfreut ist.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 21. August 1850.

Hätte ich nicht so oft die Erfahrung gemacht, daß die Äußerungen des Freiherrn v. Schleinitz und des Grafen Brandenburg, wenn sie in Opposition mit dem Radowitz'schen Gange sind, wenig bedeuten, so müßte ich mit der gestrigen Unterredung sehr zufrieden sein. Sie hat für sich, daß sie nicht *vor*, sondern nach dem Kabinettsrat stattfand, daß also die Äußerungen der Minister *mehr* als ihre persönlichen Ansichten vertreten.

Es schien Herrn v. Schleinitz nur mehr um die Wege ehrenvollen Rückzugs aus der Union zu thun. Die Union selbst gab er preis in den bestimmtesten Ausdrücken und sagte z. B., daß nur die verblendetsten Gothaer noch an die Ausführbarkeit derselben glauben könnten. Er hoffe, sagte er, daß vor dem 15. Oktober noch, spätestens aber an diesem Tage die Sache auseinander falle. Über das Mögliche hinauszugehen, falle Preußen nicht ein. Den ehrenvollen Rückzug Preußens sieht er, wie er mir auch heute wiederholte, in der Schonung für Preußen, *nicht zu verlangen, daß es in den Bundestag eintrete.* „Es sei ein Fehler gewesen, nicht mit Österreich gemeinschaftlich, wie es von Wien aus angetragen wurde, die Bundesversammlung zu berufen; das sähen heute selbst diejenigen ein, die damals seine Meinung am eifrigsten bekämpften." Diese Äußerung ist das erste Symptom einer Emanzipierung, einer Auflehnung gegen die Ansichten des Herrn v. Radowitz, das ich bemerke.

Ich meinte, daß Preußen die Zustimmung zur Einberufung nachholen könnte; er aber lehnte dies als ganz unthunlich ab. „Zu

[1]) Vergl. S. 53.

diesem Bundestag können wir unsere Zustimmung nicht mehr geben; das ganze Land würde uns tadeln; aber mit Österreich einen neuen machen, das könnten wir; das kann aber Österreich nicht; darum bleibt nichts übrig, als freie Verhandlungen zwischen beiden Teilen."

Ich befürwortete die Zweckmäßigkeit sofortiger vertraulicher Verständigung über die Gesamtverfassung. Er stimmte bei und sagte, Graf Bernstorff habe in demselben Sinne geschrieben. — —

Ein Symptom des Ernstes der Verständigung erscheint mir das unumwundene Zugeständnis des bis gestern stets bestrittenen Eintritts der österreichischen Gesamtmonarchie in den Bund. Ich ließ mir das zweimal wiederholen. Herr v. Schleinitz ging darüber sogar in Details ein. Er wisse, sagte er, die Sache sei nicht bloß die nachträgliche Bezeichnung eines seit lange bestehenden Verhältnisses — wie ich sie darstellte — sondern es handle sich um große Ausdehnungen der Verpflichtungen des Bundes, z. B. ob Österreichs Kriege in Italien und an der unteren Donau Bundeskriege seien? — aber Preußen stoße sich nicht daran.

Ich neige mich also zur Ansicht: 1. daß das Bedürfnis der Verständigung wirklich anfängt, sich geltend zu machen, und daß das Kabinett beginnt, sich von Herrn v. Radowitz zu emanzipieren, oder daß dieser selbst eine Schwenkung vornahm; 2. daß man die Union vom 26. Mai aufzugeben entschlossen ist und dafür eine Union, wie sie sich mit der Gesamtverfassung vertragen würde, auf das Princip der Unierung basiert anstrebt; 3. daß man die Ehre retten will durch den für das Bundeseigentum eingeschlagenen Weg.

Für die wirkliche Verständigung wäre der Preis nicht zu hoch. Ich verhehle aber Euer Durchlaucht nicht, daß bei manchen der hiesigen deutschen Geschäftsträger, namentlich bei dem von Hannover, die Ansicht vorwaltet, daß es dem preußischen Kabinett nur um Sprengung des Bundestags zu thun sei.

Da Mißtrauen in das heutige Kabinett und in Herrn v. Radowitz sehr gerechtfertigt ist, und Graf Bernstorff, wie ich nicht zweifle, die Verständigung will, so kann er für klare Worte nur dankbar sein. Ist es Preußen Ernst, so wird er — wenn auch auf vertraulichem Wege — bestimmte Zusagen geben, wissend,

daß wir sie nicht mißbrauchen. Er wird namentlich über die Gesamtverfassung bindende Punktationen eingehen und begreifen, daß wir nicht hinter dem Rücken unserer Verbündeten handeln können, in denen, wie in uns, der Wunsch nach Verständigung lebt, die also dem, was wirklich dazu führt, nicht widerstreben werden.

An seine Frau.

Berlin, 22. August 1850.

— — — — — — — — — — — — — —

Die Zeit naht, wo wir uns wiedersehen, und ich freue mich innigst darauf. Die Verhältnisse gestalten sich hier besser. Die schwierigsten Fragen scheinen ihrer Lösung nahe. Die Gefahr des Bruchs ist auf jeden Fall abgewendet. Du wirst wohl über Wien gehen, nicht wahr?

Gestern war ich wieder im Theater. Me. Rachel gab die Adrienne Lecouvreur mit vieler Meisterschaft. Sie hat ganz den Duft der Korruption der feinsten Welt. Mich ekelte das Stück an. Eine Prinzessin vergiftet aus beleidigter Eitelkeit mit einer Rose die reizende Adrienne, eine Schauspielerin und Geliebte des Moriz v. Sachsen. Das Haus war sehr voll und es fehlte an Kränzen nicht.

27. August.

Du wirst ja große Hetze in Ischl gehabt haben; der Hof, Schwarzenberg, Graf Nesselrode. Daß Dich die Kaiserin-Mutter sehen wollte, ist freundlich. Wenn ich an so manche Unterredung mit ihr denke, so begreife ich, daß ich ihrem Gedächtnis nicht ganz entschwunden bin.

Der Fürstin Louise empfiehl mich sehr. Du weißt, daß sie mir unter die liebsten Frauen auf der Welt gehört.

Die Heirat des Prinzen Georg von Meklenburg-Strelitz mit der Großfürstin Katherine, Tochter der Großfürstin Helene, ist nunmehr entschieden. Er bekommt eine liebe Frau, sie einen sehr

braven Mann. Das ganze Strelitz'sche Haus ist vortrefflich, und der alte Großherzog der mutigste Souverän in Europa. Wäre Kaiser Nikolaus wie er, so würde man nicht zwischen Recht und Unrecht vermitteln. — — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. August 1850.

Ich nehme an, daß der 26. Mai aufgegeben ist. Aber, wie er selbst nur ein veränderter Weg war, um nach dem Scheitern der Kaiser-Intrigue durch den Bundesstaat zur Herrschaft in Deutschland zu gelangen, so beginnt heute ein dritter Weg zu demselben Ziele, den ich mir so denke: wie die Verständigung mit Österreich erreicht ist, auf Basis gleicher Berechtigung und freier Verhandlung, so wird in der Revision der Bundesverfassung allem, was den kleineren Staaten den werkthätigen Schutz des Bundes sichern kann, eine entschiedene Negation entgegengesetzt, und zugleich wird der Art. XI bis zur Ermächtigung staatsrechtlicher Vereine erweitert. Dann wird die Union aus diesem Artikel aufs neue erweckt, und gründet sie die Aussicht auf ihre Verbreitung auf das Unzulängliche des ganz allgemein gehaltenen föderativen Bandes des Bundes. Euer Durchlaucht werden in Ihrer Scharfsicht und Kenntnis der Leute hier entscheiden, ob meine Voraussetzung zu mißtrauisch ist. Ich erlaube mir, sie auszusprechen. Wir werden auch dieser Operation, sowie der beiden früheren, Meister werden, aber Vorsicht ist nötig. Die kleineren Staaten brauchen eine legislative Wirksamkeit des Bundes in der Weise, wie das Fürstenkollegium sie ganz richtig versucht hat.

Daß hier die Absicht vorherrscht, die Union wenigstens als Verband zusammenzuhalten und über die Krise wegzubringen, ist gleichfalls unverkennbar. Man wird am 15. Oktober vielleicht die Verfassung fallen lassen, aber nicht das Bündnis.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 31. August 1850.

Ich sehe vielleicht zu schwarz, aber ich bin unter dem Reflex der Zuversicht, die hier herrscht. Wenn die Verständigung nicht auf vertraulichem Wege angebahnt ist, so muß ich die allgemeine Meinung teilen, daß es Preußen um nichts anderes zu thun war, als die Union zu retten. Sie gilt heute für faktisch anerkannt und wird von Herrn v. Radowitz im Käfig gehalten, um zur rechten Zeit wieder ausfliegen zu können.

Man wartet mit größter Ungeduld auf Nachricht aus Wien. Seit mehreren Tagen predigt man mir die Unerläßlichkeit, den Bundestag aufzuschieben, eigentlich fallen zu lassen. Hebe ich den Unterschied zwischen einer berechtigten und unberechtigten Stellung hervor, so erklärt man das für einen eitlen Streit, und spricht von der politischen Notwendigkeit, die von England, Frankreich und Rußland anerkannt sei und der auch Dänemark gehuldigt habe. Völkerrechtliche, freie Konferenzen einmal als Basis angenommen, ist man überschwenglich in Versicherungen, wie leicht alles gehen werde, und bietet mir täglich die Hand, um „die Mittelstaaten in ihre Schranken zu weisen".

Vor Euer Durchlaucht nächsten Weisungen bin ich eigentlich ohne Orientierung. Meine ganze Natur neigt sich zum Festhalten des Rechtsstandpunktes hin, aber ich weiß, daß man auch ein Don Quixotte des Rechts sein kann. — Mein Vertrauen in die Mächte ist das geringste.

Auf Preußens Billigkeit zu rechnen, bin ich nicht naiv genug. Geben wir unsere gute Position auf, so kann es wohl nicht ohne ganz sichere Bürgschaften geschehen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. September 1850.

Gerade vor Postschluß erhalte ich noch die Note vom 25. und die begleitende Denkschrift. Beide haben das Verdienst, sehr

klar zu sein. Preußen hält die Rechte der Revolution gegen den Bund fest und behauptet: Recht sei, die Zerstörung des Rechts aufrecht zu halten. Diese kühne Theorie ist eine absurde, wenn sie nicht die Zulassung der Mächte für sich hat. Hat sie diese, dann ist der preußische Weg allerdings der zu betretende, und es ist nur mehr um die Bedingungen der Einigung zu streiten. Mit diesen Piècen hat Preußen gewissermaßen seine Schiffe verbrannt und sein va banque ausgerufen.

In den letzten Unterredungen hielt mir Herr v. Radowitz weniger das Recht als die Klugheit vor. Er behauptete, daß nur auf dem preußischen Wege etwas zu stande kommen könne. Auf meine Frage: was dies Etwas sei? — wies er auf die mit Grafen Bernstorff vereinbarten Punkte, aus denen alles Weitere sich leicht von selbst ergeben werde.

Beide Piècen sind von Herrn v. Radowitz geschrieben, der sich viel auf die milde Form zu gute thut, ohne seine Autorschaft einzugestehen.

An seine Frau.

Berlin, 2. September 1850.

Deine Zeilen vom 27. und 28. glänzen von den Herrlichkeiten des Tags. Die Schilderung des Diners erwarte ich morgen. Die Erzherzogin war gewiß recht lieb, und König Otto hatte sicher aufrichtige Freude, Dich wiederzusehen. Er gehört ja zu Deinen alten Verehrern, und er weiß, was ich ihm war; sein Herz ist nicht in dem byzantinischen Sumpfe der „Intelligenz“ untergegangen. War er disinvolto? — Mich freut, daß dieser vielgeprüfte Herr so gut aufgenommen wurde.

Ich bin wohl, aber seelenmüde. Die stets trübe, regnerische Zeit trug dazu bei, und die gänzliche Vertrocknung alles Verkehrs, der über die politische Misère hinausginge, macht mich müde. — Was man in Salzburg und Ischl auskocht, bin ich begierig. Bis ich es weiß, bin ich gelähmt. Welchen Eindruck Dir Felix machte,

wirst Du mir erzählen. Schreibe mir bloß, ob Du ihn etwas eingehender gesprochen.

Wirst Du über Wien gehen? — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 7. September 1850

Heute suchte ich Graf Brandenburg auf und las ihm im Vertrauen Euer Durchlaucht Schreiben vom 3. vor, damit er sich über die Ansichten in Wien nicht täusche. Er war sichtlich betroffen über den Inhalt und verteidigte zunächst die Persönlichkeit des Herrn v. Radowitz, den man fälschlich als den Urheber des Unionssystems betrachte, während es schon zur Zeit der Ablehnung der Kaiserkrone ausgearbeitet und beschlossen gewesen sei. — Immerhin ein merkwürdiges Geständnis. Er bewegte sich in den alten Argumenten und Vorwänden, und verteidigte die Unerläßlichkeit freier Konferenzen, sowie die faktische Suspension der Union. Er dachte sich die Verständigung, für die er die wärmsten Wünsche aussprach, und in Bezug welcher ich die Stellen des Schreibens besonders betonte, auf die Weise, daß der engere Rat einerseits und Preußen mit seinen Verbündeten anderseits über die Gesamtverfassung verhandelten und sich so zusammenfänden, zunächst aber auf Basis der vier Punkte[1]) eine vertrauliche Verhandlung und Einigung zwischen Wien und Berlin stattfände.

Was ich ihm sagte über den Vorzug des konservativen bundesgesetzlichen Weges, über die durch Preußen in Deutschland aufrecht erhaltene Trennung und deren Folgen, über den Unsinn, durch freie Konferenzen wieder alle Vor- und Formfragen anzuregen, an denen man bei Gründung des Bundes ein Jahr lang

[1]) Schwarzenbergs Vorschlag zu einer Einigung auf die vier Punkte: Bundesexekution durch Österreich und Preußen; Bundesgesetzgebung durch eine Versammlung unter wechselndem Vorsitz der beiden deutschen Großmächte; keine Volksvertretung am Bunde; Anerkennung der Union, wenn sie sich auf Norddeutschland beschränke.

sich abgemüdet habe u. s. w. — das gab er im Grunde alles zu, zog aber nicht den logischen Schluß daraus, sondern schloß mit allgemeinen Wünschen und Hoffnungen.

Er bemerkte mir eigens, daß er meine Mitteilung nicht als Ministerpräsident, sondern nur als Graf Brandenburg aufnehmen könne. Ich antwortete: ich gäbe sie ihm auch nicht anders als vertraulich und in der guten Absicht, durch Wahrheit den Weg der Verständigung zu ebnen — wofür er mir sehr dankte.

Das Schreiben vom 3. muß die Zuversicht hier gewaltig mindern. Stände Rußland entschieden für das Recht ein, so könnte das Eis brechen.

An seine Frau.

Berlin, 8. September 1850.

Diese Zeilen eilen dahin, wohin auch Du eilst, nach Wien. Von dort erwarte ich die bestimmte Anzeige über den Tag Deines Eintreffens in Dresden. Ich kann übrigens auch auf jeden Fall Sonntag dahin fahren; kämst Du erst Montag, so kann ich warten.

Wir sind wohl, aber die Kälte ist mir sehr empfindlich und ich leide sehr an Heimweh nach dem Orient. Das trockenes Stroh Dreschen mattet meine Seele ab. Was man hier Politik nennt, ist ohne Schwung und ohne Größe, ohne jedes Herz für Deutschland, eitles, kleines Zeug, Rabulisterei und Schwäche. Ich bedauere die ehrlichen Leute, wie Graf Brandenburg und so viele andre, die sich dazu hergeben müssen.

Frau v. Meyendorff ist zurück. Sie war in London und Paris, und ihre liebste Erinnerung ist Brüssel. Sie frischte sich ganz auf an der unvergleichlichen, großartigen Haltung des Fürsten Metternich und erzählte mir viele Züge davon. Auch mit der Fürstin und mit der Mama war sie sehr zufrieden; es ist ein sehr gut zusammengreifendes Familienleben. — Ihn, Meyendorff, erwarten wir jeden Tag. — Feldzeugmeister Haynau soll, einer telegraphischen Nachricht zufolge, in London vom Pöbel mißhandelt worden sein. Die Sache ist wahrscheinlich; die vielen Flüchtlinge können ihm diesen Streich

gespielt haben, zu dem der edle Lord wohl ein Auge zudrückte. Die Eitelkeit, sein über alles gehender Fehler, trieb den Mann nach London. Er erwartete, fêtiert zu werden und vergaß, daß in England niemand fêtiert wird, außer wer England dient.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 20. September 1850.

Die gesteigerte Hartnäckigkeit des preußischen Kabinetts erklärt sich aus der Haltung Rußlands. Von drei Großmächten durch Zulassung, selbst durch Billigung und Beiwirken unterstützt, durch die Vorfälle in Kassel [1]) in der Hoffnung auf Umsichgreifen der Zerstörung gestärkt — warum soll es weichen? Es rechnet darauf, daß die Bundesversammlung ein totgeborenes Kind bleibe.

Das Recht hat aber auch seine Kraft. Es wird sich also darum handeln, daß die Bundesversammlung sich lebendig zeige. Dies kann sie in der Dänischen und in der Hessischen Frage, sowie in ihrem unbeirrten Übergang zur Revision. Ich habe vorgestern eine lange Unterredung mit dem vortrefflichen Prinzen Georg v. Strelitz gehabt, der mir auch die Überzeugung aussprach, daß, sowie mit Ernst an die Beschwichtigung von Holstein und Kurhessen gegangen würde, und sowie die Bundesversammlung Vorschläge über ein Centralorgan für die Exekutive, über ein beratendes Organ und über ein Schiedsgericht einbringt, Preußen die Vorhand abgewonnen wäre, und die schwankenden Glieder der Union abfallen würden. Es würde ihnen nämlich genehmer sein, im Rate von Deutschland mitzusprechen, als stumme Werkzeuge im Fürstenkollegium abzugeben.

[1]) Der Kurhessische Verfassungsstreit, welcher am 1. November zum Einrücken der vom Kurfürsten requirierten Exekutionstruppen führte.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. September 1850.

Die „Reform" giebt den Kommentar zur Ernennung des Herrn v. Radowitz[1]). Sie sagt mir nichts Neues, aber ihre Bestätigung der in meinen Berichten geäußerten Ansichten ist mir von Wert. Die hochwachsende Flut der Verlegenheiten einerseits, anderseits die leidenschaftliche Verblendung nötigten zu dieser Ernennung als einzigen Ausweg. Der Eindruck in der Stadt ist niederschlagend, aber dafür gebe ich nichts, denn mit ein paar Schlagworten lockt man die hiesigen Konservativen in jede Gothaer Kneipe.

Wir haben sonach eine „energische" Politik zu erwarten. Auch das Fürstenkollegium hat sich in diesen Tagen gerührt, wie ein Artikel des heutigen Staatsanzeigers bezeugt.

Ich begreife, daß alles an Warschau[2]) liegt. Einstweilen ist mir die Umwandlung im Ton des Herrn v. Meyendorff bereits sehr tröstlich und ein gutes Vorzeichen, da er ein paar Tage in Dresden verweilte.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 5. Oktober 1850.

Zuerst also wird Graf Brandenburg nach Warschau gehen, um den Kaiser durch seine Einfachheit und Ehrenhaftigkeit günstig zu stimmen. Er wird sich mit Euer Durchlaucht besprechen. Das kann gut sein. Wenn man seinen Worten aber in Warschau mehr Gewicht beilegt, als sie hier haben, so würde dies ein großer Vorteil für die Radowitz'sche Politik sein. Es wäre dadurch abermals ein offenes Einstehen des Kaisers von Rußland für Verträge und Rechte abgeleitet und der Schein der Zulassung ge-

---

[1]) zum Minister des Auswärtigen.

[2]) wo abermals ein längerer Aufenthalt des Kaisers Nikolaus und diplomatische Verhandlungen bevorstanden.

wonnen. — — — — Es wird sich aber früher noch darum handeln, ob der 15. Oktober Aussichten auf eine günstige Wendung eröffnet[1]). Thut er es, so bin ich selbst dafür, daß Herr v. Radowitz den König begleite, damit man doch den rechten Mann vor sich habe. Bleibt er zu Hause, so zerstört er am Ende alles wieder, was man in Warschau zugesagt haben kann. Giebt die Entrevue nur ein vages Resultat, so ist der Vorteil auf Seite Preußens.

Daß Preußen nach Machterweiterung verlangt, ist unbequem und wird es langhin bleiben; aber es geht aus seiner Natur hervor. Daß es die Herrschaft in Deutschland mit einem Ruck anstrebte, war unklug; daß es revolutionäre Mittel zu den seinigen machte, war schlecht und unklug zugleich.

Herr v. Meyendorff verlangt von uns, daß wir die Geschichte der zwei letzten Jahre vergessen. —. Er huldigt entschieden dem Dualismus. — Ich aber glaube, daß dieser nur Preußen zu gute kommen kann.

Jede Union, die dem Bunde aufgedrungen wird, halte ich für verderblich. Nachteilig ist selbst diejenige, die aus dem Bunde hervorgeht, aber sie mag ein unvermeidliches Übel sein.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 8. Oktober 1850.

Die Großfürstin Helene ist vorgestern abends angelangt, empfing gestern vormittags den Besuch des Königs, frühstückte dann in Potsdam und war nachmittags wieder in Berlin. Abends hatte ich die Ehre, ihr aufzuwarten und eine anderthalbstündige Unterredung unter vier Augen mit ihr zu haben.

Ich fand sie in den deutschen Fragen so unterrichtet, wie ich nur wünschen könnte, daß Kaiser Nikolaus es wäre. Dazu aber nahm sie mir die Aussicht. „Der Kaiser ist indigniert", sagte sie mir, „über die Haltung Preußens, aber er kennt die Details wenig. Auch sind seine verwandtschaftlichen Gefühle unverändert.

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 148.

Man muß ihm einen Weg zeigen, wie der König ehrenvoll aus seiner schlechten Lage herauskommen könne." „„Das war eben unsere Absicht"", bemerkte ich ihr, „„als wir die Bundesversammlung beriefen; das war sie wieder, als das österreichische Kabinett auf die Kommission wegen des Bundeseigentums einging; aber Preußen wies den einen Weg von sich und that nichts, um den zweiten fruchtbringend und dadurch möglich zu machen. Heute stehen sich die Gegensätze schroff gegenüber. Auf der einen Seite: die Verträge, das Princip der Autorität, Recht und Ordnung; auf der anderen: Mißachtung der Verträge, revolutionäre Doktrine, Eroberungsgelüste und Gewalt. Aber selbst heute noch, was hindert den König, was braucht er zurückzunehmen, wenn er sagt: Die Einigung Deutschlands war von jeher mein Ziel; ich habe es angestrebt durch den 26. Mai und durfte es anstreben auf diesem Weg, weil damals kein besserer offen lag; ich habe aber keiner Regierung Gewalt anthun wollen und darum die freie Vereinbarung zur Bedingung gestellt. Die größeren Staaten sind nicht beigetreten, andre haben sich losgesagt, und es sind nur diejenigen geblieben, die meines unmittelbaren Schutzes bedürfen; diesen werde ich ihnen gewähren, deshalb aber meinen ursprünglichen Wunsch nach Einigung Deutschlands nicht aufgeben. Ich werde mich daher mit Österreich über die Grundlagen der Gesamtverfassung Deutschlands verstehen, lasse einstweilen die Union ruhen und nehme keinen Anstand zu erklären und anzuerkennen, was alle Welt weiß und anerkennt, nämlich, daß die Verfassung vom 26. Mai auf den engeren Verband nicht mehr paßt, und daß demselben eine neue, der Gesamtverfassung unterzuordnende gegeben werden muß. Österreich und ich, wir treten dann beide vor unsere Gruppen hin, sagen ihnen: darüber sind wir einig, und führen sie zusammen. Das giebt die geeinigte Bundesversammlung, die nach unseren Vorlagen die Gesamtverfassung ausarbeitet. Ist diese gemacht, so bilde ich den engeren Verband aus, um meine Verpflichtung gegen ihn einzulösen.""

Der Großfürstin schien dieser Weg unabweisbar und ganz und gar mit der Ehre des Königs verträglich. Ich machte sie aufmerksam auf die nahende Gefahr der Kammern und auf den Zwang, den die herrschende Partei täglich auf den König übt.

Sie sagte, da müsse und könne der Kaiser von Rußland helfen. Ich antwortete: das könne er freilich, könne dem König die Binde von den Augen ziehen und ihm zeigen, daß die, die er für Freunde der Preußischen Sache halte, die Diener der deutschen demagogischen seien; aber er könne es nicht durch eine Sprache, wie die zuletzt in Warschau geführte, die als eine Zulassung ausgelegt werden konnte. „Er muß ernstlich eingreifen", sagte sie, „muß den König retten. Wenn ihm der Stand und der Weg klar gemacht werden, so wird er es gewiß. Ihr Kaiser und Fürst Schwarzenberg kommen ja nach Warschau."

„„Warum sollte nicht auch der König kommen""? — fragte ich. „Nein, der kommt nicht" — antwortete sie rasch und setzte dann bei: „und zu was würde es nützen? — Er würde ja doch hier wieder in alle Schlingen fallen. Nein, der Kaiser muß eine feste Erklärung geben, darin den mit dem Fürsten Schwarzenberg verabredeten ehrenvollen Weg dem König vorzeichnen und erklären, daß er sich gegen den wende, der ihn verlasse."

Ich bemerkte ihr, daß diese Alternative gar nicht nötig sei und mißverstanden werden könnte, da österreichischerseits ein Verlassen gar nicht vorkommen könne. „Der König muß zurückgebracht werden auf die rechten Wege", sagte sie, „das ist die Aufgabe. Der Kaiser wird gewiß dazu helfen; aber der Weg muß ihm klar sein, und sein verwandtschaftliches Gefühl muß geschont bleiben."

Sie war überaus artig und freimütig im Ausspruche. Leider geht sie nicht nach Petersburg.

Was ich aus den Äußerungen des Herrn v. Radowitz machen soll, ist mir noch nicht ganz klar. Für bloße Komödie ist es mir zu viel. Es wäre nicht unmöglich, daß der Mann, nachdem er an die „Grenze des Möglichen" zu streifen glaubt, wirklich aus der Patsche herausmöchte. Seltsam, daß der Leitartikel der heutigen „Kreuzzeitung" fast seinen mir geäußerten Ideengang wiederholt, ein Beweis, daß er auch der äußersten Rechten in demselben Sinne gesprochen hat, und die Leute ihm zu glauben anfangen. — Furcht ist offenbar wirksam, Furcht, daß man in Wien die Geduld verliere, und vor Warschau.

Die freien Konferenzen nahm er nun schon als vorbereitende an, hinter denen — wie 1820 — der Bundestag stehen bleibt.

Auch in der Sanktion des Beschlossenen durch den Bundestag fand er keine Schwierigkeit, weil dann die Übrigen beigetreten sein würden. — Wir sollten vertraulich die Hauptpunkte der Gesamtverfassung formulieren, sagte er. Es gäbe nichts, was Preußen nicht zugestehe, wenn ihm der engere Verein — eine Ehrensache und Notwendigkeit — nicht bestritten würde — es verstände sich, der engere Verein der Gesamtverfassung angepaßt. Wollten andre Staaten in ähnlichen Verband treten, z. B. Bayern mit Österreich, so stehe nichts entgegen. — Der Zoll- uud Handelseinigung sei er nicht entgegen.

Da ich nicht weiß, wie weit einstweilen die Dinge gereift sind, kann ich mir nicht eigenmächtig annähernde Schritte erlauben. Sonst nähme ich Herrn v. Radowitz beim Wort und brächte die preußischen Forderungen in klare Sätze. Man hätte eine Basis, oder den Ausspruch der Unvereinbarkeit dieser Forderungen mit dem Bestande des Bundes, nicht des alten, den wir auch nicht wollen, sondern des Bundes, wie wir uns denselben künftig denken. — Das wäre wenigstens Stoff zu einer Brücke, wenn es überhaupt eine giebt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 16. Oktober 1850.

Das Ziel, das ich festhalte, ist — wie Euer Durchlaucht nicht verkennen werden — die Verständigung, obwohl sich meine innerste Ansicht eigentlich wenig zu Palliativen neigt. — Trotz aller Worte finde ich den Abstand noch sehr groß. Preußen hat seinen Standpunkt außerhalb des Bundes und gegen denselben nicht verlassen. Wenn Warschau nicht dieses Übel hebt, so giebt es zur friedlichen Verständigung nur mehr die von Preußen selbst vorgeschlagenen Wege, und die parlamentarische Propaganda wird früher oder später die Union verwirklichen.

Die Wahl des Grafen Brandenburg, obwohl wahrscheinlich aus dem schon angedeuteten Wunsche und aus der Wirksamkeit, die man der Gräfin auf die Kaiserin zutraut, hervorgegangen, hat den Nachteil einer halben Maßregel. Man kann seine Sendung kaum für ernstlich (im Sinne der Verständigung) nehmen, wenn

nicht alles und jedes klar niedergeschrieben wird. Mündliche Verständigung hätte gar keinen Wert. — Radowitz und Partei sollen sehr gegen die Reise des Königs — von der nicht mehr die Rede ist — gewesen sein. — Ernstlicher würde mir die ganze Sache erscheinen, wenn Radowitz selbst nach Warschau gegangen wäre. Aus meinem Standpunkt müßte ich das für das Beste erklären, einmal weil die Möglichkeit heilsamen Einflusses auf ihn nicht ausgeschlossen ist und dann, weil er allein definitive Erklärungen geben könnte.

Graf Brandenburg traf am 17. Oktober in Warschau ein. Seine Aufgabe „ging im allgemeinen dahin, den Kaiser Nikolaus von der Berechtigung der preußischen Politik zu überzeugen, und damit Rußlands Billigung der preußischen Vorschläge in der Deutschen Verfassungsfrage zu gewinnen" u. s. w. (Sybel, II, 4). Baron Meyendorff, der inzwischen von Berlin nach Wien versetzt worden war, brachte am 23. Oktober einen Vorschlag Schwarzenbergs nach Warschau, der aber von Brandenburg zurückgewiesen wurde. Am 25. traf Kaiser Franz Josef, vom Fürsten begleitet, in Warschau ein. — Kaiser Nikolaus hatte dem Grafen Brandenburg von vornherein erklärt, daß er sich in die deutschen Angelegenheiten nicht einmischen wolle; doch billigte er den Entschluß des Kurfürsten von Hessen, die Bundeshilfe anzurufen, und richtete am 26. sogar eine „scharfe Mahnung" nach Berlin, die Bundestruppen am Einrücken in Hessen nicht zu hindern. Das Hauptgewicht aber legte er auf die Pacifikation Holsteins und erklärte, daß er einen Widerstand gegen die darauf abzielenden Maßregeln des Bundes als eine Beleidigung ansehen und die Konsequenzen daraus ziehen müßte und auch den Bundestag anerkennen würde. Seine Haltung war also im ganzen eine für Österreich günstige. — Mit der Ankunft des Kaisers Franz Josef und des Fürsten Schwarzenberg begann die Verhandlung über die Deutsche Frage. Auf die freien Konferenzen, welche Preußen zur Lösung derselben vorschlug, ging Schwarzenberg ein; von den sechs Punkten, die nach Brandenburgs Instruktion den Gegenstand der Konferenzen und die Basis der Bundesreform bilden sollten, verwarf er den ersten und dritten: Parität Österreichs und Preußens im Bundespräsidium und gemeinschaftliche

Ausübung der Exekutive durch die beiden Großmächte; dagegen nahm er den sechsten: die Union, in einer modifizierten Form, nämlich als Unierung der Einzelstaaten auf Grund des Art. XI der Bundesakte, an. Der zweite, vierte und fünfte Punkt: Bildung eines Bundesrats von 17 Stimmen, keine Volksvertretung am Bunde, und Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund, entsprachen Schwarzenbergs eigenem Programm. — In der Hessischen und Holsteinischen Frage beharrte der Fürst auf seinem Standpunkt, und Brandenburg gewann die Überzeugung, daß ein längerer Widerstand Preußens zum Kriege, und zwar auch zum Kriege mit Rußland führen würde. Am 29. „trennte sich die erlauchte Versammlung“. (Vergl. Sybel, II, wo die Warschauer Zusammenkunft im I. Kapitel ausführlich behandelt ist.)

Zur Beleuchtung der Situation lasse ich hier einen Auszug aus einem Briefe des Fürsten Schwarzenberg an Prokesch folgen:

„Warschau, 26. Oktober 1850.“

„— — — — — In die Verfassungsfrage geht man hier nicht tief ein, versteht sie nur halb und beschränkt sich in der Regel darauf, immer auf die Notwendigkeit hinzuweisen, sich mit Preußen im Interesse des Friedens und Deutschlands so oder so zu verständigen. Unser Gang wird als der legale, korrekte bezeichnet, Preußen in scharfen Ausdrücken getadelt; zuletzt kommt man aber wieder auf das Wünschenswerte einer friedlichen Einigung zurück und wiederholt das, was uns nichts nützt und in Berlin die Meinung bestärkt, daß Kaiser Nikolaus, um nur einem Konflikt vorzubeugen, den preußischen Anmaßungen seinen Schutz angedeihen lasse. — — — — — Hingegen wird Preußens Haltung und Vorgehen in der Hessischen wie in der Dänischen Sache richtig beurteilt und nach Verdienst gewürdigt. Ich kann mir hierbei kein Verdienst zuschreiben. Der gute Wille und die tiefe Einsicht des Grafen Nesselrode, sowie der richtige Blick des Kaisers, dem das Unrecht ein Greuel ist, haben die Ansicht des russischen Kabinetts hierüber vollkommen festgestellt. — — — — In der Hessischen Frage wird das Recht des Bundes, die von ihm verlangte Hilfe zu gewähren, vollständig anerkannt — Preußen jede Einsprache und noch mehr jede materielle Hinderung der vom Bunde zu ergreifenden Maßregeln abgesprochen. Sollte hieraus ein Konflikt oder ein Krieg entstehen, so wird Preußen die Verantwortung allein zur Last gelegt und in Berlin erklärt, daß

Rußland, die Ansichten Österreichs teilend, sich in dem Kampfe nur so lange neutral verhalten würde, als nicht andre fremde (d. h. nicht-deutsche) Regierungen sich zu Gunsten Preußens daran beteiligen. In den Dänischen Angelegenheiten sollen die Erklärungen noch weit bestimmter lauten. Das Einschreiten des Bundes wird als ein Recht oder vielmehr als eine Pflicht desselben erkannt, und erklärt: daß jeder Versuch, die Wirksamkeit des Bundes in der Pacifikation Holsteins zu hindern oder zu erschweren, ein thatsächliches Einschreiten Rußlands, z. B. die Vorrückung eines russischen Heeres nach Preußen, zur Folge haben würde. — — — — — — Mit Brandenburg habe ich viel gesprochen. — Er hat eingesehen, daß die Union, ungeachtet der zugestandenen Unausführbarkeit der Verfassung vom 26. Mai, ein für uns unübersteiglicher Stein des Anstoßes ist, und daß nach dem, was vorausgegangen, nur deren offizielles und klar ausgesprochenes Aufgeben uns Beruhigung und Vertrauen in die Absicht Preußens gewähren könne. — — — — —

Sprechen sie versöhnlich, wie wir es auch immer sind; bleiben Sie aber fest bei dem einmal Gesagten, von dem wir nicht abgehen werden".

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. Oktober 1850.

Die ohne Rückhalt drohende Sprache des Herrn v. Radowitz gestern erkläre ich mir durch die Bregenzer Übereinkunft [1]), von der er den Wortlaut kennen gelernt haben mag. Der Befehl an die Gardekavallerie zur Marschbereitschaft für heute mag die erste Aufwallung gewesen sein, seine Sprache gegen mich die zweite.

Nach dieser Sprache müßte ich den Entschluß gefaßt glauben, die Bayern, falls sie in Kurhessen einrücken, feindlich zu behandeln. — Was die Leichtigkeit betrifft, mit welcher Herr v. Radowitz den allgemeinen Krieg in seine Berechnungen zieht, so mag Übermut daran teilhaben. Daß er aber, wenn mit seiner propagandistischen

---

[1]) am 11. Oktober abgeschlossen zwischen Österreich, Bayern und Württemberg über den Einmarsch der Bundesexekutions-Truppen in Kurhessen.

Union bis an den Krieg gelangt, eher diesen wagt als jene und die Diktatur in Deutschland aufgiebt, glaube ich fest.

Vielleicht mag aber die Sprache des Herrn v. Radowitz auch nur den Zweck gehabt haben, den Einmarsch in Hessen bis auf Entscheidung aus Warschau zu hemmen. Während sein Vorschlag nur die gemeinschaftliche Exekution beanspruchte, drohte seine Sprache mit der ausschließenden Besetzung. Er scheint zu erwarten, daß der Kaiser von Rußland seinen Vorschlag der Kommission in der Hessischen, wie in der Holsteinischen Sache beantworte. Er will also dazu die Zeit gewinnen, und sagt es offen. Seine Sendung nach Holstein hatte außer der Absicht, die Diktatur zu üben, wohl auch die, sich Rußland gefällig zu erweisen und dabei die Frage offen zu halten. Es ist im allgemeinen ein Grundsatz der Radowitz'schen Politik, keine Frage zum Abschluß gelangen zu lassen. Das macht Völker und Regierungen mürbe und neigt die Diplomatie, de guerre lasse, preußischen Projekten zu.

Im Fall man auf die bayrischen Truppen schießt, kann ich wohl nicht anders, als meine Pässe verlangen. Ich erwarte darüber Euer Durchlaucht Befehle.

In Beantwortung dieses Briefes schrieb Schwarzenberg aus Warschau am 28. Oktober an Prokesch unter anderm:

„Ich muß aus Ihrem Berichte schließen, daß man es in Berlin zum Bruche treiben will. — — — — — Ich vermute, daß die Arroganz der Sprache, die Herr v. Radowitz gegen Sie geführt, hier große Wirkung hervorbringen wird. Den Inhalt meines Schreibens vom 26. kann ich heute vollkommen bestätigen. Es sind offizielle Schriften gewechselt worden. In der Dänischen Angelegenheit wird der einer Bundesexekution entgegengesetzte Widerstand von Seite Rußlands als ein casus belli erklärt." — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. Oktober abends.

Alles steht geradezu auf den Krieg, und dennoch will niemand daran glauben. Herr v. Radowitz war heute, sagte Herr v. Budberg, wie ein angeschossener Eber. Dreimal mußte ihn dieser um Mäßigung bitten. „Er werde, trotz Rußlands unbegreiflichen Drohungen, die Bundestruppen mit Waffen zurückweisen" u. s. w. Budberg frug ihn, ob er denn nicht begreife, daß dies auch der Krieg mit Rußland sei? — „Das wisse er", sagte er, „aber das sei ihm alles eins, und der König denke geradeso wie er."

Die Mobilmachung der Armee hat er aber vorderhand nicht erlangt. Man wartet auf Graf Brandenburg. Man glaubt nämlich, daß dieser die Verständigung in der Hauptsache mit sich bringe, und daß man durch diese die beiden flagranten Fragen totschlagen werde. Widerstrebt Herr v. Radowitz, so sollen Graf Brandenburg und Manteuffel ihre Entlassung verlangen. Der König werde darauf Radowitz fallen lassen. — Wie viel Konjekturales in diesen Voraussetzungen ist, fällt in die Augen. Vorausgesetzt, die beiden gäben ihre Entlassung, so könnte noch ein Ministerium Radowitz-Gotha pur sang folgen. Fiele Radowitz, so würde er allerdings sein System begraben.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. November 1850.

Baron Manteuffel (der Minister) gab mir diesen Abend die Ehre zu mir zu kommen, um mich von dem Resultat des heutigen Ministerrats zu verständigen. Nach langem Kampfe hat Herr v. Radowitz den kürzern gezogen. Der König entschied sich für den Frieden, ließ auch die Idee der Mobilmachung von 200.000 Mann fallen und ging in diejenige der Verhandlung auf die von Graf Brandenburg aus Warschau gebrachten Grundlagen ein. Herr

v. Radowitz erklärte hierauf, seine Entlassung nehmen zu müssen. Der König nahm sie mündlich an[1]).

Herr v. Manteuffel hofft, daß der König festhalten werde. Er bittet mich aber dringend, daß Euer Durchlaucht dem König den Systemwechsel erleichtern, indem Sie die Truppenzüge keinen Preußen bedrohenden Charakter annehmen lassen, und denselben ein Motiv beilegen, welches die öffentliche Meinung in Preußen schont.

In Kurhessen ist General v. Groeben eingerückt. Er hat den Befehl, jeden Konflikt zu vermeiden. — Manteuffel stützte sich darauf, daß das Einrücken noch nicht der Krieg sei. Ich sagte: streng genommen sei er es, aber ich hielte mich an das Wort, dem zufolge nur der erste Schuß entscheide. Er schien in großer Angst über die Möglichkeit eines Konflikts.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 3. November 1850.

Früh morgens ließ mir Graf Brandenburg sein Bedauern ausdrücken, mich nicht sehen zu können, da er bettlägerig sei. Ich hörte, daß er gestern ganz elend vom Ministerrat zurückgekehrt war, und sein Zustand des Morgens ernstliche Besorgnisse erregte.[2])

Auch in der gestrigen Sitzung ging der Antrag des Herrn v. Radowitz auf Verhandlung; nur wollte er 200.000 Mann daneben in Waffen aufgestellt haben, und an dieser Forderung scheiterte er zuletzt. Die beiden Minister Ladenberg und v. d. Heydt

[1]) Schon in dem tags vorher abgehaltenen Ministerrat, in dem Graf Brandenburg über seine Warschauer Mission Bericht erstattete, und General v. Radowitz jeden Gedanken an Nachgiebigkeit verwarf, trat Baron Manteuffel energisch für den Frieden ein, und erklärte sogar „rückhaltlos, daß Preußen keinen Rechtstitel zum Einschreiten in Hessen besitze, Österreich aber guten Grund zum Begehren völliger Auflösung der Union habe". Nachdem nun auch der Kriegsminister erklärte, daß Preußen einem Krieg gegen Österreich und Rußland „nicht gewachsen" sei, brach der König den Ministerrat ab und vertagte die Fortsetzung auf den folgenden Vormittag (Sybel, II, 25 u. f.).

[2]) Graf Brandenburg starb am 6. November.

hatte er eben durch den Vorschlag der Verhandlung gewonnen. Nach meinem Gefühl möchte man in allen Forderungen kein Haar breit nachgeben, aber die Wirksamkeit des Bundes lähmen, und die bei der hiesigen Popularitätspolitik so empfindlichen Drohungen Österreichs hintanhalten.

Ich habe Herrn v. Manteuffel gesagt, daß die begonnene Wirksamkeit des Bundes nicht unterbrochen werden könne, und ebensowenig der Marsch der österreichischen Truppen, hervorgerufen durch die unklugen Drohungen des Herrn v. Radowitz. Welche auch die Verhandlungen seien, der Einmarsch in Hessen nötigt uns zu einer Stellung am Main und rechtfertigt das Dortsein unserer Truppen.

Den anbefohlenen Protest[1]) überreiche ich morgen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. November 1850.

So groß früher die jactance war, so groß ist jetzt die Niedergeschlagenheit.

Schonung verdienen sie durchaus nicht mehr, als mit der Durchführung aller unserer Interessen verträglich ist. In der Hessischen Sache ist die Räumung gerade nur das Aufgeben des Unrechts, also nicht zu viel. In der Holsteinischen ist unsere Beteiligung an der Exekution ein thatsächliches Zeichen der Macht, die Preußen in den Hintergrund zu schieben bemüht war. Der unverzögerte Gang in dieser Sache ist auch eine Nötigung für Preußen, sich mit der Anerkennung des Bundesorgans zu beeilen, denn nur dann hat es Aussicht auf Mitbeteiligung, die mir, als Gegensatz seiner früheren Handlungsweise, wünschenswert scheint. — „Sie werden natürlich finden“, sagte ich Herrn v. Manteuffel, „daß unsere Bevollmächtigten am Bundestage sitzen bleiben, und daß die Ihrigen sich dazusetzen“. Er widersprach dem nicht.

---

[1]) gegen den Einmarsch der Preußen in Hessen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 7. November 1850.

Die durch die Mobilmachung[1]) veranlaßte Aufregung ist sehr groß, aber von verständigen Leuten glaubt niemand an den Krieg.

Herr v. Lecoq[2]) erklärte mir die Mobilmachung als eine Friedensmaßregel. — — — — Er verlangte, daß Österreich Preußen helfe. Ich bat mir die Erklärung aus, was er darunter verstehe. „Fordern Sie keine ausdrückliche Lossagung und Verwerfung der Vergangenheit. Wir werfen sie über Bord. Das Ministerium ist ganz einig darüber, ganz entschlossen dazu. Aber begnügen Sie sich mit den Thatsachen. — Drängen Sie auch nicht in Bezug auf Hessen. Wir gehen heraus, aber lassen Sie uns Zeit."

Ich habe in allem sehr versöhnlich geantwortet. Ich glaube, daß es ihnen ernst ist mit der Verständigung. Sie bezahlen die Radowitz'schen Träume etwas teuer, aber das verdienen sie. Sie machen den Bravo und bitten, daß man es nicht übel nehme. Sie werden in allem nachgeben, aber den Schein wollen sie retten.

Fürst Schwarzenberg an Prokesch.

„Wien, 8. November 1850."

„Will Preußen an die Verfolgung der Radowitz'schen Politik und an die Behauptung der daraus hervorgegangenen (unhaltbaren) Stellung den Krieg setzen, so haben wir nichts dagegen. Will es den Krieg nicht, so wird es ein großes Interesse haben, seinen politischen und militärischen Rückzug in so anständiger Haltung als möglich, aber gewiß ohne unnützen Zeitverlust zu bewerkstelligen. In der Form wollen wir gerne milde sein und dem Herrn Minister v. Manteuffel das schwierige Geschäft erleichtern, — — — — ein absichtlich verrückt gemachtes Publikum zur Vernunft zurückzuführen. Was wir wünschen und ein Recht

1) angeordnet am 6. November.

2) Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren, an Stelle des Herrn v. Sydow ernannt.

haben zu begehren, das sind Garantien, daß wir durch Zuwarten nicht verlieren. — — — — Beruhigen Sie Herrn v. Manteuffel und kräftigen Sie alle, die so denken wie er. Sie mögen herantreten, und wir kommen noch als gute Freunde auseinander".

Während Fürst Schwarzenberg am 8. November diese Zeilen schrieb, fand zwischen den preußischen Vorposten und den anrückenden Bundestruppen bei Bronzell der Zusammenstoß statt, bei dem fünf österreichische Jäger verwundet wurden, und zwar hatten die Preußen das Feuer eröffnet. Daraufhin erhielt Prokesch am 9. abends telegraphisch die Weisung, die Zurückziehung der preußischen Truppen kategorisch zu fordern, umgehende Antwort auf die darauf bezügliche Frage zu verlangen, und — im Fall einer ungenügenden Antwort — sofort seine Pässe zu nehmen und Berlin zu verlassen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. November 1850 abends.

Wie eine Bombe fällt mitten in die Friedensbestrebungen die telegraphische Weisung von heute 2 Uhr. Ich werde morgen unverzüglich die Frage stellen, die Antwort einschicken und mich dem Befehl gemäß benehmen.

Daß der Vorfall aus Soldatenübermut preußischerseits hervorgegangen, kann ich nicht bezweifeln, da der Befehl an General von Groeben vorgestern entschieden gegangen ist, Fulda zu räumen und sich auf die Etappenstraße bei Hersfeld zu ziehen.

Ich hege keinen Zweifel, daß Manteuffel, von sehr vielen vernünftigen Leuten unterstützt, den Frieden will, und daß der König sich in den Systemwechsel hineinfindet. Von ihm selbst kommt die Änderung in der Antwort, daß man sich mit der Erklärung Österreichs (rücksichtlich der Bundesbesetzung von Kurhessen) zufriedenstelle. — Ich glaube selbst nicht, daß heute eine sofortige

Räumung ausgesprochen werden kann. Das Ministerium ist nicht stark genug dazu. Aber thun werden sie es und sicherlich bald.

Der Krieg brächte notgedrungen ein extremes Ministerium oder gar wieder Radowitz. Mit Manteuffel ist der Friede möglich. Steht das Ministerium Manteuffel nur acht Tage, so sind die Leidenschaften bis zu dem Grade beschwichtigt, um die Regierung offen den Weg der Verständigung betreten zu lassen. — — —

In einer Unterredung, die Prokesch noch am 9. abends mit Baron Manteuffel hatte, bemühte sich dieser, den Vorfall von Bronzell, den er lebhaft beklagte, als einen Ausbruch von Soldatenübermut zu entschuldigen. Im übrigen wies er auf eine nach Wien gerichtete Depesche hin, welche schon tags vorher beschlossen und soeben — unter dem Eindruck dieses Vorfalls — eiligst redigiert worden war. Sie gestand die förmliche Aufhebung der Unionsverfassung, sowie die unbehinderte Zulassung der Bundesexekution zu — zwei Konzessionen, die Fürst Schwarzenberg in einer Depesche vom 6. November gefordert hatte; auf die Zurückziehung der preußischen Truppen dagegen ging sie nur bedingungsweise ein, indem sie sie von der Gewährung einer Garantie bezüglich der Dauer und des Zwecks der Bundesexekution abhängig machte. — Diese Auskunft konnte Prokesch nach seiner Instruktion nicht befriedigend finden; er hatte jedoch, mit Rücksicht auf die peinliche Lage des Ministers, von vornherein beschlossen, die offizielle Ausführung seines Auftrags auf den folgenden Tag zu verschieben, und vorher — auf eigene Verantwortung — einen letzten Schritt zur Hintanhaltung des Bruchs beim König selbst zu unternehmen.[1]) Demnach suchte er für den 10. um eine Audienz an, die ihm umgehend gewährt wurde. In dieser denkwürdigen Unterredung bestand Prokesch zwar auf der Zurückziehung der preußischen Truppen, doch nahm er es auf sich, die Erfüllung dieser Forderung zu erleichtern, indem er — dem Sinne seines Auftrags entgegen — eine Frist für die Durchführung des Rückzugs einräumte. — Damit war dem Kon-

[1]) Nicht unwesentlich hatte seine Frau zu diesem Entschluß beigetragen, indem sie mit beweglichen Worten hervorhob, welch beschwichtigenden Einfluß die Verzögerung des entscheidenden Schritts üben würde.

flikt die Spitze abgebrochen und die friedliche Beilegung angebahnt. — Der Bericht über die Audienz steht mir leider nicht zur Verfügung. Doch giebt der folgende, zu seiner Ergänzung geschriebene Brief, sowie der Aufsatz „Berlin I“, den ich im Anhang folgen lasse, interessante Einzelheiten aus ihrem Verlauf.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. November 1850.

Ich gehe von der Ansicht aus, daß Euer Durchlaucht die unbegrenzte Wirksamkeit in Kurhessen und Holstein, aber auch wo möglich die Verständigung mit Preußen wollen. Das ist erreicht und der Sieg vollständig; eine für uns leere, für Preußen wichtige Formfrage kann zwei Tage Zeit verlieren machen; das ist alles. Preußen ficht nur mehr für den Rückzug. Die Brücke ist unerläßlich.

Der König war in einem fürchterlichen Zustand, gebrochen bis in die Seele hinein. Er verteidigte seine Absichten, um mir zu beweisen, wie er mit uns über alle Principien, über alle letzten Zwecke einig. — Ich ließ ihn gewähren und nahm bloß Akt von dieser Gesinnung. Er erkannte in der Hessischen Sache uns alles Recht zu und nahm die Frage bloß aus politischem Gesichtspunkte und aus dem seiner Stellung zur öffentlichen Meinung im eigenen Lande. Ich kann sagen, er bat auf das Dringendste, ihm mit den verlangten Garantien die Möglichkeit des Bestehens vor der Kammer und der Rückkehr zum alten System der innigen Vereinigung mit den beiden Kaiserhöfen zu geben.

Gegen Bayern ist er auf das Äußerste gereizt, und teilt darin die allgemeine Stimmung. Will man die friedliche Lösung, so liegt wohl eine der sichersten Garantien darin, daß man die Berührung zwischen bayrischen und preußischen Truppen möglichst hindere und dafür österreichische gebrauche. Ich sagte dem König, daß ich in Folge des Vorfalls vom 8. den Vormarsch der Truppen des Feldmarschall-Lieutenants Legeditsch voraussetze. Er war sehr

zufrieden damit, und seine seltsame Idee, die Etappenstraße durch österreichische oder hessische Truppen sichern zu lassen, paßt dazu und folgt aus der Äußerung: er wolle zunächst den größeren Teil der seinigen, später alle auch von der Etappenstraße wegziehen.

Über Radowitz sprach er zärtlich und legte ihm Ansichten bei der korrektesten Art und Natur. Er habe ihn dem Kaiser von Rußland geopfert, dessen irrige Ansicht über den Mann zu heilen der Drang der Zeit nicht erlaubt habe. Er wußte mir sehr Dank, daß ich den Charakter des Mannes nicht angriff und ihm nur Irrungen zutraute.

Von der Idee einer Art von Verschwörung zwischen Bayern und Württemberg gegen Preußen war er nicht abzubringen. — Ich sagte ihm zuletzt, er irre sich gewiß, aber gesetzt, er irrte sich nicht, so sei das gleichgiltig, denn das kaiserliche Kabinett werde sich nicht aus seiner Bahn der Mäßigung und des Rechts drängen lassen.

Er lobte Euer Durchlaucht sehr, nannte Sie immer seinen lieben Freund und machte einen ungeheueren Unterschied zwischen Euer Durchlaucht und den Staatsmännern andrer Kabinette. Über den Kaiser sprach er mit solcher Rührung, daß er weinte. Er kam auf die alte Idee vom Römischen Kaiser zurück, dessen Konnetabel er sein wolle.

Ich schied sehr gut von ihm. Er konnte nicht zweifeln, daß ich dem Frieden das Wort führte, aber auch den unerläßlichen Bedingungen desselben.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 14. November 1850.

Daß die hiesige Regierung in der schwersten Lage sei, ist unverkennbar. Das Fiasko ist so riesengroß, daß alle Bemäntelungen auch nicht einen Menschen täuschen. Ihr zu helfen, ihr möglich zu machen, den Nachlaß des Herrn v. Radowitz abzuschütteln, lasse ich mir nun mit gleichem Eifer angelegen sein, als

früher den Widerstand. Ich spreche ganz Frieden, finde alles leicht, was noch aussteht.

Die Besetzthaltung der Etappenstraße bis zur Wiedereinsetzung der landesherrlichen Regierung in Kurhessen ist wirklich eine Lebensfrage für das Ministerium. Ich kann nicht dagegen an und habe nur die Zeitbeschränkung ausgesprochen, ohne Widerspruch zu begegnen. Dagegen findet die Bedingung, daß die Bewegungen der Bundestruppen dadurch nicht gehindert werden dürfen, volle Anerkennung.

Daß die Expedition nach Holstein ohne Verzug stattfinde, halte ich für sehr wichtig. Österreichische Truppen am Belt, das ist eine entscheidende Antwort auf das Geheul der Gothaer, die uns aus Deutschland hinauszuwerfen meinten!

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 16. November 1850.

Mein Bericht von gestern hat Euer Durchlaucht in Kenntnis gesetzt von dem Eindruck der Depesche vom 13.[1]) Man kam gestern im Ministerrat zu keinem Beschluß, beriet heute wieder und brachte das Resultat abends zur Kenntnis des Königs.

Aus indirekter Quelle weiß ich, daß man von der Ansicht ausging, daß das Zurückziehen der Truppen von der Etappenstraße eine Unmöglichkeit sei. Man suchte nach expédients, geriet auf die Idee einer positiven Erklärung, daß die Aufstellung keinen anderen Zweck als den der Sicherung habe, und die Bewegungen der Bundestruppen nicht im geringsten hindern solle. Da ich als Argument geltend gemacht hatte, daß die bloße Anwesenheit preußischer Truppen schon den passiven Widerstand steigere und dem Bunde seine Aufgabe erschwere, so wollte man noch beisetzen, daß die preußische Aufstellung ausschließlich im preußischen In-

---

[1]) in welcher Schwarzenberg die preußischen Zugeständnisse annahm, jedoch neuerdings auf die Räumung Kurhessens drang.

teresse stattfinde und gar nichts mit der Autoritäts- und Verfassungsfrage zu thun habe. Schließlich kam man auf den Beschluß, die von mir als nahe angekündigte Erklärung abzuwarten, um zu sehen, welche Garantien und in welcher Form sie sie biete.

Die Mobilisierung wächst hier zu einem Gespenst heran. Man fürchtet sich vor sich selbst und nicht ohne Grund. Was soll man den Leuten sagen, um sie nach Hause zu schicken? — Die Kammern, deren Eröffnung nächsten Donnerstag stattfindet, sind eine andere Folter.

Es ist hier ein Zustand maßloser Verlegenheit. Die volle Saat ist aufgegangen. — Die Mobilmachung wird enden, wie die badische Truppenverlegung.

Fürst Schwarzenberg an Prokesch.

„Wien, 20. November 1850."

„— — — — — — Die uns immerwährend entgegengehaltenen Umstände der aufgeregten öffentlichen Meinung, der kriegerischen Strömung, der bedrohten Waffenehre u. s. w. sind die unausbleiblichen Folgen der früheren politischen Ausschweifungen; wenn man durch Jahre Wind säet, so erntet man Sturm. Das kann den König nicht überraschen. Daß wir auf die Lage der preußischen Regierung Rücksicht nehmen, daß von hier aus alles nur Mögliche geschieht, um das leider nur zu schwache gesunde Element im Berliner Kabinett zu unterstützen und zu kräftigen, muß doch anerkannt werden. Über eine gewisse Linie hinaus muß man uns aber nicht zu drängen versuchen. Ich gestehe, daß der Verdacht: man suche hinzuhalten, um Zeit zur Vervollständigung der Rüstungen zu gewinnen, sich hier mehr und mehr befestigt; sagen Sie das Herrn v. Manteuffel, und ich glaube, er wird es natürlich finden. — — — — Wenn man in unserer Erklärung keine hinlängliche Bürgschaft für unsere Gesinnungen und Absichten erkennt, so kann ich nicht helfen; mehr kann nicht gesagt werden. — — — — — Wenn man unserer Erklärung nicht traut, wenn man sie nicht genügend findet, um die preußische Ehre sicher zu stellen, so müßte ich bemerken, daß

dieses Mißtrauen einer Insulte sehr nahe käme, und daß — mit allem Respekt vor Preußens Gefühlen — wir, wenn man uns drängt, auch eine ähnliche Regung verspüren dürften — was uns vielleicht auch nicht übel zu nehmen wäre. — — — — —"

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 22. November 1850.

Graf Westphalen, den Ruf und Handlungsweise als Ehrenmann bezeichnen, geht nach Wien als Mann des Vertrauens. Graf Bernstorff wird als krank betrachtet.

Der Friede steht auf sehr schwachen Füßen. Ich unterlasse gewiß nichts, was sie stärken kann, und Euer Durchlaucht Briefe liefern mir trefflichen Stoff dazu, den ich nach allen Seiten verwerte. Aber die gänzlich unberechenbaren Elemente sind zahlreich und ebenso diejenigen, die nicht überzeugt sein wollen.

Die ungeheuere Frage ist gleichsam auf ein Duell zwischen Manteuffel und Ladenberg reduziert. Jener ist der Friede und dieser der Krieg.[1])

Die Rüstungen gehen unaufgehalten, mit größter Anstrengung fort. — — — — — —

Morgen werden wir klarer sehen. Einstweilen freue ich mich, daß die Wahl des Grafen Westphalen wenigstens einem Bedürfniß entspricht. Alle Äußerungen Manteuffels sind gut. — Ob die Vernunft, ob der Unsinn obsiegt? — Die Gothaer, die wissen, was sie wollen, ziehen einen Teil des Ministeriums, der seinen eigenen Willen nicht versteht, und wahrscheinlich die Kammermajorität hinter sich her. — Die Entscheidung wird beim König liegen.

[1]) Minister Ladenberg sprach sich im Ministerrat entschieden gegen die Zurückziehung der preußischen Truppen aus.

Der preußischen Winkelzüge müde, beauftragte Fürst Schwarzenberg Prokesch, dem Berliner Kabinett anzuzeigen, daß die Bundestruppen am 27. auf Kassel vorrücken und einem etwaigen Widerstand Waffengewalt entgegensetzen würden; gleichzeitig habe er sich binnen 48 Stunden Antwort auf die Fragen zu erbitten: 1. ob die Bundestruppen ungehindert nach Kassel marschieren könnten, und 2. ob die entsprechenden Befehle an den preußischen Kommandierenden, Generallieutenant v. Gröben, abgegangen seien? — Prokesch empfing diese Weisung am 24. Am selben Tage hatte Baron Manteuffel, noch ohne Kenntnis von diesem Ultimatum, an den Fürsten Schwarzenberg die Einladung zu einer Zusammenkunft an einem vom Fürsten zu bezeichnenden Ort gerichtet.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 24. November 1850.

Ist die Antwort auf die morgen zu stellenden Fragen genügend, so ist eigentlich der Anstand der Besetzthaltung der Etappenstraße umgangen. Das Durchlassen ist noch kein Räumen, aber die preußischen Truppen wären dabei zu einer so albernen Rolle verurteilt, daß sie gewiß nicht stehen bleiben.

Ist die Antwort nicht genügend, so denke ich, Euer Durchlaucht senden mir die Ermächtigung, meine Pässe zu verlangen, und ein kurzes Ultimatum. — Darüber geht die für die Adresse[1]) nötige Zeit hin. Fällt sie friedlich aus, so kann man mein Ultimatum friedlich beantworten. Ist sie feindlich, so wird die Antwort es auch sein; dann nehme ich die Pässe und gehe nach Dresden.

Rußland sagte: Hinderung der Expedition nach Holstein nehme ich als Kriegserklärung. Die Sperre der Etappenstraßen und die braunschweigische Chicane[2]) sind aber Hinderung der

---

[1]) in den preußischen Kammern, welche am 21. November mit einer anscheinend kriegerischen Rede des Königs eröffnet worden waren.

[2]) Braunschweig wollte sich dem Durchmarsch der Exekutionstruppen widersetzen und rief — zur nicht geringen Verlegenheit des Berliner Kabinetts — Preußens Schutz an.

Expedition nach Holstein. Ist es also nicht aus andern Gründen zu gefährlich, die Russen zu engagieren, so müßte die Holsteinische Frage vorangestellt werden.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. November 1850.

Euer Durchlaucht werden sich manchmal gewundert haben, daß ich in Baron Manteuffel so viel Vertrauen habe. Sie kannten meine frühere Ansicht. Ich fühlte, daß jedes Mißtrauen diejenigen, die bei ihm schwören, erkalten machen würde, und dann war und ist anzunehmen, daß Manteuffel die Überzeugung so vieler ordentlicher Leute hier teilte, die alle den Krieg als Unheil betrachten. Sein Benehmen war überaus offen gegen mich, selbst in tausend Kleinigkeiten. — — — —

Ich rühre mich seit gestern nicht, denn alle Worte sind überflüssig. — Die Kriegslust ist in der öffentlichen Meinung gewaltig herabgestimmt. Eine Deputation der Rechten ging heute nach Potsdam, den König um Frieden zu bitten.

Ich setze keinen Glauben in die verlangte Unterredung. Sie scheint mir bloß Zeitgewinn zu beabsichtigen. Räumen sie Kassel, so finde ich sie annehmbar. Habe ich morgen bis 2 Uhr keine Antwort, so zeige ich's Euer Durchlaucht telegraphisch an.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. November 1850.

Im Augenblick des Schlusses der Expedition erhalte ich die anliegenden Zeilen des Freiherrn v. Manteuffel.[1]) Ich habe die verlangten Päſſe für ihn und seine Begleiter vidiert.

[1]) Baron Manteuffel bat darin um Vidierung seiner Päſſe, da er auf Befehl des Königs „noch diese Nacht nach Oderberg, vielleicht nach Wien" reise zu einer Zusammenkunft mit dem Fürsten Schwarzenberg. — „Dieser

Mögen meine Besorgnisse sich nichtig erweisen und die Besprechungen zu wünschenswerten Resultaten führen! Ohne ganz sichere, schriftliche Garantien ist nicht zu trauen. Aber dieser plötzliche Entschluß deutet vielleicht auf Gutes!

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. November 1850.

Der heutige Tag hat nur Friedensdemonstrationen gezeigt. General Wrangel sprach mir in den stärksten Ausdrücken gegen den Krieg, in einer Weise, die wahr sein muß. — Der Präsident der ersten Kammer, Graf Rittberg, versicherte mich heute, für die erste Kammer einstehen zu können; sie habe sich gestern dem König in friedlichem Sinne ausgesprochen, sie thue es heute wieder u. s. w.

Manteuffel ist gleichbedeutend mit der Politik des Friedens. Noch ein paar Tage dieses Zuges und die ganze öffentliche Meinung ist umgestimmt.

An die Sendung Manteuffels knüpft die Kriegspartei die Hoffnung, daß er sich dabei den Hals breche. Bringt er kein Arrangement, so ist dies die natürliche Folge; bringt er eines, so hofft man, ihn desavouieren zu machen, wie dies Grafen Brandenburg geschehen ist. Einstweilen wächst aber die Friedenspartei selbst im Conseil. Der Justizminister, bis nun auf der Kriegsseite, legte gestern mit Manteuffel und Stockhausen zugleich seine Demission

---

plötzliche Entschluß" war durch Prokeschs Note vom 25. herbeigeführt worden; nach Empfang derselben telegraphierte der König aus Potsdam an Manteuffel: „Telegraphieren Sie nach Wien sogleich: ich sendete Sie zum Fürsten als Überbringer guter Botschaft und erwarte einen guten Empfang für Sie. Dann die Anfrage über den Ort. An Prokesch kann dasselbe gesagt werden." (Sybel, II, 52). — Der Fürst entschloß sich nur ungern, auf die verlangte Unterredung einzugehen, und erst um Mitternacht empfing Manteuffel das „ersehnte" Telegramm des Grafen Bernstorff, daß der Fürst — auf Befehl des Kaisers — am 28. in Olmütz eintreffen werde. Manteuffel reiste am 27. dahin ab. —

vor, wodurch den drei Kriegsmännern, Ladenberg, Rabe und v. d. Heydt, Schach geboten wurde.

Vorgestern hielt ich die Sache für verloren. — Ich erwarte mit Sehnsucht die nächsten Weisungen.

Fürst Schwarzenberg und Baron Manteuffel trafen am 28. nachmittags in Olmütz ein und begannen abends die Verhandlungen, welche am 29. fortgesetzt und zum Abschluß gebracht wurden. Manteuffel mußte alle wesentlichen Forderungen seiner Instruktion, unter denen der Anteil am Bundespräsidium obenan stand, aufgeben und sich zur Unterzeichnung der folgenden Punktationen bequemen: Preußen willigt in die Besetzung Kurhessens durch die Bundestruppen und in deren Durchmarsch durch die preußische Aufstellung hindurch nach Holstein; gemeinsame Besetzung Holsteins durch österreichische und preußische Truppen; freie Konferenzen in Dresden zur Lösung der Deutschen Verfassungsfrage; beiderseitige Abrüstung noch vor Eröffnung dieser Konferenzen. — Dieses Übereinkommen wurde in Preußen als eine Niederlage empfunden; doch gelangt Sybel (II, 69) über vierzig Jahre später zu dem Schlusse, daß — „vom militärischen Standpunkt“ — es gut war, „daß sich ein Manteuffel fand, um einen Frieden wie den Olmützer auf sich zu nehmen“.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. November 1850 abends.

Herr v. Manteuffel ist heute nachmittags hier eingetroffen. Niemand erwartete ihn so bald. Er übergab mir die wichtigen Blätter, womit mich Euer Durchlaucht unter gestrigem Tage beehrten. Er ist durchdrungen von dem Gefühl, seinem Vaterlande einen rettenden Dienst geleistet zu haben, indem er ihm die Möglichkeit erwirkte, aus den Irrwegen auf ehrenvolle Weise in das konservative Lager hinüber zu gehen. Er ist nicht weniger durchdrungen von der Erkenntnis der versöhnlichen Gesinnung, die Euer

Durchlaucht an den Tag gelegt haben, und ist überzeugt, daß Euer Durchlaucht wirklich bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind. An dieser Grenze steht die Ehre beider Reiche Wache. — Ich hoffe, man wird das begreifen, und die eigene Hochschätzung nicht bis zu unserer Unterschätzung treiben.

Die Einsicht der Vorzüge des Friedens hat in allen Kreisen so entschiedene Fortschritte gemacht, daß der Druck der Kriegspartei eigentlich gar nicht mehr besteht. Der Krieg ist nur mehr der Wunsch und die Berechnung einer Koterie. Ich kann nicht glauben, daß man Konzessionen von sich weisen werde, die auch nicht ein einziger vernünftiger Mensch im ganzen Lande ungenügend finden kann. — — — — — —

Fürst Schwarzenberg an Prokesch.

„Wien, 1. Dezember 1850."

„— — — — — Die Worte klingen nicht übel, ob ihnen aber die Thaten entsprechen werden, ist eine ganz andere Frage. Wenn man binnen acht Tagen offizielle Zusagen giebt und zurücknimmt, Garantien begehrt und sich nach deren Erhalten nicht damit begnügt, wenn der Gang der Politik in den entscheidendsten Momenten von der Laune — — — — — abhängt, wie kann man da irgend etwas voraussehen oder berechnen? Mit Manteuffel war ich persönlich zufrieden. — — — — — Wir haben in Olmütz das Mögliche zugestanden; weiß man dies nicht zu benützen, — — — — so können wir ihnen nicht helfen. — — — — Kann der König nicht auf den Friedensstand zurückkehren, ohne seinem Volke *große Resultate* zu zeigen, so mag er Krieg führen. — — — — In Hessen *müssen* wir vorrücken; machen Sie es den Leuten begreiflich; erinnern Sie Manteuffel, daß ich mich über diesen Punkt stets mit der größten Bestimmtheit ausgesprochen habe, und daß er in den bewußten Punktationen zugesagt hat, daß man den Bundestruppen keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird. — — — Leben Sie wohl, lieber Freund. Unter den Waffen wird *nicht* konferiert; das ist so teuer und unbequem, daß wir unsere Zustimmung dazu nie geben werden."

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 1. Dezember 1850.

Nach fünfstündiger Konferenz und mancher verzweifelter Bestrebung der Kriegspartei, aber auch nach großer Thätigkeit der Friedenspartei und unser aller, ist Herr v. Manteuffel in allen Punkten entschieden im Conseil zu Potsdam durchgedrungen. Der Mann hat viel Mut bewiesen, denn vom 6. November angefangen war seine Stellung keine leichte; alles gegen sich, manchmal laut Verräter gescholten und mit Straßenaufruhr bedroht — gehörten eine starke Überzeugung, ein wahrer Patriotismus und viel Charakter dazu, um dem Sturm zu widerstehen.

Der König war heute abend wie von schwerer Last befreit, verkündigte der Königin selbst, daß nun aller Zwiespalt geendigt sei und erschien heiterer als seit langer Zeit. — General Stockhausen, Wrangel, Prittwitz, der Justizminister Simons, Herr v. Budberg haben sich thätigst benommen, um die tausend auftauchenden Zweifel und Kleinlichkeiten zu überwinden. Ebenso General v. Gerlach.

Viele Schwierigkeiten stehen noch aus, aber das Eis ist gebrochen. Was die Preußen für Konzessionen nehmen können und nehmen, sind ebensoviele Garantien konservativen Ganges. Daß sie selbst in Hessen und Holstein zur Herstellung der Ordnung wirken, ist mehr wert, als wenn wir allein es thäten.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 7. Dezember 1850.

Alles trägt die Farbe des entschiedenen Übertritts in ein vernünftiges System. Die Stellung Manteuffels stärkt sich mit

jedem Tag; der König lobte ihn öffentlich. Ladenberg ist ausgeschieden und die Präsidentschaft interimistisch Herrn v. Manteuffel übertragen. Man hört kaum mehr eine Stimme für den Krieg.

Aufgegeben aber sind die Träume nicht. Man hofft, sie in den Konferenzen zu realisieren. Der erste Damm, den wir entgegenstellen können, wird das Festhalten an der Revision der Bundesakte und Schlußakte, die Korrektur ad marginem sein.

Die Publikation[1]) für den 10. war eine schwere Sache. Ich bat den König, sie mir zu meinem Geburtstag (der gerade auf den 10. fällt) zu schenken. Mein Brief von vorgestern abend drang endlich durch, da ihn Herr v. Manteuffel trefflich verwertete.

Die Furcht vor der öffentlichen Meinung ist über alle Maßen groß.

Daß die Union auch als Bündnis zu Grunde geht, wird wohl aus den Konferenzen hervorgehen. Die Staaten können nur insoferne Stimme haben, als sie unabhängig sind. Auf jeden Fall kann von dem Bündnis nur hintennach die Rede sein — und das ist nicht die hiesige Idee.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. Dezember 1850.

Zwei geheime Anliegen des Freiherrn v. Manteuffel habe ich vorzubringen, beide in gutem Sinne.

---

[1]) der Abrüstungsordre. Am selben Tage schrieb Schwarzenberg an Prokesch: „Warum scheut man sich, in der Entwaffnungsfrage offen und aufrichtig vorzugehen? Fürchtet man sich vor der eigenen Kriegspartei, so müssen wir die Schwäche der Regierung bedauern. Liegt Mißtrauen gegen uns zu Grunde, so können wir uns mit Recht gegen eine Verdächtigung beschweren, die durch nichts gerechtfertigt erscheint".

Das eine ist, die Dresdner Konferenzen als Anlaß zu benützen, um eine Versöhnung zwischen den Höfen von hier und Stuttgart, und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu beider Frommen herbeizuführen.

Das zweite ist das wirklich warme Verlangen des Königs nach einer Entrevue mit Euer Durchlaucht. Freiherr v. Manteuffel erwartet davon die gänzliche Umstimmung des Königs und die Besiegelung des guten Verhältnisses. Ich gab ihm die Hoffnung, Euer Durchlaucht würden vielleicht einen Flug von Dresden hierher machen. Er war entzückt darüber. Die letzten Vorurteile würden dadurch gänzlich niedergeschlagen werden, sagte er.

Ich glaube, ein Besuch hier würde ungemein gut wirken.

Fürst Schwarzenberg an Prokesch.

„Wien, 19. Dezember 1850."

„— — — — — Die ganze offizielle Beleuchtung der Olmützer Punktationen, die wir in den Zeitungen gelesen haben, ist eine traurige Arbeit; es ist weder Wahrheit noch Ehrlichkeit darin und resumiert sich in: wollen und nicht wollen, können und nicht können. Da sind wir aufrichtiger und sagen der Welt: ja, wir haben Konzessionen gemacht, um des Einverständnisses mit einem alten Verbündeten, um des lieben Friedens willen, und weil wir hoffen, daß Deutschland dadurch gewinnen würde. — Fährt man in Berlin fort, in verschiedenen Sprachen zu reden, rechts dies und links jenes zu sagen, so wird es sich bald zeigen, daß die Harmonie nur eine scheinbare war. — — — — — — Ich treffe Sonntag in Dresden ein."

An seine Frau in Berlin.

Dresden, 23. Dezember 1850.

Ich bin gestern gut angekommen, fand gute, aber kalte Zimmer, speiste und eilte dann zu dem eben ankommenden Fürsten, mit dem ich den größeren Teil des Abends zubrachte. Er sieht gut aus und ist guter Laune. Mit ihm ist Thierry [1]). Rechberg kam auch noch den Abend. Mit v. d. Pfordten bin ich porte-à-porte; ich saß bis tief in die Nacht mit ihm.

Heute fürchterlicher Drang, Besuche ohne Ende — Eröffnung des Kongresses durch den Fürsten, dann Diner bei Hof en uniforme. — Ich bin noch nicht klar. — — — —

An seine Frau.

Dresden, 25. Dezember 1850.

Dresden regt mir Jugend und Heimat an. Denke nur, heute nachts herrliches Glockengeläute um den Christtag anzukündigen — Musik die Straßen durchziehend — großer Kirchendienst heute mittag, große alte Kirchenmusik — alles würdig. Der ganze Hof anwesend, auch die allerliebsten, netten drei kleinen Prinzessinnen.

Vorgestern hatte ich die Ehre, den Majestäten vorgestellt zu werden. Die Königin ist ein Ebenbild der Erzherzogin Sophie — Gestalt, Blick, Haltung, Bewegungen, Klang der Stimme, auch sicherlich Verstand und Herz wie sie. — Sehr prächtige Tafel.

Gestern speisten Schwarzenberg, Alvensleben [2]), Manteuffel mit mir auf meinem Zimmer. Heute Diner bei Kuefstein [3]), morgen

[1]) Hofrat Baron Thierry, Kanzleidirektor im kaiserlichen Ministerium des Auswärtigen.

[2]) Graf Alvensleben, früherer Finanzminister, zweiter preußischer Bevollmächtigter zu den Konferenzen.

[3]) Österreichischer Gesandter in Dresden.

bei Prinz Johann, übermorgen bei Herrn v. Beust. Sonnabend mit dem Morgenzuge fahren wir nach Berlin. Ich hätte aus mehreren Gründen gewünscht, daß der Fürst bei mir absteige; er nimmt aber Buol mit und will deshalb ins Gasthaus.

Viel — viel zu thun. Etwas klarer.

Abends.

Der König hat dem Fürsten eine Wohnung im Schlosse angetragen, die er nicht ablehnen kann. Du hast also kein remue-ménage. —

Am 27. Dezember[1]) traf Fürst Schwarzenberg mit Graf Buol und Prokesch in Berlin ein. Der Fürst wurde mit größter Auszeichnung und ausgesuchter Zuvorkommenheit aufgenommen. Die schwebenden Fragen wurden im allgemeinen besprochen, doch kam es zu keinen Abmachungen. Nach kurzem Besuch kehrte Schwarzenberg nach Dresden zurück. Prokesch blieb zunächst in Berlin.

[1]) Sybel, II, 73, giebt irrtümlich den 24. an.

1851.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. Jänner 1851.

Die Cirkulardepesche vom 7. Dezember[1]) macht einen solchen Lärm, daß mich Baron Manteuffel heute dringend ersuchte, ihm mit einer kleinen Note beizuspringen. Wenn mir Euer Durchlaucht nicht bis morgen abends telegraphisch befehlen: den Schritt nicht zu thun, so schreibe ich sie. Nicht bloß auf die Kammern, auch auf den Hof wird es beruhigend wirken. Wir haben Kranke zu behandeln.

Die Kammern sind voll Erbitterung, halten sich aber aus heilsamer Furcht zurück. Die beiden Präsidenten haben mir gestern über das Einschreiten in Kurhessen mit großer Aufregung gesprochen. Sie nennen sich beide Konservative, finden aber nichts natürlicher, als daß das Parlament der Herr und der Souverän der Diener sei.

Aus Holstein höre ich nichts; man glaubt hier ziemlich allgemein, daß es ohne Widerstand nicht ablaufen werde, weil die Statthalterschaft der Armee gegenüber machtlos sei.

Schon in den ersten Sitzungen der Dresdner Konferenz, welche die Schaffung des Gesetzgebenden Körpers und der Exekutivgewalt zum Gegenstand hatten, trat die Unvereinbarkeit der Standpunkte der beiden Großmächte zu Tage, so daß die Aussichten auf ein günstiges Resultat von vornherein sehr gering erschienen. — Fürst Schwarzenberg schrieb darüber am 7. Jänner aus Dresden an Prokesch:

„Ich schreibe heute an Herrn v. Manteuffel, um ihm begreiflich zu machen, daß wir, wenn Preußen auf dem bis jetzt verfolgten Wege

[1]) Über die Zusammenkunft des Fürsten Schwarzenberg mit Freiherrn v. Manteuffel in Olmütz.

beharrt, gewiß zu keinem Resultate gelangen. Wenn Deutschland durch das jetzige Werk neuerdings miserabel dastehen und vor Europa blamiert werden soll, so wollen wir wenigstens nicht dazu mitgewirkt haben."

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Jänner 1851.

Die gestern in der Kammer vom Ministerpräsidenten gemachten Äußerungen wirken hier als ein événement. Die Friedens- und konservative Partei fühlt den Boden unter den Füßen erstarken. Es liegt darin unverkennbar eine Garantie für den Gang der nunmehrigen Politik. — Das ist in meinen Augen ihr Wert. Der König nahm erst den Bericht darüber schweigend auf; dann äußerte er: „endlich hat er gesagt, was ich seit zwei Jahren zu sagen rate". Auch dies ist ein gutes Symptom. Den Gothaern ist zum erstenmal der Fehdehandschuh entschlossen hingeworfen.

Die nächsten zwei Tage müssen die Hauptfrage abthun. — Manteuffel versicherte mich, mit der entschiedenen Absicht des Abschlusses hinzugehen [1]). General v. Gerlach hat eine neue Idee der Verteilung der vier Stimmen (also wahrscheinlich des Königs Idee), nämlich in historischer Weise nach vier Gruppen, jede etwa zu drei Millionen Seelen, nämlich: Sachsen (mit Thüringen und Anhalt), Schwaben (Württemberg, Baden), Rheinland (Hessen, Nassau, Frankfurt, Luxemburg), endlich Hannover, Oldenburg, Hansestädte, Mecklenburg, Braunschweig. — Mir scheint Baron Manteuffel wenig Gewicht auf dieses Projekt zu legen.

So unzweifelhaft gut der Ausschluß der non valeurs aus der Exekutive wäre, eine Garantie für ihren Nichtanschluß an Preußen fände ich nicht darin, vielmehr das Gegenteil. Stehen sie samt und sonders mit einer Kollektivstimme unter den neun, so wird diese Stellung ihrer Unabhängigkeit schmeicheln. Stehen sie nicht darin, so werden sie schmollen, in Berlin intriguieren und

---

[1]) nach Dresden zu den Konferenzen.

sich Preußen aufdrängen, selbst wenn dieses sie nicht will. Die Unionsidee fände darin eine Nahrung.

Ich bitte Euer Durchlaucht, Herrn v. Manteuffel zu drängen. Er ist eigentlich scheu, und führt man ihn nicht, so kommt er zu nichts. — Der König scheint sich schon ganz in die neue Richtung zu finden.

In den Verhandlungen, die nach Herrn v. Manteuffels Ankunft in Dresden stattfanden, einigte sich dieser mit dem Fürsten Schwarzenberg über die Bildung der Exekutive, welche aus neun Delegierten mit elf Stimmen bestehen sollte. Für die Parität im Bundespräsidium, welche er neuerdings verlangte, konnte er keine Zusage erlangen. — Fürst Schwarzenberg kehrte nach Wien zurück und überließ die Vertretung Österreichs dem bisherigen Gesandten in Petersburg, Grafen Buol-Schauenstein.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. Jänner 1851.

Die Brigade Görger rückt also morgen in Hamburg ein. Die Österreicher in Rastadt und, die Elbe auf preußischen Brücken überschreitend, in Hamburg — diese Thatsachen werden überall verstanden werden.

Ihnen gegenüber ist ein äußerst mildes Auftreten hier vorgezeichnet. Ich bin daher so zuvorkommend als möglich.

Graf Arnim hat eingewilligt.[1]) Ich bitte Euer Durchlaucht, mir ostensibel zu schreiben, daß der kaiserl. Hof mit Vergnügen erfahre, daß die Wahl auf diesen Mann gefallen. Das kann die Ernennung beschleunigen.

---

[1]) den Gesandtenposten in Wien anzunehmen.

Das Übereinkommen der beiden Großmächte über die Exekutive durchlief in der Konferenz alle Phasen einer umständlichen Beratung, wobei es an Anträgen und Gegenanträgen nicht fehlte; auch gingen die übrigen Verhandlungen nur langsam von statten. Fürst Schwarzenberg wollte daher, um Zeit zu gewinnen, während die Arbeiten der Konferenz weitergingen, an die Einsetzung der Bundesbehörden schreiten. Über die Gründe, die ihn dazu bewogen, und den Verlauf der Konferenz schrieb er am 4. Februar aus Wien an Prokesch:

„Die Dringlichkeit der Einsetzung einer allgemein anerkannten Bundes-Centralgewalt wird mir von Tag zu Tag einleuchtender. Die Kurhessische, die Dänische und manche andere Frage innerer und vielleicht auch bald äußerer Politik erheischen die Aktion des Bundes; er muß aber ein legales Organ haben, um Beschlüsse fassen zu können. Preußen und Österreich können zwar gemeinsam in dringenden Fällen voran gehen, — — — — was aber in dieser Form gethan wird, trägt nicht den Charakter der Legalität, und kann doch nur als Provisorium gelten; es wäre sehr zu wünschen, daß dem bald und gründlich abgeholfen würde. — — — — Die noch vor zwei Monaten im wegwerfendsten Tone von dem alten Bunde sprachen, steuern jetzt gerade dahin zurück und hoffen dadurch mehr Souveränität zu retten, als ihnen nach unseren Vorschlägen zukäme. Dieselben — — —, die ihre ganze Autorität sozusagen um jeden Preis los sein wollten, thun jetzt vernünftig, wollen nichts auslassen und sprechen von ihren Rechten und der alten Bundesverfassung, die sie soeben für obsolet und unhaltbar erklärt hatten. — — — Österreich und Preußen haben die moralische Verpflichtung übernommen, Ordnung und Gesetzlichkeit in Deutschland wieder herzustellen, sie tragen die Verantwortung für alles, was zur Erreichung dieses großen Zieles gethan oder nicht gethan wird. Ich halte unsere in Dresden gemachten Vorschläge aufrichtig für die besten und zweckmäßigsten, die unter den gegebenen Umständen gemacht und ausgeführt werden können, und da ich nicht bezweifeln kann, daß man in Berlin derselben Ansicht ist, hoffe ich, daß Herr von Manteuffel sich bereit erklären wird, durch sein persönliches Auftreten die allenfalls noch bestehenden Schwierigkeiten wegzuräumen, und in kürzester Frist zur Installierung der Bundes-Centralgewalt zu schreiten.“ — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Februar 1851.

Der König that alles, was er konnte, um die Anwesenheit Sr. kaiserl. Hoheit des Herrn Erzherzogs Leopold[1]) zum Anlaß zu nehmen, das innigste Verhältnis mit dem kaiserl. Hof der Welt vor Augen zu legen. Das erwartete ich auch. Die Rückwirkung kann nur vorteilhaft sein. Niemand wagt heute mehr, an einem solchen Verhältnis zu zweifeln. Die Armee ist geehrt und erfreut, die Trotzigen machen freundliche Gesichter; Prinz Karl trat überall mit entschiedenen Äußerungen im guten Sinne hervor; der Prinz von Preußen war freundlich und abondierte in Aufmerksamkeiten für meine Frau. Ohne die Anwesenheit des Erzherzogs wäre diese bindende Umstimmung lange nicht zu erreichen gewesen. Es hängt hier mehr, als man glauben kann, von der Haltung des Hofs ab. Dieser ist aber für Aufmerksamkeiten sehr empfänglich.

Freiherr v. Manteuffel hält sich trefflich. Wenn demungeachtet Dresden und Kassel hinken, so liegt die Schuld nicht an ihm, und es wird dort und da alles zuletzt ins rechte Geleise kommen. In Dresden kommt ohne Euer Durchlaucht persönliche Anwesenheit die Exekutive nicht so bald zu stande. Man kann sagen, daß man die Staaten sich aussprechen lassen wollte; aber lang gilt dies nicht mehr. Hier will man das Ende, und der Weg, den ich als die Idee des Königs am 7. bezeichnete, scheint mir der beste.

Graf Bernstorff meldet heute telegraphisch aus Wien, daß Euer Durchlaucht am 16. nach Dresden kommen; ferner daß Graf Sponneck[2]) sich gegen ihn geäußert, man sei in Wien deutscher als in Berlin. — Das ist gut und wird überdies hier gern gesehen.

---

[1]) Der Erzherzog, welcher eine österreichische Brigade in Holstein kommandierte, war auf zwei Tage nach Berlin gekommen und mit der größten Aufmerksamkeit behandelt worden.

[2]) Dänischer Gesandter.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 27. Februar 1851.

Ich habe mich seit meiner vorgestern abends erfolgten Rückkehr von Dresden sehr zurückgehalten. Lügen und Entstellungen aller Art beherrschen die öffentliche Meinung. Die „Kreuzzeitung" ging damit voran, was mich nicht wundert, aber bezeichnend ist. Aus den Äußerungen einiger Personen des Conseils schien mir hervorzugehen, daß die eventuelle Punktation über die formelle Gleichstellung im Bundesorgane nicht befriedigte. Die einen fanden die Forderungen, die andern die Antworten ungenügend. Die Unterschrift: „kais. österr. Präsidialgesandter" schien allen wichtig genug, um die Vorteile der Einigung mit Österreich zu überwiegen. Die Hinweisung auf die Zustimmung der Bundesglieder zur Abänderung der Geschäftsordnung ist den Ungeduldigen nicht genehm. Eine so ungeregelte Phantasie wird schwer zu befriedigen sein. Die wichtige Frage der Organisation und Installation der Bundesorgane interessierte verhältnismäßig wenig.

Heute teilte mir Manteuffel mit, er habe die Absicht, diesen Abend nach Wien zu schreiben, und zwar um ein Vermittlungsprojekt für 17 Stimmen zu bevorworten, das ihm vom Grafen Alvensleben vorgeschlagen ist. Ich sagte ihm, die Hauptsache schiene mir weniger das Projekt, als der nach dessen Vorlage zu fassende Entschluß. Wenn nicht mehr als vier oder fünf Stimmen dissentierten, meinte er den König zur unverweilten Durchführung bewegen zu können, aber auch nur dann. Es handle sich also darum, möglichst viele zufriedenzustellen, und das scheine das Projekt Alvensleben zu thun. Er ging nicht weiter in dasselbe ein, und ich drängte nicht.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 2. März 1851.

Über die Dresdner Angelegenheit ist seit meinem letzten Bericht kein Wort weiter gesprochen worden. Den Vorschlag der

17 Stimmen kann ich für keinen ernstlichen halten, da selbst das preußische Kabinett nicht an dessen Ausführbarkeit glaubt und für die Ausführung seinerseits nichts daran zu setzen entschlossen ist. Es ist also nur ein Fortspinnen des Fadens, aber kein Gewebe.

Obwohl nun alle Weiser auf den alten Bundestag zeigen und Rechts und Links denselben in lange nicht dagewesener Eintracht als das Natürliche und Gesetzliche empfehlen, so glaube ich doch nicht, daß die königl. Regierung die Nachteile einer solchen Fügung verkennt. Würde sie die äußersten Konsequenzen ziehen, so fiele der Gesamteintritt der österreichischen Monarchie weg, und Preußen käme in den Verdacht, wenn auch aus andern Gründen, denn doch in der Wesenheit mit Frankreich diesem Bestreben Österreichs entgegen zu wirken. Das aber widerspräche nicht allein der Haltung des Herrn v. Manteuffel gegen Herrn Lefèbvre [1]), sondern müßte auch Komplikationen sehr ernster Natur hervorrufen. Ich bin daher nicht abgeneigt, das Drohen mit dem alten Bundestag nur als ein Mittel zu betrachten, um zum Dualismus zu gelangen, der eigentlich der Kern der Paritätsfrage ist und im § 2 der eventuellen Punktation seinen Ausdruck fand. Je entschiedener Preußen in Österreich die Erkenntnis der Notwendigkeit des Gesamteintritts voraussetzt, desto größeren Widerwillen muß es in Österreich auch gegen die Rückkehr zum unveränderten Bundestag voraussetzen; es kann also glauben, daß Österreich zu jedem Opfer bereit sei, um dieser Rückkehr zu entgehen, und darauf hin seine Hoffnung gründen, neben der wesentlichen Parität, die es schon hat, auch die äußere Ausrüstung derselben und in weiterer Folge den Dualismus zu erlangen. Es scheint mir, daß es sich diesen als Bedingung, unter welcher es zur Umgestaltung des Bundes mitwirken will, vorsetzt.

Herr v. Dalwigk [2]), der morgen nach Dresden zurückkehrt, ist gegen das Projekt der 17 ebensosehr, als gegen das frühere. Er sagt, Darmstadt könne nicht weniger gelten als Baden. Er hat einen anderen Vorschlag, nämlich eine Exekutive von 10 Stimmen, auf die Armeekorps basiert. — — — — —

---

[1]) Französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Großherzoglich hessischer Minister.

Daß die Frist von 14 Tagen ablaufen wird, ohne irgend einen Schritt weiterzubringen, nehme ich als gewiß an. Es wird schwer sein, sich für ein weiteres Projekt zu engagieren, ehe nicht klar ist, ob Preußen zur Durchführung entschieden die Hand bietet. Nichts berechtigt mich heute noch, diesen Willen vorauszusetzen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 6. März 1851.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, seit mehreren Tagen auf Besuch hier, hat mir heute drängend über die Präsidialfrage gesprochen. Seine Äußerung ging dahin, daß es für den König eine Unmöglichkeit sei, die Gleichstellung im Präsidium nicht anzusprechen, und daß diese Konzession ihm gering erscheine neben den Erfolgen, die für ganz Deutschland die aufrichtige Einigung der beiden Großmächte unter sich haben müßte.

Diese schwierige Frage, um die sich hier die ganze Politik dreht, und von der das ganze weitere Verhältnis zu Österreich abhängig gemacht wird, scheint mir vor allem Zeit zu bedürfen. Heute ist die Insistenz so groß und so allgemein, daß die Vermittlung der beiderseitigen Ansichten keine Wahrscheinlichkeit hat. Gehen wir in die preußische Forderung nicht ein, so haben wir zunächst das Scheitern der Dresdner Konferenzen, den alten Bundestag und auf diesem die Opposition Preußens gegen alle unsere Vorschläge. Gehen wir darauf ein, so haben wir vielleicht die Durchführung des Dualismus angebahnt.

Für eine aufrichtige Einigung mit Preußen scheint mir, bei einer wirklichen Umgestaltung des Deutschen Bundes, das Opfer, wenn es in der richtigen Form verlangt und gebracht wird, nicht zu groß. Aber wo sind die Bürgschaften dieser aufrichtigen Einigung? — Diese müßte man zunächst schwarz auf weiß haben. Sie beständen in positiver Zustimmung zu einem die ganze Neugestaltung umfassenden Plane, dessen erster Satz ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die von außen kommenden Bedrohungen wegen

Eintritts der Gesamtmonarchie wäre, und das weiterhin das Eingehen in unsere Zoll- und Handelseinigung, die Organisation der Exekutive, die Verständigung über die Hauptgeschäfte des Bundes u. s. w. enthielte.

Denke ich mir diese Resultate als erzielt, so erscheint mir die Teilung des Präsidiums als leicht in der Wagschale, umsomehr als selbst in den preußischen Vorschlägen älterer Zeit eine Form zu finden ist, die Österreich den Vorrang sichert.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. März 1851.

Es ist wieder ein schwerer Augenblick, wie deren von Zeit zu Zeit sich wiederholen werden, bis nicht das Problem der Einigung gelöst ist. Kommt es dahin, so wird dies das segensreichste Resultat von Euer Durchlaucht Bemühungen sein. Daß es dahin komme, halte ich als eine Hoffnung fest, an der mich vorderhand nichts irre macht.

Herr v. Manteuffel wollte Ihnen heute schreiben, konnte aber den König nicht sehen und schreibt daher morgen. Er hält fest an der Idee, daß Preußen in dem umgestalteten Bunde als Großmacht eine entsprechende Stellung dadurch erhalten müsse, daß es an der Geschäftsleitung gleichen Anteil mit Österreich habe. Das Ehrenrecht, der Rang soll nicht angestritten werden. Er will aber das Begehren nicht wie bisher unvermittelt hinstellen, sondern ausdrücklich die Punkte aufführen, worüber Preußen in Bezug auf äußere und innere Umgestaltung des Bundes mit Österreich Hand in Hand zu gehen sich verpflichtet. — Das, denke ich, müssen wir abwarten.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 11. März 1851.

Herr v. Manteuffel, den ich heute abend eine Viertelstunde sprach, erwähnte mir mit keinem Worte der gestern nach Wien

gegangenen Vorschläge; ob aus Zerstreutheit, ob mit Absicht? Er sagte mir noch vor zwei Tagen, er wolle an Euer Durchlaucht ein Schreiben durch mich senden. Da er nun doch diesen Weg nicht gewählt hat, so schließe ich daraus, daß er mir das Detail der Sache nicht mitteilen wollte, daß man ihm also irgend etwas abgehandelt hat, und er befürchtete, ich könnte dagegen schreiben.

Wie wenig das meine Absicht, beweisen meine Briefe und Berichte. Ich bin wirklich der Ansicht, daß, wenn der reelle Gewinn für uns bedeutend genug ist, die Teilung der Geschäftsleitung kein Hindernis bilden soll. Da ich sie einmal ein so entschiedenes Gewicht auf diese Teilung legen sah, so gingen meine Bemühungen nur dahin, den äußersten Preis dafür kennen zu lernen, und diesen aussprechen zu machen. Ich erwähnte der Anmaßungen der Franzosen und der Notwendigkeit, ihnen durch eine Konvention, wie die von Münchengrätz, entgegen zu treten; der anderen Notwendigkeit, den Gang in Bundessachen formell und in der Wesenheit in klare Worte zu bringen; sich für das Princip der Zolleinigung zu erklären u. s. w.

Träte man plötzlich mit einer Konvention, die den Eintritt der Gesamtmonarchie sicherte, aber mit einer bereits abgeschlossenen, vor die Welt, und mit gemeinsamen Vorschlägen, wie ich sie denke, vor Dresden — so erschiene mir die Geschäftsteilung (unter Sicherung des Ehrenrechts) als ein Geringes. — Ich weiß nun freilich nicht, was man hier auskocht, und das Schweigen ist mir kein gutes Symptom.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 14. März 1851.

Man erwartet hier zuversichtlich eine günstige Äußerung auf die zuletzt nach Wien gegangenen Vorschläge. Briefe des Herrn v. Rochow[1]) bestätigen diese Ansicht. Irgend jemand hier auszureden, daß Preußen, wenn es mit Österreich in den Bund mit allen Ländern

[1]) Preußischer General und Bundestagsgesandter, später Gesandter in Petersburg.

tritt und nicht die Parität in der Direktorialgewalt habe, von seinem Range als Großmacht heruntersteige, vermag ich nicht. Da es nun einmal so großes Gewicht auf diese Parität legt, so halte ich für das Richtige, sie ihm teuer zu verkaufen.

Der König ließ mir heute sagen, er wisse, daß der Gedanke, gegen die Schweiz aufzutreten, vom Präsidenten[1]) bereits wieder fallen gelassen sei. Er frug, ob ich nicht glaubte, daß unsererseits die Schweizer Frage in die Hand genommen werden müsse. Ich antwortete: „Zunächst müsse die volle, aufrichtige Einigung und die Aufstellung des Bundesorgans vorausgehen, dann könne man weiter reden; faßte man aber die Frage an, so müßte es aus dem höheren Standpunkt der Abwehr gegen die Revolution, nicht aus dem untergeordneten von Neuchatel geschehen".

General v. Gerlach sagte mir heute, Graf Nesselrode habe geäußert, hätte er in Dresden zu vermitteln, so würde er Österreich sagen, in der Parität nachzugeben, und Preußen, sich den österreichischen Vorschlägen bezüglich der Exekutive u. s. w. zu fügen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 25. März 1851.

Graf Alvensleben ist heute nach Dresden zurück. Wenn ich recht berichtet bin, so entschloß man sich, das Projekt zu teilen, das heißt den Gesamteintritt und die Parität als Punkte auszusondern, über die man einverstanden sei, und die Frage der Organisation der Bundesbehörde offen zu lassen. — Ob sich Gesamtösterreich unter das möglicherweise resultierende alte Bundesverhältnis stellen kann, ist eine Frage von sehr praktischer Bedeutung.

Ein Herr Mercier aus Paris (vor 1848 Geschäftsträger in Petersburg) kam gestern abend hier an und setzte heute abend seine Reise nach Petersburg fort. Man scheint viel auf die persönliche Wirksam-

---

[1]) Louis Napoleon.

keit dieses Mannes zu rechnen, um Rußland gegen den Gesamteintritt zu stimmen. Herr Lefèbvre sprach mir heute mit ungewöhnlicher Heftigkeit dagegen, behauptete, Frankreich sei nicht bloß Garant, sondern auch Kontrahent, und erlaubte sich Drohungen, die ich mit dürren Worten abwies.

Die Dresdner Konferenzen schleppten sich mühsam hin, ohne einen wesentlichen Erfolg zu erzielen; ebenso brachten die Verhandlungen, zu denen die beiden leitenden Staatsmänner Mitte Februar in Dresden zusammentrafen, sowie der darauf folgende Depeschenwechsel zwischen Wien und Berlin keine Einigung zu stande. Die Parität im Bundespräsidium war der Angelpunkt der preußischen Bestrebungen, und diese Parität gestand Fürst Schwarzenberg nicht zu; daraufhin bekämpfte Baron Manteuffel alle österreichischen Vorschläge. — Unter diesen Umständen gewann bei den Regierungen der deutschen Staaten — einschließlich der preußischen — die Ansicht immer mehr Boden, daß die Rückkehr zum alten Bunde das einzige Auskunftsmittel sei. — In der Zwischenzeit hatte Frankreich eine Haltung angenommen, welche es den beiden Großmächten ratsam erscheinen ließ, in eine engere Verbindung einzugehen. Baron Manteuffel machte hierzu am 10. März den ersten Schritt, indem er — unter Aufrechthaltung der auf die Bundesverfassung bezüglichen Forderungen — Österreich eine Allianz mit Garantierung seines gesamten Gebietes antrug. Fürst Schwarzenberg antwortete hierauf am 17. in zuvorkommender Weise, bestand aber zunächst auf der Durchführung des in Dresden begonnenen Werks. Über Baron Manteuffels darauf folgende Gegenäußerung schrieb er am 29. März an Prokesch:

„Wir haben gestern die Antwort des Freiherrn v. Manteuffel auf unsere Expedition vom 17. erhalten. Ich verstehe noch nicht recht, was man in Berlin eigentlich will, werde mir aber Mühe geben, es zu begreifen, und gewiß mein Möglichstes thun, um diejenigen zu befriedigen, denen es um die Einigung ernst ist. — — — — Daß Herr v. Manteuffel seine letzten Vorschläge selbst für unannehmbar hält, hat er gesagt, wie ich auf Umwegen, aber aus sicherer Quelle weiß; warum er sie also doch in die Welt geschickt, das verstehe ich nicht. — — — — Die Rückkehr zu dem alten, mit Füßen getretenen, verhöhnten Bundestag,

die nun von preußischer und unionistischer Seite in Aussicht gestellt wird, ist ganz gemacht, uns in die heiterste Stimmung zu versetzen; nicht als ob wir uns darüber freuten, daß nichts Besseres zu stande gekommen ist, wie wir es aufrichtig wünschten, sondern daß unsere alten, seit zwei Jahren dasselbe Stroh durchdreschenden Depeschen zur Wahrheit werden sollen, darin liegt die immense Lächerlichkeit der Geschichte. — — — — Ich mache mir das unschuldige Vergnügen, sämtliche seit zwei Jahren zwischen Wien und Berlin gewechselte Korrespondenzen zusammenzustellen; das wird sehr lehrreich werden und den Leuten beweisen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn Deutschland nicht einen Schritt vorwärts gemacht hat. — — — Ich bin, weiß Gott, kein Verehrer der bestehenden Bundesverfassung; wir haben uns redlich abgemüht, zu einer festen und praktischen Gestaltung zu gelangen; soll durchaus nichts zu stande kommen, so bleibt es beim alten, weil ein fadenscheiniger, zerrissener Rock immer noch besser ist, als gar keiner. Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach ist der alte Bundestag ein schwerfälliges, abgenütztes, den gegenwärtigen Umständen in keiner Weise genügendes Zeug; ich glaube sogar, daß die gründlich erschütterte, sehr wackelnde boutique beim nächsten Anstoß von innen oder außen schwächlich zusammenrumpeln wird. Wenn man es darauf ankommen lassen will, so können wir es nicht hindern. — — — — Will man ein Einverständnis erzielen, so sind Sie der Mann, aus voller Überzeugung und so viel an Ihnen liegt, dazu beizutragen — während es nur zu bekannt ist, daß Graf Bernstorff es sich zur Aufgabe gestellt hat, immer und überall Verrat zu wittern, Mißtrauen zu säen und sorgfältig alles zu verderben.“ — — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 1. April 1851.

Ich gebe mir alle erdenkliche Mühe, um den Kopf über der hiesigen Misère zu erhalten, aber manchmal glaube ich geradezu, ich müsse darin versinken. Kleinlichere Motive für alles und jedes können nicht erfunden werden. Es ist nicht wahr, daß man irgend einen Plan vor Augen hat — man lebt vom Tag in den Tag —

kommt hin, wohin man eben kommt — und spricht dann von Absicht und Klugheit. Beständig ist nichts als der Wunsch, zu gelten, zu scheinen und Österreich herunterzureißen; beständig ist auch der Haß gegen Bayern. — Die sogenannte Politik wird hier aus lauter Geschwätzen zusammengegossen.

Es giebt für uns, wie mir scheint, nur zwei Wege. Entweder wir fahren mit unerschöpflicher Geduld fort, alles als bare Münze zu nehmen, und zwingen die Leute durch Detailerfolge in den besseren Gang. Das Zusammengehen in Hessen und Holstein, selbst das Zusammensitzen in Dresden sind solche Erfolge, die — in der Ausführung des Zugesagten von hier aus wieder möglichst gemindert werden, aber in der Hauptsache doch bleiben und wirken. — Dieser Weg hat ein fortwährendes Widerstreben, Sichziehenlassen, Unzuverlässigkeit aller Zusagen, selbst der schriftlichen, Ausweichen, Sitzenlassen u. s. w. zur Folge, wie eben Laune, Kammer- und Parteigeschrei es verlangen.

Der andere Weg würde der einer festen Erklärung sein, eines Ultimatums, von dem man auf keine Gefahr hin mehr abginge. Er würde den Schein der Einigung zunächst aufheben, aber — insoferne die Einigung für Preußen selbst eine Notwendigkeit ist — auf selbstgestellten Bedingungen dazu führen. — Allerdings setzt aber der Erfolg auf diesem Wege voraus, daß die Einsicht obsiege — nicht die Leidenschaft.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 8. April 1851.

Daß Manteuffel die Einladung, Frankfurt zu beschicken, an die einzelnen Staaten gerichtet [1]), hat ihm Vorwürfe, selbst vom König, zugezogen; „er hätte sie an das Fürstenkollegium richten sollen". Baron Manteuffel antwortete: es gäbe keines mehr, und man hätte sich nur dem ausgesetzt, daß diese Wahrheit von andern

[1]) Am 27. März, Einladung zur Beschickung des Bundestags auf den 12. Mai.

an Preußen gesagt worden wäre, — wie er denn auch wirklich selbst auf die direkte Einladung, die er als Rücksicht betrachtete, von Nassau und Braunschweig keine Antworten erhielt.

Demütigung Preußens, das ist das dritte Wort hier. — Manteuffel nahm es freundlich auf, daß ich ihm sagte: „Vergleichen Sie Ihren heutigen Stand in den europäischen Kabinetten mit dem zu Herrn v. Radowitz' Zeit, und dann fragen Sie, wo die Demütigung ist."

Die Idee des Bündnisses beschäftigt Herrn v. Manteuffel sehr. Er würde es eigenhändig schreiben, um des Geheimnisses gewiß zu sein. „Herr Lefèbvre dränge auf unverschämte Weise und mache Äußerungen, die er ihm vorhalten müsse." Über Dresden sagte er mir bloß: Es sei unmöglich, dort zu etwas zu kommen. Euer Durchlaucht sähen das gewiß ein. Das Centralorgan dränge, schon der Holstein- und Hessischen Frage wegen.

Mir erscheint Dresden wie der Ort, wo man die einzelnen Räder einer Maschine ausarbeitet. Da können verschiedene Meinungen über die Brauchbarkeit des so oder so beschaffenen Rades obwalten, und man kann von denen, die opponieren, nicht erwarten, daß sie ihre Opposition aufgeben. Geht der Bericht über alle diese Detailarbeiten von dem Bevollmächtigten an seine Regierung, so kann diese, in Erwägung des Ganzen, ihrem Beauftragten in Frankfurt befehlen, zustimmen. Das Opfer des einzelnen, seine Meinung aufzugeben, fällt weg.

Als unnütz betrachte ich daher Dresden nicht. Es leistet nur anderes, als man erwartete, oder zu erwarten vorgab, oder auch zu erwarten berechtigt war.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 11. April 1851.

Die Weisungen vom 9. sind mir heute früh zugekommen. Ich sandte das Paket an Freiherrn v. Manteuffel sogleich an seine Adresse. Die Ruhe, der Verstand, die Billigkeit und Milde in der Form, die Euer Durchlaucht Antwort kennzeichnen, erfüllen mich

mit der besten Hoffnung. Manteuffel teilt diesen Eindruck. Es scheint mir wirklich kaum möglich, daß man höheren Orts der Auffassung des Ministers entgegentrete.

Ich hoffe, daß in der fatalen Kurhessischen Sache vorderhand nichts geschieht. Noch ist das preußische Bataillon nicht abmarschiert. Vielleicht gelingt es, es dort zu lassen oder sogleich zu ersetzen und die Kommandofrage vorderhand zu vertagen.

Ich bedauere sehr den Stand der griechischen Successionsfrage. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, daß Griechenland eine offene Wunde bleibe; auch nicht, daß es einmal russisch oder englisch werde. Das Gebirge von Epirus und Thessalien ist die natürliche Grenze Griechenlands, wenn es einmal zum Zerfall der Europäischen Türkei kommt, und dieses Griechenland ist unser natürlicher Verbündeter, weil es unser bedarf und nur von uns nichts zu fürchten hat — anderseits aber auch ein bequemer Nachbar sein würde.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 14. April 1851.

Auf meine Frage über den Eindruck der letzten Antwort aus Wien[1]) versicherte mich Herr v. Manteuffel heute: er sei völlig befriedigend; der König finde zwar hie und da ein Bedenken, aber das beeinträchtige den guten Eindruck des Ganzen nicht. Man müsse nun sehen, wie man mit der Rücksicht, die man sich selbst und die man dem König von Sachsen schuldig sei, aus den Dresdner Konferenzen herauskomme. Euer Durchlaucht hätten vertrauliche Anträge darüber binnen kurzem versprochen; er erwarte diese.

Mir ist eigentlich nicht klar, was von dieser Aufnahme der vortrefflichen Antwort vom 9. zu erwarten ist. Man scheint in Verlegenheit, nichts daran tadeln zu können und zum Entschluß gedrängt zu sein. Manteuffel drängt den König nach Frankfurt und

---

[1]) auf die preußischen Vorschläge bezüglich des Abschlusses der Dresdner Konferenz.

will für Dresden ein ehrenvolles Ende. Der König möchte noch den Hintergedanken der Union retten und fühlt doch, daß nichts mehr zu retten ist.

Herr v. Manteuffel las mir auch einen sehr übersichtlichen Kundschaftsbericht, der klar den Zusammenhang der Gothaer mit den Demokraten nachweist. Ich konnte den Minister aufmersam machen, wie richtig also unsere Anschauung von den Gothaern ist.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 17. April 1851.

Wenn einige Änderungen im Entwurf[1]) vorgenommen werden sollten (worauf man hier vielleicht der dehors wegen einigen Wert legt) und dieselben gleichgiltige sind, so dürfte Euer Durchlaucht genehm sein, mich zu ermächtigen, mit der Unterzeichnung nicht zu zögern. Eine unbedeutende Änderung hat das Gute, daß Preußen dadurch an der Abfassung selbst beteiligt wird. — Ich hoffe, das Geheimnis wird streng gewahrt.

Herr von Alvensleben hat definitiv abgelehnt. Wen man nun für Frankfurt wählen wird, darüber ist man noch nicht im klaren.

Im ganzen ist die Luft weniger gedrückt. Man glaubt, durch den Entschluß für Frankfurt preuve d'action indépendante gemacht zu haben, und ein Teil der Opposition schweigt. Bei der Misère von Dresden haben wir durch diese Wendung entschieden gewonnen. Das sagen auch — lauter als ich es wünsche — die hiesigen „Unverbesserlichen".

Über die Antwort vom 9. aus Wien spricht man mir hier zwar zufrieden, aber nicht klar. Manteuffel sagte mir mehrmals, er sähe gar keine Schwierigkeit der innigsten Einigung mehr; es sei nicht möglich, die Vorsitzfrage gleichsam zu secieren und so beide Teile zufrieden zu stellen; sei man nur erst einig, so werde sich alles finden. — Ich gab ihm recht darin und fügte bei,

[1]) zum Bündnis zwischen Österreich und Preußen.

die Sache weiter zu führen, falle ins Unschickliche und verderbe statt zu nützen. Das Zugestandene sei alles Erwerb und genügend. Das Richtige sei, jede weitere Diskussion aufzugeben, sich durch das Bündnis zu einigen und an die Konstruktion eines wenigstens dem Umfange nach großen Deutschlands zu gehen. Darin lägen die Bedingungen der Macht und der Ehre für alle. — General v. Gerlach sprach mir ganz im selben Sinne.

Man hat hier große Angst vor der Demokratie und den Londoner Umtrieben. Ich teile diese Angst nicht, sie ist aber hier nützlich. Herr v. Gerlach sagte mir diesen Abend, sie hätten haarsträubende Berichte sowohl in Bezug auf Deutschland als auf Italien.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 23. April 1851.

Euer Durchlaucht heute empfangenes Schreiben für Freiherrn v. Manteuffel habe ich ihm samt den Zeilen, mit denen mich Euer Durchlaucht gleichzeitig beehrten, gesandt. Es schien mir das Richtige, daß er die Reflexionen, zu denen Euer Durchlaucht genötigt sind, in Ihren eigenen Worten lese. Die Mittel, das wünschenswerte und auch gewünschte Vertrauen zu erlangen, liegen für ihn in dem raschen Abschluß des unmittelbar vorliegenden Geschäfts, in der guten Wahl für Frankfurt und in richtiger Auffassung der Schreiben vom 9. und 20. — Das war etwa der Hauptgegenstand unserer heutigen Unterredung.

Eine gewisse Verschleppung der deutschen Angelegenheiten war, unabhängig vom Willen des Ministers, in den letzten Wochen eingetreten, hauptsächlich durch die unglaubliche Zeit, welche die Kammer in Anspruch nahm. Sie ist noch nicht zu Ende und wird kaum vor 3. geschlossen werden. Manteuffels verständige Gesinnung wird auch durch andre, von ihm unabhängige Verhältnisse oft behindert. Ich weise nur auf das Gegenwirken einer Partei, die heute noch auf dem Punkt steht, in Dresden nichts als Mediatisierungsprojekte gegen Preußen zu sehen.

Herr v. Manteuffel sagte mir heute vorübergehend, daß die Antwort auf das Schreiben vom 9. bereit sei, vielleicht schon heute abgehen könne. — Ich zweifle nicht an seiner Gesinnung, ob sie aber die leitende ist, ist eine andere Frage.

Fürst Schwarzenberg an Prokesch.

„Wien, 29. April 1851."

„In Berlin ist wieder einmal der Fall eingetreten, daß man innerhalb acht Tagen ganz entgegengesetzte Dinge gewollt hat. Aus dem Schutzbündnis, das eine Garantie gegen innere und äußere Gefahr werden sollte, hat man das Wesentliche weggelassen und ein Ding gemacht, das eigentlich niemand nützt, unseren gemeinsamen Feinden Mut einflößen muß, und durch einige Stellen unseren besten und ergebensten Alliierten Mißtrauen einflößen dürfte. — — — — — Über den Schluß der Dresdner Konferenzen ist man in Berlin ebenfalls anderer Ansicht geworden; zuerst sollten sie neben Frankfurt fortbestehen, dann sollten sie wenigstens und sozusagen schandenhalber doch zu einigen Resultaten führen und dann aufgelöst werden, und nun will man dort zu nichts mehr kommen, sondern alles — auch das, was noch zu stande gebracht werden könnte — an die Bundesversammlung übertragen, und so rasch wie möglich die so ungeschickt verpfuschte Geschichte zu Ende führen. — — — — Die Schmach dieses abermaligen großartigen deutschen Fiasko wird wenigstens nicht uns zur Last gelegt werden können. — — — — Herr v. Manteuffel sagt in seinem übrigens sehr freundschaftlichen Privatschreiben, daß die Bundesversammlung gleich nach ihrer Vervollständigung kräftig auftreten und zuschlagen solle![1]) Hat er denn vergessen, was diese Versammlung ist, und wie sie agiert? — — — Der alte Bund hat sein Gutes und ist gewiß das Beste, so lange nichts anderes da ist; aber er ist ein eitles simulacre der deutschen Einheit, ein leckes Schiff, das man in Dresden nicht ausgebessert hat, und auf

---

[1]) Bezieht sich auf die demokratischen Tendenzen, welche in Bremen hervortraten.

dem man jetzt im Sturm fahren will; und die ausgesprochene Erwartung, daß uns die Bundesversammlung aus Not und Gefahr helfen werde, deutet entweder auf andre Absichten, oder sie ist der Ausdruck einer wahrhaft rührenden Naivität." — — — —

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. Mai 1851.

Der Lärm über die Abhängigkeit, in die Preußen von Österreich geraten sei, ist so groß, daß man die Absicht zu haben scheint, alles und jedes, was von Österreich ausgeht, zu hindern, um so die angebliche Leitung faktisch aufzuheben.

Gegen die verletzte Eitelkeit und den Dünkel der Partei giebt es hier keine Gewichte. Es giebt einzelne wenige, die vernünftig denken und richtiger sehen, aber das zählt nicht. Die Regierung widerstrebt ihr insofern, als die Furcht sie abhält, sich in der Parteirichtung fortreißen zu lassen, aber sie hinkt in dieser Richtung nach. Was die „Dresdner Konferenzen" und die „vier Monate" von ihr verlangten, das thut sie eigentlich, obwohl mit Vorsicht, um sich auch nach der anderen Seite hin nicht zu sehr zu kompromittieren.

Diese Misère ist trostlos. Um sie loszuwerden, muß entweder ein Anstoß von außen kommen, oder es muß der Glaube gebrochen werden, daß wir um des lieben Friedens willen alles zu ertragen genötigt sind.

Die Antwort auf die Zugeständnisse vom 9. hat mich sehr unangenehm berührt. Nach allen ohne Gegenkonzession angetragenen Konzessionen die bestimmte Forderung des Alternats![1]) — Da muß man billig fragen: wofür? — Der Gegenentwuf vom 25. — um dieselbe Zeit wie diese Antwort abgefaßt — soll wohl ein compelle zur Durchführung des Alternats sein. In Wahrheit aber hat man, wie ich glaube, nicht mehr den Mut, den Gesamteintritt zuzugestehen. Die Hauptrücksicht mag England sein. Man neigt sich

[1]) im Bundespräsidium.

mit Vorliebe zu England. Dem erklärten Wunsche dieser Macht entgegen zu handeln aus Gefälligkeit für Österreich, das wird man hier sicher nicht thun, und ich würde mich nicht wundern, wenn man darüber bereits vertrauliche Zusagen gegeben hätte. — So lange man sich mit der Hoffnung, den Dualismus in Wesenheit und Form durchzuführen, trug, erschien der Gesamteintritt in einem anderen Lichte. — Der Umschlag der Meinung fällt wohl in die Zeit nach Anlangen der Depesche vom 9.

Auf Warschau setzt man die größten Hoffnungen.[1]) Waren wir im vorigen Jahre im Vorteil der Stellung, so glaubt es Preußen nunmehr zu sein. Es tritt für den alten Bund in die Schranken und wird nicht versäumen, uns in Warschau zu verdächtigen und anzuklagen. Man wird viel von konservativer Haltung, von konservativem Gange sprechen, die Gothaer verleugnen u. s. w.

— — — — — — —

Die preußische Politik geht durch dick und dünn.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 9. Mai 1851.

In der Vertragssache wiederholte mir Herr v. Manteuffel heute, der König sei ganz entschlossen und habe nur einige kleine Bedenken, über die er an Graf Arnim zu schreiben befohlen habe. Mir schien es im klaren preußischen Interesse zu liegen, die Sache schnell zu beenden, namentlich vor Warschau und selbst vor Dresden. Manteuffel schien diese Ansicht zu teilen, aber gegen die kleinen Bedenken nicht aufzukommen; doch meinte er, Euer Durchlaucht würden vor dem 15. noch volle Beruhigung erhalten.

Herr v. Bismarck[2]) nahm heute Abschied von mir. Er sprach von der Rechtskontinuität des Bundes, die ich für eine

[1]) Kaiser Nikolaus hatte den König zu einer Begegnung in Warschau eingeladen.

[2]) zum Rat bei der preußischen Gesandtschaft am Bunde und zum Geheimen Legationsrat ernannt und insbesondere mit der Leitung der Preßstation betraut. (Poschinger, „Preußen im Bundestag“, I, 8⁰.)

Professorenfrage, aber für keine praktische erklärte. Er erzählte mir auch, der König sei ungehalten über die Anwesenheit der Bayern in Kurhessen, wo nur Österreicher, Preußen und Hessen zu stehen hätten. Ich bemerkte ihm, daß Bundestruppen dort zu stehen haben, und daß es wirklich schon an der Zeit sei, Bayern den Nichteintritt in die Union und seine Bundestreue zu verzeihen. Herr v. Bismarck erwiderte, für den Nichteintritt müsse man ihm danken.

Der König will schon am 14. nach Warschau.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. Mai 1851.

Warschau wächst in den hiesigen Augen täglich an Bedeutung. Anfangs war nicht einmal entschieden, ob Baron Manteuffel mitginge. Nun gehen auch Rochow und General Gerlach — beide, wie es heißt, auf Wunsch des Kaisers. Es wird im vorhinein viel groß gethan mit dieser entrevue.

Die Hinneigung zu Rußland kann weiter führen, als man hier gehen will, denn das engouement ist hier eine mächtige Kraft. Sie kann also nützlich werden, wenn der Kaiser seinen Einfluß im großen konservativen Sinne benutzen will. Ich hoffe auf ihn. Die Phrasen können ihm nicht genügen. Er muß Handlungen fordern und verzeichnen. Thut er es, so wird man hier folgen.

Ich halte für möglich, daß man Rußland Anträge der Erneuerung des Münchengrätzer Bündnisses macht, gegen Frankreich. Das Zögern mit dem unseren hängt vielleicht damit zusammen. Durch eines unter den drei Mächten entginge man dem rein deutschen Charakter des mit uns im Zuge befindlichen und der Verpflichtung wegen des Gesamteintritts. Es wäre aber vielleicht thunlich, das unsere in Dresden zu emportieren, wenn nämlich die „kleinen Bedenken" nicht geradezu hindernde sind. Ich bestehe hier bei Baron Manteuffel darauf, vor Warschau das Bündnis zu unterzeichnen. Ich gab ihm selbst Dresden an, und er schien geneigt dazu. Inwieferne aber sein Wille aufrichtig und sein Können ausreichend ist, weiß ich freilich nicht.

A Mr. Piscatory.[1]) Paris.

Berlin, 12. Mai 1851.

Mon chèr ami, Fontanier m'a porté vos lignes. Elles sont bien tristes. Cependant j'incline à les croire vraies. La société est en marche vers sa ruine depuis des siècles, et toujours les progrès, les illusions des honnêtes gens ont frayé le chemin. Ce qu'on a appelé l'honneur du 15^me^ siècle, le transfert de la science d'une société en putréfaction, de la byzantine, dans les pays de l'ouest, a créé l'orgueil de l'ésprit qui a conduit à la révolte contre l'église.

La réformation à son tour a amené la révolution politique. Celle ci amène avec la même nécessité la révolution sociale qui achève la ruine et dont il résultera, Dieu sait quand et comment, un nouvel ordre de choses. — La France a toujours eu le pas sur tous les autres pays dans cette marche. Je ne l'accuse pas — ni hommes ni pays n'échappent à leurs destinées — et puisque tant d'organisations sociales ont péri (celle de l'antique Asie, celle de l'Egypte, puis la gréco-romaine) pourquoi la nôtre aurait-elle le privilège de non-transformation? —

Les grands ouvriers de la révolution sont, selon moi, toujours les gouvernements. Ils se partagent comme les hommes en parti de la résistance et en parti du progrès. Le nom en indique déjà le sort. En Allemagne l'Autriche représente le premier parti, la Prusse le second. Les vanités, les passions, les fausses lumières, les ambitions, les développements industriels, les expédients et l'opinion publique qui est l'expression de la maladie sociale, seront toujours du côté de la seconde; le sens commun, la diagnose juste, la modération, l'esprit pratique et autres forces inutiles seront toujours du côté de la première, mais tout ce qu'elle en tirera peut-être (et c'est sans doute beaucoup), c'est de mourir plus tard et moins douloureusement. Après la destruction de la société, un jugement

[1]) Französischer Diplomat, ehemals Prokeschs Kollege in Athen.

tardif et complètement inutile viendra rétablir les vrais titres de chacun, et les Catons et les Tacites, dont les contemporains se moquaient, auront leurs couronnes d'honneur.

Ce tableau n'est pas gai. Il n'a rien d'éffrayant pour moi qui crois à la Providence: On n'a pas été pour rien vingt ans en Orient. Ce qui me dégoûte et me fait perdre la patience souvent, ce sont ces misérables calculs d'ambition qui spéculent sur la révolution pour se faire une pacotille. Lorsque la révolution était encore dans le stade de la réformation, on pouvait éspérer de jouir de cette pacotille pendant quelques siècles; pour un coeur ordinaire le vol était justifiable; mais aujourd'hui? On creuse les fondements et on s'imagine de bâtir.

Sans doute, s'il y avait union entre les grands gouvernements, union sérieuse dans le sens et pour le but de la conservation, tout serait possible. Mais un miracle même ne suffirait plus pour opérer une pareille union majestueuse, triomphe d'une véritable civilisation. D'abord, vous n'avez pas de gouvernement et vous n'en trouverez pas. l'Angleterre est à la tête du travail de destruction; son tempérament énergique lui permet encore de sortir de ses frontières et de porter le mal chez les autres. — La Prusse est engagée par ses ambitions. L'Autriche malgrè sa merveilleuse santé, est dans un travail laborieux de réconstruction; ses efforts pour établir des garanties de repos et de conservation ne sont compris que par l'instinct révolutionnaire et combattus par tous ceux qui subissent l'influence de cet instinct. La Russie grandiose dans sa modération, est isolée et condamnée à une position d'attente qui politiquement est encore la meilleure qu'elle puisse prendre. —

Je m'occupe peu du détail de vos affaires, cela m'a l'air de vanités qui se combattent entre elles. —

— — — — — — — — — — — — — —

Prokesch fuhr am 13. Mai nach Dresden, wo Fürst Schwarzenberg am folgenden Tage eintraf, und am 15. die Schlußsitzung der Konferenz stattfand. Da Preußen die Annahme aller österreichischen Vorschläge zu hintertreiben gewußt hatte, ergab die Konferenz kein anderes Resultat, als daß die Kommissionsarbeiten dem Bundestag als „schätzbares Material" abgetreten wurden. — Am 16. unterzeichneten Fürst Schwarzenberg und Baron Manteuffel die Punktationen des geheimen österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisses.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 18. Mai 1851.

Freiherr v. Manteuffel, der heute die Reise nach Warschau antritt, hat mich eigens ersucht, Euer Durchlaucht die Versicherung zu erneuern, daß der Gesamteintritt durchaus nicht gegen die Ansichten Preußens sei. Er habe bemerkt, sagte er, daß Euer Durchlaucht dies bezweifeln. Ich antwortete ihm, daß der Zweifel in mir läge, und daß ihn die Geschichte der letzten Verhandlungen rechtfertige. Er erwiderte: ich sei im Irrtum, und wenn es wegen dieser Frage zu einem Kriege käme, so würde Preußen in diesem wie in jedem anderen Falle mit uns sein mit allen seinen Kräften.

Die Königin ist nicht wohl genug, um nach Warschau zu gehen. Ganz aber hat sie die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Sie scheint nicht ganz beruhigt über den Erfolg der Zusammenkunft in Warschau, und scheint zu fürchten, daß der Kaiser sich etwas hart ausspreche. — In der Stadt erhält sich die Meinung, beide Souveräne würden von Warschau nach Olmütz gehen, und der Kaiser von Rußland dann mit dem König hierher. Bei Hof scheint man das letztere nicht zu glauben.

Aus Frankfurt nichts Neues. Manteuffel sagte mir: an dem Alten festzuhalten, um eine Basis unter den Füßen zu haben, sei das Richtige. Von dieser Basis aus könne und solle man dann das Neue anstreben. — Auch sprach er die Meinung aus, Lord Palmerston stemme sich nicht ernstlich gegen den Gesamteintritt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. Mai 1851.

Ich schrieb Euer Durchlaucht gestern die Äußerungen des Freiherrn v. Manteuffel über den Gesamteintritt. Mich wunderte bei seiner Negativität dies Zuvorkommen. Ich glaube wirklich, man ist über London beruhigt; wahrscheinlicher aber ist, daß er die Entdeckung gemacht hat, daß die Paritätsfrage ins Wasser fällt, wenn sie nicht durch die des Gesamteintritts über demselben erhalten wird. Er äußerte mir, daß beide Fragen nicht zu trennen seien, was ich auch bejahte; denn ich glaube immer, der Gesamteintritt kann durch Arrangements über die materiellen Interessen faktisch hergestellt werden, ohne daß es nötig wäre, darüber einen Bundesartikel zu schaffen und die europäische Stellung aufzuheben.

Wegen Dresden weiß man nicht, soll man jubeln oder sich schämen. Der allgemeine Eindruck ist zu unseren Gunsten. Der unumwundene Eintritt in Frankfurt wird verschmerzt. Manteuffel hatte sich gestern schon ganz darein ergeben.

Die Ratifikation[1]) wird hier bereits geschrieben und zur Unterschrift nach Warschau geschickt. Sowie ich die unsere habe, tauschen wir hier die Vollmachten aus. Träte Rußland bei, so hätte man den Bund der Drei und eine Garantie für Preußen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 28. Mai 1851.

Der König wollte, wie mir Herr v. Manteuffel sagte, die Ratifikation nicht auf fremdem Boden unterzeichnen. Die königl. Unterschrift wird also morgen gegeben werden und der Austausch am 30. stattfinden. — — — —

[1]) des Bündnisses.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. Mai 1851.

Daß keine Begegnung zwischen Sr. Majestät unserem allergnädigsten Kaiser und Herrn und dem König stattfand, ist der Gegenstand vielseitiger Betrübnis. Selbst Manteuffel sprach mir heute bekümmert darüber. Er sagte mir, daß der König behaupte, dreimal den Antrag gestellt zu haben, das letztemal mündlich an Euer Durchlaucht bei Ihrem Besuch in Berlin. Er habe nie Antwort erhalten. Ich widersprach Herrn v. Manteuffel geradezu und sagte ihm, der König täusche sich; er verwechsle Äußerungen, an seine Umgebung gemacht, mit einem Antrage. Ich wies auch auf die Wirkung hin, welche die Zusammenkunft der drei Monarchen in London gemacht haben würde, wo sie Besorgnisse eingeflößt hätte, die eine Stütze für Lord Palmerston geworden wären. Diesen aber auch nur indirekt zu stützen, wäre ein Fehler u. s. w.

Freiherr v. Manteuffel äußerte mir: im Laufe des Sommers müsse eine Begegnung stattfinden, wolle man den König nicht scheu machen.

Über die wegen Warschau und Olmütz gegen die fremden Mächte zu führende Sprache sagte er mir, mit Grafen Nesselrode und Baron Meyendorff verabredet zu haben, daß man antworte: Bündnis zwischen den drei Mächten sei keines geschlossen worden, das sei auch nicht nötig, denn die drei Mächte *seien* verbündet; die Eventualitäten der Lage Europas habe man allerdings besprochen und zwar ernstlich, was sich aus dieser Lage erkläre. Er bat mich, Euer Durchlaucht anzugehen, dieselbe Sprache zu führen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 5. Juni 1851.

Über Warschau sagte mir General v. Gerlach, Euer Durchlaucht würden mit jedem Wort, das dort gesprochen wurde, zufrieden sein.

Daß Rußland dem Vertrag nicht ausdrücklich beitrat, billigt der König aus zwei Gründen, einmal, weil er ein deutscher und „gleichsam nur der Vorläufer des Gesamteintritts" sei, und dann weil England und Frankreich wahrscheinlich dadurch zu einem Bündnis verleitet worden wären.

In der Dänischen Erbfolgesache ist des Königs Ansicht, sie müsse erst in der Familie (Dänemark, Augustenburg, Glücksburg, Rußland, Wasa und Oldenburg) ausgemacht werden, u. zw. müsse Dänemark die Augustenburge durch Entschädigung ausscheiden, dann mit Rußland für die Glücksburge sich erklären und zuletzt die Sache als eine beschlossene den europäischen Mächten vorlegen.

Der von allen deutschen Staaten beschickte Bundestag hatte im Mai seine Thätigkeit begonnen. Über dieselbe schrieb Fürst Schwarzenberg am 6. Juli an Prokesch: „Wir sind bis jetzt mit dem Geist, der in Frankfurt herrscht, ziemlich zufrieden; die Maschine an sich ist aber zu schlecht; leider hat man den günstigen Zeitpunkt, sie praktisch umzugestalten, versäumt oder — richtiger gesagt — absichtlich ungenützt vorübergehen lassen. — — — Bei Eröffnung der Dresdner Konferenzen waren alle zu allen Opfern bereit, die wir im Interesse einer kräftigen Organisierung verlangen konnten; Preußen sprach aber gar nichts und hintertrieb die Vorschläge, die es scheinbar mit uns machte. Jetzt meint Herr v. Manteuffel, wir sollten uns um Majoritäten in Frankfurt nicht viel kümmern, sondern unseren Weg unbeirrt fortgehen. — — — —"

Preußen hielt an der in Dresden erprobten Taktik auch in Frankfurt fest; es war stets darauf bedacht, die österreichischen Pläne — auch da, wo es mit Österreich scheinbar Hand in Hand ging — zu durchkreuzen, das Ansehen des Bundes durch Hinderung ersprießlicher Maßregeln herabzusetzen, dessen Wirksamkeit zu lähmen und ad absurdum zu führen, um schließlich dessen Unbrauchbarkeit zu erweisen. — Zur energischen Verfolgung dieses Ziels wurde — am 15. Juli — an Stelle des nach Petersburg zurückkehrenden Generals v. Rochow der geheime Legationsrat von Bismarck zum preußischen Bundestagsgesandten ernannt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 12. August 1851.

Dem Scheine nach ist alles gut hier. In Wahrheit herrschen die alten Gelüste mächtig genug, um Herrn v. Manteuffel manchmal in schiefe Richtung zu drängen. Dieselben Leute, die Deutschland für Preußen erobern wollten, rechnen nun mit einiger Zuversicht darauf, daß in keiner Frage etwas Erkleckliches und Befriedigendes zu stande komme, um dann das alte Lied wieder anzustimmen, daß Österreich für Deutschland nichts thun könne oder wolle, und auf diesem Wege die Hoffnung und Meinung wieder Preußen zuzuführen. In allen Bundesfragen habe ich eine gewisse Lauheit, Unsicherheit, Unklarheit und eine äußerst wachsame Empfindlichkeit zu bekämpfen. Manchmal sieht diese Haltung wie eine berechnete aus; in den meisten Fällen hat sie ihren Ursprung in einer noch nicht überwundenen Verletztheit.

Auf diesen Zustand dürfte die Begegnung in Ischl günstig wirken. Der König ist überaus empfänglich für Vertrauen und Heiterkeit und wird sich zu Sr. Majestät dem Kaiser hingezogen fühlen. — Heute noch hängt Preußen gleichsam nur durch Rußland mit Österreich zusammen; die Augen sind hier immer auf Petersburg gerichtet, und der Briefwechsel zwischen Herrn v. Meyendorff und Herrn v. Manteuffel übt hier eine leitende Kraft. — Das sollte nach und nach durch ein direktes Verständnis ersetzt werden.

Man hängt an der Macht und Geltung in Deutschland. Dies Princip zugegeben, kann das W i e ein sehr nützlicher Gegenstand des Gesprächs werden, weil es Gelegenheit giebt, die partikularistischen Bestrebungen Preußens in Frankfurt zu bekämpfen und auf seine dortige Lauheit belebend einzuwirken.

Ein anderer Gegenstand, auf den man großes Gewicht legt, ist die Schweiz. Da sie als Citadelle der Revolution im Herzen des Kontinents liegt, ist der Wunsch billig, den Gegner aus dieser Stellung zu forcieren, und den zahlreichen konservativen Elementen in diesem

Lande einen Halt zu geben. Dieser Wunsch scheint mir den Anlaß zu bieten, Preußen leichter für die geeignete Feststellung der deutschen Verhältnisse zu bestimmen.

In der dänischen Succession sieht der König für sich einen Ehrenpunkt darin, daß nicht ein Gewaltspruch, sondern eine geregelte Auseinandersetzung stattfinde. Er ist nicht gegen die Integrität (trotz früherer Pläne), aber entschieden auf Seite des deutschen Elements gegen das dänische. Er läßt uns in der Holsteinischen Sache gern voranstehen, weil das Odium des wahrscheinlichen Ausgangs dann ungeteilt oder doch größtenteils auf uns fällt.

Schließlich liegt mir noch die deutsche Flotte am Herzen. Lassen wir sie fallen, so wird ein Schrei gegen uns durch ganz Deutschland tönen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 11. September 1851.

Herr v. Manteuffel sagte mir heute über den Vertrag mit Hannover,[1]) er habe diese Sache mit Euer Durchlaucht besprochen; man gebe ihr hier in der öffentlichen Meinung ein zu großes Gewicht; käme es zu einer allgemeinen Zoll- und Handelseinigung, so fiele diese Specialeinigung weg; dies sei ausdrücklich in einem Artikel gesagt.

Ich erwiderte, daß die allgemeine Zoll- und Handelseinigung das Ziel aller deutschen Staaten bleiben müsse, und es sich von selbst verstehe, daß der Bund das natürliche Organ dafür sei.

Herr v. Manteuffel stimmte mir bei und sagte, die Zoll- und Handelsfrage werde jetzt ohnehin in Frankfurt in die Hand ge-

---

[1]) In Folge „bedenklicher Spaltungen" im Zollverein und der Bestrebungen Österreichs, zu einer Zolleinigung mit Deutschland zu gelangen, befürchtete Preußen die Sprengung des Zollvereins. Um sich den freien Verkehr mit seinen westlichen Provinzen für alle Fälle zu sichern, schloß es am 7. September mit Hannover einen Steuer- und Zollvertrag.

nommen, und es sei allerdings wünschenswert, daß der Bund sich für die allgemeinen Interessen thätig zeige. — Es scheint mir also sehr notwendig, daß Anträge, welche diese Thätigkeit beurkunden, in Frankfurt gestellt werden.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. September 1851.

Ich habe keinen Grund zu zweifeln, daß das Bedauern Manteuffels über die Zögerung des Königs in der Successionsfrage aufrichtig sei. Er verwerfe die Ansicht des Königs, sagte er mir, „die Garantie für den Prinzen Christian nicht auszusprechen, so lange das Rechtsverhältnis der Augustenburger nicht klar widerlegt sei" — denn, wenn man eine Großmacht sei, so müsse man auch den politischen Standpunkt festzuhalten verstehen. Der König behaupte, daß die Garantie für den Prinzen Christian Volksaufstände zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg zur Folge haben werde; die Schuld solcher Aufstände falle auf die Garanten.

Wie wenig diese Besorgnisse gegründet seien, sah auch Herr v. Manteuffel ein. Da überdies das vom König verlangte Rechtsgutachten heute fertig geworden und dahin lautet, daß für die Augustenburger kein Recht bestehe, so hofft er durchzudringen.

Ich hatte vor einigen Tagen die Ehre, in Sanssouci zur Tafel gezogen zu werden. Der König war heiter und sprach mir viel und in den wärmsten Ausdrücken über Ischl.[1])

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. September 1851.

Wir sind in eine neue Phase der alten preußischen Politik getreten. Ich fühle das auch an allen Außenzeichen.

[1]) wo der König mit dem Kaiser zusammengetroffen war.

Daß der Bund in allgemeiner und positiver Beziehung geltend werde, oder daß wenigstens unser Organ in diesem Sinne vor aller Augen vorgehe, das scheint mir entscheidende Vorbedingung. Warum sollte Graf Thun[1]) z. B. nicht einen Antrag über das Bundes-Konsularwesen einbringen? Man sähe doch daraus, daß er an allgemein Gewünschtes denkt — die Opposition Preußens würde nur Preußen selbst schaden, während es gar zu gern als der alleinige Förderer und Schützer der deutschen Interessen sich hinstellt.

Die schriftlichen Versprechungen, die preußischerseits gegeben wurden, die innere hannöverische Politik nicht zu stören, sind sehr bezeichnend. Ich erwarte mir auch jetzt die größte Milde gegen Bremen, und das Drängen gegen Hamburg nur insolange, bis es den Anschluß zusagt. Das konservative Princip ist in Berlin eben nichts anderes als ein politisches Mittel, gerade wie zu anderer Zeit das konstitutionelle.

Graf Bille-Brahe[2]) spricht mir mit solcher Zuversicht von der Krise in Kopenhagen, als wäre er des guten Ausgangs sicher. Mit dem Antwortschreiben des Königs war er zufrieden.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. Oktober 1851.

Graf Bille-Brahe sagte mir, soeben ein Schreiben von Herrn v. Reedtz[3]) erhalten zu haben, das der besten Hoffnung voll ist. Er werde die Provinzialstände in Schleswig durchführen, schreibt Herr v. Reedtz, es koste, was es wolle; man müsse die Partei außer das Spiel bringen, die all den Unsinn in Schleswig verschuldet und das Reich mit Spaltung bedrohe.

Graf Bille-Brahe setzte bei, er habe mit Herrn v. Ranzau und andern schleswig'schen und holsteinischen Ständen gesprochen,

---

[1]) Österreichischer Bundes-Präsidialgesandter in Frankfurt.

[2]) Dänischer Gesandter in Berlin.

[3]) Dänischer Minister des Äußeren.

und alle seien einstimmig seiner Meinung, daß die Forderung der deutschen Mächte ein rettender Dienst für Dänemark sei.

Das vorgestern an ihn von Baron Manteuffel gerichtete Schreiben in der Successionsfrage hat den Grafen so zufriedengestellt, daß er des Lobes darüber voll war. Ich bat ihn, zu vergleichen, was vor drei Wochen war und was heute ist. Er erkannte, wie recht die Geduld hat und wie unrecht die Ungeduld.

Ich hoffe also, daß die nächsten Nachrichten aus Kopenhagen gut sein werden. Wenn man bedenkt, was Österreich für Dänemark gethan hat, so ist es erlaubt zu glauben, daß man dort — im eigenen Interesse des Königs und des Landes — nicht starr bleiben wird.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 25. Oktober 1851.

Die Vorfälle in Paris, die hier als bedrohlich betrachtet wurden, haben die nicht günstige Haltung der vorausgegangenen Wochen gemildert, während welcher ich eine zunehmende Überschätzung und Schroffheit nicht verkennen konnte. Das äußerst ungünstige Urteil über unsere Finanzoperationen und inneren Schwierigkeiten, die Verlegenheiten, die uns Lord Palmerston auf mehreren Gebieten bereitet, mußte ich von Personen, die vorzugsweise für loyale Preußen gelten, viel vernehmen, und es war sichtbar, daß man Preußen durch den Stand seiner Finanzen und Administration, durch die verhältnismäßig günstigen Beziehungen zu England und Rußland, durch den Hannöverischen Vertrag und durch die öffentliche Meinung als im politischen Gewicht völlig wieder hergestellt, ja im Vorteil betrachtete.

Nicht diese Ansicht hat sich geändert, aber die Notwendigkeit des Zusammenstehens mit Österreich im Falle einer europäischen Krise, die von der Regierung klar erkannt ist, ist auch in allen Kreisen einleuchtender geworden.

Die Besorgnis vor einer Krise in Frankreich hat sich aber in den letzten Tagen wieder so ziemlich gelegt, wenigstens für die nächste Zeit, doch betrachtet man sie nur als aufgeschoben.

Mit Rußland ist man aux petits soins. — Lord Palmerston giebt man in allen Gesprächen preis, aber Herr v. d. Heydt kommt ganz erfüllt von Englands Macht und Herrlichkeit aus London zurück.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. November 1851.

Herr v. Manteuffel ist heute der populärste Mann im Land, und die Bemühungen der Gegenpartei sind ebenso ohnmächtig als die Umtriebe der Demokraten und nicht ralliierten Gothaer.

Woher dieser Umschwung? Aus dem Glauben, der sich Bahn gebrochen, daß auf dem mit besonnener Konsequenz durch Manteuffel eingehaltenen Wege Preußen zur ersten Macht in Deutschland sich erheben werde. Dieser Glaube ging hervor aus dem Anblick der durch seine Organisation bedingten Ohnmacht des Bundes, aus der Erkenntnis des entscheidenden Gewichts des in handelspolitischer Beziehung gewonnenen Vorsprungs, aus der Energie der inneren Organisation und Brauchbarkeit der Verwaltungsmaschine, endlich aus der durch alle Mittel der Presse ins Publikum gebrachten Meinung der lähmenden Verlegenheiten, in denen sich Österreich befindet. — Den Nachteilen, die aus letzterer Ansicht entspringen, begegne ich auf meinem Felde in steter Zunahme.

Herr v. Manteuffel lebt in dieser Atmosphäre. Er ist zu klug, um ähnliche Ansichten zu nähren oder gar auszusprechen, aber er hat an Zuversicht bedeutend gewonnen. In der handelspolitischen Frage scheint er mir entschieden dem Bunde keine Thätigkeit zuzugestehen. Der Bund kann auch nichts thun, so lange er nicht mit einem wirklichen, begründeten Vorschlag der Gesamteinigung auf-

zutreten in der Lage ist. Einstweilen wird hier auf das Thätigste an der Befestigung der durch den Vertrag vom 7. September gewonnenen Stellung gearbeitet, ein Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Holland eingeleitet, das Konsularwesen erweitert u. s. w. In den nahe bevorstehenden Verhandlungen mit den Zollvereinsstaaten[1]) wird das preußische Kabinett sicher viel Nachgiebigkeit in der Form zeigen, aber alle wesentlichen Punkte festhalten, und trotz der bayrischen Denkschrift werden die Staaten die preußischen Vorschläge annehmen, weil alle am Gelde hängen, und ihre Vertreter hier auf jede Bedingung hin im preußischen Sinne schreiben werden. — So lang nicht ein Vorschlag auf Gesamteinigung beim Bunde eingebracht ist, fehlt den Staaten auch jeder Halt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. Dezember 1851.

Der königliche Ministerpräsident sprach mir heute über die Pariser Ereignisse[2]) mit Zufriedenheit, aber nicht ohne Besorgnis über die Unternehmungen, zu denen der Präsident später durch die Armee gedrängt werden kann. Er erwartet, daß der Präsident schon nächstens dem Ausland gegenüber seine Sprache etwas hoch nehmen werde.

Das Verdammungsurteil der „Kreuzzeitung" über den Präsidenten hat mit der Ansicht der Regierung nichts gemein. Es ist die Privatansicht des Redakteurs Wagner, der kürzlich in Paris war und allerhand Weisheit mit nach Hause brachte. Das heutige Blatt der „Kreuzzeitung" enthält einen anerkennenden Artikel für die Olmützer Konvention, der komisch genug mit Hirngespinsten versetzt ist.

---

[1]) Preußen kündigte den Zollverein auf den Termin des 1. Januar 1854 und lud die Zollvereinsstaaten auf den 1. April 1852 zu Konferenzen, um über die Erneuerung des Zollvereins auf Grund des Septembervertrags zu beraten.

[2]) den Staatsstreich vom 2. Dezember.

Reisende, die vor kurzem Frankreich gesehen, behaupten, daß kein Gefühl dort allgemeiner und mächtiger sei, als der Haß gegen England, und daß der Präsident, abgesehen von den Traditionen des Onkels, schon der öffentlichen Meinung wegen die Abhängigkeit von England werde abstreifen müssen. — Daß aber Lord Normanby[1]) im Geheimnis des Staatsstreichs war, scheint mir unbezweifelbar.

---

[1]) Englischer Gesandter in Paris.

1852.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 6. Jänner 1852.

Die in dem Memoire bezüglich Louis Napoleons aufgestellten Ansichten finden, wie ich nach den Äußerungen des Herrn v. Manteuffel zu glauben berechtigt bin, in der Hauptsache keinen Widerspruch. Man wird, wie er mir sagte, hier gleichfalls eine Denkschrift ausarbeiten. Ich vermute, daß man die russische Ansicht abwartet, die — soweit sie bis jetzt bekannt ist — von derjenigen Euer Durchlaucht rücksichtlich der Bedeutung des Ausschlusses der Napoleonischen Familie etwas abweichen soll. Daß der Kaisertitel in der Haltung Frankreich gegenüber nichts ändern solle, scheint man hier anzunehmen. Herr v. Lecoq sagte mir, man würde es lieber sehen, daß Louis Napoleon früher an die Mächte eine Erklärung in dem Sinne gäbe, daß zur Konsolidierung seines konservativen Ganges nach außen und innen der Kaisertitel notwendig sei u. s. w., lieber nämlich als eine bloße Annonce der geschehenen Thatsache. Auf jeden Fall aber müßte man Garantien verlangen, z. B. die Räumung Roms, die Anerkennung der vertragsmäßigen territorialen Bestände, das Fallenlassen von Forderungen an Belgien u. s. w. — Graf Hatzfeldt[1]) schreibt, er glaube, der Präsident werde zunächst nicht weiter gehen.

Mir scheinen die Garantien nicht in Forderungen, welche die Stellung des Präsidenten untergraben können, und die er also nicht erfüllen kann, sondern in der entente der Mächte, in der eventuellen Zuziehung Rußlands zum Dresdner Vertrag, wesentlich auch in der entente mit England zu liegen, und anderseits in der strengen Achtung vor der Wirksamkeit Louis Napoleons im Inneren, so lange sie konservativ bleibt.

---

[1]) Preußischer Gesandter in Paris.

Noch habe ich das Protokoll der letzten Bundestagssitzung in der Flottenangelegenheit nicht, höre aber, daß sie ein Ausbund von Engherzigkeit und beschränktem Partikularismus war. Der Skandal der Auflösung des Bestehenden wird groß sein, und ich sehe nicht ab, wie es nicht zu endlosen Mißhelligkeiten zwischen den Anspruchhabenden führen soll. Mit ein bischen gutem Willen hätte dem Bunde diese Schmach erspart werden können. Wenigstens wird man erfahren, daß es nicht Österreich ist, welches die deutschen Küsten verteidigungslos, die deutschen Flaggen ohne Schutz und den Bund unfähig will, für ein anerkanntes allgemeines Interesse zu sorgen. Ich bedauere auch die Schiffe und ihre tüchtigen Offiziere.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 7. Jänner 1852.

In der Flottenfrage gehen die Bemühungen der hiesigen Presse dahin, zu beweisen, daß Preußen eine Nordseeflotte wolle, ja sogar die Erhaltung des heutigen Geschwaders, daß aber durch Österreich und die Mittelstaaten so viele Schwierigkeiten in den Weg geworfen werden, daß wohl nichts mehr als die materielle Teilung übrig bleibe.

Wenn Bayern, Sachsen u. s. w. uns sitzen lassen, sich nicht für die Erhaltung des Nordseegeschwaders erklären, so arbeiten sie Preußen in die Hände, dem allerdings an einem Nordseegeschwader liegt, aber nur an einem preußisch-hannöverischen, mit etwaiger Zuziehung von Oldenburg und den Hansestädten.

Die alten Gedanken vom möglichsten Ausschluß von Österreich u. s. w. liegen allen Bestrebungen zu Grunde und bilden den allgemeinen Glaubenssatz. Das muß sich auch in Herrn v. Bismarck offenbaren, der dem Bunde ein sehr kurzes Leben prophezeit.

Wünsche, Hoffnungen werden wir nicht ändern — sie denken machen, wie wir denken, das ist zu viel verlangt — aber sie gehen machen zu unseren Zielen, wenn auch widerstrebend, mit zahllosen Seitensprüngen, das kann erreicht werden, wenn unsere äußeren

und inneren Verhältnisse mithelfen, und unsere Freunde in Deutschland nicht Politik auf eigene Faust und noch dazu eine engherzige treiben.

Über die Zollfrage scheint man mir etwas ruhiger. Man glaubt an kein Resultat in Wien.[1]) Die Idee, einen geheimen Agenten nach Wien zu schicken, scheint wieder aufgegeben zu sein. Mit den Vorschlägen an die Zollvereinsstaaten hält man noch zurück. Von Hannover aus scheint man über den Vertrag beruhigt.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 10. Jänner 1852.

Lord Granville[2]) richtete am 6. eine Depesche an die hiesige Mission, seine Unterredungen mit Grafen Walewsky[3]) mitteilend. Sie gehen dahin, daß England in die inneren Vorgänge Frankreichs sich nicht mischen werde — in welche neue Stellung sie den Präsidenten auch bringen mögen; daß überhaupt die inneren Maßnahmen keinen Grund für England abgeben könnten, seine freundschaftlichen Verbindungen mit Frankreich zu ändern. Mit andern Worten heißt das: wenn sich der Präsident zum Kaiser macht, so liegt uns nichts daran.

Diese Ansicht stellt sich auch hier mehr und mehr fest. Herr v. Manteuffel versicherte mich übrigens, Graf Hatzfeldt glaube nicht an diese Absicht des Präsidenten. (?)

---

[1]) Fürst Schwarzenberg hatte die deutschen Staaten zu Konferenzen geladen, um über einen Handelsvertrag und eine Zolleinigung mit Österreich zu beraten.

[2]) Englischer Minister des Auswärtigen.

[3]) Französischer Gesandter in London, nachmals Minister des Auswärtigen.

An den Freiherrn v. Koller,

österreichischen Gesandten in Hannover.

Berlin, 14. Jänner 1852.

Keine Zeile aus Wien belehrt mich über den Gang der Konferenzen. Die Stimmung hier ist beruhigter, was ein verständliches Symptom ist.

Über den Stand der Flottenfrage wissen Sie mehr als ich. Bin ich recht berichtet, so gehen die preußischen Vorschläge dahin, die Schiffe einstweilen pfandweise in Besitz zu nehmen, dann sich über Bildung einer Nordseeflotte mit Bremen, Hamburg und Oldenburg zu verstehen, so daß Preußen und Hannover (d. h. Preußen) hierin die hohe Hand hätten. Die süddeutschen Staaten verdienen es nicht besser.

Der östereichische Antrag der Bildung einer dreiteiligen Marine beschränkte Preußen auf die Ostsee, gewährte also Deutschland Schutz gegen preußische Überflügelung. Preußen stimmte scheinbar bei, weil es der Idee selbst nicht entgegenzutreten wagte, hinderte aber nach Leibeskräften und brachte, mit Hilfe von Bayern und Sachsen, den österreichischen Antrag zum Falle. Nun das Terrain rein ist, rückt es mit seinem Wunsch heraus: eine Nordseeflotte, ja, aber nur eine solche, an der auch Preußen beteiligt ist.

Der Wunsch ist auch natürlich aus preußischem Gesichtspunkt. Ist nur einmal der Schutz der Weser- und Elbemündung der preußischen Marine anvertraut, so wird sich das Übrige finden.

Vorgestern geschah hier ein großer Schritt. Der Staatsrat wurde wieder reaktiviert und Baron Manteuffel zum Präsidenten ernannt. Dies bricht die Kammern zusammen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 19. Jänner 1852.

Herr v. Manteuffel scheint mir dermalen mehr denn je damit beschäftigt, seine Stellung zu konsolidieren und — womöglich

— die Würde des Staatskanzlers in seiner Person herzustellen. Dieses Ziel wird natürlich nicht ausgesprochen, aber ich müßte mich sehr täuschen, wenn es nicht bestände. Ein Streben dieser Art setzt große Rücksicht für den Hof und die Hofpartei — die specifisch preußische — voraus, also ein Nachgeben an das dualistische Streben, das sich in handelspolitischer Richtung und in der Haltung am Bunde kundgiebt. Es setzt auch die Pflege von Petersburg voraus.

Während mir gegenüber die Sprache des halboffiziellen Blattes verleugnet wird, werden durch die „National-Zeitung" Beruhigungen an die specifischen Preußen gegeben, welche die Wahrheit enthalten und ernst gemeint sind. Ich sehe auch aus einer Menge kleiner Symptome die Entschiedenheit, mit welcher man die Oppositionsstellung gegen die Zoll- und Handelseinigung festzuhalten entschlossen ist.

Man glaubt übrigens mit Bestimmtheit zu wissen, daß zu Wien nichts herauskommen werde. — Das Mehr oder Weniger halte ich nicht für die Hauptsache, sondern daß der Anknüpfungspunkt gefunden werde. Sind Bayern und Sachsen im stande, mit Österreich Vereinbartes auf die hiesigen Zollkonferenzen als Vorlage zu bringen, so wird sich zeigen, ob Preußen nicht die Annahme dem Austritt dieser Staaten aus dem Zollverein vorzieht. Ich glaube, ja.

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 27. Jänner 1852.

Die Verhältnisse hier sind im Verschlimmern. Eine barsche Haltung gegen Österreich ist die unerläßliche Bedingung für die Behauptung und Erringung einer überwiegenden ministeriellen Stellung, und die persönliche Ambition spielt eine große Rolle dabei. Der einseitige Rückzug in London, das Abspringen von allen früheren Zusagen und Handlungen in der Flottenfrage, die Handelspolitik in unionistischer Richtung sind Teile eines Systems, das, bei dem krankhaften Gefühl, in zu enger Haut zu stecken, oben

für eine Berechtigung gilt, und das dem Minister, auch wenn er es nicht wollte (was überdies nicht der Fall ist) ein gebotenes ist. Es ist ein Zeitpunkt eingetreten, wo man sehr auf der Hut sein muß, diesen bedrohlichen Plänen Unterstützung zu leisten. Es könnte leicht ein „zu spät" eintreten.

Der Hannöverische Vertrag ist eine Wohlthat, wenn er die Brücke zur allgemeinen Einigung, er ist ein politischer Selbstmord, wenn er die Brücke zur Spaltung ist. Ich finde daher die Schritte Bayerns ebenso weise als deutsch, im wahren Sinn des Worts. Ich habe von der Umsicht des Herrn v. Scheele eine zu hohe Meinung, um zu zweifeln an der günstigen Aufnahme, welche die heutige Expedition finden wird. Heute ist eine Haltung, welche die finanziellen Vorteile sichert und die politischen Gefahren abwehrt, noch möglich.

Wenn man heute Preußen infolge seiner Haltung in Frankfurt die Absicht unterstellt, das Bundesverhältnis abzuschütteln, so spricht für diese Voraussetzung leider die Radowitz'sche Vergangenheit und der Umstand, daß die damals leitenden Ideen heute in anderer Form wieder vortreten. Es spricht dafür auch die wirklich schonungslose Art, in welcher Preußen in der Flottenfrage vorgegangen ist. Monatelang hat es an den Bundesberatungen darüber teilgenommen, die Beschlüsse seiner geregelten Erwägung unterzogen, Beiträge zur Erhaltung gezahlt, seinen Beauftragten zur technischen Kommission gegeben, hat uns in wiederholten Noten sein völliges Einverständnis mit uns erklärt — und nun bestreitet es plötzlich die Kompetenz des Bundes und legt Protest bei Rothschild ein![1]) — Den Bund zu untergraben scheint seine ganze Aufgabe. Wahrlich, ich tadle diejenigen nicht, die da sagen, es sei ihnen mathematisch bewiesen, daß Preußen die Sprengung des Bundes beabsichtige. Es sieht allerdings danach aus, und für eine verlangende Politik, die auf Kosten der andern erwerben will, ist nichts natürlicher, als daß sie die allen gemeinsame Schutzwehr brechen will.

---

[1]) gegen eine Anleihe, welche die Majorität des Bundestages aufzunehmen beschlossen hatte, um den Fehlbetrag zu decken, der sich aus dem Rückstand der für die Flotte bestimmten Matrikularbeiträge mehrerer Staaten ergeben hatte.

Daß es — bei allem guten Willen hier — dazu nicht komme, das ist unser aller Aufgabe. Österreich kann aber ohne Beihilfe der Mittelstaaten die Verwirklichung der preußischen Pläne nicht hindern. Man greift nicht wegen jeder Nebenfrage zum Äußersten, und nicht jede Zeitepoche erlaubt eine Hilfe, wie sie z. B. Österreich dem gesamten Deutschland gegen den 26. Mai und Erfurt geleistet. Nur durch das klarbewußte Zusammengreifen aller derer, die ihre Unabhängigkeit behaupten wollen, ist dem Übel zur rechten Zeit der Damm zu setzen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 29. Jänner 1852.

— — — — — — — — — — — — — —

Das Nichterreichen der Gleichstellung am Bunde — das Minimum der aus dem Bankrott von 1850 übrig gebliebenen Wünsche — ist der Stachel und der Dualismus das Ziel — wenn nicht in, so außer dem Bunde. Der Wunsch, ein großer Minister seines Landes zu werden, ist in Herrn v. Manteuffel lebendig. Er kann es nur um den Preis der Opposition gegen Österreich werden. Die äußeren Verhältnisse mögen ihm günstig scheinen; Frankreich stets drohend und doch gelähmt, England — nach seiner Meinung und Bemühung — mehr Preußen als Österreich zugeneigt, Rußland seine persönliche Stütze und über das Detail der Fragen leicht zu täuschen.

Euer Durchlaucht werden es gewiß für das Richtige halten, Grafen Arnim, bei aller Unumwundenheit des Ausspruchs, auf das Freundlichste zu behandeln, um der gewaltigen Susceptibilität hier keine Nahrung zu geben. Nachdem ich mich gestern der trockenen Sprache gegenüber im gleichen Ton ausgesprochen, schieden wir ganz freundlich und sprachen uns ebenso auf dem Hofballe. Der König unterhielt sich lange mit mir über gleichgiltige Dinge.

Wenn es wahr ist, daß die Staaten endlich die Deckung des Bedarfs der Flotte aufbringen wollen, so wird Manteuffel sehen, daß die Sache auf seinem Wege nicht gar so rasch aus wird. Zahlen sie aber nicht und kommt es zur Teilung, so wird der Zwist mit den Miteigentümern losgehen.

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 4. Februar 1852.

Ich begreife die Lage Hannovers. So lange die Folgen eines politischen Schrittes nicht handgreiflich daliegen, genügt die Einsicht des Ministeriums nicht, um ihm den richtigen Weg zu erlauben. So war es auch mit dem Vertrag vom 26. Mai.

Ich wüßte gar nichts Neues über den Stand zu sagen. In Festen, Bällen und Kammersitzungen geht alle Thätigkeit auf. Die zweite Kammer, ermutigt durch die Haltung Preußens in Frankfurt, suchte an dem Bunde zu rütteln, und in einem Moment von Aufwallung sagte auch Herr v. Manteuffel mir: ihm läge an dem Bunde gar nichts; wenn er in Trümmer ginge, sei es ihm auch recht! — Das weiß ich seit lange. Aber daß dieser Schutz der Mittel- und Kleinstaaten nicht verloren gehe trotz der preußischen Bemühungen, das wird Österreich nicht aus den Augen verlieren. Freilich kann es nichts, wenn eben diese Staaten sich selbst aufgeben.

Ich erwarte Grafen Mensdorff spätestens übermorgen. Dann geht er nach Kiel, die Übergabe Holsteins an den Kommissär des Landesherrn, einverständlich mit General v. Thümen, zu bewerkstelligen, und unsere Truppen ziehen ab. Rendsburg wird vom holsteinischen Kontingent besetzt. Die beiden Bundeskommissäre machen sodann einen Höflichkeitsbesuch in Kopenhagen. — Das Manifest des Königs ist würdig und large.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 14. Februar 1852.

— — — — — — — — — — — — — —

Wenn einerseits nicht in Abrede zu stellen ist, daß der handelspolitische Streit das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen auf das Tiefste erschüttert und auf alle und jede Angelegenheit sich überträgt, so ist ebensowenig zu verkennen, daß eine Lösung, die

einer legalisierten Spaltung Deutschlands gleichkäme, auch nichts taugen würde. Mir erscheint aber eine Einigung, wie sie vorgeschlagen wird — welche Hintergedanken auch immer dabei sein mögen — nicht sehr die daraus im allgemeinen zu gewinnenden Vorteile zu beeinträchtigen, weil gerade bei materiellen Interessen das natürliche Gewicht der Körper entscheidet. Preußen, obwohl gleichgestellt im Zollverein mit den übrigen Staaten, wurde der leitende, weil es am schwersten ins Gewicht fiel. Österreich, in der allgemeinen Einigung, würde aus demselben Grunde der erste Staat in dieser sein. Die Einigung aber wäre bewirkt, und der Gedanke, sowie das Verdienst und auch der Erfolg unser.

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 29. Februar 1852.

Hier ist das Verhältnis das frühere. Die Unbrauchbarkeit des konstitutionellen Systems ist in jedes Ministers und Hofmanns Munde, aber brechen mit demselben wird man sicher nicht, sondern man hofft es nach und nach in eine quasi ständische Repräsentation zu umwandeln. Daß dies hemmend auf Hannover wirke, begreife ich;[1]) aber darüber wird man nicht böse sein.

In der Flottenfrage behauptete mir Herr v. Bismarck:[2]) es läge Preußen im Grunde sehr wenig daran, sich an einer Nordseeflotte zu beteiligen; es habe sich dazu nur auf Aufforderung von Hannover und Bayern bereit erklärt. Ein Flottenverein ohne Preußen sei bereits verworfen und unmöglich, weil sich die Kosten nicht aufbringen ließen. Ein Flottenverein mit Preußen sei, wenn sich Österreich nicht dagegen setze, allerdings möglich, aber auch nicht wahrscheinlich, weil vor Beendigung der Berliner Zollkonferenzen mehrere Staaten sich nicht erklären könnten und wollten. Preußen könne aber nicht bis dahin warten, weil das Wann

1) Bezieht sich auf den hannöverischen Verfassungsstreit.

2) Herr v. Bismarck war am 22. Februar in Berlin eingetroffen.

ungewiß sei, und die Kosten des Wartens zu hoch steigen würden. In den ersten Tagen des April müsse also wohl die Auflösung erfolgen. Da aber niemand Schiffe haben wolle, werde Preußen der Übernehmer sein und sie nach der Ostsee führen. Bedürfte die Nordsee einmal des Schutzes, so könne auch die preußische Ostseeflotte sie schützen. Vielleicht ließe sich später eine Zollvereinsflotte gestalten.

Sie sehen, daß man hier den Ausbau der Herrschaft über Norddeutschland (wenigstens) gut im Auge hat. Helfen die Staaten mit, so können wir sie doch gegen ihren eigenen Willen nicht retten wollen. Volenti non fit injuria.

Was die Liquidierung der Vergangenheit betrifft, so meint Herr v. Bismarck, der Bund solle aussprechen, daß der Verlust auf den Wert der Schiffe und die Erhaltungskosten von allen Staaten matrikularmäßig zu tragen seien. Von der Folgerung der Nachzahlung auf die Gründungsumlagen wolle Preußen abstehen.

In der handelspolitischen Frage nichts Neues. Ich weiß nicht, ob die Einladung zu den Konferenzen für den 20. März schon hinaus ist. Preußen wird zu einem Handelsvertrag mit Österreich als Vorstand des Zollvereins und im Namen desselben, Körper mit Körper, gern die Hand bieten. Warum auch nicht? Es bekräftigt dadurch seine Autonomie. — Österreich lud die einzelnen Staaten nach Wien ein, weil es Deutschland im Auge hatte; Preußen will als Zollverein verhandeln, weil es Preußen im Auge hat. Suum cuique! — Ich bin dennoch, selbst auf dieser Basis, für die Verhandlung, weil jeder Gewinn auf dem Felde der materiellen Interessen eine Wohlthat ist und ein Damm gegen die Revolution. Das Resultat der Wiener Konferenzen kenne ich nicht. Auch wenn sie, wie man hier sagt, gar keines haben, so waren sie ein edler Versuch des Kaiserhauses, den deutschen Staaten eine Gelegenheit zur Abwehr gegen das Verschlungenwerden durch Preußen zu bieten.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 4. März 1852.

Es herrscht hier eine Zuversicht, die ich mir nicht allein durch innere Verhältnisse erklären kann, denn diese bieten vielmehr manche Zerrissenheit und vieles Schwanken. Manteuffel ist mir gegenüber äußerst wortkarg, geht in keine Frage ernstlich ein und hat mir nur ein paarmal mit einiger jactance gesagt, daß der Beharrlichkeit im Streben nach einem klar erkannten Ziele der Erfolg sicher sei. Ich glaube, daß er sich über unsere inneren Zustände die seltsamsten Illusionen macht.

In der Zollfrage thut man mir gegenüber dergleichen, als sei man des Erfolges gewiß. „Im Jahre 1840 sind die Bevollmächtigten zweimal abgereist", sagte mir Manteuffel, „aber sie sind wiedergekommen. Wir wollen es auch diesmal darauf ankommen lassen."

Ein Handelsvertrag ohne Zolleinigung scheint mir nur dann rätlich, wenn er die Wege zu derselben nicht verschließt. Aus dem Gange der hiesigen Zollkonferenzen könnte eine Nötigung dazu für Preußen entstehen. Ohne solche läßt es sich sicher nicht darauf ein, denn in der Behauptung seiner handelspolitischen Autonomie sieht es die Gewähr für die künftige Herrschaft in Deutschland.

Im Widerspruch mit der zur Schau getragenen Zuversicht steht gewissermaßen das abermalige Aufschieben der Einladung. Herr v. Budberg[1]) kam aus Hannover zurück und schilderte Herrn v. Manteuffel die wenig preußische Stimmung des dortigen Ministeriums. Das mag mit Veranlassung sein. Wenn die Mittelstaaten festhalten, so werden die erneuten Unionsversuche sicher zu Wasser.

Hannover hält sich in jeder Frage an den Bund. Das ist gut. In seiner Verfassungsangelegenheit hat es hier Vorstellungen gemacht, damit das preußische Votum in Frankfurt ihm zu Hilfe komme. Das ist auch gut, ob man nun hier geneigt dazu sei oder nicht. Es kann ihm hier nicht einmal übel genommen werden, daß es beim Bunde die Hilfe sucht, die es braucht.

---

[1]) Russischer Geschäftsträger in Berlin.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 7. März 1852.

Wir haben gestern die seltsame Erscheinung erlebt, daß der ganze Kern der konservativen Partei der ersten Kammer gegen den König Front machte, der in Bezug der Bildung der künftigen ersten Kammer den etwas amendierten Antrag der Bethmann-Hollweg'schen Partei durch die Regierung vertreten ließ. Herr v. Manteuffel war sehr verlegen in seiner Antwort an den Abgeordneten Stahl, der in einer ausgezeichneten Rede die Unbrauchbarkeit und die Gefahren einer nach des Königs Wunsch gebildeten ersten Kammer nachwies. Dennoch ging der Antrag durch, da außer der Linken und den Gothaern auch viele von der anders denkenden Rechten dafür stimmten. Graf Alvensleben und was eigentlich Namen hat in der Kammer, stimmte dagegen. Der Minister natürlich dafür.

Noch sind die Einladungen zu den Zollkonferenzen nicht abgelaufen. Man hat heute wieder daran geändert und sie umdrucken lassen.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 11. März 1852.

Der Sieg der Bethmann-Hollweg'schen Partei, der „dynastischen Linken", wie sie hier heißt, in der Pairsfrage ist noch immer der Gegenstand aller Gespräche. Zur Charakteristik der hiesigen Zustände mag folgendes dienen. Manteuffel, dem Willen des Königs sich fügend, hatte eben für den Bethmann-Hollweg'schen Vorschlag — in der Fassung, welche am Morgen die Zustimmung des Königs erhalten hatte — gesprochen, u. zw. gegen ein von derselben Partei beliebtes, inzwischen eingebrachtes Amendement, als Graf Fürstenberg-Stammheim, derselben Partei angehörig, aus Charlottenburg anlangte und dem Ministerpräsidenten ein Schreiben des Königs überbrachte, worin dieser ihm befahl, für dieses Amendement sich zu erklären. Der Vorfall setzte die ganze Kammer in Bewegung. Die Abstimmung folgte unmittelbar, und Herr v. Manteuffel stimmte für den so veränderten Antrag.

Herr v. Westphalen, ein Mann von Charakter, reichte tags darauf seine Entlassung ein. Nun begaben sich die 35 Mitglieder der Rechten, die aus Rücksicht von der Alvensleben-Stahl'schen Phalanx sich getrennt und für den Antrag gestimmt hatten, zu Herrn v. Westphalen und baten ihn, zu bleiben. Auch der König schrieb an den Minister im selben Sinne. Westphalen entschied sich zu bleiben, und ist vorderhand der Friede wieder hergestellt. — Manteuffel hat bei dem Vorfall nicht gewonnen. Man traut ihm nicht zu, daß er an eine Überzeugung seine Stelle setze. Was ihn hält, ist hauptsächlich die unionistische Richtung seiner Handelspolitik.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 26. März 1852.

— — — — — — — — — — — — — —

Nicht zu verhindern würde sein, daß die öffentliche Meinung den Besuch Sr. Majestät des Kaisers unseres allergnädigsten Herrn mit den demnächst zu eröffnenden Zollkonferenzen in Zusammenhang brächte. Eine Änderung im politischen Gange Preußens würde er — nach meiner Ansicht — nicht hervorbringen, wohl aber die aus dem handelspolitischen Gegensatze entsprungene Schroffheit mindern können. — Es wäre ferner möglich, daß der Besuch in Paris ombrage machte, da mir Herr Lefebvre mit sehr schlimmen Eindrücken dahin zu gehen scheint. Ich glaube aber nicht, daß diese Rücksicht Gewicht verdient, denn, wenn die Besorgnisse Grund haben, die ich heute an anderer Stelle zu berichten nicht unterlasse,[1]) so liegt gerade in der Voraussetzung eines guten Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen — für den Präsidenten ein Zaum.

Begleiten Euer Durchlaucht Se. Majestät, so wird der rein freundschaftliche Charakter des Besuchs — für die öffentliche Meinung wenigstens — allerdings etwas beeinträchtigt, aber der

---

[1]) Bericht über die Vorgänge in Frankreich, wo Louis Napoleon immer unverhohlener die Errichtung des Kaiserreichs vorbereitete.

gute Eindruck kann dadurch nicht leiden. Für Euer Durchlaucht Begleitung scheint mir der Umstand zu sprechen, daß Herr v. Manteuffel in Ischl mit war; gegen dieselbe erlaube ich mir anzuführen, daß, wenn Euer Durchlaucht keine Geschäftssache berühren wollen, dieses Schweigen hier vielleicht nicht als eine Delikatesse verstanden werden würde.

An den Fürsten Schwarzenberg.

Berlin, 30. März 1852.

In einer längeren Unterredung — gestern — mit General v. Gerlach sprach er mit Lebhaftigkeit über die Napoleonische Kaiserwürde. Man könne sie nicht hindern, aber sie anerkennen, betrachte er als einen großen politischen Fehler. — — — — — Aus dem Kaisertitel gehe für den Präsidenten die Notwendigkeit der Kaiserpolitik hervor. Er nahm den Krieg als unbezweifelbar an, glaubte aber nicht, daß er in Belgien beginnen werde, sondern in Italien, und eiferte gegen die hier in vielen Kreisen verbreitete Ansicht, daß Preußen sich dabei nicht zu beteiligen habe.

Ich gestehe, daß ich dieser Eventualität keineswegs mit Überzeugung und Ruhe entgegensehe. Ich zweifle weder an dem Willen des Königs, noch an dem Manteuffels, aber wie sehr dieser Wille an der öffentlichen Meinung hängt, habe ich oft erfahren; und siegt er auch ob, so wird es an verderblichen Bedingungen nicht fehlen. — Die Partei, die geneigt ist, einen Angriff auf Österreich als einen Angriff auf Preußen zu betrachten, ist eben die „Kreuzzeitungs"-Partei.

Am 5. April abends erhielt Prokesch die erschütternde Nachricht von dem plötzlichen Tode des Fürsten Felix Schwarzenberg, welcher am selben Tage in Folge eines Schlagflusses eingetreten war. — Am 11. April wurde Graf Buol-Schauenstein zum Minister des Auswärtigen und des Kaiser-

lichen Hauses ernannt. — Einige Auszüge aus seinen Briefen, die hier der chronologischen Ordnung entsprechend eingeschaltet sind, kennzeichnen einerseits seinen Standpunkt in den Deutschen Angelegenheiten, anderseits die Würdigung, welche Prokeschs Dienste in Wien fanden.

An den Grafen Buol-Schauenstein.

Berlin, 30. April 1852.

Es ist eine schwere Last, die Euer Excellenz auf Ihre Schultern genommen, aber es war auch eine heilige Pflicht, sie nicht abzulehnen. Dieselbe Pflicht liegt — verhältnismäßig — jedem von uns ob, die wir Werkzeuge im Auslande sein sollen. Mich werden Euer Excellenz nach besten Kräften treu denselben finden; ob aber diese Kräfte genügen, ist eine andere Frage. Ich kenne Berlin genug, um zu wissen, daß ein anderer Mann als ich hierher gehört, ein Mann, dessen Familie und Reichtum imponiert und schmeichelt. Man würde ihm weniger übel zu nehmen wagen, daß er sich mit Phrasen nicht abfinden läßt und die Sachen beim Namen nennt. Hier wie anderorts werde ich übrigens, so lange mich Euer Excellenz mit Ihrem Vertrauen beehren, thun, was ich kann.

Die Zollkonferenzen können erst einen entschiedenen Charakter annehmen, sobald preußischerseits die Antwort auf die bayrischen Anträge gegeben ist, also morgen oder wahrscheinlich erst Montag. Die Wut der „Kreuzzeitungs"-Partei, die sich die konservative par excellence nennt, ist die größte. Gelingt es Herrn v. Manteuffel nicht, gerechteren Ansichten Eingang zu verschaffen, so wird die Antwort, wenn auch nicht den Bruch, so vielleicht doch die Vertagung der Konferenzen zur Folge haben.

Meine Sprache ist nach allen Richtungen hin eine offene und entschiedene. Gern gehört wird sie von den Gegnern nicht; sie wünschen, ich solle an die „reinen und ganz nur dem Interesse Deutschlands zugewandten Absichten", an die „ausschließlich materielle Bedeutung der Frage" glauben. Diesen Gefallen thue ich

ihnen nicht. Ich halte die allgemeine Zolleinigung als Ziel fest und schneide jede Hoffnung auf einen Handelsvertrag, der nur die Spaltung legalisieren würde, ab.

An den Grafen Buol.

Berlin, 2. Mai 1852.

Den Inhalt der heute früh bezüglich der in London zu unterzeichnenden Stipulationen in der Dänischen Erbfolgesache empfangenen Weisungen habe ich soeben Freiherrn von Manteuffel noch mitteilen können. Noch im Laufe dieser Woche kann also die Unterzeichnung stattfinden, worauf man in London, in Hinblick auf französische Eventualitäten, Wert zu legen scheint.

Für die beiden Argumente gegen die Idee, den Bund beizuziehen, war Freiherr v. Manteuffel, zur Beruhigung des Königs, sehr dankbar.

Der Besuch Sr. Majestät des Kaisers von Rußland wird nunmehr mit Sicherheit erwartet. — — — — — — — — —

Graf Buol an Prokesch.

„Wien, 7. Mai 1852."

„Ich danke für die freundlichen Zeilen vom 30. April und 2. d., und mehr noch für die, die Sie mir in Aussicht stellen. Jeder Wink, jeder Rat in beliebiger vertraulicher Form wird mir wertvoll sein. Niemand kennt besser wie Sie die deutschen Zustände, niemand beurteilt und durchschaut richtiger die Winkelzüge der preußischen Politik, und Sie dürfen es selbst nicht verschmähen, mich mit einiger Geduld in selbe einzuweihen. Ich gestehe es aufrichtig, daß von allen meinen Aufgaben mich die Deutschen Angelegenheiten am meisten besorgt machen und die sind, wo mir der Ausgangspunkt am wenigsten klar ist. — Der Kaiser

erkennt vollkommen die Schwierigkeit Ihrer Lage, legt aber darum einen um so größeren Wert darauf, Sie darin ausharren zu sehen. Sind Sie manchen Leuten dort ein Dorn im Auge, so müssen wir hier um so mehr den vollen Wert Ihres Wirkens anerkennen. — Daß der Kaiser von Rußland über hier nach Berlin reist, muß doch auf den König einen seltsamen Eindruck hervorbringen. — — — — Ich werde mich bemühen, Grafen Nesselrode über unser Verhältnis zu Preußen, namentlich mit Bezug auf die kommerziellen Verhältnisse aufzuklären.“ — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

In der handelspolitischen Frage standen Österreich und Preußen auf entgegengesetzten Standpunkten, während Bayern, Württemberg, Sachsen, die beiden Hessen, Baden und Nassau zwischen beiden eine zu Österreich hinneigende Sonderstellung einnahmen. Österreich bestand darauf, die handelspolitische Frage als Mitglied des Deutschen Bundes mit den übrigen Bundesstaaten zu verhandeln und zu lösen; Preußen dagegen wollte erst den Zollverein erneuern und dann einen Vertrag zwischen dem neuen Zollverein und Österreich abschließen; die genannten Mittelstaaten endlich, welche sich auf der Wiener Konferenz nicht geeinigt hatten, doch auch auf die Vorschläge der Berliner Konferenz nicht eingehen wollten, waren anfangs April in Darmstadt zusammengetreten und übereingekommen, in der handelspolitischen Frage solidarisch vorzugehen, den von Preußen gekündigten Zollverein unter sich aufrecht zu erhalten, und vor dem 1. Januar 1853 keinen neuen Vertrag mit Preußen abzuschließen, es sei denn, daß innerhalb dieses Zeitraums eine Einigung zwischen Österreich und Preußen erzielt würde. — Unter diesen Umständen richtete Graf Buol am 7. Mai an Prokesch eine Depesche, welche den österreichischen Standpunkt neuerdings betonte und den Wunsch nach einer Vereinbarung aussprach.

An den Grafen Buol.

Berlin, 13. Mai 1852.

Alle die Tage durch galt es hier für eine ausgemachte Sache, daß Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser gleichzeitig mit

Sr. Majestät dem Kaiser v. Rußland auf Besuch hier eintreffen werden. Ich wurde mit Anfragen überlaufen.

Euer Excellenz lassen mich durch Ihre gütigen Zeilen vom 7. hoffen, daß Se. Majestät der Kaiser von Rußland[1]) zu einer klaren Ansicht über die Bedeutung der Handelsfrage gebracht werde. Ist dies erzielt worden, so läßt sich von seinem Einflusse eine günstige Wirkung erwarten.

Herrn v. Manteuffel konnte ich in diesen Tagen kaum finden. Die Kammern und Potsdam absorbierten ihn. Heute sah ich ihn auf eine Viertelstunde; er wich dem Gespräch über die handelspolitische Frage mit allgemeinen Versicherungen aus — hob hervor, daß Euer Excellenz Weisung vom 7. nur von Handels- und Verkehrsverhältnissen, nicht vom Zoll spreche, was allerdings eine Annäherung an den preußischen Standpunkt andeute. Ich sagte ihm, am Wunsche der Annäherung und Verständigung zu zweifeln, wäre eine Sünde; aber dieselbe Richtung müsse auch von preußischer Seite befolgt werden. Man müsse das Mögliche vom Unmöglichen scheiden, und mit diesem nicht seine Zeit verlieren. Österreich seine Berechtigung abstreiten wollen, gehöre eben zum Unmöglichen, und ein Bestreben dieser Art habe keinen Ausgang. — Er lasse an der Antwort arbeiten, sagte er, und erwarte nunmehr den Antrag der Bevollmächtigten. — Der werde nicht ausbleiben, erwiderte ich. — Darauf sprang er ab und erzählte mir, wie klug sich der Präsident von Frankreich am 10. benommen u. s. w.

Graf Nesselrode wird hier erwartet. Das Gewicht dieses Mannes vermöchte viel.

Kommt es zur Beiziehung österreichischer Bevollmächtigter, so kann ich wohl nicht verhehlen, daß niemand von größerer Wirksamkeit hier sein würde, als Herr v. Bruck. Die öffentliche Meinung hält ihn ungemein hoch; seine Formen passen sich den hiesigen an, und das Gewicht seiner früheren Stellung fiele für uns in die Wagschale. Er und Herr v. Hock[2]) würden zusammen ein geeignetes Ganzes bilden.

---

[1]) Kaiser Nikolaus war am 8. Mai in Berlin angekommen.

[2]) Ministerialrat im österreichischen Handelsministerium.

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 21. Mai 1852.

Die am 17. nach Wien gegangene Antwort der preußischen Regierung auf die Depesche vom 7. ist ablehnend, d. h. Preußen hält seinen Standpunkt fest, Österreich ausschließen und mit ihm nur nach Rekonstruktion und Erweiterung des Zollvereins verhandeln zu wollen. Um diesen unklugen, weil unmöglichen Standpunkt plausibel zu machen, werden Lügen auf Lügen getürmt. Auf so schlechte Waffen reduziert, kann der Widerstand nicht lange währen.

Es steht nun an den sieben Staaten, den durch die Darmstädter Übereinkunft bedingten Antrag kollektiv oder wenigstens konform und simultan einzubringen, und dadurch der Konferenz die gehörige Richtung zu geben. Bayern, Sachsen und Baden haben bereits die Weisung hiezu; die übrigen dürften sie längstens morgen erhalten. Es wird also Montag, denke ich, der Schritt gethan werden.

Giebt Preußen die Hoffnung, die Staaten zu trennen, die es heute noch nährt, auf, so wird es nachgeben. Im anderen Falle, wenn ihm nämlich Aussicht auf Trennung zu gute kommt, so wird es das Projekt der „Kreuzzeitungs"-Partei zu verwirklichen suchen, das dahin geht, Sachsen abzulösen, dadurch Hannover zu fesseln, und später auch die beiden Hessen zu gewinnen, so aber einen nordischen Bund dem südlichen entgegenzustellen. Das wäre die langersehnte Spaltung Deutschlands in zwei, eines der verderblichsten politischen Projekte, das ersonnen werden kann.

Das Zeitungsgeschwätz von russischen Noten zu Gunsten der preußischen Pläne ist völlig unwahr. Der Kaiser hat sich in Dresden in österreichischem Sinne ausgesprochen, und eine Unterredung mit Grafen Nesselrode läßt mir keinen Zweifel darüber, daß Rußland auch hier eine ebenso billige als versöhnliche Sprache führte.

Die Verdächtigung der Darmstädter Übereinkunft (die freilich manches zu wünschen übrig läßt) als eine Rheinbündelei schlägt nicht an. Es ist zu klar, daß diese Übereinkunft die allgemeine Einigung, ich möchte sagen, die weitere Entwicklung des Bundes,

in dem der Schutz für alle liegt, durch Anwendung des Bundesverhältnisses auch auf die handelspolitische Sphäre im Auge hat, und sich der preußischen Sonderbündelei erwehren will, welche den Bund über den Haufen werfen würde.

Am Ende des österreichischen Wegs liegt die Einigung, am Ende des preußischen die Spaltung. Diese Erwägung an und für sich schon sollte genügend sein.

Kaiser Nikolaus hat das diplomatische Corps nicht empfangen. Wir haben daher auch keinen Teil an den Festen. Es sind Familienfeste und rein militärische.

An den Grafen Buol.

Berlin, 23. Mai 1852.

Kaiser Nikolaus bleibt, wie ich höre, bis Mittwoch. Er kommt vor Huldigungen nicht zu Atem. — Die Haltung der Stadt ist ohne jede Würde und Unabhängigkeit. Dieselben Leute, die den Mund so voll nahmen, um Österreich in russischer Abhängigkeit hinzustellen — ich sehe sie jetzt wedeln in beglücktester Ergebenheit.

Ich habe Herrn v. Manteuffel in diesen Tagen nicht aufsuchen wollen, auch ist er kaum zu finden. Der Kaiser hat ihn ausgezeichnet, indem er ihm bei der vorgestrigen Tafel ganz besonders zutrank. Die wirkliche Stütze Manteuffels ist fast nur mehr die russische Gunst, die man als an seine Person geknüpft darzustellen weiß. Die Konservativen halten an Herrn v. Westphalen.

Ich höre, daß der Kaiser heute dem Großherzog von Oldenburg über die handelspolitische Frage gesprochen habe, wenige Worte zwar, aber in unserem Sinne. Man könne Österreich nicht ausschließen, sagte er, dürfe auch Preußen nicht beeinträchtigen; es stehe an den Mittelstaaten, die Verständigung einzuleiten. — Preußischerseits verlautet von Nachgiebigkeit nichts. Es ist dies auch bei der bisherigen Mattigkeit der Verbündeten nicht zu er-

warten. Fällt die preußische Antwort auf den einzubringenden Antrag ablehnend aus, und reisen die sieben Verbündeten hierauf nicht ab, so liefern sie Herrn v. Manteuffel nicht einmal das einzige Argument, was er gegenüber der ihn beherrschenden „Kreuzzeitungs“-Partei für das Nachgeben geltend machen könnte.

An den Grafen Buol.

Berlin, 26. Mai 1852.

Der Kaiser wird, wie es seit gestern heißt, nicht heute, sondern morgen abreisen. Er war, wie ich von verschiedenen Seiten hörte, nicht sehr erbaut von seinem Aufenthalt in diesen letzten Tagen und durch die vielen Besuche sehr abgemüdet.

Ich habe mich durchaus nicht vorgedrängt, aber auch nichts unterlassen, was die Artigkeit oder das Interesse des Dienstes verlangte. Die „Spener'sche Zeitung“ thut mir — aus Unwissenheit oder um irgend ein Gerücht zu unterstützen — die Ehre einer Audienz beim Kaiser an — eine Zeitungsente.

Das Verhältnis der Regierung im Inneren soll ziemlich ernste Unterredungen zwischen dem Kaiser, dem König und Herrn v. Manteuffel veranlaßt haben. — Durch alle Schwärmerei blickt hier doch eine Unbefriedigtheit durch, welche beweist, daß der Kaiser ernste Ratschläge nicht scheute. Der Großherzog von Oldenburg sprach sich unzufrieden über ihn aus, der König von Hannover dagegen sehr befriedigt.

Der Passus über die Wiener Verhandlungen in der Kammerschlußrede des Königs von Sachsen ist so ruhig gehalten und so vortrefflich, daß ich mir Wirkung davon auf alle verständigen Leute erwarte. Es kommt vieles zusammen, um Herrn v. Manteuffel zum Nachgeben zu drängen. Mehrere Abgeordnete erwarten es mit Zuversicht. Ich habe noch keinen Grund, daran zu glauben. Der König aber und seine Umgebung thun dergleichen, als seien sie durch Österreich in ihrem unbestreitbaren Rechte verletzt.

An den Grafen Buol.

Berlin, 29. Mai 1852.

Graf Nesselrode hat mir mit großer Freundlichkeit über den Eindruck gesprochen, den ihm diesmal Wien machte. Ich lasse alles Lobende weg, das sich namentlich an die Person Sr. Majestät des Kaisers knüpft, kann aber doch nicht verschweigen, daß er unsere innere Lage für weit günstiger als die preußische ansieht. Den Zwiespalt oben beurteilt er hier ganz richtig. Herr v. Manteuffel mag ihm darüber auch vieles gesagt haben, was er zur Erklärung seines eigenen Ganges braucht.

Mit der handelspolitischen Unterredung, so überaus freundlich die Form auch war, konnte ich nicht zufrieden sein. Eigentlich verteidigte Graf Nesselrode ganz den preußischen Standpunkt, blieb unberührt durch die politischen Bedenken, verriet eine allerdings ihm nicht zu verübelnde Unkenntnis der Details, aber auch Abhängigkeit von den Vorwänden und Irrtümern, die hier gang und gäbe sind, und eine Zuversicht in die Äußerungen Manteuffels, die ihn ganz in dessen Händen erscheinen machte.

Herr v. Manteuffel ist heute früh aufs Land und kömmt erst nach den Feiertagen wieder. Die Konferenzen sind bis 7. Juni vertagt; es ist also für eine Woche allgemeiner Stillstand.

Die inneren Fragen haben gegen Herrn v. Manteuffel eine Erbitterung aufgewühlt, die nicht unbedenklich ist. Die wirklich Konservativen gruppieren sich um Herrn v. Westphalen. Nach so langer Kammertagung sind eigentlich alle Hauptfragen offen, und der Entschluß, diese Lage zu benützen, ist in der Regierung nicht da. — Was Manteuffel auch sehr schadet, ist ein Teil seiner Umgebung — frühere demokratische Litteraten.

An den Grafen Buol.

Berlin, 8. Juni 1852.

Das Bedürfnis einer Sendung nach Wien ist seit längerem hier gefühlt. Graf Arnim genügt nicht, ich aber bin als zu

starr betrachtet, um mich in preußische Pläne zu fügen. Sowie die Zuversicht in das Gelingen der handelspolitischen Pläne sich zu mindern begann, trat der Wunsch lebhafter hervor, durch einen direkten Schritt in Wien entweder die Sache durchzuführen, oder einen leidlichen Weg zum Rückzug zu finden. Der Kollektivantrag[1]) scheint den Entschluß zur Reife gebracht zu haben. So erkläre ich mir die Sendung des Herrn v. Bismarck nach Wien.[2]) Sie wurde erst am 5. entschieden. Jedenfalls ist sie ein Symptom der Verlegenheit, in die man durch die Haltung Österreichs und der sieben Staaten gebracht ist, und ich kann den weiteren Erfolg dieser Haltung kaum als zweifelhaft betrachten.

Die in der Zollkonferenz gestern abgegebene Erklärung beweist gleichfalls, daß man einlenken möchte, zunächst aber den Versuch erneuern wird, festzuhalten.

Herr v. Bismarck ist der Typus des neu-preußischen Konservativen. Er wird mit größter Geringschätzung vom konstitutionellen System reden, aber auch mit vieler Beredsamkeit darzuthun wissen, daß man es „heute noch" in Preußen nicht fallen lassen könne, sondern „die hohle Form" davon erhalten müsse. Preußen an die Spitze von Deutschland und aus dem Bundesverhältnis von heute heraus — das ist (wenn ich ihn recht beurteile) sein leitender Gedanke. Seine Formen sind, wenn er sich zusammennimmt, angenehm und lange nicht so anmaßend und trocken, wie die der meisten Herren, mit denen ich hier zu thun habe. Er wird in Wien gewiß sehr mild auftreten, und so, wie die „Kreuzzeitung", viel von der Mahnung der Zeit und von der Notwendigkeit der Allianz zwischen Österreich und Preußen sprechen, daraus aber — so wenig wie jene — den Schluß ziehen, daß folglich Preußen nichts thun und wollen dürfe, was sich mit dieser Allianz nicht verträgt und nur eine Duperie aus ihr zu machen beabsichtigt.

Er kann ein gutes Werkzeug zur Einleitung des Rückzugs werden. Er erleichtert ihn auch Herrn v. Manteuffel, der durch die Verwendung des Mannes des Vertrauens des Königs sich einen

[1]) der Darmstädter Koalierten.

[2]) Vergl. Poschinger, „Preußen im Bundestag", I, 102 u. f.

Gefährten giebt, auf den er das Mißlingen schieben und den Tadel der öffentlichen Meinung (den er so sehr fürchtet) ablenken kann.

Wie weit Euer Excellenz zu gehen beabsichtigen, um Preußen den Rückzug zu erleichtern und dadurch vielleicht auch anderseitigen Rücksichten zu genügen, werden Sie wohl die Gnade haben, mir mitzuteilen.

Mich erinnert die Sendung des Herrn v. Bismarck an diejenige des Generallieutenants v. Canitz im Mai 1849 nach Wien zur Unterstützung der Unionsprojekte des Herrn v. Radowitz. Ich glaube, daß manche Analogie zwischen beiden besteht. Auch Herr v. Bismarck ist ein durchaus ehrlicher Mann, der sich der Mittel nicht bedienen wird, die Herrn v. Manteuffel eben nicht genieren. Letzterer war mir übrigens gestern auffallend freundlich. Wenn ich recht berichtet bin, hat er mich bei den Russen, selbst beim Kaiser, tüchtig angeschwärzt, was mich — auch wenn es Eindruck gemacht — in meiner Pflicht nicht beirren wird. Der Kunstgriff ist ein gewöhnlicher. Die persönliche Gefahr wird mich nicht abhalten, meinem Kaiser und Herrn in voller Hingebung zu dienen und politischen Extravaganzen entgegen zu treten. Das Heil der Zukunft scheint mir aber eben darin zu liegen, daß man Pläne nicht zur Reife kommen lasse, die nur weitere und größere Verwicklungen zur Folge haben können. Das ist die wahre, wenn auch mühsame, konservative und friedliche Haltung.

Graf Buol an Prokesch.

„Wien, 10. Juni 1852."

„Ich weiß nicht, ob Sie viel dabei gewännen, wenn ich auch mehr Zeit fände, mich auszusprechen. Sie kennen die Sachlage so vom Grunde, daß mir nichts erübrigt, als immer und immer zu wiederholen, daß wir fest auf unserem Standpunkte bleiben.

Die Sendung Bismarcks soll wohl bloß ein Blender sein, vielleicht auch unsere schwachen, ängstlichen Freunde erschrecken. Sie mögen in Berlin die Verlegenheit fühlen, allein daraus läßt sich noch nicht folgern,

daß sie ernstlich ihr entgehen wollen. Nun kommt alles darauf an, daß die sieben Staaten festhalten; wir müssen jedenfalls thun, als hätten wir volles Vertrauen in ihre Festigkeit.

Hie und da wird uns wohl in den allerbesten Intentionen vorgestellt, daß eine Personalveränderung den letzten Rest von Bitterkeit aus einer unangenehmen Epoche am ersten verwischen würde; dies wird wohl auch von anderer Seite bevorwortet. Allein diese Sprache hat auf Se. Majestät keine Wirkung geübt, und wenn eine, bloß um Ihre Verdienste und den Nutzen Ihres jetzigen Wirkens mehr anzuerkennen. Dies kann ich aufs bestimmteste versichern; möge es Ihnen Kraft zumAusharren verleihen.

On fait flèche de tout bois — so spricht man von einer königlichen Einladung während der Anwesenheit des Kaisers zu einer Parade, der Sie nicht Folge geleistet hätten. — Das ist alles erbärmlich und verfehlt seine Wirkung."

An den Grafen Buol.

Berlin, 12. Juni 1852.

Ich kann mir nicht versagen, Euer Excellenz für die ermunternden Zeilen vom 10. ergebenst zu danken. Ich liege unter dem Druck der Erkenntnis, daß man mich hier gar zu gern los wäre und sich einbildet, mit einem anderen leichteres Spiel zu haben. Ich habe auch viel Erfahrung über die Mittel M.'s (der mir im Grunde doch sehr dankbar sein sollte). Man erzählt in der Stadt, Kaiser Nikolaus habe geäußert: „on m'a voulu donner Mr. de Prokesch à Constantinople, mais j'y ai mis bon ordre". Ich weiß, das kann sich auf Älteres beziehen, weil ich während des türkischen Krieges nach Kräften meinem Kaiser und Herrn diente. Aber selbst die Geschichte wegen Einladung zur Parade beweist, daß man es hier an Intriguen nicht fehlen ließ. Es fand gar keine Einladung statt, und der Kaiser lehnte (zum Ärger einiger meiner Kollegen) die vom Doyen erbetene Aufwartung ab. Ich blieb also innerhalb der Schranken meiner Stellung.

Das alles berührt mich übrigens wenig, und ich könnte eher damit zufrieden sein. — — — — —

An den Grafen Buol.

Berlin, 12. Juni 1852.

Ich glaube Euer Excellenz auf den Leitartikel des anliegenden Blattes „Die Zeit“[1]) aufmerksam machen zu müssen. Es ist ein Zeitungsartikel, aber es ist der Artikel eines Blattes, das von Herrn v. Manteuffel gegründet wurde, aus öffentlichen Fonds erhalten wird, und wo jedes Wort, mit Recht oder Unrecht, als von ihm ausgehend betrachtet wird.

Der Artikel hetzt das Sächsische Volk nicht bloß gegen die Regierung, sondern gegen die Dynastie auf, stellt den Protestantismus dem Katholizismus entgegen und schämt sich nicht, das Bündnis mit dem Auslande gegen Österreich anzupreisen.

Demokraten haben uns das hundertmal gesagt, aber in der Regierungspresse erhalten derlei Doktrinen ein anderes Gesicht.

12.

Da sich mir eben eine sichere Gelegenheit darbietet, erlaube ich mir, aus Anlaß des vorhergehenden Schreibens, noch folgende Bemerkungen:

Was der Revolution gegenüber dem konservativen Principe einen großen Vorteil der Stellung giebt, ist die Wahrhaftigkeit ihres verderblichen Bestrebens. Sie will, was sie will, und läßt sich durch keine Rücksicht von ihrem Ziele ablenken. Sie hält es fest in jedem Augenblick, in jeder Lage; sie kann anhalten, zurückgehen, aber sie weicht keinen Schritt aus der Bahn.

Kann man dasselbe von den Konservativen sagen, von denen die Mehrzahl, Regierungen mit inbegriffen, mit dem Munde konservativ und in den Handlungen revolutionär ist? Man sehe die konservativen, ja selbst die Regierungsblätter hier, die unbedenklich der Revolution in die Hände arbeiten, so oft es sich um Machterweiterung handelt. Und ist diese Machterweiterung, die das Niedertreten fremder Rechte im Schilde führt, nicht selbst nur eine andere Form der Revolution?

---

[1]) Neueste Berliner Morgen-Zeitung „Die Zeit“, Berlin, den 10. Juni.

Wahrlich, das konservative Lager ist traurig bestellt, und daß es so bestellt ist, ist nicht einmal noch erkannt, wenigstens nicht in den konservativen Kreisen. Da herrscht die Phrase und in ihrem Gefolge die Täuschung noch mit solcher Allmacht, daß man an der Macht der Wahrheit verzweifelt. — Wie wäre es sonst möglich, daß sich z. B. das russische Kabinett auch nur eine Minute über die subversiven Bestrebungen Preußens täusche?

Ich weiß, wie gefährlich eine wahrhafte und nach allen Seiten konservative Gesinnung inmitten von Leuten ist, die sich der konservativen Sprache als eines Mittels pour parvenir bedienen. Ich habe ja selbst davon Erfahrungen gemacht und würde im Laufe von bald dreißig Jahren durch Fügsamkeit in die Umsturzpläne in der Türkei, in Griechenland und hier viel Lob da erworben haben, wo man mich heute tadelt. Aber es ist mir unmöglich, dem halben Ernst da zu huldigen, wo nur der ganze retten kann. Kommen die Kabinette, die sich konservative nennen, nicht zur vollen Klarheit und Einigung über das Princip, in jeder Richtung seiner Anwendung, so bleibt, trotz aller Armeen, die Revolution im Vorteil.

Graf Buol an Prokesch.

„Wien, 13. Juni 1852."

„Aus der Sendung des Herrn v. Bismarck werde ich noch nicht klug. Er ist mit der ablehnenden Antwort in die Thür gefallen, in der sich Preußen schärfer als je gegen die Möglichkeit einer Einigung mit Österreich ausspricht. Es wäre jedenfalls ein eigener Ausgangspunkt zum Unterhandeln. Sollte etwa die Sendung nur unseren Verbündeten imponieren, und man uns für unschuldig genug halten, sie nicht darüber aufzuklären? Oder mochte man gern Rußland beweisen, daß man ja alles thut, um zu versöhnen, und nur Österreich so schroff ist? — — — — — Ich bin mit Bismarck so freundlich als möglich; allein er soll schon etwas verstimmt sein, daß er nicht augenblicklich nach Ungarn gerufen wurde,[1]) um seine Audienz zu haben." — — — — — —

[1]) wo sich der Kaiser eben befand.

An den Grafen Buol.

Berlin, 16. Juni 1852.

Ich hoffe, die sieben Staaten halten fest. Dann ist das Ungewitter nicht gefährlich. Für uns wird viel gewonnen sein, wenn Preußen — insolange unsere inneren Zustände nicht geordnet sind — innerhalb der Schranken gehalten wird, die es überspringen will. — Wir haben es während der fürchterlichsten Zeit inneren und äußeren Krieges zu zähmen vermocht; es wird auch diesmal gelingen. Hinter dem heutigen Versuche ist aber nicht leicht die Gelegenheit zu einem anderen da, und wir haben Ruhe.

Fürst Gortschakoff sagt, wie aus Frankfurt verlautet, Herr v. Bismarck habe die Aufgabe, die „renitente Opposition" der sieben Staaten durch direkte Verhandlung mit Wien zu brechen. Dergleichen Äußerungen stellen den russischen Repräsentanten auch dort auf das preußische Feld.

Wie die Sachen stehen, so könnte wohl geschehen, daß Preußen der Boden unter den Füßen wiche, nämlich der Septembervertrag.[1]) Mit 1. Jänner soll die Nachsteuer eingeführt werden und der Anschluß schon halb geschehen. Das erfordert Vorbereitungen, so daß, wenn die sieben Staaten bis September in der Opposition beharren, neue Verhandlungen mit Hannover eintreten müssen. Diese würden den Gegenstand ein zweites Mal an die Kammern in Hannover bringen, und da ist wenig Aussicht für ein zweites Durchbringen der Sache. — Ich kann mir die Zuversicht hier wirklich nicht erklären, wenn sie etwa nicht die dem Nachgeben zunächst vorausgehende Phase ist, wie bei der Union.

An den Grafen Buol.

Berlin, 27. Juni 1852.

Daß die Krise, die nun herannaht, nicht angenehm sein wird, darauf bin ich gefaßt. Besser aber ist, heute etwas Unan-

[1]) mit Hannover; vergl. S. 226.

genehmes tragen, als morgen Verwicklungen der gefährlichsten Art. Könnte man sich durch eine Konzession Ruhe erkaufen, so wäre die Frage zu überlegen; aber — Preußen heute an der Spitze des wiederhergestellten und erweiterten Zollvereins, und morgen würden die Plackereien gegen den Bund mit verdoppelter Kraft wieder angehen, und Parität und Dualismus von sehr günstiger Position aus verlangt werden. Ruhe gewännen wir nicht. Das Richtige, nach meiner Ansicht, wäre, daß die so mißbrauchte Institution des Zollvereins in Trümmer gehe, und da Preußen selbst die Hand dazu bietet, so dürfte von der Besonnenheit der süddeutschen Kabinette zu erwarten sein, daß sie sich nicht irre machen lassen.

Der nordische Bund und Freihandel, trotz „Times" u. s. w., scheinen mir sehr gewagte Experimente. Der nordische Bund erinnert an die Union mit wenigen, nachdem sie mit allen und vielen nicht gelungen. Die Widersprüche im preußischen Gang und in den Äußerungen des Ministerpräsidenten verraten die fortwährenden Verrechnungen, die dann Phrasen beschönigen sollen.

Nicht die Folgen des Bruches des Zollvereins besorge ich, sondern die Halbheit und Mutlosigkeit der sieben Staaten im dermaligen entscheidenden Augenblicke.

An den Grafen Buol.

Berlin, 3. Juli 1852.

Die Dinge scheinen mir gut zu stehen, denn hier dürfte der Rückzug auf die zweite Position, auf den Bund mit wenigen (den nordischen Bund) entschieden sein. Manteuffel ließ sich so von dem Gang mit Österreich zu dem Gang ohne Österreich, und von dem Bunde mit vielen zum Bunde mit wenigen drängen — immer der „Kreuzzeitungs"-Partei weichend, die in der „Rundschau" vom 29. mit ihrem Programm herausrückt.

Ich finde, die Leute arbeiten für uns. Zerstören sie den Zollverein, so schaffen sie eine uns gefährliche Institution aus der

Welt. Bilden sie den nördlichen Bund, so bilden sie damit den südlichen. Der südliche wird unsere Staatseinheit nicht zerreißen wollen, also keine Schwierigkeit für den Anschluß an Gesamt-Österreich machen. Dann braucht diese Frage nicht erst erledigt zu werden, sondern der Bund von 52 steht dem Bunde von 20 gegenüber, und kommt es zwischen beiden zu Verhandlungen, was nicht ausbleiben kann, so kommt die Zolleinigung auf diesem Wege am Ende leichter zu stande als auf dem anderen.

Alles liegt daran, daß die sieben Staaten festhalten, und nicht jetzt, wo der Sieg schon klar auf ihrer Seite ist, zur Festhaltung desselben den Mut verlieren.

An den Grafen Buol.

Berlin, 21. Juli 1852.

Die Zerfallenheit im Ministerium war in der letzten Woche allgemeines Stadtgespräch. Einerseits die Herren v. Westphalen, Bodelschwingh und Raumer, anderseits Herr v. Manteuffel und General v. Bonin. Der König hat den Frieden wieder zeitweilig hergestellt. Der Zwist betrifft die inneren Fragen; die äußeren geben nur den Deckmantel her. Manteuffels Stellung ist schwach.

Die Hoffnung Herrn v. Manteuffels geht übrigens auf Sprengung der Koalition. — Den jetzigen Zeitpunkt, der die Festigkeit leicht macht und gebietet, wählen Württemberg und Baden, um einen Riß in dieselbe zu bringen! Das Mindeste, was sie dadurch erreichen, ist, Preußen mit neuen Hoffnungen zu erfüllen und fester auf seinem Standpunkt beharren zu machen. Ich weiß wohl, daß die Weigerung, die Kissinger Erwiderung[1]) zu unterzeichnen, noch nicht der Abfall ist, und daß der Abfall überhaupt nicht möglich wird, wenn die übrigen festhalten, aber Zeit geht darüber verloren, und die öffentliche Meinung wird irre.

---

[1]) Die von den Darmstädter Koalierten in einer Konferenz zu Kissingen besprochene, ablehnende Antwort auf die preußischen Vorschläge.

Der bayrische Abgeordnete begleitete die Übergabe der Erwiderung mit einigen versöhnlichen Worten, die preußischerseits im gleichen Tone aufgenommen wurden. Man hatte von dieser Seite nicht den Mut, zu brechen, sondern nur zu vertagen, was die in den Ansichten vorgegangene Änderung belegt. Die Wichtigkeit des Zollvereins für Preußen ist heute wieder obenan — Grund für die andern, nicht nachzugeben, sondern fest zu bleiben.

Die „Kreuzzeitungs"-Partei ist — auf höheren Wunsch — wieder fügsam. Ihr Zorn darüber, daß es dem Minister mit dem nordischen Bunde nicht ernst war, war der höchste.

Wie würdiger und kräftiger würde die Stellung der Sieben sein, hätte man von vornherein die Kündigung des Zollvereins zum Anlaß genommen, mit Österreich abzuschließen, und dann mit Preußen auf Basis der Einigung verhandelt! Das Bedürfnis, am Zollverein festzuhalten, welches sich heute hier geltend macht, wäre dann für, nicht gegen uns gewesen, und wir hätten die richtige Basis — die Zolleinigung — unter den Füßen gehabt. — Vielleicht ist es noch Zeit, und die Vertagung der Konferenzen ein Anlaß, der in der elften Stunde den richtigen Weg zu betreten erlaubt.

An seine Frau.

Berlin, 22. Juli 1852.

Deine ersten Zeilen aus Ischl liegen vor mir. — — — — Die freundlichen Äußerungen von Windischgrätz und Metternich haben mich sehr erfreut. Wahrlich, das Urteil dieser Männer ist gewichtig genug, um mich für die Plackereien derer zu entschädigen, die nicht begreifen, daß ein Gesandter dazu da ist, die Interessen seiner Regierung nach besten Kräften zu vertreten. Fürst Alfred hat recht, wenn er meint, ich müsse nach Wien gehen. Im Herbst komme ich wohl dazu. Ich sprach einen vierzehntägigen Urlaub an, da die Zollkonferenz bis 16. August vertagt ist. Ich möchte nach Ulenburg und mit den Knaben nach dem Rhein. Ischl fürchte ich der nicht zu vermeidenden Begegnungen wegen.

Die Zöllner und Pharisäer reisen alle ab. Ich bin nicht böse darüber. Gräfin Hahn ist hier. Ich sah sie noch nicht. Sie ließ nach Dir fragen. Bettina hat ein neues Buch herausgegeben — des Unsinns voll.

Der König hat die Gnade gehabt, mir das Prachtwerk des Dr. Lepsius über Ägypten zu schenken, ein Werk, das sich würdig der Napoleonischen Description de l'Egypte an die Seite stellt und mit königlicher Munifizenz ausgestattet ist. Solch eine Ausgabe ist ein Denkmal.

Berlin ist ganz leer — fast alle Minister und Gesandten sind fort.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Berlin, 25. Juli 1852.

Ich bin nach der hier herrschenden Meinung mit dem Zolleinigungsprojekt in einer solchen Weise verwachsen, daß meine Stellung unhaltbar werden dürfte, welchen Ausgang die Sache auch nehme. Siegt Preußen ob, so wird dessen Haltung für mich unerträglich werden; siegen wir ob, so wird es in gleichem Grade der Haß. Ich sehe mich als hier verbraucht an, und ein neuer Mann wird nach dieser Entscheidung, die über den Herbst hinaus nicht zögern kann, Sr. Majestät hier bessere Dienste leisten können als ich. Ich habe meine persönlichen Vorteile nie zur Richtschnur genommen und bezeichne daher unumwunden die Sache, wie sie liegt. — — — — —

Die Verbündeten haben Preußen das Spiel sehr leicht gemacht. Ich habe auch wenig Vertrauen in ihren weiteren Gang. In ihrer Zuversicht, daß Preußen ihr Ultimatum (ich zweifle schon, daß sie eins zu stande bringen) annehmen werde, werden sie sich, wie in den früheren Berechnungen, täuschen.

Über die Violenz, mit welcher man sich oben über die Zollfrage ausspricht, wird mir vieles erzählt. Der König behandelt

sie als seine eigene, von ihm ausgehende und von ihm getragene. Manteuffel ist hierin noch der mäßigste.

Der König hat mir vor wenigen Tagen das Prachtwerk seiner Expedition nach Ägypten geschenkt. Ich glaubte darin den Wunsch zu sehen, mich vertraulich zu sprechen, und schrieb noch am 22. um eine Audienz, um meinen Dank für dies Allerhöchste Geschenk zu Füßen zu legen, habe aber noch keine Antwort.

An seine Frau.

Berlin, 27. Juli 1852.

Gestern fuhr ich zu Borsig nach Moabit und sah die Victoria regia in ihrer Blüte. Diese ist prachtvoll, Kaktus ähnlich, weiß und rosenfarb, groß wie eine Schüssel. Es waren Hunderte von Menschen da. Die Blüte dauert nur ein paar Tage. Seltsamer Aufwand der Natur! Ich lasse mir nicht nehmen, daß die Blume während ihres kurzen Lebens empfinde und ein Bewußtsein ihrer selbst habe.

Ich lebe wie gewöhnlich — schöpfe Wasser ins Danaidenfaß, thue meine Pflicht und scheue niemand. Immer komme ich auf den alten Satz zurück, daß, wenn Tugend Vorteil brächte, nicht Opfer kostete, es ja gar kein Verdienst wäre, sie zu üben.

Ich schrieb an Grafen Buol, daß ich nicht wünsche, den nächsten Winter noch hier zu sein. Ich muß täglich fühlen, wie wenig der Dienst geachtet wird, den ich Preußen im November 1850 leistete. In jenem Augenblick größter Spannung hätte kaum ein anderer österreichischer Gesandter milder und versöhnlicher auftreten können als ich. Wäre damals T... oder R...... hier gewesen, oder irgend einer, der weniger auf sich nahm als ich, so hätten sie den Krieg gehabt. [1]) Die Zumutung, daß wir uns nicht

[1]) Daß Prokeschs Verdienste um den Frieden doch auch auf gegnerischer Seite gewürdigt wurden, beweist folgende Äußerung des Generals v. Gerlach in der Antwort auf einen Brief des Herrn v. Bismarck, in welchem dieser seinem kleinlichen Groll gegen Prokesch in gewohnter Weise Luft gemacht hatte: „In der größten Krisis, unmittelbar nach der Völkerschlacht von

wehren sollen, wenn sie uns mit allen Waffen angreifen, ist gar zu naiv, und die Leidenschaftlichkeit der Auffassung krankhaft. — Wenn ich mir die olympische Ruhe eines Metternich denke, die unverrückbare, immer gleiche Höflichkeit eines Windischgrätz oder Radetzky! Ich freue mich, in einer Zeit gelebt zu haben, wo diese Männer lebten, von ihnen gekannt und geachtet zu sein.

König Otto kömmt also krank nach Deutschland, Dr. Lindermayer[1]) wahrscheinlich mit ihm. Der arme König! — Sein edles Herz ist schwer geprüft und er ist ein wahrer Märtyrer seiner Lage. Er und sein Volk, beide in Europa nicht gekannt, hätten ein besseres Schicksal verdient!

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Berlin, 16. August 1852.

Gegen mein Hierbleiben scheint mir vieles zu sprechen. Ich habe nicht die Mittel, um hier die dem kaiserl. Gesandten entsprechende Stellung einzunehmen. Man thut mir auch die Ehre an, zu glauben, daß man leichteres Spiel haben werde, wenn man mich los ist; namentlich bietet Herr v. Manteuffel, seit er die gerade Bahn verlassen, alle die kleinen Mittel auf, die seinem Charakter anstehen. Ich bin ihm ein lebendiger Vorwurf, und meine Gegenwart drückt ihn. — Nach oben ist meine Stellung wenigstens keine zuverlässige. Das Geschenk des ägyptischen Werks liefert einen Beweis davon. Meine schriftliche Bitte, Sr. Majestät meinen Dank zu Füßen legen zu dürfen, blieb unbeantwortet, entweder weil mein Schreiben dem König gar nicht vorgelegt wurde, oder

Bronzell, hätte Prokesch, wenn er es wirklich so böse mit uns gemeint hätte, abreisen und den Bruch unheilbar machen können. Daß er das nicht gethan, ist sehr anzuerkennen, besonders da vier oder fünf kaiserliche Jäger durch unsere Zündnadelgewehre verwundet worden waren." („Briefwechsel des Generals v. Gerlach mit dem Bundestags-Gesandten Otto v. Bismarck" S. 64.)

[1]) Leibarzt des Königs, Prokeschs Hausarzt in Athen.

weil man ihm abriet, sich in der jetzigen Zollkrise mit mir in eine Unterredung einzulassen, die vom Publikum leicht mißverstanden werden könnte. Da mich heute General v. Gerlach besuchte, so sprach ich ihm darüber. Er versicherte mich, gar nichts davon zu wissen, beteuerte, es könne nur ein Versehen sein, aus dem Drang der letzten Tage hervorgegangen, versprach, dem König, zu dem er sich morgen nach Putbus begiebt, sogleich darüber zu sprechen u. s. w. Es mag allerdings so sein, aber irgend eine Intrigue ist dahinter.

So unerquicklich die Stellung eines österreichischen Gesandten hier ist, so sind es nicht die Mühen und Unannehmlichkeiten derselben, die mich schrecken. Ich fürchte mich vor den Leuten nicht; ein preußischer Minister, der sich nicht von den Leidenschaften der Partei ins Schlepptau nehmen ließe, wäre gefährlicher; aber die materielle Seite ist's, die mich schreckt.

Sind Euer Excellenz in der Lage, mir die Frage zu beantworten, ob Sie mich vor dem Winter abberufen werden, oder ob Sie mich noch länger hier zu belassen gedenken, so geben Sie mir dadurch die Möglichkeit, meine Maßregeln entsprechend zu ergreifen.

An den Grafen Buol.

Berlin, 19. August 1852.

Mir ist die zu Stuttgart vereinbarte Erklärung[1]) noch unbekannt. Herr v. Manteuffel äußerte darüber: sie schiene ihm nicht ganz genügend, aber doch manches Brauchbare enthaltend; er müsse sie aber noch überdenken.

Wenn ich die Depesche vom 29. und die Antwort auf das sächsische exposé zusammenhalte, so erscheint mir der Weg zur Verständigung offen, und wenn nicht eine — mögliche — leidenschaftliche Auffassung das Berliner Kabinett versteinert, so wird

[1]) Erklärung der Darmstädter Koalierten, in welcher die Gleichzeitigkeit der Unterhandlung und eine kürzere Dauer der Verträge als die von Preußen vorgeschlagene zwölfjährige beantragt wurde.

es diesen Weg betreten, vorausgesetzt, daß die Stuttgarter Erklärung keine schwankende und halbe ist.

Lord Bloomfield [1]) behauptet, die Kabinette beschäftigten sich jetzt ernstlich mit der Thronfolge in Griechenland. Ich freue mich darüber, denn die Vernachlässigung dieser Frage ist eine Gefahr für den ganzen Orient. Ich freue mich auch, wenn es wahr ist, daß England die russische Ansicht von der Notwendigkeit, daß der Thronfolger (oder wenigstens dessen Sohn) griechischer Religion sei, teilt. Wenn je von russischer Seite ein Beweis uneigennütziger Politik gegeben wurde, so ist es dieses mit den Interessen des Friedens, der Konsolidierung des griechischen Thrones und der Wohlfahrt des Landes im innigsten Zusammenhang stehende Begehren.

Hofmarschall Graf Keller war bei mir, um mir Entschuldigungen wegen Verzögerung der Audienz zu bringen. Eben erhalte ich auch ein darauf bezügliches Schreiben des Generals v. Gerlach. Diese Sache ist also ausgeglichen.

An den Grafen Buol.

Berlin, 7. September 1852.

Ich erwähnte Euer Excellenz in meinem gestrigen Berichte der besonderen Aufmerksamkeit des Königs für mich bei dem gestrigen Diner. Er sprach über Tisch fast nur zu mir und nahm mich im Cercle beiseite fast über die Hälfte der Zeit. Er sprach aber auch nicht ein Wort über die Zollfrage oder ein sonstiges Geschäft — folglich war es nur eine Demonstration, entweder um Vergangenes vergessen zu machen, oder um in Gegenwart des russischen Thronfolgers versöhnlich zu erscheinen. Der Großfürst war sehr gnädig und machte mir durch seine Einfachheit und Natürlichkeit einen günstigen Eindruck.

Daß Herr v. Bruck in Dresden gewesen (ich weiß nicht, ob es wahr ist), hat hier den Eindruck nicht verfehlt. Es gilt als

---

[1]) Englischer Gesandter in Berlin.

Symptom der Entschlossenheit Österreichs, die Verbündeten nicht länger herumirren zu lassen, und die Frage nicht aufzugeben. Der Glaube an das letztere hatte sich hier allgemein festgestellt, wozu die Kissinger und Stuttgarter Erklärung, die Bevollmächtigten selbst und zuletzt Herr v. Scheele nicht wenig beitrugen. Herr v. Bruck gilt in der öffentlichen Meinung als der Repräsentant der Zolleinigung und als ein in diesem Fache allen hiesigen Kräften überlegener Mann. Herr v. d. Heydt, der von allen preußischen Staatsmännern am meisten zur Lösung der Frage in unserem Sinne sich neigt, sagte mir gestern: er freue sich über Brucks Anwesenheit in Dresden.

Das Gerücht vom baldigen Rücktritt Manteuffels erhält sich. Ich glaube nicht daran, weil heute nur ein Ministerium Radowitz dem König genehm wäre, er aber ein solches nicht für opportun hält, und auch seine Umgebung dagegen wäre. Ich wäre gar nicht böse darüber, Manteuffel mit Radowitz zu vertauschen. Die Unterstützung, die der erstere findet, hilft der gegnerischen Sache. Mit dem zweiten würde sie fallen.

Wenn es zu einem Handelsvertrag kommen sollte, so sind Euer Excellenz gewiß auch der Meinung, daß es nicht gleichgiltig ist, mit wem er geschlossen wird, nämlich ob mit Preußen — als Haupt des Zollvereins — oder mit den einzelnen Staaten.

An seine Frau.

Berlin, 8. September 1852.

— — — — Buol antwortet auf meine Anfrage sehr unbestimmt, rät mir aber doch, keine Anschaffungen zu machen. Er hat die gute Absicht, weiß aber nicht, wann er sie ausführen kann. Werner[1]) kann er nicht entbehren, also ist die Wahl fast nur zwischen Rechberg und Thun, und ob der letztere will, weiß ich nicht. — Ende dieses werde ich nach Wien gehen, um dem Kaiser

[1]) Freiherr v. Werner, Unterstaatssekretär im österreichischen Ministerium des Äußeren.

aufzuwarten. Buol schreibt mir darüber. In Deinen Briefen durch die Post erwähne des Urlaubs nicht; er soll für Preußen zunächst ein Geheimnis bleiben. Diese Zeilen gehen durch Privatgelegenheit.

Ich liege in Geschäften, ohne Lust daran. Die Ernennung von Radowitz zum Generalinspektor der militärischen Erziehungs- und Bildungsanstalten wurmte hier viele Leute. Die „Kölner Zeitung" verbreitete, ich hätte die Nachricht sogleich nach allen Seiten telegraphiert. Unsinn! Ich habe auf die Sache so wenig Wert gelegt, daß ich kaum eine Zeile darüber schrieb. Warum soll der König den im Bildungsfache fähigen Mann nicht benützen? Nicht davon, sondern von dem politischen Einfluß, den er ihm gestattet, wird es abhängen.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Berlin, 15. September 1852.

Die ersten Symptome einer Reaktion gegen den Gang des Ministeriums in der Zollfrage beginnen sich in der öffentlichen Meinung zu zeigen. Das kann nur zunehmen, wenn anders die Münchner Entschließungen glücklich ausfallen. Im Inneren herrscht hier eine Zerfahrenheit, wie seit Jahren keine war. Einerseits die Galvanisation des konstitutionellen Systems; anderseits die Landtage, die nicht wissen, was sie sollen und können; hierzu die religiösen Reibungen und Spaltungen; alles Fragen, die bis in das Ministerium hinein ein schlecht maskiertes Zerwürfnis tragen. Herr v. Manteuffel hat im Lande fast gar keinen Boden mehr unter sich. Am Hofe ist es vielleicht mehr die Rücksicht auf Rußland, als seine Fügsamkeit, was ihn hält. Er war stark, so lang er den Schein des guten Einvernehmens mit Österreich aufrecht hielt. Er gab diesen auf aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Königs über die damalige unerwartete Einladung zu den Wiener Konferenzen, und wurde der Spielball einer Partei, die ihn auf

freihändlerische Bahn drängen will. Er stellt nun keinen Teil zufrieden und sitzt zwischen zwei Stühlen.

Wenn ich vor ein paar Tagen einen Bericht über die „Kreuzzeitung" durch die Post ablaufen ließ, so geschah es, damit man ihn lese. Auch gab dies Blatt gestern einen Artikel der Entschuldigung oder Rechtfertigung; Manteuffel muß also dem Redakteur Mäßigung empfohlen haben. Zu den Kniffen dieses Blattes gehört, der Armee glauben zu machen, man beschimpfe sie in österreichischen Blättern. Die Offiziere, die diese Blätter nicht lesen, glauben daran, und die boshafte Absicht, die Armee zu erbittern, wird also erreicht. Es wäre angezeigt, daß der „Lloyd" den heutigen Artikel zum Anlaß nähme, die „Kreuzzeitung" geradezu Lügen zu strafen. Die preußische Armee ist der vernünftigste Teil des Volks, und auch diesen durch absichtliche Unwahrheiten zu vergiften, dem sollte gewehrt werden.

Die heutige Zollkonferenz war ein Farce, um sich den Schein der Konsequenz zu retten. — Die Idee eines tête-à-tête mit Preußen findet in Hannover allgemeinen Widerspruch. Es müßten auch solche Änderungen im Septembervertrag vorgenommen werden, z. B. bei allen Begünstigungen, wo auf die Geldbeiträge der übrigen Staaten gerechnet wird, daß der Vertrag notgedrungen vor die Kammern müßte; da hat er aber keine Chance mehr. — Alles steht schwach hier. Die Verbündeten sind stark, wenn sie entschlossen sind.

Ende des Monats werde ich die Ehre haben Euer Excellenz aufzuwarten. Ich sprach hier noch niemand davon.

An den Grafen Buol.

Berlin, 15. September 1852.

— — — — — — — — — — — — — —

Wer immer die Ehre habe, den Posten eines kaiserl. Gesandten in Berlin zu bekleiden, muß auf einen schweren Stand gefaßt sein. Die preußische Politik ist keine zufällige. Der Ein-

fluß, den Persönlichkeiten darauf üben, ist weit weniger tiefgreifend, als man anzunehmen gewohnt ist. Sie geht aus der unvollendeten Natur dieses Staates hervor, der nur auf Kosten Österreichs erwerben kann. Sie ist dieselbe seit Friedrich dem Großen und seit den Neunzigerjahren, ist infolge des großmütigen Benehmens Österreichs im Jahre 1813 nicht im geringsten aus ihrer Bahn gewichen, hat sich durch die Machterweiterung nach dem Sturze Napoleons und durch die Ausbildung des Militärstaates in die Verfassung einer fortwährenden Angriffsbereitschaft gesetzt, und empfing seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV. nur eine beschleunigte Bewegung und — wie ich zu sagen nicht anstehe — den Charakter unstaatsmännischer Ungeduld.

Der österreichische Gesandte in Berlin wird daher immer als der Vertreter des eigentlichen und unbequemsten Gegners betrachtet werden. Fügt er sich in die Rolle eines Mannes, den man mit Worten abspeist, so mag es ihm gelingen, gelobt und gepriesen zu werden. Hat man aber Ursache zu glauben, daß seine Sprache in Wien eine weniger gefällige für Preußen als in Berlin ist, oder geht er gar den ehrlichen und würdigeren Weg offener Sprache und Warnung, so wird ihm das selbst dann nicht verziehen werden, wenn er auch nur den Standpunkt der preußischen Interessen gegen die Extravaganzen der Ungeduld und Überschätzung zu verteidigen bestrebt ist. — Ich habe diesen Weg gewählt und weiß, wie kurz die Momente der Erkenntnis waren.

— — — — — — — — — — — — — —.

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 17. September 1852.

— — — — Ich vernahm, daß heute eine Konferenz zwischen den Bevollmächtigten von Preußen und dessen Verbündeten stattfand, zu der die Bevollmächtigten der sieben Staaten nicht eingeladen wurden. Auch legte man Herrn v. Manteuffel Äußerungen in den Mund, die auf den Bruch deuteten.

Ich glaubte an diese Bedeutung der Konferenz nicht, weil, nach meinem Gefühle, die Erklärung des Bruches würdiger als das Erratenlassen desselben ist. Ein solches sieht wie eine halbe Maßregel aus. Auch schien mir, Preußen nicht entgehen zu können, daß der Vorwand ein schlecht gewählter sein würde, denn Termine verabredet man zwischen souveränen Staaten, schreibt sie aber nicht vor, oder erwartet wenigstens die Zustimmung.

Zu meiner Überraschung legt aber die „Kreuzzeitung", die doch wissen muß, was die regierende Partei denkt und will, die heutige Konferenz doch als einen ersten Schritt bereits jenseits des Rubikon aus. Wenn dies wahr ist, so wird dadurch den Verbündeten manche Verlegenheit erspart. Das Gewicht, das Preußen darauf legt, daß man ihm gehorche, wird Bayern, Sachsen u. s. w. recht beruhigen. — Ich bin in diesem Fall sehr neugierig, wie sich Hannover in seine Stellung finden wird; ob es auch seine Zustimmung präsumieren läßt zu dem von Preußen den übrigen Königreichen und deutschen Staaten diktierten Präklusivtermine? — Das Beispiel ist nicht einladend.

Spricht Preußen den Bruch wirklich durch die That aus, so bin ich gar nicht böse darüber. Mir schien seit dem Augenblick, wo der Septembervertrag als ein politischer Hebel mißbraucht werden sollte, der Bruch das allein Wahrscheinliche.

Lesen Sie doch die Stelle der heutigen „Kreuzzeitung", wo sie die Illusion belächelt, daß der Septembervertrag als ein Mittel zur Zolleinigung betrachtet werden konnte. Wenn man boshaft genug wäre, hinter diese Stelle die preußischen Noten drucken zu lassen!

Am 25. September reiste Prokesch nach Wien, wo seine Übersetzung nach Frankfurt — als Bundes-Präsidialgesandter — entschieden und zugleich bestimmt wurde, daß dieselbe noch durch einige Zeit nicht verlautbart werden sollte. — Auf der Rückreise nach Berlin hielt sich Prokesch am 11. Oktober einige Stunden in Dresden auf.

An seine Frau.

Wien, 30. September 1852.

Ich werde erst morgen Sr. Majestät dem Kaiser aufwarten, doch begegnete ich ihm gestern früh und er war so gnädig, mir die Hand zu reichen und mir einige gütige Worte zu sagen. Beide Vormittage gingen in Paraden und Exercitien hin, die aus militärischem Gesichtspunkt vortrefflich waren. Die Zahl der fremden Generale und Offiziere ist unglaublich; die preußischen sind zurück und werden hoffentlich mit ihrer Aufnahme hier zufrieden gewesen sein. — Gestern aß ich bei dem mir immer gleich gesinnten Fürsten Dietrichstein und fuhr dann nach Döbling, wo ich den Abend mit den Deinigen zubrachte. — Meyendorffs und Westmorland habe ich gesehen. Mit besonderer Freundlichkeit äußerten sich Taaffes, er und sie und der Major, der mir wirklich sehr ergeben ist.

Morgen dürfte ich in der Lage sein, Dir über meine eigenen Angelegenheiten etwas zu schreiben.

1. Oktober.

Ich habe heute Sr. Majestät aufgewartet. Der Kaiser sprach mir äußerst gnädig, und sein frischer Anblick that mir wohl. Die Details werde ich Dir mündlich sagen, denn ich bin gedrängt durch Schlic, der mich abholt. Für heute nur so viel, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß ich den Schluß dieses Jahres in Berlin erreiche.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Dresden, 11. Oktober 1852.

Ich habe Herrn v. Beust in voller Zuversicht auf die Festigkeit seiner Stellung im Inneren und in Bezug auf die Zollfrage in Ansichten gefunden, die sich mit den unseren auf das beste vertragen werden.

Hannover, das mit Sachsen „Hand in Hand zu gehen wünscht", ist verletzt durch den kopflosen und vertragswidrigen Gang Preußens, und scheint mir geneigt, den Septembervertrag auf anderem Wege sich zu retten, da Herr v. Scheele den Termin auf acht Jahre verkürzen will, nur das Präcipuum festhält und wiederholt erklärt, sich auf ein tête-à-tête mit Preußen nicht einzulassen.

Herr v. Beust ist nicht für die Verzögerung der Wiener Konferenzen über Anfang November hinaus, weil er sich davon eine heilsame Wirkung, das Ende gefährlicher Agitationen und Sprengungsversuche verspricht.

Die Isolierungspolitik scheint in Berlin dermalen noch die hohe Hand zu haben. Man avisierte von Berlin aus die thüringischen Staaten, daß man noch nicht wisse, „ob man den Zollverein mit ihnen erneuern werde." Herr v. Beust hält dies für Demonstrationen und die Isolierung Preußens für einen nicht durchführbaren politischen Unsinn. Er sieht, mit uns, nur diejenige Lösung als wünschenswert und richtig an, welche die Verständigung unter und mit allen bewirkt.

Ich glaubte diese wenigen Zeilen Euer Excellenz von hier aus schreiben zu sollen. Heute abends bin ich wieder in Berlin.

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 11. Oktober 1852.

Ich komme soeben aus Wien zurück. Wir gehen von dem Wunsche aus, den Septembervertrag zu erhalten, weil wir die Vorteile begreifen, die er Hannover namentlich in Bezug auf das Präcipuum gewährt und ganz Deutschland als Anbahnung allgemeiner Einigung gewähren kann. Der Septembervertrag ohne Zollverein scheint uns ein Unsinn, also halten wir an dem Gedanken fest, daß dieser Vertrag nicht auf Basis eines nordischen Bundes, sondern des erneuerten Zollvereins erhalten werden könne. Schließt sich Preußen vom Zollverein aus, was wir beklagen werden, so folgt daraus weder der Untergang des Zollvereins,

noch das Zerreißen des Septembervertrags, dessen Wesenheit von den Koalitionsstaaten angenommen ist.

Das ist alles, was ich Ihnen heute in Eile schreiben kann und Sie bitte, Herrn v. Scheele mitzuteilen. Wir sind seine Verbündeten, wenn er uns nicht selbst zurückweist. — Als ich am 25. Berlin verließ, konnte ich wahrlich nicht erwarten, was am 27. geschah. [1])

An den Grafen Buol.

Berlin, 24. Oktober 1852.

Ich zweifle zunächst an der Möglichkeit, daß die Neigung zur direkten Verständigung sich Bahn breche. Manteuffel ist dermalen durch die Parteien so bedroht in seiner Stellung, daß selbst seine Freunde kaum glauben, daß er sich halten werde. In solcher Lage die öffentliche Meinung gegen sich in die Schranken zu rufen, dazu traue ich ihm die Energie nicht zu. Die durch den Abschluß in Wien konstatierte Unmöglichkeit, die Koalition zu trennen, und die bestimmte Aussicht auf Isolierung müssen wahrscheinlich vorausgehen, ehe man in Berlin andern Ideen zugänglich wird. Durch zu viel Eifer würde man nur verderben. Ich halte mich daher zurück.

Die „Kreuzzeitung" gab gestern als ein Gerücht aus Wien die Ernennung des Grafen Thun. [2]) Auch die russische Mission ist davon in Kenntnis. In der Stadt ist noch nicht davon die Rede.

Wenn bis zur Konstituierung der Kammern (anfangs Dezember) die Verständigung nicht angebahnt ist, so wird dies Werkzeug der Leidenschaften zum Hindernis werden. Umsomehr beklage ich die geringe Empfänglichkeit für unseren guten Willen.

---

[1]) Da Preußen die Koalitionsstaaten nicht für sein Programm zu gewinnen vermochte und auch den Abfall Hannovers befürchtete, erklärte es in der Cirkulardepesche vom 27. September die Zollvereinskonferenz für aufgelöst und die Verhandlungen für abgebrochen.

[2]) zum Nachfolger Prokeschs.

An den Grafen Buol.

Berlin, 2. November 1852.

Da die Leute hier mich in jeder nächsten Woche abreisend glauben und nicht wissen, wo sie mich hinthun sollen, so verfallen sie auf allerlei freundliche Voraussetzungen, und gute Menschen helfen mit. Ein Muster solcher Wirksamkeit ist der anliegende Artikel der „Kölnischen Zeitung".[1]) Ich glaube nicht zu irren, wenn ich ihn dem Dr. Schütte zuschreibe, der mit Quehl, Tögel u. s. w. zu den Geheimnisvollen gehört, an welche selbst die Polizei ihre Hände nicht legen darf. Er wurde zwar ein paarmal ausgewiesen, war aber unmittelbar darauf wieder da.

Die öffentliche Meinung ist in der Zollfrage bedeutend milder. Sehe ich Herrn v. Manteuffel noch immer eine ausweichende Haltung beobachten, so setze ich dies auf Rechnung der Minister Bodelschwingh und Bonin und auf den wieder gestiegenen Glauben, daß Hannover am Septembervertrag festhalten werde. Der mir von Manteuffel ausgesprochene Wunsch, daß es Österreich gelingen möge, die süddeutschen Staaten an sich zu schließen, scheint aus dem Gedanken einer Teilung des Primats in Deutschland in zwei entsprungen, welcher allen denen lächelt, die darin eine Bürgschaft größerer Unabhängigkeit Preußens und seiner faktischen Gleichstellung sehen. Vielleicht erklärt sich die Negativität Manteuffels mir gegenüber aber auch dadurch, daß er mich als einen Abgehenden betrachtet, wozu auch seine entschieden zunehmende Höflichkeit paßt. In diesem Fall müßte er in seiner Antwort an Euer Excellenz weiter gegangen sein, als er mir sagt.

[1]) In diesem Artikel war eine albern erfundene Geschichte aufgetischt und Prokesch als infolge derselben ganz abgethan dargestellt, so daß er „höchstens an irgend einen italienischen Hof" geschickt werden würde, um „fern von Madrid darüber nachzudenken."

An den Freiherrn v. Koller.

Berlin, 3. November 1852.

Die ruhige und aus höherem politischen Standpunkt genommene Auffassung der Zollfrage, die keine Lösung als die der allgemeinen Verständigung und gerechten Vereinbarung aller Interessen für die richtige nimmt, ist hier genügend bekannt und fängt auch an, trotz „Kreuzzeitung", in der öffentlichen Meinung gewürdigt zu werden. Wenn ich dennoch die Regierung auf einem Standpunkt beharren sehe, der zur Spaltung führen muß, so bin ich gezwungen vorauszusetzen, daß man die Spaltung der Einigung vorzieht und sie auch für durchführbar hält.

Da wir deshalb, weil Preußen die süddeutschen Staaten aufgiebt, sie unter den heutigen politischen Eventualitäten nicht flottant lassen können, sondern, das allgemeine Deutsche Interesse im Auge, sie an uns schließen müssen, so sind die Konferenzen in Wien am 30. wieder eröffnet worden. Hat man sich dort geeinigt, so ist immer noch die Möglichkeit da, daß man auf dieser neuen Basis sich mit dem Norden verstehe. Leichter würde vielleicht die Verständigung durch direkte Verhandlung zwischen Wien und Berlin herbeigeführt werden können, und man sagt auch in der Stadt, daß eine solche unmittelbar zwischen den Vorständen der Kabinette angebahnt sei — aber ich glaube, daß man zu viel sagt, und bin nicht berechtigt, an mehr als an den Austausch allgemeiner Versicherungen, die zwar schätzenswert aber darum noch keine Anbahnung sind, zu glauben.

So lange die Popanze, welche die Leidenschaften hier zusammengestoppelt haben, noch für wirkliche Wesen gelten, hat das Urteil der Verständigen einen schweren Stand. Wenn ich heute in der „Rundschau" denselben Gang, den ich in den Jahren 49 und 50 vertrat und verwerfen sah, und wegen dessen ich angefeindet wurde, als den allein richtigen preisen sehe, so sage ich mir, es wird die Zeit kommen, wo man der österreichischen Ansicht des Jahres 1852 dieselbe Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. — Mir schien die Erneuerung des Zollvereins, die Erweiterung desselben, der Abschluß dieser Gruppe unter Preußens Leitung, und alles dieses unter dem Applaus von Österreich und unter Zulassung seines

Anschlusses — (so weit er möglich ist) — eine Chance, die dem preußischen Staatsmanne, der dies Werk vollbracht, den Namen eines großen Staatsmannes, den Dank der Kabinette Deutschlands und Preußens sichern würde. — Das ist die Meinung, welche die Leidenschaftlichen hier als eine preußenfeindliche verwerfen.

An den Grafen Thun,

österreichischen Bundes-Präsidialgesandten in Frankfurt.

Berlin, (?) November 1852.

Die Stimmung ist hier eine bedeutend gemilderte, wozu meine Abberufung einen willkommenen Anlaß bietet. Ich setze voraus, daß Preußen die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit uns in Wien hat aussprechen lassen. Mitteilungen darüber habe ich keine, aber das Stadtgespräch, ein Artikel der „Kreuzzeitung" vom heutigen Dato und die zuvorkommende Haltung des Herrn v. Manteuffel lassen mich darauf schließen. Auch drängt die Erkenntnis, daß nur auf diesem Wege die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins und die Stellung Preußens an der Spitze dieses handelspolitischen Körpers zu erreichen ist, zu den Verhandlungen mit Österreich, und selbst die Leidenschaftlichen beginnen einzusehen, daß es aus preußischem Standpunkte wohl kaum zu verantworten wäre, diese Vorteile einer bloß im Dünkel begründeten Formfrage zu opfern. Ich will damit nicht sagen, daß man nicht suchen wird, auch diese zu retten, aber ich meine nur, daß man zuletzt sie fallen lassen und mit uns über den Handelsvertrag abschließen wird.

Daß durch diesen direkten Verkehr einige Unsicherheit in die dermaligen Konferenzen in Wien kommen könne, halte ich für möglich. Daß er uns nicht hindere, mit den sieben Staaten eventuell abzuschließen und ihnen die gesicherte Stellung zu gewähren, die sie aus dem Bereiche der materiellen Nötigung zieht, halte ich für geboten durch die unabweisliche Vorsicht. Ist der Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen abgeschlossen, so wird sich die

volle Beendigung und Lösung der Handelsfrage nur desto leichter geben, wenn die sieben Staaten den Rücken frei haben.

Da ich für die Anmaßung Preußens den Sündenbock abgebe, so wird — was ich herzlich wünsche — Ihre Stellung hier, mein verehrter Graf, in der ersten Zeit nicht unangenehm sein. Nach und nach werden Sie Erfahrungen über Menschen und Verhältnisse machen, die meine Auffassung bestätigen dürften. Die Wünsche und Bestrebungen werden sich hier nicht ändern, die Mittel und Wege auch nicht. — — — —

An den Grafen Buol.

Berlin, 11. November 1852.

General v. Wrangel hat sich außerordentlich der Aufnahme in Wien belobt. Er gehört zu den wenigen, die meinen versöhnlichen Bestrebungen, auch wenn sie von andern als feindliche betrachtet wurden, stets Gerechtigkeit widerfahren ließ.

Er belehrte mich — (also auch die übrigen) — daß meiner Ernennung für Constantinopel, „die allgemein erwartet werde", die russische Prävention entgegenstehe, und erzählte mir, während seiner letzten Reise erfahren zu haben, daß sich diese Prävention von der Revolution in Athen im Jahre 1843 herschreibe. Der Kaiser von Rußland hat damals einen treuen und fähigen Diener, seinen Gesandten Catacazy, verworfen und mich in die Schuld mit einbezogen, die keine andere war, als daß wir beide den mit allen Mitteln ihrer Regierungen und der öffentlichen Meinung ausgerüsteten Gesandten Englands und Frankreichs, bei der gänzlichen Hilflosigkeit und Schwäche des griechischen Hofes, nicht widerstehen konnten. Einige Jahre darauf brachen Regierungen, die Armeen hinter sich hatten, zusammen; König Otto hatte nicht einen Korporal mit sieben Mann hinter sich.

Ich sagte übrigens dem General: wenn die Prävention wirklich bestehe (ob nun mit Recht oder Unrecht sei gleichgiltig), so würde die kaiserl. Regierung einen Fehler begehen, wenn sie

einen Mann zum Gesandten in Constantinopel machte, der sich mit seinem russischen Kollegen nicht vom ersten Augenblick an gut stellen kann.

Die Sage von meiner Ernennung nach Constantinopel wird sich also nicht mehr lang halten. Ebensowenig dringt die andere, als ginge ich nach Rom, durch. Man wird daher bald das Wahre erraten.

Übrigens kann ich mich dermalen Manteuffels nur beloben. Wenn seine Worte irgend einen Wert haben, so muß ich glauben, er wünschte manches ungeschehen zu machen. Diese Stimmung wird mir die Stellung, in die mich Euer Excellenz zu versetzen beabsichtigen, erleichtern.

11.

Mein belgischer Kollege, Mr. Nothomb, ist eben aus Paris zurückgekehrt. Der Eindruck, den die dortigen Verhältnisse auf diesen eifrigen Konstitutionellen und warmen Orleanisten gemacht, ist merkwürdig. Er findet ganz Frankreich umgewandelt, nicht vorübergehend, sondern bleibend, so daß es eine dauernde Grundlage der Napoleonischen Macht abgeben kann. — — — — — — — Er verteidigt Napoleon III. als eine Notwendigkeit und als eine Stärkung, die dem Napoleon I. und Louis Philipp fehlte, als eine Notwendigkeit, um durch das dynastische Princip die Autorität von dem Volkswillen unabhängig zu machen und auf eigene Beine zu stellen. Das sei die Ansicht aller Autoritätsmänner in Frankreich. Er glaubt an den Frieden, d. h. an die Absicht Louis Napoleons, ihn zu erhalten, und fast an die Kraft desselben, die öffentliche Meinung auch in dieser Beziehung zu beherrschen und zu leiten. Er wiederholte mir ein Wort Persignys: „Wir sind die Autorität und die Revolution; wir haben beide in Händen, und darin liegt unsere Stärke".

Er betrachtet den Präsidenten als einen durch und durch gescheiten Mann, der vorzüglich die civilen Fähigkeiten seines Onkels besitzt und die Gründung der Dynastie, auf Autoritätsprincip basiert, als seine Aufgabe betrachtet. Sein Fall oder Tod brächte

weder die Legitimisten noch die Orleanisten, sondern die Roten zur Herrschaft.

Ich glaubte, diese Eindrücke Euer Excellenz zur Kenntnis bringen zu sollen.

Lord Bloomfield ist in einem ungewöhnlichen Zustand von Besorgnis. Er neigt sich zwar zu dem Glauben an den Frieden, aber er betrachtet England als genötigt, in einem gewaffneten Stande zu verbleiben, und diesen Stand als für mehr als in einer Beziehung gefährlich. Die Absicht, sich unter irgend einer Form Ägyptens zu versichern, macht England äußerst empfindlich für jede französische Einmischung in Syrien und sehr aufmerksam auf Algier und Tunis. — Es sucht wohl das Motiv zur Freigebung Abd-el-Caders in weitaussehenden Plänen des Präsidenten.

Einer Äußerung Manteuffels zufolge will der König von der Ziffer III hinter dem Namen Napoleon ganz einfach keine Notiz nehmen. „Ich will ihm schreiben, wenn ich muß, à S. M. l'Empereur Louis Napoléon" — sagte er. Manteuffel bemerkte aber richtig, daß es sich zuletzt doch darum handle, ob man entschlossen sei, wegen der III den Krieg zu machen oder nicht; wenn nicht, so wird die Anerkennung früher oder später folgen müssen.

Graf Arnim schreibt, Lord Malmesbury[1]) habe in Wien erklären lassen, daß er Napoleon III. nicht anerkennen werde. Herr v. Manteuffel zweifelt an der Entschiedenheit des englischen Kabinetts in dieser Sache, zweifelt selbst an der Thatsache einer positiven Erklärung und hat mir seine Ansicht nicht vorenthalten, daß er befürchte, das englische Kabinett werde die Kontinentalmächte in dieser Frage sitzen lassen.[2])

Berichte des Grafen Hatzfeldt rühmen die Klugheit, mit welcher sich der Präsident Jérome's entledigte. Er frägt an, wie er sich zu verhalten habe, wenn er (was bereits angekündigt) zur Proklamierungsfeier des Kaisertums eingeladen wird. Herr v. Budberg äußerte: es sei noch der Präsident, der einlade; die offizielle Stellung der Gesandten ende erst mit der Proklamierung.

---

[1]) seit Februar englischer Minister des Auswärtigen.

[2]) In der That war England die erste Macht, welche Napoleon III. anerkannte.

Mir scheint auch, daß die Scene nicht zu umgehen sein wird. Das Natürliche ist wohl, daß die Gesandten unmittelbar nach der Proklamierung ihre pouvoirs als erloschen erklären und die Weisungen ihrer Höfe abwarten.

An den Grafen Buol.

Berlin, 24. November 1852.

Herr v. Manteuffel gab heute Herrn v. Kisseleff [1]) ein Diner, dem ich beiwohnte. Alle Äußerungen, die mir letzterer machte, waren im Einklang mit Euer Excellenz Ansichten. Er nahm die Zukunft durchaus nicht leicht, vielmehr bei der Natur und Entschlossenheit des Präsidenten für eine solche, die ein Wegblicken über alle sekundären Fragen und ein tüchtiges Zusammengreifen aller mit dem Worte der Mächte beauftragten Personen erheische. Ich versicherte ihn, daß dies von unserer Seite nicht fehlen werde. Er giebt die Hoffnung nicht auf, daß England dem Gang der drei Mächte sich anschließen werde, nicht bloß in der Wesenheit — woran überhaupt nicht zu zweifeln sei — sondern auch in der Form, und legte darauf großen Wert, ja, so großen: „daß man selbst einige Konzessionen machen müsse, wenn nötig, um es zu erreichen."

Graf Buol an Prokesch.

„Wien, 2. Dezember 1852."

„Bald sind Sie von Ihrem Dornenstuhl befreit. Graf Thun wird Sie in wenigen Tagen ablösen. Gern hätte ich die Modalität der Ablösung anders eingerichtet, allein ich sah manche Schwierigkeit dabei. Sie wissen was der Kaiser von Ihnen denkt — dort weiß man es auch — das darf Ihnen genügen.

— — — — — — — — — — — — — —

1) Russischer Gesandter in Paris.

Neulich, d. h. vor vierzehn Tagen wurde mir durch Grafen Arnim das Anerbieten seitens seiner Regierung gemacht, in Unterhandlungen über die Zollfrage mit uns zu treten, wenn wir durch einen offiziellen Schritt die Initiative ergreifen wollten. Wir sind darauf eingegangen, und ich erhalte soeben eine bejahende Antwort vom Grafen Arnim. Baron Bruck ist zu den Negociationen bestimmt und soll schon nächste Woche abgehen. Das hat für Sie nur mehr einen historischen Wert. Wir haben neuerdings unseren guten Willen bethätigt — bald wird es sich zeigen, ob Preußen es ernstlich meint, oder ob es eine neue Finte ist. Die hiesigen Unterhandlungen gehen natürlich dabei ihren Gang fort, und zwar einen ganz befriedigenden. — Auf baldiges Wiedersehen." — — —

Nachdem Preußen in vertraulicher Weise den ersten Schritt zur Einigung über die handelspolitische Frage gethan, erwiderte Österreich denselben. Baron Bruck ging als Unterhändler nach Berlin. Es gelang ihm, die von Österreich von Anfang an gestellten Bedingungen für den Handelsvertrag zu erreichen, und in der Zolleinigungsfrage wenigstens die principielle Zustimmung Preußens zu erlangen. Sonach wurde der Handelsvertrag zwischen Österreich und den übrigen deutschen Staaten am 19. Februar 1853 auf zwölf Jahre abgeschlossen, und weiter vereinbart, daß nach sechs Jahren eine Verhandlung über die Zolleinigung stattfinden sollte.

An den Grafen Buol.

Berlin, 4. Dezember 1852.

Ich sage Euer Excellenz meinen Dank für den freundlichen Eingang Ihrer Zeilen. Meine Lage ist allerdings keine angenehme hier. — — — — — Ich war übrigens auf so viel Bedauern über meinen Abgang, als ich und noch mehr meine Frau täglich erfahren, nicht gefaßt.

Herr v. Manteuffel las mir heute einen eben empfangenen Bericht, der ein sehr trübes Licht auf die Stimmung des russischen Adels wirft. Die Hinneigung zu Frankreich soll ziemlich häufig sein, und eine russische Allianz mit dem neuen Kaiserstaate als das einzige Mittel, um sich vom englischen Schlepptau loszumachen und Deutschland zu dominieren, empfohlen werden. —

Das preußische Kabinett steht in der so wichtigen Auffassungsweise der Kaiserfrage mit allen seinen Ansichten, nach meiner Überzeugung, auf unserer Seite. Aber es hat in London Herrn v. Bunsen, und die russischen Anschauungen werden stets großen Einfluß auf dasselbe üben. Gäbe es ein inniges Verständnis der beiden deutschen Großmächte in der Deutschen Frage, so gäbe es auch eine Deutsche Politik und eine geringere Abhängigkeit von außen. Gerade in der Zolleinigungsfrage und in der Stärkung des Bundes liegen die Garantien für die Großmacht Preußen. Diese Häresie hat mir aber schon so viel Ungnade zugezogen, daß ich sie mir heute wirklich ersparen kann.

An den Grafen Buol.

Berlin, 5. Dezember 1852.

Das ernste Studium der letzten Expedition läßt mir gar keinen Zweifel, daß ich mit meinen eigenen Überzeugungen und Wünschen rücksichtlich der Kaiserfrage ganz und gar auf Euer Excellenz Boden stehe. Der Nichtanerkennung der dynastischen Ziffer — die sich doch von selbst versteht — ist in Petersburg und London ein Wert gegeben worden, den sie gar nicht hat. Die Nichtanerkennung vermag ja diese Ziffer nicht aufzuheben; sie beschränkt nur ihren Gebrauch, und wenn der neue Kaiser diese Beschränkung sich selbst auferlegt (wie es scheint), so nimmt ihm diese Nichtanerkennung gar nichts, so wenig als sie ihn hindert, die Ziffer auf seine Münzen zu schlagen, gegenüber den Franzosen zu gebrauchen und in die Geschichte einzuführen. Ihm die Nichtanerkennung der Ziffer durch eine Konzession kompensieren zu wollen, ist also wenigstens

unnötig und wird gefährlich, wenn die Konzession das Abstehen von der Forderung positiver Bürgschaften ist.

Die Nichtanerkennung der Ziffer mag allerdings den Wert eines gemeinschaftlichen Bodens mit England haben. Wenn aber aus diesem Boden nicht die Gleichzeitigkeit der procédés und die Solidarität der vier Mächte gegenüber territorialen Angriffen und gegen jede auf andere Weise agressive Politik herauswachsen, so ist auch dieser Wert nur ein illusorischer.

Graf Nesselrode ist sogar geneigt „à ne point refuser de recevoir des lettres autographes ou actes officiels que L. Napoléon nous adresserait sous le nom de Napoleon III, mais à passer ce nom sous silence dans nos réponses.“ Und doch fürchtet er, „que l'homme hardi et aventureux mettra toujours le pied aussi loin qu'on lui permettra de l'avancer.“ Ich finde, daß man ihm sonach mehr erlaubt, als er selbst verlangt. Die darauf folgende Stelle, „arrêtons-le dès le début“ — ist mir unverständlich, und ich kann meine Besorgnis nicht unterdrücken, daß die englische Konzessionsbegierde in der russischen Depesche Nahrung und Aufmunterung finden wird.

Der Brief des Kaisers Nikolaus blieb, wie vorauszusehen war, ohne Wirkung. L. Napoleon antwortete thatsächlich darauf in seiner Rede am 2., indem er die Stelle des Briefs: „les faits irrévocables de l'histoire ne sont pas à effacer par un mot“ — für sich selbst ausbeutete, und die question de droit durch Anerkennung der Zwischenregierungen beiseite schob. Er ist im Vorteil der Argumentation und im Vorteil der Lage.

Trifft ihn keine Kugel, lebt er lang und vermag er, sich von der Basis der Autorität im Inneren und des Friedens nach außen nicht wegdrängen zu lassen, so ist es aus mit den Bourbons.

Ich war in diesem Briefe so weit, als ich Herrn v. Manteuffel sehen konnte. Ich hatte ihm die Expedition vom 2. heute noch einmal schriftlich an's Herz gelegt, und aus meinem dienstlichen Bericht haben Euer Excellenz bereits entnommen, daß wir alle Ursache haben, mit der Auffassung des Königs vollkommen zufrieden zu sein. — Die Nachrichten aus England haben mich wahrlich indigniert. Manteuffel hofft noch, daß Bunsen zu schwarz sehe. Ich aber, so geneigt das Bessere zu glauben, sage mir,

wenn Lord Malmesbury die drei Mächte durch den Entwurf einer gemeinschaftlichen Erklärung engagieren wollte und dennoch den Hintergedanken fassen konnte, England allein und sogleich anerkennen zu lassen, so stecken engagements dahinter, die er bereits, zur Sicherung seines Friedens, mit L. Napoleon eingegangen hat. — Daß dieser letztere seine Leute kenne, zweifle ich nicht, und daß er sich ihrer zunächst versichern wollte, wäre ein natürliches, schon dagewesenes Spiel.

Jeder Tag ist jetzt von Wichtigkeit. Ich wünsche Grafen Thun recht bald hier, damit Euer Excellenz nicht durch die Unzulänglichkeit meiner jetzigen Stellung verlieren.

An den Grafen Buol.

Berlin, 6. Dezember 1852.

Das englische Spiel ist eigentlich ein solches, für das man unter honetten Leuten keinen Namen hat. — Die eventuelle Anerkennung durch die vier Repräsentanten bindet die drei Mächte weder in Bezug auf Zeit noch auf Bedingungen und giebt der Depesche an Grafen Mensdorff [1]) nur eine erhöhte Notwendigkeit. Ob man das in Petersburg fühlt? Ich weiß aus Erfahrung, wie gefährlich es ist, nicht alles, was ein russischer Gesandter thut, vortrefflich zu finden, glaube aber doch, Herr v. Brunow [2]) hätte sich und andern ersparen sollen, dem rühmlichen Eifer Lord Malmesburys für den neuen Kaiser als Mittel und Folie zu dienen.

Man sagt auch, daß Neapel bereits anerkannt hat, und diese bourbonische Branche die Ehre hat, von L. Napoleon als Muster empfohlen zu werden. Diese sich überstürzende Eile kömmt wohl nicht aus Tapferkeit.

Ich hoffe morgen früh Herrn v. Manteuffel zu sehen. Geben andre Staaten ihre Würde auf, so steht es uns um so mehr an, die unsere zu behaupten. Das ist die klare Folge aus Euer Excellenz Weisungen.

[1]) Österreichischer Gesandter in Petersburg.

[2]) Russischer Gesandter in London.

Prokesch übergab dem König Friedrich Wilhelm IV. am 11. Dezember — in Bellevue — sein Abberufungsschreiben. Nach dem darauffolgenden Diner in Charlottenburg hielt ihn der König über eine Stunde in freundschaftlichem Gespräche fest und nahm ihm das Versprechen ab, nie durch Berlin zu reisen, ohne ihm aufzuwarten. — Es folgte — vom 17. bis 21. Dezember — der Besuch Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef in Berlin. Prokesch wohnte demselben auf Allerhöchsten Befehl noch bei, und reiste am 21. abends nach Wien ab.

An seine Frau in Berlin.

Wien, 27. Dezember 1852.

Ich machte gestern einen kurzen Brief an Dich zusammen und fuhr dann zur Fürstin Mathilde, die ich auch fand und mit der ich ein paar Stunden angenehm verplauderte. Von ihr weg wollte ich ins Burgtheater, wo man Käthchen von Heilbronn gab, ein Stück, das ich vor mehreren dreißig Jahren ungemein liebte; ich fand aber keinen Sitzplatz, so verzichtete ich darauf, schlenderte durch die Straßen und kam dabei in die Stephanskirche, eben als die Kirchendiener mit Fackeln sie räumten und sperrten. Die Majestät des Doms machte mir einen erhebenden Eindruck. Dann ging ich noch zu Gräfin Buol in die Soirée — viele schöne junge Damen, von denen ich außer der Fürstin Clary keine kannte. Dann fuhr ich zur Fürstin Louise, der ich Deinen Brief übergab, und die sehr lieb — wie immer — war.

Heute früh wartete ich Sr. Majestät dem Kaiser auf, der mich sehr gnädig empfing. Ich dankte ihm für die Gnade, mir erlaubt zu haben, ihn in Berlin zu erwarten. Er hob mir eigens hervor, warum er es gethan. Alle seine Urteile waren scharf, und ich hege wirklich die Hoffnung, daß er mich seines Wohlwollens wert hält.

Nachmittags besuchte ich Fürst Metternich, der mich mit gewohnter Güte empfing und sich auch Deiner freundlichst erinnerte.

— — — — — — — — — — — — — —

1853.

An seine Frau in Berlin.

Wien, 3. Jänner 1853.

Gestern arbeitete ich den ganzen Abend, mit Ausnahme einer Stunde, die Bach bei mir war. Diesen Morgen empfing mich Buol mit dem Glückwunsch zu meiner Ernennung nach Frankfurt, worüber heute eine Anzeige an Grafen Thun geht. Schweige darüber und laß an Dich kommen.

Darauf wartete ich der Erzherzogin Sophie auf, die mich mit ihrem jüngsten Prinzen empfing und gescheit und lieb war. Sie erzählte mir, durch die Königin zu wissen, daß Du Dich wohl befindest.

Gleich darauf kam mir Dein lieber Brief vom 1. zu. Es giebt niemand, der mich so versteht wie Du, so erhebend und stärkend auf mich wirken kann. Du bist ganz eigentlich das Weib, das der Himmel für mich zurecht richtete. Du weißt, ich mache keine Phrasen — ich spreche Seele zu Seele. — — — — — — — — — —

Sage Nothomb, ich empfehle ihm den zweiten Teil von Fiquelmont: »Lord Palmerston, l'Angleterre et le Continent«.

Sage Bruck, daß ich ihn herzlichst grüße. Der Kaiser ist gegen jede Nachgiebigkeit nach so vielem vergeblichem Nachgeben, und erwartet von Berlin so gut als nichts. Desto eifriger betreibt er die hiesigen Konferenzen.

Über den Eindruck meiner Ernennung erwarte ich Deine Nachrichten. Für meine Mäßigung habe ich in Berlin wenig Anerkennung gefunden; wäre ich so, wie meine Gegner mich hinstellen, hätten wir 1850 den Krieg gehabt.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Wien, 20. Jänner 1853.

Ich glaube nicht, daß ich vor Montag abend fort komme. Ich bin gewissermaßen fertig, d. h. überblicke ungefähr die Lage, der ich entgegengehe, und bleibe ich länger, so schießen eine Menge fremdartiger Geschäfte an, die mich zerstreuen.

Ich bin zu Sr. Majestät zu Tisch befohlen und werde da wahrscheinlich erfahren, ob und wann ich noch eine Abschiedsaudienz habe. Dann bin ich mit den übrigen Besuchen in einem Vormittage fertig.

Die Artigkeit des königlichen Hofes für Dich hat mich erfreut. Ich bin überzeugt, daß mich der König freundlich beurteilt, was auch von anderer Seite versichert werden mag.

Predige Geduld an Freund Bruck. Seine neuesten Berichte haben bei uns wenigstens (über diese Grenze sehe ich nicht hinaus) einen guten Eindruck gemacht. Die Einigung mit Preußen bleibt der leitende Wunsch, aber wir können nicht in der Luft hängen bleiben, und es schreiten daher die Arbeiten für die andere Alternative rasch ihrem Ende zu.

Heute hatte ich eine lange und gute Unterredung mit Heß[1]).

— — — — — — — — — — — — — —

Prokesch traf am 31. Jänner in Frankfurt ein und trat in der Bundestagssitzung vom 3. Februar seine Stellung als Präsidialgesandter an.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 13. Februar 1853.

Die Mailänder Vorfälle[2]) waren Herrn v. Bismarck von Berlin telegraphisch mitgeteilt worden, und veranlaßten von allen

[1]) Feldzeugmeister (nachmals Feldmarschall) Baron Heß, österreichischer Generalstabschef.

[2]) Die von Mazzini angezettelten Attentate und Mordthaten.

Seiten Fragen an mich. Auch die Märsche an die türkische Grenze beunruhigten die Gesandten von Frankreich, England und Herrn v. Bismarck. Ich glaube, sie sämtlich beschwichtigt zu haben, indem ich sie aufmerksam machte, wie sehr es im Interesse einer konservativen Politik liege, daß Österreich seine Verhältnisse mit der Pforte auf einen guten Fuß setze.

Ich bedauere sehr, nicht mehr an der Ehre der lehrreichen Vormittage Teil zu haben. Es muß nun bereits klar sein, welchen Erfolg die Sendung des Grafen Leiningen [1]) hat, und ob uns das Weitergehen in dieser Sache erschwert werden wird. Ich suche auch vergeblich in den Blättern ein Symptom, welches den Stand der Frage der heiligen Stätten [2]) beurteilen ließe, und ob es gelang, die Strömung aufzuhalten oder abzuleiten.

Bis jetzt ist mir noch keine ernstliche Schwierigkeit aufgestoßen. Auch in gesellschaftlicher Beziehung finde ich nur freundliche Rücksicht; namentlich ist Frau v. Vrints [3]) sehr gütig und mit ihrem Rate im Häuslichen helfend. Das Bundespalais ist in einem unheimlichen Zustand des Verfalls und der Verlassenheit.

Herr v. Manteuffel sandte an Herrn v. Bismarck ein Blatt der in Wien erscheinenden „Presse", vom 9., das einen persönlichen Angriff auf diesen enthält. Herr v. Bismarck beklagte sich bei mir darüber. Ich drückte ihm mein Bedauern darüber aus, daß man in Berlin solchen Mist auffaßt und ihm vor die Augen bringt. Ich weiß leider, daß man dort durch die eigene Brille sieht und hinter jedem Zeitungsgeschmiere die Regierung wittern will. Für mich, der ich mich des guten Einvernehmens mit meinem preußischen Kollegen befleiße (was an sich nicht ganz leicht ist), sind derlei Mißgriffe der Wiener „Presse" nicht angenehm.

---

[1]) Feldmarschall-Lieutenant Graf Leiningen wurde nach Constantinopel gesendet, um gegen die Aufstellung einer türkischen Armee an der österreichischen Grenze und die Anstellung ungarischer Flüchtlinge in dieser Armee Protest einzulegen, und um die Beziehungen zwischen Österreich und der Pforte, welche gespannte geworden, wieder zu freundschaftlichen zu gestalten.

[2]) Vergl. weiter unten den Brief vom 7. April 1853.

[3]) Schwester des Grafen Buol, vermält mit Herrn v. Vrints, dem Eigentümer des »Journal de Francfort«.

Hoffentlich dürfte die handelspolitische Frage ihrer Lösung nahe sein. Der Standpunkt des Herrn v. Bruck scheint mir der richtige, weil er das politische Interesse im Auge hält und das specielle nicht aufgiebt.

Ich empfehle mich sehr Euer Excellenz Nachsicht. Langsam werden die Sachen hier gehen, aber sie werden weiter kommen. Das Allerwichtigste, die Vorbedingung aller Fragen, ist der Bundeshaushalt. Alles stockt daran. Ich bin in einem Chaos von Akten und Rechnungen und bemühe mich, einen Weg zu finden, um darin Ordnung zu machen.

Vom großherzoglich hessischen Hofe habe ich, auf meine Anmeldung, heute eine Einladung erhalten, und ich bin im Begriffe nach Darmstadt zu fahren.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 14. Februar 1853.

Ich erhalte, eben da ich zu schließen im Begriffe bin, die Expedition vom 10.

Zuerst kann ich mir die Freude nicht versagen, Euer Excellenz für den so überaus gütigen Erlaß bezüglich meiner Antrittsrede und angenommenen Haltung ganz ergebenst zu danken. Euer Excellenz gütiges Vorwort bei Sr. Majestät kann allein diese gnädige Belobung erwirkt haben, deren Nachsicht mich so sehr verpflichtet.

Was Rastadt betrifft, so wollte ich diesen Gegenstand schon nächsten Donnerstag zur Sprache bringen. Glücklicher Weise hinderte mich eine noch fehlende Vorarbeit der Militärkommission daran, und so bin ich in der Lage den wahrscheinlichen Erfolg der trefflichen Weisung an Grafen Thun vom 9. noch abzuwarten. Eingeleitet durch meine Äußerungen ist der Gegenstand schon. Herr v. Bismarck hat mir bis jetzt kein anderes Argument entgegengestellt, als: „das 8. Armeekorps würde das befestigte Lager zu

nichts anderem benützen, als mit dem Feinde für die drei süddeutschen Regierungen zu kapitulieren".

Diese extravagante Meinung gab er mir als die entschiedene Ansicht des Königs. Ich sagte ihm, daß diese Konsideration, die mir durch gar nichts als eine berechtigte erscheine, gar keine militärische sei, und daß wir nur die militärische ins Auge zu fassen hätten. Aus militärischem Standpunkte seien verschiedene Meinungen gar nicht möglich. Rastadt mit 6000 Mann sei ein Unsinn, Rastadt mit 30 bis 40.000 dagegen das einzige Schutzmittel gegen die Überrennung Deutschlands bis Ulm. Ich setzte bei, man müsse der Sache irgend einen Namen geben, also spreche man von Rastadt als Sammelpunkt für das 8. Armeekorps; das schließe aber gar nicht aus, daß man im Drange des Augenblicks einen genügenden Teil österreichischer Truppen hineinwerfe, dies um so mehr, als für den strategischen Zweck 30.000 Mann mir nicht genügend schienen.

Dies würde den König sehr beruhigen, erwiderte er. — — —

Herr v. Reinhard [1]) hat mir heute erklärt, er gebe sich ganz der Erkenntnis der Notwendigkeit der Kontingentserhöhung auf 6000 Mann hin, aber er wünschte nur, ich hätte mich auch über erleichternde Modalitäten ausgelassen. Ich hatte absichtlich der Modalitäten nicht erwähnt, weil ich schon entschlossen bin, sowie die Ziffer bewilligt ist, mit den strengen Modalitäten voranzugehen, die aus der Ziffer eine Wahrheit machen sollen. Ich erwiderte ihm also: ohne die Ziffer zu kennen, sei über die Modalitäten nichts Festes zu bestimmen. Aber es verstehe sich von selbst, daß, sowie die Ziffer bewilligt sein werde, alles Mögliche, aber freilich auch nur dieses, in den Modalitäten geschehen werde. Ich bat ihn erneuert, die Ziffer zu betreiben.

Herr v. Bülow [2]) sagte mir, der Haupteinwand seiner Regierung gegen die Erhöhung des Kontingents sei die Schwierigkeit, es in holsteinischen Truppen zu stellen. Ich erwiderte ihm, seit die Einheit der Dänischen Monarchie erklärt sei, müsse der Streit der Nationalitäten als veraltet betrachtet werden; der Bund

---

[1]) Württembergischer Bundestagsgesandter.

[2]) Dänischer Bundestagsgesandter.

werde nicht fragen, welcher Nationalität das dänische Kontingent angehöre, sondern ob es in gehöriger Zahl und Rüstung vorhanden sei.

Herr v. Bülow schien dies gern zu hören. Mir aber scheint, daß wir dabei nur gewinnen können, wenn wir ein Pfand an dänischen Truppen in Händen haben.

An seine Frau.

Frankfurt, 15. Februar 1853.

Meine Fahrt nach Darmstadt am Sonntag ist ganz gut ausgefallen. Die Großherzogin (Schwester des Königs Otto) war insbesondere sehr gnädig. Ich sah noch einen Teil der Oper, die verhältnismäßig sehr gut ausgestattet ist. Man gab die „Favoritin" von Donizetti.

Gestern war ich bei Karl Bethmann zu Tische. Man liebt hier sehr die Diners. Ich habe ein halbes Dutzend Einladungen vor mir.

Mit Schreiben vom 10. zeigt mir Graf Buol „mit wahrem Vergnügen" an, daß Se. Majestät der Kaiser „das lebhafteste und im hohen Grade beifällige Interesse" an dem Verlauf der ersten Bundestagssitzung genommen haben. Er nennt meine Ansprache eine vortreffliche. — Fürst Wittgenstein schreibt mir darüber, „daß ein solches Programm nie jemand vor mir zu geben wußte oder wagte". Sage das seiner lieben, lieben Tochter. — Freitag gehe ich nach Wiesbaden.

Ich kann die freundschaftliche Haltung des Herrn v. Bismarck nicht genug rühmen. Ich hoffe wirklich, daß wir, in würdiger Unabhängigkeit neben- und miteinander gehend, dem Bunde und Deutschland Nutzen bringen werden.

Ich benützte gestern Äußerungen des Herrn v. Dalwigk,[1]) um abermals bei Buol die Wirksamkeit des Herrn v. Bruck zu unterstützen.

---

[1]) Vergl. S. 203.

Meine Sehnsucht nach Dir und den Kindern ist groß!

— — — — — — — — — — — — — —

Hier Diner auf Diner. Mir thut das nichts, denn man kann mich lange hetzen bis ich umfalle, aber die Nichtigkeit des gesellschaftlichen Treibens ist entsetzlich. — Die Parteiblätter geben sich eine entsetzliche Mühe uns durcheinander zu hetzen. Ich hoffe, es gelingt ihnen nicht, und ihr Eifer ist ein gutes Symptom. — Ich sende Dir hier einen komischen Artikel aus der „Weserzeitung".

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 19. Februar 1853.

Die Indignation [1]) ist wirklich die größte. Mein Zimmer wird nicht leer von Beileidbezeugenden und Glückwünschenden. Mir erscheint das Ereignis wie ein Sichtbarwerden der Vorsehung, die ein heiliges Haupt beschützt und zugleich einen Wink an feige Regierungen und sorglose Völker giebt.

Der Zusammenhang mit Mailand wird allgemein vorausgesetzt. Die Fäden mögen in London zusammenlaufen. Turiner Blätter sollen die That als nahe bevorstehend angedeutet haben, sagt mir Herr v. Bismarck. Auch hier lief, wie mich General v. Schmerling [2]) versichert, schon vor drei Tagen ein Gerücht dieser Art.

Werden die Großmächte sich nicht zu einem energischen Schritte in London vereinigen? Wenn er nicht so redigiert werden kann, daß eine Ablehnung England mit Schmach bedeckte, so erwarte ich um so weniger etwas davon, als ich — leider — so wenig Vertrauen in die Energie des Herrn v. Brunow habe.

Anselm v. Rothschild, der eben aus Paris kommt und in wenigen Tagen nach Wien geht, schildert die Lage dort sehr schlimm. Der Kaiser verliere zusehends an Popularität; die Truppen seien verletzt durch das Nachäffen der russischen Sitte, die Kaiserin vor die

[1]) über das Attentat auf Se. Majestät den Kaiser Franz Josef.

[2]) Österreichischer Bevollmächtigter bei der Bundes-Militärkommission.

Front zu bringen und mit militärischen Würden zu bekleiden u. s. w., der Kaiser werde sich zuletzt auf die Radikalen stützen müssen. Mazzini soll wirklich in Paris gewesen sein und mit einem der Minister eine Unterredung gehabt haben.

Aus Brüssel und Paris höre ich, daß meine und Herrn v. Bismarcks Reden bei meinem Geschäftsantritt allgemein als ein Beweis des gekräftigten guten Einvernehmens zwischen Österreich und Preußen verstanden worden sind, und namentlich in Paris deshalb Eindruck machten. — Das war eben der Zweck der Veröffentlichung.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 23. Februar 1853.

Wenn man in Bezug auf Rastadt und Ulm die Baufrage von der Geldfrage trennt, so fällt die Opposition Preußens von selbst. Gar so unberechtigt, in Bezug auf die Geldfrage, ist aber Preußens Widerstand nicht. — Wird der Abgang zwischen 3 und 4 Millionen von Süddeutschland aufgebracht, so liegt der Ausbau in unserer Hand.

Obwohl politische Motive nicht fehlen mögen, halte ich doch den Geldpunkt für den Kern von Preußens Widerstand. Der Streit darüber dürfte ohne Gewinn eine kostbare Zeit verzehren.

Soeben erhalte ich Euer Excellenz gefällige Weisungen und Mitteilungen vom 20. Es würde nicht zum erstenmal sein, daß die Seemächte durch ihre Ratschläge in Constantinopel die Pforte ihrem Untergange näher führen. Stratfort Canning[1]) ist ganz der Mann dazu. Das Geduldpredigen steht übrigens den Engländern am schlechtesten an, die jede, auch die ungerechteste Privatreklamation mit unnachsichtlicher Violenz in Constantinopel durchzuführen pflegen.

In Bezug der Kontingentsfrage erwarte ich am wenigsten von Württemberg. Sollte sie nicht durchgehen, so würde dies Anlaß geben zu desto strengeren Begehren bezüglich auf Dienst- und Präsenzzeit.

---

[1]) Englischer Botschafter in Constantinopel.

An seine Frau.

Frankfurt, 25. Februar 1853.

Ich bin nicht ruhig über den Kaiser. Auf keinen Fall ist die Sache so leicht, wie sie anfänglich schien.

Einen Schritt an England, einen würdigen nämlich — meinst Du? Liebes Herz, ich erwarte wenig. Einig und energisch ist nur die Revolution. Von einem der kleineren Höfe ist heute eine Motion in diesem Sinne in der Bundesversammlung eingebracht worden [1]). Wollen sehen, wie die Instruktionen lauten.

Ich danke Herrn v. Humboldt für seine freundliche Beurteilung. Einstweilen bewirft mich die „Kreuzzeitung" mit Lügen und Gift. Diese D. . . . seelen nennen sich Deutsche und tragen dabei hochmütig ihre Nase, aber auch den Demokraten die Schleppe.

Ist Bruck noch da, so wünsche ihm Glück in meinem Namen. Er hat nicht weniger Preußen, als uns und dem gesamten Deutschland einen großen Dienst geleistet [2]). Diejenigen in Berlin, welche den Vorteil und das moralische Gewicht einer großen Politik begreifen, müssen ihm Dank wissen, denn der Weg der Verständigung, der allein auf dem Wege des eigenen Vorteils ist, ist nunmehr wieder geöffnet.

Die demokratischen Blätter und diejenigen, die ihrer Neigung zum Haarspalten nicht widerstehen können, fallen meine Rede an. Dafür höre ich von Paris, daß sie dort allgemein als ein Beweis der Einigung der beiden deutschen Großmächte aufgefaßt worden ist. Diese politische Auffassung beschämt die Kleinkrämerei in Deutschland.

— — — — — — — — — — — — — —

Soeben telegraphische Nachricht von heute früh: „Kaiser gut geschlafen; sehr erleichtert". — Gott sei gedankt!

---

[1]) Hessen-Darmstadt stellte den Antrag, England um Ausweisung der das Asylrecht mißbrauchenden Flüchtlinge anzugehen.

[2]) Vergl. den verbindenden Text S. 286 über den Abschluß des Handelsvertrags.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 27. Februar 1853.

Ich habe die Freude, Euer Excellenz zu zwei Siegen Glück zu wünschen, welche das Gewicht des Kabinetts entscheidend feststellen müssen. Der Abschluß der Handelsfrage ist ein Triumph staatsmännischer Mäßigung, der durch die Beschränkung auf das Mögliche und Genügende, Österreich um desto sicherer den angestrittenen Einfluß in Deutschland bewahrt, und dessen unaufhaltsame Steigerung verbürgt. Herr v. Bruck, der Euer Excellenz kräftiger Unterstützung seinen Erfolg verdankt, sieht seinen ohnedies hohen Kredit in der öffentlichen Meinung ungemein gehoben.

Das Nachgeben der Pforte, sobald sie wirklichen Ernst sieht, habe ich nach älteren Beispielen erwartet. Dieser Ernst mochte überraschen, beunruhigen, — aber er war das einzige Mittel, um der Stellung Österreichs zur Pforte den seit langen Jahren versäumten Nachdruck zu geben, der alle unsere Verhältnisse nach dieser Seite erleichtern wird. Die, gleichzeitig mit der Depesche von gestern abend an mich, auch an verschiedene hiesige Häuser gelangte Nachricht machte ungeheueren Eindruck; die „Oberpostamtszeitung" gab sogleich ein „Extrablatt". Die Energie, welche Euer Excellenz aller Welt zeigten, muß ihre gute Wirkung auf die Kabinette haben. Ich bin nun begierig, ob die Pforte auch Wort hält; gewöhnlich pflegt dies nicht der Fall zu sein.

Ich bin mit Herrn v. Bismarck, trotz mancher Schwierigkeiten, persönlich im besten Verhältnis. Das Ministerium Manteuffel hat außer ihm fünf oder sechs Korrespondenten hier. Nicht alles, was nach Berlin klingt, kömmt von ihm.

Die Antwort auf diesen Brief mit derjenigen auf vorhergehende und weiter unten folgende zusammenfassend, schrieb Graf Buol am 27. März an Prokesch unter anderm: „Über das Entwirren unseres orientalischen Knäuls haben Sie sich auf eine für mich allzu schmeichelhafte Weise ausgesprochen. Nachdem Sie es sind, der die Hauptbatterien

gegen den Feind aufgestellt hatte, so ist jeder Anteil, den Sie andern zuweisen, ein Akt der Großmut.[1]) — — — — — — Lord Stratford de Redcliffe hat sich ein paar Tage hier aufgehalten. Er wünscht im Bestreben der Erhaltung der Pforte mit uns zu gehen. Dies sei auch mein Wunsch, erwiderte ich, doch brachte es mich ganz natürlich auf die Bemerkung, daß das Zusammengehen schwer, so lange England in der Flüchtlingsfrage seine perfide Politik nicht zum mindesten modifiziere. — — — — Für jetzt suchen wir auf Piemont und die Schweiz zu drücken. Gegen letztere will wieder, wie natürlich, Frankreich nicht aufrichtig mitziehen. Louis Napoleon will wohl Despot zu Hause sein, möchte aber dem Auslande gegenüber den Liberalen spielen." — — — — — —

An seine Frau.

Frankfurt, 7. März 1853.

Deine lieben Zeilen vom 5. erhielt ich diesen Morgen. — Also nur wenige Wochen noch, und Ihr seid bei mir! Mein Leben ist zerrissen und gehört leider mehr denen, die mich nichts angehen, als Euch, die Ihr mir die Nächsten seid!

„Sei mutig" — schließest Du. Ich gestehe, ich bin manchmal kleinmütig. Der Posten liegt gar sehr außer meiner Sphäre, und wie aus der Sache etwas zu machen, verstehe ich heute noch nicht. Ich führe das Leben eines Fiakergauls. Nur das Hereinbrechen größerer Verhältnisse kann die Misère engherziger und unwürdiger Susceptibilitäten zum Schweigen bringen. Aber diese Verhältnisse werden uns in trauriger Zerfallenheit finden. Blickt man heute auf Deutschland, auf die Unerfahrenheit und den Dünkel derer, die keine Ahnung von dem haben, was der Krieg ist — auf die nicht allein nicht überwundene, sondern absichtlich beim Leben erhaltene Revolution, so kann man sich der Besorgnis eines nahen-

---

[1]) Prokesch hatte während seines Aufenthalts in Wien die Mission des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Leiningen angeregt und für dieselbe die Instruktionen ausgearbeitet. (Vergl. die Anmerkung S. 295.)

den göttlichen Strafgerichts nicht erwehren. — Aber lassen wir das. Das Unglück kann wieder Männer reifen.

Mein Verhältnis zu Bismarck ist erklecklich gut. Je susceptibler er, desto weniger ich. Eine Geißel ist der Militärbevollmächtigte Graf Waldersee,[1]) ein mauvais coucheur ohne gleichen. Übrigens auch unsererseits manche kleinliche Eitelkeit, d. h. nicht jedermann hat die Geduld, die ich habe. — Schweige gegen jedermann darüber, sowie über alles, was mich angeht.

Daß die Mission Leiningen gelungen, freut mich. Ich kenne die Geschichte derselben. Auch für den Zwist wegen der heiligen Stätten scheinen die Mittel angeschlagen zu haben.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 19. März 1853.

In Bezug der Schweiz finde ich bei den Gesandten von Bayern und Baden geneigte Stimmung zu einer strengen Grenzsperre. Mit dem von Württemberg konnte ich noch nicht reden. Es wird aber außer an den Grenzstaaten noch an Preußen hängen. Noch hat Herr v. Bismarck nichts darüber.

In Bezug des dänischen Vertrags habe ich Herrn v. Marschall[2]) bereitwillig gefunden, die Aufklärungen, die ich ihm geben würde über die Verzichte der Agnaten, an seine Regierung zu befördern und sie zu vertraulichem Ausspruch an Österreich zu vermögen. Hätten wir die Zusicherung der Nichtbeanstandung von Seite der drei süddeutschen Regierungen, so könnte man am Bunde vorgehen. Die Geschäftsform, die eine Begutachtung durch den Ausschuß will, wäre eben nur eine Form. Mit Herrn v. Bismarck sprach ich in der Sache noch nicht; ich weiß, daß er sie als eine unangenehme behandelt.

Der böse Wille Preußens in der Ausbaufrage der Festungen ist hier zur Stunde noch höchst leidenschaftlich. Diese Frage ist

---

[1]) Preußischer Bevollmächtigter bei der Bundes-Militärkommission.

[2]) Badischer Bundestagsgesandter.

ganz zu einer persönlichen des Obersten Grafen Waldersee geworden und für Herrn v. Bismarck nebstbei ein erwünschtes Zwangsmittel zur Parität. So lange Preußen die ihm als Großmacht gebührende Gleichstellung in allem und jedem vorenthalten werde, sagt er, müsse es beweisen, daß es keine Majoritätsbeschlüsse gegen Preußen gäbe, und daß der Bund unmöglich sei. Ich fand mehr oder minder alle Bundestagsgesandten sehr entmutigt, und sie sind es noch.

Heute ist die Stadt voll von einer Bestimmung der englischen und der französischen Flotte nach den Dardanellen, oder wenigstens nach dem Mittelmeer, „um die Pforte gegen die Anmaßungen Österreichs und Rußlands zu schützen."

Daß Lord Palmerston, um in der Asylfrage eine Diversion zu machen und die öffentliche Meinung davon abzulenken, uns irgend einen Hader anzettle, scheint mir übrigens ganz in seiner Weise zu liegen.

An seine Frau.

Frankfurt, 25. März 1853.

Daß ich das Osterfest nicht mit Euch zubringen kann, schmerzt mich. Mir ist sehr einsam zu Mute. Zum Glück habe ich vollauf zu thun, um den Sisyphusstein tagtäglich zu wälzen.

Nun sind die Diners und Soireen zu Ende, und ich sehe außer Geschäftsleuten niemanden mehr. In meine Kollegen fange ich an, mich nach und nach zu gewöhnen; mir ist auch, als könnten sie unmöglich, trotz Verlästerungen, vorgefaßter Meinungen und engen Ansichten, meinen wohlwollenden, redlichen Willen und meine Abgeneigtheit, midi à quatorze heures zu suchen, verkennen.

Diesen Abend höre ich eine Predigt von Beda Weber. Die Stadt kommt mir eigentlich heidnisch vor, oder jüdisch.

Die deutschen Oppositions-, besser Revolutionsblätter, wie die „Kölnische", faseln auch über die Orientalische Frage mit der dummdreistesten Oberflächlichkeit. Der Dorf- und Kneipengeist ist der einzige, der bei groß und klein in Deutschland sichtbar wird.

Später.

Eben komme ich aus der Kirche. Was sind alle Hof- und Weltceremonien neben denen der Katholischen Kirche! Auch in der größten Einfachheit, im Schmucke der Armut, sind sie würde- und prachtvoller als alles, was Könige vermögen! — Mit der Predigt war ich nicht zufrieden; sie war mir zu abstrakt, zu wenig eingreifend in das Herz.

Ohne sich an Gott zu lehnen, kann der Mensch nicht aufrecht stehen, und die uns gebotene Form der Gottesverehrung ist die allein richtige. — Kein Hochmut des Geistes kann sie ersetzen; sie allein genügt und umfaßt den ganzen Menschen, nicht bloß einzelne Kräfte desselben. — Gottes Sohn ist kein größeres Wunder der Allmacht als die kleinste Blume, aber für das Menschengeschlecht, das aus Vater und Sohn durch die Jahrtausende sich fortbaut, ist die höchste und wichtigste Gotteserscheinung notwendig der Sohn. Jede andere Form stände den Menschen ferner. Mit Maria, der Mutter, und mit Jesus, dem Sohn, ist das ganze Menschengeschlecht in seinem innersten Verbande erfaßt.

Gott gebe Euch heitere Ostern! — Die Kälte mindert meine Lust zu einem Ausfluge. Deine Idee, nach Wien zu gehen, begreife ich; aber auf so lang kann ich nicht fort, auch habe ich andre Gründe, die Du erraten kannst. Nach Berlin käme ich gern auf einen Tag, aber weiß der Himmel, was man für Deutungen daran hängen würde. Freiburg fiel mir ein; es wird aber auch daraus nichts werden, und ich werde wohl die Ostertage einsam hier versitzen. — Die Kinder werden mich bei Dir vertreten. Auch entfernt bin ich in Eurer Mitte! — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Frankfurt, 3. April 1853.

Jetzt wird es Ernst mit dem Frühjahr. Ich halte im Nebenzimmer die Fenster geöffnet, um die gute Luft hereinströmen zu lassen. Gestern nach der Sitzung nahm ich mir einen Rand und

ging vors Thor. Zum erstenmal fühlte man das Nahen des Frühlings.

Diesen Morgen von 9 bis fast 12 Uhr wohnte ich im Dome einem sehr schönen Feste bei: der ersten Communion von 120 Kindern; die ganze Kirche war mit Blumen geschmückt und der Chor mit rotem Tuch ausgehangen. Erst hielt Beda Weber eine Predigt, die ich, da ich fern ab meinen Platz hart am Hochaltar hatte, nicht verstand. Dann begann das Amt, und zur Communion kamen nun je 10 Kinder, die Mädchen alle weiß gekleidet und jedes von einem jüngeren Mädchen, das bekränzt war und eine geschmückte brennende Kerze trug, begleitet, was überaus hübsch aussah, und jedes 10. oder vielmehr 20. von einem Geistlichen geführt. Die Züge gingen durch den Chor, wo sämtliche Eltern standen, bis zum Hochaltar. Da knieten die 10 nieder und empfingen das Abendmahl, während die Begleiter harrten. Dann ging der Zug in gleicher Ordnung zurück, und ein neuer kam. Nach dem Schluß des Amtes hielt Beda Weber abermals eine sehr warme Ansprache, die ich, nun selbst ins Schiff der Kirche gegangen, vollkommen verstand. — Ich war von der Feierlichkeit zeitweise so gerührt, daß ich der Thränen nicht Herr werden konnte. — Die durch keinen Undank, keinen Hochmut, keine Weltlust, kein Mißlingen beirrten Bestrebungen der Kirche, Glauben, Hoffnung und Liebe in die Gemüter zu gießen, rührte mich.

Darauf hatte ich allerlei Besuche, und jetzt $^1/_2$4 Uhr will ich auf die Eisenbahn gehen, die Fürstin Clary zu empfangen.

Nun kommt Ihr bald, denke ich! — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 7. April 1853.

Die Frage über die heiligen Stätten[1]) ist, nach meiner Ansicht, auf dem Boden des konfessionellen Streits nicht lösbar. Rußland

[1]) Nachdem die Pforte, auf Frankreichs Drängen, den Katholiken gewisse Vorrechte auf die Benützung der heiligen Stätten in Jerusalem und Bethlehem

und Frankreich stehen sich da gegenüber nicht bloß als Orientalische Kirche und Katholizismus, sondern als Staaten, in deren einem die Religion unantastbare Lebensbedingung ist, während sie in dem anderen nur Vorwand und Mittel abgiebt. Daß die französischen und englischen Blätter das Gewicht dieser Frage für Rußland gar nicht begreifen, hinter der Sendung des Fürsten Menschikoff weiß Gott was anderes suchen, und darüber die albernsten Behauptungen in die Welt schicken, ist bei dem Barometerstande der Religion in Paris und in London ganz natürlich. Wie ich die Verhältnisse kenne, muß ich sagen: der Kaiser von Rußland ist stark genug, um ein halbes Dutzend Provinzen seines Reichs wegzuschenken, aber der Orthodoxen Kirche etwas vergeben, das kann er nicht.

Ganz anders stellt sich die Frage, wenn sie gar nicht als Streit zwischen den Konfessionen, sondern auf Grundlage des Consensus beider als Schlichtung lokaler Streitigkeiten behandelt wird. Rußland kann nicht verweigern, daß auch die Katholiken an der Geburtsstätte des Erlösers beten, also einen Schlüssel zur Kirche von Bethlehem zugeben, und so in jeder einzelnen Frage, wenn sie einzeln verhandelt wird. Es kann auf diesem Wege auch umsomehr zugeben, ein je größeres Gewicht es vor den Augen der Orthodoxen Kirche auf das Princip legte. Die Wahl einer so hochgestellten Person, wie Fürst Menschikoff ist daher eher eine Erleichterung als eine Erschwerung der Lösung, eher ein Beweis guten als schlimmen Willens.

Die Lage der Türkei mag allerdings bedenklicher sein, als manche meinen. Obgleich der Dünkel, der in den diplomatischen Kreisen eine so große Rolle spielt und in der Regel die Kabinette

---

eingeräumt hatte, erhob Rußland im Interesse der Orthodoxen Einsprache gegen diese einseitige Begünstigung. Bekanntlich verschärfte sich dieser Konflikt so weit, daß Rußland durch den Fürsten Menschikoff in Constantinopel ein Ultimatum überreichen ließ, welches die Pforte ablehnte, worauf die Russen in den Fürstentümern einrückten, und endlich der russisch-türkische Krieg ausbrach Das Aufrollen der Orientalischen Frage hatte die Einmischung der Westmächte zur Folge, und in weiterer Entwicklung — nachdem die zwischen den Vertretern Österreichs, Preußens und der Westmächte in Wien abgehaltenen Konferenzen resultatlos verliefen — den Krieg der Westmächte gegen Rußland, der am 14. September 1854 mit der Landung der Verbündeten in der Krim seinen Anfang nahm, und am 30. März 1856 durch den Pariser Frieden sein Ende fand.

für sich hat, durch dreißig Jahre die Achsel über jedermann zuckte, der an das Heil der Experimente der europäischen Civilisation in der Türkei nicht glauben wollte, so treten doch die Folgen dieser verderblichen Bestrebungen (Reformen wurden sie von ihren Erfindern, den Revolutionären, und von den Staatsmännern, die sich zu Werkzeugen hergaben, genannt) so klar zu Tage, daß hie und da Stimmen laut werden dürften, die an der seligmachenden Kraft dieses Unsinns zweifeln. Noch einige Zeit, und ganz Europa wird mit eben dem Dünkel gegen die Reform Phrasen machen, mit dem es bis jetzt für dieselbe sie machte. Nur ein Kabinett hat die türkischen Zustände nie mißverstanden, das russische. Keines hat seit dem Adrianopler Frieden für die Erhaltung des Türkischen Reichs so viel gethan, als das russische. Aber es konnte dem Strom nicht Einhalt thun, der aus Frankreich und England niederreißend einbrach, und dem wir auch zu Zeiten aus Ursachen der Salonsbefangenheit des Internuntius uns anschlossen. Man behauptete, das Türkische Reich erhalten zu wollen, und hat alles gethan, um es zu Grunde zu richten. Man hat es nach und nach der eigenen Lebenselemente beraubt und hat dabei in einem fort Rußland verdächtigt und angeklagt, während gerade Rußland es war, das nie den albernen Experimenten sich anschloß.

Was unseren Einfluß in den türkischen Nachbarländern betrifft, so erlaube ich mir auf die Gefahr hin, Unnötiges zu sagen oder unberufen zu reden, auf die Lyoner Propaganda aufmerksam zu machen, von deren Subventionen fast alle katholischen Institute in Bosnien, in der Herzegowina und in Albanien abhängen. Ich glaube nicht, daß es klug ist, diesen Hebel in französischen Händen zu lassen. Warum sollte nicht in Wien unter geistlicher Leitung sich eine Missionsgesellschaft gerade nach dem Muster der Lyoner bilden, die nach und nach die Beträge, welche aus den katholischen Teilen Deutschlands jetzt nach Lyon fließen, an sich leitete, sich also nicht gegen, sondern neben die Lyoner stellte. Die letzten Jahresausweise stellen eine Summe von nahe einer halben Million Franken als den Beitrag des katholischen Deutschlands nach Lyon heraus, Bayern nicht eingerechnet. Würde auf diesem frommen Wege, wenn sich der Wiener Erzbischof an die Spitze stellte, nicht aus Deutschland und Italien Bedeutendes zusammen zu bringen sein?

In den obenerwähnten türkischen Ländern läge aber ein weites Feld nützlicher Verwendung vor. Skodra z. B. hat an 1000 katholische Familien und — keine Kirche. Der Gottesdienst wird dort, jahraus jahrein, außerhalb der Stadt auf freiem Felde gehalten. Der Anblick von tausend zur Winterszeit im Schnee knieenden Männern, Weibern und Kindern, des Priesters, der mit erstarrten Händen die Hostie zum Himmel hebt und sie gegen das Gestöber oder den Regen zu schützen sucht, kann nur ein erschütternder sein und ist doch ein so häufiger — an Österreichs Schwelle. Welch' ein Band an Österreich würde eine erste Kirche dort sein! In den übrigen Städten und Orten steht es nicht besser; nirgends eine Schule, noch weniger ein Seminar, und doch so manche Ruinen einst bestandener Klöster, und namentlich in den Bistümern Pulati und Scopia Geistliche von größter Hingebung, wahre Märtyrer.

Indem ich dieses meiner Stellung fremde Terrain verlasse, habe ich über mein eigenes Euer Excellenz wohl gar nichts Neues zu sagen. Ich finde im ganzen gegen die Anmaßungen Preußens große Aufgeregtheit unter meinen Kollegen. Nur der Gesandte der sächsischen Häuser kann als der treue Jünger des preußischen Gesandten betrachtet werden. Die Abstimmung über den großherzoglich hessischen Antrag, die nach dem Bemühen des Herrn v. Bismarck eine Ohrfeige für Österreich werden sollte, wandelte sich in eine für ihn um. Ich hoffe auch, daß es mit seinem Treiben bezüglich der Geschäftsordnung nicht anders gehen wird. Eine große Unbequemlichkeit ist die gänzliche Unzuverlässigkeit der preußischen Äußerungen, die gewöhnlich am Tage der Abstimmung umspringen.

An seine Frau.

Frankfurt, 7. April 1853.

Ich komme aus der Bundestagssitzung, und während die übrigen Gesandten spazieren gehen, muß ich Unterschriften abmachen, Besuche empfangen und schreiben.

Daß mein Karl[1]) den Studien das Opfer brachte, nicht nach Hannover mitzufahren, dafür umarme ich ihn auf das Herzlichste. Selbstüberwindung ist die Schule der Charakterbildung, und der Charakter entscheidet über den Wert des Menschen. In seiner Gesamtheit ist auch der beste Mensch voll Schwächen und Fehler; ist er aber in seiner Gesamtheit das, was er sein soll, so wird ihm bei guten und gerechten Menschen die Nachsicht nicht fehlen.

Solltest Du Herrn v. Humboldt sehen, so gieb ihm das anliegende Schreiben des Sektionschefs v. Kalchberg im Handelsministerium zur Kenntnis; es betrifft einen von ihm mir Empfohlenen.

Ist Fürst Pückler noch in Berlin, so grüße ihn herzlich. Er wird mit mir über die Gecken lachen, die, nachdem sie die Türkei der eigenen Lebensentwicklung beraubt, sich nun wundern, daß sie morsch ist. Er wird auch darüber mit mir einig sein, daß an Erbärmlichkeit und Dummheit in der Politik nicht bald ein Jahrhundert das unsere übertreffen wird. — Ich wollte, ich könnte mit ihm wieder einmal eine Stunde nach Herzenslust reden. — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 10. April 1853.

— — — — — — — — — — — — — —

Daß die Angriffe Preußens auf die Stellung Österreichs am Bunde kein Ende nehmen werden, bis die Parität im Umfange der zu Dresden gestellten Verlangen erreicht, oder alle Hoffnung darauf verloren ist, darüber ist wohl kein Zweifel erlaubt. Die täglichen Plackereien können daher nicht überraschen. Sie könnten zwar weniger gemeiner Natur sein, doch das ist Geschmackssache.

Einen Teil der Anlässe liefern die Susceptibilitäten auf unserer Seite, die aus achtungswerten Empfindungen entspringen, aber von Gegnern, die dafür keinen Sinn haben, nicht begriffen

---

[1]) Prokeschs zweiter Sohn; 1864 als Oberlieutenant im Gefecht von Översee gefallen.

werden, und bei der überwiegenden Rücksicht für das gute Einvernehmen mit solchen, welche diese Rücksicht ausbeuten, auch nicht haltbar sind. Der größere Teil der Anlässe ist aber ausschließlich preußisches Verdienst.

Die Personen, gegen welche sich die preußischen Verlästerungen hauptsächlich richten, sind der General Schmerling[1]) und der Kanzleidirektor Baron Brenner. Der nunmehrige General Graf Waldersee scheint sich keiner anderen Aufgabe bewußt zu sein, als den österreichischen Militärbevollmächtigten zu bekriegen. Herr v. Bismarck und sein untergeordnetes Personal thun desgleichen gegen Herrn v. Brenner. Alle Preußen zusammen umstehen mit Fernrohren, Vergrößerungsgläsern, kleinen Dolchen und Zeitungsredakteuren das Präsidium.

Meine Beziehungen mit Herrn v. Bismarck sind gut. Ich habe viel gethan, um sie vertrauter zu machen, aber ohne besondere Erwiderung von seiner Seite. Sie genügen für das gewöhnliche Leben. Ich benütze jede Gelegenheit, um ihm persönlich gefällig zu sein. Dies hat bis jetzt doch noch den Erfolg, daß er seine Nergeleien mit positiven Befehlen entschuldigt.

Die Geschäftsordnungsrevision kann zu mancherlei Verdrießlichkeiten führen, aber sie ist dennoch der Weg, der unberechtigten, unklaren Ansprüche Meister zu werden. Auch nehmen wir dadurch das Dresdner „schätzbare Material" auf, gegen dessen Verwendung Preußen so sehr zu Felde zog.

Eine Bemerkung, die ich hier gemacht habe, ist die folgende: Gegen die Vorlagen durch Österreich und Preußen besteht bei den hiesigen Gesandten, also auch wohl bei den Regierungen, eine gewisse Scheu. Sie sehen in der gemeinschaftlichen Vorlage nicht das, was sie bedeuten soll, sondern keine Bürgschaft der Übereinstimmung. Mehrere gemeinschaftliche Vorlagen, z. B. über Aufstellung eines Bundeskorps bei Frankfurt, über die Presse, über eine Centralpolizei u. s. w. hat Preußen hinterher wieder vereitelt. Daß es niemals das Bundesinteresse, sondern jedesmal nur eine partikularistische Absicht sei, was Preußen bestimme, und daß überhaupt auf dessen willfährige Äußerungen niemals zu bauen sei, ist die allgemeine Überzeugung.

[1]) Vergl. S. 299.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 22. April 1853.

Freiherr v. Münch[1]) hat mir ein Schreiben des großherzoglich-hessischen Gesandten in Berlin, Grafen Görtz, an Herrn v. Dalwigk gelesen, das sich über die Kälte ausläßt, womit unsere Vorstellungen gegen den Mißbrauch des Asylrechts in England, in Berlin sowohl als in Petersburg aufgenommen worden seien, und daran Erzählungen knüpfte über die Bemühungen Preußens, sich mit England auf dem besten Fuße zu halten. — — — — — — — — — — — —

Der Protest der Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz[2]) hat bereits einen hochmütigen Erlaß der württembergischen Regierung an den Bischof von Rottenburg vom 19. d. hervorgerufen, worin mit Gewalt gedroht wird. Damit wird man nicht weit kommen, wenn man es auch so weit treiben sollte, wie Preußen gegen den Erzbischof von Köln. Für die Revolution, wenn sie nicht ungeschickterweise als Straßenemeute auftritt, haben die protestantischen Regierungen in Deutschland die größte Nachsicht, aber gegen die Katholische Kirche sind alle Mittel gerecht. Es ist, als wenn diese der wahre Feind und Verderber, die Revolution im konstitutionellen Kleide nur eine aus Anstand manchmal verleugnete, geliebte Freundin wäre!

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 1. Mai 1853.

Gestern erhielt ich die hohen Weisungen in Bezug auf den Ausbau von Ulm und Rastatt. Bis zur Stunde hat Herr v. Bismarck nichts, was auf ein Aufgeben des Widerstandes in Berlin deutet. Alle Phrasen des Generals v. Gerlach sind eben nichts als Phrasen und mir aus alter Erfahrung bekannt. Ich werde mit Vorsicht und

---

[1]) Großherzoglich hessischer Bundestagsgesandter.

[2]) Protest gegen die Eingriffe der württembergischen, badischen, großherzoglich-hessischen und nassauischen Regierungen.

Ruhe, aber mit Bestimmtheit in dieser Sache vorgehen und behalte mir umständlichen Bericht bis dahin vor, wo ich die Abstimmung voraussichtlich überblicken kann. — — — — — — — — — —

Die öffentliche Stimmung ist im ganzen für Österreich gut. Die Maßregel gegen die Flüchtlinge in England, obwohl man von ihr wenig erwartet, gilt doch als eine Rücksicht für Österreich, der sich selbst Lord Palmerston nicht länger versagen konnte. Die bevorstehende Reise des Königs von Preußen[1]) macht guten Eindruck. Von Frankreich besorgt man nichts, und auch über den Orient ist man ruhig. Die Bankfragen und die kirchlichen beschäftigen dermalen am meisten.

Mit allen meinen Kollegen stehe ich in gutem Verhältnisse, persönlich auch mit Herrn v. Bismarck.

An den Grafen Hartig,

österreichischen Gesandten in Kopenhagen.

Frankfurt, 23. Mai 1853.

Danke für die Zeilen vom 19. Daß die königlich dänische Regierung in der Ausbaufrage von Ulm und Rastadt Stimmeneinhelligkeit verlangt, das war es eben, was mich zu meinem früheren Schreiben bewog. Der Beweis, daß eine Maßregel der Ausführung Mehrheitsbeschlüssen anheim fallen muß, soll nicht jede einhellig beschlossene organische Einrichtung durch den Widerspruch des Einzelnen wieder aufgehoben werden, ist nicht schwer zu führen, und ebensowenig unterliegt es einem Zweifel, daß eine Ausführungsmaßregel dadurch, daß sie in einem Einhelligkeitsbeschlusse mit aufgenommen ist, ihren Charakter nicht verliert; aber bei der ungünstigen Stimmung in Kopenhagen, die ich aus Ihrem Schreiben entnehme, sind Beweise eben von keinem Gewicht. Ich wahre mich also nur gegen die gleichzeitig dort vorangestellte Behauptung, als gehe man in dieser Frage mit Österreich, was der

[1]) nach Wien.

Wahrheit zuwider ist. Österreich will, in einem allgemein deutschen Interesse, den Ausbau dieser Festungen nach dem 1842 aufgestellten Plan, will also auch das Mittel hiezu; Dänemark sagt, es wolle dasselbe, will aber das Mittel hiezu nicht. Seine Stimme fällt daher nicht uns, sondern unseren Gegnern zu. Ich bin gezwungen, diese Thatsache zu konstatieren.

Wenn eine revolutionäre Epoche, die alle Verhältnisse verrückte und auch diejenigen zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde nicht unberührt ließ, noch Mißstimmung in Kopenhagen zurückließ, so sollte diese nicht gegen die Bestrebungen der Macht gerichtet sein, welche sich von dem damaligen Schwindel gegen Dänemark frei erhielt, und deren Bemühungen für den Bund eben auf nachhaltige Konsolidierung desselben gehen. Die Interessen Dänemarks liegen offenbar in dieser Richtung.

Die Stellung des zur Bundes-Militärkommission delegierten königlich dänischen Obristlieutenants v. Bülow macht einige Schwierigkeiten, die ich auszugleichen bestrebt bin. In der Militärkommission werden die Armeekorps als Einheiten vertreten. Wie bei denjenigen Armeekorps, welche aus den Kontingenten verschiedener Staaten zusammengesetzt sind, der Turnus der Vertretung geregelt sei, ist diesen Staaten selbst überlassen. Besteht ein solches Armeekorps aus drei Divisionen, so kann nur einer der Divisionsabgeordneten das Armeekorps vertreten, die beiden andern sind ohne Sitz und Stimme, bis die Reihe wieder an sie kommt. Dasselbe Verhältnis tritt für die Brigaden gegenüber der Division ein, wenn nämlich diese aus Brigaden verschiedener Staaten besteht. Die nicht stimmführenden Abgeordneten können sich aber in Geschäftskenntnis rücksichtlich der Vorgänge in der Militärkommission durch den Vertreter des Armeekorps oder durch ihre Bundestagsgesandten erhalten. Direkter Verkehr würde die Geschäftsführung erschweren und dem ursprünglichen Princip der Vertretung der Armeekorps als Einheiten widersprechen. Dennoch entstand Streit darüber; aber, wie gesagt, er wird sich beilegen.

Ich kann im großen und ganzen nur wiederholen, daß mir das Zusammenwachsen mit dem Bunde, nicht das Gegenteil für Dänemark das Richtige scheint. Aus diesem Satze folgt das Weitere für jeden speciellen Fall.

An den Grafen Thun,

österreichischen Gesandten in Berlin.

Frankfurt, 24. Mai 1853.

Ob Preußen je zur Einsicht kommen wird, daß die kleinliche Eifersucht, Haarspalterei, Beargwöhnung u. s. w. unwürdig und erfolglos ist, weiß ich nicht. Auch ist dies mir ziemlich gleichgiltig. Wer eine Elefantenhaut hat, spürt die Nadelstiche nicht. Die Negation als System ist freilich nicht ohne Gefahr, weil die Herabwürdigung des Bundes ihn der Revolution unter das Messer liefert. Dies System, mir einst von Herrn v. Manteuffel in trockenen Worten angekündigt, scheint allerdings ein genommenes, denn in allen Fragen von einiger Bedeutung ist die Negation da. Sie hat aber auch wieder eine gute Seite. Sie durchdringt nämlich alle deutschen Regierungen mit der Überzeugung, daß Preußen das alles hindernde Princip in Deutschland ist. Stellte sich Preußen an die Spitze des zweckmäßigen Fortschritts im Bunde, so würde es uns bald in die Gegenrolle gedrängt haben, wie vor 1848, und die Hinauswerfung Österreichs aus Deutschland, die jetzt nur noch das Ziel einer Partei ist, würde wieder allgemeiner Wunsch. Durch Untergrabung des Bundestages zur Auflösung des Bundes zu gelangen, ist offenbar der längere Weg, der gleichzeitig an große und wahrscheinlich unübersteigliche Hindernisse führt.

Ob über den Ausbau von Ulm und Rastadt während der Anwesenheit des Königs in Wien etwas vereinbart worden ist, davon habe ich noch kein Anzeichen. Mein vermittelnder Antrag in der Sitzung vom 12. hatte zum Zweck, diese Chance offen zu halten. Es war aber nicht bloß anständig, dies in dem Augenblick, wo der König nach Wien ging, zu thun, sondern auch notwendig, weil der Mehrheitsbeschluß den Geldpunkt nicht gelöst und zu neuen Schritten genötigt hätte. Ist in Wien nichts erwirkt worden, so stehen wir immer noch auf dem alten Fleck, sind aber durch die bewiesene Rücksicht nicht schwächer geworden.

In keiner der schwebenden Fragen ist auf ein Einverständnis mit Preußen zu zählen. Die Kettenburgische Angelegenheit, die Festungsabteilung, die Frankfurter Kommandoverhältnisse, die Liqui-

dation und Ordnung des Bundeshaushalts, die Presse, die Vereine u. s. w., überall Gegensatz und Hemmung. Diese Politik muß sich erschöpfen. Wer länger lebt, behält recht.

Meine persönlichen Berührungen mit Herrn v. Bismarck sind gut. Der Krieg, den er den Präsidialbefugnissen zu machen verpflichtet scheint, stört darin nichts. Er entschuldigt sich jedesmal mit positiven Weisungen aus Berlin. Dasselbe thut auch der in seinen Formen weit anmaßendere Graf Waldersee, der mit gleicher Konsequenz den General Schmerling bekriegt.

Ich bin begierig zu erfahren, ob die Zusammenkunft in Wien irgend eine gute Folge für hier äußert, oder ob sich dort alles auf Feste, Paraden und Phrasen beschränkt. Ich erwarte, daß Sie mir darüber ein Wort zu sagen geruhen werden.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 10. Juni 1853.

Freiherr v. Canitz, der königlich preußische Minister-Resident am Darmstädtischen Hofe, zeigte mir an, den Befehl erhalten zu haben, Grafen Arnim für die Zeit eines Urlaubs in Wien zu ersetzen. Seine Regierung schriebe ihm, so sagte er mir, der Stand der Orientalischen Frage erlaube keine Unterbrechung der näheren Verbindung mit Wien, und man müsse in Berlin genaue Kenntnis von allem, was in dieser Beziehung zu Wien vorgehe oder gedacht werde, wünschen. Er geht heute abends nach Berlin und wird längstens bis zum 16. in Wien eintreffen.

Die propos, die er sich gegen Herrn v. Dalwigck erlaubte, und welche die großherzogliche Regierung bewogen, seine Abberufung zu verlangen, werden Euer Excellenz bekannt sein[1]). Die Ver-

[1]) Das provokatorische Benehmen des Freiherrn v. Canitz hatte den Zweck, den Sturz des Ministers von Dalwigk herbeizuführen, auf welchen insbesondere Herr v. Bismarck hinarbeitete. Vergl. Poschinger, „Preußen im Bundestag".

wendung in Wien ist für Herrn v. Canitz eine ehrenvolle Entfernung. Ich habe mich seiner Formen nicht zu beklagen, kenne ihn übrigens wenig. Von Bundesgeschäften sprach er mir nur im Sinne des Herrn v. Bismarck, im ganzen im versönlichen Tone, obwohl unzulässige Forderungen festhaltend. Ich habe ihm gleichfalls auf das Freundlichste über die Notwendigkeit des Zusammengehens der beiden Mächte, über die Wege dazu und über die Resultatlosigkeit des Krieges auf dem Bundesfelde für das preußische Interesse gesprochen.

Die Orientalische Frage bewegt wie natürlich seit geraumer Zeit hier alle Welt. Ich habe in meinen Äußerungen gar keine Beunruhigung an den Tag gelegt und an der Ansicht festgehalten, daß, wenn nicht unberechenbare Zwischenfälle eintreten, der Streit auf diplomatischem Wege beigelegt werden werde.

Der Besorgnis solcher Zwischenfälle kann ich mich freilich nicht ganz erwehren, und insoferne beruhigt die Phrase am wenigsten mich selbst. Lord Redcliffe scheint mir ganz der Mann, um die fest angebahnte Lösung scheitern zu machen, und ob die Konzessionen an die öffentliche Meinung in London und Paris nicht so weit gehen, um Rußland zum Bruch zu nötigen, ist auch nicht sicher. Träte der Fall des Bruches ein, sei es, weil Rußland den Augenblick für geeignet hielte, die schwebende Frage ein für allemal abzuthun, sei es, weil die Überstürzungen der Seemächte es dazu zwängen, so werden Euer Excellenz ohne Zweifel eine große und entscheidende Entschließung bei Sr. Majestät zu beantragen haben. Es wird sich zunächst um die Frage, auf welcher Seite unsere Vorteile liegen? und dann um die andere, wie wir dieselben sicherstellen? handeln.

Die Revolution möchte alle Mächte Europas gegen Rußland ins Feld führen, weil sie hinter dem Siege die Hände frei hätte. Selbst die „Kölner-Zeitung" setzt ihr delenda Austria heute aus.

Soeben langt die telegraphische Nachricht von heute früh aus Paris hier an, daß die französische und die englische Flotte am 4. den Befehl erhalten, sich den Dardanellen zu nähern. Das mag eben eine Konzession an die öffentliche Meinung sein, beweist noch nichts, aber doch die entente und die Neigung auf der geneigten Fläche herunter zu rollen.

So lebhaft die Orientalische Frage mich beschäftigt, so fühle ich doch, daß mir der Überblick des eigentlichen Standes und somit der Stoff zu einem richtigen Urteile fehlt. Instinktmäßig halte ich die Frage für eine solche, die über unsere ganze Zukunft entscheiden kann.

Ich erwarte nun, was mir Herr v. Bismarck aus Berlin bringt. Dringt eine höhere Auffassung durch, so kann der Bundestag zu Ehren kommen; dreht sich aber auch künftighin wie seither alles um Eitelkeits- und Personenfragen, um unerquickliche Rechthabereien, Hader über die Präsidialbefugnisse, überhaupt über die Misèren, welche bis jetzt das einzige Augenmerk der preußischen Bundespolitik scheinen, so ist freilich der Institution kein Leben einzuhauchen. Man muß dann wenigstens zu leben suchen, bis andre Zeiten kommen.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 17. Juni 1853.

Der hiesige französische Gesandte hat mir vorgestern eine Cirkularnote des Herrn Drouyn de Lhuys vom 13., die orientalische Verwicklung betreffend, gelesen. Sie giebt Auskunft über eine Unterredung des Ministers mit Herrn v. Kisseleff und trägt eine ruhige Farbe. Dieselbe Note las mir an demselben Tage Herr v. Dalwigk in Darmstadt, dem sie von dem dortigen französischen Gesandten, Grafen Damremont, zu Gebot gestellt worden war.

Der Lärm der englischen Blätter und ihrer Verbündeten in Deutschland beweist, daß sie wirklich fürchten, es gehe mit der Türkei zu Ende. Die Erkenntnis, bis zu einem gewissen Umfange richtig, kommt etwas spät. Sie wäre an der Zeit gewesen, bevor die Seemächte durch Fehler und Unsinn aller Art das Land zu Grunde richteten. Heute scheint mir der ganze Streit, in seiner höheren Auffassung, durch die Frage beherrscht: ob die Europäische Türkei dem konservativen oder dem revolutionären Princip anheim fallen soll? — Siegt die englisch-französische Politik, so geschieht

das letztere; der Krieg wird vorderhand vermieden, aber Constantinopel ein anderes Krakau.

Wie viel Mühe die Revolution sich giebt, den Verband der konservativen Staaten unter sich zu schwächen, ist augenscheinlich; anderseits stärkt sich der Verband zwischen den Seemächten und den liberalen und revolutionären Parteien aller Länder. Eben deshalb halte ich den Augenblick für einen solchen, der auf die Zukunft entscheidend einwirken muß.

Über meinen kleinen Kreis ist wenig zu sagen. Herr v. Bismarck ist noch nicht zurück. Günstige Symptome aus Berlin sehe ich noch keine. Man müßte dort einen neuen Menschen anziehen, sollte man die kleinliche Auffassung der Bundesverhältnisse aufgeben, und das ist wenigstens schwer. Übrigens ist diese Politik, wenn auch unangenehm, wenig gefährlich.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 23. Juni 1853.

Ich habe diesen Morgen Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen aufgewartet, der zur Inspektion der preußischen Garnison hierher gekommen war (gestern abend), da aber das Wetter dieselbe hinderte, vormittags 10 Uhr seine Reise nach Paderborn fortsetzte. Er empfing mich freundlich, sprach über die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs in Wien und die Ihrer kaiserl. Hoheit der Frau Erzherzogin Sophie in Berlin, über die Orientalische Frage im ausgleichenden Sinne, über Velleitäten Frankreichs, über seine Reise nach England u. s. w., kein Wort über den Bund.

Euer Excellenz bin ich sehr dankbar für die Mitteilungen über die russisch-türkische Differenz. Nach meiner Überzeugung ist die eigentliche Brandfackel Lord Redcliffe. Ob der Krieg noch vermieden werden kann, weiß ich nicht; ob viel mit der Vertagung gewonnen ist, weiß ich auch nicht. Kann er nicht vermieden werden, so würde ich mich mit Rußland sehr klar über meine Bedingungen aussprechen und dann festbinden auf jede Gefahr hin.

Meine Sprache hier ist, wie natürlich, eine ganz beruhigte. Ich werde sie auch fortführen, sobald ich den Marsch über den Pruth höre.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 6. Juli 1853.

Herr v. Bismarck hat gestern dem Großherzog von Hessen seine Aufwartung gemacht, um die Beschwerden gegen Herrn v. Dalwigk zu besprechen und zu verlangen, daß dieser Minister sich entschuldige. Der Großherzog hat die Zumutung in freundlichen Ausdrücken abgelehnt und geäußert, er hoffe Se. Majestät den König im Laufe des Sommers zu sehen, und dann die Sache auszugleichen.

Darmstadt ist für mich ein wichtiger Punkt auch deshalb, weil er der einzige der Oberrheinischen Kirchenprovinz ist, auf den ich einigermaßen zählen kann, und der auch eine kluge und versöhnliche Nüance in der Haltung gegenüber den Bischöfen beobachtet. — — — —

Der preußische Kriegsminister General v. Bonin, den ich heute bei mir zu Tische hatte, sprach mir mit so vieler Entschiedenheit gegen die verschanzten Lager von Ulm und Rastadt, daß ich auf eine Änderung der Ansichten in Berlin kaum zu hoffen wage. — — — — Ich suchte, so viel ich konnte, auf ihn zu wirken in dieser und in andern Fragen; er hat eine gute Stellung beim König, aber mit Herrn v. Manteuffel stand er zu meiner Zeit schlecht.

Aus seinen Äußerungen und aus denen des sächsischen Gesandten[1]) Grafen Hohenthal, der gleichfalls heute hier durchkam, zu schließen, hat man in der Orientalischen Frage noch gar keine feste Politik zu Berlin. Man will es weder mit Rußland noch mit England verderben, und spricht beiden, so weit es angeht,

---

[1]) in Paris.

nach dem Munde. Graf Hohenthal sagte mir: man sei, allen Scheines ungeachtet, in nichts geheilt in Berlin, kleiner Rancunen voll und ohne höhere Auffassung. Selbst General v. Bonin ließ das letztere durchblicken und schob es auf „Persönlichkeiten“.

Herr v. Bismarck ist mir freundlicher als früher. Ich bin begierig, ob es anhält.

In der morgigen Sitzung werde ich nur ein paar wenig bedeutende Abstimmungen vornehmen. Aller Stoff ist aufgeräumt bis auf denjenigen, den Preußen hindert.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 12. Juli 1853.

Gestern war ich in Darmstadt, um meine Frau vorzustellen. Der Großherzog nahm mich in sein Kabinett und sprach mir noch unter dem Eindruck der Entrüstung über die Unhöflichkeit, mit welcher Herr v. Manteuffel den Grafen Görtz [1]) verabschiedete. Die unnötige und etwas gemeine Scene, die der Ministerpräsident dem in seinen Formen durchaus würdevollen und streng höflichen Grafen Görtz machte, ist freilich etwas abnorm, und nicht minder scheint dies die Haltung gewesen zu sein, die Herr v. Canitz seit seinem Anlangen in Darmstadt nahm; wenigstens erzählte mir der Großherzog mehrere Anekdoten, die für eine fast kindische Umthuerei und Neugierde zeugen. Der Großherzog scheint entschlossen, zuzuwarten, „bis man sich in Berlin eines Besseren besinne“. Er habe alles gethan, was seine Abneigung gegen dergleichen querelles darthue, sagte er; habe mit Herrn v. Bismarck eine Erklärung vereinbart, die selbst diesem an die Grenze des Möglichen zu gehen schien; habe Grafen Görtz nicht seine Pässe fordern, sondern ihn nur auf Urlaub gehen lassen; aber es sei klar, was Herr v. Manteuffel beabsichtige, und auch Herr von der Pfordten werde bald ähnliche Erfahrungen wie Herr v. Dalwigk machen.

---

[1]) Vergl. S. 313.

Ob der Großherzog aushält, weiß ich nicht. Er hat manche Gothaer zur Seite.

Ich benützte meine Anwesenheit, um Herrn v. Dalwigk über die Bischöfe zu reden, und war mit seinen Äußerungen zufrieden. Darmstadt, im Vergleich zu Württemberg, Baden und selbst zu Nassau, ist ein geregeltes, keine Besorgnis erweckendes Land.

P. S. Herr v. Bismarck sprach in dieser Sache mit wenig Rücksicht von Herrn v. Manteuffel, und zeigte sich selbst durch dessen Benehmen überrascht. Soll ich ihm glauben, so ist die Spaltung im preußischen Ministerium kaum beizulegen, indem Herr v. Westphalen und Herr v. Manteuffel in Bezug der inneren Fragen ganz auseinandergehen. Westphalen ist ein wirklicher Konservativer, ein Mann klarer Ideen, der nicht hinter der öffentlichen Meinung herläuft; auch habe ich nie gefunden, daß er kleine und unwürdige Mittel liebe.

Aus Anlaß des Geschäftsetats ist eben wieder ein kleiner Feldzug gegen das Präsidium im Zuge. Herr v. Bismarck will nämlich, daß das Präsidium durch Bundesbeschluß genötigt werde, mehrere namentlich bezeichnete Beamte zu entlassen. Ich stelle dagegen, daß der Vorschlag zur Anstellung wie zur Entlassung nur vom Präsidium ausgehen könne, spreche also der Bundesversammlung das Recht ab, weiter als bis zum Ausspruch des Wunsches zu gehen, sich dem Normaletat nach und nach und nach Ermessen des Präsidiums zu nähern. Seit der Bund besteht, war dies der Usus.

Den Umschlag der „Times" in der Orientalischen Frage habe ich erwartet. Nach dem Bramarbasieren kömmt der Rückzug. Die Weltstellung scheint mir so, daß nur eine große Mäßigung Rußland bewegen kann, den Augenblick nicht zu ergreifen. In Berlin ist gar kein Entschluß gefaßt; außer Neid gegen Österreich ist dort nichts thätig.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 18. Juli 1853.

Ein Schreiben des Grafen Thun vom 15. giebt mir wenig Hoffnung bezüglich der Aufnahme der Note vom 21. Juni[1]). Er klagt über die Schwierigkeit, mit Herrn v. Manteuffel auch nur zu sprechen, über dessen stets vorangestellte Unbekanntschaft mit dem Wesen der Sache, über den Leichtsinn des Generals v. Gerlach u. s. w. Ich kenne das und begreife vollkommen, wenn er mir schreibt, er sei noch nicht um einen Schritt weiter gekommen. Jetzt ist er an den Referenten Grafen Schlieffen gewiesen. Ich habe mich zur Zeit viel um diesen bemüht und ihn als einen der ärgsten Bureaukraten kennen gelernt.

Für mich drängt diese Sache ungemein. Sie giebt den Vorwand ab zur völligen Lähmung des Bundes. Preußen sagt zu allem nein, zahlt nicht und macht, daß andre nicht zahlen, ist die alleinige Ursache aller Zögerungen und wieder der unverfrorene Kläger darüber. Die Persönlichkeit des Herrn v. Bismarck ist gerade keine solche, die man sich aussuchen würde, aber seine Haltung ist bis ins kleinste Detail von Berlin aus geregelt und wird ihm durch Schreiben eben des Herrn v. Manteuffel vorgezeichnet, der dem Grafen Thun, wie einst mir gegenüber, jederzeit den Unwissenden spielt.

Daß die Lahmlegung des Bundestags ein klar gestecktes Ziel der preußischen Politik ist, zweifle ich keinen Augenblick. Dies setzt Eventualitäten voraus, denn ohne Stoß fällt der Bundestag nicht, wenn er auch noch so gelähmt ist. Eine solche in Aussicht gehaltene Eventualität kann nicht wohl die Revolution sein, die in der Form von 1848 wenig Chancen mehr hat; es ist vielmehr der Krieg, der das Heil bringen soll, und damit hängt auch die Opposition gegen den Ausbau der Festungen und überhaupt gegen die Verteidigungsfähigkeit von Süddeutschland zusammen. Ein Krieg mit Frankreich wird uns im günstigsten Fall große Anmaßungen Preußens, und im nicht günstigen Fall große Skandale von dieser

[1]) Note des Grafen Buol bezüglich der Festungsfrage.

Seite auf den Hals ziehen. Die Phrasen werden in beiden Fällen (ein Ministerium Manteuffel vorausgesetzt) platt zur Erde fallen.

Wenn in Berlin gar nichts zu erreichen ist, so bleibt am Ende nichts übrig, als mein bereits gemachter Vorschlag, oder die Abstimmung über den Mehrbedarf von $3^1/_2$ Millionen Gulden, und gleichzeitig ein Antrag auf Reintegrierung der Festungsfonds im Betrage von $1^1/_2$ Millionen. Gegen diesen zweiten Weg, der den Totalbedarf zum Ausbau sichern soll, wird die Opposition von Preußen und seinen zwei bis drei Stimmen da sein; es muß also der bare Ausfall in Betracht genommen und gedeckt werden. Ich glaube, dieser Weg würde uns mehr kosten. Zieht man ihn aber vor und halten die 13 Stimmen fest, so ist er durchführbar, obwohl nicht ohne die skandalösesten Auftritte im Bunde, denn bis zu welcher Insolenz Preußen gehen kann, hat Graf Thun in der Flottenfrage erfahren.

Ich habe sehr gewünscht, die Festungs- und Reintegrierungsfrage vor den Ferien zum Schlusse zu bringen. Dafür ist nun keine Hoffnung mehr. Ich kann höchstens einen Scheinschritt thun, indem ich den Ausschußantrag bis zur Instruktionseinholung bringe. Vereinswesen, Presse, Auslieferung gemeiner Verbrecher u. s. w. — lauter Gegenstände völlig reif und nur durch Preußens Einsprache gehindert, denke ich doch noch in die Bundesversammlung zu bringen, und etwa am 4. August die letzte Sitzung zu halten. Alles drängt auf Ferien!

Herr v. Tallenay[1]) hat mir eine Cirkularnote vom 15. d., die nichts ändern wird, und Mr. Mallet[2]) eine Berichtigung einer russischen Äußerung durch Lord Redcliffe vom 20. Juni, mit einer Beilage Reschid Paschas vom 21. mitgeteilt, die eine Wortklauberei ist. Ich werde Euer Excellenz sehr verbindlich sein für ein paar Schlagworte in der orientalischen Sache.

Herr v. Bismarck geht diese Woche nach Westphalen, um dort dem König zu begegnen, der später nach Putbus geht. Mein persönliches Verhältnis zu Herrn v. Bismarck ist gut, aber die täglich ihm von mir erwiesenen Rücksichten ändern in seiner schroffen

---

[1]) Französischer Gesandter beim Bundestag.

[2]) Englischer Gesandter beim Bundestag.

Geschäftshaltung nichts. Er beruft sich stets auf Berlin und wagt auch wirklich keinen Schritt ohne Anfrage.

In der vorigen Woche marschierte die hier in Bundesgarnison stehende preußische Batterie nach Köln ab, ohne sich auch nur bei General v. Schmerling zu melden und ohne Anfrage beim Bunde. Ich mußte die Sache rügen und brachte sie im Ausschusse zur Sprache. Herr v. Bismarck selbst erkannte die Notwendigkeit eines rügenden Schreibens des Ausschusses an ihn. Ich entwarf es, sandte ihm den Entwurf und strich ein paar Worte nach seinen Wünschen weg, so daß der Tadel in die mildeste Form gekleidet wurde. Dies nur als Beispiel meiner (täglichen und vergeblichen) Rücksichten!

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 25. Juli 1853.

Ich habe eine sichere Gelegenheit bis an die böhmische Grenze, die ich doch nicht ganz unbenützt will vorübergehen lassen.

In der hiesigen Lage hat sich nichts geändert. Ich erwarte Herrn v. Bismarck aus Westphalen zurück, ohne Hoffnung jedoch, durch ihn etwas Günstiges zu erfahren. Die Haltung Preußens, dem Bunde gegenüber, ist seit dem Wiederzusammentritt des Bundestages unverändert eine und dieselbe; sie ist ein Stück des — — — — — — von den Gothaern beliebten Systems, dem Herr v. Manteuffel aus Überzeugung, oder um sich zu erhalten, sich anschloß, und das auch oben instinktmäßig als das richtige betrachtet wird. Es ist im Grunde ein traditionelles, das gegen Kaiser und Reich seine guten Früchte trug, und gegen den Bund deren wenigstens verspricht. Es müßte eine große Nötigung von außen kommen, um es zu brechen, oder es müßte sich abermals durch seine Extreme stürzen, was bei der Natur des Herrn v. Manteuffel nicht zu erwarten steht. Man muß also zuwarten, ob vielleicht die Zeit nicht die Vergeblichkeit desselben in Berlin erkennen macht.

Ich würde mich nicht wundern, wenn man in Berlin von dem Augenblick an, wo man uns in die Reintegrierungsfrage ernstlich eingehen sieht, wo sie also aufhört, als Verlästerungsmittel zu dienen, im Eifer für dieselbe nachließe. Wirklich, wäre diese Frage gelöst, so gewänne der Bund sehr an Konsideration, das aber ist kein preußischer Wunsch. Wäre die zusammenstimmende Sprache der Herren v. Bismarck und Canitz ernstlich gemeint gewesen, so hätte man Euer Excellenz Anwürfe vom 21. und 23. Juni mit beiden Händen ergreifen und ins Klare ziehen müssen. Das lange Schweigen ist kein gutes Zeichen.

Ist aber in der Zwischenzeit vielleicht eine Antwort aus Berlin eingetroffen, welche Euer Excellenz erlaubte, von der Bezifferung, die ich am 22. d. einzusenden die Ehre hatte, Gebrauch zu machen, so wird sich bald zeigen, ob Preußen ehrlich in die Sache eingeht. Dazu genügt die bloße Zustimmung, uns gegenüber, nicht; denn da die Differenz zwischen dem, was Österreich leisten will, und dem, was es nach der preußischen Denkschrift zu leisten hätte, über eine Million beträgt, so würde Preußen keine Mühe haben, die Mittel- und Kleinstaaten zum Widerspruch aufzuregen, und sich (wie in Dresden) hinter denselben zu verstecken. In diesem Fall würden durch unsere Opfer, die, einmal ausgesprochen, schwer zurückzunehmen sind, nicht einmal die Festungsfonds reintegriert.

Angenommen aber ein ehrliches Zusammenwirken und die Durchführung des preußischen Reintegrierungsplanes, nach den österreichischen Anträgen modifiziert, so erreichen wir allerdings:

1. Die Reintegrierung des Festungsfonds, mit Ausnahme der 124/m fl. für die Reichstruppen;
2. die Rückzahlung der Vorschüsse und Vorschußumlagen, sowie der Gegenrechnungen der Regierungen.

Damit ist die Wirksamkeit des Planes zu Ende. Die Ausbaufrage, als eine ganz abgetrennte, bleibt dann noch zu lösen, und setzt uns Preußen darin, wie seither, sein Nein entgegen, so bleiben für Österreich, allen Principienhader abgerechnet, Geldopfer zu leisten übrig, die sich sicher auf 1,700/m fl. belaufen werden. Diese Summe ist keine aus der Luft gegriffene; sie entsteht aus der Matrikularquote Österreichs an der Umlage von

$3^1/_2$ Millionen (fl. 1,107.554·41), aus dem Anteil, den Österreich an der Deckung des durch Preußen u. s. w. veranlaßten Ausfalls (fl. 1,141.953·49) nehmen müßte (fl. 531.118·36), und aus dem Präcipuum, welches aller Wahrscheinlichkeit nach für die süddeutschen Staaten entstünde, und von dem wieder ein Teil Österreich zur Last fiele (fl. 143.241·24).

Wenn über die Ausbaufrage gleichzeitig Gewißheit erlangt wäre, dann freilich würde sich der österreichische Antrag vom 10. Juli sehr empfehlen. Mein Vorschlag vom 23. Juni und 5. Juli gilt nur für den Fall, daß diese Gewißheit fehlt. Dann führt er alle Staaten in unser Lager und nimmt Preußen die Gelegenheit, seinen Widerspruch gegen den Ausbau geltend zu machen, indem kein Schritt deshalb am Bunde nötig wird. Die Marinefonds würden ganz einfach auf den Ausbau übertragen. Diejenigen Regierungen also, die für die Marine voll eingezahlt haben, würden keine neue Leistung für den Ausbau zu machen haben. Auch der Ausstand der 124/m fl. würde getilgt und überdies ein so nötiger Reservefond für die Festungen übrig bleiben.

An Herrn v. Biegeleben,

Ministerialrat im Ministerium des Auswärtigen in Wien.

Frankfurt, 12. August 1853.

Man hält in Wien an der Trennung der Liquidation der Festungsfonds von der Ausbaufrage fest. Ich bescheide mich darüber, obwohl ich der Ansicht bin, daß sie nur gemeinschaftlich zu lösen sind, oder mit andern Worten, daß durch vereinzelte Lösung der ersten für die Lösung der zweiten nicht die geringste Garantie gewonnen ist.

Ich konnte, ohne Revolte gegen den Bund, nicht hindern, daß der Flottenliquidations-Ausschuß seine Anträge gestern einbrachte. Auch diese fassen nichts anderes ins Auge, als was man zunächst in Wien ins Auge gefaßt haben will, die Reintegrierung der

Festungsfonds. Sie vernachlässigen den Betrieb der 534/m fl., schieben die Einbringung der 124/m fl. aufs unbestimmte hinaus, und beschäftigen sich nur mit dem eigentlichen Marinedefizit.

Da, nach Herrn v. Schrenk,[1] auf Österreich eine Quote von	fl. 1,030.116·51
entfiele, von diesen aber der Vorschuß von...	„ 335.198·27
abzuziehen käme, so hätten wir bar zu entrichten	fl. 694.918·24.
Vorausgesetzt nun auch (eine gewiß irrige Voraussetzung), wir könnten nach abgethaner Reintegrationsfrage sogleich an die Ausbaufrage gehen, und Preußen ließe allen Widerspruch fallen, so würde uns die Quote an 3½ Millionen kosten	fl. 1,107.554·41
In diesem Fall kosten uns also beide Fragen:	fl. 1,802.473·03.

Da aber, nach meiner Erfahrung, mit der Lösung der Reintegrationsfrage (insofern sie abgetrennt behandelt wird) der Widerspruch Preußens gegen den Ausbau nicht fallen wird, so werden wir, um den Ausbau ohne und trotz Preußen durchzuführen, noch bedeutend über eine halbe Millon mehr zu bezahlen haben. Das Vergnügen, den Hader im Bunde bis hart an die äußersten Konsequenzen zu führen und darin zu erhalten, werden wir also um ein paarmal hunderttausend Gulden teuerer zahlen, als den Frieden und die gleichzeitige Lösung beider Fragen. Wir werden überdies in der öffentlichen Meinung, statt einer generösen, eine traurige Rolle spielen.

Als nächste Folge des Vortritts, den wir Preußen überlassen, macht sich schon die bis jetzt unerhörte Erscheinung sichtbar, daß ich vereinzelt sämtlichen unter Herrn v. Bismarcks Führung vereinigten Bundesgesandten entgegen stehe. Diese Lage ist Herrn v. Bismarck selbst so neu, daß sie ihn schwindeln macht. Glücklicherweise kommen mir die Ferien zu Hilfe.

Ich rede nur von meinem Standpunkt aus. Freilich weiß ich nicht, was einstweilen zwischen Wien und Berlin vorgegangen, habe aber, wie ich Herrn v. Manteuffel kenne, keine Hoffnung. Was aber auch immer von Wien aus vereinbart werde, das

[1]) Bayrischer Bundestagsgesandter.

Wichtigste für uns bleibt die gleichzeitige Zusage und ziffermäßige Verpflichtung Preußens für den Ausbau.

Dies, mein verehrter Freund, meine unmaßgebliche Meinung. Halten Sie dieselbe meiner nicht angenehmen Lage und meiner Besorgnis für die Zukunft zu gute. Wie ich im November, wenn bis dahin keine Vereinbarung zu stande gekommen ist, dem allgemeinen Drängen auf Reintegrierung der Bundesfonds, dem Widerspruch Preußens (nebst Gefährten) in der Ausbaufrage, und dem bereits eingeleiteten Angriff auf das Präsidium, in der Geschäftsordnung, solle stehen, und anderseits mit Preußen doch wieder im guten Einvernehmen bleiben können, das ist mir nicht klar.

P. S. Bitte, betreiben Sie doch die Staaten, die ihre Matrikularzahlungen noch schuldig sind, auf diplomatischem Wege.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 13. August 1853.

Meine Sommercampagne ist geschlossen. Hat sie, trotz aller Arbeit, auch wenige Resultate geliefert, so wird der Bundesversammlung diesmal niemand Mangel an Thätigkeit vorwerfen können, und das Verdienst ist vielleicht nicht ganz zu übersehen, das äußerlich gute Einvernehmen mit Preußen bewahrt zu haben.

In Wahrheit arbeitet Preußen mit Keulenschlägen an der Demolition des Bundes, um auf diesem Wege bis zur Herbeiführung eines Zustandes zu kommen, wo seine völlige Gleichstellung mit Österreich, wie es sie in Dresden verlangte, als einziges Mittel erscheint, um den Bund zu erhalten. Das Programm für diesen Eroberungszug ist allen Preußen ins Herz geschrieben und bei Herrn v. Manteuffel und Herrn v. Bismarck nicht weniger feststehend als bei dem König und Prinzen von Preußen.

Während ich mich hier abmühte, durch Beseitigung des Antrags auf ein Schiedsgericht in der Liquidationsfrage eine Fristverlängerung für die Verständigung zwischen beiden Höfen zu erwerben, und Herr v. Bismarck das Gegenteil anstrebte, belehrt

mich ein heute erhaltenes Schreiben des Grafen Thun vom 11., „daß man in Berlin sehr gut wisse, daß wir auf den ganz inadmissiblen Plan eines Schiedsgerichts auf keinen Fall eingehen werden; auch sei dieser Plan in der letzten Note vom 30. Juli (die mir unbekannt ist) von Berlin aus ganz beiseite gesetzt worden". — Wie also sich erklären, daß Herr v. Bismarck in der Ausschußsitzung vom 5. August mit solcher Violenz auf dem Schiedsgericht bestand, alle Bundestagsgesandten dafür bearbeitete, sich auf die positivsten Befehle berief, am 6. die telegraphische Weisung, darauf zu beharren, erhielt und dem Ausschusse vorwies und, mit dem Fallenlassen des Antrags und der Übertragung der Drohung in das Gutachten, am 8. schriftlich erklärte, durch dieses Zugeständnis sich bereits erheblich von seinen, „auf telegraphische Anfrage bestimmt erneuerten Instruktionen" zu entfernen?

Ich begegne hierin der mir vielbekannten Duplizität, die nach einer Seite schöne Worte macht und auf der anderen fest auf dem einmal beschlossenen Gange beharrt.

Ich sehe mit verzeihlicher Beunruhigung dem November entgegen. Ist die Ausbaufrage auch dann nicht auf die eine oder andere Weise zu lösen, so geht für den Ausbau auch das nächste Jahr verloren, und die Militärkommission wird ihre Voranschläge als nicht mehr ausreichend zurücknehmen müssen. Auch wird der Krieg gegen das Präsidium auf dem Felde der Geschäftsordnung einen doppelt violenten Charakter annehmen.

Wie bedauere ich, Euer Excellenz bei ihren vielen Tribulationen auch noch mit dieser kommen zu müssen. Aber es liegt in der Natur der Sache. Unser entschiedenster Gegner ist Preußen, und ich glaube nicht, daß wir in irgend einer Frage, ohne Ausnahme, sobald das Wort zur That werden soll, auf dasselbe rechnen können. Die Politik von 1792 bis 1813 ist eigentlich die einzige, die im preußischen Blute liegt. Wir haben ihr im Jahre 1813 mit größter Noblesse geantwortet, aber dafür keinen Dank erworben.

Ich sehne mich sehr nach Erholung und sehe mit Sehnsucht dem erbetenen Urlaub entgegen.

Prokesch trat den erbetenen Urlaub am 25. August an, bereiste Frankreich, ging dann nach Olmütz, wo Kaiser Nikolaus den großen Manövern beiwohnte, nach Wien und Graz, und kehrte endlich — über Berlin — am 31. Oktober nach Frankfurt zurück.

An seine Frau in Badenweiler.

Paris, 29. August 1853.

Da bin ich seit vorgestern im modernen Babylon, welches aus jeder Umwälzung verschönert ersteht. Ich habe erst in Kaiserslautern, dann in Chalons — einer schmutzigen, traurigen Stadt — übernachtet, und bin Samstag abend hier angekommen. Nach längerem Herumsuchen fand ich endlich im Hotel Brighton zwei elende Zimmer, wahre Mauslöcher, à 10 Frs. par jour. Mein erster Besuch galt den Denkmälern von Ninive und einigen andern Schätzen des Museums. Dann war ich bei Hübner,[1]) wo ich Schönburg und den jungen Ottenfels traf und die herzlichste Aufnahme fand. Ich hielt mir jedoch den Tag frei und beschloß ihn im Gymnase.

Mein erster Eindruck von dieser erdrückenden Stadt war kein heiterer; eine odeur de corruption herrscht vor, die Bewegung, der Lärm auf den Straßen sind betäubend; ich war abends todmüde, und wenn ich mich mit einem Wink an die Ufer des Rheins hätte versetzen können, hätte ich es gethan. Dieser Eindruck wich aber bald dem entraînement, welches diese Riesenstadt auf einen naiven Provinzler meiner Art übt. Ich habe meinen Sonntag morgens in den Kirchen u. s. w., abends im Cirkus zugebracht — ganz als guter Pariser. Gespeist habe ich bei den trois frères provenceaux mit Hübner, Schönburg, Fürstin Kinsky und ihrer Tochter, und einem jungen Windischgrätz. — Heute morgen nach einem Besuche bei Thouvenel[2]) (der ganz der alte

---

[1]) Baron Hübner, österreichischer Gesandter in Paris.

[2]) früher französischer Gesandter in Athen, nachmals Minister des Auswärtigen.

war) habe ich die Sainte Chapelle besichtigt, das schönste Bauwerk der Gothik.

Es ist außerordentlich, was hier gebaut wird und in welcher Pracht. Was sind alle gemalten Fenster unserer Dome neben denen dieser Kapelle, und wo wäre ein Reichtum der Farben und Vergoldungen, der erst die Einheit in diese Prachtbauten bringt! Paris macht übrigens den Eindruck, als bekümmere sich keine Seele um die Misère der Politik. Wenn 1846 alles auf baldigen Umsturz deutete, so heute gerade das Gegenteil. Es ist, als wenn eine ganz neue Zeit kommen sollte.

Die Last der Vergnügungen ist aber fast erdrückend. Gestern sah ich ein Tournier Franz I. im Cirkus. Es ist nicht möglich, daß eines an dem prachtvollen Hofe dieses Königs herrlicher war. Die Kostüme der Könige und ihrer Frauen, der Herolde, Ritter u. s. w. über allen Ausdruck schön.

Selbst an die odeur de corruption gewöhnt sich die Nase, und man begreift, daß sie ein angenehmer Geruch werden könne. Was man aber nicht begreift, ist, daß ein Volk, das ein solches Leben der allerexquisitesten Ausschweifungen führt, noch einer anderen Anstrengung fähig sein sollte.

Mit Hübner bin ich viel. Meist aber fahre ich ganz allein von einem Gegenstand zum anderen oder wandere als flaneur durch die Straßen.

Meine Absicht ist am 3. von hier nach Lyon zu fahren und eine Tournée durch den Süden zu machen, so daß ich am 12. wieder hier zurück sein kann. Am 15. oder 16. bin ich in Badenweiler.

Diese flüchtigen Zeilen geben Dir ein Bild und ein Zeichen der Erinnerung. Gott segne Dich und die Kinder im gesunden Badenweiler!

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Paris, 30. August 1853.

Ich habe heute ein paar angenehme Stunden verlebt, so wie ich sie liebe, — nicht etwa im Louvre, wo ich zwar auch war, noch im Münzkabinett, wo ich noch nicht war, — sondern bei St. Aulaire's[1]) in Etiole. Ich fuhr auf gut Glück zwischen 3 und 4 nach dem Bahnhof von Orléans, der am äußersten Südwestende der Stadt liegt; da war aber der Zug eben abgegangen. Ich trieb mich also bis 5 im jardin des plantes umher und fuhr dann in einer Stunde nach der Station Evry, der gegenüber, nur durch die Seine und einen gartenbedeckten Abhang getrennt, Schloß Etiole liegt, sehr schön und stattlich. Ein Diener des Schlosses, den ich an dem untersten Garteneingang stehend fand und anredete, führte mich durch Weingärten und Wäldchen; — durch ihn erfuhr ich, daß nur der Graf und die Gräfin mit der alten Mutter des ersteren, aber keine der Töchter anwesend seien. Ich ließ mich als „ein Freund aus Rom und Wien" melden. Der Graf kam zuerst, erkannte mich und fiel mir um den Hals — ließ dann schnell seine Frau holen, die in Haustoilette herunter eilte und mich nicht minder herzlich empfing. Ich blieb zu Tische und bis 9, im herzlichsten Gespräch über Vergangenheit und Gegenwart. Er ist gealtert; sie ist stark geworden; beide haben die alte, wohlthuende Liebenswürdigkeit und Wärme bewahrt. Alle ihre Kinder sind auf ihren Gütern und glücklich. Ich mußte ihnen viel von Dir und unseren Kindern erzählen. Um $^1/_2$10 fuhr ich zurück und ging vom Bahnhof zu Fuß in mein Hotel, eine gute Stunde Wegs.

Persigny ist nicht hier. Jetzt will ich ins Lager von Satory. — — —

[1]) Graf St. Aulaire, französischer Diplomat.

An seine Frau.

Nimes, Dienstag 7. September 1853.

Ich bin nun ganz wieder Altertümler, — komme eben ganz ermüdet zu Hause und benütze die Zeit bis zur Abfahrt des Trains, um Dir ein Lebenszeichen zu geben.

Ich schrieb Dir Sonnabend aus Lyon. Am Sonntag fuhr ich durch schönes Land bis Avignon. So wie man in die Provence tritt, bekommt das Land griechischen Charakter — die Höhen kahl und nackter Kalk — die Thäler und Ebenen voll Ölbäumen, Mandeln, tiefer unten Feigen, Cypressen u. s. w., auch Luft und Licht an unsere Vergangenheit erinnernd. Alle Höhen mit Burgen gekrönt — das Land mittelalterlicher Poesie. Avignon sehr imposant durch seine fast antiken Mauern und durch das einstige päpstliche Palais, das weithin sichtbar ist. Ich durchkroch und bestieg alles. Von der obersten Burgterrasse wundervolle Aussicht. Im Herabgehen machte ich mit 10 Sous einige Buben glücklich, die einem Ringelspiel zusahen und den Sous nicht besaßen, der für eine Reittour verlangt wird. Ich ließ davon zweimal aufsitzen, und wurde wie ein Vater des Vaterlands dankbar nach Hause begleitet. Gestern fuhr ich nach Marseille, blieb dort zwei Stunden. Fuhr nach Arles, blieb drei Stunden und kam abends nach Nimes.

Auf dem Wege ist Tarascon mit einer wahrhaft schönen, mittelalterlichen Ruine. Marseille ist ein schmutziges, lebendiges Nest, lange nicht so glänzend, aber größer als Triest. Ich fuhr den Hafen durch, umging an den höchsten Punkten die Stadt und blickte weit ins blaue Meer hinaus! —

Arles voll interessanter Ruinen aus besserer römischer Zeit. Ich kaufte dort pour bien peu de chose zwei schöne Ringe.

Diesen Morgen durchwanderte ich die zahlreichen Ruinen der alten römischen Kolonie. Das Amphitheater ist besser erhalten als irgend eines. Die modernen Städte sind fürchterlich — gepflastert wie zur Tortur, und en premier lieu von Gesindel bewohnt. Wenn ich mir denke, was unter den Römern für eine Bevölkerung großen Vermögens und großer Sünden — was unter König René

für eine couche de roses diesen Boden deckte, und wie heute eigentlich nur mehr des ordures übrig sind. —

Allons! — Ich gehe nach Montpellier und von dort über Toulouse nach Bordeaux. Kann ich Piscatory[1]) bei Tours besuchen, so thue ich es.

Vor Montag abend kann ich wohl nicht in Paris sein. Ich küsse Dich und die Kinder auf das Zärtlichste.

Dein antiker Anton.

An seine Frau.

Paris, 14. September 1853.

Gestern nachmittags bin ich zurückgekehrt, ziemlich ermüdet, im ganzen zufrieden mit meiner course au pas de charge. Ich habe Avignon, Marseille, Arles, Nimes, Montpellier, Toulouse, Bordeaux und Tours gesehen, und den vorgestrigen Tag mit Piscatory's auf ihrem schönen Landsitze Cherigny bei Chateau La Vallière zugebracht. Es that mir wohl, wieder einmal unter Freunden zu sein. Ihn fand ich gealtert, aber sonst ganz den alten; sie ist merkwürdig unverändert, liebenswürdig, heiter wie ehemals; die Mädchen sind groß und recht hübsch, dabei einfach und unterrichtet.

Nach Darmstadt kömmt Lützow — nach Athen Leykam! — Liebes Herz, ich fürchte mich auf die paar Wochen in Wien, denen ich im Interesse des Dienstes nicht ausweichen kann.

Mein Plan ist übermorgen abends nach Badenweiler zu fahren, dort etwa zwei Tage zu bleiben, dann nach Frankfurt zu gehen und einige Tage später — nach Wien.

Ich sah heute lange Hübner, den ich fast desperat fand. Lasse nichts durchblicken. Daß die Sachen nicht lange mehr so gehen können, ist klar.

Nimm heute vorlieb mit diesen wenigen Zeilen. — — —

---

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 219.

An seine Frau.

Prag, 23. September 1853.

Gestern abend traf ich hier ein. Heute früh kam der Prinz von Preußen durch und ging mit seinem Sohne und dem Prinzen Karl von Bayern nach Olmütz. Ich empfing um 11 telegraphische Ordre vom Grafen Grünne, nach Olmütz zu kommen. Ich gehe also noch heute hin und werde um Mitternacht dort sein.

Das Wetter ist wundervoll und wird es sicher noch durch 14 Tage bleiben. Gehe ja nicht nach Frankfurt, ehe es wirklich notwendig; Du würdest Dich abmüden und Dich und die Kinder um gesunde Tage bringen.

Olmütz, 24. September 1853.

Ich bin um Mitternacht angelangt. Schlic sandte mir seinen Adjutanten auf den Bahnhof, und dieser brachte mich in mein enges, aber genügendes Quartier. Ein kurzer Schlaf stärkte mich. Schlic gab mir ein gutes Pferd, und so wohnte ich denn von 10 bis 1 der Ausrückung des 1., 2. und 9. Armeekorps bei. Alles ging vortrefflich. Ich sah eine Menge alter Bekannter. — Der Prinz von Preußen führte sein Regiment bei der Schlußdefilierung vor Sr. Majestät vorüber; mehrere Prinzen, zahlreiche fremde Offiziere waren anwesend. Ich ritt und sprach viel mit dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz, der sich Deiner artigst erinnerte. Dann fuhr ich nach der Stadt zurück und ruhte ein wenig aus, denn es war heiß.

Um 4 Uhr wird der Kaiser von Rußland erwartet, um 5 ist Hoftafel, zu der ich geladen bin. Das ist alles für heute.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Olmütz, 30. September 1853.

Gestern großes Kavallerie-Manöver; elf Regimenter mit ihren Batterien — ein majestätisches Schauspiel; das Wetter vollkommen günstig, das Terrain ganz geeignet. — Den Abend brachte ich im Theater mit Buol zu. Es ist nämlich ein Teil der Hofburgschauspieler und Hofopernsänger hier. Dann ging ich zu Schlic, wo jeden Tag offene Tafel für wenigstens 40 Personen ist. Heute ist Feldmanöver auf ein paar Stunden Entfernung, dem ich aber nicht mehr beiwohne, da ich mittags nach Wien abgehe.

Meinen Aufenthalt in Wien werde ich so kurz als möglich einrichten, da ich mich sehr nach Dir sehne und Dir auch behilflich sein kann. — Ich adressiere noch nach Badenweiler, denn Du kannst wohl kaum in die Wohnung im Palais. Lasse die Bilder bei mir aufhängen. Thue überhaupt, was Du willst; was Du anordnest, hat für mich den Reiz, daß es durch Dich geschehen.

Der Kaiser sieht sehr wohl aus. Seine Wangen füllen sich; seine elegante Gestalt bezaubert die ganze Armee, sowie seine ungemeine Thätigkeit. Keine Anstrengung scheint ihn zu ermüden.
— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Wien, 8. Oktober 1853.

Ich habe bisher wenig hier gethan. Die fremden Gäste, die militärischen Produktionen verschlangen alles — Zeit, Menschen, Gedanken.

Der Kaiser geht morgen nach Possenhofen zu seiner schönen Braut und wird in wenigen Tagen zurück sein. — Ich will den Semmering besehen und auf einen Tag nach Graz fahren. Dienstag bin ich wieder hier.

Ich aß heute bei Buol, ging dann ins Theater in die Burg und endlich zu Fürst Metternich. Ich fand den liebenswürdigen, erfahrenen Greis aus der Zeit hinausgerückt und es nicht ahnend. In ihm ist keine Spur von dem hochmütigen Fumo, der zu den Eigentümlichkeiten Wiens gehört, und der so viele traurige politische Lagen erzeugt und so viele brave Armeen zu Grunde gerichtet hat. Ich bin immer gern bei ihm, weil mich Wohlwollen empfängt, und das Gespräch stets Belehrung bietet.

Beunruhige Dich nicht zu sehr über die Orientalische Krise. Ich glaube noch nicht an den Krieg — er wäre zu frevelhaft albern. Hier geschieht alles mit Verstand und Beharrlichkeit, um den Frieden zu erhalten, und sollte es dennoch nicht gelingen, so kann kein ehrlicher Mann dem österreichischen Kabinett eine Schuld beimessen. Die Schuld liegt hauptsächlich, aber nicht allein, in London. Dies nur für Dich.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Wien, 14. Oktober 1853.

Seit gestern abend bin ich wieder hier. Was mich nach Graz trieb, war zweierlei; ich wollte meine Vaterstadt und den Tummelplatz meiner Kindheit und Jugend wiedersehen, und wollte den Semmering befahren. Die Steiermark war im Prachtgewande schöner, milder, sonniger Herbsttage. Die Fahrt über den Semmering bietet so wenig Gefahren als eine Bahn in der Ebene. Die Tunnels, Viadukte, Brücken sind herrlich. Der Bau kostet 18 Millionen, aber er ist ein Ehrenmal für Österreich. Noch ist die Bahn dem Publikum nicht eröffnet, weil Stationshäuser u. s. w. nicht fertig sind. Es ist eine Prachtfahrt.

Der Kaiser bleibt noch bei seiner reizenden Braut. Brenner sah sie und kann sie nicht genug bewundern. „Sie oder keine", sagt

der Kaiser mit Mund und Herz! Ach, wie gönne ich ihm dieses Glück in schwerer, schwerer Zeit. — Sein bestes Bild bekommst Du.

— — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

19. Oktober 1853.

Ich bin in Verlegenheit über den Tag meiner Abreise. Will ich die Sitzungen richtig am 27. wieder eröffnen, so muß ich nächsten Samstag gehen. Samstag abend kommt aber der Kaiser zurück. Wollte ich ihm aufwarten, wie es schicklich scheint, so würde ich wohl erst Montag gehen, also mit dem Aufenthalte in Brünn und Tetschen erst Donnerstag früh eintreffen können, d. h. zu spät, um mich auf die Sitzung vorzubereiten. Ich weiß nicht, ob Herr von Bismarck schon in Frankfurt ist, oder ob er zum 27. kommt. Kommt er, so komme ich auch, denn ich will keiner üblen Nachrede mich aussetzen. Ich schreibe darüber an D.

Du wirst Dich über die Wendung verwundert haben, die die Orientalische Sache genommen. Die Pforte hat an Rußland den Krieg erklärt! — Das ist eine billige Strafe für zu weit getriebene Geringschätzung. Dessenungeachtet glaube ich noch an friedliche Lösung, denn im Winter führt man keinen Krieg.

— — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Berlin, 27. Oktober 1853.

Da bin ich seit wenigen Stunden in der Stadt, in der ein Stück unseres Lebensfadens sich abwand.

Montag abend verließ ich Wien, schlief in Brünn und brachte den Vormittag des Dienstag mit Schlic's zu. Mittags fuhr ich nach

Prag weiter. — — — — — Gestern setzte ich die Reise fort, aß bei Thun in Tetschen und traf abends 8 Uhr in Dresden ein. Heute fuhr ich hierher. Herr v. Manteuffel kommt erst morgen zurück.

28.

Nachdem ich gestern abend ein paar Stunden mit Feldzeugmeister Heß zugebracht, der wie ich im British Hotel wohnt, ging ich zu Savigny. Alles erinnerte sich freundlichst an Dich. Dann ging ich zu Graf Redern, wo eben der größere Teil des monde diplomatique versammelt war. Man empfing mich auf das Herzlichste. Es war mir ein angenehmer Eindruck und bewies nur, daß ein gutes Herz und ein redlicher Wille selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen Achtung erwerben. Der ganze Frauen- und Männerkreis erkundigte sich nach Dir und die Zärtlicheren auch nach den Kindern. Der alte Schimmelpennig[1]) war wieder zart, lieb und treu wie immer. Budbergs fehlten, weil sie die Großfürstin Marie im Hause haben.

Kann ich meine Geschäfte heute abmachen, so gehe ich noch diesen Abend, d. h. komme mit diesem Brief zugleich. Ich zweifle aber, daß ich fortkomme.[2])

Abends.

Ich werde vielleicht nicht einmal morgen abend fortkommen, da ich erst morgen spät die Entscheidung über ein vorliegendes Geschäft erhalte.

— — — — — — — — — — — — — —

[1]) Holländischer Gesandter.

[2]) Prokesch hatte den Auftrag, im Hinblick auf den orientalischen Krieg eine gemeinsame Erklärung Österreichs und Preußens bezüglich der Neutralität der deutschen Mächte zu vereinbaren, welcher der Bund beitreten sollte.

An den Grafen Buol.

Berlin, 30. Oktober 1853.

Ich hatte gestern abends die Ehre, Herrn v. Manteuffel zu sehen, bald nachdem er zu Potsdam Sr. Majestät dem König, der von der Jagd in Letzlingen zurückgekehrt war, aufgewartet hatte.

Herr v. Manteuffel sagte mir in freundlicher Weise, Se. Majestät hätten die beabsichtigte Erklärung am Bunde vor wenigen Tagen ganz unbedenklich erachtet, weil nach der Ablehnung der Olmützer Vorschläge von Seite der Seemächte thatsächlich eine Abtrennung dieser Mächte eingetreten sei. Heute aber, wo durch die Londoner Vorschläge glücklicherweise die Aussicht auf neue Verständigung zwischen den Vieren sich darbiete, halte der König für zweckmäßig, alles zu vermeiden, was als ein abgesonderter Schritt der deutschen Großmächte mißdeutet werden könne. Er glaube daher die an sich unverfängliche Erklärung nicht für zeitgemäß und rate, von derselben einstweilen abzustehen.

Ich entgegnete, daß das Gewicht, welches Se. Majestät auf das Zusammengehen der vier Mächte legten, dem kaiserl. Kabinett sicherlich nur erfreulich sein könne, und daß Euer Excellenz vollkommen die Überzeugung von der Notwendigkeit eines solchen wohlermessenen Zusammengehens teilten. Die Erklärung am Bunde beabsichtige nur die Erfüllung einer Rücksicht für die deutschen Staaten, für welche Beispiele aus andern Zeiten vorlägen, und die als einfache Darlegung einer Thatsache, nämlich der Neutralitätsstellung, wenn von ganz Deutschland begriffen und gebilligt, die Haltung der beiden deutschen Großmächte um das Gewicht des Bundes verstärken würde.

Herr v. Manteuffel äußerte, daß er dies völlig würdige, aber auch das geringste Hemmnis gerne vermieden sähe, das sich dem Wiederzusammenfinden der vier Mächte, wenn auch nur aus Mißverstand, entgegenstellen könnte.

Ich bestand nicht weiter darauf und bemerkte bloß, daß Euer Excellenz vielleicht Wert auf die richtige Auffassung von Seite der deutschen Staaten der bei uns anbefohlenen Armee-

reduktion legen könnten, von der einige Anzeichen unrichtiger Auffassung uns vorlägen. Ich würde daher Euer Excellenz Befehle einholen, ob es dem kaiserl. Kabinett genehm sei, seinerseits und für sich allein eine entsprechende Mitteilung darüber dem Bunde zu machen.

Glauben Euer Excellenz eine solche notwendig, so kann ich die telegraphische Weisung hierzu leicht am 2. in Frankfurt erhalten, und würde die Mitteilung so einrichten, daß sie eine beruhigende und günstige Wirkung hätte.

Graf Crivelli[1]) hatte abends noch nicht Gelegenheit gehabt, die gestern früh empfangenen Erlässe Euer Excellenz Herrn v. Manteuffel mitzuteilen. Dieser kannte aber im wesentlichen ihren Inhalt und auch die Zustimmung des Grafen Nesselrode zu Euer Excellenz neuem Vorschlag, den er mit dem des Londoner Kabinetts ziemlich übereinstimmend fand. Mit Richtigkeit hob Herr v. Manteuffel hervor, daß ein Vorschlag, wenn aus London kommend, schon deshalb in Petersburg eine weniger geneigte Aufnahme finden könnte, aber er erkannte ebensowohl, daß ein solcher Vorschlag, der überdies bereits die Billigung Frankreichs hat, in Constantinopel bereitwilligen Eingang finden würde. Es handle sich also nur darum, meinte er, Euer Excellenz Vorschlag mit dem englischen zu verschmelzen und daraus einen der vier Mächte zu machen, denen in ihrer Rolle als Dritter zwischen den beiden streitenden Teilen das vermittelnde Wort zusteht. Er sprach seine feste Überzeugung von der friedlichen Gesinnung des Kaisers von Rußland aus und meinte nur, er würde über das bis jetzt Zugestandene nicht hinausgehen. Da aber, wie mir scheint, niemand von ihm wesentlich mehr verlangt, als in der Erklärung von Olmütz bereits zugestanden ist, so läßt sich wohl erwarten, daß er wegen eines Ausdrucks, der dem Schwächeren nötig und dem Stärkeren gleichgiltig sein kann, nicht den Frieden Europas in Gefahr setzen werde.

Herr v. Manteuffel schien also Wert darauf zu legen, daß der englische Vorschlag zu Wien nicht von der Hand gewiesen, aber mit dem des kaiserl. Kabinetts so vereinbart werde, daß er den

---

[1]) Österreichischer Geschäftsträger in Berlin.

Seemächten genehm und doch für Petersburg nicht der ihrige sei. Er stimmte der Ansicht bei, daß ein Hinüberziehen der Konferenzen nach London (wenn ja eine solche Absicht bestände) geradezu ein Fehler wäre und den Erfolg der Friedensbestrebungen gefährden würde.

Gegen das Verlangen der Russen, daß sich der türkische Unterhändler in das Hauptquartier begebe, dürfte in Constantinopel gerechtes Bedenken zu erwarten sein. Das diktatorische Beispiel von Adrianopel und die öffentliche Meinung müssen dagegenstehen. Orsowa, Mehadia, Semlin würden aus vielen Gründen eine weniger anstößige Wahl und einer dieser Orte zugleich eine Rücksicht für uns sein. Die Verhandlung auf österreichischem Boden scheint nur der Haltung Österreichs in dieser Sache zu entsprechen.

Se. Majestät haben mich auf 3 Uhr nach Sanssouci zu Tisch befohlen. Ich hoffe demnach, heute abends meine Reise nach Frankfurt fortsetzen zu können.

P. S. Herr v. Manteuffel war eben bei mir. Ich las ihm dieses Schreiben, oder legte es ihm vielmehr vor. Er billigte es vollkommen und machte nur zu der Stelle, daß das Hinüberziehen der Konferenzen nach London ein Fehler wäre, die Bemerkung: Er wolle sich nicht so weit aussprechen, denn der Fall könnte eintreten, wo, was heute nicht förderlich, morgen dennoch geschehen könne.

Über die Notwendigkeit der Erhaltung des europäischen Friedens kann man sich nicht bestimmter und gründlicher aussprechen, als Herr v. Manteuffel es that.

An Herrn v. Philippsberg,

österreichischen Gesandten in Karlsruhe.

Frankfurt, 11. November 1853.

Ich sage meinen Dank für die Einsicht, die Sie mich in Ihre Berichte über die Kirchenfrage nehmen lassen.

Ich will Ihnen den traurigen Eindruck, den die neuesten Vorgänge in mir erwecken, unumwunden aussprechen. Es gehört ohne Zweifel ein ungewöhnliches Maß von Vertrauen dazu, wenn man bei der Rastlosigkeit, mit der manche Regierungen der Revolution in die Hände arbeiten, noch auf die Rettung der gesellschaftlichen Ordnung zu hoffen wagt. Was in Bezug der Katholischen Kirche in Karlsruhe vorgeht, gehört einer Verblendung an, die ich zu den betrübendsten Zeichen der Zeit rechne. Die protestantische Auffassung der katholischen Verhältnisse reicht nicht aus, um diese Vorgänge zu erklären, denn beide Konfessionen, sowie sie für den Staat eine und dieselbe heilsame Aufgabe haben, bestehen unter so vielen protestantischen Regierungen friedlich nebeneinander. Es genügt, jede in ihren Rechten zu schützen, was nichts anderes heißen will, als jeder die Lösung ihrer für den Staat notwendigen und heilsamen Aufgabe möglich machen. Aber es hat sich aus revolutionären Vordersätzen ein Staatsabsolutismus herausgestellt, der die erhabene Bestimmung der Regierungen, die Wahrerinnen der bestehenden Rechte zu sein, für zu eng findet und, indem er jedes Recht neben seinem Willen negiert, ganz eigentlich das Volk für den Umsturz erzieht.

Ich habe wenig Hoffnung, daß auch die bestgemeinte Warnung bei denen, die dieser modernen Theorie anhängen, auf empfänglichen Boden falle, und fürchte, daß nur die Erfahrung zu gerechteren Ansichten zurückführen kann. Aber eine Betrachtung sollte nicht ganz verloren sein, diejenige, daß die Katholische Kirche bald zweitausend Jahre besteht und zahllose Staaten überlebt hat, und daß aller Spott, alle sogenannte Aufklärung, alle Gewalt, in dem großen katholischen Nachbarstaate von den äußersten Konsequenzen wieder zur Achtung der Kirche zurückgeführt haben, also eine Kraft in ihr wohnen muß, gegen welche die Violenz einer mißverstandenen weltlichen Gewalt zerschellen muß.

Dies ist meine persönliche Ansicht. Sie kommt aus einem redlichen Herzen, welches von den aufrichtigsten Wünschen für die Konsolidierung der inneren Verhältnisse Badens und von Achtung für die Person des Regenten und so mancher seiner umgebenden Männer erfüllt ist.

An Herrn v. Philippsberg.

Frankfurt, 18. November 1853.

Gestern sprach mir der badische Bundestagsgesandte ganz in der Weise des Herrn v. Rüdt[1]), wie sie aus Ihrem gestern hier durchgelaufenen Berichte hervorgeht. Die Herren scheinen einen Ausweg zu wünschen, auf dem sich ihr Hochmut mit allen Kriegsehren zurückziehen könnte. Der Ausweg scheint mir zu liegen in einer lauten Erklärung: Daß man, da der Erzbischof sich in seinen Rechten angegriffen glaube, und es der Regierung, die das Gegenteil glaube, nicht beikommen könne, irgend jemand in seinen Rechten zu verletzen, mit Rom verhandeln werde und, bis zum Vergleiche mit Rom, den Status quo aufrecht halten und aufrecht gehalten wissen wolle.

Der Erzbischof müßte angegangen werden, diesen Waffenstillstand zu achten. Man würde aber nicht verlangen, daß er eine der getroffenen Dispositionen zurücknehme, auch durch die Finger sehen, wenn er in Unaufschiebbarem vorangeht, wozu man von Regierungsseite (um das eigene Recht durch die Form zu wahren) jederzeit beistimmen werde. Gegenkonzession wäre die Suspension der Exkommunikation. Es dürfte aber auch von der Wirksamkeit des Kommissärs Burger keine Rede mehr sein.

Der richtige Mittelsmann für die Unterhandlung in Rom wäre der Kardinal Viale Prela. In Wien hat die Regierung ihren Gesandten und die beschwichtigende Einwirkung Österreichs. In Rom selbst hätte sie nur einen untergeordneten, halb heimlichen Negotiateur, der mit den Verhältnissen in Deutschland weniger bekannte Männer vor sich hätte. Wahrscheinlich würde man von dort aus auch jedesmal das Gutachten Viale Prelas einholen. Der kürzeste und günstigste Weg geht also durch ihn.

Will man alles dies nicht, und glaubt die Sache durch Zwang durchzuführen, so wird man sich die größten Verlegenheiten auf den Hals ziehen. Ich glaube nicht an die katholischen Priester, die der Regierung raten, in ihrem Wege zu beharren. Das müßten

[1]) Badischer Minister.

schlechte Priester sein. Ich glaube auch an die Teilnahmslosigkeit des Volks nicht. In Gewissenssachen steht der Erzbischof dem katholischen Volke sicher näher als der Regent. Das ist bei den Gläubigen aller Konfessionen der Fall, und darum will auch die Klugheit, daß Kirche und Staat sich nicht feindlich entgegenstellen. Mit der bloßen Behauptung, daß der Erzbischof sich Übergriffe, Neuerungen erlaube, ist es nicht gethan, weil dieser das Gegenteil sagt, also ein Rechtsstreit vorliegt, der nicht durch ein Dekret eines Beteiligten entschieden werden kann. Ich würde dem Erzbischof gesagt haben: „Du behauptest im Recht zu sein, Dein Eid, Dein Gewissen nötigen Dich; mir fällt nicht ein, jemanden in seinem Recht zu kränken, das Opfer seines Eides, seines Gewissens zu fordern; da ich aber glaube, daß das Recht auf meiner Seite ist, so wende ich mich an Deinen Vorgesetzten nach Rom".

Da die Katholische Kirche eine Einheit ist, so würde gegen Beisteuern für die ihres Unterhalts beraubten Geistlichen aus Frankreich zwar viel Verlästerndes, aber nichts Genügendes vorgebracht werden können. Ein anderes wäre eine Einmischung der französischen Regierung.

Je mäßiger die Regierung, desto günstiger wird ihre Stellung, desto weniger bindet sie sich die Hände. Wenn die Jesuitenaustreibung wahr ist, so ist sie ein Fehler; denn sie würde der Regierung den Stempel der absurdesten Parteileidenschaft aufdrücken. Ich glaube nicht daran. Sich in das Licht setzen, die Katholische Kirche als eine Feindin zu behandeln, während die Majorität des Volks katholisch ist, das kann die badische Regierung nicht wollen; — aber die Leidenschaftlichen wollen es, die einen aus Verblendung, die andern aus Berechnung.

Im wärmsten Interesse für die badische Regierung könnte ich nicht anders schreiben. Dies Interesse ist es, was mich leitet und was mich bestimmt zu diesen vertraulichen Zeilen.

An den Feldzeugmeister Baron Heß.

Frankfurt, 5. Dezember 1853.

— — — — — — — — — — — — — —

Über die türkische Sache sage ich nur so viel:

Das österreichische Kabinett mag wollen oder nicht, die geographische Lage des Staates nötigt ihm die leitende Rolle in der Vermittlung des türkisch-russischen Streits auf. Es kann diese Rolle schlecht oder gut ausfüllen, aber abschütteln kann es sie nicht. Nicht Frankreich, nicht England, nicht Preußen kann darin Österreichs Platz einnehmen. Alle Versuche von anderer Seite führen zu nichts. In dieser Erkenntnis schien mir die Sendung Leiningen von so hohem und praktischem Wert. Sie gab uns die Stellung, die uns nicht bloß gebührt, sondern zu der wir verpflichtet sind. Ist unsere Führung im Ziele unklar, in der Ausführung lässig, so kreuzen sich die Bestrebungen der Übrigen, die Sache geht au grè des vents und führt zuletzt zum europäischen Kriege, was weder notwendig, noch ehrenvoll und vorteilhaft für uns wäre.

Über einzelnes kann ich gar nicht reden — ich bin dazu nicht unterrichtet, und es liegt auch wenig daran — denn derlei Geschäfte können nicht zerstückelt behandelt werden. Preußen scheint sich vordrängen zu wollen, und schon nimmt sich die öffentliche Meinung in England seiner an. Das wäre eine gefährliche Wendung, die Wiederholung der Politik Preußens, die vor dem Sistower Frieden liegt — übrigens ganz in den Allüren des heutigen Berliner Kabinetts, qui se bat les flancs pour jouer un rôle important.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 5. Dezember 1853.

Die Zerwürfnisse in unserer nächsten Nähe zwischen der Kirche und den Regierungen drücken die Orientalische Frage fast in den Hintergrund. Ein Gefühl der Gefährlichkeit dieses Streits geht durch alle Klassen der Gesellschaft. Das Ministerium in Baden

scheint mir wieder starrer geworden, als es vor ein paar Wochen war. Daß es, statt mit beiden Händen nach der Vermittlung des Kardinals Viale bei dem Erzbischof zu greifen, diese ablehnt und so überaus besorgt thut, den Schein der Hingebung an die wohlwollenden österreichischen Ratschläge zu vermeiden und zu zerstören, weist auf Verhärtung in seiner falschen ursprünglichen Meinung. Der Regent liest nichts, hört nichts, und selbst die Ablehnung der Vermittlung bei dem Erzbischof von Seite des Bischofs von Straßburg, der diesen zu dem bewußten Schreiben bewegen sollte, hat ihm nicht die Augen geöffnet.

Am Bunde schleppt sich alles auf die gewöhnliche Weise fort. Preußischerseits ist die Absicht klar, seine Landesgesetzgebung in nichts dem Bunde unterzuordnen und nach und nach an die Stelle der Bundesgesetzgebung zu schieben. Wird dies konsequent festgehalten, so weiß ich kein Mittel dagegen. Ich lebe übrigens mit Herrn v. Bismarck auf dem besten Fuß.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 31. Dezember 1853.

Der Wiedereintritt Lord Palmerstons und die Nachricht der „Preußischen Zeitung" von der russischen Mobilmachung gelten hier für Anzeichen, daß der Krieg unaufhaltbar sei. Alle Stimmen aber lassen dem kaiserlichen Kabinett die Gerechtigkeit widerfahren, daß es sich von allen Täuschungen und Leidenschaften frei zu erhalten gewußt und das Möglichste für Herbeiführung einer friedlichen Lösung gethan hat. — Ich kann nach dem „Moniteur" von gestern noch immer nicht glauben, daß diese Bestrebungen, die mit allen wohlverstandenen Interessen zusammenlaufen, fruchtlos sein sollen. Wäre es dennoch der Fall, gewänne in London ein perniciöser Kalkül oder eine unbesonnene öffentliche Meinung die Oberhand, so dürfte der Krieg zwischen England und Rußland eine Ausdehnung erlangen, welche die Lösung des französisch-englischen Bündnisses erleichtern würde. Für das Verbrechen, die mit so viel Geduld, Unab-

hängigkeit und Einsicht eingeleiteten Schritte in Constantinopel in ihrem Erfolge zu hemmen, wäre wirklich keine Strafe zu groß, und sollte darüber ganz Indien von einem Ende zum anderen erbeben.

Hier spricht sich die russische Gesandtschaft ganz kriegerisch aus. Sie sagt, die Einfahrt ins Schwarze Meer sei der Krieg. Ich kann nicht glauben, daß eine Spazierfahrt dort, die in dieser Jahreszeit nur kurz und erfolglos sein und leicht lächerlich enden kann, den russischen Kaiser aus seinem Gleichgewicht zu bringen gemacht sei. Wenn durch England angegriffen, wird er die Mittel zu suchen haben, Frankreich den Rücktritt vom Bündnis möglich zu machen. An einem Kriege zwischen England und Rußland haben weder Österreich noch Frankreich ein Interesse, sich zu beteiligen.

Der dänische Gesandte hat mir ein projet de note mitgeteilt über die für den Fall des Krieges zwischen Dänemark und Schweden verabredete Neutralität. Eine Mitteilung an den Bund dürfte anständig sein.

Über die Bundesverhältnisse wüßte ich nichts Neues zu sagen. Meine größte Schwierigkeit ist die Entmutigung der Gesandten gegenüber der preußischen Haltung. Andre Schwierigkeiten sind die Enge der Juristen und die Kleinlichkeit namentlich Württembergs. Der badische Kirchenstreit ist ein weiteres Übel, denn alle Protestanten, Herr v. Bismarck à la tête, nehmen Partei gegen die Katholische Kirche. Das in den Händen der preußischen Gesandtschaft befindliche „Frankfurter Journal" schürt nach Leibeskräften und geht in Tausenden von Exemplaren nach Baden, wo alle katholischen Blätter verboten sind und auch die mäßigsten Äußerungen nicht geduldet werden. Die badische Regierung giebt sich alle Mühe, die Begehren der Kirche wie eine Verschwörung mit dem Auslande und wie eine Freischärlerbewegung hinzustellen, und man legt dem Regenten sehr bedauerliche Äußerungen in den Mund. Anderseits weiß sie vor Verlegenheit nicht wo hinaus. Sie ließ z. B. den Jesuiten noch in den letzten Tagen vor ihrer Austreibung insinuieren, daß sie bleiben und ihres besonderen Schutzes sicher sein könnten, wenn sie dem Erzbischof nur in einer einzigen seiner Forderungen unrecht gäben. — Es ist ein ekelhafter Anblick.

1854.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 5. Jänner 1854.

Der französische Gesandte hat mir ein Cirkular vom 30. gelesen, das sehr kriegerisch klingt, aber kaum verständlich in seinem raisonnement ist. Es wirft dem russischen Kaiser vor, durch den Angriff auf das türkische Geschwader bei Sinope[1]) über die Linie der Mäßigung hinausgegangen zu sein, von der ihm die Seemächte das Beispiel gegeben, und fußt darauf für die Seemächte die Berechtigung und Notwendigkeit, auch ihrerseits weiter zu gehen, d. h. ihre Flotten ins Schwarze Meer zu senden.

Sehr heftig ist die Sprache des englischen Geschäftsträgers. Der Krieg scheint ihm beschlossene Sache in England, und mit weniger als mit der Zerstörung von Sebastopol und der gesamten russischen Flotte will er sich nicht zufrieden geben. Da sich in seiner Ansicht manche andere abspiegeln dürfte, so lag mir daran zu hören, worauf denn die Zuversicht von der Schwäche Rußlands gegenüber England beruht, da die russischen Heere doch nicht weggeleugnet werden können. Ich mußte hören, daß der innere Zustand Rußlands so faul sei, daß der Kaiser gar nicht im stande ist, bedeutende Kräfte außer Landes zu verwenden; daß es den englischen Geldmitteln leicht gelingen würde, die Unzufriedenheit im Inneren zu beträchtlicher Höhe zu steigern; daß die Stellung der Russen in Asien nicht haltbar sei gegenüber englisch-französischen Truppen, die man an der Küste des Schwarzen Meeres ausschiffen könne, wozu ihm überdies eine Expedition von Indien aus nach Persien etwas leichtes schien. Die alte Weise Lord Palmerstons ist in diesen Äußerungen unverkennbar.

Wenn die Pforte nicht von jedem Urteil verlassen ist, so beschleunigt sie unter der Gunst des englischen Schwindels den

---

1) am 30. November 1853.

Frieden. Was Frankreich betrifft, so kann ich mich von der guten Meinung, die ich vom Verstande des Kaisers habe, nicht so weit trennen, zu glauben, etwaige rancune werde ihn über sein politisches Interesse verblenden. — Ich rede übrigens wie der Blinde von der Farbe.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 10. Jänner 1854.

Der französische Gesandte las mir gestern eine weitere Cirkulardepesche vom 7. d., die nichts als Frieden haucht, und namentlich Deutschland aller etwaigen Besorgnisse zu entheben bestrebt ist. Noch friedlicher war seine Sprache. Frankreich habe Verpflichtungen zur Herstellung des Friedens im Orient eingegangen, sagte er; es habe sich auch klar ausgesprochen, auf welche Bedingungen hin es diesen Frieden (zwischen Rußland und der Türkei) wünsche; daran müsse es festhalten, aber darüber hinaus wolle es nicht gehen und wünsche sehnlichst nicht weiter gezogen zu werden. Wolle England den Krieg, so wünsche Frankreich, daß der schleunige Friedensabschluß zwischen Rußland und der Pforte ihm die volle Freiheit wiedergebe. Wolle man das englisch-französische Bündnis lösen, so sei der Friede mit der Pforte das richtige Mittel dazu. Er sprach dies nur als seine vertrauliche Meinung aus, aber er erzählte mir, Briefe von Herrn Thouvenel zu haben.

Herr v. Nostitz[1]) sieht den Grund zur letzten Reise des Herrn v. Beust nach Berlin in dem Mißbehagen, das dort über dessen Münchner Reise geherrscht haben soll. Herr v. Bismarck hatte ihm darüber gesprochen und behauptet, Herr v. Beust habe ein Verständnis zwischen den Mittelstaaten über die in der dermaligen europäischen Krise einzunehmende politische Haltung in Vorschlag gebracht, Herr v. d. Pfordten aber die Idee, weil sie nicht auf seinem eigenen Beete gewachsen, verworfen. Da Herr v. Nostitz seinen Unglauben an der ganzen Sache zu erkennen gab, äußerte

[1]) Sächsischer Bundestagsgesandter.

Herr v. Bismarck, die Nachricht käme aus der besten Quelle; der König habe sie von den Königen von Bayern und Württemberg.

Herr v. Dalwigk sprach mir in diesen Tagen sehr beunruhigt über die Weltlage und meinte, bei der Unberechenbarkeit der preußischen Politik würde eine Erklärung der süddeutschen Staaten am Bunde, à tout événement der Politik des kaiserl. Hofes folgen zu wollen, von Vorteil sein. Ich lobte seine Gesinnung, wich aber der Sache als einer unzeitigen aus.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 18. Jänner 1854.

— — — — — — — Ich helfe mir hier durch, so gut ich es vermag, aber es ist eine traurige Wirtschaft, für die es keine Abhilfe giebt, so lange die Verhältnisse bleiben, wie sie sind.

Hier glaubt alles an Krieg und hofft auf die Neutralität von Österreich und Preußen. Die Sprache des englischen und des russischen Geschäftsträgers ist durchaus kriegerisch, die des französischen Gesandten gemäßigter. Der englische Geschäftsträger spricht übrigens in der Weise der letzthin erschienenen Broschüre von Coningsby, die man Disraeli zuschreibt; die des russischen ist anständig, obwohl entschieden. Über Frankreich steht die Meinung nicht fest. Man glaubt an eine Truppenexpedition, um — im Fall die Europäische Türkei in Trümmer geht — die Hand auf irgend etwas zu haben.

Der Kirchenstreit scheint sich zu lösen, was sehr wünschenswert ist.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Freiherrn v. Hübner in Paris.

Frankfurt, 30. Jänner 1854.

Ich bin im völligsten Dunkel über den Stand der großen Frage. Die Sendung Orloffs[1]) kann nur zum Zwecke haben, entweder sich über unsere Ansicht und Lage zu orientieren und danach Anträge an uns zu richten, oder Vermittlungswege zu suchen, um den ganzen Streit beizulegen, oder endlich, Zeit zu gewinnen und Berechtigungsvorwände, um den Krieg nach zwei Monaten mit Nachdruck zu beginnen.

Den Entschluß der Neutralität wird er ebensowenig bei uns als in Berlin erschüttern. In Berlin trägt sie den Charakter einer freien Wahl, bei uns den einer Notwendigkeit. Es müßte diese Neutralität auch sowohl Rußland als Frankreich genügen; sie giebt beiden freie Hand, um ihren orientalischen Streit auszufechten, und ich glaube, Frankreich — wenn es nicht die dupe Englands werden will — bedarf dieser freien Hand sehr. Über unsere Haltung also wird Graf Orloff nichts Neues lernen, und ich wünsche nur, daß er von unseren Mitteln, im weitesten Sinn des Worts, keine zu geringe Idee mit sich nehme.

Lassen wir ihm keinen Zweifel, daß wir die Einverleibung der Fürstentümer nicht zugeben können, so muß dies Vermittlungsvorschläge erleichtern, und diese können nur auf den Frieden mit der Pforte und auf die Abtrennung Frankreichs von England abzielen. Ich weiß nicht, ob der Friede möglich ist, und ob die Stimme Englands nicht größeres Gewicht in Constantinopel hat als die Stimmen der übrigen Mächte zusammengenommen. Ist er es nicht, dann freilich begreife ich nicht, wie die Europäische Türkei gerettet werden soll, wenn nicht Österreich dazwischen tritt, und wie Österreich dazwischen treten könne, wenn irgend eine Kombination, die nicht die Einverleibung der Fürstentümer ist, ihm von Rußland geboten wird.

Als an einem wohlgefälligen Traume hänge ich an der Idee eines Krieges zwischen Rußland und England allein, wo beide sich

[1]) Graf Orloff, russischer General, in außerordentlicher Mission nach Wien gesendet, um Österreich für die russische Politik zu gewinnen.

abnagen und abschwächen. Aber dieser Traum, um zur Wirklichkeit zu werden, setzt unsererseits ein Verhältnis zu Frankreich voraus, das nicht zu bestehen scheint, und französischerseits Auffassungen der französischen Interessen gegenüber von England, die auch nicht zu bestehen scheinen.

Wie es sich immer wenden möge, instinktmäßig glaube ich, daß das letzte Resultat nicht zu Gunsten Englands ausfallen wird. Ich glaube es, vielleicht weil ich es wünsche. Niemand wird mich der Russenliebe beschuldigen; aber England ist für mich die gemeinste und krasseste Revolution, und sein Sieg der Sieg des Teufels auf Erden. Nachdem die herrschende Klasse in Constantinopel durch England seit Jahren verpestet und entsittlicht wird, ist der verpestete Islam allerdings reif, alle Auswürflinge Europas, die gepriesenen protégés Englands, in sich aufzunehmen. England, der verpestete Islamismus und die Revolution stehen in einem Lager und stehen gut zusammen; — aber Frankreich nimmt sich seltsam in dieser Gesellschaft aus. Truppen des Kaisers der Franzosen mit Truppen unter Kommando der Agenten Kossuths und Mazzinis in einer Linie — das will mir nicht munden; denn der Sieg dieser Truppen kann nie der Ordnung, nie dem Christentum, nie der Wahrheit und Sittlichkeit, kann nur dem zerstörenden Princip zu gute kommen. „Der Islam und der Hochmut des Unglaubens gegen das Kreuz." Ich bin kein Russenfreund (Gott weiß es!), aber diese Worte machen auf mich Eindruck.

Aber lassen wir das. Zunächst liegt mir eine Frage ob. Das Festungskommando von Mainz hat von Zusammenziehung französischer Truppen bei Metz gemeldet und den Antrag auf verschiedene Vorsichtsmaßregeln gestellt. Für diese bin ich verantwortlich. Mir ist nichts bekannt von Truppenbewegungen in Frankreich; doch erschreckte erst gestern wieder die hiesige Börse die telegraphische Nachricht aus Paris von abermaliger Verstärkung des Heeres um 40/m Mann. Daß ich aus Wien nichts erfahre, beweist noch nichts. Ich wende mich daher an Sie mit der Bitte, mich aufzuklären. Vorsichtsmaßregeln kosten Hunderttausende, also ohne Grund, auf Gerüchte hin, kann ich sie nicht beantragen.

In Preußens Haltung am Bunde keine Spur von Änderung.

An den Freiherrn v. Hübner.

Frankfurt, 25. Februar 1854.

Ihre Zeilen vom 22. verdienen meinen herzlichsten Dank. Seit dem Cirkular über Orloff's gescheiterte Sendung[1]) habe ich keine Zeile aus Wien. Die Richtung war hierdurch genügend angedeutet; der Gang selbst ließ noch verschiedenen Modalitäten das Feld.

Ist man einmal in eine so große Sache embarquiert, so wäre nichts verwerflicher als Halbheit. Ich sehe die Hand der Vorsehung darin, daß die Friedensbestrebungen zu nichts führten; sie würden eine geschwächte Türkei hinterlassen und die Entscheidungsfrage nach wenigen Jahren wieder auf den Tisch gelegt haben. Ich wünsche, daß sie gründlich gelöst werde.

Es scheinen mir aber Vorbedingungen für Österreich unerläßlich, ohne welche ich mich, wenn ich heute Minister wäre, zu thätiger Teilnahme nicht entschlösse. Ich müßte positive Garantien für meinen Besitz in Italien, gegen die Projekte Sardiniens und gegen das Getriebe der Schweiz, solche auch für meine Stellung in Deutschland allen möglichen Eventualitäten gegenüber haben; ich müßte in Bezug der Fürstentümer und Serbiens, sowie Montenegros gewiß sein, daß das Protektorat Rußlands ein für allemal abgethan sei, und, als Gewähr dafür, Stipulationen zwischen der Pforte und mir getroffen und gebilligt wissen, welche meinen Einfluß dort sicher stellen und dadurch bleibend dem russischen einen Riegel vorschieben; die Freiheit der Donau bis ins Meer müßte sicher gestellt sein und, da diese Freiheit nichts nützt, wenn die Plackereien im Bospor und in den Dardanellen stattfinden, so auch die unbehinderte Ein- und Ausfahrt für alle Handelsschiffe durch diese Engen; endlich müßte ich die Unterstützung der Regierungen auf den Geldmärkten von Paris und London zur Flottmachung meiner Finanzen haben.

Das hätte doch Hand und Fuß. Übrigens kann es nur einem so ganz Unwissenden wie mir erlaubt sein, Konjekturalpolitik zu

[1]) Österreichische Cirkulardepesche vom 9. Februar. Vergl. Poschinger, IV, 172.

treiben. Wüßte ich mehr über den Stand nach allen Seiten, so würde ich entweder vorsichtiger oder bestimmter und ausführlicher in meinen Äußerungen sein.

Die Welt bietet einen seltsamen Anblick, fast durchaus falsche Stellungen und doch klare, treibende Gründe dafür. Wenn man die Ausgangspunkte von Österreich und Frankreich ins Auge faßt, so hat man in Wien mehr Weg als in Paris gemacht. Das muß man, wie ich glaube, anerkennen und ihm Rechnung tragen. Daraus folgt aber eine Regel für die Conduite, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche.

Die Aufstände im Inneren der Türkei fürchte ich sehr, weil sie, wenn auch durch die Gelegenheit angefacht, auf einer natürlichen Basis ruhen und von Leuten gemacht werden, die besser als die Kabinette wissen, was Fermane und der aufrichtigste Wille des Sultans neben der Wirklichkeit sind. Auch sind die alten Hetäristen im Spiele, die keineswegs russisch sind, aber sich Rußlands bedienen wollen und sich deshalb für dasselbe aussprechen. Diese Leute glauben an die Herstellung des Byzantinischen Reichs nach 400 Jahren, wie die Sarazenen an die Herstellung ihrer Herrschaft in Syrien glaubten, als sie nach ein paar Jahrhunderten die Franken dort austrieben.

Ich teile auch so ziemlich die Bedenken Lord Greys[1]) über das, was nach dem Kriege kommen soll. Darüber muß man klar sein, sonst können die bösesten Verwicklungen kommen. Für jetzt und für später liegt das Problem in der Zufriedenstellung der Rajas; für diese ist aber bis jetzt nichts Genügendes geschehen. Lesen Sie die Berichte Lord Redcliffes und seiner Konsulen. Es kann auch ohne administrative Trennung, so daß die Fäden nur oben zusammenlaufen, nichts geschehen.

Der Himmel erhalte Sie bei Mut, Kraft und Ruhe.

---

[1]) Englischer Staatssekretär des Inneren.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 26. Februar 1854.

Herr v. Bismarck hat mir gestern eine Mitteilung gemacht, die außer meinem Kreise liegt, aber von zu großem Gewichte ist, als daß ich sie nicht auf außerordentlichem Wege zu Euer Excellenz Kenntnis brächte. Er unterrichtete mich, daß ihm telegraphisch aus Berlin die Nachricht zugekommen: „Der kaiserl. Hof habe, unter Androhung des Krieges, von Rußland die Räumung der Fürstentümer verlangt" — und er setzte bei, daß er leider eine Nachgiebigkeit Rußlands nicht als wahrscheinlich annehmen könne, und folglich Österreich in den Kriegszustand überzugehen im Begriffe sei. Von Preußen verlange man (von welcher Seite, wisse er nicht) die Aufstellung eines Armeekorps. Die Entschließungen seiner Regierung, dieser neuen Phase gegenüber, kenne er nicht, da er erst schriftliche Mitteilungen über Köln erwarte.

Das Vertrauen, welches Herr v. Bismarck bei seinem Kabinette genießt — der Umfang und die Genauigkeit der Mitteilungen, die ihm von dort zuzukommen pflegen, müssen mich voraussetzen machen, daß er mich auch diesmal der Wahrheit gemäß unterrichtet hat. Eine Art von Bestätigung finde ich auch in den Äußerungen des „Moniteurs" und L. Clarendons.[1])

Die Artikel des „Lloyd" haben mich gewissermaßen schon vorbereitet auf die aus höherem politischem Standpunkte hervorgehende Ansicht der Notwendigkeit einer völligen Lösung der Orientalischen Frage, die nicht wohl denkbar ist, so lang das Protektorat über die türkischen Länder an unserer Grenze nicht von Rußland genommen, und das Verhältnis hergestellt ist, wie es noch in den Achtzigerjahren gedacht war. Würde dies und die völlige Freiheit der Donau und der Durchfahrt vom Schwarzen Meere in den Archipel gewonnen, und überdies die Sicherung gegen alle Eventualitäten in Italien, sowie die gründliche Regelung der Verhältnisse zu Piemont und der Schweiz, so wären dies allerdings schwer wiegende Objekte, abgesehen von den Vorteilen, die eine rasche

[1]) Englischer Staatssekretär des Auswärtigen.

und genügende Benutzung der Stimmung auf dem Londoner Geldmarkte für unsere Finanzen abwürfe. Diese Objekte wären überdies nicht die einzigen.

Es wäre Anmaßung in meiner Lage, mich zu einem Urteil berechtigt oder befähigt zu glauben. Ich füge nur den mir erlaubten Wunsch bei, daß die Bundesverhältnisse sich würdiger und nützlicher gestalten mögen.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 20. März 1854.

Schon vor mehreren Wochen habe ich für mich die anliegenden Zeilen niedergeschrieben, aber sie niemand mitgeteilt. Ob ich richtig denke, überlasse ich Euer Excellenz Urteil um so ruhiger, als Sie meinen beschränkten Standpunkt ja ohnedies im Auge halten.

Die Mitteilung des Herrn v. Manteuffel an die Kammern wird das in neuester Zeit wirklich schon fast besiegte Mißtrauen in Preußen wieder allgemein aufregen. Die Absichten Preußens sind mit weißem Faden in den schwarzen Grund genäht: Sich in Petersburg auf unsere Kosten schön machen — Deutschland durch die Lockung des Friedens an sich ziehen — faktisch das Gagern'sche Projekt der Ausscheidung Österreichs erneuern — uns womöglich recht tief hineinreiten und dann im Trüben die Hegemonie herausfischen. Wenn uns diese Politik einen Anhaltspunkt gäbe, um uns selbst vom Kriege fern zu halten, so wäre sie brauchbar; aber ich betrachte die Sache zu weit vorgeschritten (besonders seit der Verwerfung der russischen Präliminarien, die ich mir nur durch eine zwingende Lage zu erklären weiß), als daß man sich mit einer replâtrage, die in wenigen Jahren die Frage aufs neue auf den Tisch legte, zufrieden stellen könne. — Oder will Preußen, um sich bei Rußland entschuldigen zu können, vielleicht nur durch England sich nötigen lassen? — Ich glaube dies kaum; es denkt vielmehr wirklich seine Politik durchführen zu können.

Herr v. Dalwigk sagte mir, er wisse für gewiß, daß Preußen uns in Paris möglichst verdächtige, und sein Zurückhalten durch die Hintergedanken Österreichs entschuldige. Sir Alexander Malet, der eben aus London zurückgekehrte englische Gesandte, versichert mich, man betrachte dort die Anwesenheit des Herrn v. Bismarck in Berlin für sehr schädlich. Mir hatte Herr v. Bismarck bei seiner Abreise nach Berlin angedeutet, daß für Preußen die Erringung einer richtigen Stellung in Deutschland das Ziel aller Politik und die Hauptaufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt sein müsse.

Wenn Österreich, wie billig, die Unterstützung des Bundes für sich in Anspruch nehmen will, und Preußen das Gegenteil, indem es seine und Deutschlands Interessen von denen Österreichs sondert, so muß ich zunächst noch an der Möglichkeit einer gemeinsamen Vorlage zweifeln. Sollten Euer Excellenz sich aber zu einer nur von Österreich ausgehenden entschließen, so ruht die in meinem gehorsamsten Bericht bezüglich auf Württemberg und Baden gemachte Äußerung darauf, daß der württembergische Bundestagsgesandte kein geeigneter Mann ist, um durch ihn auf seine Regierung zu wirken, und daß ich Herrn v. Rüdt, wegen des Kirchenzwistes, dermalen sehr zu Preußen, das seinen schlechten Gang belobte, geneigt weiß. Auf Bayern müßte durch das Kabinett gewirkt werden, denn Herr v. Schrenk ist ein reiner Jurist. Über Sachsen bin ich nicht im klaren. Welche Hebel Preußen dort und anderwärts ansetzt, weiß ich nicht; daß es aber nicht unthätig, läßt sich vermuten, und daß Herr v. Beust eher zu einer passiven als zu einer aktiven Stellung gegenüber von Rußland sich neigt, glaube ich. Hannover dürfte mit uns gehen. Oldenburg, die sächsischen Häuser, Luxemburg sind ganz preußisch, Holstein und die Hansestädte würden es wohl gezwungen sein.

Es regten sich mehrere Stimmen und drangen bis zu mir über das Schweigen des Bundes wegen wahrscheinlicher Benützung des Kieler Hafens durch die englische Flotte. Ich antwortete, der Kieler Hafen sei ein offener, und jede im Frieden mit Dänemark befindliche Flagge berechtigt, dort ein- und auszulaufen.

Von einer Haltung wie die preußische zu einer Allianz mit Rußland scheint mir kein weiter Weg, und das Gegengewicht von Frankreich in Berlin nicht besonders gefürchtet.

Beilage.

Ich frage mich: Was ist der wahre Anlaß zu diesem Kriege? Ist es der Vorgang des Fürsten Menschikoff? Das kann nicht sein, denn ein Blatt Papier hätte an den Interessen und Machtverhältnissen der europäischen Staaten nichts geändert. Auch wurde nicht der Buchstabe des gestellten Begehrens, sondern der vermeintliche Sinn desselben der diplomatischen Gegenbestrebung zu Grunde gelegt. Es war die Auslegung, an die man sich selbst dann noch hielt, als Rußland sie als eine irrige von sich wies, und man Rußland nur beim Wort zu nehmen brauchte, um den Frieden zu erhalten, und zugleich der Pforte eine Stellung zu geben, die gesicherter war, als sie jemals wieder eine zu erreichen im stande sein wird. Aber diese Frage verdient kaum eine ernste Erwägung, denn es war ganz gleichgiltig, was Rußland dachte oder beabsichtigte; die Entscheidung lag noch zur Zeit der ersten Wiener Note einzig daran, wie die vier Mächte und die Pforte sie verstanden. Unterzeichnete sie die Pforte, so waren ihr alle Kriegsrüstungen und alle drückenden Folgen materiellen Schutzes, der ihrer Unabhängigkeit unmöglich zu gute kommen kann, erspart; es gab keinen Einmarsch in die Fürstentümer, Rußland war thatsächlich zum Rückzug auf diesem Felde genötigt, und der Friede blieb erhalten und gesichert.

Die Macht, die aber vom Anfang an einen anderen Weg ging, war England. Das Blaubuch ist Zeuge davon, daß der englische Botschafter entschieden auf den Bruch hinarbeitete. Er entsprach der Partei, welche die Oberhand im Ministerium gewann und die öffentliche Meinung hinter sich hatte. Wollte aber England den Krieg, so schrumpft die Sendung Menschikoff zu einem Vorwand zusammen, und der wahre Anlaß, der bestimmende Grund zum Krieg muß wo anders gesucht werden. Da bietet sich von selbst die Ansicht dar, daß man in England die Machtzunahme Rußlands bereits bis an die Grenze gelangt betrachtete, wo eine Minderung derselben für nicht länger aufschiebbar galt, und sich daher — unter der sonstigen Gunst der Verhältnisse — entschloß, den dargebotenen Vorwand zum Krieg zu ergreifen. — So erkläre ich mir den Krieg. — Man zog Frankreich hinter sich her, ließ es — so weit es not that — voranlaufen, bot — wo in der öffentlichen Meinung das politische Motiv nicht ausreichte — den aus

Instinkt erwachsenen Haß gegen Rußland auf, und suchte nach Möglichkeit die beiden deutschen Großmächte, denen das eigene Interesse die Vermittlerrolle für den Frieden auferlegte, auf diesem Weg selbst zu sich herüberzureißen.

Ist diese Auffassung richtig, so erklärt sie weiter nichts als eine Thatsache, die außer unserem Bereich liegt: England, wenn es den Krieg wollte, hat bewiesen, daß es daran nicht gehindert werden kann.

Dieser Thatsache gegenüber steht die Frage: Was ist für uns in solcher Lage zu thun? — Es liegt keine Rechtsfrage vor, sondern eine rein politische; sie kann also nur aus politischem Standpunkt beantwortet werden. Wohin weisen unsere Interessen?

Eine Machtverringerung Rußlands, insofern sie uns von der Gefahr für unsere südliche Grenze befreien würde, ist kein Nachteil für uns, die Machterweiterung Englands oder Frankreichs ebensowenig ein Vorteil. Wir haben also kein Interesse, die eine zu hindern oder die andere zu fördern. Das Natürlichste wäre daher das Zuwarten in gehöriger Rüstung und mit völlig freiem Entschluß.

Ob diese Haltung möglich ist, weiß ich nicht. Die zu Paris und London mit solch betäubender Entschiedenheit hinausgeschickten Behauptungen beweisen mir wenigstens das sehr begreifliche Drängen von dieser Seite, und ich muß annehmen, daß auch von der anderen Seite das Drängen nicht fehlt. Unsere Lage und Macht erklären beides und geben uns allerdings den Vorteil, uns nur auf Bedingungen, die wir selbst vorzeichnen, zu entscheiden.

Ist die zuwartende Haltung nicht einzuhalten, und ist man zur Wahl genötigt, so ist allerdings nicht zu verkennen, daß der Anschluß an die Westmächte unmittelbar drohende Gefahren ferner hält, dieselben gründlich zu beseitigen Gelegenheit giebt und Österreich die Aussicht eröffnet, das Protektorat Rußlands über die Fürstentümer und Serbien ein für allemal auszuscheiden. Auch mag dieser Weg Österreich in die Lage setzen, die Schwächung Rußlands bis über die richtige Grenze hinaus zu verhüten, und ebenso zu hindern, daß sich die Seemächte etwa in der Europäischen Türkei festsetzen.

Der Anschluß an Rußland würde uns dem Angriffe Frankreichs und Englands aussetzen und könnte nur unter der Voraussetzung zu wagen sein, daß man der thätigen Beihilfe Preußens ganz sicher wäre. Es müßte, um die ganze Lösung zu bringen, gewissermaßen die Teilung der Europäischen Türkei zur Bedingung und Folge haben. Die Chancen aber stehen in diesem Fall sicher nicht für, sondern gegen uns.

Aus dem Gesagten folgt:

1. daß die zuwartende Stellung so lange einzuhalten ist als möglich;
2. daß, wenn sie aufhört möglich zu sein, der Anschluß an die Westmächte vorteilhafter ist, jedoch nur unter der Voraussetzung klar ausgesprochener Bedingungen, welche unsere Stellung in Deutschland und Italien sichern, die Verhältnisse der Schweiz und Piemonts definitiv regeln, und uns eine solche Stellung zur Türkei vorbereiten, die den Einfluß Rußlands auf diesem Felde in zweiter Linie hält.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 22. März 1854.

Mir scheint der Augenblick so dringlich, daß ich nicht zögern darf, mein geringes Scherflein zur Beleuchtung der Lage Euer Excellenz zu Füßen zu legen.

Die Duplizität Preußens ist wohl nicht zu bezweifeln; es frägt sich nur, ob man in der Lage ist, davon Notiz nehmen zu dürfen. Ich habe nie ein redliches Spiel von dieser Seite erwartet und frage mich oft, ob man eine Konstellation nicht herbeiwünschen, und wenn sie da ist, benützen soll, um Preußen mit Hilfe der Seemächte auf eine unschädliche Größe zu reduzieren. Wir werden den Rivalen nie los, so lang er bei Kräften bleibt, und noch weniger, wenn er sie vermehrte. Die Politik Kaunitz' war gegen die Anmaßungen Friedrichs gerichtet, und das jetzige Preußen ist nicht

anders als Friedrich. Wer immer in Frankreich herrsche, und wäre es die Republik, das kann über die Zweckmäßigkeit einer Politik nicht entscheiden.

Ich vermute, daß Oberstlieutenant v. Manteuffel[1]) viele schöne Worte und Auslegungen gegeben haben wird. In der offiziellen Sprache aber sprechen sie nie anders. In den Jahren 1849 und 1850 waren es die Kammervorlagen, welche den wahren Gedanken der Regierung noch am klarsten durchscheinen ließen.

Das Cirkular vom 16. enthält ebensowenig als der Vortrag des Ministerpräsidenten die klare Anerkennung, daß die Interessen, welche Österreich berufen sein kann an der Donau zu verteidigen, deutsche Interessen seien. Es sagt vielmehr nur, daß Österreich sie dafür ansehe. Für deutsche Interessen erkennt es nur die preußischen. Die Stelle des Vortrags: „Jedem Bundesgenossen treu zur Seite zu stehen, der durch seine geographische Lage früher als Preußen berufen sein möchte, zur Verteidigung deutscher Interessen das Schwert zu ziehen", ist hier allgemein nur so verstanden worden, daß, wenn Frankreich einen Bundesgenossen Preußens, z. B. Baden bedrohe, Preußen ihm in der Verteidigung seines Landes zur Seite stehen werde. Da in allen andern Stellen Österreich nicht unter der Bezeichnung „unsere deutschen Bundesgenossen" mit aufgenommen ist, so hielt man sie auch in dieser Stelle nicht auf Österreich anwendbar.

Der Dünkel, für sich allein stark genug gegen Frankreich zu sein, herrscht in ganz Preußen. Der Kriegsminister v. Bonin hat mir diese Überzeugung im vorigen Sommer auf das breiteste entwickelt. Auch ist aus den Verhandlungen mit uns über die Eventualitäten eines Krieges mit Frankreich immer sichtlich der preußische Wunsch hervorgegangen, daß wir recht schwach in Deutschland auftreten möchten. Ein Krieg gegen Frankreich ohne uns und während

---

[1]) Oberstlieutenant v. Manteuffel wurde nach Wien gesendet wegen der Verhandlungen über gemeinsame militärische Maßregeln, welche Feldzeugmeister Baron Heß gleichzeitig in Berlin pflog, und die am 20. April zum Abschluß eines Bündnisses und einer Militär-Konvention führten, laut welcher Preußen unter Umständen 100.000 Mann an der Ostgrenze aufzustellen und seine Armee zu verstärken hatte.

wir anderswo engagiert sind, kann umsomehr in der preußischen Berechnung liegen, als auf diesem Wege allein zur Hegemonie zu gelangen ist. Heute ist es ein Protektorat, welches in Anspruch genommen wird. Es entfernt Oesterreich und verwirklicht den alten Ausschließungsplan. Das muß allen deutschen Staaten einleuchten, und wohin es führt auch.

Österreich lähmt die ganze Bestrebung, sowie es sich auf dasselbe Feld wie Preußen stellt, aber es giebt damit seine Interessen im Orient auf, ladet sich die Seemächte auf die Schultern, erscheint allerorts als gezwungen, hat also dafür auch in Petersburg keinen Dank, gewinnt dadurch am Bunde gar nichts und ermutigt Preußen nur zu neuen Bestrebungen. Aus meinem Standpunkte sehe ich nicht weiter. Desto sehnsüchtiger sehe ich einem Wort entgegen, das mich berichtigen, aufklären oder leiten kann.

Wenn die Staaten zu einer klaren Einsicht in das letzte Ziel Preußens kommen, so sollte man es nicht für möglich halten, daß auch nur einer seine Stimme Österreich versage. Bliebe Preußen auch ganz allein, so wäre es doch ein Riß durch den Bund. Ich würde es für kein Unglück halten; durch das Selbstausscheiden Preußens entstünde nur ein besserer Bund.

An den Grafen Ficquelmont.[1])

Frankfurt, 26. März 1854.

Mit wärmstem Interesse habe ich „Die religiöse Seite der Orientalischen Frage“[2]) gelesen und kann mir nicht versagen, ein paar Worte darüber niederzuschreiben.

Die Schrift in ihrer praktischen Bedeutung ist eine Bankrotterklärung der heutigen menschlichen Weisheit. Dieses Urteil wird die Zeit unfehlbar rechtfertigen, denn das Dilemma, in welches

[1]) Ehemals österreichischer Gesandter in Petersburg; im Jahre 1848 kurze Zeit Minister des Auswärtigen.

[2]) von Graf Ficquelmont.

sich die Westmächte verrannt haben, ist auf den Wegen, die sie gehen, ohne Ausweg. Sich zur Lösung des Streits über die heiligen Stätten auf den gemeinsamen Boden des Christentums zu stellen, hatte, so viel wie bekannt, das k. k. Kabinett im Jänner 1853 angeraten. Dieser Rat ist mißverstanden worden, weil die christliche Auffassung gänzlich fehlte. Die Unabhängigkeit der Türkei wurde als Vorwand vorangestellt. Daß es keine gebe, keine geben könne, wurde absichtlich nicht in Betracht gezogen, und an dieser Lüge selbst wird die Strafe dafür sichtbar werden. Wenn man dem Kaiser von Rußland ein Verbrechen daraus machen will, daß er zur friedlichen und freundlichen Beratung über die Eventualität des Absterbens des Türkischen Reiches aufforderte, so ist dies ein Armutszeugnis für sich selbst. Nicht diese Intention verdient einen Vorwurf — höchstens der Mangel an Klugheit, der sich im Vertrauen vergriff, und der mit dem irrigen Urteil über Personen zusammenhängt, was mir von seiten des russischen Hofes nicht neu ist.

England wollte den Krieg. Das steht bei mir über jeden Zweifel fest. Was die bestimmenden Gründe dafür seien, scheint mir kaum der Untersuchung wert. Die Thatsache genügt und nötigt, ob gerecht oder ungerecht, ob vernünftig oder unvernünftig, die andern Staaten und namentlich Österreich zu einem Entschlusse. Da fangen meine Zweifel an. Die Wahl ist nur zwischen zwei thätigen Rollen, oder einer Stellung zwischen beiden. Der Anschluß an Rußland bringt unmittelbare Gefahren und einen lähmenden Druck der öffentlichen Meinung, finanziellen Ruin und, im günstigsten Fall, einen großen Nachlaß von Verlegenheiten nach allen Seiten hin. Der Anschluß an die Westmächte, wenn richtig benützt, erlaubt eine Verbesserung und Sicherung der Lage der Monarchie, wie sie ohne solche Gunst der Umstände nie erreicht werden kann, und ist zugleich das Mittel, dem Eifer der Westmächte billige Schranken zu setzen. Aber trotz dieser Vorteile sträubt sich das sittliche Gefühl gegen eine Verbindung mit einer so gewissenlosen Macht wie England; man könnte sich höchstens sagen, daß man die Brut ihrer politischen Niederträchtigkeiten in ihrem eigenen Schoße erwürgen würde durch die Rücksichten, die man ihr abzwänge. Auch kann ich mir ein Verhalten Rußlands denken, das uns zu diesem Bunde nötigen würde, und wenn ich die Mission

Orloff[1]) richtig verstehe, so hat sie die Garantien für die Nichteinverleibung der Fürstentümer gemindert. Das Natürlichste scheint mir allerdings die zuwartende Stellung mit Bereithaltung nachdrücklicher Mittel, schon weil sie Preußen bindet, in das ich keinen Glauben finden kann.

Für die ersten fünfzig Seiten der Schrift setze ich kein Verständnis bei den Regierenden in Deutschland voraus. Unter den Regierenden verstehe ich weniger die Souveräne als die Systeme, in denen sie eingeschnallt liegen, und zu welchen die Schnüre in den Händen einer durch Indifferentismus und Afterweisheit dem Leben der Völker entzogenen Bureaukratie sich befinden. Von den protestantischen Regierungen ist nach meiner Ansicht gar kein Verständnis religiösen Bedürfnisses mehr zu erwarten, und von den katholischen kaum mehr. Dagegen ist allerdings im Volke instinktmäßig ein Suchen nach religiösen Anhaltspunkten bemerklich, aber das wird zunächst noch von den bureaukratischen Machthabern bekämpft oder ignoriert. Daher auch die gänzliche Nichtachtung der religiösen Seite der Orientalischen Frage. Keine Regierung, mit Ausnahme der russischen, kennt das Gewicht des religiösen Elements. Die sogenannten Bestrebungen der Westmächte für die Christen sind ein schlagender Beweis ihres Unglaubens und ihrer Unfähigkeit, religiöse Bedürfnisse zu verstehen.

Euer Excellenz Urteil über die Tripelallianz von 1827 ist das Wahrste, das ich noch gelesen. Sie führte den Salomonischen Spruch aus und verwandelte Weisheit in Thorheit. Ebenso wahr, was über den Vertrag von 1841 gesagt ist und über Lord Redcliffes Wirksamkeit. Die Regeneration der Pforte auf dem Wege des europäischen Liberalismus ist ein Unsinn. Hätten die Mächte nicht dem eitlen Wahne gehuldigt, daß die Macht alles vermöge, alles rechtfertige, hätten sie die naturgemäßen Gestaltungen gefördert, statt ihnen entgegenzutreten, so läge die ganze Frage heute anders und ihr Wort wäre nicht eine übertünchte Leiche.

Man beharrt in demselben verderblichen Wege und die Folgen werden danach sein. Die größten Schwierigkeiten werden erst nach dem Kriege vortreten. Wer so wie ich durch 20 Jahre dem Wirken,

[1]) Vergl. S. 356.

namentlich Englands, in der Levante zusah, hat keine Hoffnung einer verständigen Lösung. Die Fragen, auf die es ankommt, sind durch die Waffen nicht zur Entscheidung zu bringen. Vielleicht kömmt die Verständigung nach dem Kampfe.

Ich freue mich Euer Excellenz litterarischer Thätigkeit. Die Staatsmänner im Amte haben unter dem Drange der Geschäfte keine Zeit, um solche Thätigkeit zu würdigen, aber die besseren unter ihnen verkennen sicherlich nicht, daß ihre eigene Wirksamkeit durch die richtigen oder unrichtigen Ideen bedingt ist, die sie erworben haben. Das Medium der öffentlichen Meinung, in der wir uns bewegen, ist nicht minder von großem störenden oder helfenden Einflusse, und die Schrift eines Denkers daher oft von größerer Tragweite als eine Maßregel, die Millionen kostet. Die gräuliche Verwirrung in den Ansichten über die orientalischen Verhältnisse, aus welcher wieder die politischen Verwicklungen sprossen, hat ihren Grund in dem Mangel rechtzeitiger und ehrlicher Aufklärung über Zustände und geschichtliche Thatsachen.

An den Grafen Thun in Berlin.

Frankfurt, 1. April 1854.

Wenn, wie mich Herr v. Bismarck versichert, russischerseits alle Garantien, die wir notwendig haben, gegeben sind, und preußischerseits der Erneuerung des Maivertrags von 1851 [1]) kein weiteres Hindernis entgegengesetzt wird, so begreife ich die Ausführbarkeit einer Neutralitätsstellung Österreichs, Preußens und des Bundes. Der Unmut der Westmächte wird dabei nicht zu vermeiden sein und mag auch seine Berechtigung haben, aber es scheint mir nicht wahrscheinlich, daß er bis zu Feindseligkeiten ausarte, und würde auch dann abzuwehren sein.

Eine Voraussetzung ist aber für diesen Gang unerläßlich, nämlich, daß man der Treue und Redlichkeit Preußens auch ganz

---

[1]) Vergl. S. 221.

sicher sei. Ich bin froh, dafür keine Verantwortlichkeit übernehmen zu müssen. Am 18. scheint in Berlin noch die Erwartung und der Wunsch vorgewaltet zu haben, daß sich Österreich in den Fürstentümern engagiere, und an Preußen die unbeteiligte Stellung und Deutschland überlasse. Heute scheint für diese Erwartung kein Raum mehr zu sein, da Österreich die gleiche Stellung mit Preußen einnehmen zu wollen scheint. Ist diese friedlich durchführbar, so werden wir die Treue Preußens erst dann zu erproben in der Lage sein, sobald im Orient wieder Friede verhandelt und geschlossen wird, denn dann wird es sich um Garantien der deutschen — bezüglich österreichischen — Interessen in der Türkei für die Zukunft handeln. Käme es aber, im Zuge der Entfremdung, dennoch bis zum Bruche mit den Westmächten oder mit Frankreich, so wird die Probe früher eintreten. Wenn sich dann die Unterstützung Preußens so gestalten sollte, daß wir mit unseren Hauptkräften in Italien stecken, während Preußen thatsächlich als erste Macht die Verteidigung von Deutschland übernimmt, so sehe ich unsere Stellung im Bunde für verloren an. Aus dem Siege (und wer wird die Niederlage wünschen!) folgt die Hegemonie von selbst.

Das Mißtrauen gegen Preußen zu zerstören, ist keine „Österreichische Korrespondenz" im stande. Es müßte hier eine ganz andere Haltung preußischerseits angenommen werden, um dies zu erwirken, als sie wirklich ist. Daß selbst heute noch die Festungsausbaufrage, allen möglichen Konzessionen von Österreich zum Hohne, in Berlin keine Erledigung findet, muß bestimmender wirken als alle schönen Worte. Daß Preußen entschieden das Oberwasser hat und an Österreich kein Halt ist, hat sich zur Überzeugung ausgebildet, welche die besten der Bundestagsgesandten, wie Nostitz, Trott, Münch, fast erdrückt, und in der Haltung aller übrigen sichtbar ist. Keine einzige der Quälereien des Präsidiums ist selbst heute noch aufgegeben. Ich versichere Sie, mein verehrter Graf, mich erfüllt die Konsequenz mit Schauder, mit welcher die völlige Desorganisation des Bundesorgans und selbst des Bundesmilitärwesens von preußischer Seite betrieben wird. Auch in der Militärkommission sind alle unsere Anhänger in Verzweiflung; sie finden keine Stütze an uns. Hierzu das scheußliche Getriebe der von den

preußischen Organen ausgehenden Blätter, die Österreich in den Schlamm zu drücken bemüht sind.

Im Einklang mit dieser demolierenden Wirksamkeit ist die heute bekannt gewordene Ernennung des Generals Grafen Waldersee zum Oberkommandanten der Bundesgarnison von Frankfurt. Wenn ich mich der Angriffe in den preußischen Noten auf die Kumulierung der beiden Posten eines Oberkommandanten und eines Militärbevollmächtigten in der Person des Generals Schmerling erinnere, — an die Beteuerungen des Herrn v. Bismarck, daß Graf Waldersee gar keine Chancen für das Oberkommando habe, und daß die bezüglichen Versicherungen in den Blättern jeder Wahrheit entbehrten, so habe ich Ursache, überrascht zu sein. Der wenig verträgliche Charakter dieses Generals macht mir Besorgnisse.

Ich habe vor zwei Tagen an Feldzeugmeister Baron Heß in Berlin geschrieben, um ihm die Festungssache (Ulm und Rastadt) zu empfehlen. Er glaubte sie während seines letzten Aufenthalts in Berlin über jeden Zweifel erhaben, und bis zur Stunde ist nichts geschehen! Will man die Sache bei uns nicht, so soll man es mir sagen. Will man sie aber, so habe man die Energie dieses Willens. Bevor dieser Monat vergeht, werde ich aus Mangel an Geldmitteln die Auflösung aller Baubehörden, die völlige Einstellung des Baues beantragen müssen!

An den Feldzeugmeister Baron Heß in Berlin.

Frankfurt, 7. April 1854.

Ich habe Dir vor ein paar Tagen wegen Ulm und Rastadt geschrieben. Seitdem erhalte ich die amtlichen Kassenbestände, die, mit den Erfordernissen zusammengehalten, mir darthun, daß gegen Ende Mai das vorhandene Geld aufgebraucht ist, so daß nicht einmal die bereits bewilligten Arbeiten fortgesetzt, viel weniger die von den beiden Obersten Maly und Fischer gemeinschaftlich beantragten (deren Bewilligung noch aussteht) begonnen werden können. Die Festungsfonds haben aber an die Marine noch über

$2^1/_2$ Millionen zu fordern, und die Reintegrierung dieser Fonds bildet seit lange eine Aufgabe der Bundesversammlung, die — nach den von Österreich mit größter Liberalität angebotenen Opfern — keiner Schwierigkeit unterliegt, sobald Preußen sich zu den Bauvorschlägen seines eigenen Kommissärs, des Obersten Fischer, die wir schon seit Dezember angenommen haben, bekennt, und sonach auch die Baufrage eingebracht werden kann. Geschähe dies, so würde hinlängliches Geld für ein paar Jahre vorhanden sein und bis zur Vollendung alles Bewilligten und noch zu Bewilligenden.

Was Preußen veranlaßt, allen Zusagen entgegen und nachdem wir seit Jahr und Tag uns allen seinen Wünschen in dieser Sache gefügt haben, über die Vorschläge seines Kommissärs sich nicht auszusprechen, und zu hindern, daß die Baufrage, wie es von beiden Kabinetten verabredet war, vor den Bund gebracht werde, weiß ich nicht; aber so viel ist mir klar, daß die Einigung zwischen den beiden Mächten insolange keinen Glauben finden wird, als Süddeutschland durch die preußische Negation preisgegeben ist. Das Mißtrauen hat Erklärungsgründe genug dafür, die an sich hinreichen, um allen diplomatischen Versicherungen den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Man weist auf die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich, die nach den Kundgebungen der preußischen Politik sicher nicht ausgeschlossen ist, und einer solchen Möglichkeit gegenüber läßt man die Werke von Ulm und Rastadt halb im Ausbau, läßt die Bresche auf dem Kuhberge mit alttürkischer Gleichgiltigkeit bestehen, legt eine lähmende Indifferenz an den Tag!

Ich glaube nicht, daß daraus eine Ehre oder ein Vorteil für Preußen erwächst.

Ich schreibe Dir nochmals pour acquit de conscience und wälze alle Verantwortlichkeit feierlich von mir. Im halben Mai muß ich, wenn bis dahin die Frage nicht befriedigend gelöst ist, selbst für den laufenden Bedarf der bewilligten Arbeiten eine Anleihe beantragen und, wenn auch diese Widerspruch finden sollte, die Arbeiten einstellen, die Baubehörden auflösen und den Skandal deutscher Spaltung vor Europa aufdecken.

In herzlichster Ergebenheit — — — — — — — —

An den Feldzeugmeister Baron Heß in Berlin.

Frankfurt, 11. April 1854.

Deine Zeilen vom 7. sind mir erst gestern zugekommen. Ich frug sogleich meinen preußischen Kollegen, ob er die zustimmende Instruktion in Bezug auf Ulm und Rastadt habe, und gab ihm Kenntnis von dem Inhalt Deiner Zeilen. Er antwortete: „Der General ist im Irrtum. Geschrieben ist mir viel in der Sache, aber noch keine zustimmende Instruktion".

Die Sache liegt also nicht hier, sondern in Berlin. Was würde man in Berlin wohl sagen, wenn Österreich in dieser Angelegenheit den Gang verfolgte, den Preußen verfolgt? Ich kann die Schlußfolgen nicht hindern, zu denen man gelangt, wenn man die klarsten Interessen der Verteidigung Süddeutschlands, richtiger gesagt Deutschlands, preisgegeben sieht.

Wir haben die größten Rücksichten für Preußen in dieser Sache, die nicht eine österreichische, sondern eine deutsche ist, beobachtet, — haben von dem Vorteile einer überwiegenden Majorität keinen Gebrauch gemacht, haben zur teilweisen Reintegration der Festungsfonds, die der preußische Gesandte als Auskunftsmittel für den einstweiligen Bedarf vorschlug, eingezahlt, obwohl Preußen seinen Vorschlag für sich wieder zurücknahm, haben für die totale Reintegration die größten, selbst von Preußen für zufriedenstellend anerkannten Opfer angeboten, haben uns der technischen Kommission gefügt, haben schließlich die Vorschläge des preußischen Technikers angenommen — und Preußen schweigt seit Dezember, und macht daher auch das zweite Jahr für den Ausbau verlieren, und das zu einer Zeit, wo niemand für das Morgen gutstehen kann, und wo nur die redlichste Fürsorge für die Interessen der Verteidigung die Regierungen der Mittelstaaten mit wahrem Vertrauen in die beiden Großmächte zu erfüllen im stande ist.

Ich wasche meine Hände. Im Mai bin ich mit dem Gelde vollends zu Ende, und dann, wenn bis dahin nicht Mittel getroffen sind, stehe ich an dem größten Skandal, an der Einstellung aller Bauten, auch der bewilligten. Dann wird Deutschland und die Welt wissen, woran sie mit uns sind.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 19. Mai 1854.

Aus den Mitteilungen aus München werden Euer Excellenz bereits unterrichtet sein, daß man beide Gegenstände, die Vorlage am Bunde und die Einladung zum Beitritt zu dem österreichisch-preußischen Bündnisse, als connex betrachtet. Will man sich über die letztere unter den Mittelstaaten beraten, so wird man auf die erstere keine positive Antwort geben, insolange wenigstens der Entschluß zum Beitritt zu Bamberg[1]) nicht gereift ist. Daher der Antrag auf Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß, was nichts anderes heißen will als: Wir wollen zur Formulierung unserer Zustimmung Zeit gewinnen, bis wir aus Bamberg den Wink bekommen, sie zu geben. Dieser Wink kann drei Wochen auf sich warten lassen, aber er kann nicht ausbleiben, weil man über den Beitritt selbst wohl nicht im Schwanken ist, sondern nur die Formel dafür sucht und, seine Würde durch die Thatsache der Verhandlung zu verteidigen, als Hauptsache im Auge hält. Ist man in Bamberg darüber einig, daß man beitritt, dann kann man auch ohne Verzug den erwähnten Wink erteilen. Die Verwandlung des Beitritts der einzelnen Staaten in den Beitritt des Bundes, d. h. die Formulierung eines Bundesbeschlusses, der, was Österreich und Preußen unter sich vereinbart haben, zum Werk des Gesamtbundes macht, kann erst später erfolgen und setzt eine Vorlage voraus.

Ich werde am 24. die Vorlage einbringen. Mit Bayern werden Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und — wenn auch aus andern Gründen — Holstein und Luxemburg, wahrscheinlich auch Nassau und Braunschweig, dann Mecklenburg stimmen, vielleicht auch Darmstadt — 9 bis 10 Stimmen. Wären es aber auch nur 8, so würde ich es für einen Fehler halten, sie majorisieren zu wollen, denn dadurch markierte man eine Abtrennung der Königreiche und wichtigsten Mittelstaaten, würde ihre Regierungen verletzen und ihre Zustimmung, die nicht ausbleiben kann, hinausschieben und erschweren.

---

[1]) Die Mittelstaaten waren zu neuen Konferenzen in Bamberg zusammengetreten.

Ich werde also der Verweisung an einen Ausschuß nicht entgegentreten und nur Sorge tragen, daß derselbe den Charakter eines Redaktionsausschusses annehme.

Ich weiß wohl, daß ein Bundesbeschluß über die demnächst zu erwartende weitere Vorlage (die Beitrittsfrage) die frühere, dermalige Vorlage und die Zustimmung zu derselben unnötig machen würde, weil er sie in sich faßt. Aber so lange zu warten, war eben aus Rücksicht für den Bund nicht zulässig, und ließ man sich durch diese Rücksicht zu der heutigen Vorlage bestimmen, so müssen auch die Staaten die Gegenrücksicht haben, darauf geziemend und so bald als möglich zu antworten.

Herr v. Bismarck versichert mich, schon in Berlin die Schwierigkeiten erkannt zu haben, welche einer sofortigen Abstimmung entgegenstehen würden. Er denkt über den einzuhaltenden Gang gerade wie ich und schrieb auch in diesem Sinne nach Berlin, ist überhaupt aufrichtig und thätig bemüht.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 15. Juni 1854.

Herr v. Bismarck verbreitet die Meinung, daß in Berlin der Ton unserer Aufforderung nicht gefallen habe, und daß es in Tetschen [1]) gelungen sei, unsere »ardeur« zu mäßigen. Die Bamberger Gesandten scheinen über das Werk ihrer Regierungen ver-

---

[1]) Nachdem Österreich schon vor Abschluß des Bündnisses mit Preußen erklärt hatte, von Rußland die Räumung der Fürstentümer fordern zu müssen, und Preußen diesen Schritt genehmigt hatte, sprachen die Bamberger Koalierten ihre Bereitwilligkeit, dem österreichisch-preußischen Bündnis beizutreten, in einer Note vom 25. Mai zwar principiell, doch unter Beschränkungen aus, welche den Absichten des Wiener Kabinetts nicht entsprachen. Graf Buol ging daher selbständig vor und richtete die Aufforderung zur Räumung am 3. Juni nach Petersburg. — Bei der darauffolgenden Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit dem König von Preußen in Tetschen billigte letzterer diese Aufforderung und ließ eine Depesche nach Petersburg richten, welche die österreichische Forderung unterstützte.

legen. Hannover, beide Hessen und Baden klagen über Bayern und Sachsen und sind beeifert, die Schuld von sich abzuwälzen. Alle bitten mich, dafür zu wirken, daß die Sache vor den Bund komme und setzen den Erfolg außer Zeifel.

Bayern, in der Absicht, die dritte Großmacht zu bilden, hat den Gleichberechtigungspedantismus der einen und die russischen Sympathien der andern ausgebeutet. Diese letzteren sind an allen Höfen noch in Zunahme. Auch verbreitet man hier Briefe aus Wien, welche die Existenz dieser Sympathien in den höheren, namentlich in den militärischen Kreisen belegen sollen.

Die freien Städte und die kleinen Regierungen haben diesmal ein unbefangeneres Urteil als die Mittelstaaten. Die Vertreter jener begreifen sogar, daß ein Zusammenstehen der vier Großmächte gegen die fünfte sich nicht so leicht wiederholen wird, daß also der Augenblick verlangt, daß man seine Rechnung mit Rußland in Ordnung bringe. So weit es gelingt, lasse ich kein Wort des Zweifels an Preußen auftauchen; aber dieser Zweifel ist in der großen Mehrzahl unserer Anhänger. Graf Kielmansegg[1]) sprach mir gestern mit Eifer über mein Unrecht, in Preußen ein so entschiedenes Vertrauen zu setzen. „Es werde uns, sobald wir mit Rußland engagiert sind, sicher große Verlegenheiten bereiten. Eben deshalb sei es notwendig, die Mittelstaaten zu menagieren.“

Preußen macht in der Festungs-Ausbaufrage noch einige Detailschwierigkeiten, die ich aber im Laufe der Woche zu beseitigen hoffe.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 9. Juli 1854.

In der oberrheinischen Kirchenprovinz bereitet sich ein Zustand vor, der zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß giebt. Das Recht ist ohne jeden Zweifel auf Seite der Bischöfe, wie dies klar aus dem anliegenden Schriftchen des Bischofs v. Kettler hervor-

---

[1]) Hannöverischer Bundestagsgesandter.

geht. Aber mehr als das Recht, die Klugheit würde den Regierungen einen anderen, würdigeren Weg empfehlen als den, den sie einhalten. Es ist derselbe Beamtenabsolutismus, wie wir ihn in Kurhessen gesehen, der namentlich in Baden und Nassau den Fürsten sowohl wie das Volk unter sein eisernes Niveau zu bringen bemüht ist, und dem die Fürsten in unbegreiflicher Verblendung dienen. Protestantische Auffassung hat ihren Teil daran, ist aber nicht die Haupttriebfeder. Die Gewaltthätigkeiten, Mißhandlungen ganzer Gemeinden, niederträchtige Umtriebe u. s. w. sind ohne Ende und treffen fast durchaus die Leute, Dörfer und Gemeinden, welche in den Jahren 1848 und 1849 treu zu ihrem Herrn gehalten und dafür Opfer aller Art gebracht haben. Aus Mangel an willigen Werkzeugen sehen wir in Baden die Regierung nicht selten zu einstigen Freischärlern greifen. Ich will Euer Excellenz mit dem Detail verschonen, von dem ich leider nur zu viel hören muß.

Ich denke vielmehr an die Mittel der Abhilfe. So viele Menschen aus allen Ständen, von den Bischöfen und Standesherren bis zum einfachen Bauer, mir klagend gesprochen haben, so ist es mir, wie ich hoffe, gelungen, dem Wahne entgegenzutreten, als könne der Kaiser oder gar der Bund einschreiten. Baden gebe ich insofern auf, als ich von einer direkten Wirksamkeit dort zur Zeit nichts erwarte. Nicht so aber Nassau. Der Herzog ist zugänglich für ein Wort, das aus richtiger Höhe fällt. Er ist dermalen in Gräfenberg, und ich weiß aus der sichersten Quelle (durch Fürsten Wittgenstein, Grafen Waldendorf u. a. m.), daß irgend eine Aufmerksamkeit von seiten Sr. Majestät unseres Kaisers und Herrn ihn umsomehr erfreuen und gewinnen würde, als er sich, bei seiner österreichischen Gesinnung, im vorigen Herbste, wo er nach Olmütz kommen wollte, durch die Antwort etwas verletzt fand. Geruhten Se. Majestät ihn, nach vollbrachter Kur, auf ein paar Tage nach Wien einzuladen und ihm dort ein paar Worte über das Unkluge des Herabreißens der bischöflichen Gewalt zu sagen, so zweifle ich nicht, daß er sich den Klauen seiner Bureaukraten völlig entwände. Er fühlt sie schon sehr unbequem und wendete sich, wie ich aus einer Depesche des Herrn Drouyn de L'Huys an Marquis Tallenay vom 7. d. ersah, an den französischen Kaiser, um dessen Unterstützung in Rom zur Schlichtung des Kirchen-

streits. Die französische Regierung hat sie ihm auch zugesagt, sagt aber, der Herzog habe seitdem keinen Schritt in Rom gethan. Kehrt die Vernunft in Nassau ein, so wird Baden isoliert, und dann ist eine Umkehr auch dort möglich.

Das anliegende Schriftchen ist erschöpfend, ruhig und zur Würdigung der Frage unentbehrlich.

Da der Kirchenstreit außer meinem Kreise liegt, obwohl er mich hier viel berührt, so erlaubte ich mir diese vertraulichen Zeilen.

Gestern wartete ich Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten von Hessen in Philippsruh auf. Er berührte die Tagesfrage gar nicht. Die Fürstin von Hanau sprach mit Vorsicht, in russischer Färbung. Graf Fürstenberg-Stammheim, der mich heute aus Wiesbaden besuchte, erzählte mir, die Prinzessin von Preußen habe ihm vor wenigen Tagen einen Brief ihres Gemahls gezeigt, worin dieser schreibt: der König sei übellauniger als je; man denke in Potsdam nur darüber nach, wie man vom österreichischen Bündnisse wieder loskomme.

Schließlich erlaube ich mir noch eine ganz gehorsamste Anfrage. Der Fürst von Schaumburg-Lippe hat durch seinen Bundestagsgesandten meine Ansicht einholen lassen, ob er als regierender Fürst, um sich von nicht regierenden zu unterscheiden, nicht Anspruch auf den Titel Hoheit habe? — Daß auch die Fürstin von Hanau Durchlaucht genannt werde, scheint ihn zu betrüben. Ich habe zunächst jede Meinung abgelehnt. Er ist der ergebenste aller Bundesfürsten.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 24. Juli 1854.

Wenn ich heute mit einiger Beruhigung aus der Sitzung gegangen, so hatte hauptsächlich die Erwartung daran teil, einen Titel auf des kaiserlichen Hofes und Euer Excellenz Zufriedenheit erworben zu haben.[1]) Die Gesinnung der Staaten und ihrer

[1]) In dieser Sitzung erfolgte die österreichisch-preußische Vorlage in betreff des Beitritts des Bundes zum Bündnis vom 20. April, und wurde der Beitritt mit allen Stimmen gegen eine (Mecklenburg-~~Strelitz~~) beschlossen.

Gesandten am Bunde bot wenig Erfreuliches dar. Wenn ich die Gesandten von Kurhessen, Baden, Nassau, der 16. und 17. Stimme ausnehme, so haben sich alle andern mehr oder weniger widerhaarig seit 24. Mai benommen. An der Spitze der aus eigenen Ansichten Übelwollenden stand Herr v. Bismarck. Seine ganze Haltung war eine persönliche Protestation gegen seine offizielle Pflicht, der er übrigens getreu, wenn auch auf das Minimum reduziert, nachkam. Der Mund versagte ihm während der zwei Monate jedes helfende Wort, und heute sprach er seine Zustimmung nur mit einem Seufzer aus.

Ich nahm, wie natürlich, keine Notiz von diesem Seelenzustande. In vertraulichen Gesprächen entwickelte er mir (und wohl auch andern), selbst heute unmittelbar vor der Sitzung noch, seine „Kreuzzeitungs"-Ansicht, der weniger die Liebe zu Rußland als der Neid gegen Österreich, weniger ein konservatives Princip als der Heißhunger nach Machterweiterung in Deutschland zu Grunde liegt. Daher auch der vorragende Wunsch eines Bruchs mit Frankreich, wo Preußen aus der zweiten in die erste Rolle zu kommen glaubt. Ich mußte auch heute wieder hören, wie der Vertrag vom 20. April von Preußen nur als eine Ablösung von den Westmächten verstanden sei — wie Preußen nur eine deutsche Politik konvenieren könne, worunter er mir eine solche zu verstehen schien, die alles beim alten läßt u. s. w.

Der Widerstand Bayerns war wohl mehr eine Eitelkeitssache, daher es durch die Hinterthür des Bestehens auf einem Zusatze, von dem es im voraus wußte, daß er nicht beanstandet werden würde, mit Anstand seinen Rückzug nahm. Von Sachsen möchte ich Gleiches sagen. Im Votum ist die Beziehung auf die „Erklärungen und Zusicherungen" unschädlich. Württemberg, früher so schroff, war heute ganz zahm. Im Mecklenburgischen Votum vereinigte sich der juristische Pedantism des Gesandten mit der ganz und gar russischen Gesinnung des Strelitzer Hofes.

Jetzt ist die Sache entschieden und die schmutzige Wäsche bei verschlossenen Thüren gewaschen. Nach außen hinaus erscheint nichts als Eintracht. Ich habe zu diesem Zwecke gerade heute die Mehrzahl der Bundestagsgesandten bei mir zu Tisch.

An den Freiherrn v. Werner[1]) in Wien.

Frankfurt, 24. Juli 1854.

Danke für die freundlichen Zeilen. Die Beitrittsfrage ist also glücklich zu Ende gebracht. Die Mittelstaaten haben sich, wie Euer Excellenz richtig bemerken, wie Rheinbündler benommen. Manche ihrer Gesandten fühlten das und entschuldigten in ihren vertraulichen Äußerungen ihre Regierungen durch die Hinweisung auf Preußen. Unsere Bemühungen, die Welt an die Treue .... Preußens glauben zu machen, konnten gegen das eingewurzelte Mißtrauen, das mit jedem Tage neue Nahrung erhielt, nicht durchdringen. Der Vertrag vom 20. galt und gilt wohl noch als ein jeu au plus fin, wo der eine den anderen fortzureißen, der andere den einen zurückzuhalten bestrebt ist. Man sah uns Rüstungen im ausgedehntesten Maßstabe machen, Millionen und Millionen ausgeben, während sich in Preußen kein Mann und kein Thaler rührte, und Herr v. Bismarck selbst heute die Nachricht von der Mobilmachung für ein Zeitungsgeschwätz erklärt. Man sah die Jahreszeit verstreichen, und schon rühmen die preußischen Freunde, daß der Krieg, ein ernstlicher nämlich, nur mehr im nächsten Frühjahr möglich ist, bis wohin wir das Drittel der neuen Anleihe ausgegeben, die Armee in Spitälern, Lagern und Militärdienst abgeschwächt und ein paarmal hunderttausend Russen mehr uns gegenüber haben werden. Da man alles dieses und namentlich den Aufschub des Einmarsches in die Walachei Preußen zuschreibt, so begreift sich der schwache Glaube in eine wirkliche, entschlossene Einigung zwischen den beiden Großmächten. Dieser Zweifel aber führt fast notwendig zu Rheinbundsideen.

Was wir noch an Preußen erleben werden, wird die Zeit erweisen. Euer Excellenz können sich über die Basler- und Demarkationspolitik nicht verwundert haben. Sie liegt im Blut. Wenn ich meine Erfahrungen und Bismarcks Äußerungen zum Ausgangspunkt nehme, so muß ich glauben, daß beim ersten échec, den wir etwa erleiden, die preußische Macht sich gegen uns kehrt.

Um seiner übeln Laune Luft zu machen, hat mich Herr v. Bismarck in der Sitzung vom 20. in Bezug des Beamten-

---

[1]) Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen.

etats auf das Unanständigste angefallen, weil ich noch immer ein paar Beamte, beide Österreicher, der eine Vater von 9 Kindern, der andere 70 Jahre alt, nicht weggejagt. Der Normaletat verpflichtet mich allerdings dazu, läßt aber die Zeit völlig meinem Ermessen anheimgestellt. Solche Sekaturen werden sich jetzt wahrscheinlich wiederholen. Schliff von außen und innere Roheit sind das Charakteristische der preußischen Bildung.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 1. August 1854.

Von dem Wunsche beseelt, Euer Excellenz durch die größte Beschleunigung zu entsprechen, finde ich mich durch die Negativität Preußens gelähmt. Herrn v. Bismarck sah ich zuletzt am 26., wo er mir die gewöhnliche Sprache führte, die im Einklang steht mit den Depeschen des Herrn v. Manteuffel vom 7. und 15. Die Hoffnung, daß es Preußen gelinge, dem Bündnisse vom 20. die Wendung von Ost nach West zu geben, aus den Vorbereitungen zu einem Kriege gegen Rußland einen Krieg für Rußland hervorgehen zu machen, schien ihn zu beherrschen. Er hatte nicht ein Wort über die Militärkonventionen und die darauf zu basierenden Forderungen an den Bund, — nur eine Nachfrage über die Art, wie er sich die weitere Beteiligung des Bundes denke. Im Gespräch äußerte er gelegentlich: er erwarte, in den nächsten Tagen zu Sr. Majestät dem König befohlen zu werden. Da am 27. auf allgemeines Verlangen der Bundestagsgesandten keine Sitzung war, ging ich meine Familie in Badenweiler besuchen, und als ich Samstag den 29. wiederkehrte, war Herr v. Bismarck tags zuvor abgereist. Seine Leute sagten mir, er wäre nach Baden gegangen; von anderer Seite erfuhr ich aber, er wäre nach München, was ich für das Wahrscheinliche halte [1]). Ich fand keine Zeile von ihm, denn Rücksicht und Höflichkeit existieren im heutigen Preußen nicht.

---

[1]) Herr v. Bismarck war, „um Aufsehen zu vermeiden", über Baden nach München gegangen. (Poschinger, II, 53.)

Daß das Bündnis die Gegensätze zwischen Österreich und Preußen nicht gemindert habe, gilt unter den Gesandten und in der ganzen öffentlichen Meinung als ausgemachte Wahrheit, und meine häufigen Versicherungen des Gegenteils, sowie meine unablässigen Bemühungen, durch alle socialen Mittel und Außenzeichen das beste Verhältnis mit meinem preußischen Kollegen zur Schau zu tragen, haben die Zweifel nicht erschüttert. Die Reise des Königs von Preußen nach München, die erneuerte Reise des Königs von Württemberg dahin, um mit ersterem zusammenzutreffen, und andre begleitende Umstände werden nur als Organisation einer Opposition gegen Österreich aufgefaßt.

Wenn Herr v. Bismarck die Weisung erhält, die Militärkonvention vorzulegen und das mir anbefohlene Begehren an den Bund wegen Aufstellung von 2 Armeekorps zu stellen, so wird die Sache keinen Anstand haben. Ein Mehrheitsbeschluß genügt, denn der Fall gehört unter §§ 45 und 47 der Schlußakte, eigentlich nur unter § 47. Wenn aber Herr v. Bismarck keine derlei Weisung erhält, so würde ich mir — ohne ausdrückliche Ermächtigung — nicht erlauben, allein vorzugehen, weil ich dadurch Euer Excellenz eine unerwünschte Verlegenheit bereiten könnte. Nicht an mir steht es, zu beurteilen, ob und wann Euer Excellenz den Schein des vollständigen Einverständnisses und folglich des Zusammengehens mit Preußen am Bunde aufgeben wollen.

Käme ein solcher Augenblick, so würde das Bündnis keine Grundlage für die Wirksamkeit des Bundes mehr bilden. Österreich müßte dann als alleiniger Verfechter der deutschen Interessen vor den Bund treten und dessen Mithilfe verlangen. Die Frage: ob Gefahr für das Bundesgebiet? — bliebe dieselbe, folglich auch die Anwendung eines Mehrheitsbeschlusses für die abwehrenden Maßregeln. Aber bei der Stimmung, die sich in Bamberg kundgegeben, würde keine Wahrscheinlichkeit für die Mehrheit da sein, wenn man nicht wenigstens Bayerns, Sachsens und Hannovers sicher wäre.

An meinem besten Willen fehlt es nicht. Möge es Euer Excellenz gelingen, Preußen im richtigen Geleise zu halten und auch darin gehen zu machen! Eine Riesenaufgabe ist dies auf jeden Fall, denn die Tendenzen sind gewiß in Berlin die schlechtesten und werden aus eigener Einsicht sicher nicht überwunden werden.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 7. August 1854.

Die Haltung Preußens kann wohl nur eine vorausgesehene sein, denn Elemente zu einem anderen Gange giebt es in Berlin nicht. Euer Excellenz haben durch den Ihrigen erreicht, Preußen in ein solches Unrecht zu stellen, daß es, ohne sich England und Frankreich auf den Hals zu ziehen, denn doch nicht geradezu umschlagen und mit Rußland gegen uns sich verbünden kann. Die Furcht muß diesen Wunsch lähmen.

Ich fürchte die Umtriebe in München. Ich komme mir heute ziemlich isoliert vor. Die Gesandten der Mittelstaaten gruppieren sich um Herrn v. Bismarck. Der entschiedene désaveu, der unserem Cirkular vom 28.[1]) entgegengestellt wird und der mündlich in den stärksten Ausdrücken stattgefunden haben dürfte, ist von gefährlicher Wirkung.

Wenn man aber in Berlin die von den Seemächten gegebenen Arrangementspunkte wirklich für gemäßigt findet, so sollte man einer militärischen Demonstration des Bundes zu ihrer Unterstützung nicht abgeneigt sein. Das Cirkular vom 28. erwähnt des Punktes Krakau[2]) nicht und läßt auch Feld in Bezug der Aufstellungsweise.

Ob eine Vermittlung in dieser Sache noch wünschenswert ist, wird wohl davon abhängen, ob überhaupt noch ein gemeinschaftlicher Schritt in Petersburg geschieht, ob sich nämlich Preußen zu einem Schritt von der Entschiedenheit und Art versteht, wie er sein muß, wenn er nicht ein bloßer Zeitverderb auf unsere Kosten sein soll.

Wenn die ganz rückhaltlose Verständigung mit Rußland im ersten Stadium der Frage im großen und ganzen aus Schuld Rußlands nicht möglich geworden ist, und auch eine den richtigen Frieden

---

[1]) In dieser Cirkulardepesche vom 28. Juli hatte Österreich die deutschen Regierungen aufgefordert, einem von Österreich und Preußen einzubringenden Antrage auf Mobilisierung der halben Bundeskontingente beizustimmen. Preußen fand die Einbringung dieses Antrags nicht opportun.

[2]) Österreich wünschte, daß eines der Bundeskorps auf Krakau dirigiert würde.

verbürgende Zwischenstellung Deutschlands wegen der deutschen Misère ins Reich der Träume verwiesen werden mußte, so bleibt heute nur noch der dritte Weg, der des Zusammengehens mit den Westmächten. Ich finde aber, daß sie für solche Hilfe etwas karg sind. Die garantie collective, in der Praxis, wird entweder eine vorwaltend russische bleiben oder in eine heillose Konfusion ausarten. Daß die Garantie bezüglich der drei Fürstentümer und Montenegros an Österreich übertragen werde, liegt ebensosehr im Interesse der Sache, der Seemächte und in dem unseren. Ich glaube auch, daß die Donaufreiheit nicht bloß durch die principes consacrés par les actes du Congrès de Vienne, die weder die Elbe, noch die Weser, noch den Rhein geschützt haben, geschützt werden solle, sondern durch ein österreichisches Etablissement an der Mündung, dem gewisse Rechte zuerkannt werden müßten, als Seitenstück zu den Bestimmungen des 3. Punktes (der Note Drouyn de L'Huys vom 22. Juli).[1]) Handelsverträge mit England und Frankreich, bestimmte Vorteile enthaltend, würden naturgemäß folgen können, aber die Grundzüge dazu müßten jetzt schon erworben werden. Endlich halte ich eine Vereinbarung mit Frankreich bezüglich der Schweiz für einen der größten Dienste, der Deutschland und dem konservativen Systeme geleistet werden kann.

Ich sehe Euer Excellenz Weisungen mit Sehnsucht entgegen.

An den Freiherrn v. Werner.

Frankfurt, 9. August 1854.

Ich sende meinen heutigen Bericht mit einiger Bangigkeit fort, weil ich von jemand, der mich im Grunde so wenig kennt wie Graf Buol, mißverstanden werden kann. Ich bilde mir nicht ein, daß er meiner Ansichten bedürfe; sie sollen ihm nur eben zeigen, wie sich mir der Stand der Verhältnisse darstellt.

---

[1]) Diese Note sprach die Bedingungen aus, unter denen Frankreich auf den Frieden eingehen wollte.

Irgend ein energischer Schritt ist nötig, um Preußen in Deutschland einen Damm entgegenzusetzen. Die öffentliche Meinung ist überall mit uns, aber die Regierungen glauben uns durch die preußische Pfiffigkeit überflügelt, mißtrauisch in uns selbst und deshalb abhängig von Preußen, unsere Konsideration auch in London und Paris erschüttert. Sie glauben es, nicht aus Liebe zu Preußen, sondern aus Bequemlichkeit und weil sie den Drang haben, sich durch Opposition gegen uns breit zu machen. Sie genießen die Wollust der Emancipation von dem Willen der Stärkeren, wovon der eine ihnen hofiert und der andere ihnen gelähmt erscheint. Wären wir in der Walachei eingerückt, so würde die Stimmung eine andere sein.

Von Herrn v. Beust, v. d. Pfordten u. s. w. werden mir propos wiederholt, die anstößig genug sind. Ich habe keine direkten Nachrichten aus München und Dresden, aber die Haltung des Herrn v. Schrenk und die wortlose Niedergeschlagenheit des Herrn von Nostiz sprechen deutlich genug. Ob ich richtig sehe, müssen die Berichte aus jenen Orten sagen. Auch der Regent von Baden soll sich gegen uns aussprechen. Dagegen war der Kurfürst von Hessen völlig gut. Doch ist er jetzt nach München.

Herr v. Bismarck spricht, als ob sich der status quo ante von selbst verstehe. Mir erscheint er als eine plâtrage, der Opfer, Mittel und Gelegenheit nicht wert. Ich weiß aber eigentlich nicht, wie Graf Buol darüber denkt. Gewinnen werden wir nichts durch nachträgliche Gefälligkeit für Rußland und Preußen. Man gewinnt nur, indem man die Zähne zeigt. Ist die telegraphische Nachricht des Herrn v. Bismarck wahr, so ist die Kriegsbereitschaft nur um so notwendiger, weil es sich um Erringung eines der Anstrengung würdigen Friedens handelt, und weil der Eindruck der Kraft uns das Werk in London und Paris erleichtert. Gehen wir, wie wir sollen, aus dieser Krise hervor, so haben wir auf allen Feldern eine gefürchtete, also eine günstige Stellung.

Ich danke sehr für Euer Excellenz freundliche Zeilen vom 6. Was Sie mir zum Lobe sagen, beschämt mich. Ich fühle meine Ohnmacht und rechne nicht einmal auf ein wohlwollendes Urteil. Mein Gewissen hält mich aufrecht.

Wenn ich mir unsere brave Armee, unseren jungen Kaiser und den Eindruck eines Sieges denke, so kommen mir alle die Preußisch-Bambergischen Intriguen wie lautere Misère vor.

An seine Frau in Badenweiler.

Frankfurt, 14. August 1854.

Hier einige Zeilen von T. Ich fürchte, daß er meinen nach Alvincz adressierten Brief nicht bekommen hat. Er wird wohl in die Moldau rücken, aber ohne Krieg. Es herrschen in Wien friedliche Ansichten vor. Das Ganze wird auf eine große Misère hinauslaufen. Das ist mein Gefühl. Da es an der Energie eines Entschlusses fehlte, so gelang es unseren Freunden, uns so viel Zeit verlieren zu machen, als nötig war, um mit Ehren (!) sich aufs Nichtsthun verlegen zu können. Der Aufmarsch mehrerer Truppen ist bereits sistiert, und andre Friedensmaßregeln sind in Aussicht gestellt. Zeiten, wie die unseren, sind jeder gründlichen Lösung einer Frage unfähig.

Gestern nachmittag fuhr ich mit Bismarck und Gobineaus [1]) nach Mainz. Wir trennten uns dort; Bismarck ging nach Bieberach, wir andern nach Wiesbaden und fanden uns dann auf der Rückfahrt wieder zusammen. Die Müdigkeit gewann bei mir doch über die Erfrischung die Oberhand. — Fort möchte ich, aber wohin? Auch München hat seine Haken. — Ich arbeite für Euch, das ist der einzige Trost in meiner Arbeit.

An seine Frau.

21. August 1854.

Ich wollte Dir heute ausführlich schreiben, aber Europa und Amerika stellen sich dazwischen. — Heute um 9 Uhr früh kommt

[1]) Herr v. Gobineau, Sekretär bei der französischen Gesandtschaft in Frankfurt.

mir Fontanier, ein Bekannter aus dem Orient, einst Konsul in Singapoore, jetzt oder zuletzt auf einer der Westindischen Inseln, und sitzt bei mir! — Alle Tage ohne Ausnahme bin ich überlaufen von Durchreisenden, die bei weitem nicht einmal so angenehm sind wie dieser. — Der erbärmliche Stand der Verhältnisse mehrt das materielle Getriebe der Arbeit sehr, wie dies immer der Fall ist, wo man Halbes statt Ganzes verarbeitet. Ich glaube nicht, daß es zum Kriege kömmt und auch nicht zu einer ehrenvollen Lösung. An Phrasen und Heucheleien wird es nicht fehlen, aber — — —. Die Preußen haben insoferne recht behalten, als sie uns die Zeit verplittern machten und halbe Zustände herbeiführten, mit welchen schwache Leute sich gern begnügen. Jetzt handelt es sich um die Antwort Rußlands auf eine Depesche an Graf Valentin Esterhazy vom 10. d., worin wir die Annahme der von den Westmächten aufgestellten vier points préalables verlangen.[1]) Wenn Rußland nicht auf den Kopf gefallen ist, nimmt es diese vier Punkte an, aus denen es machen kann, was es will, und die Verhandlungen beginnen sodann. Einmal am grünen Tische vereinigt, glaube ich an keinen Krieg mehr.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 24. August 1854.

Die abgeneigte Stimmung des Bundes kommt nicht sowohl von Preußen als auch von Bayern. Das ist der chef de file für alle Mittelstaaten. Mit Bayern würden auch sie, mit alleiniger

[1]) Die Kabinette von Paris, London und Wien waren am 8. August über vier Punkte übereingekommen, auf welche hin die ersteren in Friedensverhandlungen einzutreten sich bereit erklärten. Diese vier Punkte waren: 1. Aufhebung des alleinigen russischen Protektorats über die Fürstentümer, deren Privilegien, sowie diejenigen Serbiens, unter die Garantie der fünf Mächte zu stellen wären; 2. freie Schiffahrt auf der Donau bis zum Meere und Einsetzung einer Kommission, der die Beseitigung der Hindernisse im Fahrwasser der Mündung obliegen würde; 3. Revision des Vertrags von 1841, nach welchem die Dardanellen für fremde Kriegsschiffe gesperrt waren; 4. Garantie der Privilegien der christlichen Unterthanen des Sultans durch

Ausnahme von Württemberg (und selbst diese Ausnahme bezweifle ich) umschlagen. Daß Bayern durch seine Haltung das Interesse Österreichs und Frankreichs für König Otto, das allein ihn gehalten hat und halten kann, zerstören kann, habe ich Herrn v. Schrenk gesagt, aber die Wirkung auf diesen Mann ist ziemlich gleichgiltig. Wenn das bayrische Kabinett nicht umzustimmen ist, so ist auch am Bunde nichts zu thun.

Die morgige Ausschußsitzung wird kein anderes Resultat haben, als daß man meine Fragen[1]) ad referendum nimmt und besser oder schlechter einbegleitet. Die Weisungen, die eine weitere Ausschußsitzung möglich machen, werden auf sich warten lassen. Herr v. d. Pfordten schrieb vor ein paar Tagen an Herrn v. Schrenk: Die Entschließungen Sr. Majestät des Königs über weitere Instruktionen in der Orientalischen Angelegenheit würden kaum vor vier Wochen erfolgen. Davon machte Herr v. Schrenk nicht mir, sondern Herrn v. Bismarck, durch Lesung der Pièce, Mitteilung. Herr v. Bismarck, im Glauben, ich wisse darum, sprach mir davon. Er will morgen nach Berlin und Pommern. Andre Mitglieder des Ausschusses gehen unter dem Vorwande, ihre Regierungen zu betreiben, auch fort. Ich bleibe, wie natürlich — so durch und durch ermüdet ich auch bin, höchstens besuche ich meine auf nur sieben Eisenbahnstunden entfernte Familie.

Die Antwort auf Euer Excellenz Depesche nach Berlin vom 19. muß eine entscheidende sein. Diese ist ebenso würdig als kräftig geschrieben. Ich betrachte übrigens Preußen schon so weit in seinen Engagements mit Rußland, daß es die Eventualität eines österreichisch-englisch-französischen Bündnisses nicht mehr daraus loslösen wird. Auch erscheinen mir die Seemächte Preußen gegenüber

die fünf Mächte. — Diese vier Punkte ließ Graf Buol durch den österreichischen Gesandten in Petersburg, Grafen Esterhazy, mittelst Note vom 10. August dem russischen Kabinette mitteilen.

[1]) Der wesentliche Inhalt dieser Fragen war: ob das Bündnis vom 20. April (vergl. die Anmerkung S. 366) die Österreichische Monarchie unter allen Umständen schütze, so lange diese niemand angreift; ob die inzwischen (am 20. August) erfolgte Besetzung der Fürstentümer nicht im deutschen Interesse liege; ob Deutschland nicht Ursache habe, in den vier Punkten eine Garantie für die Zukunft zu erblicken, und ob, wenn ja, der Bund nicht die Annahme derselben beschließen und zu deren Durchführung mitwirken solle?

matt; ihre bouderien sind ohne Wirkung in Berlin, und ernstere Worte haben sie nicht gesprochen. Preußen waffnet à toute éventualité gegen sie; ein so sparsamer Staat thut nichts ohne Grund. Ich glaube aber, daß eine positive Drohung, so gemacht, daß man daran glauben kann, seitens Englands heute noch auf Preußen wirken würde.

Kommt es zu einem westlichen Bündnisse, so wird wohl die Eventualität, daß infolge davon Preußen sich mit Rußland ververbinde, nicht zu übersehen sein. — Tritt Preußen wieder zur Konferenz, so geschieht es wohl nur, um seine lähmende Kraft aufs neue geltend zu machen.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 26. August 1854.

Es würde, wie ich glaube, ebenso fehlerhaft gewesen sein, dem Ausschusse die Gelegenheit zur Arbeit vorzuenthalten, als diese Arbeit zu einem Resultate zu drängen, bevor die Mittelstaaten auf ihrem falschen Wege umkehren. Werden sie es? Das weiß ich freilich nicht, aber von meiner Seite that ich wenigstens, was ihrer Besonnenheit nachhelfen kann.

Herr v. Bismarck, der mich gestern mit der Versicherung verließ, erst heute abzureisen, ist gestern abgereist. Er wollte nach Putbus zum König und in acht Tagen wieder hier sein. Ich gehe Montag nach Aschaffenburg, einer Einladung des Königs Ludwig zu folgen. Dies stört meine Absicht, den König von Württemberg in Badenweiler zu sehen, da er Dienstag früh den Ort verläßt.

Der französische Legationssekretär, Graf Gobineau, ein angenehmer und wissenschaftlich gebildeter Mann, wiederholte mir ein langes Gespräch, das er vor ein paar Tagen in einem Abendzirkel, in dem ich mich auch befand, mit Herrn v. Bismarck hatte. Dieser suchte ihm zu beweisen, daß Österreich spätestens in zwei Jahren Bankrott machen müsse, und daß die Nationalanleihe die darauf berechnete Einleitung dazu sei. Er mußte sich vom Grafen

Gobineau, der viel zu unterrichtet ist, um sich mit Phrasen abfüttern zu lassen, zurechtweisen lassen.

Die Partei, der Herr v. Bismarck angehört, hat kein anderes Ziel im Auge, als die Minderung der Machtstellung Österreichs. Das scheint ihr der Schlüssel zu Preußens Größe. Ich halte diese Partei für die stärkste in Berlin, und Herr v. Manteuffel nicht von der Art, um ihr auf die Dauer zu widerstehen — oder auch nur, es zu wollen.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 6. September 1854.

Ich bin etwas besorgt über den Eindruck, den meine heutigen Berichte auf Eure Excellenz machen werden, denn sie zeigen mich selbst ergriffen von der Konfusion der Ansichten und Meinungen, die um mich herrscht.

Wenn ich an ein ruhiges Urteil in Petersburg glaubte, so würde ich nicht sagen, daß ich das Ablehnen der 4 Punkte[1]) natürlich finde. Rußland wird nie mehr so günstige Präliminarpunkte erhalten, denn wenn auch seine Stellung wegen der Nähe des Winters und weil es seine Truppen aus der Mäusefalle zog und gegen uns verwendbar machte, besser geworden ist, so bleiben die Verbündeten doch im Vorteil. Es kann sie an der Donau nicht angreifen, weil es uns angreifen müßte, wodurch es Preußen für seine russenfreundlichen Bestrebungen den Boden unter den Füßen wegzöge; es ist aber zur See wie ein Gebundener, der ohne Widerstand jede Ohrfeige hinnehmen muß. Wenn wir auch gar nichts thun, als die Fürstentümer gehörig besetzt halten, und wenn die Seemächte alle ihre Truppen aus dem türkischen Festlande zögen, so würde die Hälfte der französisch-englischen Flotte

---

[1]) Rußland hatte die 4 Punkte mittelst Note vom 26. August abgelehnt. Infolgedessen erließ Preußen am 3. September ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen zur Abweisung der von Prokesch gestellten Fragen (vergl. Anmerk. S. 389).

ausreichen, um nach und nach alle offenen russischen Küstenpunkte zu zerstören und kein Schiff aus russischen Häfen gelangen zu lassen. Eine einfache Blockade Rußlands, und wenn es sie 10 Jahre aushielte, würde zuletzt doch nur ihm, nicht den Seemächten schaden. Preußen hat also eigentlich aus lauter Russenfreundlichkeit Rußland einen sehr schlechten Dienst geleistet, wenn es durch die Nichtaneignung der 4 Punkte es zur Ablehnung derselben verleitete.

Eine zuwartende Stellung unsererseits ist, seit die Fürstentümer durch uns besetzt sind, Rußland gegenüber, aber auch nur zunächst und nach dieser einzigen Richtung, eine genügende. Bringt der Frieden nicht positive Garantien, so hat die vorübergehende Besetzthaltung der Fürstentümer keinen Wert. Positive Garantien setzen aber unsere Beteiligung am Kriege voraus, weil die Seemächte im anderen Falle um unsere Interessen in Wahrheit sich nicht bekümmern werden, und ihre Wirksamkeit vielleicht nicht einmal ausreicht, um Rußland zu solchen Garantien zu zwingen. Es giebt aber keine andere Garantie, als daß die Fürstentümer unter irgend einer Form österreichisch werden. Diese Rücksicht und die nicht minder wichtige unserer Machtstellung in Europa machen mich den Krieg als das richtige ansehen.

Preußen giebt sich gewiß alle Mühe, uns bei den Seemächten zu verdächtigen. Solange wir unsere Entschlüsse von Preußen abhängig machen, hat es leichtes Spiel darin. Es arbeitet heute schon aus allen Kräften, um unser Zögern, das es selbst veranlaßt hat, auszubeuten. Anderseits giebt man uns in Paris wahrscheinlich schuld, die französisch-englische Armee um ein genügendes Resultat gebracht zu haben; daß Marschall St. Arnaud sich in diesem Sinne aussprach, weiß ich aus Briefen der diplomatischen Agenten in seinem Lager an ihre hiesigen Freunde. Im Verhältnis, als England und Frankreich wenig auf uns rechnen, werden sie auch für uns weniger verläßlich und brauchbar. Wir bringen dies Opfer für unseren entschiedenen Gegner, für Preußen, das daraus nur weitere Stricke flicht und nichts anderes als seine Machtstellung in Deutschland im Auge hat. Wir halten an dem Vertrage, der nur eine Kette für uns ist und höchstens den Wert hat, daß er ein preußisch-russisches Bündnis erschwert, wozu eine derbe Sprache Englands allein genügte.

Auf Euer Excellenz Gewogenheit rechnend, setze ich meine Zweifel unumwunden auseinander. Sie fallen mit einem Schlage, wenn der Kaiser, trotz seiner zahlreichen und braven Armee, den Entschluß des Krieges nicht hat. Dann aber begreife ich den Umfang der Rüstungen nicht.

Der Winter wird uns viele Millionen und 30- bis 40/m Mann in Spitälern kosten, und im April wird Rußland um 200/m Mann stärker sein. Auch können manche andre ungünstige Chancen eintreten. Preußen sieht zu, stellt keinen Mann auf, giebt keinen Thaler aus. Die Mittelstaaten rühren sich nicht, weil sie von nichts als Frieden reden hören und nichts als die Bestrebungen Österreichs, sich an Preußen zu halten, sehen, das sie als Schildhalter Rußlands betrachten.

Der diplomatische Vorteil, die Russen zur Räumung vermocht zu haben, hat seine nachteilige militärische Seite, gilt also auch als Beleg, daß wir dem Kriege ausweichen wollen. Diese Überzeugung faßt allgemein Wurzel, und Preußen schreibt sich das Verdienst davon zu.

Dieser Brief ist auch ein Zeichen der Verwirrung, in der ich liege. Nehmen ihn Eure Excellenz auch als eines der Ergebenheit.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 26. September 1854.

Mir scheint in Berlin der Neid über die Vorteile, die uns die Stellung in den Fürstentümern gewähren kann, schon sehr wach. Es ist geradezu unverschämt, in der Depesche vom 21. die Räumung als ein Ergebnis der gemeinsamen (?) deutschen Politik darzustellen; aber das Ziel dieser Behauptung ist wohl, für Titel der Einmischung einen rechtlichen Boden zu gewinnen. Die Erläuterungen sind Anfänge dazu. Preußen fürchtet schon, daß wir uns bleibend dort festsetzen, und statt sich für solchen Fall durch aufrichtiges und redliches Benehmen Vorteile sicher zu stellen, treibt es sein

gewohntes erbärmliches Spiel. Ich wollte wetten, daß es uns in Constantinopel verdächtigt und verlästert.

Herr v. Bismarck ist sehr schroff, und die Gesandten der Mittelstaaten folgen ihm, de gré ou de force, blindlings. Ich sehe noch keine Spur einer Änderung in Dresden und München. Tritt diese nicht ein, so ist nichts zu machen, und meine ganze Wirksamkeit kann sich nur darauf beschränken, einen Skandal zu verhindern. In Bayern scheint mir das Übel im König zu liegen, in Dresden im Minister.

Ich hoffte, wenigstens den absurden Unterschied zwischen dem Angriff auf den österreichischen Soldaten am Pruth und Sereth und dem in Galizien oder in der Bukowina wegzuräumen. Die Depesche vom 21. nimmt mir diese Hoffnung. Die Erläuterungen scheinen nur Schleppereien und Zweideutigkeiten erzeugen zu sollen, neue Handhaben für Ausflüchte. So lange übrigens Rußland wirklich auf der Defensive bleiben will, kann es uns in den Fürstentümern nicht angreifen. Preußen, Bayern, Württemberg u. s. w. (aus den Äußerungen ihrer Gesandten zu schließen) erkennen aber Rußland ein Recht zu, aus der Defensive herauszuschreiten, sobald türkische oder alliierte Truppen durch die Fürstentümer das russische Gebiet bedrohen oder angreifen können. Hieraus würde sich der Zusammenstoß der russischen mit den österreichischen Truppen in der Moldau ergeben. Deutschland wolle nicht, sagten diese Herren, sich auf diese Weise in den Krieg ziehen lassen. Die Angabe mehrerer Blätter, daß die Operationsfreiheit durch die Fürstentümer den Verbündeten durch Österreich zugestanden sei, hat diese Ansicht erhärtet.

Mein Mißtrauen gegen Preußen ist so groß, daß ich nicht glaube, daß sie je einen Casus foederis, auch nicht den, den sie selbst gestellt haben, anerkennen werden. Nach allem, was ich in Berlin auf Privatwegen höre, liegt der Fall eines Bündnisses mit Rußland weit näher als der eines Bruchs. Briefe aus Petersburg an hiesige Häuser gehen von der Erwartung aus, daß Preußen nächstens 300/m M. an die österreichische Grenze schicke. Der Wille hierzu fehlt vielleicht nicht, aber wenn England sich benimmt, wie es soll, wird der Mut zur That fehlen.

Ich glaube, daß Sebastopol fallen wird. Fällt es aber auch nicht, so wird die Stellung Rußlands dadurch um nichts besser, denn es hat keine Angriffskraft gegen die Verbündeten, die durch einen Unfall nur um so fester zusammengeschweißt werden. Die russische Defensivkraft während des Winters herausfordern werden sie nicht. Fällt aber Sebastopol, so glaube ich nicht, daß sie viel dabei wagen, wenn sie im Lande zwischen dem Pruth und Dniester überwintern. Ohnehin ist die Freiheit der Donau keine Wahrheit, solange das Bessarabische Ufer in russischen Händen bleibt.

Ich glaube Euer Excellenz Wünschen zu entsprechen, wenn ich am Bunde nichts zu stande kommen lasse, so lange der Vorteil nicht für uns ist. Wenn ich zu drängen scheine, so will ich eigentlich nur die Gesinnungen sondieren. Wendeten sich diese zu unseren Gunsten, z. B. in Solidarität für die Besetzung der Fürstentümer, so würde ich den Augenblick ergreifen, um den Bund um einen Schritt voran zu schieben. Um dazu in der Verfassung zu sein, bitte ich um die weiteren Vorlagen. Ich glaube, daß wirklich kein besonderer Wert darauf zu legen ist, sie mit Preußen gemeinschaftlich zu machen, obwohl man es ihm immerhin anbieten kann.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 3. Oktober 1854.

Herr v. Bismarck hat eine telegraphische Depesche aus Petersburg an Herrn v. Budberg, der zufolge bis 26. September kein Angriff auf Sebastopol stattgefunden haben soll.

Nach der Niederlage an der Alma ist die Einnahme von Sebastopol nur noch eine Zeitfrage, und Rußland mag seine Rechnung ziehen, was klüger gewesen wäre, sich solchem Verluste an Material und Ansehen auszusetzen, oder durch Eingehen in Verhandlungen sich Verlust und Demütigung zu ersparen. Die Note vom 10. August[1]) war ein Freundschaftsdienst, der in Petersburg und anderorts nicht verstanden wurde.

---

[1]) Vergl. die Anmerkung S. 388.

Die russische Note vom 26. August und die beiden Depeschen vom 12. September werde ich in der nächsten Bundestagssitzung, am 5., mitteilen. Herr v. Bismarck hat keine Ermächtigung zur Mitteilung der zwischen Berlin und Petersburg gewechselten entsprechenden Pièceen. Ich gab ihm heute meine Absicht bekannt. Er sagte mir, er sei von der an mich gelangten Ermächtigung aus Berlin verständigt.

Von Seite der Gesandten von Bayern, Sachsen, Württemberg u. s. w. ist mir keine Mitteilung gemacht worden, die auf eine Änderung in den Instruktionen schließen ließe. Nachdem man in Bamberg die Beteiligung des Bundes so scharf betont hat, will man heute den Bund möglichst null. Aus Furcht vor dem Kriege thut man das, was ihn fast notwendig herbeiführt. Es ist dieselbe Politik, die aus Liebe zu Rußland es immer tiefer in Nachteil und Schmach führt.

Für die vier Punkte scheint mir nun die Zeit ganz vorüber zu sein. Von Österreich, Preußen und dem gesamten Deutschland angenommen, wären sie ein Zaum für die Seemächte geworden. Preußen und Deutschland wollten diesen Zaum nicht. Um dieses Minimums wegen liegt es sicher nicht in unserem Interesse, unser Verhältnis zu den Mächten zu gefährden, welche das österreichische wie das deutsche Interesse unumwunden anerkennen. — Ich halte mich vollkommen ruhig, da es weder mit unserer Würde, noch mit unserer lauteren und klaren Stellung sich vereinbaren ließe, Haare zu spalten, oder eine Hilfe anzusprechen, die wir entbehren können.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 10. Oktober 1854.

In der mit jedem Tage gesteigerten Gereiztheit meines preußischen Kollegen spiegelt sich eine böse Stimmung in Berlin. Wenn man dort den Mut dazu hätte, schlösse man sich entschieden an Rußland. Daß man über diesen Gedanken oft und gern mit sich

zu Rate geht, daran zweifle ich nicht. Wie weit der Dünkel, die Verblendung, der Haß und Neid und das schlechte Gewissen führen können, ist ebenso schwer zu bestimmen, als die Macht zu berechnen ist, die Macht der Verlockung, welche die ansehnliche russische Armee an unseren Grenzen und eventuelle russische Versprechungen auf Preußen üben können.

Um Preußen die Lust der Beteiligung an einem Angriffe auf uns zu benehmen, liegt das richtige Mittel wohl in einem Defensivbündnisse mit den Westmächten, worin diese Eventualität sehr bestimmt ins Auge gefaßt wäre. Die Westmächte können nicht in der Stimmung sein, uns ein solches zu versagen. Sie konnten, so wie wir, durch länger als ein Jahr die Hoffnung nähren, Preußen durch milde Mittel zu sich herüber zu führen; wenn sie aber auch heute noch im Sinne dieser Hoffnung handeln, so unterstützen sie die unbezweifelbar feindseligen Bestrebungen Preußens.

Der Charakter dieser Bestrebungen trat schon im März hervor, als Preußen die Unterzeichnung der Konvention verweigerte. Er wurde unverkennbar im Juli, als es uns gern aus unserer Stellung herausmanövriert, aus einer europäischen Macht auf den Umkreis einer deutschen beschränkt, und uns Garantien für Rußland und gegen die Westmächte abgedrungen hätte. So wäre man unmerklich zu dem Bruche mit den Westmächten gekommen, hätten Euer Excellenz die perfiden Insinuationen nicht zurückgewiesen. Seit jener Zeit endlich des Unmuts über die nicht glückliche Vertretung der ersten Note an Fürsten Gortschakoff, doppelt schmerzlich wegen der Vaterschaft, hat Preußen keinen Schritt gethan, der über sein Ziel im Zweifel ließ. Das können die Westmächte nicht verkennen. Ein Defensivbündnis denke ich mir bloß als Zaum, um Preußen von einem letzten Schritte zurückzuhalten. Die allein treibende Kraft in Berlin ist die Furcht und ihr Mantel der Hochmut.

Seltsam, daß mir gerade jetzt verschiedene Anzeichen von Bemühungen Preußens in Paris vorliegen. Dem Grafen Kielmansegg sagte Herr v. Bismarck gestern: da sich Preußen mit Österreich nicht verstehen könne, so werde es sich mit Frankreich verstehen. Seit der Sendung des Generals v. Wedell [1]) sei dies

[1]) als Überbringer eines Briefes des Königs an den Kaiser Napoleon.

weniger schwierig als man glaube. — Gegen einige seiner Gäste äußerte sich Herr v. Bismarck letzthin bei Tische: als seinen eigentlichen Feind betrachte Rußland Österreich, nicht die Seemächte; England würde sich nach Zerstörung der Flotte in Sebastopol zum Frieden neigen, Frankreich durch Zugeben in Italien leicht zu bestimmen sein, Österreich preiszugeben; dann würde Österreich sein heutiges Verhalten mit einigen Provinzen bezahlen. — Der französische Gesandte wollte von Äußerungen des Grafen Hatzfeldt[1]) wissen: daß das französische Kabinett das Verhalten Preußens lange nicht so ungünstig beurteile, als man glauben machen wolle. Herr v. Tallenay, in der Besorgnis, daß diese Äußerung mir zu Ohren gekommen, brachte mir ein paar Depeschen seines Hofes vom 1. und 5., d. gegen die preußischen Cirkulare vom 3. und 21. September gerichtet. Die eine dieser Depeschen tadelte doch auch, daß Österreich aus der Ablehnung der vier Punkte nicht einen Casus belli gemacht.

Dem Scheine, sich mit Frankreich (und wohl auch mit England) gut zu stellen, liegt vielleicht nur eine absichtliche Unwahrheit zu Grunde. Vielleicht aber bestehen solche Bestrebungen, als von der Furcht eingegeben oder von der Absicht, beide Kabinette in Hoffnungen zu wiegen und Zeit versplittern zu machen. Ehrliches ist nicht möglich.

Ich war in großer Besorgnis, daß Herr v. Bismarck auf eine Ausschußsitzung dränge (ich hätte sie nicht verweigern können), so lange er der Majorität gewiß war. Ich rührte mich nicht. Diese Gefahr scheint vorüber. Werden die prächtigen Cirkulare vom 1. die deutschen Regierungen endlich zur Einsicht bringen? Die in der „Ostdeutschen Post" zuerst publizierte und nun allerorts nachgedruckte Depesche vom 30.[2]) hat den Ernst der Lage allgemein fühlbar gemacht. Dennoch wußten mir die Gesandten von

---

[1]) Preußischer Gesandter in Paris.

[2]) In der nach Berlin gerichteten Depesche vom 30. September erklärte Graf Buol, daß Österreich, im Hinblick auf die Haltung Preußens, sich bemüßigt sehen könnte, eventuell allein am Bunde vorzugehen. Das Cirkular vom 1. Oktober verlangte von den deutschen Regierungen die Aneignung der vier Punkte oder wenigstens der beiden Punkte, welche unmittelbar die österreichisch-deutschen Interessen beträfen, und ferner die Erklärung, daß

Bayern, Hannover, Württemberg neben frommen Wünschen nur den albernen Tadel gegen das Vorangehen Österreichs, ohne die Mitkontrahenten zu fragen, vorzubringen. Die Sprache des Herrn v. Bismarck könnte keine schroffere sein, wenn er die Kriegserklärung in der Tasche hätte.

In der öffentlichen Meinung besorgt man einen Angriff Rußlands auf uns während des Winters, und zunächst ein russenfreundliches Zusehen Preußens. Ich denke doch, daß in solchem Fall die Majorität am Bunde sich für uns aussprechen würde, — daß nämlich das Zögern der Mittelstaaten den eingetretenen Kriegsfall nicht überdauert.

An den Grafen Kielmansegg,

hannöverischen Bundestagsgesandten in Frankfurt.

Frankfurt, 17. Oktober 1854.

Euer Excellenz stelle ich mit herzlichem Dank die mir mitgeteilten vertraulichen Pièцen zurück.[1]) Ich glaube sie als Belege für eine der Größe der Zeitfrage entsprechende Auffassung beurteilen und verstehen zu dürfen, obwohl mich der Wortlaut zu einigen Bemerkungen veranlassen würde. Für Österreich ist die leitende Frage die folgende: Darf Österreich, ohne sich an seinem Leben zu versündigen, die durch Rußland selbst herbeigeführte Gelegenheit unbenützt vorübergehen lassen, um seine Südgrenze von dem Alp eines Protektorats zu befreien, das vom Schwarzen bis zum Adriatischen Meere in konsequenter Entwicklung die türkischen Nachbarländer in russische Provinzen umzuwandeln bestrebt ist? — Die Fürstentümer, Serbien und Montenegro, von dem Adrianopler Frieden bis zur Sendung Menschikoff, sind Zeugen der Thatsache, und seit dem Prinzen Eugen hat kein österreichischer Staatsmann über die Größe dieser Gefahr und über die Notwendigkeit, sich

ein russischer Angriff auf die in den Fürstentümern befindlichen österreichischen Truppen, gleich einem Angriffe auf die österreichischen Grenzen, den Bund zur Verteidigung Österreichs verpflichte.

[1]) Instruktionen des Grafen Kielmansegg.

ihrer zu erwehren, eine abweichende Meinung gehabt. Für Deutschland scheint mir die Frage: Kann es im Interesse Deutschlands liegen, daß Österreich, im Süden und Norden strategisch gelähmt, dem Gutdünken eines russischen Herrschers preisgegeben sei, der diesen Vorteil der Lage und die Verwandtschaft der Grenzvölker mißbrauchen könnte? Liegt es nicht vielmehr in Deutschlands eigenem Lebensinteresse, daß die Österreichische Monarchie wenigstens im Süden der Gefahr der russischen Umarmung entwunden werde? — Diese Frage scheint mir die dominierende, und jede Unterordnung derselben unter Formfragen, die sich überdies selbst beantworten, ein schwerer politischer Fehler.

Es giebt aber für die deutschen Staaten noch einen anderen Gesichtspunkt von entscheidender Bedeutung. Soll der Bund wirklich dazu verurteilt sein, sein europäisches Gewicht aufzugeben? Soll er nicht einmal in der Beschränkung eines deutschen Körpers für das deutsche Interesse ein Wort haben, und dieses Interesse verleugnen? Dieser Selbstmord kann manchen Absichten entsprechen, aber keiner, die offen aufzutreten wagen könnte.

Österreich, das im Jahre 1828 sein Lebensinteresse zu verfechten bereit war, wird heute, wo es nicht wie damals allein steht, dasselbe nicht aufgeben. Es hatte gewünscht und wünscht noch, daß es dasselbe durch das Bündnis mit Preußen und Deutschland sicherstelle; es glaubte und glaubt noch, daß in diesem Bündnisse die sicherste Bürgschaft für den Erfolg auf friedlichem Wege liege. Aber es ist durch die Haltung von Preußen und Deutschland, sehr gegen seinen Willen, zur Frage genötigt, was es zu thun habe, wenn das europäische wie das deutsche Interesse in Preußen und Deutschland kein Verständnis findet.

Diese vertraulichen Zeilen zeigen Euer Excellenz, welche Gedanken Ihre gefällige Mitteilung in mir angeregt. Ich spreche sie unumwunden aus, da ich an Ihrer persönlichen Gesinnung nicht zweifle.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 21. Oktober 1854.

Auf meine vorgestern nach der Sitzung Herrn v. Bismarck gemachte Äußerung, daß ich die Antwort des preußischen Kabinetts auf die Note vom 30. nicht kenne, sandte er mir dieselbe zur Einsicht.[1]) Diese Advokatenarbeit hat in ihrer Totalität nur einen Wert als Verneinung. Da die preußische Natur sich nicht ändern wird, so ist wohl das Zweckmäßigste, die Stellung, in die sich Preußen selbst gebracht, zu unserem Vorteil zu benützen, nämlich es nicht wieder in das Konzert, wo es nur ein dissolvierendes Element ist, hereinschleichen zu lassen, sondern es dort zu lassen, wohin es sich selbst gestellt hat, nämlich draußen. Wenn die in der am 14. September nach Paris und London gegangenen Note vorgeschlagenen Verhandlungen, über die Realisierung der vier Punkte, ohne Preußen stattfinden, so ist nicht nur der böswilligste Neider ohne Einfluß auf diese Verhandlungen, sondern es ist auch der Einschwärzung „der preußischen Interessen im Nord und Nordost" vorgebeugt, die selbst in der Antwort vom 13. zu spuken beginnen und da vielleicht eine Hinterpforte andeuten, durch die man die Gnade haben würde, wieder in das Konzert hereinzutreten. Ich, nach meiner unmaßgeblichen Meinung, würde sie draußen lassen, Gott dankend, daß ich sie los bin. Selbst wenn man das Gegenteil wünschte, erschiene mir dieser Weg als der beste, denn, wenn sie zu merken beginnen, daß man sie laufen läßt, werden sie kommen.

Das „Wochenblatt" vom 16. Nr. 37 enthält einen sehr merkwürdigen Artikel, voll Tadel gegen das preußische Ministerium, aber in Bezug der von Preußen am Bunde zu beobachtenden Politik in mancher Beziehung mit ihm einig. Alle Parteien in Preußen wollen im Grunde dasselbe, nur auf andern Wegen.

Graf Kielmansegg erzählte mir heute im Vertrauen, Herr v. Bismarck habe vor wenigen Tagen seiner Frau (der Gräfin)

---

[1]) Der Kern dieser Antwort vom 13. Oktober war, daß Preußen der Ansicht von der Notwendigkeit einer Stellungnahme und bindenden Erklärung des Bundes nur sehr bedingt beipflichten könne.

von der geistigen Erschöpfung unseres Kaisers gesprochen; die Kopfwunde sei wieder empfindlich; in Berlin wisse man das aus sicheren Quellen.

Zu solchen Lügen greift man, um auf die öffentliche Meinung zu wirken!

Daß Herr v. Bismarck letzthin von mir unmittelbar zu Herrn v. Blittersdorf[1]) ging, um ihm dasselbe zu sagen, was er mir sagte, ist auch bezeichnend. Es ist übrigens sichtbare Niedergeschlagenheit im feindlichen Lager, die durch die Nachricht von der Reise des Herrn v. d. Pfordten[2]) eher vermehrt wurde. Der Glaube, daß in der zwölften Stunde alle Mittelstaaten für Österreich sich erklären, ist allgemein. Die Hoffnungen der Gegner ruhen nur noch auf Vermittlungsvorschlägen, die der preußischen Betriebsamkeit neuen Spielraum geben.

Auf diesen Brief antwortete Graf Buol am 24. Oktober:

„Ich glaube, unsere Sachen stehen nicht ganz schlecht. Preußen hat sich evident in dem Einflusse verrechnet, den es auf die deutschen Regierungen ausüben zu können wähnte. — — — Man möchte in Berlin nur so lange, als immer möglich, bei halben Maßregeln stehen bleiben. Man wird sich drehen und wenden, um es nach keiner Seite hin zum Bruche kommen zu lassen, am Ende aber, wenn es zur Entscheidung käme, doch vom Strome mit fortgerissen werden. Für die kleinen Staaten ist der Moment der Entscheidung gekommen; sind aber diese einmal abgelöst, so muß Preußen folgen.

— — — — — — Die Antworten aus Paris und London sind auf dem Wege. Unsere Anträge scheinen nicht pure angenommen worden zu sein. Man wünscht natürlich, uns alsbald in die Aktion hineinzureißen, und in London — von wo die Schwierigkeiten ausgehen — dürfte man unseren Einfluß in den Konferenzen fürchten, und sich

---

[1]) Freiherr von Blittersdorf, früher badischer Minister des Auswärtigen dann Bundestagsgesandter, lebte seit seinem Rücktritt aus dem Staatsdienste in Frankfurt.

[2]) nach Berlin.

aus diesem Grunde für deren Wiederaufnahme nicht aussprechen wollen.

— — — —

Die erbärmlichen Insinuationen, deren sich Herr v. Bismarck nicht entblödet, sprechen am ersten dafür, wie schlecht seine Sachen stehen. Darum Mut, und immer nur fortgekämpft. Es ist mein tägliches Brot."

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 24. Oktober 1854.

Es scheint, daß Preußen sich in England sehr bemüht; wenigstens schließe ich das aus der mir aus früherer Zeit bekannten Richtung und aus Äußerungen des Herrn v. Bismarck über direkte Verhandlungen seines Kabinetts in Paris und London.

— — — — — — — — — — — — — —

Ich sehe aus den Blättern, daß v. d. Pfordten nach Berlin ist. Herr v. Bismarck sprach mir gestern von dem Wünschenswerten eines vermittelnden Ausschußantrags, schien aber die preußischen Ansichten über die Nichtverpflichtung zur Abwehr eines russischen Angriffs auf unsere Truppen in den Fürstentümern und die bloß moralische Unterstützung der vier Punkte darunter zu verstehen. „Rückten die Russen in die Fürstentümer, so träte ohnedies der Separatartikel wieder in Wirksamkeit."

Die preußische Antwort vom 13. entschuldigte er durch den Wunsch, erst klar zu sehen, wie es in der Krim ginge. Ich glaube, daß, wie es auch dort gehe, Preußen seine Politik in Wahrheit niemals, und für den Schein nur dann ändern wird, wenn es an der Wand steht.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 1. November 1854.

Herr v. Bismarck hat seinerseits den Krieg schon erklärt und geht als ein anderer Seydlitz voran. Ich bitte Euer Excellenz, von

meinem vertraulichen Berichte [1]) keinen wörtlichen Gebrauch in Berlin machen zu lassen, keine Mitteilung nämlich, die meine Lage nur noch erschweren könnte, denn dort bestimmen die miserabeln Susceptibilitäten.

Bis zur Entscheidung der großen Tagesfrage liege ich hier auf einer unablässigen Folter. Gehen Bayern und Sachsen mit uns, so denke ich, wird ein Olmütz folgen. Es verbreitete sich gestern das Gerücht von einem nahen Ministerwechsel in Berlin: Herr v. Usedom an Herrn v. Manteuffels Stelle. Es wäre für die persönlichen Berührungen kein Verlust, denn Herr v. Usedom ist doch ein Gentleman.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 6. November 1854.

Es bietet sich mir durch Herrn .... eine sichere Gelegenheit dar. Ich habe aber nichts zu sagen, als daß auf meinem Felde nichts vorgeht.

Aus Berlin schreibt der dortige Agent des Hauses Rothschild an dasselbe: Baron Werther [2]) berichte die Bereitwilligkeit Rußlands, auf die vier Präliminarpunkte einzugehen, und Preußen gelange dadurch zu einer erwünschten Vermittlerrolle. — — — —

Herr v. Bismarck ist etwas zurückhaltender und wiederholt nur, daß sich Preußen auf keinen Fall von Österreich ins Schlepptau nehmen lasse. Preußen, welches mit Konsequenz und Treue die Rolle des russischen Unterhändlers bis jetzt durchgeführt hat, verspricht sich, wie ich aus Äußerungen seiner wenigen Freunde hier entnehme, guten Erfolg. Von Bayern und Sachsen glaubt man,

---

[1]) Prokesch schilderte darin die agitatorische Thätigkeit des Herrn v. Bismarck auf dem Gebiete der Presse u. s. w. und schloß mit den Worten: „Persönlich suche ich mit ihm ein erträgliches Verhältnis zu bewahren, was bei seiner ungnädigen Haltung gegen alles, was österreichisch, nicht ohne Mühe ist. Ich bringe einen beträchtlichen Teil meiner Zeit damit zu, Skandale zu verhüten oder ihnen auszuweichen."

[2]) Preußischer Gesandter in Petersburg.

daß Vergrößerungsgelüste sie leiten, namentlich Bayern, das daher auch nicht das geringste Interesse am Bunde habe, diesen vielmehr — gerade wie Preußen — durch Separatverhandlungen tot zu machen bestrebt sei.

Ich sehe mit Sehnsucht Euer Excellenz nächsten Weisungen entgegen, die ich abzuwarten angewiesen bin. Herr v. Schrenk weiß kein Wort über die Erfolge des Herrn v. d. Pfordten, und ebensowenig Herr v. Nostiz über die procédés des Herrn v. Beust. Die Majorität würde auch ohne Bayern und Sachsen für uns sein, aber das Gewicht dieser beiden Stimmen ist allerdings zu berücksichtigen, wenigstens dasjenige Bayerns.

Trotz der Bemühungen Preußens, welches in einer Cirkularnote vom 13. Oktober die deutschen Regierungen vor dem Eingehen auf die österreichischen Forderungen vom 1. Oktober gewarnt hatte, verfehlten diese sowie die Depesche vom 30. September ihre Wirkung nicht. Die Majorität am Bunde neigte sich — aus Furcht — dem österreichischen Standpunkte zu, und selbst Preußen, die Gefahr der Isolierung fühlend, zeigte sich — trotz Herrn v. Bismarcks Gegenbestrebungen — allmählich nachgiebiger. — Am 26. November wurde, in Anbetracht „der immer bedrohlicher werdenden Lage der europäischen Angelegenheiten", zwischen Österreich und Preußen ein Zusatzartikel zum Vertrage vom 20. April vereinbart und unterzeichnet, dessen wesentlicher Inhalt darauf hinausging, daß die Friedensbestrebungen auf Basis der vier Punkte mit Nachdruck zu verfolgen seien, und daß Preußen die Verpflichtung einging, auch einen Angriff auf die in den Fürstentümern befindlichen österreichischen Truppen gemeinsam mit Österreich abzuwehren, also als casus foederis anzusehen. — Dieser Zusatzartikel wurde durch Prokesch und Herrn v. Bismarck am 30. November gemeinsam dem Bundestage vorgelegt. — Inzwischen war Kaiser Nikolaus, den Bemühungen Österreichs und Preußens nachgebend, so weit zu friedlichen Anschauungen gelangt, daß er am 28. November in Wien seine Bereitwilligkeit erklären ließ, auf die vier Punkte einzugehen. — Noch ehe dieser Umschwung eingetreten war, hatte aber Graf Buol, unter dem Eindruck der Erfahrungen,

welche er im Laufe des Sommers über die Unverläßlichkeit der preußischen Bundestreue gemacht, mit den Westmächten nähere Beziehungen zu dem Zwecke angeknüpft, um einerseits auf die Friedensbestrebungen unmittelbarer einwirken zu können, und anderseits um — für den nicht unmöglichen Fall einer preußisch-russischen Allianz — Österreich den Rücken zu decken.[1]) — Diese Verhandlungen führten am 2. Dezember zum Abschluß eines Bündnisses zwischen Österreich und den Westmächten. — Auf die Nachricht von dem Abschlusse dieses Bündnisses ließ Herr v. Bismarck alle Minen springen, um die Annahme des Zusatzartikels durch den Bund zu hintertreiben; doch mußte er sich selbst zur Unterzeichnung des darauf abzielenden Beschlusses bequemen, worauf der Bundestag am 9. Dezember dem österreichisch-preußischen Uebereinkommen vom 26. November beitrat.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 5. Dezember 1854.

Die Nachricht vom 2. hat hier einen ungeheueren Eindruck gemacht. Am 3. war sie schon durch Börsennachrichten bekannt, gestern brachte sie der „Moniteur". Die Bundestagsgesandten waren in der größten Aufregung, und ich konnte wohl nicht im geringsten zweifeln, daß Herr v. Bismarck, der mit solcher Zuversicht auf die einschläfernde Wirkung des Zusatzartikels gehofft zu haben scheint, in der Seele getroffen sein werde. Heute in der Ausschußsitzung war ich bemüht, beschwichtigend einzugreifen. Ich stellte die Unerläßlichkeit des Vertrags vom 2. hin, um den Bundesbeschluß nach allen Seiten zu stützen, also als eigentlichstes und wirksamstes Friedensmittel, indem dadurch das Gewicht für die endliche Verständigung über die vier Punkte in einem Grade vermehrt werde, der Rußland nötigt und es ihm auch möglich macht, zur gerechten Auslegung und somit zur Befriedigung unserer

[1]) Daß Graf Buol und Prokesch nicht unrecht hatten, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen, geht aus Bismarcks durch Poschinger veröffentlichten Berichten und Briefen, sowie aus seinem Briefwechsel mit General v. Gerlach deutlich hervor.

Forderungen (die mit den Interessen Deutschlands zusammenfallen) sich zu bequemen, und anderseits bezüglich der Westmächte die Garantie gewonnen wird, daß sie nicht einseitig über die vier Punkte hinausgehen können. Je mehr man gehofft hatte, durch den Zusatzartikel die Vereinigung mit den Westmächten zu hindern, desto mehr gab man seine Empfindlichkeit über den 2. Dezember kund. Ich stellte die Thatsache entgegen, daß im Jahre 1829 vier Großmächte uns den Adrianopler Frieden octroyierten, und wie wir heute nur bestrebt sind, das aus diesem Frieden uns erwachsene nachteilige Verhältnis durch vier Großmächte zu beseitigen.

Aus der telegraphischen Weisung des Herrn v. Manteuffel müßte ich schließen, daß Preußen sich nur das Decorum retten will durch eine Zögerung, die es dem Bundesbeschlusse entgegenstellt. Dagegen reicht einige Geduld aus. Wenn es aber offen entgegentreten sollte, seine Verständigung vom 26. November durch den Zwischenfall für suspendiert oder aufgehoben erklärt, so fragt sich: was zu thun?

Gehen wir dann allein voran, so wird die Majorität wohl mit uns sein, aber die Spaltung des Bundes ist doch da, und alle Misère der Streitfragen über das Stimmverhältnis u. s. w. wird eintreten. Ich müßte mich sehr irren, oder Preußen giebt, unserem energischen Schritte gegenüber, zuletzt doch nach. Es muß sich sagen: stelle ich mich murrend in den Winkel, so läßt man mich dort stehen; trete ich dem Vertrage bei, so habe ich Feld, um den Anwalt für Rußland zu machen. Nach der ersten Empfindlichkeit wird es wohl den letzteren Entschluß fassen.

Euer Excellenz lege ich meinen Dank zu Füßen für die Mitteilungen vom 3., die ich eben nur durchzufliegen in der Lage war. Für Berlin sind sie eine gerechte Strafe und doch ein Dienst. Sollte wider Erwarten Berlin sich absondern wollen, so würde München von erhöhter Bedeutung werden, und durch Formen und Rücksichten, für die es so sehr als d r i t t e d e u t s c h e M a c h t empfänglich, zu einem heilsamen Beispiel und Vorangehen gebracht werden können.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 9. Dezember 1854.

Herr v. Bismarck hat seit der Nachricht vom 2. mir manche schlaflose Nacht bereitet. Er war ungemein thätig in der Erwartung, daß seine Regierung die seinen Wünschen und Bemühungen entsprechende Politik einschlage. Seine socialen Mittel erleichterten ihm sein Bestreben. Ich habe, wenn ich die Gesandten von Sachsen und Baden ausnehme, wenig oder gar keine Hilfe in den Ausschüssen gehabt. Es galt in den preußischen Kreisen für ausgemacht, daß Preußen „die österreichische Perfidie" durch Lossagung vom gemeinschaftlichen Antrage vom 30. November beantworten werde, und selbst mehrere der gutgesinnten Gesandten waren schon überzeugt, daß sie in diesem Fall nicht von ihrer zustimmenden Weisung Gebrauch machen dürften. Bei einigen galt es fast für eine Anmaßung, daß ich ihnen das Beharren auf ihrer Unterschrift zumutete, ohne sie früher mit dem Texte des einstweilen abgeschlossenen Vertrags bekannt zu machen. Herr v. Schrenk bekam Skrupel, ob er die Bezeichnung „Zwischenfall", deren Herr v. d. Pfordten in der telegraphischen Weisung an ihn sich bedient hatte, auf den Vertrag vom 2. Dezember anwenden dürfe. Wie weit dieses Einschreckungs- und Schmeichelsystem schon gediehen war, sah ich in der Ausschußsitzung am Donnerstag, als ich Herrn v. Bismarck eine Frist abnötigte, um einem unbestimmten Aufschube vorzubauen.

Eben als wir das Ausschußzimmer verließen, empfing er eine telegraphische Depesche en chiffre und äußerte mir, bevor er den Inhalt kannte, er wisse schon, was sie enthalte, nämlich seine schleunige Berufung nach Berlin — er habe schon Winke darüber — jedesmal, wenn es sich um einen entscheidenden Entschluß dort handle, werde er gerufen und habe dann zwischen die streitenden Meinungen sich zu stellen.

Das war eben die Depesche, die ihm befahl, zu unterzeichnen.

Der Ärger in Berlin kann übrigens nicht klein gewesen sein. Sie haben dort so lang an der Grube gegraben, bis sie selbst hineingefallen sind.

Ich habe Herrn v. Hübner und Grafen Esterhazy[1]) in Berlin von dem heutigen Resultate in Kenntnis gesetzt.

An den Grafen Apponyi,

österreichischen Gesandten in München.

Frankfurt, 13. Dezember 1854.

Da ich gerade eine sichere Gelegenheit habe, will ich einmal einige Worte über den hiesigen Stand sagen. Einen unangenehmeren Posten als den hiesigen kann es auf der Erde nicht geben. Ich begreife, daß Graf Thun nicht aushielt, und obwohl er sich überzeugt haben mag, daß man auch in Berlin nicht auf Rosen liegt, mag ihm der Vergleich mit hier doch manchmal als ein Trost erschienen sein. Es ist die Engherzigkeit der Auffassung, die engste Susceptibilität, die Anmaßung der Gleichberechtigung, die Feigheit gegenüber dem preußischen Gesandten, der als einer der eifrigsten „Kreuzzeitungs“-Ritter seinen Unwillen nach Möglichkeit ausläßt, es ist die Masse der Arbeiten durch juristische Haarspaltereien verzehnfacht, es sind auch die socialen Notwendigkeiten und die geringen Mittel hierzu, welche den hiesigen Posten zu einer Folter machen.

Herr v. Schrenk ist ohne Zweifel ein durchaus braver Mann und fähiger Arbeiter, ein guter Bayer, wie er sein soll, aber, wo es sich um Österreich oder Preußen handelt, steht er mit seiner Gesinnung nicht auf österreichischer Seite. Er ist mir, gegenüber den preußischen Angriffen, keine Stütze. Seine Auffassungen nähern sich eher den Wünschen des Herrn v. Bismarck. Ohne die am 7. gekommene positive Weisung von Berlin würde ich am 9. den Beschluß in der Orientalischen Sache nicht zu stande gebracht haben,

---

[1]) Graf Esterhazy, seit dem Rücktritt des Grafen Thun, österreichischer Gesandter in Berlin.

denn Herr v. Schrenk machte seine Zustimmung von derjenigen Preußens abhängig. In der so drängenden Frage der Kriegsverfassung bin ich hauptsächlich durch ihn gehindert, morgen zu einem Beschlusse zu kommen, da er auch den unbedeutendsten Redaktionsänderungen ohne Anfrage nicht zuzustimmen wagt.

Ich schreibe dies nicht in der Absicht, Euer Excellenz zu vermögen, irgend ein Wort darüber an Herrn v. d. Pfordten zu sagen. Das würde wahrscheinlich mehr schaden als nützen, sondern nur damit Sie die Gnade haben, in den voraussichtlich nahe bevorstehenden weiteren Schritten des Bundes in der Orientalischen Sache auf sehr bestimmte Instruktionen an Herrn v. Schrenk zu dringen. Sollte es zu einer Mobilmachung kommen, so werde ich von preußischer Seite, auch im Fall der Zustimmung der preußischen Regierung, auf alle möglichen Wortklaubereien, Formfragen und Hindernisse stoßen. Finden diese auch bei Herrn v. Schrenk Unterstützung, so wirkt sein Beispiel auf andre Gesandte, und es wird verschleppt, gehemmt und de mauvaise grâce procediert.

Ich glaube an den Krieg. Nur eine entschieden loyale Haltung Preußens könnte Rußland jeder Hoffnung berauben. Eine solche Haltung ist nicht vorauszusetzen.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 22. Dezember 1854.

Wenn ich den Äußerungen des Herrn v. Bismarck Glauben schenken soll, so muß ich annehmen, daß Preußen nicht beitritt[1]) und höchstens durch Separatverhandlungen mit England und Frankreich sich eine haltbare Stellung machen will. „Wenn Österreich ein Pferd vorne anspannt, spannen wir eins hinten an", ist ein alter Satz des Herrn v. Bismarck, mit dem er seine bundesfreundliche Gesinnung vor dem Frankfurter Publikum seit lang zu charakterisieren liebt, und den er auch auf Preußens Wirksamkeit in der Orientalischen Frage überträgt. Wenn England und Frank-

[1]) dem Bündnis mit den Westmächten.

reich nicht verblendet sind, weisen sie Preußen mit allen Separatanträgen ab und lassen es stehen. Eine wirkliche Isolierung dürfte die Clique nicht aushalten können, die dort regiert, also das stärkste Compelle sein.

Die Bemühungen der „Kreuzzeitung", die Susceptibilität der Armee aufzustacheln, sind nicht ohne Erfolg. „Man will Preußen zwingen" bleibt nicht ohne Echo, und die Bravaden dagegen werden gern gelesen.

Der Beitritt Preußens hätte die Phalanx geschlossen. Da er bis jetzt nicht stattgefunden, wage ich auf keine wirkliche Nachgiebigkeit Rußlands zu hoffen. Ich hoffe aber von der Gerechtigkeit Gottes, daß Rußland sich für die Dienste Preußens nicht zu bedanken haben wird.

Für den Bund ist Bayern sehr wichtig. Mit positiven Instruktionen wird Herr v. Schrenk gehen wie er soll; ohne solche neigt er sich zu Preußen, nicht als ob er es liebte, sondern weil er den eifersüchtigen Großmachtsschwindel zunächst gegen den Nachbar kehrt.

Ich gehe mit vielen Sorgen dem Neujahr entgegen; an meinem guten Willen und an meiner Thätigkeit wird es aber nicht fehlen, und ich wage sogar zu sagen, daß Euer Excellenz davon überzeugt sind.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 29. Dezember 1854.

Die Äußerungen, wie sie hier von preußischer Seite fallen, deuten auf Nichtanschluß an den Dezembervertrag. Man geht von der Ansicht aus, daß die Defensivkraft Rußlands von solcher Stärke sei, daß es selbst durch Verlust von Schlachten und Provinzen nicht zum Frieden gezwungen werden könne, und daß dieser Widerstand jede Koalition überdauern werde. Hieraus schließt man, daß Preußen seine Isolierung ganz gut tragen könne, und durch seine intakten militärischen Kräfte jederzeit sein Gewicht geltend zu machen in der Lage sei.

Ich höre von Verstimmungen in den deutschen Kabinetten, ohne jedoch Näheres darüber zu wissen.

Aus französischen Quellen muß ich auf das gänzliche Scheitern der Mission Usedom[1]) schließen. Das Verlangen einer eventuellen und vertraulichen Präzisierung der vier Punkte würde ich billig finden (nur als heutige, von weiteren Kriegseventualitäten unabhängige Absicht), wenn die Behandlung des Aprilvertrags preußischerseits eine andere gewesen wäre. Das fünfgliedrige Protektorat begreife ich übrigens selbst nicht, da es die Fürstentümer, wenn England bleibt, was es seit Palmerston und Redcliffe ist, in einen Tummelplatz aller europäischen Intriganten und Unzufriedenen verwandeln kann.

Euer Excellenz sage ich meinen ergebensten Dank für die hohen Weisungen vom 26., und wollte ich mit diesen Zeilen nur ein Lebenszeichen geben.

Den Minister von Bayern habe ich seit acht Tagen nicht gesehen.

Der hannöverische Bundestagsgesandte vertraute mir, daß der König bereit sei, sein ganzes Kontingent aufzustellen, aber nicht einen Mann unter preußisches Kommando stellen wolle. Das wird auch von andern Seiten kommen.

---

[1]) Herr v. Usedom, damals preußischer Legationsrat, war nach London gesendet worden, um die im vorigen Briefe erwähnten Separatverhandlungen anzuknüpfen, erfuhr jedoch eine Abweisung. Der Minister Drouyn de Lhuys bemerkte ironisch zu dieser Mission: „es scheine, als habe Usedom mehrere Bündnis-Entwürfe in seinem Koffer gehabt, und aus Versehen den nach Petersburg bestimmten in London mitgeteilt" (Sybel, „Die Begründung 2c.", II, 216).

1855.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 13. Jänner 1855.

Herr v. Tallenay hat mir soeben eine Depesche aus Paris vom 11. gelesen, worin seine Regierung ihn von dem Vorgange in Wien am 7. benachrichtigt, darin aber hervorhebt, daß sie noch den schriftlichen Bericht des Herrn v. Bourqueney[1]) nicht empfangen habe. Die französische Regierung spricht in dieser Depesche das größte Mißtrauen gegen die Hintergedanken Rußlands aus, indem sie die zu verschiedenen Zeiten von dem russischen Kabinett über die vier Punkte gemachten Äußerungen zusammenstellt.

Ich finde, daß, welche auch diese Hintergedanken seien, in der Annahme der Formulierung der vier Punkte, wie sie erzielt wurde, bereits eine Konzession liegt, die fast einer Bürgschaft für den aufrichtigen Friedenswunsch Rußlands gleichkömmt. Diese Konzession ist übrigens nicht sowohl den Seemächten, als vielmehr Österreich gemacht. Der Druck, den Österreich ausübt, ist also eine weitere Garantie. Übrigens werden Euer Excellenz bald im klaren sein, ob der Sieg wirklich, wie es heute scheint, für uns ausschließlich auf diplomatischem Felde erfochten werden kann.

Die preußischen Bemühungen gegen die beabsichtigte englische Werbung für die Fremdenlegion haben fast einen leidenschaftlichen Charakter. Alle Kneipen werden mit Abmahnungen überschwemmt, die, hier wenigstens, von der preußischen Gesandtschaft ausgehen.

Herr v. Bismarck ist noch nicht von Berlin zurück. Ich weiß nicht, ob man sich in Berlin erinnert, daß im Jahre 1840

[1]) Französischer Gesandter in Wien. Der hier erwähnte Vorgang vom 7. war die Mitteilung des Fürsten Gortschakoff an die Wiener Konferenz, daß Rußland auf die Forderungen der drei Mächte eingehe.

gerade in der Orientalischen Frage, die heute wieder die Welt bewegt, vier Mächte vorangingen und das aus eigener Wahl isolierte Frankreich im Winkel stehen ließen. Preußen könnte heute nicht übelnehmen, was es damals guthieß.

Mittelst Cirkulardepesche vom 14. Januar teilte Graf Buol den deutschen Regierungen mit, daß er den Präsidialgesandten beauftragt habe, die Mobilisierung der halben oder ganzen Bundeskontingente und die Wahl eines Bundesfeldherrn zu beantragen. In einem zweiten geheimen Cirkular vom selben Tage frug er einzelne Regierungen, ob sie, falls kein Bundesbeschluß zu stande käme, geneigt wären, ihre Truppen Österreich zur Verfügung zu stellen, gegen Garantie ihres Besitzstandes und eines entsprechenden Anteils an dem im Kriege zu erlangenden Gewinne. — Sachsen zuerst beantwortete diese Anfrage ablehnend. — Der bayrische Bundestagsgesandte erhielt den Auftrag, sich über die Fassung des in der Bundesversammlung abzugebenden Votums mit Herrn v. Bismarck zu verständigen. — In der Bundestagssitzung vom 8. Februar erfolgte die Ablehnung der österreichischen Anträge, und wurde der preußische Gegenantrag auf Bereitschaft der Kontingente angenommen, auf welchen übrigens Österreich in der Zwischenzeit, wie aus den folgenden Briefen ersichtlich, eingegangen war.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 21. Jänner 1855.

— — — — — — — — — — — — —

Die telegraphische Weisung des Herrn v. Beust, derer ich in der Nachschrift meines gestrigen Berichts erwähnte, hat mehrere der uns zugeneigten Bundestagsgesandten ganz bouleversiert. Sie sehen darin die Verwerfung der von mir morgen zu stellenden Anträge und besorgen das Überwiegen des preußischen Einflusses in

Dresden. Wenn Herr v. Beust auf das geheime Cirkular nicht eingehen will, so muß ich daraus schließen, daß er den darin erwogenen Fall des Nichtzustandekommens eines Bundesbeschlusses gar nicht voraussetzt. Ich muß daher annehmen, daß er den Anträgen des offiziellen Cirkulars nicht entgegentreten wird. Das wird sich morgen im Ausschusse zeigen.

Einige Gesandte sind auch beunruhigt über die weit über das Kontingentsmaß hinausgehenden Rüstungen Bayerns, die allerdings auf die angeführten Äußerungen des Herrn v. d. Pfordten zu deuten scheinen.

Preußen soll seinen Antrag wegen Abschließung eines Separatvertrags dringend in Paris und London erneuert haben, und man schreibt von Paris, Österreich habe dies Verlangen unterstützt, weshalb Lord Clarendon sich den preußischen Vorschlägen geneigt zeige. In den Tuilerien sei man dagegen.

Herr v. Bismarck ist noch nicht zurück.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 22. Jänner 1855.

Herr v. Bismarck, der kurz vor der Ausschußsitzung mich besuchte, sprach mit Empfindlichkeit von dem „Ausschluß Preußens" von den Wiener Verhandlungen. Preußen betrachte sich durch Vertrag und Protokolle nicht mehr gebunden und in solcher Freiheit der Entschließungen, daß es auch den Fall in Erwägung ziehen könne, ob es nicht geraten sei, sich an Rußland zu schließen.

Ich glaube nun an einen solchen Entschluß allerdings nicht, denn das Entschließen ist nicht des heutigen Preußens Sache, aber daß die Hofpartei mit allen Kräften nach dieser Richtung dränge, das bezweifle ich nicht, und daß, wenn wider Erwarten diese Partei den König zu diesem Entschlusse bringen sollte, Herr v. Manteuffel kein Hindernis sein wird, das glaub' ich auch.

Die Koketterie mit den Bundesstaaten ist von seiten Preußens die größte. Herr v. Bismarck schwamm in Sorgfalt für die Inter-

essen der Regierungen, für ihre Finanzen, für die Freiheit ihrer Entschlüsse, für ihre Berechtigung, von allen diplomatischen Vorgängen in Kenntnis zu sein, von Andeutungen, wie, Preußen mit eingeschlossen, niemand offizielle Nachrichten habe, niemand wisse warum und wofür man mobilisieren solle u. s. w.

Die Sache ist nunmehr anhängig und wird zur Klarheit führen. Sollte ich auch im Ausschusse in Minorität bleiben, so werde ich auf Einbringung des Antrags, wenn auch als Minoritäsvotum, bestehen. Die Bundesversammlung wird dann entscheiden. Erklärt sich Bayern zustimmend, so wird die Majorität der Bundesversammlung für Österreich sein.

Die Anträge der Militärkommission könnten allerdings ein Auskunftsmittel bieten, wenn sie hinlänglich weit gehen. Ich besorge aber, daß dies der preußische Militärbevollmächtigte verhindern wird; die Absicht Preußens geht entschieden dahin, alles zu hindern und zu lähmen, und selbst seine scheinbare Bereitwilligkeit zur Bereitstellung [1]) hat keinen anderen Zweck, als das Heft dazu in der Hand zu halten. Wie zu Wien es nur hinderte und lähmte und daraus, daß man ihm dies Handwerk jetzt nicht mehr erlaubt, ein griéf macht, um dieses als Hindernis zu verwerten, so auch hier in allem und jedem.

Wohin uns diese friedensfreundliche Politik drängen muß, scheint mir klar.

Über Sachsen wundere ich mich. Es hat bei dem Zerfallen des Bundes wahrlich nichts zu gewinnen. Vielleicht ist es aber noch herüberzuführen durch sehr klaren Ausspruch, wozu ich freilich in Herrn v. Könneritz [2]) nicht das geeignete Organ sehe. Auch Württemberg dürfte nicht auf der Negative beharren, wenn es nicht an Bayern eine Stütze findet. Ich weiß nicht, mit welchem Rechte unter den uns zugeneigten Gesandten hier die Meinung herrscht, Herr v. d. Pfordten sei persönlich verletzt, indem er Wien verlassen habe, ohne eine Ahnung des Dezember-Vertrags, und dadurch in München in eine fausse position geraten sei. Daß die

[1]) Die Bereitstellung der Kontingente wurde von Preußen beantragt.
[2]) Sächsischer Gesandter in Wien.

Erhaltung des Bundes bei Bayern kein triftiger Beweggrund sei, bin ich geneigt zu glauben, aber die übrigen Staaten sollten unmöglich in der Luft stehen wollen.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 23. Jänner 1855.

Die Sprache des Herrn v. Schrenk gegen meine Kollegen ist so entschieden im preußischen Sinne, daß ich meine Hoffnung auf Bayern nur mit Mühe festhalten kann. Tritt Bayern auf preußische Seite, d. h. tritt es nicht entschieden auf die unsere, so habe ich keine Wahrscheinlichkeit, mit den Anträgen in der Bundesversammlung durchzudringen, denn dann werden alle Mittelstaaten halb oder entgegen sein.

Graf Kielmansegg, schon durch die Haltung des Herrn von Schrenk erschüttert, beschwor mich heute, mich mit der Bereitstellung zufrieden zu geben und die Mobilmachung fallen zu lassen, wo dann die Wahl des Bundesfeldherrn von selbst wegfiele, da diese nur nach beschlossener Mobilmachung eintreten könne. Er nennt eine solche Beschränkung eine Abschlagzahlung, zu der sich fast jedermann verstehen würde, da sie mit dem, was für die Armee in Preußen geschieht,[1]) zusammenfiele, und trotz aller Hintergedanken doch ein Schritt vorwärts wäre.

Ich warte die bayrische Instruktion ab. Ist sie ablehnend, so werde ich sehen, welche Anhaltspunkte die Anträge der Militärkommission darbieten. Diese verschob, auf Ersuchen des bayrischen Bevollmächtigten, ihre Sitzung von heute auf morgen.

Es existiert ein preußisches Cirkular vom 17.[2]) Ich kenne es nicht. — Welche Sprache Herr v. Bismarck führt, geht aus der

---

[1]) In Preußen wurde die Kriegsbereitschaft in der Stille durchgeführt.

[2]) Dieses Cirkular war eine Wiederholung der Antwort, welche Herr von Manteuffel am 5. auf die österreichische Forderung vom 24. Dezember, bezüglich Aufstellung der in der Konvention vom 20. April stipulierten Truppen-

27*

Anlage [1]) hervor, die aus seinem Bureau hervorgegangen ist. Hierzu gehört die Behauptung, die er gegen alle Bundesgenossen macht, daß Österreich nur einen Offensivkrieg im Auge führt, der die deutschen Kräfte auf den Schlachtfeldern in Rußland zu Grunde richten würde. Das Verhältnis zu England wird von den meisten preußischen Organen als gut geschildert, und diese Meinung wird festhalten, bis von seiten Englands ein unzweideutiger Schritt geschieht. Was würde England dabei wagen, wenn es heute mit der Blockade der preußischen Häfen drohte? Es muß ja doch mit dem Frühjahr eine Flotte in die Ostsee schicken, und wird ja doch nicht in diesem Jahr, wie im vorigen, seine Ohnmacht konstatieren wollen. Eine französische Demonstration könnte Preußen eher nützlich als schädlich sein, aber gegen eine englische hätte es keine Waffen und keinen Bund.

Sind die erneuten Anträge in London und Paris zum Abschluß eines Separatbündnisses wahr, so liegt ihnen freilich kein anderer Zweck zu Grunde, als zu hemmen; würde dieser Zweck aber vermieden, so läge in einem solchen Bündnis für Preußen eine Hemmung im anderen Sinne.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 26. Jänner 1855.

Als Euer Excellenz mich mit hohem Erlasse vom 14. anwiesen, nunmehr auf einen Bundesbeschluß in unserem Sinne hinzuwirken, und überdies mir mitzuteilen geruhten, daß Sie mit den Instruktionen, die Graf Lerchenfeld [2]) vorlas, im wesentlichen zufrieden

zahl, gegeben hatte, nämlich, daß — so lange Österreich nicht angegriffen werde — die Notwendigkeit der Mobilisierung wegfalle.

[1]) „Intelligenz-Blatt der freien Stadt Frankfurt", Nr. 18, vom 23. Jänner. Gegen Österreich gerichteter Artikel, in welchem insbesondere insinuiert wird, daß es in den Fürstentümern selbstsüchtige Zwecke verfolge, und daß seine Generale die Operationen Omer Paschas gegen Beßarabien gehindert und so zum Scheitern der Krim-Operation beigetragen haben.

[2]) Bayrischer Gesandter in Wien.

waren, setzte ich voraus, daß wir Bayerns sicher seien. Die Unbestimmtheit der Äußerungen des Herrn v. Schrenk am 18. konnte mich darin nicht beirren, da ich nicht bei seinen persönlichen Ansichten anzufragen hatte, und er die Instruktionen eben noch erwartete. Das bestimmte mich mit, die Ausschußsitzung erst auf den 22. zu setzen.

Daß ein so vielfach verwandter Hof nicht entschieden mit uns geht, ist eine der stärksten Waffen Preußens in Deutschland. Die endlich gekommene Instruktion vom 24. bricht über unsere Anträge den Stab. Schon gestern kündigte mir Graf Kielmansegg an, „daß sein König seinen Entschluß noch zurückhalte". Dasselbe sagte mir Minister v. Baumbach[1]), der aus Kassel hier war, bezüglich des Kurfürsten. Von Darmstadt und Wiesbaden, wo die persönlichen Einwirkungen des Herrn v. Bismarck freies Feld haben, erwarte ich nichts anderes.

Da aber die Sache nun einmal so liegt, so bleiben zwei Wege. Entweder der durch den wichtigen Artikel 42 der Schlußakte vorgesehene, der aber ein Bruch, nicht des Bundes, aber im Bunde ist, oder der Anschluß an das bayrische Votum. Ich stimme für den letzteren, weil er den Sieg Preußens wesentlich verkümmert, und zwischen Kriegsbereitschaft und Mobilisierung der Unterschied nicht so groß ist, daß nicht durch jene ein bedeutender Schritt für diese gewonnen werde. Die öffentliche Meinung wird diesen Unterschied nicht einmal sehr auffassen und ihn auf die gewöhnliche Schlepperei des Bundes schieben. Will Preußen, wie ich glaube, die Kriegsbereitschaft auf eine Phrase reduzieren, so ist doch ein Entgegentreten Bayerns und somit der andern Staaten möglich.

Daß das geheime Cirkular vom 14.[2]) sogleich in Preußens Händen sein würde, war bei der Haltung Sachsens wohl zu erwarten. Es wird von Herrn v. Bismarck in einer Weise ausgebeutet, als bedrohe es alle Staaten in ihrer Unabhängigkeit. Ich zweifle, daß irgend jemand noch wagen wird, für einen Bundesfeldherrn zu stimmen. Die Militärkommission, von der Notwendigkeit dieser Wahl durchdrungen, schlug in einer Nacht um. Wer von den Gesandten mir darüber sprach, dem antwortete

---

[1]) Kurhessischer Minister des Äußeren.

[2]) Vergl. S. 416 den verbindenden Text.

ich, daß ein absichtliches Mißverständnis klar zu Tage liege, indem das geheime Cirkular nur den Fall bedenke, „wenn kein Bundesbeschluß zu stande käme". Daß dieser Fall ins Auge gefaßt werden mußte, seien die Staaten selbst schuld, und daß es bundesgesetzlich erlaubt, ja geboten sei, ihn ins Auge zu fassen, beweise der Artikel 42 der Schlußakte.

Das Thema, worüber Herr v. Bismarck mir und allen predigt, ist, daß die Engländer und Franzosen gegen die Russen nichts auszurichten im stande seien, und daß wir auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlung mit Rußland alles für das österreichische und deutsche Interesse Nötige erreichen könnten, es sich also durchaus nicht rechtfertigen lasse, uns und Deutschland in einen Krieg mit Rußland zu stürzen, um für England und Frankreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Der elende Feldzug in der Ostsee, die unmilitärischen Vorgänge in der Krim, wo man eine Festung nehmen will, ohne sie auch nur zu cernieren, und die eine Armee hinter sich hat; der Jammer der „Times" und die misère der Maßregeln in London sprechen allerdings für die erste Behauptung. Die zweite kann ich nicht beurteilen, obwohl eine Nötigung für Rußland kaum zu bezweifeln ist, und mir ein österreichisches Protektorat auf jeden Fall einem der fünf Mächte vorzuziehen scheint, auch ein österreichischer Waffenplatz an den Donaumündungen größere Gewähr geben würde als ein Syndikat. Die décadence Englands betrachte ich als besiegelt, da aber der eigentliche bleibende Feind Österreichs Preußen ist, so ist für uns das Verhältnis zu Frankreich von entscheidender Wichtigkeit.

Man erwartet ein Ministerium Russel. Ich fürchte Herrn v. Usedom. Er ist für England eine ebensogute Wahl (im preußischen Sinne) wie Herr v. Bismarck hier. Hier ein Krakehler, Einschrecker, dort ein gentleman von angenehmen Formen, heiterer Laune, liberalen Ansichten, streng englisch erzogen und mit einer Engländerin vermählt, kein Professor wie Bunsen und kein Lügner wie so viele andre.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 26. Jänner 1855.

— — — — — — — — — — — — — —

Der letzthin über Wien mir zugekommene Brief des Grafen Esterhazy[1]) ist nicht ohne Interesse. Ich lege ihn bei. Ich bin diese Sprache von meinem verehrten preußischen Kollegen hier gewohnt. Geht sie auch mir gegenüber nicht so weit, so ist sie desto unbefangener gegenüber Stadt und Land, Höfen und Gesandten. Dem Tadel, mit welchem Graf Esterhazy sie belegt, kann ich nicht ganz beistimmen, weil die preußische Regierung den von Herrn v. Bismarck gewünschten Weg geht — wenn auch nicht im schnellen Schritte seiner Wünsche —, und weil Herr v. Bismarck die Stütze am König und an seiner Partei und dadurch alle Mittel des Einflusses und der Gunst hat, mit denen er werben und belohnen kann. — Dieser Einfluß spricht sich gleichfalls im Sinne der Umgebung des Großherzogs von Baden aus, wie der Bericht des Herrn v. Philippsberg[2]) erwähnt, nämlich, daß die österreichische Armee von den Russen werde zusammengehauen werden, und es zuletzt an Preußen stehen werde, für Österreich einen Frieden zu erbitten.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 1. Februar 1855.

Herr v. Bismarck ist seit seiner letzten Anwesenheit in Berlin ganz geharnischt. In den Colloquien, die er mit den Bundestags-

[1]) Graf Esterhazy schrieb über Herrn v. Bismarcks jüngsten Aufenthalt in Berlin und führte einige seiner dort gemachten Äußerungen an, so: „Ich bin ein erklärter Feind Österreichs; der Dualismus zwischen den beiden Mächten war stets in Deutschland einheimisch; er führte in jedem Jahrhundert zu großen Kriegen; nun denn, so mögen wir einen guten Krieg mit Österreich haben, um es aus Deutschland hinauszuschaffen". Zu Marquis de Moustier: „Ein festes, inniges Bündnis mit Frankreich und Rußland wäre dasjenige, was den Interessen Preußens am meisten entspräche".

[2]) Vergl. S. 344.

gesandten hält, wird Österreich als von dem für Deutschland gefährlichsten Eroberungsschwindel befallen und zugleich als ohnmächtig dargestellt, und anderseits Preußen als es an wirklicher Macht, Kraft und Intelligenz weit überragend. London neigt sich, nach seiner Behauptung, schon sehr zu Preußen, ist des Krieges müde, wird das Ministerium Palmerston nur deshalb wählen, weil dieses leichter vor der öffentlichen Meinung den Frieden rechtfertigen kann und sich nie zu Gewaltmaßregeln gegen Preußen herbeilassen wird u. s. w. Frankreich wird seinen „mit Österreich verabredeten Plan (!), eine Armee durch Deutschland marschieren zu lassen", aufgeben, oder von Preußen und dem Bunde mit den Waffen in der Hand zurückgewiesen werden. „Beiden Seemächten und Österreich ist schon bedeutet, daß Preußen niemals eine Veränderung der europäischen Verträge zugeben werde, die ohne seine Mitwirkung zu stande gekommen sei."

Die Gesandten, mit Ausnahme des braven Nostitz, bei dem es ein wirkliches Verdienst ist, der aber gebunden ist, und von den Herren v. Trott, Marschall und Dungern,[1]) sind ganz eingeschüchtert. Die Höfe von Darmstadt und Wiesbaden zittern unter dem Gewichte der wiederholten Besuche des Herrn v. Bismarck. Er war erst diesen Morgen wieder in Wiesbaden. Graf Ingelheim,[2]) der auch eben eine Stunde hier war, sagt mir, daß Kassel kaum mehr zu halten sei, und Graf Kielmansegg reiste gestern früh in der größten Besorgnis wegen der Entschlüsse seiner Regierung nach Hannover. Die Gothaer erheben wieder das Haupt und hoffen eine deutsche Einheit unter Preußen.

Mir erscheint dieser Zustand als eine Folge der Unentschiedenheit der Lage. Ist sie entschieden, so werden sich neue Verhältnisse bilden.

---

[1]) v. Nostitz, Sächsischer — v. Trott, Kurhessischer — Freiherr v. Marschall, Badischer Bundestagsgesandter; Freiherr v. Dungern, Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau.

[2]) Österreichischer Gesandter in Kassel.

Graf Buol an Prokesch.

„Wien, 4. Februar 1855."

„Sie haben die Sache vortrefflich eingeleitet, und wenn die Anträge des Militärausschusses durchgehen, so haben Sie den Bund noch einmal formell gerettet. In der Sache ist freilich nichts geändert. Die eigentliche Entscheidung liegt auf dem europäischen Felde. Solange aber das übrige Deutschland über Friedensaussichten jauchzt, bevor wir ihn haben, muß Österreich an die Möglichkeit des Krieges mahnen. Dies der Grundgedanke unserer gegenwärtigen Bestrebungen auf diesem höchst undankbaren Terrain. Ich hoffe, daß uns dies allmählich zu Negociationen und dann zum Frieden führt. Ich werde des ewigen Kämpfens mit so elenden Bundesgenossen herzlich müde. In Rußland scheint man aufrichtig den Frieden zu wollen. Man mag wissen warum; dann glaube ich, daß es nun in den persönlichen Tendenzen des Kaisers liegt. — — — — —

Unsere geheime Depesche [1]) war eine Probe, welche die deutschen Staaten ziemlich schlecht bestanden haben. Sie wollen sich nicht gern zwischen Österreich und Preußen aussprechen, der dualistische Hader konveniert ihnen; indessen im äußersten Fall würden sie sich doch noch eher mit uns vertragen. — — — — — — — — — — — — — —

Graf Esterhazy bringt eine traurige Schilderung von Berlin. Eine völlige Ratlosigkeit, aber keine Aussicht, daß eine vernünftige Partei ergriffen werde. Wir wollen sehen, was General Wedell [2]) ausrichtet. Ich wünschte Preußen sehr aufrichtig in den Verhandlungen; es würde sich dann weniger unangenehm mit uns machen.

Nur nicht die Geduld verloren." — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 6. Februar 1855.

Trotz aller mauvaise grâce, die der Ausschußvortrag an den Tag legt, wird der Antrag selbst von der ganzen Welt nur auf

---

1) Vergl. S. 416.

2) Der preußische Generallieutenant v. Wedell, Generaladjutant des Königs, wurde nach Paris gesendet, um mit Frankreich — gleich wie Herr v. Usedom mit England — Separatverhandlungen anzuknüpfen.

eine Weise verstanden werden, und diese ist keine uns ungünstige. Die träge Maschine des Bundes rührt sich; kein Mensch erwartet, daß sie Sprünge mache, aber niemand wird über die Direktion der Bewegung und der aus ihr selbst hervorgehenden weiteren Nötigung Zweifel haben.

Die Stimmung in den Ausschüssen ist die schlechteste, und merkwürdig das bis in das kleinste Detail verabredete Zusammengehen zwischen Herrn v. Schrenk und Herrn v. Bismarck. Ich hatte Mühe, den Faden nicht abreißen zu lassen. Bei der von beiden mehrmals geäußerten Ansicht, „das Richtige wäre eigentlich dermalen, noch gar nichts zu thun" — wäre man nur zu bereit gewesen, jeden Vorwand zu ergreifen, um mir den Abbruch der Verhandlung in die Schuhe zu schieben.

Es ist wahrlich kein Trost, an der Spitze dieser Wirtschaft zu stehen und die allgemeine Geringschätzung mit auf sich zu laden.

Sir Alex. Mallet sprach mir von einer Depesche Lord Clarendons an ihn vom 27., welche sagt, daß, welches Ministerium sich auch immer bilde, jedes den Krieg auf das Ernstlichste und bis zur Erringung eines namhaften Vorteils fortführen müsse, sonst sei es um das Gewicht Englands geschehen. Das glaube ich auch, und eigentlich die erlittene Minderung dieses Gewichts nicht mehr ersetzbar.

Euer Excellenz gütiges Schreiben vom 4. habe ich diesen Morgen erhalten, und danke ich ergebenst für die darin ausgesprochene Billigung. Obwohl von einer preußischen Beiwirkung in gar keinem Fall die Rede sein kann, würde ein Abschluß Preußens mit Frankreich und England doch formell sehr nützlich sein. Lord Clarendon soll dazu geneigt sein, sagt mir Mallet, Preußen wolle aber Art. 2 und 6 weglassen in dem Instrument, das es zu unterzeichnen bereit wäre. Es würde im Art. 1 Anhaltspunkte für lähmende Einwirkung finden, und überhaupt seine ganze Beteiligung würde nur Lähmung zur Absicht haben — eine Erneuerung des mit dem 20. April beabsichtigten Ganges; aber auf den Kaiser von Rußland müßte die Sache doch drücken, und hat er die friedfertige Disposition, die Euer Excellenz (wie ich glaube, mit Recht) voraussetzen, so könnte dies den Frieden bringen. Frankreich hat so viel gewonnen, daß es wohl auch zum Frieden geneigt sein dürfte, und in England

streitet für den Frieden die Unmöglichkeit, ohne Österreich irgend etwas Entscheidendes zu thun. Ein Waffenstillstand würde ein großer Vorschub für den Frieden sein. Ich sehe nicht, was die Seemächte dabei verlören, denn es scheint nicht mehr, daß sie Sebastopol nehmen.

Daß in der heutigen Lage die Entscheidung ganz allein bei Österreich liegt, müßte Petersburg uns gegenüber doch weicher und zu allen Konzessionen geneigt machen, die wir ehrenvoller und vernünftigerweise wünschen können

---

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 8. Februar 1855.

Herr v. Bismarck verbreitet, daß sich Preußen mit Bayern und Sachsen verstanden, um Österreich von einem Angriff auf Rußland abzuhalten. Die Mittelstaaten wollen uns schwach. Käme es zum Kriege, so müßte dieser Spekulation durch ein sehr präcises Verständnis mit Frankreich und England ein Ende gemacht werden.

Ich sehe die Zerfahrenheit in Berlin nicht, die Graf Esterhazy sieht. Auf der Oberfläche mag sie liegen, darunter aber liegt der feste und einige Wille, die Sicherstellung unserer Südgrenze und die Hebung unseres Ansehens als deutsche und europäische Macht uns nicht erreichen zu lassen, uns vielmehr alles mögliche Üble anzuthun. Keine Rücksicht, keine Konzession, kein Vertrag wird dieses Streben ändern; keine Versicherung dagegen wird irgend einen Wert haben. Nur die Furcht kann es zeitweise aussetzen machen, wie im Jahre 1850 — aber nur die Gewalt, der Sieg und die Machtverminderung können es brechen. Die Partei Bethmann-Hollweg, wenn sie am Ruder wäre, würde um kein Haar günstiger für Österreich gestimmt sein, aber sie würde in der heutigen Tagesfrage mit uns gehen, und nie zu so gemeinen Mitteln wie das Ministerium Manteuffel heruntersteigen.

Das Streben des Herrn v. Bismarck, der Bereitstellung des Bundesheeres den Charakter einer allenfalls auch nach Westen zu

wendenden Maßregel zu geben, fand in dem Ausschußvortrag in den Worten „in jeder Richtung" einen Ausdruck. Bayern, Sachsen, Württemberg, Mecklenburg hielten auch darin fest zu Preußen. Mir erschien diese Klausel eigentlich als kindisch, da sie nach dem Bundesbeschluß vom 9. Dezember[1]) nur eine Phrase ist, die niemand täuscht. Daß aber in Herrn v. Bismarck die Hoffnung ist, daran eine Handhabe zu finden, zweifle ich nicht. Ich betrachte diese Hoffnung als eine ungefährliche, denn, wenn sie an die Wahl gedrängt sind, gehen die Mittelstaaten (freilich nur wenn Bayern vorangeht) dennoch mit uns.

Ich halte einstweilen den Augenschein der Einigkeit fest und habe eben deshalb die Herren v. Bismarck, v. Schrenk und ihren ganzen Anhang übermorgen bei mir zu Tisch, so gern ich mir die Ausgabe auch ersparen würde.

Am 14. Februar erhielt Prokesch telegraphisch die Mitteilung, daß er berufen sei, an den demnächst in Wien zu eröffnenden Friedenskonferenzen teilzunehmen, und daß Graf Rechberg ihn am Bunde vertreten werde.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 15. Februar 1855.

Ich bin durch Euer Excellenz telegraphische Mitteilung von gestern abend nicht wenig betroffen. — Es versteht sich von selbst, daß ich Sr. Majestät und Euer Excellenz Befehlen vollkommen zu Gebot stehe, aber ich muß wünschen, daß es in meiner Berufung und in der Veröffentlichung derselben ausdrücklich heiße: „unter Beibehaltung seines dermaligen Postens". —

[1]) Vergl. S. 406.

Ist meine Abwesenheit von hier nur kurz, so wird Graf Rechberg wohl nicht meine Zimmer zu bewohnen brauchen; ist sie länger dauernd, so mag es ihm wünschenswert sein, dieselben zu beziehen, und ich stelle ihm für diesen Fall, was ich darin an Einrichtung besitze, zur Verfügung, rechne aber seinerseits auch wieder auf alle Rücksicht für meine Frau und die Meinigen.

Ich glaube noch bemerken zu müssen, daß der hiesige Posten einer Biegsamkeit und Geduld bedarf, die ich nur wenigen zutraue. Ich glaube wirklich darin einiges geleistet zu haben. Es wäre ohne ein großes Kapital dieser Eigenschaften nicht möglich gewesen, so viele Geschäfte von der Hand zu bringen, und den Frieden in einer Versammlung zu erhalten, wo Leute wie Herr v. Bismarck u. s. w. sitzen.

Ich erwarte Euer Excellenz weitere Befehle, auch ob ich Grafen Rechberg abzuwarten habe, was mir allerdings nötig scheint, da doch so vielerlei Geschäfte im Zuge sind. Rufen mich Euer Excellenz, so frage ich dann weiter, ob es nicht von Nutzen sein könnte, wenn ich über München ginge?

P. S. Man hat mir die anliegenden Abschnitte aus Briefen des Generals Jochmus, des ehemaligen Reichsministers, mit der Bitte übergeben, sie Euer Excellenz zukommen zu lassen. — Ich sehe daraus, daß das am 2. und 3. Februar 1853 in der „Allgemeinen Zeitung" erschienene Memoire vom 10. Februar 1850,[1]) das man — auf Anregung aus Berlin — allgemein mir zuschrieb, den genannten General zum Verfasser hat.

Auf diesen Brief antwortete Graf Buol am 18. Februar:

„Nur wenige Worte, um — unter Bestätigung der Allerhöchsten Absicht Ihrer Zuziehung zu den Friedenskonferenzen — Ihnen meine

[1]) „Aktenstücke zur Orientalischen Frage. Denkschrift vom 10. Februar 1850 über die Verwicklungen im Osmanenreiche gegenüber den Neugestaltungen in Österreich und Deutschland betreffend."

aufrichtigste Genugthuung auszusprechen, einer so gewichtigen Unterstützung in meiner schweren Aufgabe gesichert zu sein. Sie werden gar oft im Fall sein, mich bei Ihrer gründlichen Kenntnis der orientalischen Zustände freundlich belehrend in eine terra incognita einzuführen. — Die Bestimmung Rechbergs ist eine durchaus vorübergehende und wird auch in ihrem provisorischen Charakter hingestellt werden. Sie verbleiben während der Konferenz Bundespräsident. — — — — — — — —

Mir scheint auch, daß Sie Rechberg abwarten sollen. Wir erwarten ihn heute, und seine Absendung kann nach der Eröffnung der Verhandlungen bemessen werden. Es wäre zu wünschen, daß Rechberg ein Unterkommen im Palais finden könnte, ohne wie natürlich damit Ihrer Familie lästig zu fallen. Nachdem die Sache jedenfalls mehrere Monate dauern dürfte, so wäre es anständiger und für den Dienst ersprießlich.

Ich teile durchaus die Ansicht in den heute eingetroffenen Berichten. Entweder muß Bayern gewonnen werden, oder der Bund muß links liegen gelassen werden. Die Situation hängt übrigens hauptsächlich von dem Endentschlusse Preußens ab. Du Moustier[1]) in Berlin schmeichelt sich mit dem demnächstigen Abschlusse eines Vertrags; die Vollmachten seien bereits an Wedell[2]) abgegangen. Träte Preußen in Vertragsverhältnisse mit den Seemächten, so ginge die Sache sur des roulettes, und wollte es später abspringen, so käme es so leichten Kaufes nicht durch wie mit uns. — So oder so, die Unterhandlungen werden stattfinden. Lord John Russel ist angesagt, Titoff[3]) dem Fürsten Gortschakoff beigegeben. Ein zweiter Türke ist erwartet. Bourquenay dringt auf einen Succurs. Die Sache gewinnt eine Figur, und ich sollte meinen, einmal beisammen, wird sich jeder bedenken, der erste das Signal zum Aufbruch zu geben."

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 21. Februar 1855.

Aus der Beilage von Euer Excellenz gefälligen Zeilen vom 18. ersehe ich, daß meine Ansicht von der Notwendigkeit, Bayern

---

[1]) Französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Vergl. S. 425 die Anmerkung.

[3]) Russischer Gesandter in Stuttgart.

auf das Sorgfältigste und gleichsam ausnahmsweise zu behandeln, ganz mit Euer Excellenz eigener Ansicht zusammenfällt. So lange man in München noch an der Erwartung hängt, daß sich Preußen wieder mit Österreich und den Westmächten zusammenfinden werde (ich wünsche herzlich, daß es geschehe), wird man lavieren; sollte aber diese Erwartung getäuscht werden, so wird man in München doch zur Erkenntnis kommen, daß die Bedeutung Bayerns als Führer der Mittelstaaten nur dadurch gewinnen kann, daß es dieselben ins österreichische Lager führt, nicht aber, wenn es sich und sie unthätig zu einer Zuschauerrolle verdammt, bei welcher keinenfalls etwas zu gewinnen ist. Mir scheint Euer Excellenz Schreiben an Herrn v. d. Pfordten alles anzudeuten, was nötig ist, um eine gute Antwort erwarten zu lassen.

Ich warte also Grafen Rechberg ab. — Was ich zu leisten im stande sein werde, ist mir heute wohl noch nicht klar. Ich halte — unter den gegebenen Verhältnissen — die friedliche Lösung für die beste. Wenn England will, und ich glaube es fast, so dürfte auf unserer Seite die Neigung nicht zweifelhaft sein, und alle Schuld des Mißlingens fiele auf Rußland, was für den dann eintretenden Fall unsere Chancen verbessern und die preußische Politik, so oder so, aus ihrem Verstecke herausnötigen müßte. Daß man Preußen weiter als zur Negativität nach beiden Seiten bringt, glaube ich nicht. Kömmt es zum Frieden, dann werden große Schwierigkeiten in der Türkei angehen. Eine Erhaltung, wohl gar Stärkung des Türkischen Reiches auf dem Wege Lord Redcliffes ist mir nicht begreiflich.

An Ihre kaiserl. Hoheit Frau Erzherzogin Sophie.

Frankfurt, 21. Februar 1855.

Eure kaiserliche Hoheit!

Ein Mutterherz kann nicht mißverstehen, darum wage ich getrost, wozu mein eigenes Herz mich drängt.

Im April 1829, fünfundzwanzig Jahre vor dem für ganz Österreich so beglückenden Ereignisse der Vermählung Sr. Majestät

unseres Allergnädigsten Kaisers und Herrn, am 27., habe ich mit eigenen Händen eine Flasche mit Wasser aus dem Jordan gefüllt, und es am Tage darauf zu Nazareth auf heiliger Stätte weihen lassen.

Am 10. Mai 1830 hatte ich das Glück, Eurer kaiserlichen Hoheit, in Gegenwart des Obersthofmeisters Grafen Louis Szechenyi, aus dieser Flasche einen Teil des Wassers „zur Taufe des unter Gottes Segen erwarteten Kindes" zu geben.

Das unter Gottes Segen erwartete Kind war ein Prinz, ist unser Kaiser! Das Jordanwasser wurde zur Taufe verwendet. Gottes Segen ist sichtbar geworden in Ihm und durch Ihn, und Gottes Verherrlichung im weiten Kreise der Monarchie wird Sein Werk sein.

Das Vierteljahrhundert ist herum, und ein neuer Sprößling des hocherhabenen Hauses wird erwartet.[1]) Meine alte Flasche enthält noch einen Rest des 1829 geschöpften, 1830 so glücklich verwendeten heiligen Wassers. Ist die Verwendung nicht vom Himmel selbst angezeigt? — Da die Flasche zu dünn für die kalte Jahreszeit und auch nur mehr zum Viertel gefüllt, so lasse ich den Rest durch den hiesigen Dompfarer Beda Weber, einen würdigen Mann, in ein kleines Fläschchen überfüllen, und dieses lege ich in tiefster Ehrfurcht und treuer Ergebenheit mit den innigsten und frömmsten Wünschen von mir und meiner ganzen Familie und mit unerschütterlichem Glauben an den Segen Gottes für das gesamte Kaiserhaus der durchlauchtigsten und edelsten Großmutter zum heiligen Gebrauch zu Füßen.

— — — — — — — — — — — — — —

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 23. Februar 1855.

Wenn die Äußerung des Herrn v. Bismarck bezüglich der Armierung der Festungen[2]) auf Kriegsfuß, die er mir nur ver-

[1]) Erzherzogin Sophie, geboren am 5. März 1855.

[2]) Vergl. Poschinger, II, 169 u. f.

traulich machte, mehr als ein Schreckschuß sein sollte, und er wirklich mit einem solchen Antrag käme, so würde ich, wie natürlich, gegen eine solche Demonstration protestieren, die als eine provozierende auch aus den Bundesgesetzen selbst abgewiesen werden könnte. Bundesgesetze haben übrigens nach preußischer Praxis nur wächserne Nasen. Es wird sich also darum handeln, ob die Mittelstaaten mit Österreich oder mit Preußen gehen. Wie die Sachen heute liegen, bilden sie eine Phalanx unter preußischem Kommando.

Vielleicht ist es gut, wenn die Sachen am Bunde zu einem klaren Ausspruch kommen. Dazu kann die Diskussion über den von Österreich eingebrachten Armee-Ausweis führen. Beanstandet die Majorität des Ausschusses die Aufführung von Truppen, die in Galizien, Ungarn und den Fürstentümern stehen, bestreitet sie also, daß der Bundesbeschluß vom 8. Februar[1]) die Folge und Entwicklung der Bundesbeschlüsse vom 24. Juli und 9. Dezember ist, so muß er sich von diesen Bundesbeschlüssen lossagen, und für den Bundesbeschluß vom 8. Februar die Grundlage und den Zeitpunkt präcisieren. Das kann aber ohne Vorlage an die Bundesversammlung nicht geschehen.

Die Anmaßungen des Herrn v. Bismarck gehören zur Regel. Das Betrübendste aber ist die Haltung des Herrn v. Schrenk, die durch keine Weisung aus München gemildert ist. Österreich erscheint heute wie vom Bunde in Bann gethan, und es wird laut geprahlt, daß man es durch den Bund unter Preußens Führung zähmen und Schamade zu schlagen zwingen müsse. Die „bewaffnete Neutralität" als eine Maßregel gegen Frankreich und Österreich wird als das non plus ultra der Weisheit gepriesen, und daß wir selbst dazu mithelfen, uns selbst dadurch binden, ist der Stoff der Erheiterung.

Ob die Regierungen die Kontinuität der Bundesbeschlüsse verleugnen, ob sie sich von Preußen zu seinen perfiden Plänen mißbrauchen und wirklich in eine bewaffnete Neutralität, die eigentlich eine Lossagung und Feindseligkeit gegen Österreich wäre,

[1]) Vergl. den verbindenden Text S. 416.

wollen hineinziehen lassen, verdiente doch aufgeklärt zu werden, sonst sind wir die dupes ihrer Handlungsweise.

Die preußischen Verhandlungen mit England und Frankreich werden hier als Mittel verstanden, um die Neutralitätspolitik ruhig ausbilden zu können. Bezüglich auf Frankreich herrscht im preußischen Lager ein Eisenfresserton, bezüglich auf England die Versicherung, daß man sich mit ihm schon zu stellen wissen werde. Übrigens wird Rußland als im vollen Siege betrachtet und durch seine neueste Maßregel nicht bloß für unangreifbar, sondern auch für so stark, daß eine Verbindung mit ihm die glänzendsten Erfolge verspricht.

Herr v. Bismarck erklärt Preußen für das Centrum der Welt. „Seit zwei Jahren stehen alle Mächte Europas bittend an seiner Thür." Mit dieser Äußerung wirbt Preußen seine Genossen, die es in einer Art von Ehrfurcht vor seiner Kraft umstehen. In Herrn v. Schrenk hat Herr v. Bismarck einen Adjutanten, der ihm mit einer Art von Wollust dient, in Herrn v. Nostitz einen zweiten, der aber bis in die tiefste Seele betrübt ist und nie die Decenz verletzt.

Daß dieser Zustand fauler Gährung ende, ist überaus wünschenswert. Er wird nicht enden, so lange die Regierungen nicht zum Ausspruch über die Kontinuität der Bundesbeschlüsse und über die Weise, wie sie den Bundesbeschluß vom 8. Februar verstehen, genötigt sind. Ein solcher Ausspruch, um zu nützen, muß aber am Bunde geschehen, denn Kabinettserklärungen werden hier abgeleugnet.

An den Freiherrn v. Hübner,

österreichischen Gesandten in Paris.

Frankfurt, 1. März 1855.

Graf Rechberg trifft erst Samstag ein. Ich kann also erst Sonntag oder Montag von hier fort. Das Berliner Kabinett, bis ins Kleinste seiner Rolle treu, erhob gegen die Wahl Rechbergs Bedenken, und Herr v. Bismarck sekundierte durch Anstände seiner-

seits. Die hiesigen habe ich überwunden. Was von Berlin vielleicht kommt, muß ich abwarten in der Sitzung übermorgen.

Ich gehe ohne Zuversicht nach Wien. Mir erscheint die Lage seit Jahr und Tag um hundert Prozent verschlechtert. Was man bei uns in Wahrheit will, habe ich noch zu erfahren. England bietet ein trauriges Schauspiel dar, und an Frankreich fange ich an zu zweifeln, seit ich von der Reise des Kaisers nach der Krim höre. Nehmen wird er Sebastopol nicht, dafür ist die Zeit nicht gemacht. Bloß um Frieden zu stiften zwischen den Generalen, dafür ist der Einsatz zu groß.

Preußen geht ruhig und ungehindert seinen Weg. Es verachtet Wien, Paris und London. Ein paar Phrasen an diesen Orten scheinen und sind vielleicht genügend, um hinter dem Schilde seine (nicht russische sondern preußische) Politik in größter Offenheit zu treiben. Diese Politik hat zur Aufgabe, Österreich um jeden Erfolg seiner ungeheueren Anstrengungen zu bringen, es einfach auf den status quo ante zurückzuführen, und es mit zerlemperten Finanzen und verlorener Konsideration zu einem Gegenstande des Spotts und des Bedauerns zu machen, und die faktische und bald auch die formelle Hegemonie in Deutschland an sich zu bringen. Daß es dabei Rußland schützt, ist zufälliger Nebenerfolg — es arbeitet auf eigene Rechnung.

Vor Jahr und Tag war nicht bloß die öffentliche Meinung in Deutschland (diese ist es zum größeren Teil noch) mit uns, sondern auch die der Kabinette. Wie wir es angefangen haben, diese zu verlieren, weiß ich nicht. Preußisch ist vorderhand noch keines, aber alle gehen aus einem Bündel verschiedener Gründe und auch aus Furcht vor der Energie Preußens mit Preußen. Dieses schleppt sie in eine bewaffnete Neutralität hinein, die heute nichts anderes heißen will, als eine Oppositionsstellung gegen Österreich, von der sicheren Hoffnung getragen, dadurch Österreich zu lähmen und in die von Preußen gewünschte Lage zu bringen.

Bis hierher ist in diesem Plane alles friedlich. Nähme Frankreich aber die Sache übel und nähme Maßregeln, die man als Drohung ausbeuten könnte, so würde Preußen herzlich gern weiter gehen. Die „Kreuzzeitungs"-Partei, die den Krieg will, bekäme dann das Oberwasser über den König, und der in allen Stiefeln gerechte

Herr v. Manteuffel würde, mit dem Bundesrecht in der einen und der preußischen Ehre in der anderen Hand, ganz ruhig eine genügende Armee am Rhein aufstellen und den Bund, ja ohne allen Anstand uns selbst als Bundesglied, zur Verteidigung gegen das drohende Frankreich aufrufen. Der Bund ginge dann zum Teufel — die Verwirrung stiege auf das Äußerste — und im Trüben ist, wie das Sprichwort sagt, gut fischen. Die russischen Armeen uns gegenüber, 100/m Mann drohende Preußen in der Flanke, Deutschland, zum Teil wenigstens, vielleicht sogar ganz, nicht für und möglicherweise gegen uns — hierzu die altkonservativen Herren zu Wien — Sie müssen gestehen, daß diese Lage ihre Schattenseiten hat.

Daß eine solche Lage kommen könne, bezweifle ich nicht. Ich habe keine der Illusionen geteilt, mit denen man sich seit zwei Jahren in Bezug auf Preußen trägt. Daß es Protokolle unterzeichnete, am 20. April einen Vertrag schloß, in hundert Depeschen Versicherungen von gleicher Rechtsansicht, gleicher Basis u. s. w. gab, hatte nicht ein Quentchen Wert, d. h. nicht mehr, als wenn es heute mit den Seemächten über den Text eines Separatvertrags unterhandelt. Wert und Wahrheit hatten nur seine gleichzeitigen Verhandlungen mit Rußland, dessen in Unverfrorenheit und Treue ergebener Verbündeter es war und ist.

Seit es England als gebrochen betrachtet, ist ihm der Mut ungemein gewachsen, denn seine Furcht war nicht Frankreich, sondern England. Ich bin begierig, was Lord John Russel in Berlin gemacht haben wird. Er speist heute beim König und wird die zärtlichsten Aufmerksamkeiten erfahren und die allerschönsten Worte erhalten, die morgen der Gegenstand der Erheiterung im Salon des Herrn v. Budberg sein werden.

Sie haben recht, man muß den Mut nicht verlieren. Mein Horizont ist viel zu eng, als daß ich ihn verlöre, das kann mir höchstens später geschehen. Am Bunde habe ich einstweilen der duperie, die Kriegsbereitschaft zu einem preußischen Werkzeug zu machen, insofern einen Riegel vorgeschoben, daß ohne positive Erklärung von den Regierungen und Lossagung von den Bundesbeschlüssen vom 24. Juli und 9. Dezember dies nicht mehr möglich

ist. Zu einer solchen Lossagung aber gehört mehr Mut, als selbst die schlechteste Regierung hat.

Der Himmel erhalte Sie bei Mut und Kraft.

Prokeschs Berufung nach Wien und der Wechsel im Präsidium erregten in Frankfurt nicht geringes Aufsehen und gaben zu allerlei Klatsch und Konjekturen Anlaß. Herr v. Bismarck widmete dem Gegenstand vier Berichte,[1] in denen er das Thema über die mutmaßlichen Gründe von Prokeschs Berufung und über die Art, wie dem Grafen Rechberg entgegenzutreten sei, behandelte. Es sei die Meinung vorherrschend, schrieb er, daß Prokesch nicht wieder kommen werde. „Jedenfalls glaube ich, daß das Bedürfnis seiner Mitwirkung bei den Wiener Konferenzen nicht der eigentliche Grund des gegenwärtigen Wechsels ist. Entweder will man ihn auf eine schonende Weise aus seiner Stellung beseitigen, oder man beabsichtigt hier Dinge, für deren Ausführung man eines minder wohlwollenden und gewissenhaften Charakters als des Herrn v. Prokesch bedarf." Wie irrig Herrn von Bismarcks Voraussetzungen waren, geht aus dem Brief des Grafen Buol vom 18. Februar hervor; doch verdienen die letzten Worte um des Gegensatzes willen hervorgehoben zu werden, in welchem sie zu den sonst von ihm beliebten Äußerungen über Prokesch stehen. — Nächst der Freude über den Abgang seines Gegners erfüllte Herrn v. Bismarck der Wunsch, dem Dienstesantritt des Grafen Rechberg Hindernisse in den Weg zu legen; er schrieb darüber ausführlich an Herrn v. Manteuffel, zweifelte aber allerdings selbst, „ob wir mit Erfolg dagegen werden auftreten können". In der That fand in der Bundestagssitzung vom 3. März die Übergabe des Präsidiums an den inzwischen angekommenen Grafen Rechberg ohne Widerspruch statt.

---

[1]) Poschinger, II, 95, 97, 98, 99.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 3. März 1855.

Die Übernahme des Präsidiums durch Grafen Rechberg hat, aller Erwartung entgegen, nicht den leisesten Anstand gefunden. Herr v. Bismarck muß positive Befehle gehabt haben. Er war sehr gefällig, kam schon vor der Sitzung zu mir und nahm in derselben zweimal auf das Freundlichste das Wort. Auch das mouvement des Abschieds in corpore nach der Sitzung kam von ihm.[1]) Ich habe ihm persönlich gedankt dafür.

Die gewaltige Nachricht aus Petersburg[2]) von gestern mittag war schon am Abend hier. Ich erfuhr sie in Wiesbaden, wohin ich gestern abends gegangen war. Der Eindruck ist allgemein ein tiefer, aber die Mehrzahl knüpft Friedenshoffnungen daran. Herr v. Bismarck hat schon Nachrichten von gestern abend aus Petersburg. Die Kaiserin, nach einem heftigen Anfall von Herzklopfen, zeigte Fassung. In Berlin schien man nicht ohne Besorgnis wegen der Abwesenheit des Thronfolgers.

Kann ich mit den Papieren zu Ende kommen, so reise ich morgen abend. Die offizielle Adresse an Grafen Rechberg muß, wie ich glaube, ihm den Titel „Präsidialgesandter" geben, weil er es faktisch ist, und der Abgang dieser Bezeichnung seine Stellung erschweren oder Anlaß zur Wiederaufnahme von Bedenklichkeiten geben könnte.

Prokesch verließ Frankfurt am 4. März und traf — nach kurzen Aufenthalten in Leipzig und Prag — am 6. in Wien ein. — Nach einigen Vorberatungen wurden die eigentlichen Konferenzen am 15. März eröffnet. Auf ihren Verlauf, den ich als bekannt voraussetzen muß, einzugehen, ist hier nicht der Ort; es genügt, daran zu erinnern, daß die Gesamtkonferenzen am 25. April abgebrochen wurden, und daß dann noch bis 4. Juni resultatlose Verhandlungen stattfanden. — Welch thätigen Anteil Prokesch an diesen mühevollen Arbeiten hatte, beweisen die Protokolle

[1]) Herr v. Bismarck fand, daß dieser Austausch von Höflichkeitsformen nicht in das Sitzungsprotokoll gehörte. (Poschinger, II, 184.)

[2]) von dem Tode des Kaisers Nikolaus am 2. März.

und seine zahlreichen Konzepte in den Konferenzakten. — Die „Kölner Zeitung“ — eine gewiß unverfängliche Quelle, wenn es sich um Prokesch handelte, charakterisierte seine Thätigkeit in dem Artikel vom 25. Mai: „Die Diplomaten der Wiener Konferenzen“ nicht unrichtig in folgender Weise:

„Ohne zu den Verehrern des Herrn v. Prokesch zu gehören, wird man doch nicht leugnen können, daß seine Haltung in der Konferenz der Politik entspricht, von der alle Freunde Österreichs wünschen müssen, daß sie die österreichische sei. Nie vergißt er, was dem Grafen Buol jeden Augenblick aus dem Gedächtniß kommt, daß Österreich auf seiten der Westmächte, nicht bloß zwischen ihnen und Rußland, steht. Wenn man das Bild gebrauchen darf, so ist Baron Prokesch der Mann, Graf Buol die Frau des österreichischen Diplomatenpaares.[1]) Kein Wunder daher, daß sich die russischen Expektorationen und Sondierungen gewöhnlich an die Äußerungen des Bundestagsgesandten und nicht an die des Premiers schließen. Ob Graf Buol Gründe gehabt, seine Schritte weniger entschieden ertönen zu lassen, als sein Sekundant, lassen wir dahingestellt; soviel ist gewiß, die Interessen Österreichs sind in den Wiener Konferenzen besser durch Prokesch, als durch ihn gewahrt worden.“

An seine Frau in Frankfurt.

Wien, 3. April 1855.

— — — — — — — — — — — — — —

Die Charwoche ist den Ferien und Devotionen geweiht. Ich hatte einen Augenblick den Gedanken, Ostern in Graz zuzubringen, da wir aber Montag Sitzung haben, geht es nicht.

Freund B. sandte mir den Tratschartikel des „Hamburger Korrespondenten“. Da ich voraussetze, daß dieser Artikel in Krähwinkel viel Aufsehen erregen wird, schrieb ich ihm schon gestern darüber. Es liegt mir, der die Hände voll wirklicher Geschäfte

---

[1]) In gleicher Weise äußerte sich Fürst Gortschakoff gegen Herrn v. Bismarck, als er ihm über Prokeschs Anteil an den Konferenzen sprach (Poschinger, II, 258).

hat, an all dem Tratsch nichts und ich brauche keine Verteidigung. Hier werden weder die Broschüre des Dr. Jürgens, noch die weit über das Ziel hinausschießende Antwort gelesen. Preußen mag thun, was es will, unsere Regierung wird ihm das Monopol der Presse niemals zugestehen und betrachtet die Verlästerungen gegen offizielle Organe als Unwürdigkeiten de mauvaise compagnie. Ich persönlich kann nicht hindern, daß Leute an mich schreiben — bin übrigens neugierig, was für Briefe an mich man publiziert. — Was würde Preußen sagen, wenn wir seinem Kabinett und seinen Organen verwehren wollten, ihre Ansichten durch die Presse vertreten zu lassen! Aber zu Gemeinheiten à la „Kreuzzeitung", „Frankfurter Journal", „Intelligenz-Blättchen" u. s. w. wird Österreich nie niedersteigen; dazu ist es ein zu großer Herr.

Die Bemühungen und Intriguen gegen mich stehen übrigens in einem seltsamen Gegensatze zu meinen Bestrebungen hier und beweisen die Verblendung der Leidenschaft.

Verzeihe, daß ich Dich mit solchen Misèren unterhalte. Bei Euch in Frankfurt mögen sie wichtiger scheinen, darum schreibe ich. — Hier liegen andre Gegenstände vor. — Ich bin begierig, Drouyn de l'Huys kennen zu lernen, der in wenigen Tagen hier sein wird. Die Luft, die man hier atmet, ist ohne Zusatz von Schmutz. Jeder vertritt seine Interessen, ohne daß die persönlichen Berührungen andre als höchst höfliche und geziemende wären.

Mit wahrem Schmerz habe ich den Tod der Erbprinzessin von Meiningen erfahren. Das war eine liebe, edle, gescheite Prinzessin. So jung das Opfer ihrer Mutterpflicht zu werden, ist wirklich tragisch! — Ich kann mir die Betrübnis des vortrefflichen Königs und der Königin denken und bedauere, daß sie diesen Kummer erfahren mußten. — Sie war eine Perle des Hauses.

Ich lebe sehr zerrissen. Empfiehl mich dem Grafen Rechberg und erinnere mich freundlichst den Herren.

An seine Frau.

Wien, 8. Mai 1855.

Die Verhältnisse sind schwieriger, als man ahnen kann. Das Grundübel ist für uns der Mangel an Einheit in den Bestrebungen und das daraus hervorgehende Mißtrauen der Freunde, sowie die gesteigerte Zuversicht der Gegner. Ich stehe fest mit Grafen Buol zusammen, was heute das allein Richtige ist, und ich glaube, er erkennt meine Hilfe. Die Westmächte wollen uns à la guerre nehmen, und die Russen setzen sich aufs hohe Roß. Wir haben beiden fühlen gemacht, daß das entscheidende Wort an uns liegt. Drouyn de l'Huys kam mit Vorschlägen, die wir verwarfen; aber diesen verständigen Mann gewannen wir ganz; er sowohl als Lord John gingen von hier, um unsere Vorschläge in Paris und London zu vertreten, denn sie erklärten sich uns überzeugt, daß sie die bei weitem besseren seien. Wären sie in Paris und London angenommen, so wollten wir sie als Ultimatum nach Petersburg senden und den Krieg daran setzen. Man hätte sie dort sicher angenommen. Nun aber hören wir, daß London sie nicht annimmt, weil es uns als eine Fremdenlegion benützen will, um seine Dummheiten auszufechten, und daß auch der Kaiser der Franzosen — aus Rücksicht auf sein Verhältnis zu England — sie verwirft, ja sogar seinen Minister, der an ihre Annahme seine Stelle setzt, fallen lassen will. — Tritt dieser Fall ein, so sind die Konferenzen zu Ende; dann lassen wir die Seemächte den Krieg nach Belieben fortsetzen, beteiligen uns aber nicht daran und bleiben auf unserem Terrain fest stehen, uns die bereits errungenen Vorteile sichernd.

Den Kaiser sah ich mehrmals; er ließ mich sowohl allein als auch mit Buol rufen, um die Lagen zu besprechen. Er ist sehr sicher in seinem Urteil.

Die Gesellschaft ennujiert mich, und ich bin eigentlich freudlos. Bruck sehe ich häufig; er steht gut mit Bach; er will à tout prix den Frieden und sagt, ohne denselben nichts machen zu können. — Bach hält sich sehr zurück, ist aber ganz gescheit und begreift vollkommen die Notwendigkeiten der Lage. — Alle Militärs, Heß mit eingeschlossen, wollen den Krieg nicht und neigen sich mehr oder weniger zu den Russen.

Den Fürsten Metternich sehe ich häufig. Er ist gegen den Krieg, belobte mich ungemein über die Lösung der zwei ersten Punkte,[1]) ist aber ratlos über den dritten.

Ich habe das Gefühl, daß, wenn wir nach beiden Seiten fest bleiben, die Geschichte noch zu vernünftiger Lösung kommt. Wir werden noch viel angefochten werden. Hintennach aber wird uns alle Welt recht geben.

Diese Zeilen sind nur für Dich.

— — — — — — — — — — — — — —

Die persönlichen Angriffe der preußischen Blätter auf mich machen hier den günstigsten Eindruck. Sie liefern einen Maßstab, der das Verdienst meiner Mäßigung ins vorteilhafteste Licht stellt. Mitten im Ernst der Geschäfte geben diese Wasserstreiche einige Erheiterung. — Von Constantinopel keine Rede. Hier kann sich die Sache noch monatelang hinausziehen, bis Herbst und Winter, wenn nämlich die Seemächte den Krieg allein fortführen und erst die Erfahrung machen müssen, daß sie nichts vermögen. Dann kommen sie wieder, vielleicht aber auch früher.

Für uns ist die Kriegsfrage hinausgeschoben, weil wir unser Ultimatum nun an Rußland nicht richten können. — Wir stehen, nach meiner Ansicht, würdig.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Wien, 13. Mai 1855.

Gestern abends fuhr ich einsam nach Hietzing, ließ den Wagen bei Domayer stehen und ging durch die Lainzerstraße auf den Künigelberg, den ich in allen Teilen besuchte. Ich saß auf den Bänken, wo wir einst gesessen — nur die eine, wo ich Dir aus der „Bezauberten Rose" vorlas, und die, nach meiner Erinnerung, in der Mitte eines Wiesenweges stand, war nicht mehr am Platze.

---

[1]) Vergl. S. 388. Die Redaktion der beiden Punkte wurde in der von Prokesch beantragten Fassung festgestellt.

Ich sah von der Höhe hinunter nach Lainz — der Weißdorn blühte rings und Maikäfer schwirrten. Auf dem Rückwege sah ich durch das Fenster in Dein Zimmerchen, das Du als glückliche Braut bewohntest. — Darüber begann es zu regnen, und ich fuhr nach Hause.

Ich habe manchmal Anfälle von Schwermut. Mir fehlt ein menschliches Wesen. Die Geschäfte beschäftigen wohl, aber sie erwärmen nicht. Für den Geist habe ich in manchen Richtungen genug, in andern wenig; für das Gemüt gar nichts. Ich füttere mich mit dem Täglichen ab, aber ich werde nicht satt davon.

Fürst Alexander[1]) ist, wie ich heute erfuhr, zum Gesandten ernannt. Ich freue mich darüber, weil er unter die wenigen Fähigen gehört, in denen Stoff für den Diplomaten liegt, und der nicht zugleich an dem Aussatz des Neides und hysterischer Susceptibilität leidet.

Ich sandte Dir unter Umschlag an Grafen Rechberg die Protokolle, die schon in allen Zeitungen stehen. — Die Hauptsache für Österreich ist, daß es nur mit denen gehe, die mit ihm gehen. Ihm gebührt da die Hauptstimme, wo es die Hauptlast zu tragen hätte. Die Verlästerungen der Blätter, die Parteiinteressen verfechten, oder die ohne politischen Takt sind, haben keine prise sur nous. Wir kennen das Wahre der Lagen auf allen Feldern.

An seine Frau.

Wien, 3. Juni 1855.

Ich habe Heimweh. So freundlich mir im Grunde alles ist, so weicht das Gefühl der Fremde doch nicht einen Augenblick von mir. Die hiesige Welt hat ganz andre Interessen, als die mich zu erfüllen im stande sind.

Morgen haben wir wieder eine Konferenz — vielleicht die letzte. Wie es sich mit mir lösen wird, wann nämlich, sehe ich noch nicht ab. Ich kann hier unter den gegebenen Verhältnissen

[1]) Schönburg.

nur wenig. Zu der Arbeit, die meine eigentliche wäre, kam es noch gar nicht, und ich muß meinen guten Willen sehr im Zaume halten, um nicht subalterne Susceptibilitäten zu verletzen. Menschen, welche nur die Sachen im Auge halten und ihr Ich darüber vergessen, sind selten.

Die Kaiserin sah ich ein paarmal reiten; sie ist ganz reizend. — Heute war ich bei der Kaiserin-Mutter, die sich Deiner freundlichst erinnerte.

— — — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Wien, 12. Juni 1855.

Deine Ahnung war richtig! Denke, als ich heute vom Kaiser Abschied nahm, empfing er mich auf das Gütigste, lobte meine Leistungen auf allen Gebieten, auf denen ich bis jetzt gedient habe, und schloß mit den Worten: So wichtig der Posten von Frankfurt sei, der wichtigste für die Interessen des Reichs, der Posten des Kampfes und der Energie, für den ich wie geschaffen, sei Constantinopel. Er wolle ihn mir nicht auftragen, er nenne ihn nur und zugleich meinen früheren Wunsch. Die Zeit sei vorüber, wo es Rußland nicht genehm, mich dort zu sehen; sie sei vorüber und komme nicht wieder. Ich möge offen sagen, ob ich hin wolle; „Bedenken Sie, daß ich niemand dafür habe".

Ich erwiderte in schuldiger Ehrfurcht, daß ich nicht allein stehe, daß ich Weib und Kinder habe, deren Erziehung mir obliegt, daß ich mich erst eingerichtet habe, und eine Übersiedlung — da ich unbemittelt — nicht erschwingen könnte. Dafür würden sich Mittel finden, unterbrach mich der Kaiser.

Nach längerem Hin- und Herreden schloß ich mit der gehorsamsten Bitte, mir allergnädigst gestatten zu wollen, eine positive Antwort erst geben zu dürfen, nachdem ich mich mit Dir benommen. — Das gestand der Kaiser zu, und forderte mich auf, ihm bestimmte Antwort wissen zu lassen, sobald ich mich entschieden.

Ich war durch Grafen Buol nicht im geringsten darauf vorbereitet. Es war vielmehr ausgemacht, daß ich in 10—14 Tagen nach Frankfurt zurück sollte, um gewisse Schritte am Bunde durchzuführen. Ich habe ihn, da ich dieses schreibe, noch nicht gesprochen.

Der Kaiser reist diesen Abend ab. — Ich fahre jetzt zum Diner nach Hietzing zum Herzog von Braunschweig.

14. Juni.

Gestern erzählte ich dem Grafen Buol die Unterredung mit dem Kaiser. Er wußte sie schon und legte zunächst Gewicht darauf, mir darzuthun, daß die Sache nicht von ihm komme, sondern ausschließlich vom Kaiser selbst ausgehe. Ich glaube das auch, denn der Gedanke ist durch meine ganze Vergangenheit so nahe gerückt, daß er ganz wohl in Sr. Majestät entsprungen sein kann. Die Weise aber, in welcher mir Buol sprach, war nicht ermunternd. Er sprach von Verpflichtung, eine Saite, die der Kaiser in seinem Zartgefühl nicht berührte, und über die Mittel doch wieder in einer Art, die mir ein Chaos von Verlegenheiten zur ersten Mitgabe brächte. Nach mehr als 40 Jahren treuen und redlichen Dienstes und steter Bereitwilligkeit, mich den mannigfachsten Aufgaben zu unterziehen, nimmt ein solcher Mangel an Rücksicht einen guten Teil des Vertrauens in die Zukunft.

Ich habe die Frage erst aus dem einen Gesichtspunkt betrachtet. Es giebt aber auch andre. Ich kenne Constantinopel genug, um zu wissen, welche gesicherte Stellung gegenüber den andern Botschaftern und Gesandten der Internuntius braucht, und welche freie Hand in Bezug der Konsulate, Unterthanenverhältnisse u. s. w., um die Interessen seines Herrn geziemend zu vertreten. Ich weiß auch, was daran fehlt.

Endlich ist auch die wichtige Beziehung auf Dich und die Kinder in Erwägung zu ziehen. Du würdest bei Deiner Liebenswürdigkeit und unverwandten bienveillance das Centrum einer dankbaren Gesellschaft sein; aber die Ausbildung unseres Karls — Ich muß über alles dies Deine Meinung hören.

Graf Buol meint, ich müsse erst nach Frankfurt. Graf Rechberg würde zurückberufen. Dann müßte erst entschieden sein, ob die

Konferenzen nicht wieder aufgenommen würden. Da ich das glaube, so würden wohl Monate darüber hingehen.

Ich fühle tief die zarte Rücksicht des Kaisers. Du kennst mich und weißt, wie empfänglich ich dafür bin, und wie ich immer bereit bin, mein ganzes Leben im Dienste meines kaiserlichen Herrn auf dem Felde, wo ich ihm brauchbar sein kann, zu verwenden und allenfalls zu schließen. Ich weiß auch, daß Constantinopel für die Interessen des Kaiserstaates ein sehr wichtiger Punkt ist, und daß ich — wenn richtig gestellt und nicht von Haus aus gehindert — dort mit einigem Nutzen verwendet werden könnte.

Ich liege also im größten Zwiespalt und sehe Deiner Ansicht mit Sehnsucht entgegen. Schreibe mir offen und ganz. Du kannst es nur durch den Wochenkurier oder sonst eine sichere Gelegenheit, damit es nicht in preußische Hände fällt. Sprich niemand ohne Ausnahme darüber.

An seine Frau.

Wien, 16. Juni 1855.

Ich habe seit meinem letzten Brief sehr ernstlich mit Bruck gesprochen, der mit seinem ruhigen Blick sehr wünscht, daß ich auf den Vorschlag des Kaisers eingehe, aber zugleich auch die Gelegenheit ergreife, meine finanzielle Stellung definitiv zu regeln. Wissend, daß hierzu weder in Graf Buol noch in Baron Werner eine wohlwollende Stütze zu finden ist, trug er sich mir selbst an, meine Sache beim Kaiser zu vertreten, und zwar in der ernstlichsten Weise.

Ich stehe gut mit Buol, aber ich habe kein Vertrauen in sein Herz. Auch kann ich nicht mit ihm reden, da er in solchen Dingen nicht zuhört. Bruck meint, daß der Kaiser alle Bedingungen annehmen wird, weil er billig und gerecht ist, weiß, wie wichtig Constantinopel für Österreich ist, und wie er niemand hat, der dafür besser taugt als ich.

Nach Buols Ansicht soll ich in 10—14 Tagen nach Frankfurt und das Präsidium wieder übernehmen. Im Herbst würde sich das Weitere herausstellen.

Die Armee wird unmerklich vermindert, weil die Ausgabe zu groß ist. Es ist keine Aussicht mehr auf einen Krieg mit Rußland. Die Engländer haben sich uns gegenüber gar zu ungeschickt benommen, und der französische Kaiser steht in Abhängigkeit von ihnen. Führt ihr Feldzug zu keiner Entscheidung, so werden wohl die Verhandlungen wieder aufgenommen.

An seine Frau.

Wien, 21. Juni 1855.

Ich komme gewiß in der nächsten Woche nach Frankfurt, wahrscheinlich heute über acht Tage. Empfange ich keine bestimmte Antwort von Dir, so gebe ich einstweilen auch keine bestimmte hier und schreibe erst von Frankfurt aus. Der Kaiser ist doch nicht hier und kommt erst am 10. Juli. — Am Ende wird nichts aus der Sache; meine Bedingungen verstoßen zu sehr gegen den Schlendrian. Dieser aber, der nur ein veränderter Ausdruck für das bureaukratische Princip ist, hat das Heft in den Händen.

Gestern abend ging ich einsam im Schönbrunner Garten spazieren — gedachte der Zeiten mit Reichstadt! Da begegnete ich der Erzherzogin Sophie, die auf mich zukam, eine Weile über die öffentlichen Angelegenheiten mit mir sprach und sich zum Abschied angelegentlichst nach Dir erkundigte. Sie sagte, sie habe Dich immer noch in Erinnerung als eine sehr schöne Frau. Sic! — Auch nach den Kindern frug sie und wußte sogar, daß noch drei zu Hause seien.

— — — — — — — — — — — — — —

Prokesch traf am 30. Juni wieder in Frankfurt ein und übernahm am 5. Juli das Präsidium des Bundestags. Im Laufe des Monats legte Prokesch im Auftrage des Grafen Buol dem Bunde eine Darstellung des Verlaufs der Wiener Konferenzen vor, sowie eine Er-

klärung über die daraus sich ergebende Stellung Österreichs und des Bundes. Die Antwort darauf wurde am 26. in einer von Herrn v. Bismarck, im Einverständnisse mit Prokesch, beantragten Fassung zum Beschlusse erhoben, worauf sich der Bundestag am 2. August bis Mitte Oktober vertagte.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 1. August 1855.

Die Vertagung der Bundesversammlung wird morgen stattfinden, worauf ich wohl noch 10 bis 12 Tage zur völligen Abwicklung der im Zuge befindlichen Geschäfte brauche. Würden mir Euer Excellenz dann noch einige Tage für das Zusammensein mit meiner Familie [1]) gönnen, so wäre ich in der Lage, mit meiner Frau die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft zu besprechen, die in alle meine Verhältnisse entscheidend eingreifen können.

Ich habe heute dem Kurfürsten aufgewartet, der für ein paar Tage hier ist, aber nichts Bemerkenswertes aus seinem Munde vernommen. — Fürst Gortschakoff soll sich hie und da mit einiger jactance geäußert haben. Mir sprach er angemessen. — Ich habe noch keinen Franzosen und keinen Engländer gesehen, der nicht das Verwerfen der österreichischen Vorschläge bedauert hätte.

Graf Buol an Prokesch.

„Wien, 9. August 1855."

„Der Kaiser ist durch mich von Ihrem Wunsche in Kenntnis gesetzt, noch einige Bundesangelegenheiten vor Ihrer Abreise von Frankfurt zu regeln, und hierauf noch ein paar Tage Ihrer Familie zu widmen. Dieses wurde vollkommen gebilligt. Machen Sie also nach Muße Ihre Vor-

[1]) Die Familie befand sich in Wildbad und ging später nach Badenweiler.

bereitungen zur Herreise, und zweifeln Sie nicht, daß sich alles soviel möglich nach Ihren Wünschen gestalten wird.

Der erlangte Bundesbeschluß [1]) scheint mir unter den gegenwärtigen Umständen durchaus genügend. Die Hauptsache war, unseren eigenen Standpunkt nicht zu verrücken, und jeden nutzlosen Hader mit Preußen zu meiden. Rußland erklärt sich mit unserer Haltung zufrieden, und unser Verhältnis zu den Seemächten ist geregelt. Die vier Punkte bleiben die Grundlage jedes Friedens, und es kann nicht ohne uns unterhandelt werden. Vor allem muß nun irgend ein militärischer Schlag abgewartet werden, um sich ans Friedenswerk zu machen, zu dem sich übrigens überall mehr und mehr Geneigtheit ausspricht.

Mir scheint, Preußen hätte eine bessere Partie von der Lage ziehen können. Hätte es sich unserer Ansicht angeschlossen, dagegen aber auf Teilnahme an den künftigen Verhandlungen gedrungen für sich und den Bund, so hätte es uns in einige Verlegenheit gebracht."

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 15. August 1855.

Eurer Excellenz sage ich meinen ganz gehorsamsten Dank für die Mitteilungen vom 7. und die gütigen Zeilen vom 9.

Ich bin nun mit dem Nachhange der laufenden Geschäfte soweit fertig, daß ich mich heute nach Wildbad begeben und meine Frau auf die Zukunft vorbereiten kann, die mir bevorsteht. Ich werde noch im Laufe des Monats in Wien eintreffen.

Was mir Euer Excellenz über den Bundesbeschluß zu sagen geruhten, dient mir zu wahrer Beruhigung. Es war nach meinem Dafürhalten über die Worte nicht weiter zu streiten, da in der Hauptsache der Zweck, die Kriegsbereitschaft, durch erneuerten Ausspruch gesichert war. Es ist diesmal, wie am 8. Februar, trotz aller Sonderbestrebungen geschehen, was wir wollten. Der Krieg, den Preußen den vier Punkten zu machen sich bemühte,

[1]) Vergl. S. 448 den verbindenden Text.

war ein Wasserstreich. Es sieht dies, wie mir scheint, heute auch bereits ein.

In der Krim erwarte ich nichts Entscheidendes. Ob etwa in Sweaborg ein militärischer Erfolg errungen wird, läßt sich wohl erst nach ein paar Wochen beurteilen. Es wäre sehr zu wünschen, denn der Sieg würde die Seemächte friedlicher stimmen, und auch auf die Russen würde ein solcher Schlag günstig wirken.

In der russischen Depesche vom 31. fällt mir die Ausdehnung auf, die den Worten Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Gortschakoff gegeben ist. Se. Majestät der Kaiser kann unter dem »terrain vierge, auf welchem das passé keine Spur zurückgelassen hat", sicherlich weder die Zusage »de respecter le territoire de l'Empire Ottoman«, noch selbst die Verpflichtung, welche Rußland zur Aufhebung seiner Präponderanz im Schwarzen Meere einging, verstanden haben, sondern nur die Formfrage. Aus der russischen Depesche könnte man herauslesen, daß die territoriale Zusage aufgehört hat, zu bestehen, und daß der ganze dritte Punkt nur in der vagen révision du traité de 1841 besteht. Neben der Freiheit der Auslegung über das Wie der Lösung scheint mir das Was für alle Teile festzustehen.

Allen Nachrichten aus Paris und London zufolge wächst die Friedenspartei sehr. Der Kaiser der Franzosen soll dem preußischen Handelsminister von der Heydt gesagt haben: er habe den Krieg satt, nur wisse er nicht, wie ihn beenden. — Ich glaube an eine so unvorsichtige Äußerung nicht, aber das Satthaben mag allerdings nahe liegen.

Prokesch traf am 29. August in Wien ein und hatte am 31. eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser, in welcher er sich zur Annahme des Constantinopeler Postens bereit erklärte.

An seine Frau.

Wien, 1. September 1855.

Ich sage mit Schubert: Gottes Wille ist besser als Menschenwille! Die Sache ist so gut als entschieden. Der Kaiser empfing mich gestern in Laxenburg. Er wiederholte mir seinen Wunsch in Ausdrücken und mit Gründen, die mich, wollte ich nicht mein ganzes Leben verleugnen, zur Annahme bestimmen mußten. Er ging auch auf alle meine Wünsche ein, die ich ihm Punkt für Punkt auseinandersetzte und zuletzt schriftlich in seinen Händen ließ. — Noch las ich dem Kaiser ein paar politische Memoirs, die ich in der Eile niedergeschrieben, und hatte die Genugthuung zu sehen, daß meine Ansichten ganz zu den seinigen stimmten.

Ich habe jetzt den Plan des Internuntiatur-Palais [1]) für Dich abgezeichnet; die Kritzelei liegt hier bei, aber ich werde Dir eine bessere Zeichnung schicken.

Habe Mut — folge Deinem Stern! Quäle Dich nicht unnötig, warte weitere Nachrichten ab und sprich noch mit niemand.

Ich umarme Dich und die Kinder. Für wen arbeite ich, als für sie!

— — — — — — — — — — — — — —

Schubert [2]) sende ich Dir. Ich habe ihn mit Vergnügen und Trost gelesen.

Prokesch ging zunächst zu seiner Familie nach Badenweiler und unternahm dann mit seinen zwei Söhnen einen Ausflug nach Paris.

[1]) Palais der österreichischen Botschaft in Constantinopel.

[2]) Selbstbiographie von Gotthilf Heinrich v. Schubert, dem Naturforscher und Philosophen.

An seine Frau.

Paris, 21. September 1855.

Ich war nicht in der Lage, Dir früher zu schreiben, da ich erst gestern ein ordentliches Zimmer erhalten konnte. Das Loch, das ich bis dahin bewohnte, hatte keinen Tisch.

Hübner und den Grafen Walewski[1]) sah ich schon; den Kaiser werde ich nächster Tage sehen; noch weiß ich nicht wann. — Die Exposition ist außerordentlich. Alle Reichtümer und Fertigkeiten sind repräsentiert; das Gedränge von Menschen ist unablässig. Von gewählter Gesellschaft sieht man niemand, die Fremden dominieren, und von der einstigen Eleganz der Bevölkerung fand ich bis jetzt wenig.

Wir besuchen jeden Abend irgend ein Theater; da ist alles ausgezeichnet, was Darstellung betrifft; die Stücke selbst sind aber meist mittelmäßig. L'étoile du Nord hat mich nicht erbaut, aber die eingelegten Diamanten aus der Vielka waren mir liebe Erinnerungen.

Nur diese flüchtigen Zeilen — in der Hetze ist kaum zu schreiben. — — — — — — — — — — — —

An seine Frau.

Paris, 24. September 1855.

— — — — — — — — — — — — — —

Ich war gestern mit Hübner in St. Cloud beim Kaiser, und nahm auch T. mit, der darüber hoch erfreut war, und an den der Kaiser ein paar freundliche Worte richtete. Er ließ uns aus dem allgemeinen Empfangssaal, in dem viele Fremde versammelt waren, in sein Kabinett rufen, wo er mich fast eine

---

[1]) Französischer Minister des Auswärtigen nach Drouyn de L'Huys.

Stunde im Gespräch festhielt. — Da sich mir eine sichere Gelegenheit bietet, sende ich Dir hier, was ich unmittelbar nach der Audienz niederschrieb.[1])

Morgen habe ich ein Diner bei Walewski; übermorgen will ich den Kindern noch Versailles zeigen, und dann kommen wir. — — — — — — — — — — — — — —

Beilage.

Unterredung mit Kaiser Napoleon III., am 23. September 1855.

Seine Erscheinung hat nichts Ausgezeichnetes. Er ist klein, nicht elegant in Haltung und Bewegung, ohne jedes Theatralische oder Gemachte. Sein Gesicht zeigt nonchalance. Empfängt mich in Generalsuniform, den Hut in der Hand. Nach wenigen Worten der Höflichkeit trägt er mir an, mich zu setzen. Das war das Zeichen für den vorstellenden Grandmaître und für meinen Sohn, sich zu verneigen und das Zimmer zu verlassen. Wir setzten uns am Kamin. Er begann mit der Frage, ob ich aus Frankfurt oder Wien komme. Dann sagte er mir: »Mais, savez vous, que je ne vous comprends pas.« Ich antwortete: »C'est absolument ce qui nous arrive avec vous, Sire.« Nun ging er in die Sache ein und sprach mit großem ménagement, mit großer Einfachheit, ohne Phrasen. Er habe auf eine wirksame Allianz gehofft, und je weiter man in derselben fortgeschritten, desto weiter sei man auseinander gekommen. Er mache der Lage ihren Teil, aber das Vertrauen sei gemindert. Ich erwiderte, das sei auch bei uns in

---

[1]) Der Umstand, daß Prokeschs Ausflug nach Paris von einigen Blättern in tendenziöser Weise als Mission dargestellt wurde — eine Deutung, die Prokesch selbst dementieren ließ — erschien Herrn v. Bismarck von solcher Wichtigkeit, daß er darüber eigens einen Immediatbericht schrieb (Poschinger, II, 262), in welchem er die beruhigende Mitteilung machte, daß Prokesch „gar keine Privataudienz bei dem Kaiser Napoleon gehabt", sondern nur „mit mehreren andern Fremden dem Kaiser vorgestellt worden" sei.

Bezug auf ihn der Fall. Er scheine unsere Intention nicht genügend gewürdigt zu haben. Was wir beabsichtigten, sei gewesen, ihm Boden unter die Füße zu schieben. Es könne Österreich nicht konvenieren, alle paar Jahre eine neue Regierung an der Spitze Frankreichs zu sehen. Wir betrachteten die Dynastie der älteren Bourbons als abgethan, und hofften von der jüngeren nichts. Daß die Napoleonische feste Wurzeln fasse, sei unser Wunsch. Wir hätten gehofft, daß diese Intention, die unseren Vorschlägen zu Grunde lag, seine volle und dankbare Anerkennung finden werde. Es habe uns geschmerzt, daß dies nicht geschehen, denn unsere Überzeugung gehe dahin, daß in der Verbindung zwischen Österreich und Frankreich das Heil des Kontinents liege. — Das sei auch seine innige und volle Überzeugung, sagte er; er habe die Intention nicht verkannt und sei Österreich dankbar dafür. Seine Überzeugung sei, daß die sociale Ordnung in Europa nur durch das Zusammenstehen zwischen uns beiden neu befestigt und erhalten werden könne. Trennen wir uns, so bleibe der Revolution der Sieg. In diesem Glauben verkenne er nicht, daß das Verhältnis zwischen uns sich bereits wieder gebessert habe. Jeder sei der beste Kenner seiner Lage. „Sie haben die meinige", fuhr er fort, „nicht richtig beurteilt, ich nicht die Ihrige. Ich glaube heute, Sie haben Ihrer Lage gemäß richtig gehandelt, aber ich bildete mir ein, daß Ihr Interesse so groß und klar, und daß der Augenblick, es dauernd zu sichern, so günstig war, daß Sie zum Kriege schreiten, also den dargebotenen Vorwand gern ergreifen würden. Ich glaubte weiter, daß Sie mit mir die Überzeugung teilten, daß Rußland alles unterzeichnen würde, um dem Kriege mit Ihnen auszuweichen. Ich mußte den Dezembervertrag anders verstehen und mein Vertrauen mußte leiden. Ich bin auf dem Wege der Umkehr. Aber Symptome liegen vor, die ich nicht übersehen kann. Zum Siege an der Alma haben Sie mir Glück gewünscht, zur Einnahme von Sebastopol [1]) nicht."

Er kam nun wieder auf die Gründe, warum er seine Bevollmächtigten desavouiert und unsere Vorschläge nicht angenommen. „Die Eigentümlichkeit seiner Lage im Inneren habe dies unmöglich

[1]) am 10. September.

gemacht. Nichts vereinige die streitenden Meinungen in einem Lande mehr, sagte er, als gemeinsame Opfer und gemeinsamer Ruhm. Die beste Administration findet Unzufriedene und Tadler, der Glanz der Waffenehre findet keine. Ich habe mit der öffentlichen Meinung zu rechnen. Allerdings nicht alles ist öffentliche Meinung, was sich dafür ausgiebt. Das konstitutionelle System war nur die Meinung einer Koterie; das Verlassen der Krim, ohne Sebastopol genommen zu haben, würde eine Beleidigung für ganz Frankreich gewesen sein. Das konnte ich nicht wagen. Sie haben mich für stärker gehalten als ich war. Nicht von England, von mir ging die Verwerfung Ihrer Vorschläge aus. Meine Lage ist nicht die des Kaisers von Österreich. Setzen wir voraus, daß er zwanzig Mißgriffe an einem Tage begehe — er legt sich abends ruhig zu Bett und ist am nächsten Morgen das, was er abends war."

Wir waren unterdessen von unseren Sesseln aufgestanden und gingen im Zimmer auf und nieder. Durch das Fenster sah man im Hofe einige Leute zusammenstehen. „Wissen Sie", sagte der Kaiser lächelnd, „was sie unter sich reden? Sie schimpfen über mich. Aber das ist gefahrlos, so lange die öffentliche Meinung mich trägt. Es frägt sich für mich aber nicht, ob in einer der großen Tagesfragen die öffentliche Meinung vernünftig oder unvernünftig ist, sondern ob sie ist. Darüber darf ich mich nicht täuschen, darf nicht Illusionen nachhängen, sonst gehe ich zu Grunde."

Und er fuhr fort: „Ich muß die Parteien an irgend einem Faden halten; nur so bleibe ich ihrer Herr. Es giebt heute keine Partei mehr in Frankreich, stark genug, um mich zu werfen. Ich bin eine Notwendigkeit. In den Provinzen gilt der Name meines Onkels. Dieser dynastische Boden würde zu schwach sein für die Hauptstadt; da hält mich aber das Interesse Aller. Ich kann ermordet, aber nicht gestürzt werden."

Nun kam er auf die Krim zu sprechen. Die Truppen beiderseits hätten Erstaunliches geleistet, die Generale wenig. Daß die Russen über eine einzige Brücke sich haben ungestört zurückziehen können, klage die alliierten Generale an. — Ich verteidigte sie; sie hätten den Rückzug nicht sehen können; die Truppen seien aufs

äußerste ermüdet gewesen u. s. w. Ich tadelte die russische Führung; er stimmte bei.

Noch äußerte er: „Ich will den Frieden, aber ich warte, bis Rußland ihn verlangt. Im anderen Falle führe ich den Krieg fort in der Weise, die mir bequem ist und mich nicht aussetzt. Ich würde nur dann mit Österreich gemeinschaftlich einen ersten Schritt thun, wenn wir drei unter uns über die Bedingungen einig wären, und Sie den Krieg daran setzten." Er ging noch in einige Details ein.

Dann kam er auf den Herzog von Reichstadt zu sprechen und frug mich über alles Einzelne bis zu dessen Tode. Ich klärte ihm die Lüge eines Verhältnisses des Herzogs mit Fanny Elßler auf u. s. w., und versprach ihm eine Zeichnung von der Hand des Herzogs.

Als er mich entließ, trug er mir die freundlichsten und ehrfurchtsvollsten Versicherungen für Se. Majestät den Kaiser auf. Der Eindruck, den mir die Unterredung ließ, war ein guter. Er schien mir ein Mann, den man gerade und offen nehmen müsse, um ihn zu einem verläßlichen zu machen. Dies zu erzielen, schien mir keine schwierige Aufgabe.

Nach mir kamen Graf Hatzfeldt und Lord Cowley mit Fremden, die er zusammen empfing.

Von Paris ging Prokesch über Frankfurt nach Wien, wo seine Ernennung zum Internuntius in Constantinopel am 12. Oktober erfolgte. Am 21. Oktober traf er wieder in Frankfurt ein, um dem Grafen Rechberg, der definitiv zu seinem Nachfolger ernannt worden war, das Bundespräsidium zu übergeben.

An den Grafen Buol.

Frankfurt, 5. November 1855.

Ich habe im Grunde nichts von Bedeutung zu sagen, denn dieser Boden trägt keine lebendigen Früchte; aber ich denke, Euer Excellenz Auskunft über mein mir unwillkommenes Zögern hier geben zu müssen und über das nahe Ende desselben.

Als ich Wien verließ, versicherte mich Graf Rechberg, bis zum 28. Oktober hier einzutreffen. Ich kündigte ihn daher in der Sitzung vom 25. an und glaubte nicht in der Notwendigkeit zu sein, ihn über den 31. hinaus abwarten zu müssen. Ich überzeugte mich aber bald, daß alle die formellen Bedenklichkeiten über das Wie der Einführung des neuen Präsidialgesandten, die auch bei meinem Amtsantritte stattgefunden hatten, wieder stattfinden würden und diesmal nicht so leicht umgangen werden könnten. Um Grafen Rechberg über diese Schwierigkeiten wegzuheben, erklärte ich daher meinen Kollegen, ich würde ihn selbst einführen — womit sich jedermann zufrieden geben mußte. Dabei dachte ich freilich nicht, daß mich Graf Rechberg, der wissen mußte, wie viel mir und meiner Familie in dieser bereits so vorgerückten Jahreszeit jeder Tag galt, so lange warten lassen würde. Er antwortete auf meine telegraphische Anfrage endlich so, daß die Einführung erst am 8. stattfinden kann.

An diesem Tage übergebe ich also die Präsidialgeschäfte, die mich gerade in der letzten Zeit noch mit ihrem administrativen Teil viel in Anspruch nahmen, und ich reise noch am 8. abends ab.

Anhang.

Die folgenden Aufsätze hat mein Vater im Jahre 1872 niedergeschrieben. Da sie Erinnerungen an Berlin und Frankfurt in gedrängter Kürze zusammenfassen, hielt ich sie für geeignet, den Abschluß dieses Buches zu bilden.

Der Herausgeber.

Berlin I.

Der Deutsche Bund setzte voraus, was in Deutschland nicht zu finden war: wirkliche Einigkeit unter den Fürsten. Fürst Metternich konnte durch sein persönliches und europäisches Gewicht den Bund zusammenhalten, aber Österreich und Preußen mußten sich sondern, sowie es im Jahre 1848 der französischen Revolution gelungen war, ihren Ideen in Deutschland das Übergewicht zu verschaffen und selbst in Wien durchzudringen. Preußen stellte sich damals richtig die Doppelaufgabe, sie zu bekämpfen, und sie für sich zu benützen. — Mit dem Fürsten Felix Schwarzenberg trat in Österreich ein Mann starken Willens an die Leitung der Geschäfte. Seine ganze Natur war in der eines Österreichers abgeschlossen. Er sah den Zug der Zeit, aber er achtete ihn nicht und betrachtete als seine Hauptaufgabe, Österreich der Stelle nicht berauben zu lassen, die ihm geschichtlich gebührte. Im Februar 1849 berief er mich aus Athen und bestimmte mich für Berlin. Wir waren befreundet von Jugend auf und durch meinen Zusammenhang mit dem Schwarzenberg'schen Hause.

Mir war Berlin ganz neu. Ich kannte niemand dort als etwa Grafen Arnim, den Minister des Äußeren, früheren Gesandten in Wien. Ich faßte die Lage an, so wie ich sie fand, nämlich unter Voraussetzung freundlichsten Verständnisses. Es bedurfte nicht lange, um mich zu überzeugen, daß der Einfluß des Ministers des Äußeren von geringem Gewichte war. Ich suchte also nach andern, irrte aber lange im Dunkeln. Auch Graf Brandenburg, ein Ehrenmann, aber ohne eigene Meinung, obwohl Chef des Ministeriums, war nicht die leitende Kraft. Diese ruhte allein in Herrn v. Radowitz, einem Manne von seltenem Wissen und großer Willensstärke, dabei von einem großen Zauber der Rede und von sittlicher Stärke, der durch seine ganze Persönlichkeit den durch Wissen, Wünschen und

Gemüt ihm verwandten König für sich gewonnen hatte. Aus diesem Mittelpunkte ging in Berlin der leitende Gedanke aus.

Ich hatte mit Herrn v. Radowitz sehr eingehende Besprechungen. Er gestand mir seine Überzeugung, daß für Preußen die Zeit gekommen sei, an die Spitze Deutschlands zu treten. Aber der Gedanke eines Bruchs mit Österreich lag ihm zunächst noch fern; er glaubte einen engeren und einen weiteren Bund bilden zu können — den ersteren aus sämtlichen deutschen Mittel- und Kleinstaaten unter Preußen, den zweiten zwischen diesem Körper und den Gesamtlanden Österreichs. Der Gedanke hatte viel für sich, aber die Zeit war nicht reif für denselben. Ich glaubte ihm die Aussicht auf Verständnis mit Österreich in der Deutschen Frage offen halten zu sollen, und vertrat als einen fast sicheren Weg dazu den Vorschlag, unsere Verlegenheiten in Ungarn zu benützen, um uns einen großen Dienst zu leisten, nämlich, durch die offene Erklärung, Österreich im Fall des Bedarfs gegen Ungarn zur Hilfe zu sein, uns der Notwendigkeit zu entheben, diese von Rußland anzunehmen. Herrn v. Radowitz sagte dieser Anwurf zu, er fand aber geschlossenen Widerstand in dem eigentlichen Preußentum, das keine Hand für Österreich hatte, und dem die Erntezeit nahe schien. Es glaubte die demokratische Partei in Frankfurt ein sicheres Werkzeug, und täuschte sich darin. Diese Partei hatte tiefes Mißtrauen gegen Preußen gesäet. — Ich wohnte dem Kommen der Frankfurter Deputation nach Berlin bei, die dem König die mit vier Stimmen Mehrheit angebotene Kaiserkrone brachte — zu deren Annahme alle Minister rieten, die auch der König nicht ablehnte, aber an eine formelle Bedingung knüpfte, welche die Demokratie ihrerseits nicht annahm.

Fürst Schwarzenberg verwarf den Plan des Herrn v. Radowitz; der engere Bund verengte sich zu einem Fürstenbunde zwischen Preußen, Sachsen, Hannover und einigen Kleinstaaten; Bayern trat nicht bei, obwohl Herr v. d. Pfordten mit der Zustimmung in der Tasche nach Berlin kam, aber — durch die Empfindlichkeit des Herrn v. Radowitz verletzt — sich zurückzog. Erfurt blieb eine Mißgeburt, und das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen wurde endlich so gespannt, daß der Krieg vor der Thür zu stehen schien. — Fürst Schwarzenberg war nach Warschau geeilt und

hatte sich dort der Gesinnung des Kaisers Nikolaus versichert, der die Haltung Preußens, als an die Revolution gelehnt, verabscheute. In diesem Augenblicke fand ich Herrn v. Radowitz durch preußischen Dünkel beherrscht; er drohte mit der Aufstellung von 10 Armeekorps. Ich mußte dies berichten. Die Folge davon war die Weisung, meine Päße zu verlangen, sobald ein Schuß in Hessen, wo Bayern und Preußen sich gegenüberstanden, fiele. — Herr v. Radowitz trat zurück, doch fiel wenige Tage darauf der Schuß auch wirklich, und ich stand an der Frage, den Krieg zu veranlassen oder nicht.

Was mich zurückhielt, waren zweierlei Nachrichten. Einmal wußte ich durch Herrn v. Persigny, daß Lord Palmerston, Preußen scharf tadelnd, ihm dennoch zugesagt hatte, er würde nicht zugeben, daß ein Dorf von Preußen abgerissen würde, und dann war mir durch Herrn v. Meyendorff bekannt, daß Rußland, obwohl gleichfalls die preußische Haltung verwerfend, im Fall des Ausbruchs des Krieges mit bewaffneter Neutralität einzuschreiten gewillt war. — Unter diesen Umständen, die auch einem glücklichen Kriege kein entsprechendes Ergebnis versprachen, beschloß ich, den König noch vor dem letzten Schritte zu sehen. Aus dem Kabinette des Herrn v. Manteuffel frug ich telegraphisch in Potsdam an, ob er mich sehen wolle, und auf seine bejahende Antwort fuhr ich am darauffolgenden Tage hin. Er war von Sanssouci nach dem Schlosse herabgekommen. Es ergab sich eine sehr ernste und teilweise sehr aufgeregte Unterredung. — Ich hatte dem König durch Herrn v. Manteuffel von meiner Weisung, beim ersten Schusse die Päße zu verlangen und nach Dresden zu gehen, Kenntnis geben lassen. Ich durfte ihn also fragen: ob der Schuß bei Bronzell auf seinen Befehl gefallen sei? — „Auf meinen Befehl?" — antwortete er, „gegen meinen Befehl." — „Dann", erwiderte ich, „muß ich meine Regierung wenigstens sicherstellen, daß derlei Ungehorsam nicht wieder stattfinden könne." — „Was wollen Sie also?" — sagte er. „General Graf Gröben, der Euer Majestät Truppen in Hessen befehligt", antwortete ich, „ist ein Ehrenmann und Euer Majestät auf das Wärmste ergeben, aber der Fall bedarf einer öffentlichen und entschiedenen Verwerfung. Ich bitte Euer Majestät, Grafen Gröben seines Kommandos zu entheben. Nur durch einen solchen Vorgang kann ich die Verantwortung auf mich nehmen, meinem

Befehle nicht nachzukommen." — Nach langem Hin- und Herreden sagte mir der König die Enthebung Gröbens zu, und bat mich nur, ihn nicht zu drängen. Ich antwortete, daß dies mir ferne liege, und daß ich einen nicht zu langen Aufschub auf mich nehmen würde. Dann dankte ich ihm warm für seinen Entschluß und drückte ihm meinen Abscheu aus, zwei Brüderreiche zur Schadenfreude des Auslandes in einen Krieg zu stürzen wegen der Übereilung irgend eines Postenkommandanten. — Als ich den König verließ und durch den Vorsaal ging, kam die Königin aus einer Seitenthür und sagte mir: „Das ist der glücklichste Tag meines Lebens". — In Wien fand mein Benehmen verschiedene Beurtheilung; Se. Majestät der Kaiser war damit ganz zufrieden, Fürst Schwarzenberg weniger.

Es kam der Ausgleich in Olmütz, die Abmachung bezüglich der teilweisen Räumung Hessens und der gemeinschaftlichen Besetzung Holsteins, endlich die Einberufung der Bevollmächtigten aller deutschen Staaten nach Dresden, um über die Neugestaltung Deutschlands zu beraten. — Ich fuhr dem Fürsten Felix nach Prag entgegen und mit ihm nach Dresden zurück. Beratung lag wenig in seiner Natur. Noch am Morgen der Eröffnung des Kongresses, dem er vorzusitzen hatte, war er unklar über das, was er der Versammlung sagen sollte. — Ich schrieb mit Herrn v. . . . [1]) auf ein Blättchen Papier die Rede nieder, die er ablas. Die unveränderte Herstellung des alten Bundes war nicht sein Wunsch, aber Herr v. Manteuffel vertrat — aus leicht zu erratenden Gründen — diese Ansicht und hatte die Mehrheit der Stimmen für sich. Durch diesen Sieg sicherte sich Preußen die Zerstörung des Bundes, die von nun an sein Hauptziel blieb, zu dessen Verwirklichung alle früher getrennten Parteien in Berlin zusammenstanden. Das offizielle Verhältnis zwischen Österreich und Preußen war dem Scheine nach gut — ich konnte im Mai 1851 sogar mit Herrn v. Manteuffel einen Vertrag zur Wahrung unseres Besitzstandes in Italien abschließen — aber in Wahrheit wurde die Kluft zwischen beiden Regierungen immer tiefer, der Verkehr schroffer; die öffentliche Meinung fühlte Olmütz als einen die Macht und Ehre Preußens verletzenden Schlag. — Darüber starb Fürst Felix im April 1852

---

[1]) Der Name ist im Manuskript ausgelassen.

ganz unerwartet in der Blüte der Jahre; sein Nachfolger wurde Graf Buol — ein fähiger Mann, aber ohne Stellung — weder in Wien noch in den europäischen Kabinetten. — Die Verhältnisse wurden für mich in Berlin unhaltbar. — In diese Zeit fiel die Rückkehr des Herrn v. Radowitz nach Berlin, wo er in strenger Zurückgezogenheit lebte. Die „Kreuzzeitungs"-Partei haßte ihn als einen Liberalen, die Liberalen verwarfen ihn, weil er sich der Demokratie nicht angeschlossen hatte. Er sah — seltsam genug — nur mich, seinen einstigen Gegner, brachte die Abende häufig in meinem Familienkreise zu und ging, sowie Besuche kamen. Nur so lange Herr v. Haxthausen[1]) oder Alexander v. Humboldt allein mit uns saßen, blieb er, und seine reichen Kenntnisse sowie seine Achtung für Kunst und Wissenschaft und sein warmes Gemüt machten ihn zum anziehendsten Gesellschafter.

Auch Grafen Friedrich Thun, dem Präsidialgesandten am wiedererweckten Bundestage, war die Stellung durch den entschiedensten Widerstand Preußens, das nun durch Herrn v. Bismarck vertreten war, gegen alles und jedes, was den Bund in der Meinung herstellen und heben konnte, unmöglich geworden. Graf Buol trug ihm und mir einen Wechsel an, den wir beide gern annahmen. — Anfangs 1853 ging er nach Berlin und ich nach Frankfurt.

Die socialen Verhältnisse in Berlin konnten für mich nicht die angenehmsten sein. Näheren Verkehr hatte ich mit der Familie Savigny, mit Humboldt, Rauch, Schelling, Meyerbeer, Werther, Grafen Redern und einigen meiner Kollegen, wie Herrn v. Meyendorff, Grafen Lerchenfeld und Baron Malzen, den bayrischen Gesandten, mit Herrn v. Schimmelpennig, dem holländischen und mit den häufig wechselnden französischen Gesandten, darunter mit Persigny. Die Hof- und Beamtenkreise boten wenig Geselligkeit; Herr v. Manteuffel führte ein beschränktes Haus und war eine wenig angenehme Persönlichkeit. Im Durchschnitt waren die Beamten von nicht einladender Trockenheit. Angenehmer war der Verkehr mit manchen höheren Militärs, z. B. mit Feldmarschall Wrangel. — Der mir freundlichste, gleichartig wohlwollendste Mann

[2]) Preußischer Geheimer Regierungsrat, bekannter politischer Schriftsteller.

in Berlin war der König, dessen unerschöpflich heitere Laune, Kenntnisse, Gabe der Rede und des Umgangs, unabhängiges Urteil mir jede Begegung mit ihm erfrischend machten. Selbst seine Heftigkeit sprach für sein Herz. — Auch die Prinzen Friedrich und Georg waren angenehme Naturen.

Berlin II.

Die Zahl der Männer und Frauen in Berlin, die sich in mein Gedächtnis eingeschrieben haben, ist nicht groß. Die geistreichste und durch ihre Natürlichkeit liebenswürdigste Persönlichkeit war ohne Zweifel der König, den ich viel sah und der trotz des politischen Zerwürfnisses und dem hochmütigen Hasse, womit mich der übrige Hof beehrte, mir immer freundlich blieb. Wir hatten einen gemeinsamen Boden, auf dem wir uns selbst in den schlimmsten Zeiten heiter und friedlich begegneten: die griechische Kunst, Ägypten, der Orient und Italien. Gerade in der Zeit der höchsten Spannung zwischen beiden Kabinetten erlaubte er mir von einer Handzeichnung Raphaels, die er wie seinen Augapfel hütete, eine Kopie nehmen zu lassen, und sandte er mir die ersten Blätter von Lepsius' großem Werke über das alte Ägypten, von dem er gewissenhaft mir alle die folgenden zukommen ließ, als ich Berlin schon längst verlassen hatte. Er hatte oft die seltsamsten Einfälle. Auf einem Balle im weißen Saale ging er, so wie er mich gewahr wurde, durch die Menge gerade auf mich los und stellte mir ohne Einleitung die Frage: „An was werden Sie sich am dankbarsten erinnern, wenn Sie auf dem Totenbette liegen? — Die Frau nehme ich aus", setzte er bei, „denn das versteht sich von selbst." — „An etwas", versetzte ich, „das Euer Majestät am wenigsten erwarten, noch begreifen; an die beschwichtigende Kraft einer guten türkischen Pfeife." Darüber brach er in so lautes Gelächter aus, daß der ganze Saal davon erscholl, und ich mußte meine barocke Antwort solange erklären und rechtfertigen, daß die Welt um uns, die nicht wissen konnte, um was es sich handelte, das ernsteste politische Gespräch voraussetzte, und meine Gegner, denen diese

Vertraulichkeit unliebsam war, ein paar Tage in Besorgnis lagen. Humboldt, dem der König das Geschichtchen erzählt hatte, beruhigte sie endlich. — An stillen Abenden in Sanssouci liebte er es, während des Gesprächs mit der Königin, mit Humboldt, mit Generallieutenant von Gerlach und andern — auch ich wohnte ein paarmal solchen Abenden bei — auf jedem ihm in die Hände fallenden Fleckchen Papier zu zeichnen, meist gotische Kirchen und Architektur. Seine Phantasie darin war reich und seine Hand gewandt. Das gab dann wieder zu Bemerkungen und Gesprächen Anlaß, die er mit Heiterkeit führte.

Da ich Alexander v. Humboldt erwähnte, so will ich weiter erzählen, daß ich mit diesem Manne in den freundlichsten Beziehungen stand. Ich sah ihn viel bei sich, sowohl in Berlin als in Potsdam, und er brachte häufig die Abende in meinem Hause zu. Er war einer der angenehmsten und heitersten Gesellschafter, die mir je vorgekommen, voll Aufmerksamkeiten, voll Verständnis für von der seinigen abweichende Meinungen, freisinnig in weitester Bedeutung, die Macht der Lagen würdigend und von einer nachsichtigen, aber nie verleugneten Ironie in Bezug auf alle politischen und staatsmännischen Theorien und Bestrebungen. Er liebte den König als Menschen und scherzte häufig über ihn als Herrscher. Er mischte sich nie in politische Fragen; die Starrköpfe darin waren ihm unangenehm. Er liebte die Umgangsformen der höheren Stände als die bequemsten und menschlichsten, lebte aber gern mit Männern der Wissenschaft und Kunst, da er überhaupt Fortschritt nur auf diesen Feldern für einen wirklichen und möglichen hielt. Man hat ihn viel mißverstanden, und die sich nach seinem Tode mit seinem Lobe putzen wollten, haben nichts gethan, um den Mann der Nachwelt begreiflicher zu machen. Sociale Fragen waren ihm wichtiger als alle Verfassungsfragen, aber er verstand vollkommen, wie es um seine Zeit stand. Man hat ihn für einen Republikaner gehalten, was nur insoferne richtig war, als ihm republikanische Denkweise, Erziehung, Sitten und Gestaltung des Gemeinwesens die dauerndste Unterlage für das Autoritätsprincip schienen. Er war Kosmopolit, dem die Unterscheidung in Nationalitäten niemals den Blick in die Einheit der Menschen und Zeiten nahm.

Ein mir lieb gewordener Mann war der Bildhauer Rauch. Der Anlaß zu freundlicher Berührung mit ihm war ein höchst

einfacher. Im Jahre 1834 hatte ich die Walhalla bei Regensburg besucht. Rauchs sechs Siegesgöttinnen darin hatten mich ungemein überrascht; ich setzte sie in meinem Urteil über alles, was Canova, Thorwaldsen und Danecker hervorgebracht hatten; es schienen mir diese Werke zunächst an die Antike zu reichen. Ich kannte Rauch damals nicht, schrieb ihm aber einen warmen Brief, den er gütig und bescheiden beantwortete. Als ich 15 Jahre später nach Berlin kam, war ich ihm ein naher Bekannter. Ich habe viele Stunden in seinem Atelier zugebracht und genoß des Friedens und der ruhigen Heiterkeit, die von diesem einfachen und edeln Manne ausgingen, sowie seiner bescheidenen Belehrung und seiner reifen Lebensweisheit. Ich wohnte der feierlichen Enthüllung seines Friedrich-Denkmals bei, an dem er eigentlich nur die Reiterstatue als sein freies Werk anerkannte, in den Basreliefs des Gestells aber fremden Einflüssen nachgeben mußte.

An ihn reihe ich zunächst Ritter und Schelling. Beide hatten mit Rauch die Ruhe, das Gleichgewicht im Inneren, möchte ich sagen, gemein, sowie die Milde der Form. Ich gab damals an Ritter, was ich über Kleinasien und Nubien wußte, und stand oft erstaunt vor seinem geregelten und ununterbrochenen Fleiße. Mit Schelling, mit dem ich so manchen Spaziergang im Sande des Tiergartens machte, und den ich manchmal abends bei mir sah, war der Verkehr stets der angenehmste. Seine reichen und frischgrünen Naturansichten und Ideen, das Streben, sie in ein System zu bringen und als ein philosophisches zu verallgemeinen, der Kampf in ihm zwischen der Absicht strengen Denkens und dem Fortgerissenwerden durch seine Phantasie und durch den Wunsch seines Herzens, machten den alten Mann zum Jüngling und gaben ihm eine belebende Frische. Sein weißes Haupt mit den leuchtenden Augen wurde, wenn er sprach, das eines griechischen Weisen.

Eine Familie, die ich sehr verehrte, war die des Ministers Savigny — der Mittelpunkt derselben seine ebenso wohlwollende als verständige Frau, eine geborene Brentano aus Frankfurt am Main. Ich war bei ihr eingeführt durch die Witwe des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg, die an ihr mit freundschaftlichster Gesinnung hing. Die Abende in diesem Hause wurden verschönt und belebt durch das mit seltenen Talenten ausgerüstete, damals noch

unvermählte Fräulein v. Arnim und auch durch Bettina, deren Überschwenglichkeit man ihr nicht zum Vorwurf machen konnte, wenn man sie reden hörte und wirken sah. Die Familie Savigny war die einzige in offizieller Stellung, die mich nie verleugnete, auch dann nicht, als so viele andre glaubten, dem Vertreter Österreichs fühlen lassen zu müssen, daß Österreich der Ungeduld der preußischen Politik im Wege stand.

Noch will ich meines verehrten Professors Boekh erwähnen, des ausgezeichneten Philologen, — des Professors Gerhard, des Herausgebers der archäologischen Zeitschrift, dessen Bekanntschaft ich zu Anfang der dreißiger Jahre in Rom machte, wo er mich in das Istituto archeologico einführte, — auch des gelehrten und wohlwollenden Herrn Parthey — des trefflichen Kustos im Münzkabinette, Herrn Pinder.

Aus den diplomatischen Kreisen nenne ich gern Herrn v. Meyendorff, den russischen Gesandten, dessen Haus ein vielbesuchter Mittelpunkt der Gesellschaft war — einen ebenso vielseitig unterrichteten als geistreichen Mann; den holländischen Gesandten Herrn v. Schimmelpennig, einen höchst achtungswerten, sicheren Charakter; den bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, der mir ein lieber Umgang war; den englischen Gesandten Grafen Westmorland und dessen geistreiche Frau; als Kenner und Liebhaber der Musik vergnügte er uns und sich viel am Piano mit meiner Frau, die eine seltene Meisterschaft für dieses Instrument besaß, was auch der Anlaß zu häufigem Verkehr mit Meyerbeer, unserem Hausnachbar, führte, einem Mann größter Kraft auf diesem Felde. Weiter nenne ich den dänischen Gesandten Herrn v. Hochstett, mir durch sein Wissen wie durch seine umsichtige Haltung in schwerer Zeit eine angenehme Begegnung; zuletzt den kurhessischen Gesandten Grafen Görtz und dessen schöne und liebenswürdige Frau, eine geborene Fürstin Wittgenstein, von edlen und einfachen Formen. Ich besuchte ihn später, im Jahre 1852, in seinem Besitze Schlitz, und er sandte mir noch nach Constantinopel seine anziehende „Reise um die Welt."

Des Herrn v. Radowitz, als Mensch nicht weniger bedeutend denn als Minister, erwähnte ich andernorts. Herrn v. Bismarck, als Gegner des Herrn v. Radowitz auf politischem Felde mir nahe

gerückt, bewunderte ich damals ob seines Mutes und seines Vermögens auf der Tribüne. Wenig sagte mir Herr v. Manteuffel, der Minister zu — — — —. Ich will die übrigen Minister unerwähnt lassen, eingeklemmte Naturen, vielleicht mit alleiniger Ausnahme der Herren Westphalen und Rabe.

Frankfurt.

Frankfurt — ich liebe diese Stadt mit ihrer alten Geschichte, mit ihrer wackeren, geselligen Bürgerschaft, mit ihrer anmutigen Umgebung und dem klassischen Taunus. Als ich dahin kam, besuchte ich zuerst Herrn v. Bismarck, der mich nicht ohne Zurückhaltung, aber freundlich empfing. Wir kannten uns schon von Berlin her und waren dort in der Gegnerschaft gegen Herrn v. Radowitz eines Sinnes gewesen. Seitdem war die Stellung eine andere geworden. Herr v. Bismarck vertrat das Bestreben, den Bund zu Grunde zu richten, um Raum für Preußens Herrschaft zu schaffen, ich das Bestreben, den Bund zu halten. Die Kräfte waren ungleich. Mit ihm ging die ganze neue Zeit und gingen die Staaten, die von Preußen etwas fürchteten oder wollten, so Holland für Luxemburg, so Dänemark für Holstein, so die sächsischen Herzogtümer, so nicht selten Bayern, Württemberg und Baden — die beiden ersteren, um sich der Präsidialmacht gegenüber geltend zu machen, letzteres aus angewohnter Unterwürfigkeit — so auch Oldenburg. Zu mir hielten sich nur Hannover, Sachsen und die freien Städte.

Die erste Last, die auf mir lag, war die Versteigerung des letzten Restes der Deutschen Flotte. Ich hatte sie von Berlin aus besucht; tüchtige Schiffe und tüchtige Leute, die zu sehen mir Vergnügen und Kummer machte. Nach langem und ernstem Kampfe zur Erhaltung der Flotte war mein Vorgänger, Graf Thun, der Abstimmung im Bundesrate unterlegen; alle Opfer, die Österreich für die Erhaltung der Flotte zu bringen sich bereit erklärte, vermochten nicht dem preußischen Einspruche obzusiegen. Die Versteigerung wurde beschlossen, der Präsidialgesandte mußte sie kund-

machen und dadurch den von preußischer Seite sehr ausgenützten Schein auf Österreich laden, als habe dieses die Versündigung an dem deutschen Volke gewollt und veranlaßt. Ich mußte die letzten Schiffe noch verkaufen, die „Hansa" und eine Korvette, deren Namen ich vergessen habe. Bei diesem Anlasse machte ich eine nicht eben häufige Erfahrung. Von einem Herrn Lemkuhl in Frankfurt wurde für die „Hansa" ein Preis geboten — (ich glaube es waren 175.000 Thaler) — zu dem ich sie ihm zusprechen zu dürfen glaubte; Herr v. Bismarck aber drang auf die öffentliche Versteigerung; diese ergab um 10.000 Thaler weniger, doch gab Herr Lemkuhl, der eben das Schiff bei der Versteigerung um diesen geringeren Betrag erstand, freiwillig die zuerst angetragene höhere Summe aus edler Rücksicht für mich, der ich diesen Preis in der Bundesversammlung vertreten hatte.

Es waren am Bunde ausgezeichnete Vertreter der Staaten. Die Verwaltung der Bundesfestungen, die Angelegenheiten der Bundesarmee und tausend Detailfragen erforderten unablässige Arbeiten. So manche treffliche Vorschläge, z. B. für das Bundesgericht, wurden unterbreitet, aber alles, was den Bund hätte befestigen und fördern können, wurde von Preußen bekämpft. Der Bund wurde durch von Preußen geleitete oder bezahlte Blätter verlästert, und die preußische Regierung erhob sogar Klagen gegen die Langsamkeit der Arbeiten, während gerade ihre Vertreter in den Kommissionen es waren, denen diese Versäumnisse zu Schuld lagen. — Ich war auch die Zielscheibe preußischer Klagen in Wien geworden und dankte Gott, als mir die Gelegenheit geboten wurde, nach drei mühsamen Jahren diesen unhaltbaren Posten zu verlassen. — Graf Rechberg wurde mein Nachfolger, der bald dieselben Erfahrungen wie ich machte, und dem es ebensowenig wie früher dem Grafen Thun gelang, sich mit Herrn v. Bismarck wenigstens gesellschaftlich auf erträglichem Fuße zu erhalten, was mir — nicht ohne Mühe und größte Selbstverleugnung — doch einigermaßen gelungen war. — Herrn v. Bismarck fehlte eben gänzlich die Eigenschaft, die Person von der Sache trennen zu können. —

Für ihn, der durch und durch nur Preuße, existierte kein anderer Standpunkt als der des preußischen Interesses. Was

auf denselben keinen Bezug hatte, nahm er allenfalls freundlich und — in seiner Weise — höflich hin, aber er würde, wenn ein Engel vom Himmel herabgestiegen wäre, ihn ohne preußische Kokarde nicht eingelassen haben, und würde dagegen dem Satan selbst, zwar mit Verachtung, aber doch die Hand gereicht haben, wenn dieser dem preußischen Staate ein deutsches Dorf zugeschanzt hätte. Klar wie Macchiavell, war er zu gewandt und zu glatt, um irgend ein Mittel zu verschmähen, und man muß ihm zugestehen, daß ihm Halbheit nach jeder Richtung fern lag, und daß er jedesmal die ganze und wohlgeordnete Phalanx seiner Mittel ins Feld zu führen verstand. — So betrieb er mit unermüdlichem Eifer die Lahmlegung und Herabwürdigung des Bundes; mit großer Gewandtheit und ausgiebiger Benützung der ihm zur Verfügung stehenden Presse wußte er die Schuld davon Österreich, das ihm im Wege stand, in die Schuhe zu schieben, und Preußen als den Hort der zeitgemäßen Ideen hinzustellen. Der Beruf Preußens überwältigte ihn so, daß er selbst mit mir die Unerläßlichkeit der Einheit Deutschlands unter Preußen mehrmals besprach. — Mir ist überhaupt kaum ein Mann vorgekommen, so abgeschlossen in seinen Überzeugungen, so bewußt seines Wollens und Sollens. — Bismarck war der Mann für den Umguß Deutschlands in die neue Form.

Unter den übrigen Bundestagsgesandten sind mir in lieber Erinnerung der sächsische, Freiherr v. Nostiz, der hannöverische, Graf Kielmansegg, und der badische, Freiherr v. Marschall. — Die Gesellschaft der Stadt war die liebenswürdigste. Insbesondere gedenke ich dankbar der angenehmen Abendstunden, die ich bei Frau v. Güntherode zubrachte, der Freundin Goethes — alt an Jahren, jung an Geist — sowie des anregenden Umgangs mit Männern von Geist, Wissen und Können, unter denen ich mit Vorliebe den damaligen französischen Gesandtschaftssekretär Grafen Gobineau nenne, mit dem ich späterhin im Orient wieder zusammentraf und bis heute im freundschaftlichen, durch den erfrischenden Quell der Wissenschaft und Kunst genährten Verkehr geblieben bin.

Abhandlungen des archäologisch-epigraphischen Seminars der Universität Wien. Herausgegeben von O. Benndorf, O. Hirschfeld und E. Bormann.

I. Die Geburt der Athena von Robert Schneider. Mit 7 Tafeln. gr. 8⁰. [48 S.] M. 1.80.

II. Die Reisen des Kaisers Hadrian von Dr. J. Dürr. gr. 8⁰. [124 S.] M. 2.40.

III. De Romanarum tribuum origine ac propagatione disseruit Wilhelm Kubitschek. gr. 8⁰. [VIII. 214 S.] M. 4.80.

IV. Untersuchungen zur griechischen Künstlergeschichte von Emanuel Loewy. gr. 8⁰. [118 S.] M. 2.40.

V. Die Fahnen im römischen Heere von Alfred v. Domaszewski. Mit 100 Abbildungen. gr. 8⁰. [80 S.] M. 4.—.

VI. Beiträge zur Geschichte der altgriechischen Tracht von Franz Studniczka. Mit 47 Abbildungen im Text. gr. 8⁰. [VIII. 144 S.] M. 3.—.

VII. Die Grabgedichte der griechischen Anthologie von Rudolf Weisshäupl. gr. 8⁰. [112 S.] M. 5.—.

Album auserlesener Gegenstände der Antiken-Sammlung des Allerhöchsten Kaiserhauses. Herausgegeben mit Genehmigung des hohen Oberstkämmerer-Amtes Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät von Robert von Schneider. Fünfzig Lichtdrucktafeln in Folio mit erläuterndem Text. [IV. 20 S.] In Mappe M. 25.—.

Alt-Wien in Bild und Wort. Herausgegeben vom Wiener Alterthumsverein und von der Redaction des „Illustrirten Wiener Extrablatt". Redigirt von Dr. Albert Ilg. gr. Folio. 9 Lieferungen à 12 Blatt. à Lfg. M. 2.20. Complet in Mappe M. 21.—.

Erste Lieferung: Der Hof des Fruhwirthhauses auf der Wieden. — Das Königsegg'sche Gartenpalais in Gumpendorf. — Die Faßziehergasse. — Die alte Universität. — Die Salzgries-Kaserne. — Im Auwinkel (2 Blatt). — Der alte Klepperſteig. — Das alte Generalcommando-Gebäude auf der Freyung. — Die Stubenthormühle. — Das Haus „zum goldenen Fasan" am Minoritenplatz. — Der Calvarienberg in Hernals.

Zweite Lieferung: Plafond im alten Rathhaus. — Das Eisgrübl. — Der Jacoberhof. — Haus in der Roßau. — Die Rosalien-Capelle im Freihaus auf der Wieden. — Der Gasthof „zum wilden Mann". — Die Pfarrkirche auf dem Schottenfeld. — Das alte kaiserliche Rüdenhaus in Erdberg. — Das Küßdenpfennighaus. — St. Anna-Gebäude. — Das Kipfelhaus in der Grünangergasse und das Steindelbäckhaus auf der Landstraße. — Die Thury-Capelle.

Dritte Lieferung: Maria-Stiegen. — Das Bürgerspital. — Das Schottenstift. — Die Schanzel-Capelle. — Die letzten Reste der Mölkerbastei. — Das Haus „zum Pelikan" in Neulerchenfeld. — Die alte Verpflegsbäckerei im unteren Arsenal. — „Zum Primas von Ungarn". — Das Haus „zum schwarzen Bären" am Lugeck. — Das Haus „zur goldenen Ente". — Die alte Universitäts-Bibliothek. — Der Pestgiebel an der Carlskirche.

Alt-Wien in Bild und Wort. Herausgegeben vom Wiener Alterthumsverein und von der Redaction des „Illustrirten Wiener Extrablatt". Redigirt von Dr. Albert Ilg. gr. Folio. 9 Lieferungen à 12 Blatt.
à Lfg. M. 2.20. Complet in Mappe M. 21.—.

Vierte Lieferung: Sculpturwerk am Stephansdom. — Das Haus „zum rothen Igel" am Wildpretmarkt. — Die Schönlaterngasse. — Hof im alten Rathhaus. — Das Schwabische Haus, genannt „die Schwabenburg". — Das fürstlich Liechtenstein'sche Palais in der Roßau. — Das Haus „zum rothen Apfel". — Das „Herrschaftshaus" in der Augartenstraße. — Das ehemalige Schloß am Hundsthurm. — Das ehemalige Eßterházy-Palais in der Mariahilferstraße. — Das Haus und Gasthaus „zur deutschen Eiche" auf der Brandstatt. — Die früher bestandene Johanneskirche in der Jägerzeile.

Fünfte Lieferung: Das Kloster der Siebenbüchnerinnen (2 Blatt). — Die Schönlaterngasse. — Die Weißgärberkirche. — Das sogenannte „rothe Haus" in der Alservorstadt. — Das alte Schloß Hundsthurm. — Das Franzosenhaus. — Das Rothenthurmthor. — Die Mechitaristenkirche. — Die Getreidemarkt-Kaserne. — Das Kärnthnerthor-Theater. — Die Reindorfer Kirche.

Sechste Lieferung: Der obere Theil des Salzgries. — Das herrschaftliche Brauhaus in Margarethen. — Der Jacoberhof. — Die Jacoberbastei. — Die Hernalser Linie. — Das Lannerhaus in der Mechitaristengasse. — Der rothe Hof. — Grab-Platte des Grafen Salm. — Das Haus „zum schwarzen Bock". — Die Kirche in Dornbach. — Der Katzensteig. — Das alte Rathhaus. — Das neue Thor.

Siebente Lieferung. Der alte Minoritenplatz an der Ostseite. — Die Schleifmühle (2 Blatt). — Die Pfarrkirche in Heiligenstadt. — Der polnische Hof. — Die „drei goldenen Kronen" auf der Wieden. — Ober-St. Veit. — Die Wiedener Hauptstraße. — Das Bärenhaus in der Taborstraße. — Der Ledererhof. — Aus der Magdalenenstraße im VI. Bezirke. — Das „Rothe Stern-Haus" in der Leopoldstadt.

Achte Lieferung: Der Apollosaal. — Die Landstraßer Hauptstraße. — Der Lazzenhof und die Wächtergasse. — Die St. Lorenzkirche im Schottenfeld. — Privathäuser im IX. Bezirk. — Das Belvedere. — Rückseite der Pfarrkirche zum hl. Leopold im II. Bezirk und die Häusergruppe daselbst. — Der Reisnerhof. — Die St. Annakirche. — Das gräfl. Kolowrat'sche Gebäude auf der Seilerstätte. — Aus der Liechtensteinstraße. — Ecke der Kliebergasse.

Neunte Lieferung: Schlußheft. — Die Südseite des Michaelerplatzes, 2 Tafeln. — Das Recepthaus in der Kleinschmiedgasse. — Das Schottenthor. — Das Augustinerkloster auf der Landstraße und St. Dorothea in der Stadt. — Das Franzensthor, 2 Tafeln. — Das Haus zum Kegel. — St. Johann in Siechenals und das Bäckenhäusel. — Die Capelle an der Hundsthurmer Linie. — Das Asyl- und Werkhaus in der Leopoldstadt. — Die Capelle an der Nußdorfer Linie. — Das gemalte Haus.

Arestin-Fatton, J. M. R., historische Essays. gr. 8°. [360 S.] M. 5.—.

Aufzeichnungen des Grafen William Bentinck über Maria Theresia. Mit einer Einleitung: Ueber die österr. Politik in den Jahren 1749—1755 von Adolf Beer. gr. 8°. [CXLIV. 142 S.] M. 7.—.

Aus dem Nachlasse des Grafen Prokesch-Osten, k. k. österr. Botschafter und Feldzeugmeister. Briefwechsel mit Herrn von Gentz und Fürsten Metternich. 2 Bände. kl. 8°. [X. 840 S.] M. 4.—, in 2 Lwdbdn. M. 6.—.

Aus Wilhelm v. Tegetthoff's Nachlass. Herausg. von Adolf Beer. 8⁰. [372 S.] M. 2.—, Lwdb. M. 3.—.

Büdinger, Max, die Universalhistorie im Alterthume. 8⁰. [VIII, 222 S.] M. 5.—.

Correspondance de Marie Louise 1799—1847. Lettres intimes et inédites à la comtesse de Colloredo et à Mlle. de Poutet depuis 1810 comtesse de Crenneville. Avec trois portraits: Marie Louise, archiduchesse d'Autriche, duchesse de Parme, Plaisance et Guastalla. — Marie Louise, Imperatrice des Français. — Le Duc de Reichstadt. 8⁰. [346 S.] M. 8.—.

Denkwürdigkeiten der Gräfin zu Schleswig-Holstein Leonora Christina, verm. Gräfin Ulfeldt, aus ihrer Gefangenschaft 1663—1685. Nach der dänischen Original-Handschrift herausgegeben von Johannes Ziegler. Mit 5 Lithographien und 1 Holzschn. 2. Aufl. Lex.-8⁰. [XLIV. 316 S.] M. 6.—.

Dudik, Dr. B., Olmützer Sammel-Chronik vom Jahre 1432 bis 1656. gr. 8⁰. [62 S.] M. 1.30.

— — Geschichte des Benediktiner-Stiftes Raygern im Markgrafthum Mähren, nach Urkunden und Handschriften.

1. Band: (1048—1449.) gr. 8⁰. [XVIII. 536 S.] M. 8.—.

2. Band: (1449—1848.) Mit 2 Kupfertafeln und einem lithogr. Plane. gr. 8⁰. [XVIII. 472 S.] M. 9.—.

Dudik, Dr. B., des Herzogthums Troppau ehemalige Stellung zur Markgrafschaft Mähren. 8⁰. [XVI. 376 S.] M. 7.60.

— — über die Auffindung der Reliquien der heiligen Elisabeth, Landgräfin von Thüringen. gr. 8⁰. [24 S.] M. —.80.

— — Waldstein von seiner Enthebung bis zur abermaligen Uebernahme des Armee-Ober-Commandos, vom 13. August 1630 bis 13. April 1632. Nach den Acten des k. k. Kriegsarchives in Wien dargestellt. gr. 8⁰. [XXII. 496 S.] M. 6.—.

— — des hohen deutschen Ritterordens Münzsammlung in Wien. Mit steter Rücksicht auf das Central-Archiv des hohen Ordens geschichtlich dargestellt und beschrieben. Mit 21 Kupfer- und 1 Holztafel. gr. 4⁰. [XII. 260 S.] M. 46.—.

— — Schweden in Böhmen und Mähren 1640—1650. Nach kaiserl. österreichischen und königl. schwedischen Quellen dargestellt und mit Unterstützung der kaiserl. Akademie der Wissenschaften herausgeg. gr. 8⁰. [XVI. 444 S.] M. 10.—.

Esquisse de la guerre de Hongrie en 1848 et 1849, traduite de l'Almanach militaire autrichien. 12⁰. [IV. 144 S.] M. 2.—.

Eugen von Savoyen, Prinz, militär. Correspondenz. Aus österreichischen Originalquellen. Herausg. v. F. Heller. I. Bd. (1694—1702.) gr. 8⁰. [XVI. 528 S.] II. Bd. (1703—1705.) gr. 8⁰. [X. 662 S.] Mit Eugen's Bildniss und Autograph. M. 20.—.

Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, bearbeitet nach den Feldacten und anderen authentischen Quellen, herausgegeben von der Abtheilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegs-Archivs.

I. Serie.	I. Band.	Einleitung zur Darstellung der Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen. Bearb. von d. Abth. f. Kriegsgesch. d. k. k. Kriegs-Arch. gr. 8⁰. [VII. 745 S.] Mit Atlas von 26 Karten in gr. Fol. M. 30.—.
I. „	II. „	Feldzüge gegen die Türken 1697—1698 und der Karlowitzer Friede 1699. Bearb. v. Moriz Edlen v. Angeli, k. k. Major. gr. 8⁰. [IX. 680 S.] Mit Atlas von 7 Karten in gr. Fol. M. 20.—.
I. „	III. „	Spanischer Successionskrieg, Feldzug 1701. Bearb. v. Leander Heinrich Wetzer, k. k. Hauptmann des Generalstabs-Corps. gr. 8⁰. [VII. 640 S.] Mit Atlas von 6 Karten in gr. Fol. M. 20.—.
I. „	IV. „	Spanischer Successionskrieg, Feldzug 1702. Bearb. von Leander Heinrich Wetzer, k. k. Hauptmann im Generalstabs-Corps. gr. 8⁰. [X. 1043 S.] Mit Atlas von 10 Karten in Fol. M. 30.—.
I. „	V. „	Spanischer Successionskrieg, Feldzug 1703. Bearb. von Alphons Danzer, k. k. Oberlieutenant beim k. k. Generalstabe. gr. 8⁰. [XXVI. 901 S.] Mit Atlas von 6 Karten in Fol. M. 30.—.
I. „	VI. „	Spanischer Successionskrieg, Feldzug 1704. Bearb. von Gustav Ratzenhofer, k. k. Hauptmann des Generalstabs-Corps. gr. 8⁰. [XXIII. 1208 S.] Mit Atlas von 8 Karten in Fol. M. 30.—.
I. „	VII. „	Spanischer Successionskrieg, Feldzug 1705. Bearb. von Jos. Rechberger Ritt. v. Rechkron, k. k. Oberstl. des Armeestandes. gr. 8⁰. [XIX. 1098 S.] Mit Atlas von 6 Karten in Fol. M. 30.—.
I. „	VIII. „	Spanischer Successionskrieg, Feldzug 1706. Bearb. von Emil Freiherrn Mayerhofer von Grünbühl und Camillo Freiherrn Komers von Lindenbach, k. k. Oberstlieutenant des Generalstabs-Corps. gr. 8⁰. [XV. 865 S.] Mit Atlas von 7 Karten in Folio. M. 30.—.

Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, bearbeitet nach den Feldacten und anderen authentischen Quellen, herausgegeben von der Abtheilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegs-Archivs.

II. Serie. VI. Band. Spanischer Successionskrieg. Feldzug 1713. Bearb. v. Ottokar Machalicky, k. u. k. Major des Generalstabs-Corps. Lex.-8°. [XVI. 602 S. und Anhang von 360 Seiten, die militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen 1713 und 1714 umfassend.] Des ganzen Werkes XV. Band. Mit 2 graphischen Beilagen in Atlasform. M. 30. —.

II. „ VII. „ Der Türkenkrieg 1716—1718. Feldzug 1716. Bearbeitet von Ludwig Matuschka, k. und k. Hauptmann des Generalstabs-Corps. gr. 8°. [VIII. 374 S. und einen Anhang von 184 S., die militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen in den Jahren 1716—1718 umfassend.] Des ganzen Werkes XVI. Band. Graphische Beilagen siehe XVII. Bd. M. 30.—.

II. „ VIII. „ Der Türkenkrieg 1716—1718. Feldzug 1717 bis 1718. Bearbeitet von Ludwig Matuschka, k. und k. Hauptmann des Generalstabs-Corps. gr. 8°. [X. 490 S. und einen Anhang von 274 S., die militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen in den Jahren 1717—1718 umfassend.] Des ganzen Werkes XVII. Bd. Mit Atlas von 5 Karten in Folio zum XVI. und XVII. Bd. M. 30.—.

II. „ IX. „ Die Kämpfe der Kaiserlichen in Sicilien und Corsica 1717—1720 und 1730—1732. Actenstücke zu den Ereignissen in Corsica 1731—1732 in 4 Tabellen. Militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen 1717—1720 und 1730—1732. Bearbeitet von Raimund Gerba, k. u. k. Oberstlieutenant des Generalstabs-Corps. Lex.-8°. [X. 490 und 274 S.] Des ganzen Werkes XVIII. Band. Graphische Beilagen siehe XX. Band. M. 30.—.

II. „ X. „ Polnischer Thronfolgekrieg. Feldzug 1733 und 1734 und militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen 1733—1734. Bearbeitet von Raimund Gerba, k. u. k. Oberstlieutenant des Generalstabs-Corps. Lex.-8°. [VIII. 374 und 184 S.] Des ganzen Werkes XIX. Band. Graphische Beilagen siehe XX. Band. M. 30.—.

Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, bearbeitet nach den Feldacten und anderen authentischen Quellen, herausgegeben von der Abtheilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegs-Archivs.

II. Serie. XI. Band. Polnischer Thronfolgekrieg. Feldzug 1735. Bearb. von Raimund Gerba, k. und k. Oberstlieutenant des Generalstabs-Corps. Lex.-8°. [VIII. 330 S. mit einem Anhange von 248 S., die militärische Correspondenz des Prinzen Eugen von Savoyen 1735 und 1736 umfassend.] Des ganzen Werkes XX. (Schluss) Band. Mit Atlas von 8 Karten in Folio zum XVIII., XIX. und XX. Band. M. 30.—.

Registerband. Orts-, Namen- und Sachregister nebst einem Verzeichnisse der benutzten Quellen, sowie der graphischen Beilagen. Bearbeitet in der kriegsgeschichtlichen Abtheilung von Alfons Freiherrn von Wrede, k. u. k. Hauptmann. Lex.-8°. (1022 S.) M. 30 —.

Mit Ausnahme des VIII. sind alle Bände einzeln käuflich.

Gentz, Friedrich v., aus seinem Nachlasse. I. Band. Briefe, kleinere Aufsätze, Aufzeichnungen. Lex.-8°. [XII. 304 S.] II. Bd. Denkschriften. Lex-8°. (302 S.] M. 4.—.

Geschichte Julius Cäsars. (Von Kaiser Napoleon III.) Vom Verfasser autorisirte Uebersetzung.

I. Band. Lex.-8°. [VIII. 396 S.] M. 9.—.
II. Band. Lex.-8°. [VIII. 544 S.] M. 9.—.
Hiezu: 2 Hefte (36 Tafeln) Atlas. M. 10.—.
Billige Ausgabe. 2. Aufl. I. Bd. 8°. [VIII. 396 S.] M. 4.—.
II. Bd. [VIII. 544 S.] M. 5.60.
Auch in 12 Lieferungen à M. —.80.

Gherghel, Ilie, zur Geschichte Siebenbürgens. Nach den Quellen dargestellt. 8°. [48 S.] M. 2.—.

Glossy, C., zur Biographie des Wiener Bürgermeisters Johann Andreas v. Liebenberg. gr. 8°. [19 S.] M. —.40.

Hold, Alex., Hauptmann, Geschichte des Feldzuges 1866 in Italien. Mit Benützung authentischer Quellen. Mit 4 Karten. gr. 8°. [344 S.] M. 10.—.

Hormayr, Jos. Freih. v., allgemeine Geschichte der neuesten Zeit, vom Tode Friedrich des Großen bis zum zweiten Pariser Frieden. 3 Bde. Mit Titelkupfern. 8°. [I. 354 S., II. 352 S., III. 446 S.] Druckpapier M. 6.—, Velinpapier M. 8.—

Janko, Wilh. Edl. v., das Leben des k. k. Feldmarschalls Gideon Ernst Freih. v. Laudon. Nach Original-Acten, Correspondenzen und Quellen. gr. 8°. [XII. 516 S.] M. 4.—.

— — Fabel und Geschichte. Eine Sammlung historischer Irrthümer und Fälschungen. kl. 8°. [XII. 230 S.] M. 2.—.

Koch, M., Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III. Nach handschriftlichen Quellen. Mit Unterstützung der kaiserl. Akademie der Wissenschaften veröffentlicht. 2 Bände. gr. 8°. [I. XX. 486 S., II. XVI. 534 S.] M. 18.—.

Krieg, der, in Italien im Jahre 1859. Nach den Feld-Acten und anderen authentischen Quellen bearbeitet durch das k. k. Generalstabs-Bureau für Kriegsgeschichte.

I. Band. Mit 1 Uebersichtskarte und drei Gefechtsplänen. Lex.-8°. [VIII. 582 S. nebst 66 S. Beilagen.] M. 18.—.

II. „ Heft I: Die Ereignisse nach der Schlacht von Magenta bis zur Ergreifung der Offensive über den Mincio 5. bis 21. Juni. Mit 5 Karten. Lex.-8°. [204 S. und 20 S. Beilagen.] M. 8.—.

„ II: Die Ereignisse von den Vorbereitungen zur Ergreifung der Offensive über den Mincio bis zum Waffenstillstande von Villafranca, 22. Juni bis 7. Juli. Mit 12 Kartenbeilagen. Lex.-8°. [S. 205 bis 488 u. Beilagen S. 21—69.] M. 14.—.

III. Band. Mit einer Uebersichtskarte und zwei Gefechtsplänen. Lex.-8°. [VIII. 346 S. und 112 S. Beilagen.] M. 12.—.

— — Band I—III complet. M. 52.—.

Krieg, der, gegen Rußland 1853—1856. Militärische Studien von J. M. R. A(resin), 1. Theil. (Mit einem Plane.) [VIII. 277 S.] M. 4.80.

Lettre sur l'histoire de la France adressée au Prince Napoléon par Henri d'Orléans, duc d'Aumale. 12°. [28 S.] M. —.60.

Lorenz, Prof. O., österreichische Regentenhalle in Biographien. Mit 37 Bildnissen nach Zeichnungen von A. Schönn, J. Selleny und F. Laufberger. 12°. [512 S.] M. 2.—.

Lorenz, Prof. O., die Erwerbung Oesterreichs durch Ottokar von Böhmen. Ein Beitrag zur österr. Geschichte. 2. umgearb. Aufl. 8°. [IV. 34 S.] M. —.70.

— — Leopold III. und die Schweizer Bünde. Ein Vortrag, gehalten im Ständehause am 21. März 1860. 8°. [50 S.] M. 1.—.

Lorenz, Prof. O., Oesterreichs Stellung in Deutschland während der ersten Hälfte des dreissigjährigen Krieges. Ein Vortrag. gr. 8°. [32 S.] M. —.80.

Lotheissen, Ferdinand, Literatur und Gesellschaft in Frankreich zur Zeit der Revolution 1789—1794. Zur Culturgeschichte des XVIII. Jahrhunderts. 8°. [IV. 270 S.] M. 5.—.

— — zur Culturgeschichte Frankreichs im XVII. u. XVIII. Jahrhundert. Aus dem Nachlasse. Mit einer biographischen Einleitung von A. Bettelheim. gr. 8°. [XV. 259 S. mit Lichtdruck-Bildniss.] M. 6.—, geb. M. 7.20.

— — Geschichte der französischen Literatur im XVII. Jahrhundert. 8°. 2. Aufl. Unter der Presse.

Lütken, O., die Nordsee-Escadre und das Seegefecht bei Helgoland am 9. Mai 1864. Autorisirte deutsche Uebertragung aus dem Dänischen. Herausgegeben von der Redaction der „Mittheilungen aus dem Gebiete des Seewesens". gr. 8°. [64 S. mit 7 Holzschnitten im Text und 2 Abbildungen.] M. —.60.

Metternich-Winneburg, Richard Fürst, Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1813—1815, nach Aufzeichnungen von Friedrich von Gentz, nebst einem Anhange: „Briefwechsel zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und Metternich". Geordnet und zusammengestellt von Alfons Freiherrn von Klinkowström. Mit einem Stahlstich-Porträt Friedrich von Gentz' und einem Facsimile-Brief des Feldmarschall Blücher. gr. 8°. [XII. 844 S.] M. 16.—.

Montbel, Graf v., der Herzog von Reichsstadt. Aus dem Französischen. Mit Verbesserungen und Ergänzungen im Einvernehmen mit dem Verfasser. 8°. [XVIII. 322 S.] M. 2.—.

Neuber, Oberst C. A., Turenne, als Kriegstheoretiker und Feldherr. (Bruchstück eines größeren Werkes über die Kriegswissenschaft.) 8°. [VI. 366 S.] M. 6.—.

Oesterreichs Kämpfe im Jahre 1866. Nach Feldacten von dem k. k. Generalstabs-Bureau für Kriegsgeschichte. Mit Karten und Schlachtplänen. 5 Bände in 6 Theilen. Lex.-8°. M. 48.—.

Bd. I: Die Einleitungen zum Kriege und die Begebenheiten in Deutschland bis nach der Schlacht bei Langensalza. Mit 4 Karten und Plänen. M. 8.—.

„ II: Der Krieg in Italien. Mit 6 Karten und Plänen. M. 8.—.

„ III (in 2 Hälften): Der Krieg in Böhmen bis incl. der Schlacht von Königgrätz. Mit 10 Karten und Plänen. M. 16.—.

„ IV: Der Krieg in Böhmen vom 4. Juli bis zum Friedensschluss im Norden und Süden. Mit 5 Karten und Plänen. M. 8.—.

„ V: Die Vertheidigung Tirols. Der Kampf auf dem Adriatischen Meere. Die Kriegsereignisse in Westdeutschland. Mit 4 Karten und Plänen. M. 8.—.

Pitzipios, Prince J. G. Mémoires sur les questions européennes. I. La question d'Orient. — Le congrès de Paris de 1856. — L'origine du pouvoir temporel des Papes. — Le Mazzinisme. — Le livre de Renan. — La question italienne. — La confédération italique. — La situation générale. — Les droits et les devoirs. — La restauration. — L'irréussite. — Le nationalisme. — Une opinion. Lex.-8°. [64 S.] M. 4.—.

Pola, seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Eine Studie. Mit 4 Tafeln, enthaltend Ansichten und Pläne. Zweite unveränderte Auflage. Lex.-8°. [96 S.] M. 1.60.

Regenten, die österreichischen, von der Gründung der Ostmark bis auf die neueste Zeit. 40 Porträts, gezeichnet von A. Schönn, J. Sellenh und F. Laufberger. schwarz M. 1.—.

Richter, Dr. H. M., österreichische Volksschriften und Volkslieder im siebenjährigen Kriege. Beiträge zur Geschichte der politischen Literatur im 18. Jahrhundert. 12. [VIII. 168 S.] M. 2.80.

Sarcey, Franz, die Belagerung von Paris 1870—1871. Ereignisse und Eindrücke. Aus dem Französischen übersetzt. Mit einem Plane der Fortification von Paris. 12°. [IV. 346 S.] M. 3.60.

Sarcey, Francisque, le siège de Paris. Impressions et souvenirs. 18^{me} éd. 12°. [IV. 350 S.] Avec une carte pour suivre les opérations du siège de Paris. M. 4.50.

Schlosser, J., die abendländische Klosteranlage des frühen Mittelalters. 8°. [VI. 83 S. mit Plänen.] M. 4.—.

Scholl, Heinr. Frh. v., Abriss der Geschichte des Krieges 1840--41 in Syrien. Mit 2 Karten und 1 Plane. gr. 8°. [90 S.] M. 2.—.

Schwammel, E. J., der Antheil des Herzogs Friedrich des Streitbaren an der Abwehr der Mongolen und seine Stellung zu König Bela von Ungarn. 8°. [38 S.] M. —.80.

Skizze des Feldzuges 1859 in Italien. Von einem süddeutschen Officier. 3. Aufl. gr. 8°. [76 S.] M. 1.60.

Sterneck, Moriz Ritter Daublebsky v., geschichtlicher Anhang zur militärischen Beschreibung des Kriegsschauplatzes Tirol und Vorarlberg. Nach verschiedenen Quellen zusammengestellt. Mit einer Uebersichtskarte. gr. 8°. [IV. 136 S.] M. 2.80.

Stiassny Robert, Hans Baldung Griens Wappenzeichnungen in Coburg. Ein Beitrag zur Biographie des oberrheinischen Meisters. Zweite Auflage. 4°. (76 S.) Mit 16 Lichtdrucktafeln. M. 12.—.

Strausz, Adolf, Bosnien, Land und Leute. Historisch-ethnographisch-geographische Schilderungen. gr. 8°. 2 Bde. [I. XII. 340 S., II. VII. 328 S.] M. 4.—.

Studien, historisch-politische, und kritische Fragmente aus den Jahren 1848 bis 1853. Beiträge zur Geographie und Geschichte Oesterreichs. Von einem Tiroler. (Von Ludw. v. Heufler.) 8°. [XVI. 286 S.] M. 4.—.

Sturm, Jacob, Unverwelklicher Oester-Reichischer Ehren-Kranz gewunden Der Röm. Kais. auch zu Hungarn und Böhmen Königl. Majt. Haupt- und Residentz-Stadt Wien in Oester-Reich an der Donau, in eigendlichster Historisch-Poetischer Beschreibung: Gebunden mit aller Röm. Kaiser und Erz-Herzogen, aus diesem Haus Oester-Reich Gebuhrten, Regierungen, Leben und Tode; Darzu gefunden Wie viel tapfere Helden durch den blutigen Teutschen Krieg rühmlich gekrieget und glükklich gesieget haben: Und was mehr zu solchem von Nöhten gewesen; Dieses alles hat nach der Zeit Verlauf ordentlich verfasset und mit nothwendigen Anmerkungen erkläret JaCob StUrM Der HJstorJen gefLJssener. Herausgegeben von Th. G. v. Karajan. 8°. [64 S.] M. 4.—.

Sulaiman, des Gesetzgebers (Kanuni) Tagebuch auf seinem Feldzuge nach Wien im Jahre 935/6 d. H. = J. 1529 n. Chr. Zum ersten Male im türk. Originaltexte herausgegeben, mit einer deutschen Uebersetzung u. mit Anmerkungen versehen von Dr. W. F. A. Behrnauer. gr. 8°. [34 u. XXVI. S.] M. 1.80.

Suttner, Gustav Freih. von, der Helm von seinem Ursprunge bis gegen die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, namentlich dessen Hauptformen in Deutschland, Frankreich und England. 48 Tafeln in Farbendruck, Imp.-4°. 32 S. Text. M. 64.—.

Thielen, M. Fr., Erinnerungen an den Feldzug in Afrika im Jahre 1830, und auf die Unterhandlungen, welche ihm vorausgingen, von officiellen, zur Hälfte noch ungedruckten Actenstücken begleitet. Aus dem Franz. des Obersten Bartillat. 8°. [174 S.] cart. M. 2.80.

Tuma, Anton, die östliche Balkan-Halbinsel militär-geographisch, statistisch und kriegshistorisch dargestellt. Mit 4 Karten und Plan-Skizzen. gr. 8°. [XII. 270 S.] cart. M. 4.—.

Welden, Ludw. Freih. v., k. k. Feldzeugmeister, der Feldzug der Oesterreicher gegen Rußland im Jahre 1812. Aus officiellen Quellen. gr. 8°. [XII. 160 S.] M. 3.60.

— — der Krieg von 1809 zwischen Oesterreich und Frankreich, von Anfang Mai bis zum Friedensschlusse. Aus officiellen Quellen. Mit 1 Uebersichtskarte des Marchfeldes. gr. 8°. [XIV. 350 S.] M. 8.—.

Wien's ältester Stadtplan 1438—1455. Herausgegeben vom Gemeinderathe der Stadt Wien. Auf Stein gezeichnet von Alb. Camesina, Text vom Archivar K. Weiss. Ein color. Blatt in Imperial-Fol. Text in 4⁰. [18 S.] cart. M. 9.—.

Wimpffen, Alphons Graf, Erinnerungen aus der Walachei während der Besetzung durch die österr. Truppen in den Jahren 1854—1856. gr. 8⁰. [IV. 262 S.] M. 5.60.

Wolf, A., Leopold II. und Maria Christine. Ihr Briefwechsel (1781 bis 1792). 8⁰. [XXVIII. 348 S.] M. 4.—.

Wolf, A., aus dem Hofleben Maria Theresia's. Nach den Memoiren des Fürsten Josef Khevenhüller. 2. Aufl. 8⁰. [XII. 396 S.] M. 4.—.

— — die Geschichte der pragmatischen Sanction bis 1740. kl. 8⁰. [VI. 106 S.] M. 1.60.

— — Maria Christine, Erzherzogin von Oesterreich. 2 Bde. mit 2 Kupfern. 8⁰. [I. XII. 284 S., II. VIII. 266 S.] M. 6.—.

— — Oesterreich unter Maria Theresia. Lex.-8⁰. [IV. 594 S.] M. 4.—.

— — Fürstin Eleonore Liechtenstein, 1745—1812. Nach Briefen und Memoiren ihrer Zeit. Mit Porträt. kl. 8⁰. [VI. 394 S.] M. 3 —.

Zöhrer, F., das Kaiser-Buch. Erzählungen aus dem Leben des Kaisers Franz Josef I. Für die reifere Jugend. gr. 8⁰. [V. 320 S. mit 4 Farbendruckbildern nach Original-Aquarellen von A. Greil.] Prachtband M. 6.—.

Zwiedineck-Südenhorst, Hans von, Dorfleben im achtzehnten Jahrhundert. Culturhistorische Skizzen aus Inneröſterreich. kl. 8⁰. [IV. 180 S.] M. 4.—.

Buchdruckerei von Carl Gerold's Sohn in Wien.

[illegible] [illegible] [illegible]
wieder mit B [illegible]
[illegible]!

und macht B. zu selbe
Zeile.

300, B16

1–

Prokesch von Osten, Anton,

Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten 1849 - 1855

Wien 1896